

Antibürgerliche Lagerbildung.
Das nationale und das sozialistische Lager in Halle 1918-1933

Dissertation
zur Erlangung
des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)

vorgelegt
der Philosophischen Fakultät I
Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

von Dorothea Schmitt, M.A.
geb. am 18.02.1980 in Halle (Saale)

Gutachter:

Prof. Dr. Manfred Hettling, Philosophischen Fakultät I der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg, Institut für Geschichte

Prof. Dr. Patrick Wagner, Philosophischen Fakultät I der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg, Institut für Geschichte

Tag der Verteidigung:

13. Mai 2016

Danksagung

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation.

Die Arbeit hat mich über viele Jahre meines Lebens begleitet und geprägt. Ich habe durch die Recherchen meine Geburtsstadt Halle intensiv wahrgenommen und ihren Weg durch diese so schwierige Epoche deutscher Geschichte vertiefend kennengelernt. Vieles, was ich dazu gelesen habe, hat mich immer wieder zutiefst betroffen und berührt. Es bleibt aber unaufhörlich die Hoffnung, dass Ereignisse und Verläufe dieser Art nicht wiederholbar sind und wir zudem nicht aufhören, darüber zu schreiben, zu lesen und zu berichten.

Besonders danken möchte ich in erster Linie meinem Doktorvater Prof. Manfred Hettling, der mich durch alle Phasen der Erstellung meiner Dissertation immer kritisch und stets aufmunternd begleitet hat. Mein Dank gilt ebenfalls meinem Zweitgutachter Prof. Patrick Wagner für seine intensive und offene Auseinandersetzung mit meinem Forschungsgegenstand.

Ich konnte große Teile der Arbeit als Stipendiatin im Internationalen DFG-Graduiertenkolleg "Formwandel der Bürgergesellschaft. Japan und Deutschland im Vergleich" Halle-Tokyo schreiben. Neben beeindruckenden Aufenthalten in Japan war vor allem der Austausch in einem interkulturellen und interdisziplinären Kontext für mich persönlich sehr prägend und bereichernd. Mit meinen Mitkollegiaten aus Deutschland und Japan über die vielen Jahre hinweg verbinden mich sowohl der wissenschaftlicher Austausch wie die gemeinsamen Erlebnisse in Halle und Tokyo.

Den Mitarbeitern der Archive und der Universitätsbibliothek Halle bin ich für ihre stetige Unterstützung und Geduld zu Dank verpflichtet.

Ich danke vor allem meinen Eltern Martina und Reinhard Schmitt für ihre vielfältige Unterstützung in dieser langen Zeit.

Georg Trogemann danke ich von ganzen Herzen für die Ermunterung und Begleitung in den letzten Jahren.

Ich widme diese Arbeit meinen Töchtern Mathilde und Margarethe.

Inhalt

Einleitung	1
I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort	35
1. Halles Entwicklung zur Industriestadt im 19./20. Jahrhundert - Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur.....	35
2. Politische Entwicklung und Parteienlandschaft bis 1918	46
3. Wahlen und Abstimmungen während der Weimarer Republik.....	58
3.1 Städtische Wählerhochburgen politischer Lager – eine sozialstrukturelle Analyse der Wählerschaft zweier Wahlbezirke.....	66
3.2 Wahlen in einem „bürgerlichen“ Viertel	67
3.3 Wahlen in einem „Arbeiterviertel“	74
3.4 Zusammenfassung	78
II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung	81
1. Basis des lokalen Zusammenhalts: Beziehungsgeflechte im städtischen Vereins- und Verbandsnetz.....	82
1.1 Das hallische Vereinswesen	82
1.2 Vereinstätigkeit im nationalen Lager	93
1.3 Vereinstätigkeit im sozialistischen Lager.....	104
1.4 Zusammenfassung	108
Exkurs: Lagerinterne und lagerübergreifende Polarisierung im Arbeitersport.....	110
2. Kulturelle Leit- und Gegenbilder.....	117
2.1 Leit- und Gegenbilder in der lagereigenen Presse.....	122
2.2 Wahlen und Abstimmungen.....	140
2.3 Feiern und Gedenktage	158
2.4 Mobilisierung gegen die „bürgerliche Gesellschaft“	172
Exkurs: Antisemitismus	178
III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums	190
1. Polarisierung und Radikalisierung der politischen Kultur.....	190
1.1 Mobilisierung des nationalen Lagers: Stahlhelm, Wehrwolf und NSDAP	198
1.2 Mobilisierung des sozialistischen Lagers: KPD, RFB und Reichsbanner	237
1.3 Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe der frühen 20er Jahre	265
1.4 Aufmarsch der Wehrverbände und linke Proteste – der „Deutsche Tag“ von Halle von 1924	285
1.5 Zwischen Volkspark und Stadtschützenhaus: Versammlungen, Saalschlachten und Straßenkämpfe politischer Gegner.....	291
2. Kommunalpolitische Konfrontation.....	306

<i>IV. Schluss</i>	331
<i>Ausblick</i>	349
<i>Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten</i>	356
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	405
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	408
1. Ungedruckte Quellen	408
2. Adressbücher und Statistiken	409
3. Zeitungen	410
4. Gedruckte Quellen und Literatur	411
4.1. Gedruckte Quellen	411
4.2. Literatur	412
5. Internetquellen	431

Einleitung

*„Hakenkreuz und Sowjetstern über Halle –
Der Traum vom Bürgerblock ausgeträumt“¹*

Einleitung

Welches Ausmaß die politische Spaltung der deutschen Gesellschaft in der Weimarer Republik auch in Halle erreicht hatte, illustriert folgender Bericht der konservativen „Halleschen Zeitung“ vom 13. Mai 1923: „Das Wort vom roten Halle ist nicht mehr. An seine Statt trat das Wort vom Schwarzweißbrot Halle. [...] Uebermütig durch den Zustrom der Wählermassen wollte der Kommunismus zeigen, daß er die Macht besitze und fähig sei, den Geist von Potsdam aufs Neue zu unterdrücken. Getreu seiner tückischen Art, schoß er aus dem Hinterhalt auf die Ordnungspolizei, um dann feige das Weite zu suchen. Und die große Gegenaktion, wo war sie? [...] Nichts von alledem war zu sehen, und wenn das vergossene Blut, einiger Polizeibeamten, einiger Menschen, die nur ihre Pflicht als Ordnungsorgane taten, wenn diese feige Tat aus dem Hinterhalt das einzige Plus der großen kommunistischen Gegenaktion ist, wenn dies alles ist, was der Geist von Moskau ins Werk zu setzen vermochte, dann ist sein Spiel endgültig aus. [...] Die Jahre der Knechtschaft lehrten uns die unerlässliche Notwendigkeit, daß das deutsche Schwert wieder blank und scharf werden muß. Und wir haben ausgelernet! Der deutsche Tag von Halle, die Wiedererrichtung des Moltkestandbildes und die Parade der Hunderttausend auf der Rennbahn waren das Gesellenstück dieser harten Lehrjahre. Ein gutes Gesellenstück! Das ihm bald das Meisterstück folgen möge, die Erprobung des wieder blitzenden Degens, dafür Sorge der Geist von Potsdam, der mächtig, durch die deutschen Landen weht.“²

Als am Abend des Neujahrstages 1923 auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in der Poststraße ein Sprengstoffattentat verübt wurde, erlitt von den drei Standfiguren die des Generalfeldmarschalls Moltke schwere Beschädigungen, woraufhin DNVP, DVP, DDP und Zentrum unmittelbar eine Belohnung von 1 Mio. Reichsmark (RM) zur Ergreifung der Täter aussetzten. In der konservativen hallischen Presse, allen voran der „Halleschen Zeitung“ (HZ), wurde die Schuld an diesem Anschlag unmittelbar den Kommunisten zugeschrieben. „Der Feind steht links“, notierte die HZ in Anspielung auf die Hetze von Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) in dessen am 25. Juni 1922 vor dem Reichstag gehaltener Rede. Einen Tag nach dem tödlichen Attentat

¹ VB (Volksblatt), 15.9.1930.

² HZ (Hallesche Zeitung), 13.5.1924.

Einleitung

auf Außenminister Walter Rathenau hatte Wirth darin aufgerufen, die Demokratie zu verteidigen; die Rede endete mit den Worten „Der Feind steht rechts“.³

Die für den 7. Januar 1923 geplante Protestkundgebung der bürgerlichen Parteien am Kaiserdenkmal wurde vom Polizeipräsidenten verboten, nachdem die linken Parteien und das Gewerkschaftskartell für dieselbe Zeit zu einer Gegendemonstration aufgerufen hatten und man von offizieller Seite um die öffentliche Sicherheit fürchtete.⁴ Wie von bürgerlicher Seite vermutet, war der Täter, der 20-jährige Arbeiter Emil Werner, ein Kommunist. „Das Maß ist voll“, konstatierte das Bürgertum und die bürgerlich-nationalen Parteien betonten ihre Einigung in dieser Angelegenheit während einer gemeinsamen Kundgebung im Walhalla-Theater und trugen entsprechend dazu bei, die Front zwischen nationalem und sozialistischem Lager weiter zu verschärfen.⁵ Die Neueinweihung des reparierten Moltke-Standbildes bildete am 11. Mai 1924 den Anlass für einen von Seiten der Wehrverbände geplanten Großaufmarsch, der unter Anwesenheit mehrerer ehemaliger Generäle und Admiräle zu einer der größten Demonstrationen dieser Art in Halle während der Weimarer Zeit wurde. „Bei dieser ganzen Sache handelt es sich gar nicht um die Aufstellung der Moltke-Figur. Das ist nur der äußere Anlaß! In Wirklichkeit soll die ‚nationale‘ Macht gezeigt werden. Ausgerechnet Halle ist dazu ausersehen. [...] Was die Vermessenen für den 11. Mai planen, ist Provokation in des Wortes schlimmster Bedeutung“, bemerkte das sozialdemokratische Volksblatt (VB) anlässlich der bevorstehenden Großveranstaltung.⁶ Parallel zu den Vorbereitungen der Wehrverbände hatte die kommunistische Presse in den Tagen vor dem Aufmarsch ihre Anhängerschaft mit verschärfter Agitation zu einer Gegendemonstration aufgerufen, „wie sie Halle noch nie gesehen hat“ hat. [...] Daß das Proletariat die stärkere Macht ist, das wird sich morgen erweisen“.⁷ Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der Arbeiterschaft führten schließlich auf beiden Seiten zu Toten und Verletzten. Den Gegendemonstranten gelang es letztlich nicht, bis zur Parade der Vaterländischen Verbände und Organisationen vorzudringen. Nach Angaben der „Saale-Zeitung“ waren an diesem Tag 110.000 Mann auf der Rennbahn an Generaloberst Josias von Heeringen und General Erich Ludendorff vorbeigezogen, die den erkrankten Generalfeldmarschall August von Mackensen vertraten, während die kommunistische Zeitung „Klassenkampf“ ca. 20.000 teilnehmende Personen vermeldete.⁸ Politische Auseinandersetzungen dieser Art stellten

³ KK (Klassenkampf), 3.1.1923.

⁴ SZ (Saale-Zeitung), 6.1.1923.

⁵ Ebd., 8.1.1923.

⁶ VB, 14.4.1924.

⁷ KK, 10.5.1924.

⁸ Vgl. SZ, 14.5.1924; KK, 12.5.1924.

Einleitung

Höhepunkte der Konfrontationen zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen in der Stadt dar und traten in der Weimarer Republik gehäuft auf. Sie waren Ausdruck starrer, unüberwindbarer Lagergrenzen, welche die politische Situation in Halle dauerhaft prägten. Jener „ von Halle stand sinnbildlich für die „neue Ära der uniformierten Massenaufmärsche“. Die dauerhafte öffentliche Präsenz der rechten Wehrverbände besaß eine „Signalwirkung“ für die noch im selben Jahr erfolgende Gründung und Aktivität des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes (RFB).⁹

Das Scheitern der Weimarer Republik wird gemeinhin auf die Schwäche und die Erosion einer demokratischen Mitte zurückgeführt – das Erstarken der radikalen Ränder habe die Republik von zwei Seiten her zerstört. Seit Brachers Mitte der 50er Jahre erschienenem Buch „Die Auflösung der Weimarer Republik“ ist dieser Machtverfall der Republik oft in dieser Weise beschrieben worden.¹⁰

Mit dem sozialistischen und dem nationalen Lager lassen sich in Halle zwei Gegenbewegungen gegen die „bürgerliche Gesellschaft“ von Weimar untersuchen.¹¹ Dabei sollen die Bedingungen deutlich gemacht werden, unter denen die sozialistische und die nationalistische bzw. nationalsozialistische Gegenbewegung ihre Erfolge gegen die Demokratiebewegungen der jungen Republik erzielten. Schritte zur Verwirklichung des „Ideals der Bürgergesellschaft“ waren erstens durch die Ausweitung des Wahlrechts auf beide Geschlechter durch die Weimarer Reichsverfassung von 1919, zweitens die Bildung eines demokratischen Rechtsstaates liberaler Prägung und drittens den Ausbau des Sozialstaates verwirklicht worden, in dem sich „Gleichheit, Mündigkeit und Selbstverwirklichung“ vereinen sollten.¹² „Bürgerliche Gesellschaft“ sei auf der einen Seite bestimmt von einem sozialstrukturell definierten Kernbürgertum, auf der anderen Seite aber auch offener und nicht so streng mit einer bestimmten Sozialformation verknüpft. Im Zentrum eines solchen Modells steht die bürgerliche Selbstorganisation, die weitgehend ohne Aufsicht und Beihilfe durch den Staat agiert. Während sich ein bürgerliches Individuum

⁹ Vgl. Voigt, Carsten, Kampfbünde der Arbeiterbewegung: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933, Köln 2009, S. 44.

¹⁰ Vgl. Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart 1957; Andreas Wirsching, Die Weimarer Republik, Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 112-118.

¹¹ Hettling, Manfred, „Bürgerlichkeit“ und Zivilgesellschaft. Die Aktualität einer Tradition, in: Jessen, Ralph/Reichardt, Sven/Klein, Ansgar (Hg.), Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 2004, S. 45-63. Hettling bezeichnet die „bürgerliche Gesellschaft“ in Deutschland mittlerweile als fern gerückte politische und semantische Tradition. Aktuell hat sich der Begriff der „Zivilgesellschaft“ durchgesetzt und es ist zu keiner Anknüpfung an die Tradition der „bürgerlichen Gesellschaft“ gekommen, worin er die Nachwirkung der antibürgerlichen Affekte der verschiedenen politischen Ideologien sieht.

¹² Kocka, Jürgen, Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel, in: APuZ 9-10 (2008), S. 7.

Einleitung

allmählich von einer bestimmten sozialen Form emanzipierte, grenzten sich dagegen Nationalsozialismus und Kommunismus scharf von dieser Form des bürgerlichen Individualismus ab.¹³ Bei Fragen zur Entwicklung des Bürgertums im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert vertritt die Forschung unterschiedliche Ansätze. Mommsen referierte in einem vielfach diskutierten Aufsatz die „Auflösung des Bürgertums“ und die „Lebensunfähigkeit der bürgerlichen Republik von Weimar“, ohne aber die Nationalsozialisten primär als „Zerstörer des Bürgertums“ anzusehen und konstatierte für die Weimarer Zeit antibürgerliches Denken, welches sich in spezifischen Vereinen und Bünden verbreitete, die stark von völkischen Einstellungen geprägt waren, und gegen jedes Auftreten von Bürgerlichkeit gerichtet war.¹⁴ Hingegen bescheinigt Tenfelde dem Bürgertum für das 20. Jahrhundert über eine längere Sicht statt eines „Niedergangs“ einen „Formwandel“, womit sich innerhalb einer bestimmten Kontinuität eher eine Prozesshaftigkeit und Veränderbarkeit des Bürgertums betonen lässt, ohne gleichzeitig die Krise innerhalb des Bürgertums außer Acht zu lassen, die sich mit „antibürgerlichen Affekten“ verband.¹⁵ Kocka charakterisiert die NS-Diktatur als antibürgerlich, da sie „das Bürgertum beschädigt, die Werte und Prinzipien der Bürgerlichkeit bekämpft [hat].“¹⁶ Die Nationalsozialisten propagierten die „Volksgemeinschaft“ als Gegenentwurf zum demokratischen Parteistaat, in dem bürgerlicher Individualismus und Rechtsstaatlichkeit einem autoritären Führerstaat weichen sollten. Wo sich neue demokratische Ideen noch nicht gefestigt hatten, verloren die Vertreter der „Weimarer Koalition“ schnell an Integrationskraft. Im liberal-bürgerlichen Milieu schwanden die Bindungskräfte, so dass sich eine „radikale Integrationsideologie“ leichter durchsetzen konnte. Vermehrt wurden Bündnisse mit der Bewegung eingegangen, deren Ziel es war, die „bürgerliche Gesellschaft“ zu erschüttern, um sie durch eine von rassistischen Ideen bestimmte „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen, in der soziale Ungleichheit zugunsten einer autoritär geführten Massenbewegung beseitigt wäre.¹⁷ Das ausgeprägte Vereinsleben der Weimarer Republik, das in den 20er Jahren zugleich einen Höhepunkt erreichte, zeigte parallel eine hohe Anfälligkeit gegenüber antidemokratischen Ideen und gewaltsamen Einflüssen. Der durch die Nationalsozialisten erreichte Erfolg ist auch möglich geworden, weil in den bürgerlichen Vereinen und Organisationen der Weimarer Zeit bereits entsprechende Ressentiments gegen die junge

¹³ Vgl. dazu Hettling, Politische Bürgerlichkeit, S. 32ff.

¹⁴ Mommsen, Hans, Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Kocka, Jürgen, Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 288-315, Zitate: S. 305f.

¹⁵ Tenfelde, Klaus, Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Wehler, Hans-Ulrich (Hg.), Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 1994, S. 320. Vgl. auch Nolte, Paul, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft – Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 87f.

¹⁶ Kocka, Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel, S. 7.

¹⁷ Schulz, Andreas, Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Oldenburg 2005, S. 34f.

Einleitung

Weimarer Demokratie gegenwärtig waren und in ihnen Wertvorstellungen kursierten, die sich nicht mit den positiven Vorstellungen eines demokratisch verfassten Gemeinwesens vereinen lassen.¹⁸ Ausgehend von Arbeiten, wie die Robert Putnams über die positive Verbindung zwischen Vereinsmitgliedschaft und stabilen demokratischen Verhältnissen, kommen bei eingehender Betrachtung der spezifisch deutschen Verhältnisse der ausgehenden Kaiserzeit und der Weimarer Republik Zweifel an dieser These auf.¹⁹ Bereits Max Weber formulierte 1910 Bedenken an der These, dass „mit der quantitativen Verbreitung die qualitative Bedeutsamkeit des Vereinswesens Hand in Hand [geht]“²⁰. Das führte auch die amerikanische Historikerin Sheri Berman in einem 1997 veröffentlichten Aufsatz über das Vereinswesen in der Weimarer Republik an, in welchem sie durchaus ein begünstigendes Element für den Aufstieg der Nationalsozialisten erblickte, wobei sie eine per se positive Verbindung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und demokratischem Verständnis in Frage stellte.²¹

In jedem Fall aber führte die „antibürgerliche“ Lagerbildung schließlich zum Aufbrechen der klassischen bürgerlichen Konstellationen und Strukturen, indem man sich in Abgrenzung von den klassischen Begriffen und Modellen „Bürgerlichkeit“ und „Bürger“ konstituierte. In einer Lokalstudie zu Halle ist die politische Polarisierung Weimars damit in einer paradigmatischen Konstellation analysierbar. Wie in einer experimentellen Vergleichsanordnung können damit Faktoren isoliert und Zusammenhänge untersucht werden.

Bei der vorliegenden Lokalstudie zu den politischen Verhältnissen in Halle in der Weimarer Republik soll analysiert werden, wie sozialistisches und nationales Lager in ihrer gegenseitigen Frontstellung in Halle aufeinander bezogen waren. Was verband Akteure mit Anhängern und wie wurde parteiübergreifend mobilisiert? Worauf gründete diese Radikalisierung? Auf welchen ideologischen Leitvorstellungen und Positionen stützten sich Lagerbildung und Lagerkonfrontation? Inwiefern beeinflusste die besondere Lagerkonfrontation die politischen

¹⁸ Vgl. Roth, Roland, Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hg.), Zivilgesellschaft als Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden 2004, S. 41-64; Adloff, Frank, Zivilgesellschaft – Theorie und politische Praxis, Frankfurt 2005, S. 100-107; Reichardt, Sven, Selbstorganisation und Zivilgesellschaft. Soziale Assoziationen und politische Mobilisierung in der deutschen und italienischen Zwischenkriegszeit, in: Jessen, Ralph/Reichardt, Sven/Klein, Ansgar (Hg.), Zivilgesellschaft als Geschichte, Opladen 2003, 219-238; Reichardt, Sven, Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Sicht, in: van den Daele, Wolfgang/Goswinkler, Dieter/Kocka, Jürgen/Rucht, Dieter (Hg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S. 61-81.

¹⁹ Vgl. Putnam, Robert, Demokratie in Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Graf, Friedrich Wilhelm/Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan (Hg.), Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft, Stuttgart, Berlin und Köln, 1991, S. 21-70.

²⁰ Weber, Max, Rede auf dem ersten Soziologentag in Frankfurt 1910, in: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1988, S. 431-449.

²¹ Vgl. Berman, Sheri, Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: World Politics, Vol. 49, No. 3 (April 1997), S. 401-429.

Einleitung

Auseinandersetzungen in der Stadt? Welche Bedeutung hatte jeweils die (gemeinsame) getragene, aber unterschiedlich begründete Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft?

Die Sozialgeschichte hat intensiv einzelne Parteien und Milieus in der Weimarer Republik untersucht und in der politischen und sozialen Fragmentierung eine der wesentlichen Bedingungen für die Zerstörung der Demokratie erkannt. Der Milieubegriff, ursprünglich ein Terminus in der Soziologie, dient in der Historiographie seit der konzeptionellen Anregung von M. Rainer Lepsius über die sozialmoralischen Milieus in Deutschland in den 60er Jahren als Grundlage, um die Spaltung der politischen Landschaft während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik in vier verschiedene Hauptrichtungen zu beschreiben und die engen sozialen und geographischen Gebundenheiten der Parteien zu fassen. Unter dem Begriff des sozialmoralischen Milieus verstand Lepsius „soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen, wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden.“²² Dabei stellte er die deutschen Parteien in einen Zusammenhang mit besonderen sozialmoralischen Milieus und entwickelte bezüglich der Kaiserzeit und der Weimarer Republik vier verschiedene Milieutypen, für welche die Parteien die „politischen Aktionsausschüsse“ bildeten, wobei er zwischen sozialistischem Arbeiter- und Handwerkermilieu, katholischem Sozialmilieu, konservativem und liberal bürgerlich-protestantischem Milieu unterschied.²³ Für den Zeitraum zwischen der Gründung des Kaiserreiches 1871 und der zunehmenden Veränderung der Milieuzusammensetzung durch den Aufstieg der Nationalsozialisten ab 1928 hebt Lepsius die Bedeutung dieser Milieus für die Konstituierung des deutschen Parteiensystems hervor. Trotz der äußeren Einflüsse, wie der weltweit fortschreitenden Industrialisierung und der Auswirkungen der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bescheinigt er den Milieus für diesen Zeitraum eine auffallende Stabilität.

²² Lepsius, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 38.

²³ Lepsius, Parteiensystem, S. 38-50. Eine aktuelle Zusammenfassung des „Sozialmoralischen Milieus“: Hübing, Gangolf, „Sozialmoralisches Milieu“. Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: Soziale Konstellation und historische Perspektive (Hg. von Sigmund, Steffen/Albert, Gert/Bienfait, Agathe/Stachura, Mateusz), Wiesbaden 2008, S. 207-227.

Als historische Studien, die damit arbeiten, vgl. etwa Rauh-Kühne, Cornelia, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991; Matthiesen, Helge, Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen: Das bürgerliche Gotha von 1918–1930, Jena 1994; Ders., Greifswald in Vorpommern: konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur, 1900-1990, Düsseldorf 2000; Weichlein, Siegfried, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik: Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996; Koshar, Rudy, Social Life, Local Politics and Nazism. Bourgeois Marburg 1880–1935, Chapel Hill, N.C. 1986; Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996. Vgl. außerdem Walter, Franz/Matthiesen, Helge, Milieus in der modernen Gesellschaftsgeschichte: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich, Berlin 1997.

Einleitung

Da von Seiten der Milieus keine Integration in den neuen Staat erfolgte, war es zu keinem fortschreitenden Demokratisierungsprozess gekommen. Die Konfliktlagen, auf denen sich das deutsche Parteiensystem begründete, waren bereits zu stark und zu lange durch die politischen Gruppen mitgetragen, so dass sie schließlich einer Demokratisierung entgegenstanden.²⁴

Nach der Übernahme des Milieuansatzes in vorwiegend politikwissenschaftlichen Untersuchungen der Bundesrepublik entstanden in den 80er Jahren vermehrt historische Untersuchungen, die mit dem Milieuansatz operierten. Der im Gegensatz zum Klassenbegriff weit offenere Bezugsrahmen bot vor allem für regionalgeschichtliche Ansätze eine stärkere Berücksichtigung von kulturellen, wirtschaftlichen und spezifisch regionalen Faktoren.²⁵ Milieus „übertrafen die Bindekraft bloß klassenmäßiger und konfessioneller Zugehörigkeit, weil sie diese Verankerung um die mental-kulturelle Dimension anreicherten und damit menschliche Existenz in ihrer Totalität vorstrukturierten.“²⁶

In der Weimarer Republik vollzog sich indes nicht nur ein Prozess der „Auflösung“. Diese ist auch die Folge einer politischen „Umformung“. Nach dem Zerschlagen der staatlichen Ordnung des Kaiserreiches 1918 entstand kein tragfähiges gesellschaftliches Fundament für die neue politische Ordnung. Das nur als Sieg des politischen Extremismus von rechts und links oder als Aufstieg des Nationalsozialismus zu beschreiben, greift jedoch zu kurz. Die Krise der Weimarer Demokratie mit ihren verschärften politischen Auseinandersetzungen trug selber zum tiefgreifenden Wandel der politischen Einstellungen bei.²⁷

Trotz einer flexiblen Handhabbarkeit des Milieubegriffs von Lepsius wurden vielfach die „Grenzen seiner Fassungs- und Erklärungskraft“ diskutiert, da sich bestimmte kulturelle Zusammenhalte in diesem Rahmen nicht erfassen lassen.²⁸ Zudem legt das Konzept nahe, nach Koinzidenzen zwischen den einzelnen Gruppen zu suchen, wo diese aufgrund der Heterogenität der Milieumitglieder nur schwer auszumachen sind. Oftmals wird die Einheitlichkeit bestimmter Faktoren suggeriert, wo sich Milieugrenzen längst abgeschliffen haben. Aufgrund dieser

²⁴ Lepsius, Parteiensystem, S. 31f., 49f.

²⁵ Wirsching, Andreas, Nationalsozialismus in der Region – Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region, München 1996, S. 38f.

²⁶ Pyta, Wolfram, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 13.

²⁷ Matthiesen, Bürgertum, S. 13.

²⁸ Vgl. Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1992, S. 21, 9-13; Ritter, Gerhard A., Die deutschen Parteien 1830–1914, Göttingen 1985, S. 49ff.; Hennig, Eike, Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort. Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.), Politik und Milieu – Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 151.

Einleitung

Schwierigkeiten und der uneinheitlichen Zusammensetzung der Milieus und verschiedenartiger Parteibindungen plädiert Rohe für den Begriff des politischen Lagers. Er bietet eine bessere Erklärung der Zerfallsprozesse im bürgerlichen Parteienspektrum und des Aufstiegs der NSDAP als die Milieukonzepte, da er es ermöglicht, verschiedene parteipolitischen Präferenzen in den Blick zu nehmen.²⁹ Im Gegenzug zum Milieubegriff, bei dem es um die Untersuchung der Koinzidenz von Strukturdimensionen geht, bezieht sich Rohe beim Lager auf reines Wahlverhalten, d.h. auf eine Wahlgeschichte ohne eine enthaltene ideologische Komponente.

Das auf Überlegungen von Adam Wandruszka für die politische Struktur Österreichs in der Ersten Republik entwickelte Lagermodell bestimmt politische Vergesellschaftung nicht ausschließlich anhand einer bestimmten sozialen oder wirtschaftlichen Lage, sondern bietet einen breiteren Rahmen zur Erklärung politischer, sozialer und kultureller Grundlagen von Parteien und Parteiensystemen. Karl Rohe unterschied auf der Basis von empirischen Wahluntersuchungen für die deutsche Geschichte zwischen einem nationalen, sozialistischen und katholischen Lager.³⁰ Lager konstituieren sich – anders als Milieus – eher durch Abgrenzung gegen andere als durch eine Menge an positiven Gemeinsamkeiten. Deshalb ist es durchaus möglich, dass ein bestimmtes politisches Lager heterogene Milieus und Parteien integriert, wie das sowohl für das sozialistische als auch für das nationale Lager der Weimarer Republik gelten kann. Außerdem können jene Gruppen von Personen erfasst werden, die in keinem entsprechenden Milieuzusammenhang integriert waren. Während ein bestimmtes Milieu ganz unabhängig von anderen Milieus bestehen kann, haben politische Lager einen Gegenpart, zu dem sie sich abgrenzen. Politische Lager verfügen in der Regel über einen weit zurückreichenden historischen Hintergrund und beschränken sich nicht nur auf das Verfolgen gemeinsamer politisch kurzfristiger Interessen. Sie drücken keine Zweckkoalitionen aus, weshalb die Grenzen unterschiedlicher Lager politisch gesehen nur schwer zu durchbrechen sind. Ein solches Lagersystem gliedert ein Mehrparteiensystem und schlägt sich darin nieder, dass die Wählerbewegungen innerhalb eines Lagers groß sein können, aber zwischen verschiedenen Lagern eher sehr gering sind.³¹ Auf dieser Grundlage kann dann, so Rohe, gefragt werden, ob ein Lager entsprechende soziale und

²⁹ Vgl. Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933, Essen 2001, S. 22; Raßloff, Steffen, Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, Köln 2002, S. 20.

³⁰ Wandruszka, Adam, Österreichs politische Struktur – Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954, S. 289–486.

³¹ Vgl. Rohe, Wahlen, S. 21f.; ders., S. 203 (Anm. 8, Kapitel 3). Rohe bezeichnet den Ausdruck „nationales Lager“ als nicht unbedingt gut gewählt. Er sieht zwar in den alternativen Bezeichnungen protestantisches, bürgerliches, bürgerlich-nationales oder bürgerlich-protestantisches Lager mehr Probleme, erkennt aber darin zu bestimmten Zeiten und in bestimmten lokalen Zusammenhängen eine teilweise angemessenere Zuordnung. Vgl. dazu auch Matthiesen, Bürgertum und Raßloff, Erfurter Bürgertum, wobei Ersterer auch vom „nationalen Lager“ spricht.

organisatorische Vernetzungen besitzt und demnach Krisen gegenüber resistent auftreten kann, oder ob es sich um ein reines Wählerlager handelt, das keine organisatorischen Grundlagen besitzt. Theoretisch hat Rohe mit dem „Lager“ die politische Sozialgeschichte lange vor der kulturalistischen Debatte der 90er Jahre erweitert, denn er hat überzeugend argumentiert, dass es vor allem kulturelle Faktoren sind, weniger Sozialstrukturmerkmale (wie Klasse und Konfession), die erst ein typisches Wahlverhalten entstehen lassen. Eine gemeinsame Sozialstruktur erklärt nicht zwangsläufig die Wahl einer bestimmten Partei, weshalb beispielsweise in einer Region mit hohem Katholikenanteil nicht automatisch das Zentrum die Partei mit der höchsten Stimmenanzahl sein muss.³²

Mit dem Konzept des „Lagers“ öffnete sich die politische Sozialgeschichte der Bedeutung kultureller Faktoren. Das, was die „neue Politikgeschichte“ programmatisch forderte, lässt sich mit dem Konzept des Lagers in paradigmatischer Weise umsetzen.³³ Ein Operieren mit dem Milieubegriff rechtfertigt sich für die Zeit der Weimarer Republik für das katholische und das sozialdemokratische Milieu, denen die Forschung – aufbauend auf Lepsius – Stabilität anhand von Wahlergebnissen und einer festen Vernetzung nachgewiesen hat. Für das sozialdemokratische Milieu hebt Lepsius die im Vergleich zu den anderen Milieus am stärksten vorhandene Klassenhomogenität hervor.³⁴ Beide Milieus unterscheiden sich von einem liberalen und konservativen Milieu bereits in ihrer Entstehungsgeschichte im 19. Jahrhundert, geprägt durch die Ausbildung spezifischer Konfliktlagen wie Kulturkampf und Sozialistengesetz, die Sozialisten und Katholiken in eigene Milieus gliederten, wohingegen Liberale und Konservative bereits im Kaiserreich eine „kulturelle Hegemonie“ ausgeübt hatten und zudem die „traditionelle Dichotomie“ zwischen Konservatismus und Liberalismus einer eigenen spezifischen Milieuausbildung im Wege stand.³⁵

In der Literatur herrschte lange Zeit die Meinung vor, dass es in den 20er Jahren zu einem Verfall des sozialistischen Milieus gekommen sei, dessen eigentlicher Höhepunkt in seiner

³² Rohe, Wahlen, S. 12f.

³³ Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Göttingen 2005.

³⁴ Vgl. Lepsius, Parteiensystem, S. 34f., 48.

³⁵ Vgl. ebd., S. 41; Wirsching, Weimarer Republik, S. 92; Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991: Die Wahlgeschichtsforschung hat die Resistenz der Katholiken gegenüber der NSDAP bis zum November 1932 in zahlreichen Studien dokumentiert. Das gilt einmal für den Zusammenhalt der Katholiken in traditionell ländlichen Gebieten sowie für städtische Regionen, in denen sich die Katholiken aufgrund des Gegenübers zu anderen Milieus stärker in ihrem eigenen Milieu integrierten. Zweifel besteht für die Zeit vor 1933 und vor allem für den Zeitraum danach, inwiefern die Resistenz auch mit einer entsprechenden Ablehnung der Ziele und Methoden des Nationalsozialismus einherging. Vgl. dazu Rauh-Kühne, Cornelia, Anpassung und Widerstand – Kritische Bemerkungen zur Erforschung des katholischen Milieus, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), , Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich, Berlin 1997; Lepsius, Parteiensystem, S. 34f.

Einleitung

Entstehungszeit im Kaiserreich lag.³⁶ Faktisch ist es in bestimmten Regionen zum Zusammenbruch ehemals sozialdemokratischer Hochburgen nach dem Ersten Weltkrieg gekommen. Eine Stabilität des sozialistischen Milieus setzt über den gesamten Zeitraum ein festes Organisationsnetz voraus, welches – verglichen mit der Kaiserzeit – hingegen erst in der Weimarer Republik in Teilen Deutschlands mit zahlreichen Vereinsneugründungen und einem Ausbau bestehender Strukturen einen Höhepunkt erreichte. Dazu trug auch ein enormer Mitgliederzuwachs in einigen sozialistischen Organisationen bei, wodurch sich der Klassencharakter dieser gesellschaftlichen Gruppe wohl stärker hervorheben lässt als die Betonung einer „Erosion“ des sozialistischen Milieus.³⁷ Schwierigkeiten ergeben sich hingegen bei der Betrachtung des konservativen und des liberalen Milieus, bei denen sich spätestens für die Weimarer Zeit keine entsprechende Stabilität und Vernetzung nachweisen lässt. Eher ist von einer heterogenen Zusammensetzung dieser Milieus und einer zunehmenden Aufsplitterung in verschiedene Partei- und Verbände zugehen, welche aufzeigt, dass sich die bürgerlichen Gruppen um keine bestimmte „einheitliche Partei herum vergesellschafteten.“³⁸ Da das nationale Lager Sammelpunkt für sowohl Konservative als auch Liberale war, lässt sich die Milieutrennung nicht aufrechterhalten. Der Lagerbegriff ermöglicht es Liberalismus und Konservatismus „als zwei politische Bewegungen, die innerhalb derselben sozialen Schichten um die politische Deutungskompetenz konkurrieren“, zu beschreiben und kann demzufolge Verschiebungen zwischen beiden politischen Gruppen sichtbar machen, die durch den Milieubegriff in der Form nicht erklärt werden könnten.³⁹

Weiterführend ist deshalb – so die dieser Arbeit zu Grunde liegende Hypothese – das von Karl Rohe entwickelte Konzept des *Lagers*, welches der Arbeit einen theoretischen Rahmen bietet, um sowohl die politischen Traditionen der Zeit vor 1918 als auch die tiefgreifende

³⁶ Vgl. unter anderem Langewiesche, Dieter, Politik – Gesellschaft – Kultur: Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 22 (1982), S. 359-402.

³⁷ Lösche, Peter/Walter, Franz, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarisch-gemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15 (1989), S. 511-536; Lösche, Peter (Hg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Band 1-4.

³⁸ Schmidt, Jürgen, Begrenzte Spielräume – eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurt 1870 bis 1914, Göttingen 2005, S. 260. Vgl. auch Lösche, Peter/Walter, Franz, Katholiken, Konservative und Liberale. Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: GG 26 Heft 1 (2000), S. 471-492.

³⁹ Hettling, Manfred, Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und in der Schweiz von 1860 bis 1918, Göttingen 1999, S. 29f.; zum Lagerbegriff außerdem Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln, Weimar, Wien 2011, S. 31ff. Barsickow, Heinz-Joachim, Politische Lager und Reichstagswahlen im Raum Herne vor dem 1. Weltkrieg, Bochum 2004. Schmidt, Jürgen, Begrenzte Spielräume. Kritisch zum Lagerbegriff vgl. Kühne, Thomas, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur: Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AfS (Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 517-522.

Einleitung

Veränderungsdynamik der Jahre nach 1918 analytisch aufeinander zu beziehen und als fundamentale „Umformung“ der politischen Landschaft untersuchen zu können. In einer Lokalstudie zu Halle während der Weimarer Republik kann das Konzept des „Lagers“ besonders fruchtbar eingesetzt werden, denn in der Stadt entwickelte sich in den Jahren nach 1918 eine extreme Polarisierung zwischen zwei politischen Richtungen. Auf der einen Seite stand das sozialistische Lager, das mehrheitlich durch die radikalen Parteivarianten wie zunächst die USPD und nach deren Vereinigung Ende 1920 von der KPD dominiert war. Ausgehend von Rohes Konzeption des Lagerbegriffs und der Tatsache der relativen Stabilität des Wahlverhaltens im sozialistischen Lager sollen im vorliegenden Fall SPD und KPD und USPD – trotz ihrer parteipolitischen Gegensätze – in einem Lager zusammenzufasst werden. Zentrale Fluchtpunkte bilden im Rahmen dieser Untersuchung das Wahlverhalten und in die Gegenüberstellung zum bürgerlich-nationalen Lager. Das bedeutet nicht, dass an diesen Stellen Gemeinsamkeiten besonders herausgestellt werden und die Konfrontationen zwischen beiden Parteien in Halle ausgeblendet werden sollen. Vielmehr soll es darum gehen, den Gegensatz zum anderen Lager zu betonen und herauszuarbeiten bzw. gerade die Gemeinsamkeiten der Basis und die geteilten Erfahrungen mit einzubeziehen. Gerade die vom Lagerkonzept zugelassene mögliche Heterogenität, welche die sozialen Milieus, die politischen Aspekte und das Wählerverhalten berücksichtigt, ist meines Erachtens als ein Vorzug des Konzeptes anzusehen, da auf diese Weise die verschiedenen Parteibindungen sowie internen Wählerbewegungen nachvollziehbar gemacht werden. Neben der Abgrenzung politischer Lager voneinander können in diesem Zusammenhang auch die inneren Gegensätze, wie sie vor allem im gespaltenen sozialistischen Lager der Weimarer Republik auftreten, betrachtet werden, wobei es gilt, die tiefe Verwurzelung als ein „historisch-kulturelles Gebilde“ mit einzubeziehen.⁴⁰ Es sollen daher keinesfalls die Auseinandersetzungen übergangen werden, welche im Inneren der Lager auftreten konnten und auch aufgetreten sind. Der Schwerpunkt der Betrachtung im sozialistischen Lager liegt hingegen auf der KPD am linken Rand des sozialistischen Lagers.

Klaus-Michael Mallmann unterschied in seiner sozialgeschichtlichen Studie zu den Kommunisten in der Weimarer Republik hypothetisch vier idealtypische „Grundformen des Zusammenhangs zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“, darunter ein linkes Lager – primär möglicherweise in der Wahrnehmung von außen – mit einer gemeinsamen Wählerklientel sowie einigen Berührungspunkten in Gewerkschaften und Vereinen und einer Reihe gemeinsamer Überzeugungen, was sich ansonsten weitergehend durch gegenseitige Distanz und

⁴⁰ Rohe, Wahlen, S. 22.

Einleitung

Polarisierung charakterisieren ließ. Als zweite Grundform käme für den vorliegenden Fall noch die Ausbildung einer lokaler Hochburg der KPD gegenüber der SPD infrage, wobei die hallische SPD bei Wahlen ca. ein Drittel bis die Hälfte der Stimmen der KPD erreichte, so dass bei der SPD wiederum von keinem absoluten Schattendasein die Rede sein kann. Halle ließe sich daher zwischen diesen beiden „Grundformen“ einordnen und als analytische Instrumente können diese Idealtypen für den hallischen Fall angewendet und überprüft werden.⁴¹

Bereits seit den frühen 20er Jahren verstärkte sich vor Ort die Polarisierung, die zur Erosion der parteipolitischen Mitte und zu einer parallelen Radikalisierung nach rechts und links führte. Das Besondere an der hallischen Situation lag vom Beginn der Weimarer Republik an darin, dass hier die auch in anderen Städten beobachtbare konfrontative Gegenüberstellung des sozialistischen und des nationalistischen Lagers noch zusätzlich dadurch verschärft wurde, dass jeweils die radikalen Pole innerhalb der Lager überwogen. Die Zentrumsparterie der Katholiken war mit nur 4,28% von 194.575 Einwohnern (1925) und einem durchschnittlichen Wähleranteil zwischen 1 und 2% präsent, so dass in Halle ein Gegenüber von rechts und links die örtliche Situation bestimmte.⁴² Durch die Dominanz radikaler Parteivarianten mit einerseits KPD und andererseits schließlich NSDAP war die Situation in der Stadt anhaltend geprägt. Halle steht somit prototypisch für die Radikalisierung der politischen Kultur der Weimarer Jahre, weshalb die Stadt gerade in dieser Zeit zu einem Ort wurde, der in besonderem Maße durch die politische Gewalt auf der Straße gekennzeichnet war.

Die Existenz von nationalem und sozialistischem Lager reichte bis ins Kaiserreich zurück. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war das politische Klima in Halle und im umliegenden Regierungsbezirk von scharfen Gegensätzen zwischen Bürgertum und Sozialdemokraten gekennzeichnet. Die politische Situation am Ende des Kaiserreiches, gekennzeichnet durch verschärfte Wahlagitation und Radikalisierung in der politischen Auseinandersetzung, war der Nährboden für die Konstellation der Weimarer Zeit. Regionalspezifische Konfliktlinien prägten sich weiter aus und unter veränderten Bedingungen setzte sich die Konfrontation nach dem Ersten Weltkrieg fort.

Um für die Untersuchung im Kontext der gegenseitigen Frontstellung bestimmte Verhaltensweisen sowie die „Vorstellungen der Akteure über die Welt des Politischen“ der beiden hallischen Lager fruchtbar zu machen, bietet sich Rohes Lagerkonzept anschließend eine Verbindung mit dem Konzept der *politischen Kultur* an, welches ursprünglich von den beiden

⁴¹ Mallmann, Kommunisten, S. 385ff.

⁴² Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 38, S. 8f.

Einleitung

amerikanischen Wissenschaftlern Almond und Verba entwickelt wurde.⁴³ Ausgehend von der Einführung der Demokratie in einigen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die dortigen politischen Einstellungen mittels der Befragung zahlreicher Personen untersucht. Dieses Konzept wurde in Deutschland in den 70/80er Jahren vor allem durch Arbeiten von Karl Rohe weiterentwickelt.⁴⁴ Rohe bezog sich als Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur politischen Kultur auf Weber, denn „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“⁴⁵ Es sind maßgebliche Vorstellungen und Handlungsweisen von Akteuren über „Weltbilder“ in einem bestimmten Zeitraum, die Rohe ins Zentrum von Analysen rücken will. Er versteht „politische Kultur“ als einen „mit Sinnbezügen gefüllten Rahmen, innerhalb dessen sich die durch Interessen geleitete politische Lebenspraxis handelnder, denkender, fühlender Akteure vollzieht.“⁴⁶ Ihm geht es mehr um die Inhalte als um die Strukturen der jeweiligen Einstellungen, indem er über einfache Umfragen hinausgeht, da die Umfrageforschung eher auf Grenzen stoße, wenn es um die Frage nach dem gesellschaftlichen Charakter von politischer Kultur geht. Forschungen zur politischen Kultur wollen nicht vorrangig wissen, dass ein Regime bejaht oder abgelehnt wird, sondern was diesem jeweiligen Zustand zugrunde liegt, d.h. „zwischen den Zeilen lesen“⁴⁷. Das Konzept geht über klassische Ansätze hinaus und berücksichtigt dabei auch symbolische Elemente sowie eine historische Dimension. In seinem Modell unterscheidet Rohe zwischen *Sozialkultur* und *Deutungskultur*, zwischen Basis und Überbau. Traditionen, Erfahrungen und Lebensweisen bilden die Basis, während die Reflexion und der Diskurs darüber, d.h. das Sichtbarmachen des Einflusses von Ideen auf die Politik, für den Überbau steht. Beide Bestandteile politischer Kultur beziehen sich aufeinander und beeinflussen sich wechselseitig, so war z.B. für ein andauerndes Überleben der katholischen oder sozialistischen Arbeiterbewegung das Vorhandensein einer Deutungskultur entscheidend, die sowohl Modernisierung als auch Identitätswahrung ermöglichte.

⁴³ Rohe, Karl, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissle, Jakob (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen 1987, S. 40.

⁴⁴ Zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept vgl. Kaase, Max, Sinn oder Unsinn des Konzepts Politische Kultur für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 144-172.

⁴⁵ Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1988, S. 252.

⁴⁶ Rohe, Karl, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 333.

⁴⁷ Rohe, Karl, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 41.

Einleitung

Als zur Reichstagswahl am 14. September 1930 die NSDAP in Halle mit 25,4% der Stimmen hinter der KPD mit 25,8% zur zweitstärksten Partei aufstieg, titelte das sozialdemokratische „Volksblatt“: „Hakenkreuz und Sowjetstern über Halle – Der Traum vom Bürgerblock ausge-träumt“⁴⁸. Noch zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928 war der Stimmenanteil der Nationalso-zialisten mit 2,5% äußerst gering gewesen. 1928 standen sich nationales Lager, bestehend aus DNVP, DVP und DDP, und sozialistisches Lager bestehend aus KPD und SPD und Rest-USPD mit 44,3% bzw. 43,6% der Stimmen gegenüber, während zur Reichstagswahl 1930 die natio-nalen Parteien zusammen mit der NSDAP auf 49,1% der Stimmen kamen und SPD und KPD zusammen nur 38,4% erreichten.⁴⁹ Die hier sichtbare und durchaus ungewöhnlich starke Pola-risierung zwischen nationalem und sozialistischem Lager ist das entscheidende Moment, wel-ches sich für den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik in Halle konstatieren lässt und die Stadt in ihrer politischen Entwicklung während dieser instabilen Phase eingehend prägte. Durch die gemeinsame Abgrenzung des nationalen gegen das sozialistische Lager entstanden Integra-tionswirkungen, welche die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des nationalen Lagers zu-sammenhielten. Das lag nicht zuletzt an einem gemeinsamen Engagement in öffentlichen Kam-pagnen oder einzelnen Vereinen in der Stadt. Das nationale Lager in Halle war jedoch in seinem Inneren keinesfalls ohne parteipolitische Differenzen. So unterstützte die DVP Ende 1929 nicht die Kampagne der anderen nationalen Gruppierungen gegen den unter Außenminister Gustav Stresemann (DVP) ausgehandelten Young-Plan, obwohl er „viele Wünsche übrig [ließ]“, die Partei sich aber wegen der im Krieg erlittenen Niederlage beugen wollte.⁵⁰

Mit Gründung der hallischen Ortsgruppen von DVP und DNVP Ende 1918 bildeten sich die beiden einflussreichsten Parteien des nationalen Lagers als Nachfolgeparteien der konservati-ven und völkischen Parteien der Vorkriegszeit heraus. Die liberale DDP repräsentierte zusam-men mit der SPD und dem Zentrum als „Weimarer Koalition“ zunächst noch die bürgerliche Mitte der Stadt, welche hingegen schon Mitte der 20er Jahre nicht mehr auszumachen war. Die Liberalen – vor dem Krieg noch stärkste bürgerliche Partei der Stadt – erlitten starke Verluste, nachdem durch die Kämpfe zwischen Arbeitern und Freikorps 1919 und 1920 eine Radikali-sierung zur rechten Seite hin stattgefunden hatte. Nach dem Kapp-Putsch waren die Liberalen an dem Versuch gescheitert, zwischen der Arbeiterschaft und dem Militär zu vermitteln, was ihnen in der kommenden Wahl eine folgenschwere Niederlage bescherte, die zugleich für eine Niederlage der „Weimarer Koalition“ zugunsten der rechten Parteien stand. Liberale Positionen

⁴⁸ VB, 15.9.1930.

⁴⁹ Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; StAH, Wahlbüro, Kap. XII, Nr. 12, Bd. 1.

⁵⁰ BArch, R 45 II, Nr. 81, Bl. 41; Nr. 82, Bl. 205.

Einleitung

wie Demokratie, friedlicher Ausgleich und Reformen konnten sich zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgreich durchsetzen, weshalb es in der folgenden Zeit zu keiner Mehrheit von SPD, DDP und Zentrum mehr gekommen ist. Das Bürgertum um DNVP und DVP schloss sich vor allem aus Angst vor weiteren bewaffneten Aktionen nunmehr enger im nationalen Lager gegen die Arbeiterschaft zusammen und bediente sich weiterhin des alten Feindbildes von der sozialistischen Arbeiterbewegung. Ihre gemeinsame Sorge bestand nicht unmittelbar in der Vernichtung ihrer Kultur und Gesellschaft, sondern vielmehr der Störung des Wiederaufstiegs durch die linken Kräfte.⁵¹ Auf kommunaler Ebene führte daher der Druck von links zu Vereinigungen der bürgerlichen Kräfte inklusive der Demokraten im „Vaterländischen Ordnungsblock“ (1924) und in der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (1929), die bei den Kommunalwahlen eine Stimmenmehrheit erlangten.

Von großer Dominanz und daher für diese Arbeit bezüglich des nationalen Lagers von tragender Bedeutung waren in Halle die rechten paramilitärischen Verbände. Der rechte Flügel des Stahlhelms hatte seinen Sitz in der Stadt und trat aufgrund der politischen Konstellation in Mitteldeutschland mit einer starken USPD/KPD in seiner Ausrichtung reaktionärer und radikaler auf als an anderen Orten. Mit 7.000 Mitgliedern war die Stahlhelm-Ortsgruppe zeitweise die größte im Reich.⁵² 1923 entstand in Halle mit dem Wehrwolf ein weiterer reichsweit agierender Wehrverband mit völkischer Ideologie und antisozialistischer und antisemitischer Ausrichtung. Zusammen mit den Kriegervereinen waren die Wehrverbände seit den frühen 20er Jahren fest in der hallischen Öffentlichkeit verankert und daher auch stark mitbestimmend für das Ansehen und die Aktivitäten des nationalen Lagers, zumal sie sich parteipolitisch an DVP und DNVP orientierten. Das vereinte starre Festhalten an Feierlichkeiten wie unter anderem dem Kaiser- und Hindenburggeburtstag und dem Tag der Reichsgründung stand diametral dem neuen Staat entgegen und offenbarte von Beginn an eine fehlende Annäherung an die neuen Verhältnisse.

Der „Besetzung des nationalen Lagers durch die NSDAP“ ab 1929/1930 ist auf zwei verschiedenen Ebenen nachzugehen.⁵³ Ihr Einstieg in die hallische Kommunalpolitik erfolgte erst nach der Kommunalwahl 1929, bei der sie drei Mandate für die Stadtverordnetenversammlung erlangte. Nach der für sich erfolgreich verlaufenen Reichstagswahl von 1930 forderte sie – ebenso wie die Kommunisten – ergebnislos die Auflösung des Stadtparlamentes, deren Zusammensetzung sie als nicht mehr legitim ansah. Maßgeblich aber traten die Nationalsozialisten ab Mitte der 20er Jahre durch öffentliche Auftritte in der Stadt in Erscheinung, d.h., ihre Präsenz

⁵¹ Schumann, Politische Gewalt, S. 361f.

⁵² SZ, 30.1.1924.

⁵³ Rohe, Wahlen, S. 153ff.

Einleitung

konzentrierte sich zunächst auf die Straße und auf vereinzelte öffentliche Versammlungen. Die Kooperation der NSDAP mit DNVP und Stahlhelm während der Anti-Young-Plan-Kampagne 1929 sollte sich hinsichtlich des späteren Erfolges für die NSDAP als mitentscheidend erweisen, da in dieser Koalition die antidemokratische Grundeinstellung der Nationalsozialisten einen Nährboden gewann und die NSDAP zugleich aus ihrer bisherigen politischen Isolierung befreite. Vor allem die Auflösung bestehender Parteibindungen im nationalen Lager bei DNVP, DVP, DDP, d.h. die Auflösung des traditionellen Bürgerblocks, und auf nationalsozialistischer Seite eine scheinbar umfassende politisch-integrative Organisation sollten letztlich deren Aufstieg im nationalen Lager begünstigen, standen die Nationalsozialisten doch in der „Tradition bürgerlich-nationaler Gegnerschaft“ zur Weimarer Republik. Rohe spricht in diesem Zusammenhang von einem „Repräsentanzwechsel“, anstatt von einer durch die Nationalsozialisten verursachten Zerstörung der ursprünglichen Strukturen. Entscheidend sei „nicht nur eine politische Radikalisierung, sondern auch eine erhebliche politische Dynamisierung“, die schließlich auch Gruppierungen außerhalb des nationalen Lagers erfasste.⁵⁴ Dies kann auf lokaler Ebene bestätigt werden: Bereits 1930 berichtete der Merseburger Regierungspräsident an den Oberpräsidenten in Magdeburg über die NSDAP als Partei, „die aus allen Kreisen der Bevölkerung“ Zulauf bekäme, „vornehmlich aber Angehörige der bürgerlichen Gesellschaft.“⁵⁵

Das gesplante sozialistische Lager wurde in Halle eindeutig von der KPD dominiert, was auch in der Analyse des Lagers zum Tragen kommen wird. Neben dem Ruhrgebiet und Berlin war der Regierungsbezirk Halle-Merseburg in den 20er Jahren eine der kommunistischen Hochburgen des Deutschen Reiches. Für das Entstehen einer Parteihochburg ist die Verdichtung bestimmter Faktoren ausschlaggebend, die im Allgemeinen, wie auch im Raum Halle-Merseburg, durch den hohen Grad der beiden Faktoren Urbanisierung und Industrialisierung begünstigt wurde. Hinzu kommt ein zu definierender lokaler, regionaler und politischer Einfluss, der einen bestimmten Ort erst zu einer Hochburg werden lässt, welcher sich generell durch die überdurchschnittliche Repräsentation einer Partei in einer Gemeinde auszeichnet.⁵⁶ Mit der Gründung der USPD 1917 und deren Vereinigung 1920 mit der zur Jahreswende 1918/1919 gegründeten KPD überzog in Halle der radikale Sozialismus. Im Zuge der Revolution von 1918 konnte sich die politische Linke in Halle aufgrund ihrer günstigen Ausgangslage zunächst festigen, bis es im

⁵⁴ Vgl. Ebd., S. 161ff.; Schumann, Politische Gewalt, S. 367.

⁵⁵ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 68-72.

⁵⁶ Vgl. Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991, S. 350ff. Laut Wahlforschung würde die hohe Repräsentation einer Partei mit Hochburgcharakter einen Stimmenanteil von ca. 30% der gültigen Stimmen für die jeweilige Partei ausmachen, wobei sich laut Jürgen W. Falter für die Benutzung des Terminus der Hochburg jeder Kreis anbietet, der bei Wahlen deutlich über dem Reichsdurchschnitt liegt.

Einleitung

mitteldeutschen Generalstreik von 1919 zu heftigen Konfrontationen der Arbeiterschaft mit dem Militär kam, welche die Region nur schwer zur Ruhe kommen ließen. Der gescheiterte Kapp-Putsch verfestigte schließlich die Grenzen zwischen nationalem und sozialistischem Lager. Durch den Anschluss des linken Flügels der USPD an die KPD konnte Letztere einen enormen Zuwachs an Mitgliedern und Wählerstimmen verzeichnen, jedoch, trotz ihrer Position als stärkste Partei in Halle bis 1930, nie wieder an die großen Wahlerfolge der USPD von 1919/1920 anknüpfen.⁵⁷

Während der Amtszeit von Richard Robert Rive als Oberbürgermeister (1906-1933) hatte sich Halle von einer bürgerlichen Stadt mittlerer Größe zu einer modernen, von der Industrie geprägten Großstadt entwickelt. Die Rolle als mitteldeutscher Eisenbahnknotenpunkt beschleunigte die Ansiedlung großer Industriegebiete um die Stadt und führte zum Zuzug von Arbeitern aus vorwiegend ländlichen Gebieten.⁵⁸ Im Regierungsbezirk Halle-Merseburg mit seinen ca. 1,4 Millionen Einwohnern lag der Anteil der in der Industrie tätigen Personen in der Mitte der 20er Jahre bei fast 50%.⁵⁹ Vor allem im Bereich der chemischen Industrie und im Bergbau waren die neu zugezogenen Arbeiter überwiegend unqualifiziert, so dass auch zu fragen sein wird, ob ihre Qualifikationsstruktur als ein Erklärungsfaktor für die Bildung eines linken Spektrums dienen kann. Jedoch lässt sich wohl kaum von einer homogenen politischen Gesinnung der Arbeiterschaft sprechen und diese Tatsache schlägt sich auch in der politischen Landschaft des Raums Halle für die Jahre der Weimarer Republik nieder.

Anfängliche Versuche der KPD zur Bildung einer Einheitsfront mit der SPD wurden von der SPD-Bezirksleitung zurückgewiesen. Die SPD trat zwar ebenfalls für die Einheit der Arbeiterklasse ein, vor allem aber war der Schutz der Republik und der Verfassung ein Ziel, das sie auch in der KPD übernommen sehen wollten.⁶⁰ In ihrem eigenen Verständnis sahen sich die Sozialdemokraten sowohl als sozialistische Klassenpartei als auch als Republikaner. Auf Reichsebene galt es reformsozialistische Forderungen parlamentarisch durchzusetzen, auch mit

⁵⁷ Beiträge zur Statistik der Stadt Halle 1929, S. 200f. Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen in der Weimarer Republik, Materialien zum Wahlverhalten 1918-1933, München 1986, S. 140. In Hochburgen der USPD von 1920 gelang es der KPD stärker als der SPD überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse zu erzielen.

⁵⁸ Zur industriellen Entwicklung vgl. Jacob, Ralf (Hg.), Richard Robert Rive, Beiträge zum Wirken des halleischen Oberbürgermeisters 1906-1933, Halle 2000, S. 159-165; Klein, Thomas (Bearb.), Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945 Reihe A: Preußen, Bd. 6: Provinz Sachsen, hg. von Walter Hubatsch, Marburg 1975, S. 113; Neuß, Erich, Die halleische Stadtverwaltung 1906-1931, Halle 1931, S. 5. Größter Betrieb der chemischen Industrie waren die 1916 gegründeten Leunawerke, die zum Ende des 1. Weltkrieges bereits 14.000 Mitarbeiter beschäftigten.

⁵⁹ Schumann, Politische Gewalt, S. 25. Neben Erfurt und Magdeburg war Halle-Merseburg der größte Regierungsbezirk in der preußischen Provinz Sachsen.

⁶⁰ Hirschinger, Frank, „Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter“, Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918-1953, Göttingen 2005, S. 49.

Einleitung

möglichen bürgerlichen Koalitionspartnern, zugleich sollte die hegemoniale Stellung der SPD als Arbeiterpartei verteidigt und ausgebaut werden.⁶¹ Ihre Ausweglosigkeit bestand darin, dass sie weder im Bürgertum noch bei den Kommunisten Unterstützung in der Verteidigung der Demokratie fand.⁶² Im Prinzip war die SPD auf dem Weg, „heimatlos“ zu werden, da ihr das sozialistische Lager durch die KPD „weggenommen“ worden schien und die Gefahr bestand, eigene Anhänger an die KPD oder auch an bürgerliche Parteien zu verlieren. Grundsätzlich waren sowohl KPD und SPD ihrer Mitgliederstruktur nach Arbeiterparteien. Während jedoch die KPD eine immer höhere Quote an Arbeitslosen an sich binden konnte, erreichte der SPD nur geringere Zuwächse unter Angestellten und Arbeitern.⁶³ Mitunter lassen sich trotz der offiziellen Distanzierung zwischen SPD und KPD vereinzelte Ansätze zur Zusammenarbeit an der Parteibasis ausmachen. Das beschränkte sich jedoch auf die zum Teil gemeinsam durchgeführte Kampagne beider Parteien während des Volksentscheides zur Fürstenenteignung 1926. Seit der 1928 von der Komintern (Kommunistische Internationale) ausgegebenen „Sozialfaschismus“-Parole wurde die Aufforderung zum endgültigen Bruch mit der SPD gegeben und somit eine endgültige Spaltung in der Arbeiterbewegung vorangetrieben. Somit verschwanden die letzte Möglichkeit zu einer Kooperation und die Chance, einen linken Minimalkonsens der zunehmenden Stärke der Nationalsozialisten entgegenzusetzen.⁶⁴ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es Unterschiede im Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf den Ebenen der Parteiführung und der Basis gegeben hat. Während Mallmann davon ausgeht, dass sich die gemeinsame Herkunft aus dem ursprünglichen sozialistischen Milieu der Kriegs- und Vorkriegszeit und die Bildung gemeinsamer Netzwerke an der Basis zu einer Kommunikation mit den Sozialdemokraten auswirkten, argumentiert er gleichzeitig gegen die These von der „Stalinisierung“, einer Abhängigkeit der KPD von Sowjetrußland, wie sie von Hermann Weber geprägt wurde.⁶⁵ Denn allen politischen Divergenzen zum Trotz einten beide Parteien die Frontstellung gegen rechts und die soziale Herkunft ihrer Basis. Die Übereinstimmung

⁶¹ Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus: Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S. 104.

⁶² Schönhoven, Arbeiterbewegung, S. 148-150.

⁶³ BAArch, SAPMO, Ry 1/I 3/11/40, Bl. 66f: Im Februar 1929 im Regierungsbezirk Halle-Merseburg 46,16% Vollarbeiter, 6,52% Kurz- und Landarbeiter, 18,26% Frauen und 29,06% Arbeitslose. Vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz, Die SPD, Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 14-16: Eine Untersuchung von 393 SPD-Ortsvereinen von 1930 ergab: 59,49% Arbeiter, 13,97% Angestellte und Beamte und 4,17% Selbständige und Landwirte.

⁶⁴ Vgl. Mallmann, Klaus-Peter, Milieu, Radikalismus und soziale Gesellschaft, in: GG 21 (1995), S. 19.

⁶⁵ Mallmann, Radikalismus, sowie ausführlich: Mallmann, Kommunisten. Kritisch dazu: Wirsching, Andreas, „Stalinisierung“ oder Entideologisierte „Nischengesellschaft“?, Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449-466. Zur These der „Stalinisierung“ Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus: Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969; ders., Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: APuZ B40 (1991), S. 25-39.

Einleitung

der Klassenlage, Berufs- und Betriebserfahrungen, Lebensweise und Wohnverhältnisse stiftete oftmals Gemeinsamkeiten. Vielfach bestanden Bindungen in den freien Gewerkschaften und Genossenschaften, beim Arbeitersport und in Arbeitervereinen, die andererseits nicht ohne Differenzen verliefen.⁶⁶ Gerade die 20er Jahre gelten als Blütezeit der Arbeiterkulturbewegung, jedoch werden in den späten 20er Jahren die Versuche der KPD deutlicher, die Brücken zu SPD-Vereinen abzurechen und den Aufbau eigener Einrichtungen voranzutreiben.⁶⁷ Zudem gilt es auch den Aspekt zu beachten, dass es sich bei den späteren Parteifunktionären der KPD zum größten Teil um ehemalige SPD-Mitglieder handelte, die wie Otto Kilian oder Wilhelm Koenen im Jahre 1902 bzw. 1903 in die SPD eintraten und über die Mitgliedschaft zur USPD während der Kriegsjahre und deren linken Flügel zur KPD gelangten, d.h. entsprechend sozialisiert waren.⁶⁸

Bürgerliche Zeitungen sahen eher Gemeinsamkeiten zwischen KPD und SPD anstatt ihrer internen Differenzen und machten im Prinzip dieselben Anschuldigungen an die Sozialdemokraten wie an die Kommunisten. Diese galten zumeist als gemeingefährliche Verbrecher und wurden zusammen mit der SPD der Bürgerkriegsvorbereitung beschuldigt, was wiederum dem Stahlhelm und später der SA als Rechtfertigung galt, die eigenen Aktionen als eine Art Notwehr darzustellen.⁶⁹ Das offensive Auftreten der nationalen Vereine und Verbände, allen voran des Stahlhelms, führte 1923 in hallischen SPD-Kreisen auch zu der Idee, ein Bündnis mit den Kommunisten einzugehen, um den andauernden Provokationen des Stahlhelms gemeinsam entgegenzuwirken.⁷⁰ Trotz der hier bereits kurz aufgezeigten Führungsrolle der Kommunisten innerhalb des linken Lagers und ihrer Dominanz während des Untersuchungszeitraums in der Stadt als Gegenüber zu den nationalen Gruppierungen wird im Kontext der Arbeit auch zu prüfen

⁶⁶ Mallmann, Radikalismus, S. 13.

⁶⁷ Vgl. Schönhoven, Arbeiterbewegung, S. 106-108; Lösche, Peter/Walter, Franz, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15 (1989), S. 511-536; Lösche, Peter (Hg.), Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik, Band 1-4.

⁶⁸ Zu Otto Kilian vgl. Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S. 369f: geb. 27.11.1879 in Atzendorf; gest. Frühjahr 1945 im KZ Bergen-Belsen, 1902 Mitglied der SPD, 1919 Mitglied der preußischen Nationalversammlung (USPD), KPD, 1921-1928 MdL, 1924-1929 Stadtverordneter in Halle, unbesoldeter Stadtrat, 1927/28 Austritt aus KPD, Mitglied des ultralinken Leninbundes, 1929 Wiedereintritt. Zu Wilhelm Koenen vgl. Schröder, Wilhelm Heinz, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Düsseldorf 1995, S. 558f: geb. 7.4. 1886 in Hamburg, gest. 19. 10. 1963 in Berlin (Ost), Handlungsgehilfe, 1903 SPPD, 1911-1919 Redakteur des „Volksblatts“ in Halle, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftskartells, 1917 USPD, 1920 VKPD, 1917-1920 Mitglied des USPD-Bezirksvorstandes für den Bezirk Halle-Merseburg, 1918-1919 Kommissar des Arbeiter- und Soldatenrats für den Bezirk Merseburg, 1919-1920 Stadtverordneter in Halle, Sekretär in der KPD-Zentrale, 1929-1931 Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg, seit 1929 Mitglied des ZK der KPD, 1929-1932 Mitglied des Preußischen Staatsrats.

⁶⁹ Schumann, Politische Gewalt, S. 342.

⁷⁰ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachlass Carl Severing 235, Bl. 14f. (Deutscher Metallarbeiterverband, Halle, 2. Juli 1923 an K. Severing und Antwort Severing 3. Juli 1923).

Einleitung

sein, ob das populäre Schlagwort – vor allem in der Polarisierung der späten 20er Jahre geprägt und insbesondere in der DDR gepflegt – vom „roten Herz Mitteldeutschlands“ in dieser Form überhaupt aufrechterhalten werden kann.⁷¹ Zwar lag die hallische KPD bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik stets vor ihren Ergebnissen in der sächsischen Provinz, jedoch lässt sich Halle bereits ab 1930 ebenso als Hochburg der Nationalsozialisten charakterisieren. Prägend für Halle war deshalb in den letzten Jahren Weimars viel eher der sehr scharfe Gegensatz von „Rot“ und „Braun“, den es an dieser Stelle zu analysieren gilt.

Aufgrund einer klaren politischen Frontstellung und starken Polarisierung in Halle in der Weimarer Republik bietet sich also nicht nur das Modell des Lagers an, sondern es stellt den begrifflichen Analyserahmen für eine Untersuchung der internen Beschaffenheit beider politischer Lager in Halle bereit.

Politische Lager werden insbesondere durch gemeinsame Frontstellungen integriert, sie benötigen für eine längerfristige Stabilität aber auch soziale und kulturelle Kohäsionsfaktoren. Die Arbeit will die Formierung und das Auftreten der beiden Lager in Halle auf vier verschiedenen Analyseebenen und mit unterschiedlichen methodischen Zugriffen darstellen.

1. Interessenlagen: Welche sozialen Gruppen gehörten welchem Lager an? Zwar kann man in grober Weise von einer proletarischen Basis im sozialistischen und einer bürgerlichen Basis im nationalen Lager sprechen, doch reicht das für eine differenzierte Bestimmung der komplexen Interessenlagen im Zeitraum vor und während der Weltwirtschaftskrise nicht aus. Deshalb soll die Anhängerschaft der beiden Lager stichprobenartig in Bezug auf ihre soziale Stellung, ihre Berufszugehörigkeit, ihren Bildungsstand und ihre Wohnlage erhoben werden. Insbesondere die sozialgeographische Untersuchung der Anhängerschaft der beiden konkurrierenden Lager mit Hilfe von Adressbüchern verspricht neue Ergebnisse. Dazu sollen im Vorfeld zwei Wahlkreise ausgewählt werden, in denen ausgehend von der Reichstagswahl im November 1932 eine hohe Anzahl von Stimmen für die NSDAP bzw. eine hohe Anzahl von KPD-Wählerstimmen vorlag, um in diesen Wahlkreisen detailliert das Verhältnis von Wahlergebnissen und Sozialstruktur zu untersuchen. Damit würde man Aussagen über die Wählerschaft, d.h. über die soziale und parteipolitische Herkunft der Bewohner, der einzelnen Lager in bestimmten Wahlbezirken treffen und das Wahlverhalten nach eventuellen Verschiebungen oder Verfestigungen untersuchen. Mit den Adressbüchern während der zu untersuchenden Perioden lassen sich dementsprechend die Bewohner bzw. die Wähler der einzelnen Wahlbezirke in den Straßen im jeweiligen Häuserteil des Adressbuches ermitteln. Es sind aber immer jeweils nur diejenigen

⁷¹ HZ, 30.10.1929.

Einleitung

Personen mit Namen, Vornamen und Berufsangabe im Häuserteil erfasst, die Haushaltsvorstände waren, was bedeutet, dass nicht alle Wahlberechtigten erfasst werden können. Nicht alle Bewohner der Stadt sind demzufolge aufgezeichnet, so dass Untermieter und Familienangehörige (verheiratete Frauen und Kinder) bzw. Personen ohne eigenen Hausstand in der Regel nicht aufgeführt sind. Trotz dieser Einschränkungen, derer man sich bei einer solchen Untersuchung bewusst sein muss, bleibt das Adressbuch eine wichtige Quelle der Sozialstrukturforschung und soll deswegen für die Untersuchung herangezogen werden.⁷²

Gab es bestimmte Wohngegenden, in denen sich die Anhängerschaft der Lager konzentrierte? Bei Wahlen der Weimarer Zeit haben sich bestimmte Wohngegenden im Stadtbezirk Glaucha und im Süden von Halle als Stimmbezirke mit hohen Prozentanteilen für die Kommunisten ausgewiesen. Umgekehrt gibt es Stadtteile, die politisch gemischt waren. An diesen Umstand anknüpfend ließe sich fragen, ob sich beispielsweise die besondere Radikalität und Gewalttätigkeit der Aktionen zwischen den Anhängern beider Lager auch durch die politische Durchmischung der Wohnviertel erklären lässt.

Um eine Entwicklung im Verhältnis zwischen Wahlergebnis und Sozialstruktur über einen längeren Zeitraum auszumachen, sollen in der Untersuchung der Adressbücher die Stichjahre 1920, 1925⁷³, 1930 und 1932 ausgewählt werden. Problematisch bei einer sich über den gesamten Untersuchungszeitraum erstreckenden Betrachtung dieser Art ist die wechselnde Zuschneidung der Wahlbezirke während der Weimarer Zeit in Halle. Die Einteilung der Wahlbezirke blieb erst ab der Reichstagswahl 1928 konstant. Bei den ersten drei Wahlen des Untersuchungszeitraums handelt es sich daher nicht um identische Wahlbezirke. Für die Sozialstrukturanalyse der Bewohner der jeweiligen Straßen hat dieser Umstand, da es sich immer um dieselben Straßen handelt, jedoch keine Auswirkungen, während sich bei den Wahlergebnissen für die ersten beiden Stichjahre betreffs einer Zuordnung zu mehreren Wahlbezirken gewisse Ungenauigkeiten ergeben werden.

2. *Organisationsformen:* Wer war im Netz der verschiedenen städtischen Organisationen des sozialistischen und des nationalen Lagers engagiert? Dabei gilt es, mit dem Vorurteil aufzuräumen, dass immer nur ganz bestimmte städtische Gruppen mit ganz bestimmten politischen Vereinigungen sympathisierten und stattdessen mehrere lokal zu differenzierende Einflüsse eine engere Bindung zu einem Lager herbeiführen konnten. Unstrittig ist, dass nicht allein

⁷² Vgl. dazu Zwahr, Hartmut, Das deutsche Stadtadressbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3 (1968), S. 204-220.

⁷³ 1924 gab es zwei Reichstagswahlen (4. Mai und 7. Dezember), jedoch fehlt im hallischen Adressbuch von 1924 der sonst vorhandene Häuserteil, so dass bei der Auswahl der Stichjahre 1925 ausgewählt wurde.

Einleitung

sozioökonomische Bedingungen auf die politischen Mentalitäten einwirken, sondern vor allem auch lokale Merkmale und Strukturen wie Vereine, Verbände und Organisationen die Faktoren sind, welche die unterschiedlichen politischen Lager über Schichten und wirtschaftliche Interessenlagen hinaus stützen und den Zusammenhalt eines jeweiligen Lagers begünstigen konnten.⁷⁴

In der Arbeit sollen deshalb – über eine klassische Wahlanalyse hinausgehend – die Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der politischen Lager hinsichtlich parteiübergreifender lagerinterner Verflechtungen und personeller Verbindungen zwischen den Akteuren auf Basis der Partei-, Vereins- und Verbandsakten und der lokalen Presseerzeugnisse analysiert werden. Eine Personendatenbank mit Parteimitgliedern, Vereinsvorständen, „Aktivisten“, Vereins- und Verbandsmitgliedern bietet die Ausgangslage für die Darstellung der Akteure.⁷⁵

Welche Beziehungen bestanden zwischen Parteien, Vereinen und Verbänden und wie wurden die unterschiedlichen Organisationsformen, die ja durch unterschiedliche Ziele bestimmt waren, so zusammengehalten, dass man jeweils wusste, wer zu wem gehörte? Wie konstituierten sich solche Verbindungen im Untersuchungszeitraum und wie wurden sie untereinander hergestellt?

Auf der einen Seite traten beispielsweise städtische Honoratioren als Bindeglieder zwischen den einzelnen Vereinen und den verschiedenen bürgerlichen Gruppen auf. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf Oberschulrat Friedrich Busse verwiesen, der neben seinem Posten als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und Vorsitzender des Ortsvereins der DNVP zugleich unter anderem aktives Mitglied im Stahlhelm und Vorsitzender im Hallischen Turn- und Sportverein war. Lokale politische Führung und Vorstandspositionen in den Vereinen und Verbänden der Stadt verbanden sich vielfach. Verknüpfungen dieser Art werden für beide Lager analysiert und es wird eine Dominanz einzelner Gruppen in den jeweiligen Lagern bestimmt werden.

Ebenso stellt sich die Frage, wie das heterogene Organisationsgefüge politisch integriert werden konnte. Für die Nationalsozialisten offenbarte sich zudem die besondere Schwierigkeit, nationale Lager in relativ kurzer Zeit zu dominieren und die traditionellen Parteibindungen der Anhängerschaft zu DNVP und DVP und anderen nationalen Organisationen (z.B. Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wehrwolf, Kriegerverbände, Alldeutscher Verband, Königin-Luise-Bund) aufzulösen und für sich zu gewinnen. Wie musste die NSDAP dabei auf lokale

⁷⁴ Rohe, Wahlen, S. 13f.

⁷⁵ Die Datenbank ist der Arbeit als CD beigelegt.

Eigenheiten Rücksicht nehmen, um erfolgreich zu sein? Inwieweit konnten die Nationalsozialisten auch auf der lokalen Ebene die politische Lage und vor allem die Radikalisierung in links und rechts für ihre Zwecke ausnutzen und welche Rolle spielten deren eigene Organisationen (z.B. NS-Schüler-, Lehrer-, Ärztesbund, Betriebszellen etc.)? Gelang es der NSDAP, wie Rohe annahm, bei einer starker Lagerbindung im nationalen Lager, jedoch einer weniger starken Parteibindung innerhalb des Lagers eine neuartige Parteibindung zu kreieren, wie sie in der Form nur im sozialistischen und katholischen Lager anzutreffen war?⁷⁶

3. *Politische Ideen*: Die politische Öffentlichkeit der Weimarer Republik war mindestens ebenso sehr eine Straßenöffentlichkeit als eine der Presse, Flugblätter und Publizistik, so dass in diesem Punkt vor allem die Prozesse starker Dynamik innerhalb und zwischen den Lagern zum Tragen kommen. Auch wenn sich Lager wesentlich durch Abgrenzung begründeten, benötigen sie einen Kern gemeinsam geteilter Einstellungen und Vorstellungen. Diese können oft negativer Art sein (antikommunistisch, antidemokratisch, antikapitalistisch). In der Analyse der polemischen Attacken bzw. der Leit- und Gegenbilder, d.h. der Stabilisierung und Verschärfung der Frontstellung durch polare Feindbilder gegeneinander, lässt sich in den Reden der einzelnen Akteure, in Flugblättern, in Wahlkämpfen und gezielten Aktionen, hauptsächlich in den Erzeugnissen der jeweiligen Presse reichhaltiges Material analysieren. Es gibt Aufschluss über eventuell vorhandene Gemeinsamkeiten ideeller Art, welche sich nicht auf einzelne Parteien und deren Leitformeln reduzieren lassen und die entsprechenden Deutungsangebote wieder spiegeln soll. Allein in Halle standen sich drei nationale und zwei linke Tageszeitungen gegenüber, welche die aktuellen Ereignisse, d.h. politische Versammlungen, Vereinstreffen, Wahlkampfauftritte und Wahlergebnisse, entsprechend kommentierten und bewerteten. Denn um den weltanschaulichen Bezugspunkt für die Teile eines Lagers bilden zu können, mussten diese ideellen Bestandteile breiter und ungenauer gefasst sein als Parteiprogramme.

4. *Aktionsformen*: Die Gewalt der Straße ist nur das extremste und sichtbarste Symptom dafür, dass politische Integration nicht nur durch Ideen, sondern immer auch durch Aktionen erfolgt.⁷⁷ Gewalt integriert mindestens genauso gut wie politische Reden – aber auch Aufmärsche, Demonstrationen, Proteste, Fackelzüge und Krawalle prägten die 20er und frühen 30er Jahre in Halle, so dass an dieser Stelle die eingehende Analyse der Radikalisierung und Polarisierung durch politische Gewalt im Vordergrund stehen soll. Die frühen gewalttätigen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik wie der Kapp-Putsch 1920 und der kommunistische

⁷⁶ Rohe, Wahlen, S. 161.

⁷⁷ Schumann, Politische Gewalt; Reichardt, Sven, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristismus und in der deutschen SA (= Industrielle Welt; Bd. 63), Köln, Weimar, Wien 2002.

Einleitung

Märzaufstand von 1921 fanden zwischen Arbeitern der USPD/KPD und Angehörigen der Reichswehr und der Polizei statt und führten zu einer Polarisierung und zunehmenden Radikalität zwischen rechts und links. Mit großen Aufmärschen versammelten sich – wie schon eingangs kurz umschrieben – am 11. Mai 1924 die rechten Wehrverbände zu einem „Deutschen Tag“ in Halle. Eine parallel stattgefunden Demonstration der Kommunisten endete schließlich mit schweren Auseinandersetzungen der Demonstrationsteilnehmer mit der Polizei. Spätestens von diesem Zeitpunkt an lässt sich eine Steigerung der Gewaltbereitschaft in beiden Lagern beobachten, die den Kampf um die vorherrschende Stellung auf der Straße mit einschloss und welche sich an bestimmten Ereignissen erläutern und festmachen lässt und das Handeln der Akteure in den Vordergrund stellen soll. Vor allem aber zu Zeiten starker politischer Spannungen nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Rotfrontkämpferbund auf der linken und Stahlhelm, Wehrwolf und Nationalsozialisten auf der rechten Seite zu. Die gewalttätigste Saalschlacht, die sich die Kommunisten mit der Polizei lieferten, führte vor der Reichstagswahl 1925 im hallischen Volkspark unter Anwesenheit des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann zu Toten und Verletzten. In der Spätphase der Weimarer Republik beschränkten sich öffentliche Konfrontationen meist auf Straßenkämpfe zwischen Angehörigen des kommunistischen „Rotfrontkämpferbundes“ und der nationalsozialistischen SA. Schon Dirk Schumann betont die in diesem Prozess bedeutende Rolle der rechten Kräfte, vor allem der nationalen Wehrverbände unter Führung des Stahlhelms, deren Ausdrucksformen gezielt gegen die Aktivitäten linker Gruppierungen gerichtet waren, welche wiederum mit ähnlichen Methoden auf die Angriffe von rechts reagierten, was eine Form der „Militarisierung“ der politischen Kultur der Weimarer Republik zur Folge hatte. Das bürgerliche Lager sah sich konstant einer Bedrohung durch die Arbeiterschaft und einem drohenden Aufstandsversuch ausgesetzt und verlagerte die politische Auseinandersetzung auf die Straße, indem sie versuchte, den öffentlichen Raum für Aufmärsche, Fahnenweihen und Kundgebungen als Gegenstück zu linken Aktionen in der Öffentlichkeit zu besetzen.⁷⁸

In der vorliegenden Untersuchung sollen die hier aufgeführten Ebenen dargestellt werden, wobei es auch zu Überschneidungen der dargelegten Schwerpunkte kommt.

Ausgehend einmal von der örtlichen Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur und Halles Entwicklung zur Industriestadt sowie der politischen Entwicklung der Stadt ab ca. 1900 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges werden im ersten Kapitel zwei städtische Wohnviertel von Arbeitern und Bürgern miteinander verglichen, um die soziale Herkunft und parteipolitische

⁷⁸ Schumann, Politische Gewalt, S. 43.

Einleitung

Präferenz der Wähler zu bestimmen. Vor dieser Detailanalyse werden die Entwicklung der Wahlen und Abstimmungen des Untersuchungszeitraums für Halle allgemein nachvollzogen werden. Das zweite Kapitel widmet sich der internen Organisationsstruktur der Lager und bezieht neben der Vereinsarbeit der Partei- und Verbandsmitglieder die Leit- und Gegenbilder von sozialistischem und nationalem Lager hinsichtlich ausgewählter Schwerpunkte ein, um abschließend die unterschiedlichen Formen der „Antibürgerlichkeit“ darzulegen. Im letzten Kapitel liegt der Schwerpunkt sowohl auf der Darstellung der Radikalisierung innerhalb der Lager, die mit der Entwicklung der jeweiligen Parteien und Verbände während der Weimarer Zeit in Halle einherging als auch der direkten Konfrontation beider Lager im Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raumes, wobei einmal die Kämpfe und Auseinandersetzungen und die politische Gewalt in der Öffentlichkeit und andererseits die Konfrontation in der hallischen Stadtverordnetenversammlung thematisiert werden.

„Kaum eine Epoche der deutschen Geschichte ist so gut erforscht wie die Zeit der Weimarer Republik.“ schrieb Detlev Peukert 1987.⁷⁹ Davon ausgehend stellt sich zunächst die – auf den ersten Blick nicht unberechtigte – Frage nach der Motivation für eine weitere Studie zum Aufstieg der Nationalsozialisten. Welchen Erkenntnisgewinn lässt eine Studie dieser Art erwarten? Die Geschichte der Stadt Halle in der Weimarer Republik (im Sinne einer ideologiefreien Lokalgeschichte) ist bisher nur teilweise erforscht. Der defizitäre lokalgeschichtliche Forschungsstand zeigt sich schon darin, dass selbst so grundlegende Fragen wie die zu Struktur, Ausprägung und Verhalten des Parteiwesens in Halle weitestgehend ungeklärt sind. Dies verwundert allein schon angesichts der nicht unbedeutenden Stellung Halles als Industrie- und mittlere Großstadt in der Weimarer Republik. Darüber hinaus ist eine lokalgeschichtliche „Einzelfall-erörterung“ für die Zeitgeschichte der ganzen Weimarer Republik äußerst hilfreich. Denn eine stadtgeschichtliche Untersuchung, die Aussagen über die lokale politische Landschaft der Weimarer Republik und ihrer Spätzeit und die damit gegebenen örtlichen Bedingungen der beiden gegensätzlichen politischen Lager und des Aufstiegs der Nationalsozialisten trifft, ist ein methodisch notwendiges Pendant zu den parallelen, aber deutschlandweiten Untersuchungen und würde erlauben, Vergleiche und Zusammenhänge zur politischen Entwicklung auf Reichsebene herzustellen.

Die Forschung der DDR zur Stadt Halle berührte die Thematik der Weimarer Republik und die Geschichte der linken Parteien in zahlreichen detaillierten Studien zur USPD/KPD und zum

⁷⁹ Peukert, Detlev J. K., Die Weimarer Republik – Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987.

Einleitung

antifaschistischen Widerstandskampf, blieb jedoch einerseits der marxistisch-leninistischen Ideologie verhaftet und andererseits auf das linke Parteispektrum und meist auf klassische Organisationsfragen beschränkt.⁸⁰ Allerdings bietet die DDR-Forschung hilfreiche Grundinformationen hinsichtlich lokaler politischer Ereignisse und der Aufarbeitung von Quelldaten für die KPD und USPD. Studien nach 1989 wie die von Klaus-Michael Mallmann, Bert Hoppe oder Carsten Voigt haben sich konkret zur Sozialgeschichte der KPD, zum politischen Alltag sowie dem Innenleben der Partei und ihrer Organisationen geäußert und zum Teil auch Kontroversen zur „Stalinisierungsthese“ Hermann Webers ausgelöst.⁸¹

In der zweibändigen Stadtgeschichte zu Halle von 2006 bearbeitet Hans-Walter Schmuhl die Geschichte Halles zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Die in einer erweiterten Fassung 2007 als Monographie veröffentlichte Darstellung erarbeitet erstmals dieses Kapitel der hallischen Stadtgeschichte im Überblick, so dass eine lange Zeit vernachlässigte Grundlagenforschung mittlerweile ausgeführt wurde.⁸²

Den Ursachen und Wirkungen politischen Gewalt der Zwischenkriegszeit geht Dirk Schumann grundlegend in seiner Habilitationsschrift zur politischen Gewalt in der Weimarer Republik in der preußischen Provinz Sachsen nach, in welcher er die Auffassung vertritt, dass sich die

⁸⁰ Vgl. unter anderem Leidigkeit, Kurt Heinz/Hermann, Jürgen, Auf leninistischem Kurs. Geschichte des KPD-Bezirk Halle-Merseburg bis 1933, Halle 1979; Böhl, Hansjoachim, Zur Entwicklung der kommunalpolitischen Konzeption der KPD von 1929-1932, Univ. Halle, Diss., 1975. Hermann, Jürgen, Die Entwicklung der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg zur marxistisch-leninistischen Massenpartei (1924-1929), Diss. Univ. Halle, 1974; Hermann, Rita, Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik: Programmatische Positionen und Aktionen, dargestellt am Kampf der Partei im Landtag der Provinz Sachsen und in Kommunalparlamenten des Regierungsbezirk Merseburg (1924-1933), Diss. Univ. Halle, 1986; Kling, Gertrud, Die Rolle des Arbeiter- und Soldatenrats von Halle in der Novemberrevolution (November 1918 bis März 1919), Halle 1960; Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917-1921), Phil. Diss. Halle 1969; Ders., Ernst Thälmann im Bezirk Halle, Halle 1982; Ders. (Hg.), Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, H. 1: 1917-1923, Halle 1965; Stein, Eberhard, Die Entstehung der Leunawerke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leunawerken während des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution, Halle, Diss. 1961; Tonn, Willi, Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Bezirk Merseburg in den Jahren 1921-1923, Phil. Diss. Halle 1973. Für die NS-Zeit: Müller, Ines, Zur Entwicklung der Stadt Halle (Saale) unter der faschistischen Diktatur 1933-1939, Dipl. Univ. Halle, Halle 1989.

⁸¹ Vgl. Hoppe, Bert, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007; Voigt, Kampf- bünde; Mallmann, Klaus-Peter, Milieu, Radikalismus und soziale Gesellschaft, in: GG 21 (1995), sowie ausführlich Mallmann, Kommunisten. Kritisch dazu: Wirsching, Andreas, „Stalinisierung“ oder Entideologisierte „Nischengesellschaft“?, Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449-466. Zur These der „Stalinisierung“ Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus: Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969; ders., Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: APuZ B40(1991), S. 25-39.

⁸² Vgl. Schmuhl, Hans-Walter, Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Geschichte der Stadt Halle Bd. 2 (Hg. Werner Freitag, Katrin Minner, Andreas Ranft), Halle 2006; Schmuhl, Hans-Walter, Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Halle 2007. Vgl. auch Loeffelmeier, Rüdiger, Die Franckeschen Stiftungen in Halle an der Saale von 1918 bis 1946. Bildungsarbeit und Erziehung im Spannungsfeld der politischen Umbrüche, Tübingen 2004.

Einleitung

Zunahme der politischen Gewalt der Weimarer Republik größtenteils auf die Aktivität der rechten Verbände zurückführen lässt, welche auf Seiten der Sozialdemokraten und Kommunisten eine reaktive Mobilisierung auslöste, was es gilt, für den halleschen Kontext zu überprüfen.⁸³

Die allgemeine Literatur zur Weimarer Republik und zu deren Auflösungsphase ist vor allem auf der Reichsebene sehr umfangreich. Neuere Arbeiten entstammen vermehrt auch aus dem angelsächsischen Raum.⁸⁴ Im Bereich der Regional- und Lokalstudien gibt es dagegen weiterhin Nachholbedarf, wobei gerade lokalgeschichtliche Untersuchungen für die neuen Bundesländer diesbezüglich noch Lücken aufweisen. Für Magdeburg hat Maik Hattenhorst diese Lücke bereits geschlossen und für Halle ist Schmuhs Studie aufzuführen, jedoch würden sich der Zeitraum nach der Machtergreifung und die Untersuchung einzelnen Themenfelder, wie Elitenwechsel, Kommunalpolitik, Widerstand etc. anbieten, um die bereits vielfältig erforschte Stadt- und Regionalgeschichte der NS-Zeit in den alten Bundesländern sinnvoll zu ergänzen und zu erweitern.⁸⁵

Erst seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts beschäftigt sich die Zeitgeschichtsforschung zunehmend mit regional-, lokal- und alltagsgeschichtlichen Themen. Infolge dieser Verlagerung der Forschungsrichtung war es möglich geworden, sich näher mit dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Region zu befassen. William S. Allen schuf mit seinem Standardwerk zum Aufstieg des Nationalsozialismus in einer Kleinstadt schon 1966 eine der ersten Fallstudien, der zahlreiche andere Arbeiten folgten, die den Nachweis einer „Machtergreifung von unten“ versuchten und die starke Bedeutung der örtlichen Gegebenheiten für den Aufstieg der Nationalsozialisten hervorhoben, womit Allen einen regelrechten Boom der stadtgeschichtlichen Forschung jener Zeit begründete.⁸⁶

⁸³ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 359-368.

⁸⁴ Beispielsweise Kolb, Eberhard/Schumann, Dirk, Die Weimarer Republik, Oldenburg 2013; Peukert, Die Weimarer Republik; Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933 – die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993; Wirsching, Weimarer Republik. Eine Neuerscheinung aus dem angelsächsischen Raum: Jones, Larry Eugen (Hrsg.), The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism. New York 2014.

⁸⁵ Vgl. Schmiechen-Ackermann, Detlef/Kaltenborn, Steffi (Hg.), Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven, Münster 2005, S. 7f; Grieger, Manfred, Die neue Macht in Coesfeld. Nationalsozialismus in einer katholischen Stadt, 1933-1945, in: Norbert Damberg (Hg.), Coesfeld 1197-1997. Beiträge zu 800 Jahren städtische Geschichte, Coesfeld 2004 (Bd. 3), S. 1593-1790.

⁸⁶ Als Beispiele: Allen, William S., Das haben wir nicht gewollt. Die NS-Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 – 35, Gütersloh 1966; Büttner, Ursula/Jochmann, Werner, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Hamburg 1983; Hennig, Eike (Hg.), Hessen unterm Hakenkreuz, Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt/Main 1983; Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in Heidelberg und Mannheim 1930-1935, Frankfurt/Main 1985. Vgl. beispielsweise Bajohr, Frank, Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993; Behrens, Beate, Mit Hitler zur Macht, Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922-1933, Rostock 1998; Vollnhals, Clemens, Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002; Wagner, Andreas, „Machtergreifung“ in Sachsen, NSDAP und staatliche Verwaltung 1930-1935, Köln 2004. Vgl. ausführlich Ruck, Michael, Bibliographie zum Nationalsozialismus, Bd. 1 und 2, Darmstadt 2000.

Einleitung

Die moderne Forschung zur Landesgeschichte der Weimarer Republik widmet sich nicht mehr ausschließlich den allgemeinen Fragen nach dem Scheitern der Weimarer Republik, sondern es entstehen vermehrt Studien, die sich mit einzelnen Schwerpunkten auseinandersetzen.⁸⁷

Die Weimarer Republik einerseits als Feld landesgeschichtlicher Forschung zu begreifen, aber andererseits bestimmte Aspekte und Schwerpunkte aus einzelnen Orten und Regionen für das Gesamtbild fruchtbar zu machen, darauf richtet sich das Hauptaugenmerk der aktuellen Forschung. Die Bedeutung der örtlichen Entwicklung in den 20er und 30er Jahren verbindet sich darin mit spezifischen Problemstellungen vor Ort. Untergeordnete Studien widmen sich besonderen Themen wie Verbänden oder Institutionen in der Weimarer Republik, Personalien oder kommunalgeschichtlichen Aspekten, so dass sich immer wieder auch überregionale Vergleiche anstellen lassen.⁸⁸ Gerade die Verbindung der Untersuchung der politischen Entwicklung einer Stadt bzw. Region mit der örtlichen Sozial-, Milieu- bzw. Lagerstruktur bietet nach wie vor ein reiches Feld für Forschungsfragen. Für den mitteldeutschen Raum sind dementsprechend unter anderem Lokalstudien zu Gotha und Erfurt erschienen, deren Hauptanalyse sich auf das Bürgertum der jeweiligen Stadt bezieht.⁸⁹ Vor allem das Milieukonzept hat auf Arbeiten zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus nachhaltigen Einfluss genommen und dient in zahlreichen Studien als Erklärungsansatz, um „das außergewöhnliche Phänomen des Nationalsozialismus von der Mentalität und der politischen Wahrnehmung der Bevölkerung aus zu erklären.“⁹⁰ Von der Forschung am stärksten berücksichtigt wurden bisher das katholische und das sozialistische Milieu, wohingegen damit verglichen bisher wenige Arbeiten zum konservativen und liberalen Milieu existieren, was auch auf den anfangs erwähnten Schwierigkeiten beruht, die sich mit einer genaueren Zuordnung von Gruppen zu letzteren Milieus ergeben, die gerade keine entsprechende Abgrenzung voneinander deutlich machen.⁹¹ Zu erwähnen ist

⁸⁷ Für Sachsen hat beispielsweise Carsten Voigt in seiner umfassenden Studie zum Reichsbanner und zum Rotfrontkämpferbund für den Zeitraum 1924 bis 1933 die Entwicklung beider Verbände aus regionalhistorischer Perspektive nachvollzogen und zugleich in Beziehung zur KPD und SPD als den tragenden Parteien gesetzt. Vgl. Voigt, Kampfbünde. Außerdem am Beispiel der Gaue Baden und Württemberg: Marcel Böhles: Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden und Württemberg, 1924 bis 1933 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen; Bd. 62), Essen 2016.

⁸⁸ Vgl. eine aktuelle Initiative zur Regionalgeschichte Bayerns mit Vergleichen zum Deutschen Reich und anderen Regionen. Tagungsbericht: Neue landesgeschichtliche Ansätze zur Erforschung der Weimarer Republik. Personen – Institutionen – Infrastruktur, 06.03.2014 – 07.03.2014 München, in: H-Soz-Kult, 30.05.2014, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5397>>.

⁸⁹ Vgl. Matthiesen, Bürgertum; Raßloff, Erfurter Bürgertum.

⁹⁰ Blessing, Werner K., Diskussionsbeitrag: Nationalsozialismus unter „regionalem Blick“, in: Möller Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region, München 1996, S. 50.

⁹¹ Vgl. unter anderem Rauh-Kühne, Cornelia, Katholisches Milieu; Klein, Arnold, Katholisches Milieu und Nationalsozialismus. Der Kreis Olpe 1933–1939, Siegen 1994; Kaufmann, Doris, Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984; Walter, Franz/Matthiesen, Helge, Milieus; Walter/Lösche, Katholiken, Konservative und Liberale.

jedoch in diesem Zusammenhang die Studie von Frank Bösch zum konservativen Milieu, in der er – entgegen der landläufigen Meinung zu dessen Auflösung während der Weimarer Zeit – eine Konstanz des konservativen Milieus beschreibt, beruhend auf einem „gemeinsamen Deutungssystem gegen die Werte der Republik“, innerhalb eigener Netzwerke durch Parteien, Kirche, Vereine und Verbände.⁹² Bösch betont trotzdem eine sehr viel geringere Vernetzung verglichen mit dem katholischen und sozialistischen Milieu und konstatiert daher eine eher „weitmächtig institutionalisierte Deutungskultur“⁹³. Als ein mögliches Konzept zur Erklärung der gescheiterten Demokratie wurde auch die verstärkte Fragmentierung der Weimarer Republik in viele unterschiedliche, sich gegenüberstehende Teilkulturen in Erwägung gezogen. Ausgehend vom Milieubegriff von Lepsius vermuten Detlev Lehnert und Klaus Megerle für die Nachkriegszeit eine weitere Ausdifferenzierung in eben solche Teilkulturen, die sich im Unterschied zu Milieus auch überschneiden konnten, zwischen denen es jedoch zu keinerlei Koalition oder Verdichtung gekommen war.⁹⁴

Bei der vorliegenden Arbeit soll jedoch vor allem die Konstellation eines konkreten Gegenübers von nationalem und sozialistischem Lager in Halle als Besonderheit herausgestellt werden. Das kann inhaltlich und konzeptionell sowohl für lokalgeschichtliche Forschungen (nicht nur zu Halle) als auch für die allgemeine Geschichte der Weimarer Republik fruchtbar werden. Die vorliegende Studie betritt darin Neuland, da bisher keine Lokalstudien existieren, in welchen zwei politische Lager in ihrer polaren Beziehung und Konfrontation untersucht worden sind. Halle als mitteldeutschen Großstadt und Industriezentrum ist für dieses Grundproblem der Geschichte der Weimarer Republik als Untersuchungsobjekt geeignet wie kaum eine andere deutsche Stadt, um eine Deutung der politischen Zustände vor 1933 vorzunehmen⁹⁵

Viele Studien haben sich bereits mit der Erforschung der politischen Kultur von Weimar befasst. Da bei Arbeiten zur Erforschung der politischen Kultur von Weimar stets auch die Gefahr des Additiven, eines losen Nebeneinanders, besteht, sei daher immer das Herausarbeiten der Verbindung zwischen politischer Kultur und dem Handeln der Akteure entscheidend.⁹⁶ Es soll in dieser Abhandlung keine (bloße) Parteien- und Wahlanalyse stattfinden, sondern die Verhaftung der

⁹² Bösch, Frank, *Das konservative Milieu – Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002, S. 218.

⁹³ Bösch, Frank, *Das konservative Milieu*, S. 220. Zum Begriff der Deutungskultur siehe Rohe, *Wahlen*, S. 14–18. Zum konservativen Milieu vgl. Lösche/Walter, *Katholiken, Konservative und Liberale*, S. 478f.

⁹⁴ Vgl. Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989.

⁹⁵ Vgl. Studien, die mit dem Lagerbegriff arbeiten, wie unter anderem Schmidt, *Begrenzte Spielräume*; Hettling, *Politische Bürgerlichkeit*; Barsickow, *Politische Lager und Reichstagswahlen im Raum Herne*.

⁹⁶ Wirsching, *Weimarer Republik*, S. 95.

Einleitung

politischen Akteure innerhalb ihrer Lagerstrukturen untersucht werden und außerdem, ob und wie die politische Kultur in ihrer ganzen Bandbreite – politische Tradition, Vereinswesen etc. – auf die Parteipräferenz der Wähler Einfluss hatte. Es macht, wie Rohe schreibt, keinen Sinn, sich auf die Suche der „Region an sich“ zu begeben oder sie gar als eine „Restgröße“ zu betrachten, wenn alle allgemeinen Erklärungen erschöpft sind. Vielmehr sollte der regionale Ansatz als Alternativansatz aufgefasst werden, der eigene Erkenntnismöglichkeiten bietet, die bei der Betrachtung der Ebene eines einzelnen Staates nicht erfasst werden. Daher soll versucht werden, einen detaillierten Zugang zu beiden politischen Lagern zu bekommen, der sowohl die Beziehungen innerhalb als auch zwischen den Lagern aufzeigen kann. Hier seien in diesem Zusammenhang auch auf eine spezifische Kommunalpolitik oder eine charakteristische regionalpolitische Tradition verwiesen, d.h. verschiedene Sinnbezüge, die mit der Wahl einer bestimmten Partei in Verbindung stehen.⁹⁷

Die Quellenlage für die in der Arbeit behandelte Zeit ist in vielen Teilen gut. An einigen Stellen sind Archivalien entweder kriegsbedingt oder aufgrund von Säuberungen verloren gegangen, jedoch ist das Material von diesen Ausnahmen abgesehen reichhaltig und ermöglicht die Analyse der Frontstellung der beiden gegensätzlichen hallischen Lager. Dabei standen auf der einen Seite die Bestände der staatlichen und städtischen Archivalien und auf der anderen Seite die Bestände an nichtstaatlichen Akten, wie der Bestand der KPD-Bezirksleitung und die örtlichen Presseerzeugnisse.

Unterlagen zu Wahlen, zum Magistrat und zur Stadtverordnetenversammlung ließen sich den Beständen des Centralbüros, des Stadtverordnetenbüros und der Stadtverordnetenversammlung des hallischen Stadtarchivs entnehmen und wurden bezüglich Arbeitsweise, Personalien und städtische Angelegenheiten ausgewertet. Akten staatlicher Provenienz, wie des Oberpräsidiums und des Merseburger Regierungspräsidiums umfassen Berichte zu den einzelnen Parteien und Organisationen der Provinz, bzw. des Regierungsbezirkes, Berichte über Ereignisse bzw. die jeweilige politische Lage, verfasst von der Polizei bzw. dem Regierungspräsidenten in Merseburg. Sie enthalten die ausführlichen politischen Lageberichte der Polizei aus Halle zu Parteien und Verbänden, deren Aufstellung und Aktivitäten und ermöglichen dementsprechend Einblicke in die örtlichen Zustände der Weimarer Zeit, wie z.B. zu politische Gewalttaten. Außerdem wurde auf die Archivalien in den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz aus dem preußischen Innen- und Justiz- und Staatsministerium zurückgegriffen, wenn es

⁹⁷ Rohe, Wahlen, S. 11f.

Einleitung

sich um Fragen der politischen Gewalt oder Strafsachen bzw. Ausführungen zur politischen Lage handelte.

Die Aktenbestände des Centralbüros sowie des Ortsausschusses für Jugendpflege aus dem Stadtarchiv sowie Berichte zu entsprechenden Verbänden und Organisationen aus dem Landeshauptarchiv in Magdeburg und Merseburg wurden hinsichtlich der Untersuchung zu den örtlichen Vereinen und Verbänden und Parteien herangezogen. Die Bestände ergänzen sich gegenseitig und enthalten neben den inhaltlichen Angaben zu Aufgaben, Zielen und Veranstaltungen der entsprechenden Vereine und Verbände vor allem auch Details zu deren Mitgliedern bzw. den Vorstandsmitgliedern, deren Namen und weiterführende Informationen für die Bildung von Netzwerken und zur Untersuchung der einzelnen Organisationsformen von entscheidender Bedeutung sind. Vor allem soll dieses Material zusammen mit der Analyse der Lokalpresse die vielfältigen Verbindungen innerhalb der einzelnen Lager und eine mögliche parteiübergreifende Verbindung aufzeigen. Dieses Material bildete den Grundstock für die zur Arbeit zugehörige Personendatenbank. Als äußerst mangelhaft erweist sich die Überlieferung von Mitgliederlisten zu den Parteien und führenden Verbänden, vor allem auf der Seite von KPD und SPD, so dass sich daher speziell bei der Analyse der Organisationsformen ein Ungleichgewicht zwischen Personen aus dem nationalen und Personen aus dem sozialistischen Lager ergibt.

Die Sammlung SAPMO (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR) des Bundesarchives umfasst die Bestände zur ehemaligen KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg mit den Berichten ihrer Bezirksleitung zur innerparteilichen Lage, Bewertungen der Gegner, zu Unterorganisationen, zu Ereignissen und zur Situation der Mitglieder im Bezirk sowie den Bestand Erinnerungen ehemaliger KPD-Mitglieder und gestattet tiefere Einblicke in die Arbeitsweise der Kommunisten in der Weimarer Zeit und deren Motivationen und dokumentiert eindrücklich die Diskrepanz zwischen dem öffentlichen Auftreten der KPD im Bezirk Halle-Merseburg und deren innerer Struktur.

In geringerem Umfang sind Archivalien zu Parteien und Verbänden des nationalen Lagers, wie Stahlhelm, DVP und DNVP und vereinzelt Material zum nationalsozialistischen Gau Halle-Merseburg überliefert, darunter allerdings Berichte und Briefe aus dem Gau an die Reichsleitung (Reichspropagandaleitung und den Reichsorganisationsleiter) vor 1933, welche Erkenntnisse über die interne Parteisituation im Gau liefern. Des Weiteren werden die Verbotsbegründungen der nationalsozialistischen Zeitung „Der Kampf“ aufgeführt, ergänzt durch wenige personenbezogene Unterlagen zur führenden Persönlichkeiten der hallischen NSDAP, wie u.a. dem auf Reichsebene aufgestiegenen Walter Thießler aus den Personalakten ehemaliger SS-

Einleitung

und SA-Mitglieder (ehemaliges Berlin Document Center). Die Quellenlage zur Ortsgruppe Halle der NSDAP ist generell sehr begrenzt, da keine Mitgliederlisten mehr existieren, so dass man genaue Aussagen zur Mitgliederstärke und sozialen Zusammensetzung der nationalsozialistischen Bewegung nur andeuten kann, da der namentlich bekannte Personenkreis nur die sogenannte lokalpolitische „Elite“ mit Stadtverordneten, Führern der Ortsgruppe, Kreisleitern und Mitgliedern der Gauleitung umfasst.⁹⁸ Das noch wenige Ausgaben umfassende Informationsblatt der Amtsverwalter der Kreise, Ortsgruppen und Stützpunkte des Gauers Halle-Merseburg der NSDAP „Die Führung“, herausgegeben von der NSDAP-Gauleitung in Halle enthält Ausführungen zu Personalien sowie Propaganda und Lage der Partei vor Ort.

Die Lokalpresse als ausführlichste Quellengrundlage zur Bearbeitung der Fragestellungen spiegelt aus der Sicht der entsprechenden Urheber jeweils verschiedene politische Richtungen wieder und enthält zugleich Informationen über Akteure und die Ereignisse der Zeit (z.B. Berichterstattungen zu Wahlen, Veranstaltungen etc.), die Konfrontationen mit den Gegnern, aber auch unzählige Details und Aspekte des eigenen Lagers. Zeitungen sind trotz ihrer „perspektivischen Verzerrung“⁹⁹ oftmals die einzigen und dichtesten Quellen, da sie vor allem die direkte Konfrontation beider Lager über die Presse wiedergeben und die unterschiedlichen politischen Strömungen der Weimarer Zeit mit ihren jeweiligen Leit- und Gegenbildern direkt zu Wort kommen lassen. Insbesondere diente die Lokalpresse immer auch als Sprachrohr, in dem sich Veröffentlichungen von Vereinsaktivitäten sowie die enge Verbundenheit von Parteien mit bestimmten Zeitungen wiederfinden, wie es für Halle die Zugehörigkeit der Saale-Zeitung zu DNVP und Stahlhelm, des „Volksblattes“ zur SPD und des „Klassenkampf“ zur KPD widerspiegelt. Hinsichtlich einer fokussierten Auswertung wurden einerseits die „Saale-Zeitung“ (erschienen ab 1873) für das nationale Lager und der „Klassenkampf“ (erschienen ab 1921 als „die einzige revolutionäre Zeitung, die von bewährten Kämpfern geleitet wird“¹⁰⁰) für das sozialistische Lager ausgewertet, die bis auf wenige Lücken gut überliefert sind, beim „Klassenkampf“ sind es die Phasen der Verbote der Zeitung. Ergänzend werden diesen Auswertungen immer wieder Ausführungen der „Halleschen Zeitung“ (erschienen ab 1893 und 1930 von der „Saale-Zeitung“ übernommen), der „Hallischen Nachrichten“ (erschienen ab 1918) und des sozialdemokratischen „Volksblattes“ (erschienen ab 1891) hinzugefügt.

⁹⁸ Einzig vorhandene Liste im Stadtarchiv Halle ist ein Verzeichnis von 167 NSDAP-Mitgliedern aus Halle von 1945 (nach Kriegsende) versehen mit dem Eintrittsjahr in die NSDAP, darunter auch Personen, die bereits 1925 Parteimitglieder waren.

⁹⁹ Pfau, Dieter, Christenkreuz und Hakenkreuz – Siegen und das Siegerland am Vorabend des „Dritten Reiches“, Bielefeld 2001, S. 20.

¹⁰⁰ KK, 3.1.1921.

Einleitung

Bis 1927 hatten die seit 1873 existierende „Saale-Zeitung“ und die seit 1921 erschienene „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland“ für mehrere Jahre denselben Inhalt, jedoch verschiedene Titel, mit dem Ziel, um den Leser nicht von seinen Lesegewohnheiten zu trennen. Allerdings entschied man sich danach für dieselben Titel, betonte aber zugleich, dass es bezüglich der „vaterländisch nationalen Tendenz“ zu keinen Änderungen kommen sollte. Die „Allgemeine Zeitung“ hatte 1924 publizistische Angriffe durch die „Hallesche Zeitung“ (seit 1893) beklagt und darauf hingewiesen, dass sich die verschiedenen Zeitungen des „rechtsgerichteten Bürgertums“ nicht gegenseitig bekämpfen sollten.¹⁰¹ 1930 stellte die HZ ihr Erscheinen ein, jedoch ließ sie es sich in ihrer Abschiedsnummer nicht nehmen, auf die Bedeutung der vielbeschworenen „nationalen Einheit“ hinzuweisen. In ihrer Vereinigung mit der SZ sah Verleger Otto Thiele das Opfer und auch die Gelegenheit, eine gemeinsame Abwehr gegen „destruktive Elemente“ zu schaffen.¹⁰²

Spätestens ab 1923/1924 war die „Saale-Zeitung“ in ihrer Berichterstattung nach rechts gerückt und in der Rubrik zu den Vereinsmeldungen, Vorträgen und Versammlungen tauchte die DDP nicht mehr auf, dafür DNVP, DVP und vor allem der Stahlhelm. Zu einem späteren Zeitpunkt bzw. spätestens ab Januar 1928 wird die NSDAP ausführlich in den Vereinsnotizen der SZ erwähnt, von der 1931 aus Kreisen des Regierungspräsidenten berichtet wurde, dass deren Berichterstatter mit der NSDAP sympathisieren würden.¹⁰³

Die NS-Zeitung „Der Kampf“, die im Januar 1931 von Hitler als amtliches Organ der NSDAP im Gau Halle-Merseburg bestätigt wurde und ihren Sitz in Halle hatte, erschien ab 10. Oktober 1932 als „Mitteldeutsche Nationalzeitung“, wobei sich beide Zeitungen jeweils nur in Form einzelner Ausschnitte zitieren lassen, da sie vor allem für den betreffenden Zeitraum nicht mehr nachweisbar sind. Daher kann eine Analyse von dieser Perspektive aus nicht stattfinden bzw. können die wenigen Angaben nur ergänzend hinzugezogen werden.¹⁰⁴ Daneben komplementieren einzelne Ausgaben der Parteizeitungen von DNVP („Der Deutschnationale“), DVP („Das Banner“), DDP („Politischer Wegweiser“), Stahlhelm („Der Alte Dessauer“) und Wehrwolf („Der Wehrwolf“), das „Mitteldeutsche Echo“¹⁰⁵ der Kommunisten, das „Wochenblatt für den

¹⁰¹ SZ, 9.8.1927 und 25.4.1927.

¹⁰² PW, 25.4.1930.

¹⁰³ Vgl. SZ, 4.1.1928; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1916, Bl. 26 (Der RP an den OP am 4.6.1931).

¹⁰⁴ Vgl. BArch (Bundesarchiv), NS 26/1057: „Der Kampf“ erscheint bis 10.10.1932, danach als Mitteldeutsche Nationalzeitung (MNZ). Bis 31.3.1932 als Wochen- bzw. Halbwochenzeitung, ab 1.4.1932 als Tageszeitung. Auflage September 1931 = 3000, November/Dezember 1932 = 13 000.

¹⁰⁵ Das „Mitteldeutsche Echo“ erschien ab 1924 wöchentlich, ab 1925 täglich. Es wurde trotz interner Differenzen weiter veröffentlicht, um bei Zeitungsverboten als Rückhalt zu dienen. Vgl. SAPMO-BArch, Sg Y 30/1400/8, Bl. 145; Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter“, S. 63.

Einleitung

Synagogenbezirk Halle“ oder die „Mitteldeutsche Kaufmannspost“ des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes die Überlieferungen zu Ereignissen sowie den ideologischen Leitvorstellungen der politischen Strömungen in der Stadt. Parallel dazu wurden zeitgenössische Publikationen wie die Jubiläumsschrift „6 Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland“ sowie Monographien und Aufsätze zur Geschichte der Stadt Halle hinzugezogen.

Statistisches Material wurde von der Stadt umfangreich erhoben und veröffentlicht, was es ermöglichte, detaillierte Angaben über Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur zu machen und entsprechende Faktoren herauszufiltern, die für die Ausbildung der politischen Lager in Halle eine Rolle gespielt haben bzw. entsprechende Voraussetzungen lieferten.¹⁰⁶

Zur Auswertung der Sozialstruktur zweier ausgewählter Stimmbezirke wurden die Adressbücher der Stadt Halle der entsprechenden Stichjahre zu Hilfe genommen. Sie bieten darüber hinaus einen detaillierten Überblick über die städtische Vereinsstruktur, inklusive der Vorstände der jeweiligen Vereine und zusätzlicher Funktionsträger, wodurch eine Verbindung zwischen Parteien, Vereinen und Verbänden bezüglich der Ausbildung der politischen Lager in Halle analysiert und in der beigefügten Personendatenbank festgehalten werden kann.

¹⁰⁶ Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, hg. vom Amt für Wohnung, Verkehr und Statistik der Stadt Halle.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

„Halle war noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine der ärmsten, schmutzigsten, verfallensten Städte in ganz Preußen.“¹⁰⁷

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

1. Halles Entwicklung zur Industriestadt im 19./20. Jahrhundert - Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstruktur

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich Halle zu einem bedeutenden Wirtschaftszentrum entwickelt, dessen Schwerpunkte in Industriezweigen wie der Zuckerindustrie, dem Maschinenbau und vor allem der Braunkohleindustrie lagen. Um 1800 bestanden in der Salzstadt Halle noch zwei Salinen und vier Salzbrunnen, während zugleich ca. 1.500 Gewerbetreibende auf etwas mehr als 20.000 Einwohner kamen. Verbreitete Gewerbe waren die Stärke- und Nudelerstellung sowie die Herstellung von Branntwein in Glaucha und Neumarkt, ehemaligen Vororten der Stadt, die 1817 mit Halle vereinigt wurden. Mit der Ausbreitung neuer Industriezweige wurde schließlich das Ende eines der ältesten Gewerbe der Stadt, der Salzsiederei, eingeleitet, so dass die Pfännerschaft 1868 die Salzproduktion im Tal einstellen und nur noch auf der Saline produzieren ließ.¹⁰⁸

Mit der Eroberung durch Napoleon gelangte die Stadt 1806 zum Königreich Westfalen und wurde dort zur Distriktstadt. Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses gehörte Halle von nun an zur neu entstandenen Provinz Sachsen und zum Regierungsbezirk Halle-Merseburg. Die Stadt wurde damit aus der vorherigen Grenzlage zum Königreich Sachsen befreit und befand sich fortan in einer zentraleren Position. Mit einer nun verstärkt einsetzenden Industrialisierung kam es in größerem Umfang zu einer Urbanisierung der Region. Hohen Anteil daran besaß die steigende Zuckerrübenproduktion im städtischen Umland, die bereits 1835 zur Gründung der „Halleschen Zuckersieder-Compagnie auf Aktien“ durch Beteiligung mehrerer städtischer Kaufleute führte.¹⁰⁹ Mit der Gründung des Unternehmens entstand zum ersten Mal die „Fabrik“, die als die Bauform der modernen Industrie Teil der städtischen Landschaft wurde.¹¹⁰ Da die Produktion von Zucker Brennstoff benötigte, ging mit dem Aufschwung der

¹⁰⁷ Neuß, Erich, Die Entwicklung des halleschen Wirtschaftslebens vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Weltkrieg, Halberstadt 1924, S. 33. Vgl. dazu von Hagen, Carl Hugo, Die Stadt Halle, nach amtlichen Quellen historisch-topographisch-statistisch dargestellt, Bd. 1, Halle 1867, S. 87.

¹⁰⁸ Vgl. Rolf Petri, Der Aufstieg zur Industriestadt, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin/Ranft, Andreas, Geschichte der Stadt Halle, Band 2, Halle im 19. und 20. Jh., Halle 2006, S. 9-11.

¹⁰⁹ Vgl. Tullner, Matthias, Halle 1806 bis 2006, Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt, Halle 2007, S. 21-23.

¹¹⁰ Vgl. Neuß, Wirtschaftsleben, S. 91.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Zuckerindustrie zugleich die Entwicklung der lokalen Braunkohleindustrie einher. Indem die Braunkohleindustrie auf die fortschrittliche Trockenpressung der Briketts umstieg, erhöhten sich neben den besseren Möglichkeiten des Transports auch die Absatzmöglichkeiten, was in einer Vergrößerung des Marktes resultierte.¹¹¹ Der führende Unternehmer in der Braunkohleindustrie der Region war Carl Adolph Riebeck (1821-1883), langjähriger Stadtverordneter und Handelskammermitglied, der mit seinem Unternehmen seit 1858 im Zeitz-Weißenfelser Revier bedeutende wirtschaftliche Erfolge erzielte und dessen Nachfolger 1883 in Halle die „A. Riebeck’sche Montanwerke AG“ gründeten.¹¹² Durch den Bedarf in der Zuckerindustrie und dem Braunkohlebergbau fand wiederum die Maschinenindustrie ihre lokalen Absatzgebiete, so dass sich Halle zu einem Zentrum des Maschinenbaus entwickelte, dessen Anfänge in kleinen handwerklichen Betrieben lagen und das zu Beginn des Ersten Weltkrieges ca. 10.000 Personen beschäftigte.¹¹³ Einen Aufschwung konnte im 19. Jahrhundert auch die städtische Nahrungsmittelindustrie verzeichnen. Noch um 1930 war die Freyberg-Brauerei mit ihrem Standort im Viertel Oberglaucha die größte Privatbrauerei Mitteldeutschlands, die in ihren Ursprüngen auf die 1816 erfolgte Gründung des Stärkefabrikanten Christian Gottfried Raufuß zurückging.¹¹⁴ Durch das erstarkende Vereinswesen im 19. Jahrhundert mit zahlreich aufkommenden Schützen- und Kriegervereinen, Sport- und Turnvereinen, Gesang- und Künstlervereinen etc. erlangte auch die örtliche Gastronomie einen Aufschwung. Schon bestehende Gasthäuser wurden nun verstärkt durch die Vielzahl der neuen Vereine genutzt und es entstanden zugleich mehrere neue Vereinslokale.

Die Verknüpfung von Wohn- und Arbeitsplatz hatte Tradition, so dass die ersten Firmen meist in der Altstadt oder an deren Rand lagen. Dementsprechend befand sich beispielsweise die Wagenfabrik von Gottfried Lindner ursprünglich in der Großen Steinstraße, bevor er und andere Unternehmer wegen fehlender Erweiterungsmöglichkeiten eine Ansiedlung in der Nähe der Eisenbahn bevorzugten (Lindner z.B. ab 1903 in Halle-Ammendorf).¹¹⁵ Ende des 19. Jahrhunderts konzentrierten sich Fabriken und Industrieanlagen im Süden der Stadt und verkörperten an diesen Standorten die industrielle Entwicklung Halles. Gerade in diesem Viertel vollzogen

¹¹¹ Vgl. Neuß, Wirtschaftsleben, S. 115-123; Petri, Industriestadt, S. 18. 1885 bestanden im Regierungsbezirk 96 Brikettpressen, während es 1903 bereits 484 waren. Gleichzeitig stieg die Braunkohleförderung des Bezirkes von 0,75 t im Jahr 1850 auf 12,3 Mio. t im Jahr 1900 an.

¹¹² Vgl. Tullner, Halle, S. 42f.

¹¹³ Vgl. Petri, Industriestadt, S. 20. Die größten Unternehmen waren 1908 die Pumpenfabrik Weise und Monski mit 900 Arbeitern und die Wegelin & Hübener AG mit 668 Arbeitern.

¹¹⁴ Vgl. Helke, Gun, Freyberg-Brauerei, in: Dolgner, Dieter (Hg.), Historische Industriebauten der Stadt Halle/Saale, Halle 1996, S. 35-37; 125 Jahre Freyberg-Brauerei Halle 1861-1914, Halle 1941.

¹¹⁵ Vgl. Dolgner, Dieter, Halle an der Saale als Industriestandort, in: Dolgner, Dieter (Hg.), Historische Industriebauten der Stadt Halle/Saale, Halle 1996, S. 12-13.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

sich zahlreiche Stadterweiterungen in Form neuer Mietshäuser, so dass das neue Wohnviertel zur Stadtseite hin mit dem bereits 1817 eingemeindeten Glaucha zusammenwuchs. Mit zunehmender Urbanisierung des Viertels wurde eine Reihe von Versorgungsanstalten gegründet, außerdem Schulen (z.B. Weingärten- und Torschule) und Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialfürsorge, wie die vom Vaterländischen Frauenverein 1896 in der Ludwigstraße eingerichtete Kinderheil- und Pflegestätte. Charakteristisch für das Stadtviertel waren die Durchmischung von Industrie, Verkehr und Wohnviertel sowie eine hohe Anzahl an zugezogenen Arbeitern, welche das Äußere des Gebietes nachhaltig prägen sollten.¹¹⁶ In der Innenstadt erfolgte zur selben Zeit der Bau zahlreicher städtischer repräsentativer Großbauten wie beispielsweise des Oberbergamtes in der August-Bebel-Straße (1882-1885), des Landgerichts (1903-1905) oder der neuen Eisenbahndirektion (1901-1902) sowie einiger Universitätsbauten wie des Melanchthonianums (1900-1903) und des Robertinums (1889-1891) auf dem Universitätsplatz, die den Wandel Halles zur Großstadt verdeutlichten. Unter Stadtbaurat Genzmer (1852-1932) wurden Alte und Neue Promenade um die Jahrhundertwende zu einer geschlossenen Ringstraße um die Innenstadt zusammengeschlossen sowie weitere städtebauliche Maßnahmen z.B. im Süden der Stadt vorangetrieben, was aber wenig an den in vielen Teilen der Stadt vorhandenen schlechten Wohnverhältnissen änderte, worauf noch näher einzugehen ist.¹¹⁷ Von 1912 an bis zu seiner Pensionierung 1939 hatte Stadtbaurat Wilhelm Jost (1874-1944) erheblichen Einfluss auf die städtebaulichen Veränderungen der Stadt, die vor dem Ersten Weltkrieg neben dem Gertraudenfriedhof unter anderem auch den Neubau der Stadtparkasse in der Rathausstraße einschloss.¹¹⁸

Die städtische Entwicklung wurde vor allem durch die geographisch günstige Lage als mitteldeutscher Eisenbahnknotenpunkt vorangetrieben, für den mit der Eröffnung der Strecke Halle-Magdeburg 1840 und den darauf folgenden errichteten Eisenbahnstrecken ein Grundstein gelegt wurde, der entscheidend zur Herausbildung eines mitteldeutschen industriellen Zentrums beitrug.¹¹⁹ 1895 wurde die Hafenbahn als Verbindung zwischen den Wasserstraßen der Saale

¹¹⁶ Vgl. Hauser, Andrea, Halle wird Großstadt, Halle 2006, S. 94-103. Die Wohnungszählung von 1907 ergab für Glaucha 29.760 und für das Südviertel im Osten jenseits der Bahnlinien 38.882 Einwohner.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 84ff.; dies., Aspekte der Urbanisierung Halles 1870-1914, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 38.

¹¹⁸ „Das Hauptproblem der Entwicklung unserer Großstadt besteht darin, aus dem überkommenen, ungeordneten und vielfach sinn- und zweckwidrigen Chaos zu einem idealeren Zustand zu gelangen. Dass sich die Industrie innerhalb der eigentlich für Wohnzwecke oder höchstens für Geschäftsbereiche geeigneten Gebiete eingemischt hat, dass für gesundes Wohnen nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen wurde, dass Verkehrsfragen nicht großzügiger angepackt wurden, das hat uns diese Missbildung geschaffen, die wir heute beklagen.“ Stadtbaurat Wilhelm Jost 1925, zitiert nach: Kilchenmann, Andre/Schwarz-von Raumer, Hans-Georg, GIS in der Stadtentwicklung, Berlin 1999, S. 140.

¹¹⁹ Vgl. Neuß, Wirtschaftsleben, S. 108-110.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

und der Eisenbahn eröffnet, ein Teilstück der seit 1896 bestehenden Eisenbahnstrecke Halle-Hettstedt, wodurch der Transport auf dem Wasserweg anstieg und sich bis 1900 der gesamte hallische Güterverkehr um das Doppelte vergrößerte. Bereits 1857 war an der heutigen Hafensstraße der Sophienhafen angelegt worden, der jedoch zum damaligen Zeitpunkt ohne Anschluss an die Eisenbahn eine eher geringe Bedeutung besaß.¹²⁰ Als erste europäische Stadt besaß Halle überdies seit 1891 ein elektrisches Straßenbahnnetz, nachdem 1882 die erste von Pferden gezogene Straßenbahn vom Bahnhof durch die Innenstadt fuhr.¹²¹

Im Untersuchungszeitraum war Halle die größte Gemeinde im Regierungsbezirk Merseburg, der von 1815 bis 1945 neben den weniger bevölkerungsreichen Regierungsbezirken Erfurt und Magdeburg zur preußischen Provinz Sachsen gehörte. Halle-Merseburg bildete den südöstlichen Teil der Provinz und war nach Düsseldorf flächenmäßig der größte Regierungsbezirk im Land Preußen. Seit den 20er Jahren regierten in Merseburg Sozialdemokraten, die ihren Regierungssitz im dortigen Schloss hatten, der Sitz des Oberpräsidenten war Magdeburg.¹²²

Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 wurden im Regierungsbezirk 1.486.218 Personen auf einer Fläche von 10.217 km² registriert. Bei insgesamt 71 Städten des Regierungsbezirkes besaß Halle mit 209.169 Personen als einzige Stadt mehr als 100.000 Einwohner (Tabelle 1).¹²³ Von der Gesamtfläche des hallischen Stadtkreises wurden ca. 21%, d. h. 1.011 ha landwirtschaftlich genutzt, jedoch war der Merseburger Regierungsbezirk im Gegensatz zum angrenzenden Magdeburger Bezirk wesentlich mehr durch die chemische Industrie als durch die Landwirtschaft geprägt.¹²⁴ Charakteristisch war die eindeutig protestantische Prägung des Stadtkreises Halle, in dem 1925 89,43% der 194.575 Einwohner der evangelischen Landeskirche und nur 4,28%

¹²⁰ Vgl. Neumann, Erik, *Wirtschaft und Industrie der Stadt Halle in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Richard Robert Rive (1906-1933)*, in: Jacob, Ralf (Hg.), *Richard Robert Rive, Beiträge zum Wirken des halleischen Oberbürgermeisters 1906-1933*, Halle 2000, S. 161.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 159.

¹²² Regierungspräsidenten: 1922-1924 Karl Bergemann, 1924-1929 Walter Grützner, 1929-1932 Ernst von Harnack (vgl. Pabst, Martin, *Ernst von Harnack als Regierungspräsident in Merseburg 1929-1932*, Cuxhaven 1994, Harnack, Axel von, *Ernst von Harnack, Ein Kämpfer für Deutschlands Zukunft*, Schweningen 1951), 1932-1943 Robert Sommer; Oberpräsidenten: 1920-1927 Otto Hörsing, 1927-1930 Heinrich Waenting, 1930-1932 Wilhelm Falck, 1932-1933 Kurt Melcher, 1933-1944 Curt Albert Paul von Ulrich. Zu Halle vgl. Klein, Thomas (Bearb.), *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945 Reihe A: Preußen*, Bd. 6: Provinz Sachsen, hg. von Walter Hubatsch, Marburg 1975, S. 113-118; Neuß, *Stadtverwaltung*, S. 145-226; Rupieper, Hermann-Josef/Sperk, Alexander (Hg.), *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936 (Regierungsbezirk Merseburg)*, Halle 2004, S. 13-14. Im Jahr 1933 bestand der Regierungsbezirk aus 7 Stadt- (Eisleben, Halle/Saale, Merseburg, Naumburg, Weißenfels, Wittenberg, Zeitz) und 15 Landkreisen (Bitterfeld, Delitzsch, Eckartsberga, Liebenwerda, Mansfelder Gebirgskreis, Mansfelder Seekreis, Merseburg, Querfurt, Saalkreis, Sangerhausen, Schweinitz, Torgau, Weißenfels, Wittenberg, Zeitz).

¹²³ Vgl. *Statistisches Jahrbuch für Preußen 1934*, S. 10; *Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1934*, S. 3.

¹²⁴ Vgl. *Beiträge zur Statistik der Stadt Halle*, Heft 39, 1937, S. 132; Rupieper/Sperk, *Lageberichte*, S. 14.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

der römisch-katholischen Kirche angehörten. Mit 0,64% wies die Stadt den höchsten Anteil an Juden im Regierungsbezirk auf.¹²⁵

Durch die Vereinigte Friedrichs-Universität und die Franckeschen Stiftungen war Halle vor allem als Universitäts- und Schulstadt angesehen. Die Universität der Stadt wurde 1694 vom Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg, dem späteren preußischen König Friedrich I., gegründet. 1817 gelangte die 1502 vom sächsischen Kurfürsten Friedrich dem Weisen gegründete Universität in Wittenberg an Halle, da infolge der Bestimmungen des Wiener Kongresses Wittenberg und die umliegenden sächsischen Gebiete an Preußen fielen. Beide Universitäten bildeten von diesem Zeitpunkt an die „Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg“, an der im Sommersemester des Jahres 1933 2.228 Studenten immatrikuliert waren. Noch vor dem Ersten Weltkrieg stand Halle hinter Berlin und Bonn nach Studentenzahlen an dritter Stelle der preußischen Universitäten, hatte danach jedoch immer mehr an Bedeutung verloren.¹²⁶ Während der 27-jährigen Amtszeit von Richard Robert Rive als hallischem Oberbürgermeister hatte sich die Saalestadt von einer bürgerlichen Stadt von eher mittlerer Größe zu einer modernen von der Industrie geprägten Großstadt entwickelt.¹²⁷ Aus dem schnellen Wachstum der Stadt hatten sich indessen Schwierigkeiten bezüglich der Stadtplanung und -entwicklung ergeben, die es seinerzeit zu bewältigen galt. Im Bereich der Stadtverwaltung führte Rive zahlreiche Neuerungen ein, welche ihre Arbeitsweise optimieren sollten. Während seiner Amtszeit entstand auch der neu gebaute Ratshof, der als Verwaltungsgebäude für die inzwischen beengte Stadtverwaltung fungieren sollte. Mittlerweile war auch der Sophienhafen nicht mehr in der Lage, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, weshalb man 1926 beschloss, mit dem Bau einer modernen Hafenanlage im Norden der Stadt in Halle-Trotha zu beginnen. Auch auf Initiative Rives hin konnte 1927 der für die mitteldeutsche Region wichtige Großflughafen Halle-Leipzig eröffnet werden, da sich der zwei Jahre zuvor errichtete Flugplatz in Nietleben nicht als günstiger Standort erwies und sich die Entscheidung für einen Großflughafen durch die Erweiterung von immer mehr Flugstrecken auszahlte.¹²⁸ Noch in den 20er Jahren plante Halle den Ausbau zur modernen „City“, jedoch konnten durch den Einbruch der Weltwirtschaftskrise und die schlechte finanzielle Lage ursprüngliche Pläne wie der Bau von

¹²⁵ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 38, S. 8f.

¹²⁶ Vgl. Eberle, Hendrik, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, Halle 2002, S. 10.

¹²⁷ Richard Robert Rive geboren am 26.12.1864 als Kaufmannssohn in Neapel, Schulbesuch in Breslau, Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, Niederlassung als Rechtsanwalt, besoldeter Stadtrat in Breslau, 1906 bis 1933 Oberbürgermeister von Halle. Vgl. ausführlich Jacob, Ralf, Dr. Richard Robert Rive – Oberbürgermeister zwischen Reaktion und Fortschritt, in: Jacob, Ralf (Hg.), Richard Robert Rive, Beiträge zum Wirken des halleschen Oberbürgermeisters 1906-1933, Halle 2000, S. 7-9.

¹²⁸ Vgl. Neumann, Erik, Wirtschaft und Industrie, S. 180-181.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Kolonnaden in der unteren Leipziger Straße nicht mehr vollständig verwirklicht werden, es kam indes teilweise noch zu Neu- und Umbauten verschiedener Kauf- und Geschäftshäuser. Vor allem viele kleine und mittlere Betriebe brachen aufgrund der Krise zusammen, ebenso private Bankhäuser, wie 1931 das traditionsreiche Bankhaus Lehmann.¹²⁹ Als durch die Inflationszeit die Kassen des Gas- und des Elektrizitätswerkes eine starke Beanspruchung erlebten, wurden sie zum 1. April 1922 mit einer gemeinsamen Werkskasse in der Rathausstraße zusammengeschlossen und bis zur im September 1929 erfolgten Vereinigung von Berg- und Elektrizitätswerken, Wasserwerk, Gaswerk und Straßenbahn zu den Werken der Stadt Halle AG (WEHAG) mit einem Gründungskapital von 12 Mio. RM. Den Beschluss zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hatte die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft nur durch Unterstützung der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung durchsetzen können.¹³⁰ Bereits kurz darauf forderte die Stadt Halle größere Teile eines Darlehens an die WEHAG zurück, die sich dafür Geld bei der mitteldeutschen Landesbank lieh, während sich die Stadtwerke gleichzeitig zu einer Tarifierhöhung verpflichteten, welcher der Aufsichtsrat am 22. Januar 1930 zugestimmt hatte. Die Anträge von Kommunisten und NSDAP in der Stadtverordnetenversammlung zur Auflösung der AG und für die Rücknahme der Tarifierhöhungen wurden in einer turbulenten Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, jedoch beschloss man, einen Ausschuss zur Prüfung der Tarifierhöhungen einzusetzen.¹³¹ Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Werke verursachten schließlich bis Ende November 1930 Mindereinnahmen für die Stadt von 255.000 RM und 1932 eine Senkung der Gehälter der Vorstandsmitglieder und leitender Beamter und Angestellte um fast 30%.¹³²

Der Aufschwung des hallischen Wirtschaftslebens ließ entsprechend auch die Einwohnerzahl der Stadt stark ansteigen. Von 25.000 Einwohnern 1831 stieg die Anzahl 1870 auf 52.000 Einwohner und 1880 schon auf 71.484 Einwohner an.¹³³ „Halle wird Großstadt“, titelte die „Hallische Zeitung“ am 21. September 1890, als die Stadt mit 100.000 Einwohnern offiziell zu den

¹²⁹ Vgl. auch Geschichte der Stadt Halle, S. 189ff.

¹³⁰ Vgl. Lächele, Rainer/Schmidt, Uwe, Lebensqualität für die Stadt. Die Geschichte der Stadtwerke Halle an der Saale, Weimar, Jena 2005, S. 19-21. Im 15-köpfigen Aufsichtsrat unter dem Vorsitzenden Rive: die Stadträte Hermann Döltz, Dr. Paul May, Paul Dürrfeld und Prof. Dr. August Finger, die Stadtverordneten Josef Abramowitz, Fritz Hoffmann, Otto Rickel, Dr. Theodor Schulz, Karl Schulze, Dr. Friedrich Stark, Wilhelm Minner, Kurt Taatz, Stadtbaurat Dr. Adolf Heilmann, Dipl.-Ing. Karl Volhard, Hermann Wernicke. Im Vorstand neben Generaldirektor Lambertin: Franz Bussebaum, Dr. jur. Erwin Faustmann, Konrad Schaumburg und Regierungsbaumeister a.D. Karl Schmidt. Ende 1929 waren bei der WEHAG 1.645 Arbeiter und 210 Angestellte und Beamte beschäftigt. Vgl. auch Neumann, Erik, Wirtschaft und Industrie, S. 182-183.

¹³¹ Vgl. ebd., S. 23. Dazu außerdem SZ und KK, 4.2.1930.

¹³² Vgl. Lächele/Schmidt, Stadtwerke Halle, S. 24-25.

¹³³ Vgl. Neuß, Wirtschaftsleben, S. 132; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 30, Statistische Jahresübersichten für Halle a. S. 1913, Halle 1914.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

deutschen Großstädten gezählt wurde.¹³⁴ Mit der Eingemeindung von Trotha, Cröllwitz und Giebichenstein zum 1. April 1900 stieg die Einwohnerzahl von zuvor 129.510 noch einmal auf 156.724 Personen an, so dass sich die Einwohnerzahl der Stadt von 1870 an bis zu diesem Zeitpunkt verdreifacht hatte.¹³⁵ Der Bevölkerungsanstieg hielt auch nach dem Ersten Weltkrieg an, so dass Halle am 1. Dezember 1927 mit 200.014 Einwohnern auf den letzten Platz in der Kategorie der „Großstädte im engeren Sinn“ rückte und zwei Jahre später den 25. Platz unter den 46 deutschen Großstädte einnahm.¹³⁶ Von 14 Vororten der Stadt lagen die Industrievororte mit ca. 26.000 Einwohnern im Süden und Osten der Stadt und haben das wirtschaftliche Wachstum Halles über die Stadtgrenzen hinaus fortgeführt, unter denen Ammendorf mit 13.000 Einwohnern am bedeutendsten war. Die Vororte im Westen und Nordwesten mit rund 16.000 Einwohnern waren dagegen eher landwirtschaftlich geprägt.¹³⁷ Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und der einhergehenden Ansiedlung großer Industriegebiete um die Stadt wurde der Zuzug der Arbeiter aus ländlichen Gebieten in die Industrieregion forciert, was in der Folge die bereits erwähnte Veränderung der städtischen Sozialstruktur bewirkte. Eine Studie vom Anfang des 20. Jahrhunderts untersuchte den Zuzug von Personen nach Halle (Tabelle 2), unterteilt nach Berufen und Geschlecht, wonach 1899 von insgesamt 13.866 Männern 24,01% Arbeiter, davon 10,37% Fabrikarbeiter und 13,64% Arbeiter ohne genaue Angabe nach Halle, zuwanderten, d.h. Personen, die aus unteren Bevölkerungsschichten stammten. Es folgten 19,48% Handwerker, außerdem unter anderem 10,08% Militärs, Gelehrte und Beamte als Unterstützung für die Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt. Bei den 9.893 weiblichen Zugezogenen war mit 43,14% der Anteil derjenigen ohne Beruf am höchsten, gefolgt von 37,71% Diensthilfen.¹³⁸ Von den insgesamt 23.114 Zugezogenen, welche 1899 aus Deutschland kamen (645 aus dem Ausland), waren 68,88% aus Städten, 9.730 männliche und 6.192 weibliche Personen, und 31,07% vom Land, 4.675 männliche und 4.589 weibliche Personen.¹³⁹ Im Jahr 1925 waren mehr als 45.000 Personen des Regierungsbezirkes im Bergbau tätig, weitere ca. 35.000 im Baugewerbe und in der chemischen Industrie. Letztere waren vor allem von den 1916 gegründeten Leunawerken beschäftigt, die die starke Nachfrage nach Ammoniak während des Weltkrieges befriedigen sollten, der als Grundstoff für Sprengstoffe, aber auch für Düngemittel

¹³⁴ HZ, 21.9.1890.

¹³⁵ Vgl. Neuß, Stadtverwaltung, S. 1.

¹³⁶ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 37, 1929, S. 71; HZ, 22.12.1927: „Halle hat über 200.000 Einwohner“. Rive, Oberbürgermeister, S. 8.

¹³⁷ Vgl. Halle als Kultur- und Wirtschaftszentrum, hg. von der Hallischen Nachrichten, Halle 1928, S. 104.

¹³⁸ Vgl. Allendorf, Hans, Der Zuzug in die Städte, Halle 1901, S. 52-53. Ungenauigkeiten in den Zählungen konnten wegen häufiger An- und Abmeldungen bei Studenten und Arbeitern entstehen, welche nur eine bestimmte Zeit in der Stadt waren.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 25f.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

benötigt wurde. Die neue strategisch günstig gelegene Zweigstelle der Ludwigshafener BASF beschäftigte bei Kriegsende 14.000 Personen. Schon ein Jahr nach Baubeginn waren vor Ort bereits über 12.000 Personen beschäftigt. Der Bezirksdurchschnitt der Industriebevölkerung lag 1925 bei 46,1%, im Halle umgebenden Saalkreis sogar bei über 50%.¹⁴⁰ Bereits im Krieg hatte sich die Sozialstruktur des Regierungsbezirkes verändert, da durch den Zuzug von Industriearbeitern deren Anteil hauptsächlich in Großbetrieben wie in Leuna und in Piesteritz stark angestiegen war, während der Anteil an Beschäftigten in der Metall- und Maschinenbauindustrie konstant blieb.¹⁴¹ In kurzer Zeit stieg der Bedarf an Angestellten so stark an, dass eine schnelle Rekrutierung den Betrieben meist ungelernete Arbeiter aus der Landwirtschaft, Bauern und Handwerker zuführte, die sowohl aus der Umgebung als auch aus ganz Deutschland in den Raum Halle-Merseburg zuwanderten. Bei den neuen Belegschaften der großen Chemiebetriebe handelte es sich um eine heterogene Gruppe aus Arbeitern unterschiedlicher sozialer und regionaler Herkunft, die in kürzester Zeit rekrutiert wurde und der es im Unterschied zu der teilweise über Generationen gewachsenen Arbeiterschaft anderer Industrialisierungszonen an sie vergemeinschaftenden Traditionen und Institutionen fehlte.¹⁴²

Die ökonomische Krise der letzten Weimarer Jahre hatte vor allem Auswirkungen auf den Arbeitssektor. Bei der städtischen Betriebszählung des Jahres 1933 ergab sich eine Anzahl von 10.467 gewerblichen Niederlassungen mit einer Beschäftigtenzahl von 56.385 Personen, was resultierend aus der Wirtschaftskrise im Vergleich zur letzten Betriebszählung vom Juni 1925 zwar nur einen Rückgang von 3,05% bei den Niederlassungen, aber von ca. 28,83% bei den Beschäftigten bedeutete (Tabelle 3).¹⁴³ Nach der Berufszählung von 1933 waren in Halle 68.745, d.h. 32,87% der Einwohner, erwerbstätig (Tabelle 4). Von den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) waren 1933 47,1% Arbeiter, 33,3% Beamte und Angestellte, 11,9% Selbständige und 5,3 Hausangestellte. Auch 1925 war mit 47,08% schon fast jede zweite

¹⁴⁰ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 24f. Zur industriellen Entwicklung vgl. auch Jacob, Rive, S. 159-165; Klein, Verwaltungsgeschichte, S. 113; Neuß, Stadtverwaltung, S. 5. Ebenfalls während des Krieges wurden auch die Stickstoffwerke Piesteritz bei Wittenberg gegründet und wurde der Ausbau der bereits existierenden chemischen Industrie um Bitterfeld vorangetrieben, wie der Filmfabrik Wolfen, die 1925 ein Teil der IG Farben wurde.

¹⁴¹ Vgl. Mende, Roswitha, Geschichte der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Merseburg von der Jahrhundertwende bis 1917, Diss. Halle 1984, S. 366-367.

¹⁴² Vgl. Klein, Burgfrieden, S. 182ff.; Ludewig, Hans-Ulrich, Unruhen, Aufstand und Bürgerkrieg 1918-1923 im mitteldeutschen Raum, in: Freitag, Werner/Pollmann, Klaus-Erich/Puhle, Matthias (Hg.), Politische, soziale und kulturelle Konflikte in der Geschichte von Sachsen-Anhalt, Studien zur Landesgeschichte Bd. 1, Halle 1999, S. 173f.; Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz, Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, München 1982, S. 4-6.

¹⁴³ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 39, 1937, S. 138-147. Von den 10.467 Niederlassungen waren 5.808 Betriebe in Handel und Verkehr, 4.631 in Industrie und Handwerk und 28 nichtlandwirtschaftliche Gärtnereien und Tierzucht.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Person ein Arbeiter (Tabelle 5). Verglichen mit der Berufszählung von 1925 war der Anteil der in Industrie und Handwerk und in den häuslichen Diensten tätigen Personen 1933 etwas zurückgegangen, während deren Anteil in Handel und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie bei den öffentlichen Diensten und privaten Dienstleistungen etwas zugenommen hatte. Mit 43,95%, d.h. nahezu der Hälfte, war 1933 der größte Teil der Erwerbspersonen im Sektor Industrie und Handwerk beschäftigt. Es folgten ca. 34% der Personen in Handel und Verkehr sowie etwa 15% in den öffentlichen Diensten und privaten Dienstleistungen (Tabelle 4). Wiederum den höchsten Anteil der in Industrie und Handwerk tätigen Personen machten mit ca. 68% die Arbeiter aus.¹⁴⁴ Im Zeitraum von Juni 1925 bis Juni 1933 war die Zahl der erwerbslosen Erwerbspersonen von 407 auf 24.199, d.h. von 0,5% auf 26%, angestiegen.¹⁴⁵ Gemessen an der Vorkriegszeit war der Aufwand der Unterstützungen innerhalb der hallischen Fürsorge von 900.000 RM im Jahre 1913/14 auf 5 1/2 RM im Jahre 1930/31 angestiegen. Allein durch die Folgen des Ersten Weltkrieges ergab sich eine erhöhte Anzahl von Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Jugendlichen, die auf eine verstärkte Unterstützung durch die Fürsorge angewiesen waren. Hinzu kamen Personen, die aufgrund der wirtschaftlichen Lage zum Ende der 20er Jahre verstärkt staatliche Fürsorge benötigten und erfolglos nach einer Arbeit im hallischen Raum suchten. Im Haushaltsplan der Stadt nahmen die Beiträge für die Fürsorge daher einen bedeutenden Posten ein. Der Zuschussbedarf der gesamten Wohlfahrtspflege war von 1928 bis 1932 von 22,8% auf 44,5% angestiegen, was für eine einzelne Person 1932 eine durchschnittliche Unterstützung von 38,64 RM bedeutete. Die „Fürsorge für die erwerbslosen Bürger frißt alles auf“, ließ dieser Umstand Ende des Jahres 1932 die „Saale-Zeitung“ resümieren.¹⁴⁶ Zu Lasten dieses Anstiegs verringerte sich daher auch der Zuschussbedarf in anderen Bereichen, wie bei Schulen und städtischen Verwaltungsausgaben. Folglich stiegen die Gesamtschulden der Stadt von ca. 30 Mio. RM im Jahre 1928 auf einen Höchststand von rund 49 Mio. RM im Jahre 1932 an.¹⁴⁷ Am stärksten waren Kinder und Jugendliche von den wirtschaftlichen Problemen der Zeit betroffen, von denen sich ein Großteil in einer ausgesprochenen Notlage befand. Ein erster Schritt zur stärkeren Konzentration der Fürsorge auf die Jugendarbeit war daher bereits 1914 die Ausgliederung des städtischen Jugendamtes aus der Armenverwaltung gewesen. Während des Ersten Weltkrieges musste die laufende Armenfürsorge durch

¹⁴⁴ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 39, 1937, S. 22-23. Zu Studentenzahlen siehe ebd., S. 124-125. Im Wintersemester 1932/1933 waren an der hallischen Universität insgesamt 2.947 Studenten immatrikuliert. Zur Berufszählung von 1927 vgl. VB, 2.5.1927: 45% von 194.575 Personen waren hauptberuflich erwerbstätig, davon 44% in Industrie und Handwerk und 29% in Handel und Verkehr.

¹⁴⁵ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 39, 1937, S. 23.

¹⁴⁶ SZ, 31.12.1932.

¹⁴⁷ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 39, 1937, S. 190-191.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Maßnahmen der Kriegsfürsorge ergänzt werden, bis zehn Jahre später ein städtisches Fürsorgeamt die Armenpflege ersetzte, während auf der anderen Seite ein Jugendamt für Personen unter 21 Jahren und deren Angehörige zuständig war. Bereits 1930 mussten beide Ämter aus organisatorischen und Kostengründen jedoch wieder vereint werden.¹⁴⁸

Durch den Anstieg der Zahl der Beschäftigten in der Stadt nahm der Bedarf an Wohnräumen zu, weshalb staatlich geförderte Maßnahmen eine Umsiedlung von der Großstadt auf das Land bewirken sollten. Sie erwiesen sich jedoch als erfolglos, da die Arbeiter das Großstadtleben nicht zugunsten des kürzeren Arbeitsweges aufgeben wollten. Die Reichswohnzählung von Mai 1927 offenbarte schließlich, dass Halle in der Provinz Sachsen den „überhaupt stärksten effektiven Bedarf an Wohneinheiten“¹⁴⁹ aufwies. Die Ergebnisse der Zählung stellten für die Stadt eine besondere Wohnungsnot fest, die mit der höchsten Wohndichte in der Provinz Sachsen und dem hohen Anteil an aufgenommenen Untermietern zusammenhing. Hervorgehoben wurde bei der Untersuchung die besondere Lage der Stadt Halle, welche durch die Chemieindustriegebiete um Leuna und Bitterfeld sowie den Eisleben-Mansfelder-Bezirk von mehreren Seiten her einen erhöhten Wohnungsbedarf hatte.¹⁵⁰ Die Bedingungen, unter denen die hallischen Arbeiter mit ihren Familien lebten, waren denkbar schlecht. Sie konzentrierten sich in den Arbeitervierteln in Glaucha und dem ehemaligen Neumarktviertel und offenbarten die „traurigsten Wohnungsverhältnissen, die denen in der Altstadt in nichts nachstehen.“¹⁵¹

Bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die Stadtverwaltung mit der Schaffung einer Wohnungsinspektion unter Leitung der Wohnungspflegerin Dr. Rose Otto den Versuch zur Lösung der anhaltenden Wohnraumknappheit unternommen. 1918 übernahm Dr. Auguste Lange (verstorben 1923), spätere Stadtverordnete der DDP, das Amt als 1. Leiterin des neu gegründeten Wohnungsamtes, dessen vorrangige Aufgabe der Bau neuer Wohnungen sein sollte. Eine der ersten Maßnahmen war die unter Regie der Stadt 1919 erbaute Wohnsiedlung am Roßplatz an der Berliner Straße. Die städtischen Maßnahmen waren jedoch nicht befriedigend, wenn man

¹⁴⁸ Vgl. Neuß, Stadtverwaltung, S. 149-156.

¹⁴⁹ Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 37. Die Wohnweise in Halle und Umgebung nach der Reichswohnzählung vom 16. Mai 1927, Halle 1929, S. 41. In Halle erschienen 4.798, d.h. 8,43% aller Haushaltungen, als dringend wohnungsbedürftig, verglichen mit 8,14% in Erfurt und 7,17% in Magdeburg.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., S. 68-74. Bei der Wohndichte zählte Halle 0,92 Personen pro Wohnraum. Vgl. SZ, 23.9.1929. Halle war gegenüber anderen Städten im Rückstand und die Wohnungsnachfrage blieb bzw. stieg durch die wachsende Industrie an.

¹⁵¹ Vgl. Mende, Sozialdemokratie, S. 21; Zitat: Kathe, Hans, Sommerklima und Wohnung in ihren Beziehungen zur Säuglingssterblichkeit, nach Untersuchungen in Halle, Univ. Habil., Halle, Jena 1911, S. 9, vgl. auch S. 105. Er fordert in seiner Dissertation dazu auf, das Kleinwohnungswesen zu reformieren, um damit das Elend vor allem für die Arbeiter zu beseitigen, damit Säuglinge in gesunden Wohnungen aufwachsen. Eine hohe Sterblichkeitsrate wiesen Viertel mit engen, verwinkelten Straßen und alten verbauten Häusern auf, die eine Lüfterneuerung und Wärmeabgabe erschwerten.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

sieht, dass bis 1923 nur 1.404 Wohnungen neu gebaut wurden und der Wohnungsbau nach dem Krieg viel langsamer voranschritt als vor dem Krieg, was hinsichtlich des steigenden Bedarfes gerade durch die Arbeiterschaft nicht genügen konnte.¹⁵² Ein weiterer Schritt der Stadt war die 1922 erfolgte Gründung der Kleinwohnungsbau Halle AG, welche die städtischen Arbeitgeber zur Zeichnung von Aktien zur Beteiligung am Kleinwohnungsbau brachte. Bis Ende 1932 waren erfolgreich 323 Häuser mit 2.190 Wohnungen errichtet worden. Nach geschlossenen Großsiedlungen wie der Vorstadt Süd an der Merseburger Straße und der Vorstadt Gesundbrunnen entstand bis 1930 an der Artilleriestraße das Wohngebiet „Vogelweide“ im Süden von Halle mit 521 neuen Wohnungen. Bereits 1924 hatte sich die Stadt Halle das Ziel gesetzt, jährlich 1.000 Wohnungen zu errichten, wovon man in den Anfangsjahren noch weit entfernt war. Von 572 geförderten Wohnungen im Jahr 1924 ließ sich aber bis 1929 eine Steigerung auf 1.412 Wohnungen feststellen. Gerade 1929 ließ eine Sonderförderung des Magistrats den Anteil an Kleinstwohnungen an der Gesamtmenge an neu erbauten Wohnungen von 4,7% im Jahr 1924 auf 36,5% 1929 ansteigen. Durch eine Extraförderung wuchs dieser Anteil ein Jahr später sogar noch einmal auf 59,4% an.¹⁵³

Nach der Prüfung des Reichskommissars Dr. Saemisch über die Verwaltung der Stadt Halle wurde diese in dem 1934 veröffentlichten Gutachten als vorbildlich bezeichnet, was allerdings die Nationalsozialisten als ihren eigenen Verdienst ansahen.¹⁵⁴ Der Prüfungszeitraum erstreckte sich vom Herbst 1932 bis zur „Machtergreifung“. Nach Stuttgart und Mannheim war Halle die dritte Großstadtprüfung des Reichskommissars, zudem war es die erste Prüfung im Land Preußen, wo zum Prüfungszeitpunkt eine besondere kommunalpolitische Krisenlage herrschte. Nach dem schnellen wirtschaftlichen Aufstieg in den Jahren 1924-1929 hatte Halle infolge der Weltwirtschaftskrise starke Rückschläge als Mittelpunkt des mitteldeutschen Industriegebietes erlitten. Die finanziellen Lasten durch die Wohlfahrtserwerbslosen waren sehr hoch, während die Einnahmen im Stadthaushalt sanken. Trotz Sparmaßnahmen war im Haushaltsplan von 1932 ein ungedeckter Betrag von 4,125 Mio. RM offen geblieben. Die Prüfung durch den Kommissar hatte die Stadt beantragt, um die Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung zu durchleuchten.¹⁵⁵ Ein solches Gutachten wurde jedoch nicht nur für den

¹⁵² Neuß, Stadtverwaltung, S. 168-181; Jacob, Ralf, Die Bemühungen der Stadtgemeinde zur Behebung der sozial bedingten Wohnungsnot in der Amtsperiode von Oberbürgermeister Dr. Rive, in: Jacob, Ralf (Hg.), Richard Robert Rive, Beiträge zum Wirken des halleschen Oberbürgermeisters 1906-1933, Halle 2000, S. 45-47.

¹⁵³ Jacob, Rive, S. 69, 72.

¹⁵⁴ Vgl. Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 84. Vgl. Bölling, H. G., Das Gutachten des Reichskommissars über die Verwaltung der Stadt Halle, sein allgemeiner, verwaltungs- und finanzpolitischer Ideengehalt, in: Reichsverwaltungsblatt 55 (1934), S. 930-932.

¹⁵⁵ Vgl. HN 28. 7. 1934.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Prüfungsauftraggeber geschrieben, sondern man erwartete außerdem eine „wissenschaftliche, politische und gesetzgeberische Nutzbarmachung durch die interessierte Öffentlichkeit überhaupt“.¹⁵⁶ Ziel einer solchen Untersuchung war es, Fragen nach den Strukturwandlungen nachzugehen, wie der Entwicklung der städtischen Bevölkerung durch die zunehmende Industrialisierung, dem Umgang mit den sich vergrößernden Verwaltungsaufgaben und dem Einfluss des Parteiapparates in der Stadtverwaltung, welche zusammengenommen als Ursachen für den Verfall der Selbstverwaltung angegeben wurden. Im Vorwort seines Gutachtens gab der Reichssparkommissar an, dass sich die Stadt Halle die generellen Forderungen des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Verwaltung und in finanzieller Beziehung zu Eigen gemacht hatte. Wegen der „sachlichen Zusammenlegung und guten fachlichen Schulung des Personalkörpers und der im wesentlichen zweckmäßigen Verwaltungsorganisation als auch wegen des geordneten Zustandes der Finanzen“ wurde die Arbeit der Stadt abschließend als vorbildlich bezeichnet.¹⁵⁷

2. Politische Entwicklung und Parteienlandschaft bis 1918

Bei der Betrachtung der politischen Entwicklung des Untersuchungszeitraums ist gegenüber dem ansässigen Bürgertum der Stadt ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung zu legen. Die hallische Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), gegründet am 19. April 1868 unter dem Vorsitzenden Schuhmachermeister Wilhelm Biel (1835-1902), erhielt in der ersten Zeit eher geringeren Zulauf.¹⁵⁸ Aufgrund des geltenden Sozialistengesetzes war die hallische Ortsgruppe der 1875 entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) gezwungen, sich neu zu organisieren. Auch die in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts gegründeten ersten Gewerkschaften wurden im Zuge der Verfolgungen verboten, so dass erste Treffen nur konspirativ stattfinden konnten und ein Polizeibericht sogar von der späteren Entstehung einer geheimen Organisation spricht.¹⁵⁹ 1888 gelangte der andernorts ausgewiesene sozialdemokratische Parteipolitiker Adolf Albrecht

¹⁵⁶ Bölling, Gutachten, S. 931. Enthält: „stärkste Zusammenfassung der Verantwortung für die gesamte Verwaltung in der Person des Oberbürgermeisters“, „Reinhaltung der gemeindlichen Willensbildung sowie im Zusammenhang damit Wiederaufrichtung einer ausschließlich auf das Gemeindewohl eingestellter ehrenamtlicher Verantwortung“, „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, „straffe formelle Haushaltsordnung, materiell-rechtliche Bindung der gemeindlichen Finanzwirtschaft zu Sparzwecken“. Vgl. StAH, Centralbüro, Kap. II, Abt. E, Nr. 457, Bd. 1 über den Reichssparkommissar.

¹⁵⁷ Bölling, Gutachten, S. 931.

¹⁵⁸ Vgl. Kügler, Tobias, Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 68f.

¹⁵⁹ Vgl. Hellfaier, Adolf, Die sozialdemokratische Bewegung in Halle/Saale (1886-1890), Bielefeld 1961, S. 77.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

nach Halle, der zwei Jahre später an der Gründung des „Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis“ beteiligt war.¹⁶⁰ Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes stieg die Anzahl der Mitglieder im „Sozialdemokratischen Verein“ sofort an. Waren 1889 noch 65 Mitglieder in der Ortsgruppe versammelt, so war die Zahl ein Jahr später auf 480 Mitglieder angestiegen. Zur Jahrhundertwende wurden bereits 1.046 Mitglieder gezählt und bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die Zahl der hallischen Sozialdemokraten auf 8.430 Personen angewachsen.¹⁶¹ Auch im Regierungsbezirk Halle-Merseburg erhöhte sich die Mitgliederzahl der SPD stets und lag zeitgleich bei 26.000 Personen.¹⁶² Unter den 5.157 sozialdemokratischen Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis von 1908/1909 dominierte die Gruppe der Arbeiter ohne Berufsangabe mit 19,6%, dicht gefolgt von der Gruppe der Metallarbeiter mit 17,6% sowie durch Maurer und Holzarbeiter. Es überwog die Zahl derer, welche eine handwerkliche Ausbildung besaßen, weniger die ungelerten Arbeiter. Ihnen standen 12.139 gewerkschaftlich Organisierte gegenüber. Nachdem seit 1908 auch Frauen der Partei eintritt ermöglicht worden war, stieg deren Mitgliederzahl bis 1914 auf 1.138 Mitglieder an, obwohl deren politisches Engagement marginal blieb.¹⁶³ Die zum ersten Mal am 1. April 1890 erschienene sozialdemokratische Parteizeitung „Volksblatt“ besaß in Halle 1900 5.000 von insgesamt 14.800 Abonnenten und war das führende Presseorgan der sozialdemokratischen Bewegung und Hauptmedium der Kommunikation zwischen der Partei und ihren Anhängern.¹⁶⁴ Als ein Höhepunkt der Etablierung der Sozialdemokratie lässt sich sicher die Eröffnung des Volksparks in der Burgstraße am 13. Juli 1907 ansehen, der der Arbeiterschaft von diesem Zeitpunkt an als Versammlungsstätte dienen sollte. Im Vorfeld war es der hallischen Arbeiterbewegung nur schwer möglich gewesen, geeignete Orte für ihre Veranstaltungen zu finden, da sich die Mehrheit der städtischen Gastwirte weigerte, ihnen entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen, was vor allem auch an den ihnen drohenden Sanktionen lag.¹⁶⁵ „Dort, wo hallesche Millionäre im mittleren Norden der Stadt inmitten großer Parks ihre Villen sich errichtet haben, [...], dort hat sich die organisierte Arbeiterschaft von Halle ihr Heim gegründet.“, denn

¹⁶⁰ Vgl. Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 345. Adolf Albrecht geb. 14.7.1855 in Reudnitz, gest. 18.4.1930 in Halle, seit 1889 selbständiger Schneidermeister in Halle, 1895-1901 Stadtverordneter, 1919 Stadtrat, November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates, Dezember 1918 Delegierter zum 1. Rätekongress nach Berlin, Mitglied des Reichstages 1898-1903, 1905-1918, 1920-1924.

¹⁶¹ Vgl. Durch Kampf zum Sieg, Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis 1889-1914, Halle 1914, S. 232.

¹⁶² Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 31.

¹⁶³ Vgl. Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909, Halle 1909, S. 9ff.

¹⁶⁴ Vgl. Durch Kampf zum Sieg, S. 13f.; Mende, Sozialdemokratie, S. 7f.

¹⁶⁵ Vgl. Kügler, Tobias, Der Volkspark – Kultur, Geselligkeit, Politik, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 224f. Vgl. Durch Kampf zum Sieg, S. 153.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

aussagekräftig war die Lage des neu geschaffenen Domizils der Arbeiterschaft im sozialdemokratischen Giebichensteinviertel zur unmittelbar gegenüber gelegenen Villa Heinrich Lehmanns, des wirtschaftlich erfolgreichsten Bankiers der Stadt. Zudem grenzte der Volkspark an das bürgerliche Mühlwegviertel, so dass der neue Standort der Arbeiterschaft, entsprechend der aktuellen politischen Lage, dem Bürgertum direkt gegenüberstand.¹⁶⁶ Der Ansturm bei der Eröffnungsfeier machte deutlich, wie groß der Bedarf an diesem neuen Domizil war, welches das größte seiner Art in der Stadt war.¹⁶⁷ Eine Rekonstruktion von Veranstaltungen des Jahres 1913 hatte ergeben, dass der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis die meisten Veranstaltungen im Volkspark abgehalten hatte, gefolgt vom Metallarbeiterverband, Gewerkschaftskartell und Bauarbeiterverband, wobei der Hauptnutzer in jenem Jahr vorwiegend Feste und Vergnügungsveranstaltungen abhielt. Der Arbeiterschaft war es demnach in den ersten Jahren nach der Errichtung des Volksparks gelungen, in ihm eine Stätte proletarischer Festkultur zu etablieren, die sich der schon bestehenden bürgerlichen Fest- und Feierkultur gegenüberstellte.¹⁶⁸ Daneben sollte der Volkspark als Weiterbildungsstätte der Arbeiterschaft dienen. Ein besonderes Interesse unter den Zuhörern fanden in diesem Zusammenhang die Vorträge bedeutender Parteipersonlichkeiten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin und Ernst Thälmann.¹⁶⁹ Als erster hallischer Sozialdemokrat zog der Lehrer Fritz Kunert (1850-1931) 1890 mit 12.808 Stimmen in den Reichstag ein und es gelang ihm, bis zum Krieg – mit Ausnahme der Wahlen von 1893 und 1907 – sich ein Mandat zu sichern.¹⁷⁰ In der Stichwahl hatte er sich 1890 gegen den Kandidaten der Nationalliberalen durchsetzen können. Etliche Stimmen kamen dabei von Seiten der Freisinnigen, von denen auch ein Teil ihre Stimme den Nationalliberalen gab. In früheren Reichstagswahlen hatten die Sozialdemokraten wiederum in den Stichwahlen ihre Stimmen den Kandidaten der Freisinnigen (linksliberal) gegeben, so dass

¹⁶⁶ Vgl. Kügler, Volkspark, S. 226ff. Zur Eröffnung des Volksparkes Halle a./S. am 13. Juli 1907, Schkeuditz 1907.

¹⁶⁷ Vgl. Durch Kampf zum Sieg, S. 155. Im Inneren des Hauses befanden sich einen großen Saal, der Platz für ca. 1.800 Personen bot, verschiedene kleine Versammlungsräume, Gaststuben und draußen eine weitläufige Gartenanlage, die Platz für 4.000 Personen schuf.

¹⁶⁸ Vgl. Werner, Robert, „Dem Sozialismus zum Schutz, dem Kapitalismus zum Trutz“: Der „Volkspark“ als Ort proletarischer Festkultur, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Vergnügen und Inszenieren, Stationen städtischer Festkultur in Halle, Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte, Band 4, Halle 2004, S. 171-173.

¹⁶⁹ Vgl. Kuhne, Roland/Jacob, Ralf, Der Volkspark-kommunikatives Zentrum zwischen Kaiserreich und demokratischer Wende, in: 100 Jahre Volkspark Halle, Utopien – Legenden – Visionen (Hg. Volkspark Halle e.V.), Halle, 2007, S. 121, 130f.

¹⁷⁰ Vgl. Reibel, Carl-Wilhelm, Handbuch der Reichstagswahlen 1890 - 1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, Bd. 1, Düsseldorf 2007, S. 514f.; Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 572. Fritz Kunert geb. 15. 9. 1850 in Alt-Landsberg, gest. 26.11.1931 in Berlin, 1871-1887 Volksschullehrer bzw. Lehrer in Beeltz, Konstantinopel und Berlin; 1887-1889 Kaufmann und Korrektor in Berlin; 1888-1889 Lehrer, zugleich Stadtverordneter in Berlin; Oktober 1889-1891 Redakteur der „Schlesischen Nachrichten“ bzw. der „Schlesischen Volkswacht“ in Breslau; November 1894-1917 Redakteur des „Vorwärts“ in Berlin; 1916 SAG, 1917 USPD, 1922 erneut SPD; MdR 1890-1993, 1896-1907, 1909-1918, 1919-1924.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

deren Kandidat gegen die Nationalliberalen den Wahlkreis gewinnen konnte. Es wurde den Sozialdemokraten im Vorfeld versprochen, bei neueren Verhandlungen im Reichstag nicht für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen, so dass von sozialdemokratischer Seite erfolgreich in der liberalen „Saale-Zeitung“ zur Wahl des Kandidaten der Freisinnigen aufgerufen wurde, zumal beide Parteien in bestimmten Wahlthemen Gemeinsamkeiten aufwiesen. Dies zeigt, dass der Prozess der Lagerbildung, der nach Karl Rohe im Jahrzehnt der Reichsgründung vorstättenging, in Halle noch nicht vollständig abgeschlossen war und gerade die linksliberal-sozialdemokratische Kooperation noch eine gewisse Durchlässigkeit der Lagergrenzen offenbarte.¹⁷¹ Nach dem ersten Erfolg des sozialdemokratischen Kandidaten in der Reichstagswahl von 1890 verstärkten sich bei den politischen Gegnern, allen vor allem den Konservativen, die antisozialistischen Ressentiments, die schon 1893 zum kurzzeitigen Verlust des sozialdemokratischen Mandats geführt hatten. Bereits zur Hauptwahl war es zu einem Bündnis zwischen Links- und Nationalliberalen gekommen, mit dessen Hilfe der linksliberale Kandidat Alexander Meyer in die Stichwahl einzog, die er mit Hilfe der Unterstützung der Rechtsparteien gewinnen konnte. Von diesem Zeitpunkt an könnte man von der Konstitution eines bürgerlich-nationalen Lagers sprechen, dessen parteiübergreifendes Merkmal der Gegensatz zum sozialdemokratischen Lager im Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg war. Die veränderte politische Lage hatte zudem bewirkt, dass sich die Linksliberalen fortan an den bürgerlichen Parteien orientierten und die frühere latente Offenheit gegenüber den Sozialdemokraten eingestellt wurde. Intern war das Lager, welches von Deutschkonservativen bis Linksliberalen reichte, vielfältigen Konflikten ausgesetzt, so dass eine fehlende Einigung der bürgerlichen Parteien wohl zu den Stimmverlusten des bürgerlich-nationalen Lagers in den Stichwahlen der 90er Jahre führte.¹⁷²

Mit der Bildung des sogenannten „Bülowblocks“ entstand 1907 ein Zusammenschluss aller bürgerlicher Parteien, nachdem vier Jahre zuvor ein solches Bündnis gescheitert war, da sich die Linksliberalen nicht dem „Nationalen Reichswahlverein“ anschlossen und dementsprechend der Wahlsieg an die Sozialdemokraten ging. Zu den „Hottentottenwahlen“ 1907 hatte man aus den Unzulänglichkeiten der vorherigen Reichstagswahl gelernt und sich nach der Auflösung des Reichstages den Sozialdemokraten erstmals von Anfang an geschlossen gegenübergestellt. Dementsprechend euphorisch feierte das bürgerlich-nationale Lager seinen bereits zur Hauptwahl von starker nationaler Propaganda begleiteten Sieg des gemeinsamen linksliberalen

¹⁷¹ Vgl. Watermann, Daniel, Politische Lagerbildung in Halle im deutschen Kaiserreich, Magisterarbeit Universität Halle-Wittenberg, Halle 2009, S. 94ff.; Rohe, Wahlen, S. 92ff.

¹⁷² Vgl. ebd., S. 155.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Kandidaten Karl Schmidt gegen Fritz Kunert. 1909 musste wegen des verstorbenen Karl Schmidt eine Ersatzwahl stattfinden, zu der sich das nationale Bündnis erneut zusammenfand. Sowohl auf Seite des nationalen als auch auf der Seite des sozialistischen Lagers war der Wahlkampf von äußerst scharfen Parolen begleitet. Vereint bekräftigten die Bürgerlichen ihre anti-sozialistische Haltung, was wiederum auf der Gegenseite zu einer verstärkten Positionierung an den linken Rand der Partei führte, deren Propaganda sich hauptsächlich gegen die Linksliberalen richtete. In der hallischen SPD-Organisation hatte sich inzwischen der Linkskurs um Fritz Kunert und seine Anhänger durchgesetzt, die sich im Gegensatz zur Hauptlinie der Partei auf die Grundsätze des Erfurter Parteiprogramms und dessen Rückbesinnung auf Marx stützten, weshalb sie innerhalb der Gesamtpartei kritisch beobachtet wurden. Nach der Unterbrechung von 1907 gelang es Fritz Kunert nun wieder erfolgreich in den Reichstag einzuziehen.¹⁷³ Eine Verschärfung des Konflikts wurde durch die Vorgänge des hallischen „Blutsonntags“ herbeigeführt, als sich die Sozialdemokraten während der Wahlrechtsdemonstrationen am 13. Februar 1910 eine blutige Auseinandersetzung mit der in die Demonstration eingreifenden Polizei lieferten. Ursache der sozialdemokratischen Demonstrationen war die Tatsache, dass im Gegensatz zum Reichstagswahlrecht in Preußen ein Dreiklassenwahlrecht existierte, so dass die Arbeiterparteien nur auf Reichsebene gleichberechtigte Möglichkeiten zur Partizipation besaßen.¹⁷⁴ Auf Landtagsebene hingegen waren sie daher nicht erfolgreich, zumal im Wahlkreis Halle-Saalkreis nur zwei Mandate zu erlangen waren, die ab 1903 von Freisinnigen oder nationalliberalen Kandidaten errungen wurden.¹⁷⁵ Im Unterschied zu den Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten während der Reichstagswahlkämpfe standen bei den Landtagswahlkämpfen die Konflikte innerhalb des bürgerlich-nationalen Lagers im Vordergrund. Bis zur Jahrhundertwende (mit Ausnahme 1885) war es im Vorfeld der Landtagswahlen zu einem Bündnis zwischen Nationalliberalen und Konservativen gekommen und in der Folge zu einem Bündnis zwischen den beiden liberalen Parteien, so dass sich auf Seiten der „Gegner“ jeweils Konservative und Linksliberale gegenüberstanden. Ab 1903 war die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten nunmehr auch Bestandteil des Landtagswahlkampfes aller bürgerlich-nationalen Parteien, denn die in den Reichstagswahlkämpfen vorherrschende antisozialistische Rhetorik hatte die ursprünglichen Themen der Landespolitik zugunsten nationaler Themen immer mehr verblasen lassen. Trotz der Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen ist

¹⁷³ Vgl. Watermann, Politische Lagerbildung, S. 134ff.

¹⁷⁴ Vgl. dazu zusammenfassend Kügler, Tobias, Der „organisierte Druck der Massen“ und die Verteidigung der Ordnung. Die Wahlrechtsdemonstrationen der hallischen Sozialdemokratie 1906/10, in: Freitag, Werner (Hg.), Aufruhr, Zweitacht und Gewalt. Konfliktlagen in der hallischen Stadtgesellschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Halle 2006, S. 93-113; Schumann, Politische Gewalt, S. 34f.

¹⁷⁵ Vgl. Kügler, Arbeiterschaft, S. 74.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

es so in den Stichwahlen auch zur teilweisen Unterstützung liberaler Kandidaten durch Konservative gekommen, was zumindest ein übergeordnetes Zusammengehörigkeitsgefühl des bürgerlich-nationalen Lagers offenbarte. Jedoch standen sowohl die letzte Reichstagswahl von 1912 als auch die letzte Landtagswahl vor dem Krieg von 1913 wieder vermehrt im Zeichen von internen Konflikten bei den Bürgerlichen. Nachdem sich 1912 zur Reichstagswahl kein einheitliches bürgerlich-nationales Bündnis mehr zusammengefunden hatte, gab es 1913 wieder zwei bürgerliche Kandidaten gegen den zum wiederholten Male antretenden Fritz Kunert. Mit einem Ergebnis von 53% der Stimmen konnte der Sozialdemokrat sein Reichstagsmandat erhalten, während unter den bürgerlichen Kandidaten derjenige der liberalen Parteien mit 33,2% knapp 20% mehr Stimmen erreichte als der konservative Kandidat. Von den insgesamt acht sozialdemokratischen Reichstagsmandaten kamen nach dieser Wahl drei aus dem Regierungsbezirk Halle-Merseburg. Diese Konstellation unter Liberalen und Konservativen führte auch bei den Landtagswahlen 1912 zum Sieg der liberalen Kandidaten Friedrich Keil und Carl Delius.¹⁷⁶ Trotz der strengen Bestimmungen des Dreiklassenwahlrechts zogen 1895 Adolf Albrecht und Karl Krüger als erste Sozialdemokraten in die hallische Stadtverordnetenversammlung ein. Als 1900 die Vororte Giebichenstein und Kröllwitz eingemeindet wurden, erhöhte sich die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten von zwei auf fünf bei insgesamt 66 Abgeordneten, jedoch war ihr Einfluss weitestgehend beschränkt. Die führende Position im Stadtparlament war bis zum Ersten Weltkrieg den Liberalen vorbehalten, bis am 14. Februar 1919 schließlich die letzte Stadtverordnetenversammlung nach dem alten Dreiklassensystem stattfand.¹⁷⁷ Die linksgerichtete Führung der SPD-Bezirksorganisation stellte sich bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges gegen die Parteilinie der hauptstädtischen Führung und bekundete mehrheitlich ihre Solidarität gegenüber Karl Liebknecht, der in Berlin gegen die Aufnahme von Kriegskrediten gestimmt hatte. Zu einer großen Antikriegsdemonstration hatten sich am 28. Juli 1914 ca. 6.000 hallische Arbeiter versammelt, was die Behörden veranlasste, die Sozialdemokraten verstärkt zu beobachten. Vom tatsächlichen Ausbruch des Krieges waren die Bevölkerung sowie die Partei schließlich überrascht. Da die Militärzensur kritische Äußerungen zur Kriegspolitik nicht zuließ, erschien das „Volksblatt“ seit Kriegsbeginn zuweilen mit weißen Flecken oder wurde teilweise verboten. Weiterhin wirkte sich die Einberufung der Hälfte der männlichen Parteimitglieder des Regierungsbezirkes bis Ende März 1915 erschwerend auf eine

¹⁷⁶ Vgl. Kühne, Thomas, Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918, Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994, S. 431-434; Watermann, Politische Lagerbildung, S. 132f. und 154ff., Schumann, Politische Gewalt, S. 31. Die SPD-Abgeordneten von 1912 waren Fritz Kunert, Gustav Raute und Adolf Thiele.

¹⁷⁷ Vgl. Minner, Besitz und Bildung, S. 54f.; Durch Kampf zum Sieg, S. 184f.; Neuß, Stadtverwaltung, S. 145.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

aktive Parteiarbeit aus.¹⁷⁸ Die erneute Ablehnung weiterer Kriegskredite im Dezember 1915 durch sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag führte einerseits zum Ausschluss der Abgeordneten aus der SPD-Reichstagsfraktion und andererseits zum Ausschluss der linken SPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg aus der Partei. Die Betroffenen hatten zuvor die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gegründet, welche am 6. April 1917 mit einigen Anhängern die USPD gründete. Einen Monat später vollzog sich der nahezu vollständige Wechsel der hallischen Parteigruppe zur neu gegründeten Partei. Den innerparteilichen Konflikt in Halle-Merseburg hatte zuvor Fritz Kunert gegen Adolf Thiele für sich entschieden. Von Vorteil war, dass die hallische USPD bereits auf eine bestehende Organisationsstruktur zurückgreifen konnte, die sowohl Presseorgane wie das Hallische Volksblatt als auch Vertrauensleute umfasste, deren Übergang in neue Parteistrukturen dadurch erleichtert wurde. Zu ersten Einschränkungen der Parteiarbeit führte die systematische Einberufung von Parteifunktionären, um deren Agitationen für Streiks im Regierungsbezirk zu unterdrücken. 1918 kam es zu erneuten Aktionen der neu organisierten hallischen Parteiführung, die kurz vor Ende des Krieges in Versammlungen zu Frieden und demokratischer Neuordnung aufrief.¹⁷⁹

Unmittelbar nach den ersten Presseberichten zu den Matrosenaufständen in Kiel und der Entwaffnung der Offiziere der Fliegerersatzabteilung durch deren Soldaten am 7. November 1918 folgte die von der USPD dominierte Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Während dem Arbeiterrat die USPD unter dem Volksblatt-Redakteur Otto Kilian vorstand, versuchten im Soldatenrat die Mehrheitssozialisten unter Adolf Thiele ihren Einfluss zu vergrößern. Zugleich wurde in Merseburg ein Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzt, der die Arbeit der einzelnen Räte im Regierungsbezirk koordinieren sollte. Aus dem hallischen Soldatenrat ging

¹⁷⁸ Vgl. Mende, Roswitha, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Halle im Ersten Weltkrieg, in: Grebing, Helga/Mommsen, Hans/Rudolph, Karsten (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale, Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 171ff.

¹⁷⁹ Vgl. Klein, Hans-Dieter, Zwischen Burgfrieden und Komintern. Die Unabhängige Sozialdemokratie in Halle-Merseburg 1917-1920, in: Grebing, Helga/Mommsen, Hans/Rudolph, Karsten (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale, Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 184ff.; Schultz, Eberhard, Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917-1921), Phil. Diss. Halle 1969, S. 11; Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 768f.: Adolf Thiele, geb. 26.9.1853 in Dresden, gest. 25.1.1925 in Halle, Volksschullehrer, 1894-1909 Redakteur des „Volksblatts“ in Halle, 1898-1902 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, 1901-1911 Stadtverordneter in Halle, 1918-1919 Redakteur der „Volksstimme“ in Halle, 1919-1921 Landrat des Saalekreises in Halle, seit 1921 Mitglied des Provinziallandtages Sachsen, MdR 1898-1907, 1912-1928; Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), Wer war wer in der DDR? – ein biographisches Lexikon, Berlin 2001, S. 449; Bernhard Koenen, geb. 17.2.1889 in Hamburg, gest. 30.4.1964 in Berlin, Volksschule, Maschinenschlosser und Dreher, Militärdienst, Elektriker in Leuna, 1917 USPD, 1920 KPD, Mitarbeit im Leunaer Arbeiterrat, 1921-33 Redakteur im „Klassenkampf“, Sekretär der KPD-BL Halle-Merseburg, 1922-33 Mitglied des Provinziallandtages, 1924-29 Mitglied des preußischen Staatsrates, nach 1933 illegal tätig, Emigration in der UdSSR, 1945 Rückkehr nach Deutschland.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

im Dezember 1918 ein „Sicherheitsregiment“ unter der Führung von Friedrich Ferchlandt (USPD) hervor, zu dem auch eine Matrosenkompanie unter Karl Meseberg (USPD) gehörte, die im Soldatenrat einen Ruck nach links bewirkte und den radikal-revolutionären Kurs verstärkte. Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der Mitte Dezember 1918 in Berlin tagte, entschied sich aufgrund seiner sozialdemokratischen Mehrheit für die Festlegung eines Termins zur Wahl der Nationalversammlung und damit für einen Übergang zum System einer parlamentarischen Demokratie, weshalb der unter USPD-Führung stehende Merseburger Regierungsbezirk nun vollkommen unabhängig seinen Kampf für die Revolution weiterführte. Bedeutsam war in diesem Zusammenhang der Einfluss der Spartakusgruppe, die sich am linken Rand der USPD zusammengefunden hatte. Mit Gründung der KPD Ende Dezember 1918 in Berlin und der am 7. Januar 1919 folgenden Gründung einer hallischen Ortsgruppe der Partei – hervorgegangen aus der Gruppe des Spartakusbundes – unter Reinhold Schoenlank bestand nun links neben der USPD eine weitere Partei innerhalb des sozialistischen Lagers. Am selben Tag besetzten Aufständische Wahlbüros der DDP und die Redaktion der „Saale-Zeitung“, um deren Erscheinen zu verhindern bzw. Wahlmaterial zu vernichten. Oberbürgermeister Rive wurde aufgefordert, die Unterwerfung des Magistrats unter den Arbeiter- und Soldatenrat öffentlich zu verkünden, der er sich jedoch durch Abwesenheit entzog. Während eines Demonstrationzuges der hinter dem Arbeiterrat stehenden Personen kam es schließlich an der Reilka-serne zu einem blutigen Vorfall.¹⁸⁰ Drei Tage später rief eine Gegendemonstration zur Unterstützung der Reichsregierung auf, organisiert vom Hallenser Bürgertum. Zum ersten Mal zeigte sich an dieser Stelle die neue Form der Repräsentation des Bürgertums, das sich durch ein geschlossenes öffentliches Auftreten den demonstrierenden Arbeitern als ebenbürtig gegenüberstellte und sich vielerorts als neue Form der Bewegung konstituierte.¹⁸¹

¹⁸⁰ Vgl. Schmuhl, Halle, S. 8ff.; Schumann, Politische Gewalt, S. 49f.; Kling, Gertrud, Die Rolle des Arbeiter- und Soldatenrats von Halle in der Novemberrevolution (November 1918 bis März 1919), Halle 1960; Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter“, S. 21ff.

¹⁸¹ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 51ff.; Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918 - 1920, Hamburg 1992, S. 180-182. Für Halle lässt sich für Januar 1919 bereits ein früher politischer Mobilisierungsgrad feststellen.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

„In der Stadt Halle an der Saale haben sich schon von jeher alle sozialen und politischen Bewegungen besonders scharf ausgeprägt. Kaum in einer zweiten deutschen Stadt stoßen die gesellschaftlichen Extreme so unmittelbar auf einem engen Raum gegeneinander. Schon äußerlich: es gibt keine abgeschlossenen vornehmen Viertel. Der Weg zu den Villenstraßen führt durch ein Arbeiterviertel; der ‚Volkspark‘, das Zentrum der meisten proletarischen Organisationen, liegt nur wenige Schritte von einem Diakonissenhaus und den Häusern einiger vornehmer studentischer Korps entfernt.“¹⁸²

II. Wahlen und Wahlverhalten in Weimar

„Der Blutsonntag in Halle“¹⁸³ – eine Woche vor den ersten Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden in der Stadt gewalttätige Ausschreitungen statt, bei denen ein Jugendlicher tödlich verletzt wurde. Die Deutschdemokraten hatten nach der großen Demonstration des Bürgertums vom 10. Januar 1919 zwei Tage später einen weiteren Aufmarsch organisiert, an dem nach eigenen Angaben 10.000 bis 12.000 Personen teilnahmen. Nach Abschluss der Kundgebung auf dem Rossplatz waren die Teilnehmer hinunter zum Hallmarkt gezogen, wo DDP-Mitglied und Rechtsanwalt Wolfgang Herzfeld eine Ansprache hielt, in der er das Bürgertum zum Protest aufrief, im Fall, dass geschlagene Berliner Spartakusleute ihr Quartier nach Halle verlegen würden. Als nach Abschluss der Veranstaltung ein Zug mit schwarz-rot-goldener Fahne und schwarz-rot-weißer Fahne Richtung Riebeckplatz ging, versuchten dort „spartakistische Elemente“ an die Fahne zu gelangen, wobei im Handgemenge ein tödlicher Schuss fiel. Gleichzeitig war es an der Wohnung von Oberbürgermeister Rive zu Handgreiflichkeiten zwischen demonstrierenden Kriegsbeschädigten und der Polizei gekommen, die zwei Tage später eskalierten, da Rive ihnen angeblich vorgeworfen hatte, ein „Verkehrshindernis“ zu sein, was von ihm jedoch dementiert wurde.¹⁸⁴ Die einige Tage später stattgefundenen Wahlen zur Nationalversammlung verliefen trotz der vorangegangenen Unruhen friedlich. Infolge umfangreicher Änderungen am Wahlrecht war es erstmals Frauen ermöglicht worden, an der Wahl teilzunehmen. Durch diese Änderung sowie die Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre nahm die Anzahl der Wahlberechtigten um mehr als das Doppelte zu. Waren zur Reichstagswahl 1912 noch 60.555 Personen wahlberechtigt, war die Anzahl der Wahlberechtigten für

¹⁸² Ottwalt, Ernst, Ruhe und Ordnung, Berlin 1978, S. 20. Der Autor Ernst Ottwalt (1901- 1943) lebte von 1918 bis 1921 in Halle und gehörte nach dem 1. Weltkrieg kurzzeitig den Freikorpsverbänden an, bevor er in die KPD eintrat. Vgl. Weber/Herbst, Handbuch deutscher Kommunisten, S. 552.

¹⁸³ SZ, 13.1.1919. Anspielung auf den hallischen „Blutsonntag“ am 13.2.1910 der Sozialdemokraten.

¹⁸⁴ Ebd., 13.1. und 15.1.1919. Vgl. auch LHASA MER, Rep. C 48 I e, Nr. 134, Bl. 342.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

die Wahl zur Nationalversammlung auf 126.000 Personen angestiegen.¹⁸⁵ Auswirkungen auf die zukünftige Parteienstruktur hatte auch die Einführung des Verhältniswahlrechts, zumal es noch keine Fünf-Prozent-Klausel gab und von nun an ein breites Spektrum an Parteien als Kandidaten und Gewinner für die zukünftigen Wahlen und Abstimmungen möglich war.

Mit Blick auf die letzten Reichstagswahlen des Kaiserreiches von 1912 lässt sich feststellen, dass die Sozialdemokraten des Kaiserreiches im Jahre 1919 nunmehr in MSPD und USPD gespalten waren und Liberale und Konservative sich in jeweils neuen Parteien organisiert hatten. Die frühere Spaltung der Liberalen in Linksliberale und Nationalliberale hatte in der DDP sowie der DVP ihre Entsprechung gefunden, so dass durch diese Teilung die Heterogenität der Liberalen weiterhin sichtbar wurde. Neben den Ergebnissen für die Parteien des sozialistischen Lagers findet sich die linksliberale Wählerschaft von 1912 ebenso in den Ergebnissen der DDP von 1919 wieder wie die der ehemaligen Freikonservativen in den Resultaten der DNVP.¹⁸⁶

Studien, welche die sozialen Profile der Wähler und deren Parteipräferenzen bestimmen, sind immer wieder mit der Frage verknüpft, welcher Schicht vor allem die Wähler der NSDAP entstammen. Die nachfolgende Analyse und Auswertung der Wahlen in Halle und der Wahlergebnisse ausgewählter Wahlbezirke während der Weimarer Zeit kann im Rahmen dieser Arbeit aber nicht nach einer Analyse durch die statistischen Methoden der historischen Wahlforschung erfolgen, da es sich bei dieser Abhandlung um keine Wählerstudie der Stadt Halle während der Weimarer Republik handelt und dieses Kapitel einen Teil einer komplexen Untersuchung der politischen Lager in Halle umfasst und dazu dient, die örtlichen Gegebenheiten auch beispielhaft auf der Wähler bzw. Wahlkreisebene zu analysieren.

Wenn im Folgenden die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien analysiert werden, ist davon auszugehen, dass Wählerwanderungen nicht ausschließlich von einer zur anderen Partei stattfanden, sondern ein stärkerer Austausch an Wählerstimmen zwischen den Parteien erfolgte.¹⁸⁷ Diese These geht auf die empirischen Arbeiten des Politikwissenschaftlers Jürgen W. Falter zurück, dessen statistische Wahlanalysen in den 80er und 90er Jahren die Wählerschaft der NSDAP eingehend untersuchten und damit entscheidenden Einfluss auf die Wahlforschung

¹⁸⁵ Vgl. Reibel, Reichstagswahlen, S. 512; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 514f. Zu den Ergebnissen von 1912: Linksliberale 33,2%, Freikonservative 13,8% und Sozialdemokraten 53,0%; Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 356.

¹⁸⁷ Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 75–80. Siehe auch Burnham, Walter Dean, Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany, in: Journal of Interdisciplinary History 3, 1972, S. 1–30. Darin geht auch Burnham in erster Linie von blockinternen Wanderungen aus, unterschätzt nach Falter aber den lagerübergreifenden Austausch.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

hatten. Was die historische im Unterschied zur heutigen Wahlforschung nicht berücksichtigen kann, sind Meinungsumfragen, die genaue Aussagen über das jeweilige Wahlverhalten Einzelner treffen können. Alle Methoden können daher bis zu einem bestimmten Grad nur Vermutungen über das Verhalten der Wähler treffen.

Falter geht in seiner Studie über Hitlers Wähler der Frage nach der parteipolitischen Herkunft und dem sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler nach und kommt zu dem Schluss, dass die Nationalsozialisten von ihrer Wählerbasis her eher einer „Volkspartei des Protestes“ entsprachen.¹⁸⁸ Entgegen älteren Theorien greift es zu kurz, die Wählerschaft der NSDAP allein im Mittelstand zu suchen, wie das in der Vergangenheit unter anderem Seymour Martin Lipset durch seine Aussage über den Nationalsozialismus als „Extremismus der Mitte“¹⁸⁹ ausdrückte. Ihm folgte Walter Dean Burnham, dessen Theorie des „politischen Konfessionalismus“ den verschiedenen politischen Lagern eine unterschiedliche Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus zuschrieb. Mittlerweile wird allgemeingültig von einer heterogeneren Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft ausgegangen, die neben dem Mittelstand auch einen hohen Anteil an Wählern aus der Arbeiterschaft umfasste und daher zusammengefasst über eine recht breite Wählerbasis verfügte.¹⁹⁰

Die Sozialstruktur der Wähler in ausgewählten hallischen Wahlkreisen soll anhand der Berufsstruktur des Elektorats analysiert werden. Mit Hilfe von Adressbüchern konnten die Bewohner bzw. die Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken aufgenommen werden, was – wie bereits in der Einleitung erwähnt – mit Einschränkungen verbunden ist, da in den Adressbüchern nur die jeweiligen Haushaltsvorstände, aber nicht Frauen, Untermieter und Personal aufgeführt waren. Es kann daher keine vollständige Sozialstruktur der Wähler ermittelt werden, jedoch muss man diese Einschränkungen in Kauf nehmen, wenn man die Adressbücher als Quelle der Berufe hinzuzieht, vor allem, da sie die durchgängigsten und trotzdem verlässlichsten Quellen für Bestimmungen dieser Art darstellen und dieses Manko allen Adressbüchern der Zeit gemeinsam ist.¹⁹¹

Eine Sozialstrukturanalyse dient dazu, die Struktur einer Gesellschaft näher zu bestimmen und die Bevölkerung nach ausgewählten Kriterien wie vor allem Bildung, Einkommen und Beruf zu

¹⁸⁸ Falter, Hitlers Wähler, S. 13.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 45ff.

¹⁹⁰ Vgl. ebd., S. 364 ff.

¹⁹¹ Zu Adressbüchern als Quelle für die Sozialgeschichte vgl. Weichel, Thomas, Die Berufsstruktur der Städte – erste Ergebnisse und Vergleiche, in: Gall, Lothar (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, Frankfurt 1993, S. 52f.; Zwahr, Hartmut, Das deutsche Stadtadressbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3 (1968), S. 217ff.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

analysieren, welche stets miteinander in Beziehung stehen. In diesem Zusammenhang wird der Fokus auf die Berufsstruktur gerichtet, deren Einfluss auf die Lebenswelt der einzelnen Personen sehr bedeutend war, da sie einmal mit dem jeweiligen Einkommen verbunden (zudem noch abhängig von der Branche und dem Geschlecht) und andererseits davon abhängig war, welchen Bildungsstand die jeweilige Person hatte. Zusammengenommen können diese Punkte verdeutlichen, auf welche Art und Weise die Person am gesellschaftlichen Leben teilhaben konnte und welche Autorität sie dementsprechend besaß.¹⁹² Bei der Zuordnung der Berufe zu einzelnen Schichten soll auf die in der Regel verwendeten Schichtungsmodelle von Schüren und Lundgreen bzw. auf das von Manfred Hettling daraus erarbeitete Modell Bezug genommen werden.¹⁹³

Insgesamt war die hallische Bevölkerung im Zeitraum von 1919 bis Anfang 1933 zusammen 30 Mal zu Wahlen und Abstimmungen aufgerufen worden, ausgenommen die als ungültig gewertete Stadtverordnetenwahl vom 2. März 1919. Das sozialistische Lager der Stadt, seit Gründung der USPD aus SPD und USPD bestehend, kam bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 auf sensationelle 56,9% und dominierte geführt von einer starken USPD das politische Geschehen, während das von den Demokraten angeführte bürgerlich-nationale Lager mit 41,5% dahinter blieb (vgl. Tabelle 29). Die Parteien der nach der Wahl im Reich gebildeten „Weimarer Koalition“ (SPD, DDP und Zentrum) erreichten in Halle 45,8% und waren damit nur wenig stärker als die USPD, so dass für diesen Zeitpunkt noch von einer recht starken bürgerlichen „Mitte“ in der Stadt auszugehen war (vgl. auch Tabellen 6 und 26).

Die Tradition der sozialistischen Vorkriegshochburg mit Werten über 50% schien sich zu diesem Zeitpunkt zu bestätigen, da die hallischen Arbeiterparteien scheinbar gestärkt aus der Revolution hervorgegangen waren, diesen hohen Anfangswert jedoch über den Zeitraum der Weimarer Jahre nicht halten konnten. In der Stadt erreichten beide politischen Lager zur Landtagswahl 1921 annähernd dieselben Resultate, während sich bis 1928 die Ergebnisse des sozialistischen Lagers nach unten und die des bürgerlich-nationalen Lagers nach oben bewegten. Nach Vereinigung von KPD und USPD 1920 und den Unruhen zu Beginn der 20er Jahre erhielten die linken

¹⁹² Hettling, Politische Bürgerlichkeit, S. 24. Vgl. Winkler, Jürgen R., Sozialstruktur, Politische Traditionen und Liberalismus – Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995, S. 386.

¹⁹³ Hettling, Politische Bürgerlichkeit, S. 353ff. Darin findet eine Gliederung in folgende Gruppen statt: Gehobenes Bürgertum (Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, höhere Beamte), Kleinbürgertum (Alter und Neuer Mittelstand), Unterschicht (unter anderem untere Beamte und Angestellte, nichtselbständige Handwerker, Arbeiter) und Sonstige (z.B. Witwen). Zu bemerken ist die zunehmende berufliche Differenzierung im 19. und 20. Jahrhundert. Außerdem wird von der Forschung immer wieder auf Schwierigkeiten bei der Zuordnung der Berufsbezeichnung Kaufmann hingewiesen, die oftmals ohne nähere Angaben auftaucht, weshalb nicht genau differenziert werden kann, ob es sich um einen selbständigen oder unselbständigen Kaufmann handelt.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Parteien zur Reichstagswahl im Mai 1924 zusammen nur noch 39,3% der Stimmen und sanken nach einem leichten Anstieg auf 43,6% zur Reichstagswahl 1928 auf unter 40% ab, bis die Werte Ende 1932 wieder anstiegen. Hervorzuheben ist, dass die mit der USPD vereinigte KPD das sozialistische Lager im gesamten Zeitraum dominierte und bei den Wahlen Ergebnisse zwischen 25 und 30% der Stimmen erreichte. Den Sozialdemokraten gelang ab Mitte der 20er Jahre wieder ein Stimmenanstieg auf ca. 15%, der zu den Wahlen 1932 wieder leicht zurückging. Ansonsten bewegten sich ihre Ergebnisse eher zwischen ca. 10 und 12% der abgegebenen Stimmen. Nach dem rapiden Rückgang der Stimmen für die DDP und dem zunehmenden Rechtsruck in Richtung von DNVP und DVP stieg der Anteil des bürgerlich-nationalen Lagers bis Ende 1924 auf zusammen knapp über 50%. 1928 standen sich DNVP, DVP und DDP sowie KPD, SPD und Rest-USPD bezeichnenderweise mit 44,3% bzw. 43,6% der Stimmen gegenüber. Das katholische Zentrum erlangte über den gesamten Zeitraum nur minimale Ergebnisse, die zur Reichstagswahl im Juli 1932 ein Maximum von 2,4% erreichten, was entsprechend der protestantischen Mehrheit in der Stadt nicht verwunderlich war. Am Vorabend der Weltwirtschaftskrise und noch vor dem anhaltenden Aufstieg der Nationalsozialisten wird an dieser Stelle besonders deutlich, wie stark und vor allem gleichmäßig mittlerweile die Polarisierung in der Stadt vorangeschritten war. Während die Ergebnisse der sozialistischen Parteien abgesehen von minimalen Schwankungen konstant blieben, ging mit dem Aufstieg der NSDAP gleichzeitig ein Verlust an Stimmen für die traditionellen bürgerlich-nationalen Parteien einher. Der Stimmenrückgang für die bürgerlichen Parteien setzte bereits zur Reichstagswahl von 1928 ein, als vor allem DDP und DNVP Stimmen auf Kosten von Splitterparteien wie der Reichspartei des deutschen Mittelstandes einbüßen mussten. Zur Reichstagswahl 1930 führte der enorme Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten die Bürgerlich-Nationalen zusammen auf knapp unter 50% und zur preußischen Landtagswahl 1932 auf bereits knapp unter 60%, wovon der Anteil der NSDAP bei 44,0% lag. Das war zugleich der höchste Stimmenanteil, den eine Partei in Halle zur Zeit der Weimarer Republik auf sich vereinen konnte (vgl. Tabelle 28).

3. Wahlen und Abstimmungen während der Weimarer Republik

Bereits eine Woche nach den Wahlen zur ersten Nationalversammlung erfolgten die Wahlen zur preußischen Landesversammlung. In Halle konnte die DDP verglichen mit der Wahl zur Nationalversammlung mit einem Anstieg auf 33,6% weitere leichte Gewinne verzeichnen, ebenso wie die DNVP, während die DVP dieses Mal unter 1% blieb. Annähernd gleich blieb

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

die Stimmenanzahl für die USPD, die Sozialdemokraten verloren noch einmal 5% (vgl. Tabelle 7).

Inmitten des 1919 auch in Halle durchgeführten Generalstreiks der Arbeiter und des von der Reichswehr initiierten Eingreifens der Truppen von General Maercker fanden schließlich am 2. März desselben Jahres die ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung nach Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts statt.¹⁹⁴ Wegen Unruhen und Schießereien auf den Straßen war im Nachhinein Einspruch gegen die Durchführung der Wahl erhoben worden, da sie an vielen Orten nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte. Die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung trat trotz des Einspruches am 7. April erstmalig zusammen, aber ein von der Versammlung bestimmter Wahlprüfungsausschuss erklärte schließlich die Wahl vom 2. März als ungültig.¹⁹⁵ Mit nur 61,0% Wahlbeteiligung fand am 27. April 1919 die nunmehr vierte Wahl des Jahres statt, bei der die USPD mit 40,7% der Stimmen führende Fraktion der Stadtverordnetenversammlung wurde. Ihr folgten die DDP mit 27,1%, die DNVP mit 10,9 und knapp dahinter die MSPD mit 9,8%, so dass sich als Resultat 33 linke und 33 „bürgerliche“ Stadtverordnete gegenüberstanden. Aufgrund des modifizierten Wahlrechts zogen erstmals sieben Frauen als Abgeordnete in die Stadtverordnetenversammlung ein, deren Anzahl sich während der Weimarer Zeit jedoch nicht erhöhte.¹⁹⁶ Schon im Vorfeld der Wahlen war deutlich geworden, dass durch die veränderten politischen Verhältnisse nun mehrere verschiedene Parteien um die einzelnen Mandate kämpften, während sich frühere Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Bürgertum abspielten (vgl. Tabelle 8).¹⁹⁷

Bei den ersten offiziellen Reichstagswahlen nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung am 6. Juni 1920 kam es auf Reichsebene zu starken Verlusten bei den drei Parteien der „Weimarer Koalition“, die ihre Mehrheit aus dem vorangegangenen Jahr nicht mehr erreichen konnten. Die Gewinner der Wahl waren in Halle wie im Reich die bürgerlichen Rechtsparteien unter DVP und DNVP. An der Spitze des bürgerlichen Lagers der Stadt kam es daher zu einem folgenreichen Wechsel. Anstelle der zuvor hoffnungsvoll agierenden DDP gewann unter den bürgerlichen Parteien die vorher bei 1,5% stehende DVP mit 18,7% an Wählerstimmen vor der DNVP mit 16,3%. Obwohl es auch für die DNVP einen Gewinn von fast 5% zu verzeichnen

¹⁹⁴ Mitglied im Freikorps Maercker war auch Reinhard Heydrich (1904-1942), der von 1919 bis 1920 dort als Melder tätig war (zugleich Freiwilliger im Freikorps Halle).

¹⁹⁵ SZ, 8.4. und 11.4.1919.

¹⁹⁶ Adressbuch für Halle an der Saale und Umgebung, unter Benutzung amtlicher Quellen, Halle 1920. Minna Binner, Hausfrau (USPD); Marie Boltze, Stadtschwester (DNVP); Hedwig Kathe (DDP), Fabrikbesitzerin; Dr. Auguste Lange, Direktorin des städtischen Wohnungsamtes (DDP); Marie Schmidt, Hausfrau (USPD); Margarete Schrecker, Gewerkschaftssekretärin (DDP); Hedwig Krüger, Schneiderin (USPD).

¹⁹⁷ SZ, 15.2.1919.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

gab, war die DVP der eigentliche Gewinner dieser Reichstagswahl. Ihr enormer Stimmenzuwachs korrespondierte rein rechnerisch mit den Stimmenverlusten der DDP, welche weit abgeschlagen nur 11,9% an Wählerstimmen erreichte, so dass deren schlechtes Abschneiden die Rechtsparteien, allen voran die DVP, stärkte. Das Ergebnis der Deutschdemokraten war für die zukünftige parteipolitische Prägung der Stadt von entscheidender Relevanz.¹⁹⁸ Insgesamt konnten DVP und DNVP verglichen mit den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 fast 24.000 Stimmen mehr mobilisieren, zudem war die Anzahl der Wahlberechtigten um mehr als 12.000 Personen angestiegen, so dass dieser Zuwachs insgesamt über 6.000 zusätzliche Wähler bescherte. Während die USPD in Halle mit 41,8% ihr bestes Ergebnis überhaupt erzielte, verlor die MSPD gegenüber 1919 knapp über 6%, während die erstmals bei einer Wahl angetretene KPD unter 1% blieb (vgl. Tabelle 9). Diese neue Konstellation unter den bürgerlichen Parteien bedeutete das Ende der linksliberalen Prägung der Stadt. Schon anderthalb Jahre nach Bildung der „Weimarer Koalition“ hatte diese vor allem durch die starken Verluste der Demokraten in der Stadt entscheidend an Einflusskraft verloren, abgesehen von einem ohnehin unbedeutenden Anteil des Zentrums. Im Verlauf der Weimarer Zeit sollte sich die DDP (ab Juli 1930: Deutsche Staatspartei) nicht mehr von diesen Verlusten erholen. Vielmehr begründete dieses Wahlergebnis den Trend des Rechtsrucks der folgenden Jahre. Unmittelbar infolge des Kapp-Putsches war es in Halle wie an zahlreichen anderen Orten zu Aufständen der Arbeiterschaft gekommen, welche die Stadt belagerten und sie für kurze Zeit in bürgerkriegsartige Zustände versetzten. Inmitten der Unruhen hatte der als Zivilkommissar eingesetzte DDP-Vorsitzende Walther Schreiber versucht, zwischen den Arbeitern und dem Militär zu vermitteln, gelangte dabei jedoch zwischen die Fronten, da sich von Seiten des Militärs nicht an die verabredeten Vereinbarungen gehalten wurde und auch die Arbeiterschaft zuvor nicht auf Vermittlungsversuche eingegangen war.¹⁹⁹ Unter den Eindrücken des Aufstandes der Arbeiter wandte sich ein großer

¹⁹⁸ SZ, 7.6.1920 (Abendausgabe). „Auf Verluste waren auch wir Deutschdemokraten gefasst, aber auf solchen Stimmenrückgang, wie ihn tatsächlich der gestrige Wahltag brachte, hatten wir unsere Befürchtungen doch nicht eingestellt. Der Liberalismus, die nationale Demokratie, erlebte in Halle gestern den schwärzesten Tag, den sie je zu verzeichnen hatte. In der alten liberalen Stadt Halle wurde die nationale Demokratie unter den bürgerlichen Parteien – das Zentrum spielt ja hier keine Rolle – auf den letzten Platz zurückgedrückt. Das ist ein Ereignis, einzig dastehend in der politischen Geschichte unserer Stadt. Worin hat das seine Ursache? [...] Die Masse der Wähler sieht nur die traurigen Zustände der Jetztzeit und macht sich nicht klar, wer denn letzten Endes diese Zustände geschaffen hat. Der Jammer unseres Vaterlandes datiert aber doch wahrhaftig nicht erst aus dem letzten und vorletzten Jahr, wo die Deutschdemokraten mit in der Regierung waren, sondern er stammt aus einer Epoche, wo einzig und allein die rechtsstehenden Parteien den bestimmten Einfluss in Reich und Stadt hatten.“

¹⁹⁹ Zu Dr. Dr. h.c. Walther Schreiber vgl. NDB 23 (2007), S. 533: geb. 10.06.1884, gest. 30.06.1958, Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie mit Abschluss Staatsexamen und Promotion, ab 1911 Rechtsanwalt in Halle bis 1925, 1914 freiwillig zum Militärdienst, 1919-1933 MdPL, 1925-1928 Fraktionschef der DDP im Preußischen Landtag, 1934-1945 Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1945 Gründungsmitglied der CDU in der SBZ, 1953-1954 Regierender Bürgermeister von Berlin.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Teil der Bürgerlichen von den Demokraten ab, da sie sich nicht mit den Zugeständnissen gegenüber der Arbeiterschaft einverstanden zeigten. War es im Vorfeld noch zu einer größeren Akzeptanz einer demokratischen Bewegung gekommen, war die Abschreckung durch die blutigen Aufstände zu groß, als dass dieser Zustand von längerer Dauer hätte sein können. Vor allem an der Person Walther Schreiber wurde die Aufregung deutlich, die aus den Ereignissen hervorgegangen war und den Wahlkampf 1920 mitprägte. Gleichzeitig war durch die Verabschiedung des Friedensvertrages von Versailles vor allem im bürgerlichen Lager der Unmut über die Ergebnisse der Versailler Verhandlungen gewachsen, was sich ebenfalls auf die Erhöhung des Stimmenanteils für die beiden bürgerlichen Rechtsparteien ausgewirkt hatte und antidemokratische Ressentiments verstärkt hervortreten ließ. Das Grunddilemma der Liberalen bestand darin, sich an der Erhaltung der Republik zu beteiligen und sich andererseits vor allem von der SPD abzugrenzen, so dass es zunehmend schwerer geworden war, die Interessen der zum großen Teil bürgerlichen Klientel zu wahren.²⁰⁰ Zudem hatte sich die DDP während des Wahlkampfes von 1920 wie auch schon ein Jahr zuvor mit den antisemitischen Äußerungen und Anschuldigungen von DVP und DNVP auseinandersetzen müssen. Ihr Versuch, sich vor den Wahlen mit DVP und DNVP zu einigen, war gescheitert.²⁰¹

Die neue Stimmenverteilung der Parteien spiegelte sich gleichzeitig auf der Ebene des Wahlkreises Merseburg und der Provinz Sachsen wider (vgl. Tabelle 9 und Tabelle 26). Die Wahlen zum preußischen Landtag und zum Provinziallandtag am 20. Februar 1921 bestätigten den Kurs, den die Wahlen von 1920 vorgezeichnet hatten. Entscheidender Unterschied war das Ergebnis der KPD, die nach der Vereinigung mit der USPD Ende 1920 nun erstmals stärkste Kraft im sozialistischen Lager wurde. Sie erreichte bei den Landtagswahlen aus dem Stand 30,8% vor der führenden bürgerlichen Partei, der DVP, mit 19,3%. In Halle erlangten beide politischen Lager zur Landtagswahl 1921 erstmals nahezu ähnliche Werte, was dadurch zustande kam, dass das sozialistische Lager verglichen mit 1920 3,4% verlor und das bürgerlich-nationale Lager 3% hinzugewann. Auch im Wahlkreis Halle-Merseburg belegte die KPD den Spitzenplatz, hier jedoch gefolgt von der DNVP mit 22,9%. Anders war die Situation auf Landesebene, wo die SPD vor der DNVP die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte (vgl. Tabellen 10 und 11).

²⁰⁰ Stang, Joachim, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918 - 1933, Düsseldorf 1993, S. 353-357.

²⁰¹ Vgl. SZ, 21.4.1920 und 7.6.1920 (Abendausgabe): „Den Hauptgewinn auf bürgerlicher Seite zieht aus dem diesmaligen Wahlkampf die Deutsche Volkspartei. Sie hat in der skrupellosesten Weise die Agitation geführt und all die Register spielen lassen, die nur irgend zu spielen waren. [...] Eine wichtige Rolle spielte im gegenwärtigen Wahlkampf die Judenfrage. Die Deutschnationale Volkspartei leistete darin allerhand, aber auch die Deutsche Volkspartei gab sich, wo ihr die Gelegenheit günstig erschien, als antisemitisch.“

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Auf Reichsebene war es im September 1922 zur Wiedervereinigung von USPD und MSPD gekommen, die trotzdem in Halle zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924 nur 10,4% der Stimmen erlangten und somit die Prozentpunkte der ehemaligen USPD einbüßten, anstatt die Sozialdemokraten zu stärken. Die KPD erreichte 27,6% und blieb weiterhin stärkste Partei der Stadt, hatte jedoch durch die Folgen der Märzkämpfe von 1921 neben dem Verlust an Mitgliedern auch 3% an Wählerstimmen gegenüber 1921 einbüßen müssen. Zudem war es der KPD 1924 wie schon 1921 nicht gelungen, so viele Wähler zu mobilisieren, wie es 1919 und 1920 noch der USPD gelungen war. Das bürgerlich-nationale Lager wurde von nun an durch die DNVP angeführt, vor der DVP, die verglichen mit 1920 mehr als 1% einbüßte, während die Deutschnationalen einen starken Zuwachs von mehr als 7% verzeichneten. Die Stimmenanteile der Demokraten halbierten sich sogar noch einmal auf 5,7%. Insgesamt konnte das bürgerliche Lager 47,5% der Wählerstimmen mobilisieren, die sozialistischen Parteien vereinten inklusive der 1,3% der Rest-USPD nur 39,3% der Stimmen auf sich. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 88,6% gelang es dem erstmals angetretenen Völkisch-Sozialen Block, einem Wahlbündnis aus völkischen und nationalsozialistischen Gruppierungen, 7,6% der Wählerstimmen für sich zu mobilisieren, was das bürgerlich-nationale Lager am rechten Rand verstärkte, welches zusammen mit den Stimmen der völkischen Parteien sogar über 50% an Stimmen erreichte. Auswirkungen auf den Stimmenanteil des Völkisch-Sozialen Blocks hatte die bedeutende Stellung des rechten Flügels des Stahlhelms in Halle, der noch im Januar desselben Jahres angab, in Halle die reichsweit mitgliederstärkste Ortsgruppe zu unterhalten, und dessen nationale, völkische und auch antisemitische Ausrichtung den völkischen Parteien entsprechende Verstärkung brachte.²⁰² Im Wahlkreis Merseburg konnten 1924 neben dem erfolgreichen Abschneiden der KPD vor allem die SPD und die DNVP verglichen mit 1920 größere Gewinne verzeichnen, Verluste gab es auch hier für die DVP sowie minimale Zugewinne für das Zentrum (vgl. Tabelle 12).

Für die am selben Tag im Mai 1924 stattgefundenen Kommunalwahlen hatten sich vor Ort die bürgerlichen Parteien und das Zentrum zum Vaterländischen Ordnungsblock zusammengeschlossen, der mit 41,7% die hallische Wahl für sich entscheiden konnte. SPD und KPD erreichten zusammen 40,4%, die Hausbesitzer 9,0% und der Völkisch-Soziale Block 6,9%. Die Parteien des Vaterländischen Ordnungsblockes besaßen daher mit 25 Sitzen die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, deren gemeinsame Listenverbindung wie angedacht gegenüber den Linksparteien dominieren konnte, die zusammen 24 Sitze erlangen. 5 Sitze gingen

²⁰² Vgl. SZ, 30.1.1924: „Die Ortsgruppe Halle, die stärkste im ganzen Reich, zählt heute 7.000 Mitglieder.“

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

außerdem an die Hausbesitzer und 4 an den Völkisch-Sozialen Block, womit das sozialistische Lager lokal betrachtet in der Minderheit war (vgl. Tabelle 13).

Am 7. Dezember 1924 waren die Bürger erneut zur Wahl des Reichstages aufgerufen, die zeitgleich mit der Wahl zum preußischen Landtag stattfand. Gegenüber den Ergebnissen vom Mai gelang den Deutschnationalen in Halle zur Reichstagswahl ein weiterer Stimmenzuwachs von 3% auf 27,3%, wodurch sie die KPD als führende Partei der Saalestadt ablösten, die wiederum auf 25,2% zurückfiel. Einen geringen Zuwachs erlangte die SPD, die auch auf Wahlkreis- und Länderebene weitere Stimmen hinzugewann. Erstmals seit den großen Verlusten der hallischen DDP von 1920 konnte die Partei wieder 3,5% Gewinne verbuchen. Bei einer gesunkenen Wahlbeteiligung von 86,6% auf 81,6% lag der Stimmenanteil für die bürgerlichen Parteien erstmalig nun bei 53,0%, gegenüber dem sozialistischen Lager bei nur 37,6%. Neben dem Anwachsen des bürgerlich-nationalen Lagers erreichte die erstmals angetretene Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 3,4% der abgegebenen Stimmen und verstärkte die Ausrichtung des nationalen Lagers weiter nach rechts (vgl. Tabelle 14 und 15).

Nachdem im ersten Wahlgang der Wahl des Nachfolgers des verstorbenen Friedrich Ebert als Reichspräsidenten am 29. März 1925 kein Kandidat die entsprechende Mehrheit auf sich vereinen konnte, musste am 26. April ein weiterer Wahlgang stattfinden. Statt der Kandidaten aus dem ersten Wahlgang hatten sich die nationalen Parteien im zweiten Wahlgang als gemeinsamen Kandidaten auf den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg geeinigt, der in Halle 58,3% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Das hallische Ergebnis lag sogar 10 Prozentpunkte über dem Ergebnis auf Reichsebene, was reichsweiten Wahlanalysen zufolge richtungweisend für eine spätere überdurchschnittliche Wahl der NSDAP sein konnte.²⁰³ Zweiter wurde mit großem Abstand Ernst Thälmann von der KPD mit 23,6%, dessen Ergebnis dennoch über 16% höher lag als der Reichsdurchschnitt. Nur 18,1% erlangte der gemeinsame Kandidat von Zentrum, DDP und SPD Wilhelm Marx, womit der Kandidat der „Weimarer Koalition“ weniger Stimmen erreichte als ihre Kandidaten des ersten Wahlgangs, was sicherlich auch auf die Festlegung eines katholischen Kandidaten im protestantischen Wählerumfeld zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 16).

²⁰³ Vgl. dazu Falter, Hitlers Wähler, S. 123ff., über den Zusammenhang zwischen der Hindenburg-Wahl 1925, dem Volksentscheid gegen den Young-Plan und den Wahlerfolgen der NSDAP im Jahr 1932. Die Wähleranalysen durch Jürgen W. Falter kommen zu dem Schluss, dass zwischen den späteren NSDAP-Hochburgen (Reichspräsidentenwahl 1932) und den Stimmen für Hindenburg im zweiten Durchgang der Reichspräsidentenwahl von 1925 eine starke Verbindung besteht, da höhere Wahlerfolge der NSDAP dort auftraten, wo unabhängig von der Sozialstruktur hohe Stimmenanteile für Hindenburg verzeichnet werden konnten.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

An der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 beteiligte sich erstmals die NSDAP, deren Stimmenanteil mit 2,5% zu diesem Zeitpunkt noch äußerst gering ausfiel. Auffällig ist verglichen mit der letzten Reichstagswahl der weitere Zuwachs an kleinen Parteien, wie der Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes) oder der Volksrechtspartei, deren Auftreten den großen bürgerlichen Parteien ab dato etliche Stimmen kostete, was wohl dafür sorgte, dass die DNVP in Halle 6,2 Prozentpunkte und im gesamten Wahlkreis sogar 8,3% verlor. Die DVP gewann leicht hinzu, während die DDP wieder auf nur 5,6% zurückfiel. KPD und SPD konnten sowohl in Halle als auch im Wahlkreis und in der Provinz Gewinne verzeichnen und auch die parallel stattgefundene Landtagswahl bestätigte diese Ergebnisse (vgl. Tabellen 18 und 19).

Anlässlich der Stadtverordnetenwahl am 29. November 1929 hatte sich wie bereits vier Jahre zuvor eine bürgerliche Einheitsliste aus DNVP, DVP, DDP, Reichspartei des deutschen Mittelstandes und Zentrum gebildet, die unter dem Namen Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft konkurrierend zu den sozialistischen Parteien auftrat. Verglichen mit den Mandaten für den Vaterländischen Ordnungsbund von 1924 gewann die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 1929 vier Mandate hinzu und verteidigte ihre kommunale Mehrheit. Die Sozialdemokraten konnten zwei Sitze hinzugewinnen, so dass die Linke zusammen mit der KPD nun einen Sitz mehr als zuvor besaß. Als neue Fraktion waren die Nationalsozialisten ins Stadtparlament eingezogen, die bei ihrem ersten kommunalpolitischen Auftritt drei Mandate gewannen und zusammen mit dem Sitz der Vereinigten Liste dieselbe Anzahl an Mandaten besaßen wie die völkischen Parteien von 1924 (vgl. Tabelle 20). Zur gleichzeitig stattgefundenen Wahl des Provinziallandtages war es nicht wie zur Stadtverordnetenwahl bzw. zu den letzten Wahlen zum Provinziallandtag zur Bildung einer gemeinsamen bürgerlichen Liste gekommen. Auffällig war ein leicht besseres Abschneiden der NSDAP verglichen mit der Stadtverordnetenwahl. Die Wahlbeteiligung der beiden Novemberwahlen war mit weniger als 70% recht gering. Bereits die Wahl zum Provinziallandtag von 1925 hatte mit nur 53,2% eine sehr geringe Wahlbeteiligung. Hingegen lag die Wahlbeteiligung zur Kommunalwahl von 1924 bei 87,8%, so dass verglichen mit 1929 ein starker Rückgang verzeichnet wurde (vgl. Tabelle 13, Tabelle 17 und Tabelle 21).

Eine zunehmend offensiver agierende NSDAP erlangte in Halle zusammen mit den nationalen Parteien zur Reichstagswahl am 14. September 1930 einen gemeinsamen Stimmenanteil von 49,1%, während SPD und KPD zusammen auf nur 38,4% kamen. Die Nationalsozialisten waren geradewegs zur stärksten Partei im nationalen Lager aufgestiegen, indem sie gegenüber 1928 einen Zuwachs von ca. 23% verzeichnen konnten, während DNVP und DVP rechnerisch gesehen auf Kosten des nationalsozialistischen Gewinns teils starke Verluste einstecken

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

mussten. Trotzdem kann ein DNVP-Stimmverlust nicht mit völliger Sicherheit als ein Wechsel ihrer Wähler zur NSDAP interpretiert werden, da es in der Regel nicht möglich ist, die Wählerwanderungen eindeutig nachzuvollziehen.²⁰⁴ Die Nationalsozialisten erreichten innerhalb kürzester Zeit mit 25,4% knapp den zweiten Platz hinter der KPD, die 25,9% erreichte. Das gute Abschneiden der NSDAP in Halle tritt umso deutlicher hervor, wenn man ihr Ergebnis mit dem der Reichsebene vergleicht. Im Wahlkreis Halle-Merseburg lag das Resultat für die Nationalsozialisten mit 20,5% bereits 5% hinter den Kommunisten und in der Provinz bei 19,64%. Mit über der Hälfte mehr Stimmen als in Halle belegte die SPD in der Provinz mit knapp über einem Viertel der Stimmen den ersten Platz. Auch auf Reichsebene erreichten die Nationalsozialisten mit 18,3% das zweitbeste Ergebnis hinter den Sozialdemokraten (vgl. Tabelle 22). Verglichen mit der Reichstagswahl von 1928 war die Wahlbeteiligung von 76,7% auf 84,3% angestiegen. Trotz einer höheren Anzahl an Wahlberechtigten konnten insgesamt nur knapp 13.000 zusätzliche Wählerstimmen verzeichnet werden, von denen wohl auch die NSDAP zu einem großen Teil profitieren konnte. Mit den hallischen Wahlergebnissen von KPD und NSDAP waren jeweils die radikalen Pole der beiden politischen Lager gestärkt worden, die sich auch als politische Gegner in der Öffentlichkeit gegenüberstanden. Durch die Kommunisten war nach ihrer Vereinigung mit der USPD im sozialistischen Lager bereits der traditionell starke linke Rand in der Region bestätigt worden. Im bürgerlich-nationalen Lager wurde mit dem Niedergang der Deutschdemokraten 1920 der rechte Rand sehr früh von der DNVP besetzt, so dass schon in der Frühphase der Weimarer Republik die äußeren Ränder innerhalb der politischen Lager dominierten.

Im Jahr 1932 wurde die hallische Bevölkerung gleich fünf Mal zur Wahlurne gerufen. Zunächst wurde am 10. April 1932 Paul von Hindenburg im zweiten Wahlgang als Reichspräsident wiedergewählt. Hatte die SPD zur Reichspräsidentenwahl von 1925 noch für Otto Braun bzw. Wilhelm Marx gestimmt, sah sie sich dieses Mal veranlasst, für die Wiederwahl Hindenburgs zu votieren, um einen reichsweiten Erfolg Hitlers zu unterbinden. Die Wählerschaft Hindenburgs von 1932 setzte sich im Gegensatz zu seiner Wählerschaft von 1925 im zweiten Wahlgang aus den bürgerlichen Parteien und dem Zentrum zusammen, wobei nicht auszuschließen ist, dass Stimmen der DNVP auch der NSDAP und ihrem Kandidaten, dem NSDAP-Vorsitzenden Adolf Hitler, zuflossen, der in Halle vor Hindenburg die höchste Anzahl an Stimmen erhielt. Dessen Zuwachs von knappen 13% im zweiten Wahlgang ist wohl auf den Kandidaturverzicht von Theodor Duesterberg, dem zweiten Bundesführer des Stahlhelms, nach dem ersten

²⁰⁴ Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann, S. 121f.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Wahlgang zurückzuführen, dessen DNVP- und Stahlhelm-Anhänger Hitler die komfortable Mehrheit ermöglichten und die gestiegene Sympathie für den Führer der NSDAP auch in den Reihen von DNVP und Stahlhelm verdeutlichten. Als Dritter erreichte Ernst Thälmann in Halle zwar nur halb so viel Stimmen wie Adolf Hitler, aber doppelt so viele Stimmen wie auf Reichsebene (vgl. Tabelle 23).

Zur Landtagswahl am 24. April 1932 konnte die NSDAP 44,0% der Wähler mobilisieren und erlangte damit die höchste Prozentzahl, die eine Partei während der Weimarer Republik in Halle jemals erreicht hatte. Weit dahinter erhielt die KPD nur 22,6% und war nun nicht mehr stärkste Partei in der Stadt. Bei der Reichstagswahl im Juli war die Konstellation dieselbe, nur dass sowohl die KPD wie auch die SPD wieder einen leichten Zugewinn verzeichnen konnten und die NSDAP knapp über 2,5% der Stimmen verlor, so dass ihr Ergebnis minimal unter dem im Wahlkreis und in der Provinz lag. Der Stimmenzuwachs, den die NSDAP verglichen mit 1930 verzeichnen konnte, ging rechnerisch gesehen besonders mit Verlusten bei der DVP sowie der Deutschen Staatspartei, aber vor allem bei der Reichspartei des deutschen Mittelstandes einher (vgl. Tabelle 24).

Zur wiederholten Reichstagswahl am 6. November 1932 verloren die Nationalsozialisten wie im ganzen Reich eine hohe Anzahl an Stimmen. Zwar waren sie in Halle mit 32,1% weiterhin die stärkste Partei, nur folgten knapp dahinter die Kommunisten mit 28,4%, die verglichen mit der Wahl im Juli fast 3% hinzugewonnen, während die Nationalsozialisten über 9% verloren hatten. Höhere Zugewinne konnte dafür die DNVP verzeichnen, deren Ergebnis sich um fast 6 Prozentpunkte verbesserte. Auch die Wahlbeteiligung war innerhalb dieses Wahljahres von 85,3% bei der Juliwahl auf 81,1% zur Novemberwahl 1932 gesunken (vgl. Tabelle 25).

3.1 Städtische Wählerhochburgen politischer Lager – eine sozialstrukturelle Analyse der Wählerschaft zweier Wahlbezirke

Anhand der Ergebnisse der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 in der Stadt Halle wurden zwei Wahlkreise ausgewählt, in denen eine hohe Stimmenanzahl für die NSDAP bzw. für die KPD vorlag. In diesen Wahlbezirken soll das Verhältnis von Wahlergebnissen und Sozialstruktur untersucht werden, um nähere Angaben zu den Wählern, d.h. deren sozialer und parteipolitischer Herkunft in den ausgewählten Straßen bzw. Bezirken, zu treffen, um festzustellen, welche Gruppen die jeweiligen politischen Lager mobilisieren konnten.

Der Aspekt der Konfessionszugehörigkeit musste bei dieser Untersuchung außer Acht gelassen werden, da hierzu keinerlei Angaben vorliegen. 90% aller Hallenser waren Protestanten, so dass

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

zumindest im bürgerlichen Wahlkreis von einer mehrheitlich protestantischen Prägung ausgegangen werden kann.

Da es im Rahmen der Arbeit nicht möglich ist, für jedes Wahljahr eine entsprechende Sozialstrukturanalyse zu machen, wurden für diese Untersuchung die Stichjahre 1920, 1925²⁰⁵, 1930 und 1932 ausgesucht. Problematisch bei einer sich von 1918 bis 1933 erstreckenden Betrachtung dieser Art ist die wechselnde Zuschneidung der Wahlbezirke während der Weimarer Zeit in Halle. In Halle gab es 1932 insgesamt 114 Wahlbezirke, wobei es sich ab Bezirk 108 um Krankenhäuser sowie Alters- und Pflegeheime handelte. Gerade in den südlichen Wahlbezirken der Stadt war es bis 1932 zu leichten Veränderungen in der Straßenzuteilung gekommen, was sich vor allem auf den Bau neuer Wohnanlagen in diesem Gebiet der Stadt zurückführen lässt, der in den 20er Jahren zunehmend voranschritt.²⁰⁶ Ab der Reichstagswahl 1928 war die Einteilung der hallischen Wahlbezirke konstant, d.h., dass die Einteilung der beiden ausgewählten Wahlkreise der von 1932 entsprach. Bei den ersten beiden Reichstagswahlen des Untersuchungszeitraums und der Wahl zum Reichspräsidenten 1925 sind die Wahlbezirke nicht völlig identisch mit den Wahlbezirken ab 1928 (aber immer noch fast gleich). Für die Sozialstrukturanalyse der Bewohner der jeweiligen Straßen hat dieser Umstand, da es sich immer um dieselben Straßen handelt, jedoch keine Auswirkungen. Bei der Analyse der Wahlergebnisse für 1920 und 1924 befinden sich die Straßen entweder in zwei unterschiedlichen Wahlbezirken (Viertel mit hohem KPD-Anteil) oder kommen in einem Wahlbezirk noch weitere Straßen hinzu (Viertel mit hohem NSDAP-Anteil), so dass für diese beiden Reichstagswahlen mit gewissen Ungenauigkeiten zu rechnen ist. Diese sind jedoch für die Abbildung des Gesamtverlaufs unvermeidbar.

3.2 Wahlen in einem „bürgerlichen“ Viertel

Der Wahlkreis 17 befand sich im heutigen Paulusviertel im Nordosten der Stadt und umfasste die Brandenburger Straße, Göbenstraße, Kurfürstenstraße, Moltkestraße, Roonstraße, Viktoria-riaplatz, Viktoriastraße und die Zeppelinstraße.²⁰⁷ Erste Pläne zur Bebauung des Viertels um den Hasenberg von 1879 wurden nicht umgesetzt, jedoch ist es nach 1890 zur Bebauung einzelner Straßenzüge des Viertels gekommen, die im Durchschnitt um die Jahrhundertwende

²⁰⁵ 1924 gab es zwei Reichstagswahlen (hier ausgewählt: 7.12.1924), jedoch fehlt im hallischen Adressbuch von 1924 der sonst vorhandene Häuserteil, der für die Sozialstrukturanalyse entscheidend ist, so dass bei der Auswahl der Stichjahre auf das Jahr 1925 zurückgegriffen wurde.

²⁰⁶ Vgl. Kapitel I zu Halle, S. 11f.

²⁰⁷ Die Brandenburger Straße ausgenommen, handelt es sich in derselben Reihenfolge heute um die Windthorststraße, Feuerbachstraße, einen Teil der Fischer-von-Erlach-Straße, Schopenhauerstraße, Thomas-Müntzer-Platz, Maxim-Gorki-Straße und Albert-Schweitzer-Straße.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

entstanden. Aufgrund der unterschiedlichen Bebauung des Gebietes, einerseits in Form mehrstöckiger Miethäuser, andererseits durch Häuser mit Vorgärten oder Villen am Fuße des Berges, war von vornherein eine Durchmischung der Bewohner vorgesehen. In zentraleren Lagen wohnten Angehörige des Bürgertums, während Straßen am Rande des Viertels von Beginn an mehrheitlich von Arbeitern bewohnt wurden bzw. Anwohner mit einem geringeren Einkommen in Hinterhäusern oder oberen Stockwerken lebten. Die deutsche Kaiserin Viktoria Augusta weihte das neu errichtete Viertel anlässlich der Einweihung der Pauluskirche auf dem Hasenberg 1903 ein. Ihr Besuch wurde insbesondere auch dazu genutzt, das neue Stadtviertel offiziell mit den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbinden, von denen es durch die Ludwig-Wucherer-Straße getrennt war.²⁰⁸

Zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 gehörten ebenso wie 1924 und 1925 neben den acht feststehenden Straßen zum Wahlkreis noch die Blumenthalstraße, Cecilienstraße, Feldstraße, Hohenzollernstraße und Scharnhorststraße, so dass den Bezirk insgesamt 13 Straßen umfassten (zunächst Wahlkreis 12).²⁰⁹ Die sich aus diesem Umstand ergebenden Ungenauigkeiten müssen in Kauf genommen werden, da man ansonsten diese Analyse nur für den reduzierten Zeitraum von 1928 bis 1932 durchführen könnte und es in diesem Zeitrahmen nicht möglich wäre, auch die frühen und mittleren Jahre der Weimarer Republik mit zu berücksichtigen. Diese Vorgabe entspricht dem Untersuchungsrahmen der gesamten Arbeit und soll sich dementsprechend auf die weiteren Ausführungen beziehen. Ausgangspunkt der Analyse war die Reichstagswahl am 31. Juli 1932, bei der die Nationalsozialisten 50,4% der Stimmen erreichten, wodurch der Wahlkreis 9% über dem Durchschnitt der Stadt lag. Mit einem weiten Abstand von über 30% folgten die Deutschnationalen mit 17,8% und weit dahinter die DVP mit 2,3%. Als zweitstärkste Partei in der Stadt erreichten die Kommunisten im vorliegenden Wahlkreis nur 1,2%, während die SPD hinter der DNVP immerhin 13,6% erlangte.

1932 bestand der Wahlkreis zu 58% aus Mitgliedern der bürgerlichen Schichten, d.h. zu 24,95% aus gehobenem Bürgertum und 33,05% aus Kleinbürgertum. Personen, die Unterschichtberufe ausübten, stellten 40,95% (zu den folgenden Ausführungen vgl. Übersicht 1). Damit hatte diese Schicht die meisten Mitglieder zu verzeichnen. Die Wohnhäuser gehörten zum großen Teil Witwen oder berufstätigen Eigentümern, die im selben Haus wohnten. Die zahlenmäßige soziale Zusammensetzung des Bezirkes in diese drei Gruppen macht die zuvor schon angedeutete

²⁰⁸ Vgl. Hauser, Andrea, Halle, S. 105ff.; Kowalski, Sandra, Bürgerliche Segregation und Stadtplanung – die Entstehung des Paulusviertels, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin/Ranft, Andreas, Geschichte der Stadt Halle, Band 2, Halle im 19. und 20. Jh., Halle 2006, S. 210f.

²⁰⁹ Adolf-von-Harnack-Straße, Herweghstraße, Feldstraße entspricht Kleist-, Zille- und Steffensstraße, Robert-Blum-Straße und Ludwig-Büchner-Straße.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Durchmischung des Viertels sehr deutlich. Im Wahlkreis 25, der die Villen und Domizile des gehobenen Bürgertums um den Kaiserplatz (heutiger Rathenauplatz) einschloss, stimmten im Juli 1932 verglichen mit dem Wahlkreis 17 zwar ebenfalls ca. 50% der Wähler für die NSDAP, jedoch votierten im Wahlkreis 25 ca. ein Viertel aller Wähler für die DNVP und doppelt so viele Wähler für die Deutsche Volkspartei als im Bezirk 17. Man könnte daher die Vermutung aufstellen, dass das gehobene Bürgertum wohl eher auch zu den „alten“ Bürgerparteien DNVP und DVP tendierte.²¹⁰

Bei Betrachtung der Sozialstruktur in den einzelnen Stichjahren lassen sich im Wahlbezirk 17 gewisse Schwankungen konstatieren, jedoch hat im Laufe der Zeit keine einschneidende Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Stimmbezirkes stattgefunden. Der Wahlbezirk lässt sich in seiner Gänze mehrheitlich als „bürgerlich“ charakterisieren, was durch die Sozialstrukturanalyse in Stichproben über den Untersuchungszeitraum bewiesen werden konnte. Verglichen mit 1920 ist der Anteil des gehobenen Bürgertums annähernd identisch geblieben, d.h. minimal um weniger als 1% zurückgegangen. Die Gruppe der Wirtschaftsbürger war 1920 und 1925 annähernd konstant, während der Wert 1930 auf 11,30% absank, bis 1932 aber wieder auf 14,50% anstieg und sogar minimal über dem Ausgangswert lag. Zu den Wirtschaftsbürgern zählten in diesem Wahlkreis neben Fabrikanten und Gutsbesitzern auch Privatiers, Direktoren und Unternehmer und Kaufmänner. Unter den Bildungsbürgern befanden sich Professoren der hallischen Universität, Privatdozenten sowie Ingenieure, Architekten und Ärzte. Deren Anteil stieg von 1920 bis 1930 von 9,84% auf 15,75% an, bis er 1932 jedoch wieder auf knapp unter 9% sank. Eine ähnliche Bewegung lässt sich für die geringe Anzahl der höheren Beamten und z.B. Bergräte feststellen.

Im Kleinbürgertum war verglichen mit dem gehobenen Bürgertum der höchste Anteil an der Gesamtzahl der Berufe mit 37,78% bereits 1925 erreicht, bevor es 1930 zu einem Rückgang auf 29,11% kam. Den größten Anteil an diesem Rückgang besaß die Untergruppe des Alten Mittelstandes mit über 7%. Deren Angehörige waren überwiegend als Handwerksmeister, d.h. beispielsweise Tischler-, Schuhmacher-, Maurer- oder Schneidermeister, oder auch Händler, z.B. als Viktualienhändler, tätig. Zum Neuen Mittelstand zählten alle Arten von Sekretären wie Postsekretär, Telegraphensekretär, Verwaltungssekretär, Bürosekretär und Kriminalsekretär und eine größere Anzahl an Assistenten, darunter Technische Assistenten, Steuerassistenten, Verwaltungs- und Zollassistenten und auch die „einfachen“ Lehrer. Bis 1932 stiegen die Werte

²¹⁰ Vgl. VB, 1.8.1932.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

des Alten und Neuen Mittelstandes an, so dass insgesamt wieder ein Wert von 33,05% erreicht wurde, der nur geringfügig unter den 34,66% von 1920 lag.

Im Gegensatz zum gehobenen Bürgertum und zum Kleinbürgertum sank der Anteil der Angehörigen der Unterschicht bereits von 1920 bis 1925 auf 31,99% und lag dadurch knapp 8% über dem Ausgangswert. Dieser wurde jedoch schon 1930 wieder erreicht und nahm bis 1932 erneut um knapp 2% zu. Es überwogen die nichtselbständigen Handwerker, wie Schlosser, Dreher, Tischler, Zimmermänner, Tapezierer, Steindrucker, Maurer, Schweißer, Schmiede etc., und Arbeiter. Ergänzt wurden sie durch Angehörige der unteren Beamten und Angestellten wie Post- und Straßenbahnschaffner sowie Angehörige häuslicher Dienstleistungen wie Wirtschaftserinnen und Invaliden. Die Unterschicht war demnach die einzige Gruppe, deren Wert sich im Verlauf der Stichjahre leicht vergrößerte, während die anderen beiden Gruppen leichte Verluste erlitten. Den meisten Zugewinn verzeichneten in der Unterschicht die Arbeiter, den größten Rückgang hingegen die unteren Beamten und unteren Angestellten. Insgesamt war die Unterschicht die einzige Gruppe des Wahlbezirkes, deren Anteil sich 1932 verglichen mit 1920 um ca. 1,5% verringert hat. Wie schon kurz erwähnt, haben sich in diesem Wahlbezirk nur minimale Veränderungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung ergeben. Die Schwankungen, die sich in der Zeitspanne von 1920 bis 1932 ergeben haben, lassen sich mit den Methoden dieser Arbeit nicht eindeutig erklären und es ist kaum möglich, den Weg (z.B. Umzug etc.) einzelner Bewohner zu rekonstruieren. Beispielsweise erlitten zwar die Bildungsbürger in hohem Maße finanzielle Rückschläge und mussten größere Stellenkürzungen hinnehmen, jedoch lassen sich diese reichsweiten Auswirkungen nur schwer mit den Ergebnissen dieses Wahlkreises in Verbindung setzen.²¹¹ Für den Zweck dieser Arbeit ist die Erkenntnis entscheidend, dass die ermittelten Daten es ermöglichen, das Wahlviertel sozialstrukturell zu bestimmen. Die nahezu konstante Sozialstruktur erlaubt es, sie – unabhängig von einschneidenden Veränderungen – mit den Wahldaten in Verbindung zu setzen.

Was lässt sich nun zu den parteipolitischen Vorlieben der Wähler des Wahlkreises aussagen (vgl. Graphik 1)? Im Wahlkreis 12 der Stadt Halle erzielten zur Reichstagswahl 1920 USPD und DNVP nahezu identische Stimmenanteile. Während die USPD als stärkste Partei des sozialistischen Lagers 26,2% erreichte, bekam die DNVP 0,4 Prozentpunkte mehr. Von 1.676 Wählern wählten 23,6% die DVP, die damit im Wahlbezirk auf den dritten Platz gelangte, gefolgt von der DDP mit 12,4%. Zweitstärkste Partei im sozialistischen Lager wurden die

²¹¹ Fattmann, Rainer, *Bildungsbürger in der Defensive: die akademische Beamtenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik*, Göttingen 2001, S. 231f.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Sozialdemokraten mit 10,6%. Weit abgeschlagen von den anderen Parteien erreichten das Zentrum und die neu konstituierte KPD 0,5 bzw. 0,1%. In den Wahlkreisen der Stadt hatte vor allem die DDP den Großteil ihrer Stimmen verloren, so auch im bürgerlich geprägten Wahlkreis im Paulusviertel, wo sie vom ersten auf den vierten Platz zurückfiel (vgl. Tabelle 30).²¹²

Unter den bürgerlich-nationalen Parteien gelang es einzig der DNVP nach der Reichstagswahl von 1920 ihren Stimmenanteil bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 noch einmal zu steigern, bis sich ihre Werte 1930 mehr als halbierten und zum Juli 1932 einen minimalen Zugewinn verzeichnen konnten. DVP und DDP hingegen erlitten über den gesamten Zeitraum hin Verluste und endeten 1932 bei 2,3 bzw. 2,1%. Der SPD gelang es über zwölf Jahre hinweg ein nahezu konstantes Ergebnis von ca. 12% zu halten und sie steigerte sich 1932 leicht auf über 13%. Während die USPD von ehemals über einem Viertel der Wählerstimmen 1920 nach vier Jahren nun nahezu die Nulllinie berührte, stieg die KPD bis 1930 auf 11,2% an und sank 1932 minimal auf 10,9%. Das Zentrum bewegte sich bei Werten um 1%. Erstmals erreichten die Nationale Freiheitspartei und die Wirtschaftspartei 1924 Werte von 6,1% bzw. 2,2%. Für Ersterer blieb es der einzige Auftritt zu einer Reichstagswahl, während sich die Wirtschaftspartei 1930 auf 5,3% verbesserte, aber 1932 nur noch 0,5% der Stimmen erhielt.

Vor allem die Reichstagswahl im Dezember 1924 demonstrierte eindrücklich die politische Verschiebung der Stimmenanteile im Wahlkreis hin zur rechten Seite. Waren DNVP, DVP und DDP 1920 zusammen auf 52,6% der Stimmen gekommen, war ihr gemeinsamer Stimmenanteil 1924 mittlerweile auf 66,4% angestiegen. Nach der Vereinigung mit der USPD konnte die KPD nur noch 9,6% der Stimmen auf sich vereinen und büßte daher den Großteil der ehemaligen USPD-Stimmen ein. Bei den bürgerlichen Parteien sank der Anteil für DDP und DVP von 12,4% und 23,6% auf 8,7% bzw. 20,6%, währenddessen die Deutschnationalen über 10% von 26,6% auf 37,1% hinzugewinnen konnten. Am rechten Rand des bürgerlichen Spektrums hatte sich die Nationale Freiheitspartei positioniert, so dass der Anteil der rechtsbürgerlichen Wähler in diesem Wahlbezirk weit über dem Durchschnitt der Stadt Halle lag, wo die DNVP zwar ebenfalls die stärkste Partei wurde, aber sowohl DNVP als auch Nationale Freiheitspartei (Nationalsozialistische Freiheitsbewegung) einen niedrigeren Stimmenanteil erreichten (vgl. Tabelle 32).

Sinnvoll scheint es, die Reichspräsidentenwahl von 1925 mit in die Betrachtung einzubeziehen, auf deren Bedeutung im Zusammenhang mit den hohen Ergebnissen für Hitler 1932 Jürgen

²¹² Vgl. SZ, 20.1.1919.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Falter in seinen Untersuchungen hingewiesen hat.²¹³ Die Ergebnisse für Paul von Hindenburg im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl lagen im Wahlkreis 12 weit über dem hallischen Durchschnitt. Mit 73,5% der Wählerstimmen erreichte er mehr Stimmen, als die bürgerlich-nationalen Kandidaten noch im ersten Wahlgang auf sich vereinen konnten. Zudem gab es verglichen mit dem ersten Wahlgang im zweiten Wahlgang einen Rückgang bei den Wählerstimmen für Wilhelm Marx als nunmehr gemeinsamen Kandidaten von SPD, DDP und Zentrum. Die Kandidatur des Zentrumspolitikers im zweiten Wahlgang hat der Weimarer Koalition in einer kaum von Katholiken bewohnten Region sicher einige Stimmen gekostet, während es dem Hindenburg-Anhängern gelang, zusätzliche Stimmen zu mobilisieren (Tabelle 34).

Die Reichstagswahl am 14. September 1930 war dominiert vom Sieg der NSDAP, die in der Stadt zwar knapp hinter die KPD vorrückte, im neu zugeschnittenen Wahlkreis 17 aber aus dem Stand 32,5% und damit knapp 7% mehr als in ganz Halle erreichte. Im sozialistischen Lager blieben die Ergebnisse konstant. Würde man das bürgerlich-nationale Lager um die Stimmen der NSDAP ergänzen, ergäbe sich ein Stimmenanteil von 64,1%. Die Konstellation von 1930 ähnelt somit der von 1924, nur dass die NSDAP inzwischen das bürgerlich-nationale Lager für sich eingenommen hatte (vgl. Tabelle 37).

Im bürgerlich-nationalen Lager ließ sich der Niedergang der DVP und der seit 1930 aus der DDP hervorgegangenen DStP zur nächsten Reichstagswahl am 31. Juli 1932 nicht aufhalten, deren Werte rapide jeweils auf 2,3 bzw. 2,1% sanken. Lediglich der DNVP gelang eine minimale Steigerung auf 17,8%. Obwohl die Ergebnisse der NSDAP in der gesamten Stadt inzwischen auf über 40% angestiegen waren, lag ihr Stimmenanteil im Wahlbezirk Nr. 17 bei 50,4%, d.h., die Partei hatte allein über die Hälfte der abgegebenen Stimmen für sich mobilisieren können. Ergänzt durch DNVP, DVP und DDP konnten im bürgerlich-nationalen Lager 72,6% und somit fast drei Viertel der Stimmen erreicht werden. Demgegenüber gelang dem sozialistischen Lager zusammen ein Zuwachs von knapp 2%, der größtenteils den Sozialdemokraten zugutekam. Die Anzahl der Wähler ist verglichen mit den Wahlen von 1930 beinahe konstant geblieben, was ebenso für die Wahlbeteiligung von 66,6% von 1930 bzw. 63,3% von 1932 galt (vgl. Tabellen 37 und 39).

Auffällig ist in diesem Wahlkreis das überdurchschnittliche Abschneiden der NSDAP, was bereits verdeutlicht, dass sich ihre Wählerschaft aus allen sozialen Schichten des Wahlkreises

²¹³ Vgl. Fußnote 202 zum Zusammenhang zwischen den späteren NSDAP-Hochburgen (Reichspräsidentenwahl 1932) und den Stimmen für Hindenburg im zweiten Durchgang der Reichspräsidentenwahl von 1925, da höhere Wahlerfolge der NSDAP 1932 dort auftraten, wo unabhängig von der Sozialstruktur 1925 hohe Stimmenanteile für Hindenburg verzeichnet werden konnten.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

gespeist haben muss. Selbst der Anteil der beiden Linksparteien von knapp einem Viertel der Wählerstimmen entsprach nicht den weitaus mehr vorhandenen Mitgliedern aus der Unterschicht, wenn man vereinfacht davon ausgehen würde, dass die Wähler der KPD und zum großen Teil auch der SPD der Unterschicht entstammten. Da man aber zumindest für die SPD auch von Wählern aus dem Bürgertum ausgehen kann und es auch unter den NSDAP-Wählern durchaus Arbeiter gegeben hat, wäre ebenso von einem hohen Anteil von NSDAP-Wählern aus der Unterschicht auszugehen. Hinsichtlich der Wähler der KPD kämen in diesem Wahlkreis zwei Szenarien infrage, wonach man einmal von einer geschlossenen Abstammung für die KPD als Abgrenzung von der bürgerlichen Mehrheit des Viertels ausgehen könnte; andererseits könnte es durch die berufliche Durchmischung im Wahlkreis auch zu einer Assimilation der Arbeiterschaft an das Bürgertum gekommen sein.

Ein Viertel aller Personen gehörte 1932 im Wahlkreis zum gehobenen Bürgertum, so dass man davon ausgehen könnte, dass ein großer Teil dieser Personen bei der Wahl im Juli 1932 für die DNVP stimmte. Auch in diesem Zusammenhang ist auf den Einfluss des Stahlhelms auf die Wählerschaft der rechtsbürgerlichen Parteien hinzuweisen, dessen Anteil vor allem bei Mitgliedern der DNVP recht hoch war, auch wenn der Stahlhelm seinen Mitgliedern im Vorfeld der Reichstagswahl von 1930 freistellte, ob sie ihre Stimme der DNVP oder der NSDAP geben. Spätestens nach dem gemeinsamen Auftreten des nationalsozialistischen Gauleiters Paul Hinkler mit Stahlhelm und DNVP beim gemeinsamen Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 könnte eine breitere Akzeptanz der NSDAP auch unter den nicht ursprünglichen NSDAP-Anhängern erfolgt sein.

Würde man also davon ausgehen, dass die Angehörigen der Unterschicht weitestgehend für die Linksparteien und die aus dem gehobenen Bürgertum ebenso für die bürgerlichen Parteien, allen voran die DNVP, stimmten, wäre noch zu fragen, für wen die Angehörigen des Alten und Neuen Mittelstandes gestimmt haben. Auch wenn nach den neuesten Untersuchungen keinesfalls von einer pauschalen Hinwendung des Mittelstandes zur NSDAP auszugehen ist, liegt man in diesem Fall sicher nicht falsch, ihren Beitrag zum hohen Stimmenaufkommen der NSDAP auch entsprechend hoch anzusetzen. Auf jeden Fall wird deutlich, dass die Nationalsozialisten im bürgerlichen Wahlbezirk ihre Wähler wohl aus allen Schichten mobilisieren konnten, vor allem auch aus der Unterschicht.

3.3 Wahlen in einem „Arbeiterviertel“

Der Wahlkreis 73 (Saalberg, Unterplan, Weingärten)²¹⁴ lag im Stadtbezirk Glaucha, einem ehemaligen Vorort der Stadt, der 1817 mit Halle vereinigt wurde und im Süden an die Innenstadt grenzte. Die im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung entstandenen neuen Wohnviertel im städtischen Süden wuchsen mit Glaucha zusammen und bildeten ein Arbeiterviertel. Die Wohnverhältnisse und die hygienischen Zustände, in denen kinderreiche Arbeiterfamilien auf engstem Raum miteinander leben mussten, waren denkbar schlecht.

Von den 1.065 Wählern des Bezirkes haben im Juli 1932 677 Personen, d.h. 63,6%, für die Kommunistische Partei gestimmt und 11,1% für die SPD. Weit hinter den Kommunisten gelangte die NSDAP mit 17,6% auf den zweiten Platz, dahinter folgten die DNVP mit 5,1%, das Zentrum mit 0,8%, die DVP mit 0,7% und mit 0,6% die Staatspartei (vgl. Tabelle 39; zu allen Wahlen vgl. Graphik 2).

Ganz im Gegensatz zum weitestgehend bürgerlich geprägten Wahlkreis an der Pauluskirche gehörten drei Viertel der Bevölkerung des Wahlkreises in Glaucha der Unterschicht an. 1920 und 1932 gehörten 74,12% bzw. 74,52% der Bewohner laut den Adressbüchern der untersten Schicht an (zu den folgenden Ausführungen vgl. Übersicht 2). Zu 1925 und 1930 veränderte sich der Anteil kaum. Nahezu gleich hoch waren über die Jahre hinweg die großen Anteile der Arbeiter und der nichtselbständigen Handwerker. Unter den Arbeitern waren auch viele Frauen und bei den nichtselbständigen Handwerkern reichte das gesamte Spektrum von Anstreichern über Buchbinder und Klempner bis hin zum Sattler und Zimmerer. Die Anzahl der Arbeiter war 1920 und 1932 fast identisch, nur 1925 lagen die Werte knapp über und 1930 knapp unter ca. 30% von 1920. Einen Anstieg von knapp 3% auf 6,77% bis zum 1932 konnte die Gruppe der nichtselbständigen Dienstleister verzeichnen, die mit großem Abstand den dritten Platz in der Kategorie Unterschicht einnahm und zu denen größtenteils Aufwärterinnen sowie Pflegerinnen zählten. Es folgten die Gruppe der Landarbeiter, Soldaten und Invaliden, von denen hauptsächlich Letztere vertreten waren, und die der unteren Beamten und Angestellten mit Post-, Straßenbahn- und Reichsbahnschaffnern sowie Aufsehern und Wächtern. Die Gruppe mit den Invaliden nahm nach Schwankungen 1932 einen leicht höheren Wert als noch 1920 ein, während die unteren Beamten und Angestellten hingegen über den Zeitraum etwas über 1% ihres Anteils verloren.

²¹⁴ Die Straßennamen des Wahlkreises haben sich bis heute nicht verändert.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Die nach der Unterschicht zweitgrößte Gruppe umfasste das Kleinbürgertum, dessen Anteil 1932 bei 19,35% lag, was verglichen mit 1920 einem Rückgang des Prozentsatzes von über 3% entsprach. Vor allem der Alte Mittelstand war in dieser Gruppe einigen Schwankungen unterworfen und stieg von 13,43% im Jahr 1920 fünf Jahre später auf 16,07% an, um dann aber wieder bis 1932 auf 11,61% zu sinken. Unter den verzeichneten Berufen des Alten Mittelstandes fällt in diesem Wahlbezirk neben den „klassischen“ Handwerksmeistern wie Drechsler- oder Schneidermeister vor allem die häufige Nennung des Fischereimeisters auf. Zusätzlich finden noch der Böttcher- und der Salzsiedemeister Erwähnung, was bei Letzterem wie beim Fischermeister sicherlich aus der Nähe zur hallischen Saline resultierte.

Ähnlich schwankend wie im Alten waren die internen Bewegungen im Neuen Mittelstand, wo es ausgehend von 9,27% 1920 fünf Jahre später zu einem Abfall um 3% kam, bis 1930 der Ausgangswert fast wieder erreicht wurde und 1932 ein Rückgang auf 7,74% zu verzeichnen war. Zu den Mitgliedern zählten unter anderem neben Technikern und Buchhaltern größtenteils Assistenten in verschiedenen Branchen.

Gering war in diesem Viertel dagegen die Anzahl der Mitglieder des gehobenen Bürgertums, welche 1932 bei 5,48% lag und sich ausgehend von 1920 um etwas mehr als 2% erhöht hatte. In dieser bereits von vornherein kleinen Gruppe waren die Wirtschaftsbürger die führende Untergruppe, deren Entwicklung parallel zur gesamten Gruppe verlaufen war und mit über 2% Zuwachs gegenüber 1920 im Jahr 1932 insgesamt 4,84% erlangte und unter denen sich beispielsweise ein Baggerunternehmer befand. Der von vornherein schon minimale Anteil der Bildungsbürger in diesem Viertel, darunter Ingenieure, hatte 1925 seinen Höchststand mit knapp über 1% erreicht und sank bis 1932 auf nur 0,32%.

Die unterschiedlichen Wohnverhältnisse der beiden Wahlkreise werden schon an den Besitzverhältnissen der Häuser deutlich. Verglichen mit dem Wahlviertel 17 gehörten die Häuser des Wahlkreises 73 anstelle von im Haus wohnenden Eigentümern zu einem größeren Teil verschiedenen Erbgemeinschaften oder der unmittelbar benachbarten Freyberg-Brauerei.

Wie schon im bürgerlichen ereigneten sich auch im Arbeiterwahlkreis keine nennenswerten Veränderungen in der beruflichen Zusammensetzung der Wählerschicht.

Zur den Reichstagswahlen im Juni 1920 und im Dezember 1924 teilten sich die drei zu untersuchenden Straßen im Gegensatz zum bürgerlichen Wahlbezirk auf zwei Wahlkreise auf, so befanden sich Saalberg und Unterplan im Wahlkreis 55 (außerdem Bäckerstraße, Glauchaer Straße Nr. 1-32 und Nr. 56 bis Ende) und die Weingärten im Wahlkreis 56 (außerdem Glauchaer Straße 33-55 und Torstraße Nr. 30-46). Die Wahlergebnisse von 1920 und 1924 machen

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

deutlich, dass der Wahlkreis 55 vor allem durch die Glauchaer Straße einen erhöhten DVP-Anteil aufwies, den man auf die höhere mittelständische Prägung der Glauchaer Straße zurückführen könnte. Der Wahlkreis 56 war mit seinen knappen 75% USPD-Stimmen von 1920 hingegen noch stärker links ausgerichtet als der Wahlkreis 55 und wies einen wesentlich geringeren Stimmenanteil für die bürgerlichen Parteien auf. Wenn im Folgenden beide Wahlkreise für die ersten Wahlen vereint betrachtet werden, erfolgt dies vor allem im Hinblick auf eine übersichtlichere Darstellung der Wahldaten und eine bessere Lesbarkeit, jedoch sollten im Hintergrund die unterschiedlichen Ergebnisse der Wahlkreise berücksichtigt werden. Um allerdings den Übergang zur Reichstagswahl von 1930 noch stärker zu verdeutlichen, wurden noch die Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 hinzugezogen, zu der der Wahlkreis bereits in der konstanten Größe bestand.

1920 lag der Anteil der Stimmen für die USPD mit 64,6% weit über dem Durchschnitt der Stadt. Nach ihrem Anschluss an die KPD sanken ihre Werte zur Reichstagswahl 1924 auf 47,3%. Zur Reichstagswahl 1928 vereinte die KPD 60,3% der Wählerstimmen auf sich und hatte 1930 mit 60,1% einen nahezu identischen Wert. Bis zur Wahl im Juli 1932 gelang den Kommunisten eine weitere Steigerung auf 63,6%. Die Stimmenanzahl der SPD erhöhte sich von 7,2% zur Wahl 1920 auf 15,6%. Auch 1928 lag ihr Anteil bei 15,9%, bevor er um über 5% auf 10,4% zur Reichstagswahl 1930 sank und sich zwei Jahre später noch einmal auf 11,1% erhöhte.

Die bürgerlichen Parteien schnitten in diesen Wahlkreisen wesentlich schlechter ab als das sozialistische Lager und bewegten sich 1920 zusammen bei ca. 25% der Wählerstimmen, wovon die DVP den meisten Anteil hatte, gefolgt von den Deutschnationalen und der DDP (vgl. Tabelle 31). Zur Wahl im Dezember 1924 lag die KPD weiterhin über dem hallischen Durchschnitt und hatte mit 47,3% bereits mehr Stimmen als die bürgerlichen Parteien zusammen, konnte aber nicht vom ehemaligen hohen Stimmenanteil der USPD profitieren. Aus der Vereinigung von USPD und KPD zog hingegen rechnerisch gesehen die SPD mit einem Zuwachs von 5% einen Nutzen. Der gemeinsame Stimmenanteil von KPD, SPD und Rest-USPD war auf 59,6% gesunken, bedeutete aber für das sozialistische Lager weiterhin die führende Position. Zugleich war es dem bürgerlich-nationalen Lager gelungen, seinen Stimmenanteil zu vergrößern. Zwar verloren die Deutschdemokraten wiederum 1%, im Gegenzug gewannen die DVP 3,6% und die DNVP 6,4% hinzu, die sich zugleich an die Spitze im bürgerlichen Lager setzte. Die bürgerkriegsähnlichen Unruhen zu Beginn der 20er Jahre hatten sowohl die Wähler- als auch die Mitgliederzahl der KPD schrumpfen lassen, die sich zwar bis 1924 wieder weitgehend

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

von den Einbrüchen erholte hatte, aber nicht mehr an frühere Erfolge der USPD anknüpfen konnte. Diese Periode stellte vor allem für die Bürgerlichen eine Phase der Mobilisierung dar, die aus den Ereignissen von 1920/1921 gestärkt hervorgingen und im Dezember 1924 zusammen 35,4% an Stimmen erzielten. Mit 1,1% war der Anteil für das Zentrum der höchste Wert, den die Partei in den Stichjahren erreichte. Das hing einerseits mit dem ohnehin geringen Anteil an Katholiken in der Stadt zusammen, andererseits war vor allem die kommunistische Arbeiterschaft meist nicht konfessionell gebunden. Während gleichzeitig im bürgerlichen Wahlkreis die Nationale Freiheitspartei 6,1% erzielen konnten, fielen ihre Erfolge im Süden der Stadt mit 1,1% verhältnismäßig gering aus. Das galt ebenfalls für die 2,0% an Wählerstimmen für die Wirtschaftspartei (vgl. Tabelle 33).

Den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 konnte der kommunistische Kandidat Ernst Thälmann mit 44,8% knapp vor dem Kandidaten des „Reichsblocks“ Paul von Hindenburg gewinnen, obwohl Thälmann verglichen mit dem ersten Wahlgang Einbußen von 4,2% hinnehmen musste. Nur 14,7% erreichte Wilhelm Marx als Kandidat der Weimarer Koalition. Noch im ersten Wahlgang am 29. März 1925 waren DDP, SPD und Zentrum jeweils mit eigenen Kandidaten angetreten, von denen der preußische Ministerpräsident Otto Braun mit 11,2% die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Die gemeinsame Kandidatur von Marx brachte den drei Parteien wie schon im anderen Wahlkreis einen leichten Stimmenrückgang ein (vgl. Tabelle 35).

Im Mai 1928 standen sich sozialistisches und bürgerlich-nationales Lager mit 76,2% bzw. 17% gegenüber, während die NSDAP zunächst nur 0,4% errang (Tabelle 36). Zur Reichstagswahl 1930 bescherte ein konstantes KPD-Ergebnis selbst bei einem leichten Rückgang an SPD-Wählerstimmen dem sozialistischen Lager ein enorm hohes Resultat. Als die NSDAP 1930 im bürgerlichen Wahlkreis 17 aus dem Stand über 30% an Wählerstimmen gewann, erzielte sie im Wahlkreis 73 „nur“ 12,6%. Neben den zunehmenden Wählerstimmen für die Splitterparteien gab es bei dieser Reichstagswahl vor allem Verluste auf Seiten des bürgerlich-nationalen Lagers. Die bürgerlichen Parteien erreichten zusammen nur noch 11,0% und lagen somit knapp hinter den Stimmen für die NSDAP, aber selbst gemeinsam konnten das bürgerlich-nationale Lager und die NSDAP nicht annähernd den Wert des sozialistischen Lagers erreichen (vgl. Tabelle 38).

Trotz weiterer Erfolge der Nationalsozialisten in den Wahlbezirken der Stadt Halle ist es der KPD gerade in der Endphase der Weimarer Republik gelungen, ihre hohen Ergebnisse weiter zu steigern. Zur Reichstagswahl im Juli 1932 konnten KPD und SPD mit Ergebnissen von

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

63,6% und 11,1% jeweils ihren Stimmenanteil im Wahlkreis 73 auf zusammen 74,7% erhöhen. Indessen sanken im bürgerlich-nationalen Lager die Werte für die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei auf unter 1%, lediglich die Deutschnationalen hielten 5,1% der Stimmen. Die Nationalsozialisten verbesserten sich noch einmal auf 17,6%, während die Stimmen für die Splitterparteien wieder abnahmen (vgl. Tabelle 40).

Es wäre äußerst spekulativ zu behaupten, dass der Anteil der Wähler von KPD und SPD 1932 mit knapp drei Viertel aller Wählerstimmen genau den 74,52% der Angehörigen der Unterschicht entsprechen würden, da in diesem Zusammenhang neben dem entscheidenden Aspekt der Wahlbeteiligung andere verschiedene Faktoren zu beachten sind und man vorschnell pauschalisieren würde. Die KPD rekrutierte ihre Wähler bekanntermaßen fast ausschließlich aus dem Bereich der Unterschicht und wurde dabei noch stärker als die SPD von industriellen Arbeitern gewählt, was vor allem in Halle und im Besonderen in diesem ausgewählten Wahlkreis deutlich wird. Die Sozialdemokraten hatten ihre Basis zum größten Teil unter den Facharbeitern und auch im Neuen Mittelstand. Vergleicht man zur Unterschicht aber die Anteile von gehobenerem Bürgertum und Kleinbürgertum in diesem Teil Glauchas, ist eher anzunehmen, dass die NSDAP ihre Wählerschaft wohl aus dem Kleinbürgertum rekrutierte, was eher die These von der NSDAP als Mittelstandspartei stützen würde oder wie Falter es formulierte: einer „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“.²¹⁵ Für den von der KPD dominierten Wahlkreis ist trotz Einschränkungen die Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber den Nationalsozialisten von hoher Bedeutung, deren vor allem auch zum Ende der Weimarer Republik konstante Anzahl an Wählerstimmen vermuten lässt, dass die NSDAP ihre Wählerschaft im Wahlkreis 73 eher nicht aus der Unterschicht speiste.

3.4 Zusammenfassung

Einzelne Gewinn-und-Verlust-Rechnungen der örtlichen Parteien können nur schwer aufzeigen, wie genau Wählerwanderungen zwischen einzelnen Parteien oder einzelnen Lagern ausgesehen haben, da es anhand der Quellenlage nicht möglich ist, mehr über das Wahlverhalten der Bevölkerung zu erfahren als anhand des vorhandenen Wahlmaterials. Die sozialstrukturelle Untersuchung der beiden ausgewählten Wahlkreise sollte nachweisen, welche sozialen Gruppen die jeweiligen politischen Lager mobilisieren konnten, und das Wahlverhalten nach

²¹⁵ Falter, Hitlers Wähler, S. 371.

I. Die Stadt Halle als Untersuchungsort

Verschiebungen und Verfestigungen untersuchen sowie eventuelle Veränderungen in der Sozialstruktur der Wahlbezirke mit den Wahlergebnissen in Beziehung setzen.

Zusammenfassend hat es in keinem der beiden Wahlkreise über den gewählten Zeitraum eine entscheidende Veränderung der sozialen Profile der Wählerschaft gegeben, die eventuelle Rückschlüsse auf eine Veränderung der Wählerschaft der einzelnen Parteien zuließen. Die Viertel lassen sich vielmehr über den gesamten Zeitraum als bürgerlich bzw. proletarisch geprägter Wahlkreis charakterisieren. Es muss demnach neben den klassischen Sozialstrukturmerkmalen und unter Berücksichtigung des konfessionellen Faktors noch andere Einflüsse auf das teilweise veränderte Wahlverhalten gegeben haben. Gerade regionale Untersuchungen können aufzeigen, dass auch andere Faktoren wie z.B. Wählertradition und Bindungen einen Einfluss auf das Abschneiden der politischen Parteien haben.²¹⁶ Die in diesem Zusammenhang von Karl Rohe geäußerte Kritik an der historischen Wahlforschung bezog sich auf deren alleinige Abhängigkeit von der Sozial- und Konfessionsstruktur, denn Personen mit gleichen Sozialstrukturmerkmalen haben Untersuchungen zufolge nicht überall dasselbe gewählt, was wiederum Anlass zu einzelnen Regionalforschungen gegeben hat.²¹⁷

Das hallische Parteisystem war bis 1933 vielerorts gerade im bürgerlich-nationalen Lager teilweise von ziemlichen Instabilitäten gekennzeichnet. Würde man wie im Vorfeld getan von bestimmten Prämissen ausgehen, so ließe sich vermuten, dass die NSDAP in den untersuchten Wahlkreisen ihren Haupterfolg hauptsächlich im Kleinbürgertum hatte sowie Stimmenzuwächse aus den anderen Schichten erlangte. Auch wenn man für Halle sicherlich von einer weitestgehend resistenten sozialistischen Arbeiterschaft ausgehen kann, lässt sich für keine Gruppe eine „Immunität“ gegenüber der NSDAP nachweisen.²¹⁸ Theoretisch ist immer davon auszugehen ist, dass die NSDAP Teile ihrer Stimmen aus anderen Schichten rekrutierte.²¹⁹ Die Anhängerschaft der Nationalsozialisten besaß „kein ausgeprägtes sozialstrukturelles Wählerprofil“²²⁰, es lässt sich aber eine Hinwendung der städtischen selbständigen Mittelschicht zur Partei hin erkennen. Der NSDAP gelang es von 1930 bis zur Juliwahl 1932 verbreitet in allen Schichten Zuwachs zu erhalten.²²¹ Indem in diesem Kapitel einmal ein Bezirk mit einem hohen

²¹⁶ Vgl. Winkler, Sozialstruktur, S. 435.

²¹⁷ Vgl. Ebd., S. 40f. Für Halle trifft aber der Grundsatz zu, dass in stark protestantisch geprägten Gebieten der Anteil an NSDAP-Wählern weit höher lag als in katholisch geprägten Regionen. Vgl. dazu Falter, Hitlers Wähler, S. 169ff.

²¹⁸ Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 114ff.

²¹⁹ Vgl. dazu beispielsweise das Mitgliederprofil der SA von 1931 in Halle: 60% Industriearbeiter, 20% Handwerker und Handwerkerlehrlinge, 15% kaufmännische Angestellte und Lehrlinge (LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 1155, Bl. 20).

²²⁰ Hänisch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe, S. 177.

²²¹ Vgl. ebd., S. 182.

NSDAP-Anteil und einmal einer mit einem hohen KDP-Anteil ausgewählt wurden, ist vor allem auf die beiden politischen Extreme der Stadt eingegangen worden. Für Halle ist gerade diese Konstellation der radikalen Ausrichtung der jeweils äußeren Flügel der politischen Lager hervorzuheben. Der Umstand, dass Halle für die NSDAP schon 1930 eine Hochburg war, ist zudem auf die Ausgangssituation zurückzuführen, wonach vor Ort starke Wehrverbände wie der Stahlhelm und der Wehrwolf durchgehend wichtige Zentren besaßen.

Nachfolgende Kapitel werden jetzt versuchen, die städtischen Veränderungen im Wahlverhalten anhand der lokalen Situation vor Ort nachzuweisen, und detailliert den Einflüssen nachgehen, die auf die politischen Lager der Stadt einwirkten.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

*„In mein' Verein bin ich hineingetreten, weil mich ein alter
Freund darum gebeten, ich war allein
Jetzt bin ich Mitglied, Kamerad, Kollege – das kleine Band,
das ich ins Knopfloch lege, ist der Verein.*

*Wir haben einen Vorstandspräsidenten und einen Kassens-
wart und Referenten und obendrein
den mächtigen Krach der oppositionellen Minorität, doch
die wird glatt zerschellen in mein' Verein [...]*

*Da draußen bin ich nur ein armes Luder. Hier bin ich ich –
und Mann und Bundesbruder in vollen Reihn [...]
Doch wenn sie mich als Mitglied so beleidigen ...! Dann
steigt mein deutscher Gruppenstolz! Hoch Stolze-Schrey!
Freiheit! Gut Holz! Hier lebe ich. Und will auch einst begraben
sein in mein' Verein.“²²²*

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Der hallische Schulrat Friedrich Busse (geb. 17.2. 1874, gest. 1944) steht exemplarisch für die Verknüpfung einzelner Ämter in der Stadt und repräsentiert eine Form des städtischen Beziehungsgeflechts, das sich durch das Auftreten städtischer Honoratioren als Bindeglieder zwischen einzelnen Vereinen und verschiedenen bürgerlichen Gruppen der Stadt ausdrücken konnte. Busse war ab 1919 als Mitglied der DNVP hallischer Stadtverordneter und wurde nach der Kommunalwahl von 1924 zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Zugleich war er Vorsitzender des Ortsvereins der DNVP und aktives Mitglied im Stahlhelm. 1928 kandidierte er zudem als Reichstagskandidat für die Deutschnationalen. Seine Vereinsmitgliedschaften umfassten neben dem Halleschen Schützenbund und dem Hallischer Bürgerverein, den Halleschen Turn- und Sportverein, dessen erster Vorsitzender er bis Januar 1928 war. 1929 stand er als zweiter Vorsitzender dem Unterausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan vor. In seiner Funktion als Kreisschulrat trat Busse 1930 aus Altersgründen zurück, blieb aber bis 1933 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Im Juli 1933 erklärte er im Namen der Fraktion der Deutschnationalen Front deren Selbstauflösung und ersuchte die Aufnahme als Hospitanten in der NSDAP, denn „Ihr Führer Adolf Hitler ist auch unser Führer und wir versprechen ihm getreue Gefolgschaft zum Wohle unserer Stadt Halle, zum Wohle unseres Vaterlandes, Heil Hitler!“²²³ Die Denkschrift der staatlichen Polizeiverwaltung von 1932 führt Friedrich Busse auf einer Liste der führenden Persönlichkeiten.

²²² Tucholsky, Kurt, Das Mitglied, in: Keel, Daniel/Stephan, Winfried, Das Tucholsky-Lesebuch, Zürich 2007, S. 139f.: Literarisch kritisch thematisierte Kurt Tucholsky im angeführten Gedicht „Das Mitglied“ von 1926 das Vereinswesen der Weimarer Zeit und dessen scheinbar ambivalenten Auswirkungen auf das einzelne Individuum. Er nimmt dabei Bezug auf die Rolle eines Vereins, der aus einem „normalen Menschen“ ein Vereinsmitglied macht, welches sich zukünftig über die Zugehörigkeit zu diesem Verein identifiziert und sich daher auch von Nichtmitgliedern abgrenzt, da er als Mitglied inzwischen auf die anderen herabsieht.

²²³ SZ, 7.7.1933.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Darunter finden sich auch die Namen von Fritz Kloppe, Bundesvorsitzender des Wehrwolfs, Max Jüttner, Führer der Ortsgruppe des Stahlhelms, Rudolf Jordan, Gauleiter der NSDAP, Reinhold Drescher, Bezirkssekretär des Bezirks Halle-Merseburg der SPD, Konrad Schaumburg, Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD, Paul Suhr, Bezirkssekretär der KPD Halle-Merseburg, Karl Voretzsch, Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland und führende deutschnationale Persönlichkeit, sowie Fritz Hoffmann, Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes Halle-Saalkreis.²²⁴ Auch an Letzterem ließe sich beispielsweise ein vielfaches Engagement in städtischen Vereinen und Verbänden nachweisen. Kaufmann Fritz Hoffmann war neben seinem Amt im Kreiskriegerverband auch zweiter Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände, bis 1928 DVP-Mitglied, danach Mitglied der DNVP und ab 1924 Stadtverordneter der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Im Unterausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan gehörten er wie auch Friedrich Busse dem Vorstand an.²²⁵

Lokale politische Führung und Vorstandspositionen in den Vereinen und Verbänden der Stadt verbanden sich vielfach, so dass Verknüpfungen dieser Art für beide Lager analysiert werden sollen und eine Dominanz vereinzelter Gruppen in den jeweiligen Lagern bestimmt werden kann.

1. Basis des lokalen Zusammenhalts: Beziehungsgeflechte im städtischen Vereins- und Verbandsnetz

1.1 Das hallische Vereinswesen

Heutzutage ist unsere moderne Gesellschaft ohne das vielfältige regionale und überregionale Vereinswesen nicht mehr denkbar. Die Entstehung von Vereinen war zur Zeit ihrer Bildung ein besonderer Ausdruck an Modernität, da sie für die Entstehung „neuer Interessen und Bedürfnisse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“ standen.²²⁶ Wichtige Motive für den Zusammenschluss von Personen in Vereinen waren die Geselligkeit und die Möglichkeit, eine umfassende Bildung zu erlangen, welche man sich durch die neu entstandenen Vereinsbildungen erhoffte. Daher waren viele Vereine gemeinwohlorientiert und verfolgten das Ziel, der Kunst und Wissenschaft „zu dienen“.²²⁷ Was Nipperdey in seinen Ausführungen zu den Ursprüngen des Vereinswesens vor allem herausstellte, ist „der Prozeß der Individualisierung“, in dem sich der

²²⁴ Vgl. LHASA MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1102, Bl. 35ff.

²²⁵ Vgl. SZ, 5.8.1929.

²²⁶ Dann, Otto, Vereinsbildung in Deutschland in historischer Perspektive, in: Heinrich Best (Hg.), Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation, Bonn 1993, S. 122.

²²⁷ Nipperdey, Thomas, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Modernisierung I, in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, S. 177f.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Mensch des 17./18. Jahrhunderts zunehmend aus seinen traditionellen Bindungen löste, um frei zu entscheiden.²²⁸ Mit der Gründung der ersten Loge im Jahre 1773 in Hamburg war für das aufstrebende Bürgertum die Möglichkeit einer breiten Kommunikation gegeben. Zumal es dort mit Mitgliedern des Adels zusammentraf, mit denen man sich austauschen konnte.²²⁹ Somit wurde ein statusübergreifender Prozess deutlich, da es sich zu diesem Zeitpunkt bei Bürgertum und Adel um voneinander getrennte Stände handelte. Inzwischen war es möglich geworden, dass sich prinzipiell jeder Einzelne freiwillig für einen neuen Vereinstyp entscheiden konnte. Waren anfangs eher weniger spezialisierte Typen von Vereinen vorherrschend, so ging die Tendenz erst später in die Richtung der spezialisierten Vereine. Hinzu kam die Beteiligung an öffentlichen, städtischen und staatlichen Vorhaben und die Gelegenheit zu gemeinsamen Diskussionen.²³⁰

Spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden vielfältige Arten von Vereinen, die mehrere Schichten erfassten. Dazu gehörten sogenannte Massenvereine, wie Turn- und Männergesang- und Schützenvereine, aber auch die Gruppe der Frauenvereine. Es folgten Arbeitervereine, Verbände der Wirtschaft und politische Interessenvereine.²³¹ Unbestritten lässt sich die Entwicklung des Vereinswesens nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Situation der Zeit betrachten. Die Industrialisierung, das Entstehen moderner Verwaltungsstaaten und die Fortschritte in Bildung, Kultur und Wissenschaft waren Ausdruck der neuen Entwicklungen.²³²

Der französische Theoretiker Tocqueville befasste sich in seinem Bericht „Über die Demokratie in Amerika“ eingehend mit der Bedeutung von Vereinen, wobei er den geselligen Zusammenschlüssen gegenüber den politischen den Vorrang gab: „In den demokratischen Ländern ist die Lehre von den Vereinigungen die Grundwissenschaft; von deren Fortschritten hängt der Fortschritt aller anderen ab. Unter den Gesetzen, denen die menschlichen Gesellschaften unterstehen, gibt es eines, das genauer und klarer erscheint als alle andern. Damit die Menschen gesittet bleiben oder es werden, muss sich unter ihnen die Kunst der Vereinigung in dem Grade entwickeln und vervollkommen, wie die gesellschaftlichen Bedingungen sich ausgleichen.“²³³ Im Vereinswesen sah er eine entscheidende Grundlage für das Zusammenleben der Menschen auf

²²⁸ Ebd., S. 180ff.

²²⁹ Vgl. Heinz Sahner, Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft, in: Heinrich Best (Hg.), Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation, Bonn 1993, S. 14f.

²³⁰ Vgl. ebd., S. 19f.

²³¹ Vgl. Dann, Vereinsbildung, S. 137f.

²³² Dann, Vereinsbildung, S. 123f. Zur Entwicklung des Vereinswesens im 19. Jahrhundert vgl. Tenfelde, Klaus, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873), in: Otto Dann (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55-114.

²³³ Tocqueville, Alexis de, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985, S. 253.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

demokratischer Basis, weshalb ihm gerade der Aspekt der Geselligkeit ein bedeutendes Kriterium darstellte.

Gerade im Kontext der Forschung zur Weimarer Republik ist die Verbindung zwischen Partizipation und demokratischen System diskutiert wurden, besteht doch laut Sheri Berman Zweifel daran, eine ausschließlich positive Verbindung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und demokratischem Verständnis zu ziehen. Vielmehr konnten Vereine in der Weimarer Zeit ein begünstigendes Element für den Aufstieg der Nationalsozialisten darstellen, indem gemeinsame Partizipation bei gleichzeitiger Abgrenzung nicht zugleich mit einem positiven Verhältnis, einer Integration, bezüglich des politischen Systems einherging.²³⁴

Max Webers kritischer Ausspruch zum Menschen der damaligen Zeit, der „unzweifelhaft neben vielem anderen ein Vereinsmensch in einem fürchterlichen, nie geahnten Maße war“, verdeutlicht den immensen Zuwachs an Vereinen vor dem Ersten Weltkrieg, der signifikant in den Adressbüchern sichtbar wurde.²³⁵ Zweifel äußerte Weber dahingehend, dass dieser Anstieg auch für die Qualität innerhalb der Assoziationen stünde. Vielmehr stellte er sich die Frage, wie das Vereinswesen in seiner damaligen Form einmal auf das Individuum selbst bzw. darüber hinaus einwirkte. Um sich mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Vereinswesens auseinanderzusetzen, entwickelte Weber ein Untersuchungsschema zur Wirkung der Vereine, das Fragen zur Struktur der Mitglieder, zur Innen- und Außenwirkung der Vereine sowie über die von den Vereinen „propagierten Inhalte“ enthielt.²³⁶

Als „Idealmodell bürgerlicher Basisdemokratie“ bezeichnete Manfred Hettling das Zusammenkommen der Bürger in den Vereinen mit der Durchführung von Vorstandswahlen und Diskussionsrunden unter Einbringung der individuellen Eigenschaften jeder beteiligten Person.²³⁷ Obwohl primär keine politischen Inhalte auf der Agenda der Vereine standen, waren Vereine daher auch ein „Raum der Ersatzpolitik“ geworden. Spätestens durch die Entstehung von Interessenverbänden und Berufsvereinen bekamen Vereine auch einen öffentlichen Charakter. Ergänzend entstanden Vereine, die sich in der Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft positionierten, wie

²³⁴ Vgl. Berman, Sheri, *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*, in: *World Politics*, Vol. 49, No. 3 (April 1997), S. 401-429.

²³⁵ Weber, Max, Rede auf dem ersten Soziologentag in Frankfurt 1910, in: *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, Tübingen 1988, S. 442. Vgl. Berman, Sheri, *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*, in: *World Politics*, Vol. 49, No. 3 (April 1997), S. 401-429.

²³⁶ Weber, Rede, S. 442-447. Vgl. Arbeiten, die sich an diesem Schema orientieren: Hettling, *Politische Bürgerlichkeit*; Hoffmann, Stefan-Ludwig, *Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914*, Göttingen 2003.

²³⁷ Hettling, *Politische Bürgerlichkeit*, S. 199.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

die späteren Gewerbevereine. Diese Politisierung des Vereinswesens hatte vielen Kreisen eine erste Möglichkeit gegeben, sich mit ihren Interessen einzubringen.²³⁸

Nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte zum Teil ein explosionsartiger Anwuchs des Vereinswesens in verschiedenen Vereinstypen, wie den Turn- und Sportvereinen, aber vor allem auch bei den Kriegervereinen. Ferner entstanden vermehrt Wohltätigkeitsvereine sowie Vereine der Arbeiterbewegung, was sich auf die veränderten wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen nach dem Ersten Weltkrieg zurückführen lässt.²³⁹

Wenn man davon ausgeht, dass beim Prozess der Lagerbildung nicht nur politische Wahlbündnisse, sondern auch eine kulturelle Basis eine Rolle spielten, dann ist festzustellen, dass die Unterscheidung zwischen sozialistischem und bürgerlich-nationalem Lager auch auf der Ebene des Vereinswesens stattfand. Während sich Sozialdemokraten eher in Gewerkschaften und Arbeitervereinen (Arbeiterbildungsverein, Arbeitersängerchor etc.) engagierten, organisierten sich Liberale und Konservative in den bürgerlichen Vereinen der Stadt. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es reichsweit zu einer entscheidenden Entwicklung des Vereinswesens gekommen. Die noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstandenen eher allgemeinen Zusammenschlüsse wie z.B. Geselligkeitsvereine erfuhren eine zunehmende Ausdifferenzierung, welche vor allem auch durch die fortschreitende Industrialisierung vorangetrieben wurde. Dominierten in den frühen Vereinen noch Bildungsbürger, nahm mit der Zeit die Anzahl von Wirtschaftsbürgern unter den Vereinsmitgliedern zu, wobei es sich fast ausschließlich um männliche Zusammenkünfte handelte und Mitgliedschaften von Frauen eher im Bereich der gemeinnützigen Vereine zu finden waren, wie beispielsweise im 1886 gegründeten Vaterländischen Frauenverein.

Für Halle hat Watermann in seiner Studie zu den Bürgerlichen Netzwerken für die Kaiserzeit gezeigt, dass in den Reihen der Vereinsvorständen das höhere Bürgertum überproportional vertreten war, das galt ebenso für politischen Aktiven auf den Vorstandsposten, den Wahlmännern und den Stadtverordneten, wobei letztere eine höhere Anzahl an Vorstandsposten innehatten. In diesem Zusammenhang wurde der Einfluss von Interessengruppen, bspw. wohltätiger, in die Kommunalpolitik hineingetragen. In seiner Analyse der Vereinsvorstände kann Watermann keine separierten Milieus von Liberalen bzw. Konservativen ausmachen, die jedoch vielfach gemeinsam in Vorständen vertreten waren. Soziale und wohltätige Vereine bildeten mit ihren gemeinsamen Netzwerken den „Kitt des Bürgertums“. Trotzdem waren sie darüber hinaus in

²³⁸ Nipperdey, Verein als soziale Struktur, S. 195ff.

²³⁹ Birk, Gerhard, Versuch einer Typologisierung des bürgerlichen Vereinswesens der Stadt Magdeburg im Jahre 1925, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 46/1984, S. 4-42.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

unterschiedlichen Vereinsarten präsent, so die Liberalen in sozialen, Freizeit, politischen Vereinen und die Konservativen in religiösen und Kriegervereinen. In letzteren lässt sich zudem beobachten, dass Angehörige der Unterschicht dort die größten Zugangschancen besaßen.²⁴⁰

Im Vereinsteil der hallischen Adressbücher von 1920, 1924 und 1932 sind für die dort aufgelisteten Vereine jeweils 32, 30 und 33 verschiedene Untergruppen gebildet worden, in denen die Vereine registriert wurden. (vgl. Tabelle 45). Bis auf wenige Ausnahmen waren die Untergruppen der drei Stichjahre konstant. 1920 existierten noch Lotterievereine und Rauchklubs, 1920 und 1924 bestanden Kredit- und Darlehensvereine und 1932 kamen die Untergruppen der Feuerbestattungs-, Kriegsbeschädigten-, Mieter- sowie und Radio- und Rundfunkvereine hinzu. Mit Ausnahme der Feuerbestattungsvereine waren die anderen Gruppen 1920 und 1924 noch nicht vertreten gewesen. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Zahl der Vereine zunächst zurückgegangen und sank bis Mitte der 20er Jahre noch weiter; Anfang der 30er Jahre kam es dann aber wieder zu einem Anstieg, der jedoch nicht das Ausmaß an Vereinsaktivität der Vorkriegszeit erreichte. Führte das Vereinsregister von 1920 noch 713 Vereine auf, waren es 1924 nur noch 527, welche bis 1932 wieder auf insgesamt 802 Vereine anstiegen. 1913 existierten in Halle bereits 847 Vereine. Von 1874 an war die Anzahl an Vereinen um das Elffache angestiegen. Mit 243 (28,7%) Vereinen gehörte die Mehrzahl zur Gruppe der wirtschaftlichen Vereine, gefolgt von 203 (24%) sogenannten Freizeitvereinen. An dritter Stelle rangierten 103 (12,2%) kulturelle Vereine, gefolgt von religiösen Vereinen.²⁴¹ An dieser Stelle soll nicht auf alle zahlenmäßigen Veränderungen der Vereinstypen eingegangen werden, sondern sich auf die Typen mit den höheren Vereinszahlen beschränkt und auf andere nur zusammenfassend eingegangen werden.

In der Gruppe der Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie waren über den ganzen Zeitraum der Untersuchung die höchsten Zahlenwerte aufgetreten. Erst mit großem Abstand folgten die nächsten Vereinstypen. 1920 gehörten immer noch 181 (25,4%) Vereine zu dieser für die Stadt bedeutenden Vereinsgruppe. 1924 war die Anzahl bis auf 112 (21,3%) Vereine gesunken und 1932 wieder auf 174 (17,6%) angestiegen. Der beispielsweise auch zu dieser Gruppe zählende Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHSV) hatte sich zwar ursprünglich parteipolitischer Neutralität verpflichtet, war aber durch seine Mitglieder in den verschiedenen nationalen und völkischen Parteien des Reiches vertreten und hatte seit seiner Gründung 1893 in Hamburg eine eindeutig antisemitische Grundhaltung eingenommen. Verbunden mit einer

²⁴⁰ Watermann, Daniel, Bürgerliche Netzwerke. Städtisches Vereinswesen als soziale Struktur – Halle im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 2017, S. 278ff, S. 298ff.

²⁴¹ Watermann 2017, S. 139 ff.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

antisozialistischen Ausrichtung stand der Verband von Beginn der Weimarer Zeit an auf der Seite der Gegner der parlamentarischen Demokratie.²⁴² Im Oktober/November 1928 waren in der hallischen Ortsgruppe des DHV 2.515 Mitglieder eingetragen, von denen sich ca. ein Fünftel aktiv am Verbandsleben beteiligte, d.h. Versammlungen, Vorträge und Kurse besuchte. Durchschnittlich 32 Personen bis 20 Jahre, 125 bis 30 Jahre und 54 über 30 Jahre besuchten Versammlungen und Vorträgen, was 8,3% der Mitgliederstärke ausmachte. Durchschnittlich 145 Personen bis 20 Jahre, 164 bis 30 Jahre und 49 über 30 Jahre nahmen an Kursen und Zirkeln teil, d.h. 14,2% der gesamten Mitglieder.²⁴³ Anfang 1929 hatte die hallische Ortsgruppe die Mitgliederzahl von 3.000 bereits überschritten.²⁴⁴

Mehr als verdoppelt hatte sich von 1924 auf 1932 die Zahl der Frauenvereine. Nach einem Rückgang von 1920 bis 1924 von 19 (2,7%) auf 15 (2,8%) Vereine waren 1932 in diesem Sektor 33 (4,1%) Vereine aufgelistet. Darunter waren der Vaterländische Frauenverein und der Hallische Hausfrauenbund, die beide zu den Unterstützern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan zählten. Ersterer hatte „Gottesfurcht, Vaterlandstreue und Nächstenliebe“ als seine Hauptgrundsätze beschrieben und war „ohne Rücksicht auf Bekenntnis und Parteistellung“ unterstützend für „Volk und Heer“ tätig.²⁴⁵ Ihm gehörten ausschließlich Angehörige des gehobenen Bürgertums sowie Mitglieder des bürgerlich-nationalen Lagers an, darunter Parteianghörige der DDP (wie Justizrat Dr. Friedrich Keil), DVP (wie Stadtmedizinalrat Dr. Walter Schnell) und DNVP (wie Kreisarzt Dr. Gustav Bundt). Unter den Vorstandsmitgliedern des Hallischen Hausfrauenbundes, der sich 1928 korporativ dem Hallischen Bürgerverein anschloss, war die DNVP-Stadtverordnete Dr. Klara Mampel.

Der zahlenmäßig größte Zuwachs an Vereinen lässt sich in der Gruppe der Kriegervereine ausmachen. 1932 war der Vereinstyp 73-mal (9,1%) in der Stadt vertreten. 1920 waren in Halle 36 (5,0%) Kriegervereine aktiv gewesen, deren Anzahl 1924 auf 29 (5,5%) gesunken war. Dazu lässt sich jedoch anmerken, dass man an dieser Stelle noch die dem Kriegerverband des Saal- und Stadtkreises Halle unter Fritz Hoffmann zugeordneten Vereine hinzuzählen muss. Die Kriegervereine waren nach der Reichsgründung und dem Deutsch-Französischen Krieg aus ehemaligen Kriegsveteranen vermehrt entstanden und hatten bereits im Kaiserreich einen

²⁴² Vgl. Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt 1967, S. 34f.

²⁴³ Vgl. Mitteldeutsche Kaufmannspost, Zeitschrift für die kaufmännischen Angestellten in Handel und Industrie – Mitteldeutschlands Monatsschrift des Gauess Mitteldeutschland im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, 1929, Nr. 4/5.

²⁴⁴ Vgl. ebd., 1929, Nr. 2.

²⁴⁵ Jahresbericht Vaterländischer Frauen-Zweigverein vom Roten Kreuz, Halle (gegr. 1868), Jahresbericht für 1928, S. 50.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

enormen Zuwachs erfahren. Sie dienten ihren Anhängern als Ort des Erinnerns und der Aufrechterhaltung eines Nationalbewusstseins und standen zudem für die Unterstützung in Not geratener Mitglieder und deren Angehöriger ein. War es anfangs durchaus möglich gewesen, dass auch Sozialdemokraten unter den Mitgliedern waren, so mobilisierten die Kriegervereine spätestens um die Jahrhundertwende reichsweit gegen die politischen Gegner und für die Unvereinbarkeit zwischen Kriegervereinen und sozialdemokratischer Gesinnung.²⁴⁶ Der beispielsweise erst in der Weimarer Zeit gegründete „Kriegerverein ehemaliger Angehörige der Schutztruppen General Maercker“ stellte in seiner Satzung die „Liebe und Treue zum deutschen Vaterland“ in den Mittelpunkt und betonte zugleich die Notwendigkeit des Erinnerns an die Kriegs- und Soldatenzeit.²⁴⁷ Die Aktivität dieses Vereinstypus zeigte sich vor allem in seinem öffentlichen Auftreten. Ein Teil der Gedenktage, zu denen die Kriegervereine schon im Kaiserreich offizielle Feiern veranstalteten, gehörte auch in den 20er Jahren zum regelmäßigen Festprogramm aller örtlichen Kriegervereine. Feiern am Sedantag, an dem Tag von Tannenberg und zur Reichsgründung waren traditionelle Feiertage der Kriegervereine, hinzu kamen eigene Stiftungsfeste, Fahnenweihen etc. Das Engagement des hallischen Kriegerverbandes bezog sich daneben auch verstärkt auf Aufgaben der Unterstützung von Kriegs- und Dienstbeschädigten sowie Hinterbliebenen des Weltkrieges.²⁴⁸ 1925 waren im Verband des Regierungsbezirkes Merseburg 16 Kreis-Kriegerverbände mit ca. 50.000 Mitgliedern vereinigt, denen laut Satzungen eine parteipolitische Betätigung zwar verboten war, für die „jedoch eine klare, unzweideutige Stellungnahme in allen nationalen staatspolitischen Fragen angenommen werden muß“.²⁴⁹ Anfang 1926 zählte der Kriegerverband des Saal- und Stadtkreises 10.241 Mitglieder, gegenüber 9.000 des Vorjahres sowie sieben Kriegervereine mit Jugendgruppen von zusammen ca. 230 Mitgliedern. Noch 1922 betrug die Mitgliederzahl im Kriegerverband 6.754 bei 83 Vereinen, sank aber zum 1. Januar 1930 auf eine Mitgliederzahl 9.791 Personen.²⁵⁰

Es ist in diesem Kontext von Bedeutung, dass in Halle durch die Präsenz des Stahlhelms das öffentliche Erscheinungsbild sowie die Mitgliederzahlen der lokalen Kriegervereine nicht geschmälert wurden, der Stahlhelm als Verband aber eine weit größere Ausstrahlungskraft besaß.

²⁴⁶ Vgl. allgemein zu Kriegervereinen Düding, Dieter, Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft, in: Dülffer, Jost/Holl, Karl (Hg.), Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen, S. 99-121; Rohkrämer, Thomas, Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, München 1990; Elliott, Christopher James, The Kriegervereine in the Weimar Republic, in: Journal of Contemporary History, Vol. 10, Nr. 1 (1975), S. 109-129.

²⁴⁷ LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 1347, Bl. 5: Kriegerverein eh. Angehörige der Schutztruppen „General Maercker“.

²⁴⁸ Vgl. SZ, 23.5.1921.

²⁴⁹ Ebd., 26.4.1925.

²⁵⁰ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 945, Bl. 158; SZ, 30.11.1922 und 5.5.1930.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Es war auch nicht in seinem Interesse, zwischen den Kriegervereinen und sich einen örtlichen Konkurrenzkampf entstehen zu lassen, so hatte er es von Beginn an bewusst auf ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden abgesehen, weshalb oftmals ein gemeinsames Auftreten praktiziert wurde.

Die zweitgrößte Gruppe an Vereinen umfasste 1932 die Sport- und Sammelvereine. Würde man in diese ohnehin schon große Gruppe noch die extra aufgeführten Turnvereine integrieren, käme man 1932 auf eine Zahl von 92 Vereinen (11,6%). Auch dieser Vereinstyp besaß 1924 mit 57 (10,8%) Vereinen einen weit geringeren Wert als 1920 mit 82 (11,5%). Zu berücksichtigen wäre in dieser Gruppe die Rolle des Arbeitersportkartells, das 1932 zur Gruppe der Sportvereine zählte und in sich zahlreiche Arbeitersportvereine inkorporierte, auf deren Auftreten an späterer Stelle noch eingegangen wird.

1927 gehörten dem bürgerlich geprägten Halleschen Turn- und Sportverein 1.002 Mitglieder an, im Kaufmännischen Turn- und Sportverein (KTV) waren es 845. Ersterer war 1919 aus dem Zusammenschluss von Allgemeinem Halleschen Turnverein, Männerturnverein, Turnverein Friesen, Turnverein Guts-Muts und Turnverein Urania entstanden und sein Vorsitzender wurde Friedrich Busse. 1919 entstand zugleich der Deutschvölkische Turnverein „Jahn“, der sich dem „Deutschen Turnerbund von 1919“ anschloss und fest in nationalen Denkweisen verwurzelt war und zu Heldengedenkfeiern sowie bei der Aufstellung von Gefallenendenkmälern und Feiern anlässlich verschiedener Jahrestage öffentlich auftrat.²⁵¹ Auch der Hallesche Turn- und Sportverein besaß seine festen Termine im nationalen Gedenkkalender wie einmal die Turnergedenktage zu Ehren von Jahn oder den Deutschen Turnertag und andererseits Gefallenengedenkfeiern oder Feiern zu Hindenburgs Geburtstag. Ein Jahr nach der Machtergreifung beteiligte sich der Verein „treu seiner nationalen und kerndeutschen Gesinnung“ an den Feiern zum nationalsozialistischen Tag der Arbeit, am Erntedankfest und an Veranstaltungen im Rahmen von Wahlen und Abstimmungen des Jahres 1933.²⁵²

Mit 52 Vereinen war die Anzahl an religiösen Vereinen 1932 und 1924 gleichbleibend. Verglichen mit den 67 (9,4%) Vereinen von 1920 war es zu einem Rückgang an religiösen Vereinen gekommen. Im protestantisch geprägten Halle handelte es sich dabei fast ausschließlich um protestantische Vereine. Ihnen verwandt waren zum Teil die gemeinnützigen Vereine, deren

²⁵¹ Neuholz, Hans-Dieter, Die bürgerliche Turn- und Sportbewegung der Stadt Halle in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1932, Diss., Halle 1972, S. 77ff.

²⁵² Jahrbuch Hallescher Turn- und Sportverein e.V., 1934, Halle. Vgl. Jahrbuch Hallescher Turn- und Sportverein e.V. 1925-1933. Mitteilungen aus dem Halleschen Turn- und Sportverein, Halle 1925-1930.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Anzahl von 44 (6,2%) Vereinen im Jahr 1920 auf 66 (8,2%) im Jahre 1932 anstieg und sich nach 37 Vereinen (7,0%) 1924 nahezu verdoppelt hatte. Da sich die Tätigkeitsfelder beider Vereinstypen vielfach ähnelten, konnten sich auch die Mitgliedschaften in religiösen und gemeinnützigen Vereinen überschneiden, zumal religiöses und gemeinnütziges Engagement in der Regel gemeinsam auftraten. Pfarrer Hermann Bender war daher 1932 sowohl Leiter der Evangelischen Stadtmission, aber auch Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins des Blauen Kreuzes. Dieselbe Kombination galt für Justizrat Curt Elze, der 1924 sowohl dem Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein für Sulden zu Halle als auch der Hallischen Ostpreußenhilfe für Biella im Kreise Johannesburg e.V. vorstand.

Zu einer der stärkeren Vereinsgruppen gehörten traditionell die Gesang- und Musikvereine, da sie schon zu Zeiten der ersten Vereinsgründungen zu den ersten Vereinen mit der höchsten Anziehungskraft zählten. Nach einem Sinken der Vereinszahl von 59 (8,3%) im Jahre 1920 auf 35 (6,6%) im Jahre 1924 führte das Vereinsregister 1932 wieder 56 (7,0%) entsprechende Vereine dieses Sektors auf.

Eine der wenigen Vereinsgruppen, deren Anzahl über den Untersuchungszeitraum hinweg zunahm, war die Gruppe der wissenschaftlichen Vereine. Deren Zahl stieg von 1920 mit 12 (1,7%) Vereinen bis 1932 auf 26 (3,3%) Vereine an, sicher auch dem Interesse und dem allgemeinen Aufschwung der Wissenschaften und Forschung geschuldet. Den wohl größten Rückgang hatten dagegen die Beamtenvereine zu verzeichnen, die von 33 (4,6%) Vereinen im Jahr 1920 auf die geringe Zahl von 9 (1,7%) im Jahr 1924 sanken und sich 1932 nur auf 16 (2,0%) steigern konnten. 21 (2,1%) Vereine gehörten 1932 der Gruppe der politischen Vereine an, die sich von 15 (2,1%) Vereinen 1920 und 11 (2,7%) Vereinen zum Ende wieder vermehrt hatten. Darunter befanden sich neben den allgemeinen Parteiorganisationen auch Vereine wie der 1906 gegründete Hallische Bürgerverein, auf den ebenso noch gesondert einzugehen sein wird. Ebenfalls einen Zuwachs im Untersuchungszeitraum erlangten die Logen. Waren es 1920 noch 9 Logen (1,3%) gewesen, war deren Anzahl 1932 auf 16 (2,0%) angestiegen, darunter befanden sich 1932 6 Freimaurerlogen. Während die Arbeiterschaft von vornherein aus diesem exklusiven Kreis ausgeschlossen war, versammelten sich in ihm die Fabrikbesitzer, Bankiers, Kaufmänner, Stadträte und Professoren der Stadt. Interessant scheinen auf den ersten Blick die zahlreichen Doppelmitgliedschaften bei der „Johannisloge zu den drei Degen“ und der Stadtschützengesellschaft, worauf im Rahmen der Betrachtung der dezidiert personellen Verflechtungen noch genauer abzustellen ist. Das gilt auch für parallele politische Ämter der Logenmitglieder und die Mitgliedschaft in Verbänden, wie dem Stahlhelm. Inwiefern es eine Bedeutung hatte,

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

dass die Gründungsversammlung der ersten Ortsgruppe des hallischen Stahlhelms am 9. August 1919 im Saal der Loge „Zu den fünf Türmen am Salzquell“ stattfand, lässt sich nicht befriedigend sagen, es gab aber auch in den Reihen des Stahlhelms Mitglieder der Freimaurer, von denen Major Hennig 1928 sagte, dass er nicht an deren „nationaler Zuverlässigkeit“ zweifeln würde.²⁵³

Die Stadtschützengesellschaft wiederum war Teil der Gruppe der geselligen Vereine, welche jedoch 1932 nur 6 (0,7%) Vereine aufwies. Darunter befand sich unter anderem noch der Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, den der hallische Polizeipräsident Friedrich Oexle 1931 allerdings neben beispielsweise verschiedenen Arbeitersportvereinen zu einer Gruppe politischer Vereine und Verbände zählte.²⁵⁴ Regelmäßig war das Stadtschützenhaus Veranstaltungsort der nationalen Parteien, des Kreiskriegerverbandes, von Wehrwolf und Stahlhelm und ab 1930 auch der NSDAP, auf deren Einladung hin 1931 Joseph Goebbels dort auftrat.²⁵⁵

Studentenverbindungen stellten in besonderem Maße ein Zentrum nationalistischer Vergemeinschaftung dar. Das politische Klima an den Hochschulen war in der Weimarer Zeit nicht nur unter der Hochschullehrerschaft von ausgesprochener Skepsis gegenüber der neuen politischen Lage geprägt. 44 (5,5%) Verbindungen waren 1932 aktiv am hallischen Universitätsleben beteiligt, was gegenüber den 30 (4,2%) studentischen Vereinigungen von 1920 eine mehr als 50%ige Zunahme darstellte und die angesprochene Tendenz im Hochschulmilieu widerspiegelte. Traditionell hatten sich Korpsstudenten im Krieg für Kaiser und Reich eingesetzt und sahen die Kriegsschuld demgemäß auf Seiten der Ententemächte. Viele meldeten sich 1919 beim Freikorps Maercker und beteiligten sich in den studentischen Zeitfreiwilligenverbänden während des Kapp-Putsches. Obwohl parteipolitisch nicht weiter engagiert, fühlte man sich stark zur DNVP hingezogen, da ihre antidemokratische, monarchistische und teils antisemitische Grundhaltung geteilt wurde.²⁵⁶ „Diese Studentengeneration wird nämlich, was reaktionäre Gesinnung anlangt, den jetzt amtierenden Alten Herren später einmal in nichts nachstehen“, lautete der Kommentar des „Klassenkampf“ zur Situation an der hallischen Alma Mater.²⁵⁷ Mit den Vaterländischen Verbänden demonstrierten sie am 11. Mai 1924 anlässlich der Neueinweihung des Moltke-Denkmal und des Vorbeimarsches im Rahmen des „Hochschulrings

²⁵³ SZ, 23.3.1928.

²⁵⁴ LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 1132, Bl. 6.

²⁵⁵ Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Hg. Elke Fröhlich), Juni 1931 - September 1932, München 2004, S. 113: Eintrag am 30.09.1931.

²⁵⁶ Vgl. Lehmann, Torsten, Die Hallenser Corps im deutschen Kaiserreich, Eine Untersuchung zum studentischen Verbindungswesen 1871-1918, Halle 2007, S. 175-178.

²⁵⁷ KK, 13.7.1927.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

deutscher Art“²⁵⁸. Neben dem jährlichen Auftreten an den Feierlichkeiten für die Gefallenen des Weltkrieges waren studentische Verbindungen beispielsweise zusammen mit Stahlhelm und Kriegervereinen an den Hindenburgfeiern im Oktober 1927 beteiligt und unterstützten das Volksbegehren des Stahlhelms zur Auflösung des preußischen Landtages.²⁵⁹ Als es schließlich am 12. Mai 1933 unter nationalsozialistischer Führung in Halle zur „Verbrennung volkszersetzenden Schrifttums“ kam, nahmen auch die hallischen Studentenverbindungen Aufstellung am Löwengebäude, bevor sie wenig später zum Großteil dem NSDStB beitraten.²⁶⁰

Den gesammelten Daten lassen sich insgesamt 2053 Personen entnehmen, die einem Verein angehört hatten, davon konnten 13%, d.h. 266 Personen, ermittelt werden, die zugleich einer Partei angehörten. Diese Daten entsprechen Angaben, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg aufgenommen wurden. Aufgrund fehlender Mitgliederlisten der Parteien handelt es sich bei den hier in einer Datenbank aufgenommenen Parteimitgliedern in der Regel um politische Eliten, d.h. im vorliegenden Fall jeweils um Personen, die ein höheres Parteiamt (Partei Vorstand) ausübten, Abgeordnete im Landtag, Provinziallandtag, Reichstag oder der Stadtverordnetenversammlung waren bzw. dafür kandidierten. Ein weiterer Quellenort war die Erwähnung einer Person in der örtlichen oder der Parteipresse sowie im ausgewerteten Archivmaterial, unabhängig von den drei Stichjahren 1920, 1924 und 1932. Die zugehörige Datenbank mit insgesamt 3.298 Datensätzen ist dementsprechend ausgelegt, dass sich die Angaben zu den Parteimitgliedschaften und den politischen Ämtern etc. auf den gesamten Untersuchungsraum beziehen, d.h. vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Machtergreifung. In dem Fall, wo genauere Angaben zu einem eventuellen Parteiwechsel der jeweiligen Person vorlagen, wurden diese berücksichtigt.²⁶¹

Um jedoch zunächst auf einer konkreteren Vergleichsebene mit Zahlen zu arbeiten, sollen sich die Angaben zuerst einmal nur auf die drei ausgewählten Stichjahre 1920, 1924 und 1932 hinsichtlich der Vereinsmitgliedschaften beziehen, um für diese Jahre ein genaueres vergleichbares Bild herzustellen. Auch wenn das Material über Parteimitgliedschaften verhältnismäßig gering

²⁵⁸ Vgl. Lehmann, Hallenser Corps, S. 178.

²⁵⁹ Vgl. SZ, 4.10.1927 und 4.3.1931.

²⁶⁰ Vgl. Schmitt, Dorothea, Bücherverbrennung am 12. Mai 1933 in Halle, in: Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hg. v. Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam, 2008.

²⁶¹ Die Daten setzen sich wie folgt zusammen: Vorstandsmitglieder der hallischen Vereine nach dem Vereinsregister in den Adressbüchern von 1920, 1924 und 1932, Mitgliederlisten der Johannisloge Halle von 1919/1932 und aus dem Stadtarchiv: Mitgliederliste der Stadtschützengesellschaft, der Vorstandsmitglieder des Vereins für Volkswohl, des Vaterländischen Frauenvereins, des Vereins höhere Kommunalbeamten, des Hallischen Schützenbundes, der Neumarkt-Schützen, des Hallischen Bürgervereins, des Hallischen Kunstvereins, des Haus- und Grundbesitzervereins, des Kaufmännischen Vereins, des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschlands, des Vaterländischen Frauenvereins, des Halleschen Ausschusses für Leibesübungen sowie des Halleschen Turn- und Sportvereins.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

ausfällt, sollen zumindest Tendenzen im Zusammenhang zwischen Partei- und Vereinsamt im Kontext einer Lagerbildung aufgezeigt werden. Als Unterstützung werden die ermittelten Daten aus anderen Jahren herangezogen. Zu Beginn werden die einzelnen Parteien und Verbände getrennt betrachtet, jedoch kristallisieren sich auf Grundlage des vorhandenen Quellenmaterials Schwerpunkte heraus, die eine parteiübergreifende Arbeit sichtbar werden lassen.

1.2 Vereinstätigkeit im nationalen Lager

1920 waren von 556 in der Datenbank aufgenommenen Personen aus dem Vereinsregister des Adressbuches (Vereinsvorstände) insgesamt 9,7% (54 Personen) nachweislich Parteimitglieder. Mit 38,9%, d.h. 21 Personen, gehörte die Mehrheit davon der DDP an. Der Anteil blieb mit 38,0% im Jahre 1924 annähernd erhalten, auch wenn die Zahl auf 19 Personen von insgesamt 50 Parteimitgliedern sank, bis schließlich 1932 noch 16,6%, d.h. 7, an dieser Stelle nachgewiesene Liberale von 42 Parteimitgliedern in Vereinsvorständen saßen (vgl. Tabelle 46).

Deren Hauptbetätigungsfeld waren 1920 die Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie mit 40%, gefolgt von politischen Vereinen und Beamtenvereinen mit 20% und 8% (vgl. Tabelle 47). Da sich unter den Vereinsvorständen auch immer wieder Mehrfachmitgliedschaften befanden, ist die Zahl an Vereinen, zu denen die Vorstandsmitglieder gehören, meistens größer als die der Personen, was die unterschiedlichen Zahlen erklärt. Auch 1924 betrug der Anteil der liberalen Vorstandsposten an der Gruppe der Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie 34,8%. Ihnen folgten 13,0% in politischen Vereinen und jeweils 8,7% in Vorständen in den Logen, den religiösen, den geselligen bzw. den Haus- und Grundbesitzervereinen. Für 1932 waren nur noch 7 Vorstandsposten in den Händen der DDP nachweisbar. Sie verteilten sich auf Frauen-, Lehrer-, politische, religiöse sowie Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie. Von 19 DDP-Mitgliedern in Vereinen bzw. Vereinsvorständen lässt sich eine Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung nachweisen, wobei mit 13 der Hauptanteil der Personen 1919 ins Stadtparlament gewählt wurde und 5 Personen im Jahre 1924, von denen die Abgeordneten Walter Hoe, Wilhelm Minner und Julius Ritter bereits 1919 gewählt wurden, Hoe und Ritter schon 1914, so dass sich in der Parlamentsarbeit der Liberalen eine Kontinuität über den Krieg hinweg bis in die Mitte der Weimarer Zeit ausmachen lässt, bevor 1929 eine neue Generation an DDP-Abgeordneten ihre Arbeit begann, von denen drei auch als Vereinsvorstände aktiv waren, wie Marie Bischoff, 1932 Vorsitzende der Frauenhilfe der Ulrichskirche, die 1931 für den verstorbenen Abgeordneten Paul Lehmann in die Stadtverordnetenversammlung nachrückte. Als Vorsitzende des Hallischen Beamtenausschusses von 1920 war Carl Delius zunächst

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Mitglied der Nationalversammlung und gehörte bis 1924 dem Reichstag an. Er war außerdem Mitglied der hallischen Johannesloge „Zur Burg am Saalestrande“ und späteres Ehrenmitglied des Reichsbanners.²⁶² Der vor allem während der Auseinandersetzungen um den Kapp-Putsch in Halle als Zivilkommissar tätige Walther Schreiber (bis 1925 in Halle als Rechtsanwalt tätig) gehörte während der gesamten Weimarer Zeit dem preußischen Landtag an.²⁶³

Unter den Vereinsvorständen befindlichen Mitgliedern sind vor allem Mitgliedschaften im Hallischen Bürgerverein und im Verein für Volkswohl nachweisbar, die zugleich oftmals auch Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren, worauf noch einzugehen sein wird.

13 Mitglieder der DDP, aufgenommen im gesamten Untersuchungszeitraum, werden vom Polizeipräsidenten der Stadt Halle im Oktober 1929 als Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung im Polizeibezirk Halle aufgeführt. Unter den aufgelisteten Liberalen befinden sich lediglich drei, die nicht dahingehend gekennzeichnet sind, dass sie sich eventuell bei einem Aufruf gegen das Volksbegehren engagieren würden.²⁶⁴

29,6% (16 Personen) von 54 waren 1920 zugleich Mitglied der DNVP und saßen im Vorstand eines hallischen Vereins. Vier Jahre später waren 26,0%, d.h. 13 von 50 Personen, und 1932 28,6%, d.h. 12 von 42 Personen, als Vorstandsmitglieder in Vereinen aktiv (vgl. Tabelle 46).

Auch die Mehrzahl der deutschnationalen Vorstandsposten lässt sich 1920 den Vereinen für Handel, Gewerbe und Industrie zuordnen, d.h. 4 von 15 Vorstandsposten waren von DNVP-Mitgliedern besetzt (vgl. Tabelle 48). Bergwerksdirektor Bernhard Leopold war Vorsitzender zweier Vereine im Bereich der Braunkohlenindustrie, zugleich saß er für die Deutschnationalen seit 1920 im Reichstag und war um 1900 in seiner Funktion als Bergassessor der Initiator des Hospitals Bergmannstrost, welches eigens für die medizinische Betreuung der Bergarbeiter eingerichtet wurde. Deutschnational besetzt waren 1920 zudem Vorstandsposten des Vereins ehemaliger Annaburger, welcher sich dem Gedenken an die Zeit in der Königlichen Militär-

²⁶² Vgl. Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, 1946, S. 260.

²⁶³ Zu erwähnen wäre an dieser Stelle noch Universitätsprofessor Emil Abderhalden, der im Jahre 1919 Mitglied der DDP und 1920 Vorsitzender des von ihm 1915 mitbegründeten Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft war, vgl. Hirschinger, Frank, „Zur Ausmerzung freigegeben“, Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933-1945, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 43.

²⁶⁴ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1142, Bl. 188 (PP Halle am 17.10.1929): Nachweisung der Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung im Polizeibezirk Halle gemäß Rundverfügung vom 14. Oktober 1929. Erwähnt wird darin ebenfalls der in Halle wohnhafte Lehrer Emil Dietrich (Zentrum), der während der Weimarer Republik durchgehend Mitglied der preußischen Landesversammlung und des preußischen Landtages war. 1920 und 1924 war er Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland, der vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges als ein katholischer Massenverein im Feld der politischen Vereine agierte, jedoch ab Beginn der 20er Jahre große Mitgliedereinbußen zu verzeichnen hatte (vgl. Tabelle 51). Im Nachweis des Polizeipräsidenten wird Dietrich als vermeintlicher Gegner des Volksbegehrens von 1929 eingestuft.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Knaben-Erziehungsanstalt Schloss Annaburg bei Dresden widmete. Der Lehrbeauftragte für Geschichte an der Universität Theo Sommerlad war 1920 Vorsitzender des Richard-Wagner-Vereins und ab 1933 als Mitglied der NSDAP nachweisbar. Sein Sohn, der Historiker Bernhard Sommerlad, war vor 1933 bereits aktiv in der NS-Studentenschaft tätig, für die er u.a. Wehrsportlager durchführte.²⁶⁵ Als Vorsitzende des Deutschen Käuferbundes von 1920 war Magdalene Pfanne zugleich im Frauenausschuss der DNVP engagiert und Stadtverordneter Paul Zwanzig bekleidete 1930 das Vorstandsamt im Ortskartell christlicher Gewerkschaften.

Verschiedene Personen amtierten in den Vereinen über mehrere Stichjahre hinweg. So hatte Frau Justizrat Franziska Hühndorf sowohl 1920 als auch 1924 den Vorsitz des Hallischen Hausfrauenbundes inne, im Vaterländischen Arbeiterverein bekleidete der Dreher Gustav Hoffmann in beiden Jahren den Vorsitz. Auch Fabrikbesitzer Ernst Graeb war 1920 und 1924 jeweils Vorsitzender des Halleschen Eis-Klubs, der Chemieprofessor Max Klostermann jeweils Vorsitzender der Freimaurerloge „Friedrich zur Standhaftigkeit“ und Schulrat Friedrich Busse Vorsitzender des Halleschen Turn- und Sportvereins. Über den gesamten Untersuchungsraum dauerten der Vorsitz des Sächsisch-Thüringischen Vereins für Erdkunde durch Prof. Otto Schlüter und der Vorsitz des Halleschen Bibel- und Schriftenvereins durch den Theologen, Honorarprofessor und Domprediger August Lang. Letzterer hatte 1920 noch einen weiteren Vorsitz eines religiösen Vereins inne.

Der Professor für Romanistik Karl Voretzsch stand 1924 an der Spitze des Hallischen Kolonialvereins, des Vereins für Deutschtum im Ausland und war zudem im Stahlhelm aktiv. Dem Deutsch-Österreichischen Alpenverein stand 1924 und 1932 (bis 1945) mit dem Mediziner Otto Kneise ein weiteres Mitglied der hallischen Professorenschaft vor, und Stadtrat und Architekt Georg Roediger engagierte sich 1924 und 1932 im Vorsitz des Kunstgewerbevereins.

Gleich fünf der zehn DNVP-Mitglieder in zehn Vereinsvorständen von 1932 waren Vorsitzende bzw. saßen im Vorstand eines wissenschaftlichen Vereins. Mit Hans von Ludowiger und dem Altertumswissenschaftler Otto Kern waren 1932 zwei Deutschnationale im Vorstand der Gesellschaft der Freunde der Universität Halle aktiv. Ersterer bekleidete zusätzlich noch das Amt des Geschäftsführers der Vereinigung mitteldeutscher Rohrzuckerfabrikanten.

²⁶⁵ SZ, 23.11.1932: Vortrag vom Leiter des WAR (Akademisch-Wissenschaftliches Kreisamt) Dr. Sommerlad über „Auf- und Durchbruch des Wehrsportgedankens in der akademischen Jugend“ und Bericht über eigene Erfahrung des Redners nach der Durchführung von 15 Wehrsportlagern mit insgesamt 600 Studenten (in Halle wird in erster Linie im Semester Kleinkaliberschießen und Gasschutz geübt).

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Margret Schlüter, die Frau des zuvor bereits erwähnten Prof. Otto Schlüter, war Vorsitzende des Hallischen Hausfrauenbundes und hatte 1924 für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert. Der Bund der Hausfrauen hatte sich 1929 zusammen mit anderen nationalen Verbänden am Volksbegehren gegen den Young-Plan beteiligt. Als Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes Halle-Saalkreis war Fritz Hoffmann zugleich Mitglied im Stahlhelm und seit 1924 hallischer Stadtverordneter. Grundsätzlich gab es diese enge Verbindung zwischen den städtischen Kriegervereinen und der DNVP, welche durch ihr symbolisches öffentliches Auftreten mittels Aufmärschen und Feiern einen Anteil an der Mobilisierung von DNVP und DVP hatten und nachhaltig diese Form der Deutungskultur mitprägten.

Sein Parteikollege Prof. Karl Steinbrück war 1919 und 1924 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden und engagierte sich zugleich im Hallischen Bürgerverein. Trotz der Beendigung seiner DNVP-Mitgliedschaft 1928 soll an dieser Stelle auch der Geologe Johannes Weigelt erwähnt werden, der 1932 Vorsitzender des Naturwissenschaftlichen Vereins für Sachsen und Thüringen war, 1933 der NSDAP beitrug und von 1936 bis 1944 als Universitätsrektor amtierte.

Für die Vereinstätigkeit der Deutschnationalen lässt sich auf Basis der nachweislichen Parteimitglieder keine bestechende Dominanz in einem bestimmten Vereinssektor feststellen. Auch unter den Vereinsvorständen der DNVP-Mitglieder sind vermehrt Mitgliedschaften im Hallischen Bürgerverein und im Verein für Volkswohl nachweisbar und der Polizeipräsident rechnete 1929 vier DNVP Mitglieder zu den bedeutenden Persönlichkeiten im Polizeibezirk Halle, von denen jedoch ohne Ausnahme eine Unterstützung des Volksbegehrens angenommen wurde.²⁶⁶ Auch lässt sich, wie bereits angedeutet wurde, unter den Mitgliedern der hallischen Professorenschaft eine Dominanz an Mitgliedern der DNVP feststellen.

DVP-Mitglied Pfarrer Ludwig Giseke bekleidete 1920 und 1924 jeweils zwei Ämter eines Vorsitzenden im Feld der religiösen Vereine, darunter im Bereich evangelischer Kinderpflege und Jünglingsvereine (vgl. Tabelle 49). 1920 war ein weiteres DVP-Mitglied im Vorstand eines Vereins für Handel, Gewerbe und Industrie. 1924 war Honorarprofessor Adolf Schenck Vorsitzender des Hallischen Kolonialvereins, hatte Lehraufträge an der Universität im Bereich Kolonialgeographie und war außerdem Generaldirektor der Weißenfelder Braunkohlen AG. Waldemar Scheithauer war in zwei universitären Vereinen aktiv. Die Naturwissenschaftlerin Charlotte Knaths hatte 1929 für die Einheitsliste der Stadtverordnetenversammlung kandidiert

²⁶⁶ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1142, Bl. 188 (PP Halle am 17.10.1929): Nachweisung der Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung im Polizeibezirk Halle gemäß Rundverfügung vom 14. Oktober 1929.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

und war 1932 Vorsitzende der Ortsgruppe des Deutschen Staatsbürgerinnenverbandes, welcher in den 20er Jahren aus dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein entstanden war. Pfarrer Giske bekleidete 1932 zwei andere Ämter im Feld der religiösen Vereine, hatte 1929 für den Provinziallandtag kandidiert und gehörte dem Unterausschuss des Volksbegehrens gegen den Young-Plan an. Zu allen Stadtverordnetenwahlen von 1919 bis 1932 war der Ingenieur Karl Volhard Kandidat der DVP und 1932 Vorsitzender des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer in der Region Sachsen-Anhalt. Mit Theodor Schulz und Carl Schulze waren zwei Stadtverordnete des Jahres 1929 und mit Wilhelm Heine einer von 1920/1924 zugleich Mitglieder in der hallischen Stadtschützengesellschaft. Stadtverordneter Wilhelm Schierandt war im Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins aktiv und sein Fraktionskollege Paul Herrmann im Vorstand des Vaterländischen Arbeitervereins. DVP-Mitglied und Stadtmedizinalrat Dr. Walter Schnell, Vorsitzender des Landesverbandes seiner Partei, war neben seinem Vorstandsamt im Vaterländischen Frauenverein außerdem im Verein für Kommunalbeamten und im Verein für Volkswohl aktiv. Auch er gehörte zur Liste der bedeutenden Persönlichkeiten des Regierungsbezirkes, jedoch ohne den Zusatz, dass er sich gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 einsetzen würde.²⁶⁷ Als Stahlhelm-Mitglied gründete 1922 eine Eheberatungsstelle und war ab 1925 Leiter des Gesundheitsamtes. Zusammen mit Hans Hahne war er an der Anlegung einer „rassekundlichen Materialsammlung“ beteiligt und hielt entsprechende Vorlesungen an der Universität.²⁶⁸

Zu den frühen städtischen NSDAP-Mitgliedern gehörte der Parteisekretär Karl Pfeiffer, der bereits 1921 erste Parteiversammlungen abgehalten hatte und 1920 Vorsitzender zweier Zuchtvereine war (vgl. Tabelle 50).²⁶⁹ Als Vorsitzender des Halleschen Tuberkuloseverbandes von 1932 war Dr. Karl Blümel bereits zu diesem Zeitpunkt Mitglied der NSDAP und aktiv in der Ortsgruppe des NS-Ärztetages tätig, während sein Sohn dem NS-Studentenbund der Universität angehörte.²⁷⁰ Der im März 1933 für die NSDAP in die Stadtverordnetenversammlung gewählte Baumeister Walter Knoch war 1932 Vorsitzender des Verbandes der Zimmerermeister Sachsen-Anhalts und zwei seiner Parteikollegen standen dem Kriegerverein der ehemaligen 98er sowie dem Verein ehemaliger Infanteristen vor. Als unbesoldetes Magistratsmitglied für die NSDAP wurde im Mai 1933 der dem Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins angehörende Wilhelm Fischer gewählt. Vor allem für die Parteimitglieder in der NSDAP gilt, dass sich, falls nicht genauere Angaben vorliegen, die Daten auf den gesamten

²⁶⁷ Vgl. LHASA MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1102, Bl. 35ff.

²⁶⁸ Vgl. Hirschinger, „Zur Ausmerzung freigegeben“, S. 49.

²⁶⁹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 28 (Der PP an den RP am 30.4.1922).

²⁷⁰ Vgl. Ebd., Nr. 2048 I, Bl. 136 (Der RP an den OP am 29.7.1930).

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Untersuchungszeitraum beziehen, um die äußerst geringen Angaben aus den Stichjahren mit anderen Quellen zu ergänzen. Ein dominierender Vereinsektor ist für NSDAP-Mitglieder nicht feststellbar, vielmehr war das Spektrum weit gefächert, worunter jedoch gerade der Haus- und Grundbesitzerverein zur Zusammenarbeit mit anderen Rechtsparteien einlud, gefolgt von gemeinsamen Mitgliedschaften in Kriegervereinen. Vorstandsposten wurden von der NSDAP nur in geringerem Maß besetzt, sie waren entweder einfache Vereinsmitglieder oder gehörten den parteieigenen Organisationen an.

Als Splitterpartei des Mittelstandes wirkte die Aufwertungs- und Aufbaupartei, für die der hallische Kaufmann Richard Harmann 1928 für den Reichstag kandidierte, 1920 Vorsitzender eines städtischen Kegelklubs (vgl. Tabelle 57). Zusammen in einer Liste mit der Volksrechtspartei und den Deutschvölkischen erreichte die Aufwertungs- und Aufbaupartei zur Stadtverordnetenwahl im November 1929 jedoch nur 1,8% der Stimmen. Auch der Buchhändler Richard Lindner, 1932 Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsverbandes des Buch- und Zeitschriftenhändler, kandidierte 1928 für den Reichstag als Mitglied der Deutschsozialen Volkspartei, die zu den völkisch-antisemitischen Parteien der Weimarer Republik gehörte und von der die meisten Mitglieder zur NSDAP oder zur Deutschvölkischen Freiheitsbewegung überliefen. Für die Haus- und Grundbesitzer wurde Maurermeister Hermann Pfeiffer 1924 und 1929 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bereits 1920 war er Vorsitzender zweier Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und gehörte der Johannisloge „Zur Burg am Saalestrande“ an (vgl. Tabelle 58).

Bei 38 Personen lässt sich nachweisbar eine Übereinstimmung zwischen Stahlhelm und Parteimitgliedschaft ausmachen, dessen Verbreitung und Bedeutung vor Ort auch in diesem gewählten Ausschnitt sichtbar wird. Davon gehörten 23 Personen zur DNVP, darunter Personen wie Friedrich Busse, Theodor Duesterberg, der hallische Stahlhelmführer Max Jüttner und der 1926 von Kommunisten getötete Walter Steinbach. 8 Personen waren Mitglieder der NSDAP. Neben Busse und Fritz Hoffmann waren auch Willi Poche und Walter Schmidt als DNVP-Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung vertreten, Ferdinand Staudtmeister für die Haus- und Grundbesitzer. Neben ihrer Mitgliedschaft im Stahlhelm waren diese Personen ferner in städtischen Schützenvereinen, im Vaterländischen Frauenverein oder der „Johannisloge zu den drei Degen“ aktiv.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Während seines 1925 in Halle abgeschlossenen Studiums der Landwirtschaft gehörte auch Walter Richard Darrè, späterer NS-Landwirtschaftsminister, dem hallischen Stahlhelm an.²⁷¹ Ferner gehörte Ernst-Georg Altner, 1942-1945 Polizeipräsident von Dortmund und bis 1933 in Halle tätig, bis zu seinem SA-Eintritt 1925 sowohl dem Stahlhelm als auch dem Wehrwolf an.²⁷² Altner und vier weitere Mitglieder des Wehrwolfs waren zugleich Parteimitglieder der NSDAP, während der Ortsgruppenvorsitzende des Wehrwolfs Richard Asmus der DNVP angehörte (vgl. Tabelle 61).

Mit den in Halle ansässigen Logen und dem Hallischen Bürgerverein lassen sich Vereinigungen ausmachen, deren Mitglieder sich sowohl dem links – als auch dem rechtsliberalen Parteienspektrum zuordnen lassen. Die hallischen „Johannisloge zu den drei Degen“ war Teil der Großen National-Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln“, welche ihren Sitz in Berlin hatte. Als Logenhaus für die seit 1765 in Halle existierende Loge fungierte das in den 1820er Jahren errichtete Gebäude am damaligen Paradeplatz, dem heutigen Moritzburgring. 40 Personen waren zugleich Mitglieder in der Johannisloge und in der Stadtschützengesellschaft, darunter waren 11 Kaufmänner und 8 Fabrikbesitzer, sowie Bankiers, ein Generaldirektor, Juristen und weitere Berufe des höheren Wirtschafts- und Bildungsbürgertums. Bereits 1821 waren unter den 170 Mitgliedern der Stadtschützengesellschaft 11 Universitätsprofessoren, 9 Magistratsmitglieder, Juristen, Mediziner etc.²⁷³ Der exklusive Kreis der Mitglieder von Johannisloge und Stadtschützengesellschaft war nahezu identisch, denn in beiden Vereinigungen schätzte die privilegierte Mitgliedschaft die Geselligkeit und Exklusivität, zumal man sich in der ursprünglich auf die Förderung der Wehrkraft gegründeten Stadtschützengesellschaft bereits Ende des 19. Jahrhunderts der Geselligkeit und kommunalen Interessenaufgaben widmen wollte und man darin gut mit den ansässigen Logen harmonierte.²⁷⁴ In der Johannislage war die Mitgliedschaft nur einem bestimmten Prozentsatz an Bürgern möglich, nämlich jedem, der in der Lage war, die daran

²⁷¹ Vgl. Lilla, Joachim (Bearb.), Statisten in Uniform: Die Mitglieder des Reichstages 1933-1945, ein biographisches Handbuch, unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004 (unter Mitarbeit von Martin Döring und Andreas Schulz), S. 90f.: geb. 14.7.1895 in Argentinien (gest. 5.9.1953 in München), MdR 1932-1945, 1922-1925 Studium der Landwirtschaft in Halle und Gießen, 1923 Eintritt in Stahlhelm Halle, 1924-1933 Bund der Artamanen.

²⁷² Vgl. Lilla, Statisten in Uniform, S. 8: geb. 4.1.1901 in Waldheim (gest. 12.4.1945 Dortmund), MdR 1933-1945, 1921-1933 Techniker in einem Baubüro in Halle, 1921-1925 Werwolf, 1922-1925 Stahlhelm, ab 1925 SA, bis 1929 SA-Sturm 26, 1926 NSDAP (Nr. 34.339), 1929 SS-Sturm, 6.7.1931 mit Verwaltung des SS-Sturmbannes I/26 beauftragt.

²⁷³ Vgl. Weißenborn, Bernhard, Geschichte des Schützenwesens in Halle, Halle 1929, S. 118.

²⁷⁴ Vgl. StAH, Centralbüro, Kap. VIII Abt. A Nr. 10 Bd. 1, Bl. 72f.: „Dieses vom Staat anerkannte, corporative Institut hatte ursprünglich die Bestimmung, die Wehrkraft der Halleschen Bürger zum Schutz der Stadt zu fördern, namentlich deren Schießübungen zu leiten. Mit der veränderten staatlichen Wehrverfassung ist der gesellige Verkehr der Schützenmitglieder unter einander sowie die Belebung des Interesses für communale Angelegenheiten mehr in den Vordergrund getreten“ (Statut der „Halleschen Stadtschützen-Gesellschaft“, angenommen in der Generalversammlung vom 29. Oktober 1874).

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

geknüpften finanziellen Anforderungen zu übernehmen. Von 38 Mitgliedern der Johannisloge „Zu den drei Degen“, „Zur Burg am Saalestrande“ und „Zu den fünf Türmen am Salzquell“ lässt sich die Parteizugehörigkeit zu den Parteien des bürgerlich-nationalen Lagers der Stadt nachweisen. 28 davon waren Mitglieder der Johannisloge „Zu den drei Degen“, 6 in „Zur Burg am Saalestrande“ und 9 in „Zu den fünf Türmen am Salzquell“, wobei es zu Überschneidungen bei gegenseitigen Ehrenmitgliedschaften kommen konnte. 11 Personen gehörten der DNVP an, davon zwei Stadtverordnete und 18 den Liberalen, von denen wiederum 6 Stadtverordnete waren. 7 Logenmitglieder gehörten zur DVP, eines zur NSDAP und eines zur Partei der Haus- und Grundbesitzer (Tabelle 64).

Es wird deutlich, dass es innerhalb der Johannisloge „Zu den drei Degen“, und es ist davon auszugehen, dass dies auch für die anderen hallischen Freimaurerlogen gelten kann, nicht zu einer parteipolitischen Unterscheidung gekommen war. An dieser Stelle und an diesem Ort traten Logenmitglieder gemeinsam auf und trafen neben ihren eigenen Parteimitgliedern auch Mitglieder anderer Parteien des bürgerlich-nationalen Lagers. Gerade der Anteil von DDP- und DNVP-Mitgliedern in der Johannisloge lässt darauf schließen, dass in diesem Kreis der Logenmitglieder eventuelle parteipolitische Gegensätze zwischen liberalen und konservativen Parteianhängern nicht von großer Bedeutung waren. Im Gegenteil, man konnte sich in diesem Kreis akzeptieren und unabhängig von der aktuellen Parteiarbeit zusammen diskutieren, zumal neben Angehörigen der aktiven Kommunalpolitik auch Mitglieder der Parteivorstände vertreten waren. Zugleich waren diese Logenmitglieder auch in den Vorständen anderer städtischer Vereine aktiv, so im Kaufmännischen Verein bzw. in verschiedenen Vereinen des Sektors Handel, Gewerbe und Industrie, im Hallischen Kunstgewerbeverein oder im Verein für Volkswohl. In Letzterem vereinten sich ebenfalls Mitglieder von DDP, DVP und DNVP gemeinsam, darunter neben dem deutschnationalen Oberbürgermeister Rive der bereits erwähnte Dr. Schnell von der DVP oder Studienrat Dr. Wenzlau von den Demokraten.

Als zweite hallische Loge nach „Zu den drei Degen“ mit Sitz in der Albrechtstraße war 1885 die Freimaurerloge „Zu den fünf Türmen am Salzquell“ gegründet worden. Deren Vorsitzender war 1920 und 1924 der ein Jahr zuvor gewählte Stadtverordnete Hermann Weschke. Weschke war Kaufmann und Mitglied der DDP sowie Ehrenmitglied der Johannisloge „Zur Burg am Saalestrande“ 1922/1923. Zur letzteren Loge gehörte bis 1931 der im selben Jahr in die NSDAP eingetretene Dr. Erwin Noack. Noack hatte in Halle Rechtswissenschaften studiert und war dort als Rechtsanwalt niedergelassen. Anfang der 30er Jahre trat er in der Stadt öffentlich als NS-Redner in Erscheinung, war Mitglied im NS-Juristenbund und wurde nach der Märzwahl 1933

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Bis 1931 gehörte er dem Stahlhelm an und war während der politischen Kämpfe 1920 und 1931 gegen die Kommunisten aktiv. In der Johannisloge „Zur Burg am Saalstrande“ wird er während der Zeit seiner Mitgliedschaft unter anderem mit Maurermeister Hermann Pfeiffer zusammengetroffen sein, der 1924 und 1929 für die Haus- und Grundbesitzer in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde. Durch ihre Mitglieder waren die Freimaurerlogen zwar überparteilich ausgerichtet, versammelten in ihren Reihen jedoch ausschließlich Angehörige des nationalen Lagers. Zugleich war eine Vernetzung mit der Kommunalpolitik gegeben, deren Ausrichtung in Form eines Bürgerblocks gegen die Linke gerichtet war, an dem auch die in den Logen stark vertretene DDP beteiligt war. Im Unterschied zu anderen bereits erwähnten städtischen Vereinen und Verbänden waren die Logen außerdem durch den exklusiven Zugang gekennzeichnet, der Mitgliedern des gehobenen Bürgertums vorbehalten war.

Wie bereits erwähnt, hatte sich in der Stadt nach der Jahrhundertwende der Hallische Bürgerverein mit dem Ziel gegründet, die bürgerlichen Kräfte in der Stadt für Wahlerfolge zu bündeln und gegen eine Zersplitterung anzugehen. Parteipolitische Arbeit sollte im Bürgerverein eigentlich keine Rolle spielen, vielmehr ging es um die Mitarbeit von Bürgern, die auf nationalem Boden standen und bereit waren, sich gemeinsam lokalen Aufgaben zu widmen. Noch auf der ersten Sitzung des Hallischen Bürgervereins nach dem Krieg 1918 stellte man sich hinter die gegebenen neuen Verhältnisse und definierte in einem öffentlichen Schreiben an die hallischen Bürger zukünftige Aufgabenstellungen, wie z.B. die Förderung des Kleinwohnungsbaus, die Verbesserung des Verkehrswesen durch Ausbau von Straßenbahnlinien, eine gelungene Tarifpolitik, die Förderung des Handwerks und aller der Volksgesundheit dienenden Maßnahmen.²⁷⁵ Zugleich beschäftigte man sich mit den „Gefahren einer sozialdemokratischen Politik“, war sich aber zugleich bewusst, dass man als Bürgerliche nicht den Willen der Sozialdemokraten zugeneigten Bevölkerungsteile ignorieren dürfte. Auf der anderen Seite waren auch die Sozialdemokraten auf Unterstützung aus dem Bürgertum angewiesen. Entscheidender waren jedoch das „Übergewicht der Unabhängigen“ und deren Diktaturbestreben, welchem die Bürgerlichen durch Mandate in Form einer gemeinsamen Listenverbindung entgegenwirken sollten.²⁷⁶ Anfang der 20er Jahre hatten sich in Halle der Hallesche Bürgerbund und der Hallische Bürgerverein „im Interesse der gesamten nationalen, nichtsozialistisch gesinnten Einwohnerschaft von Halle“ zusammengeschlossen, wodurch einmal mehr die Gemeinsamkeiten des

²⁷⁵ Vgl. HZ, 20.11.1918.

²⁷⁶ STAHL, Centralbüro, A 6.1.3., Nr. 197 zum Hallischen Bürgerverein.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Bürgertums gegenüber der sozialistischen Arbeiterschaft betont werden sollten.²⁷⁷ Zur 25-Jahr-Feier des Hallischen Bürgervereins im Januar 1931 zog man ein Resümee der vergangenen Jahre. 1913 hatten Vereinsmitglieder 14 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung innegehabt, während nach dem Krieg die bürgerlichen Gruppen zunächst getrennt agierten, bis es wieder zu Zusammenschlüssen in Form des Ordnungsblocks gekommen war.²⁷⁸ Auch zur letzten Stadtverordnetenwahl der Weimarer Republik im November 1929 war die Bildung einer bürgerlichen Einheitsliste unter Hinzuziehung des Halleschen Bürgervereins gelungen. „Das geeinte Bürgertum“ umfasste neben den politischen Parteien und dem Hallischen Bürgerverein unter anderem auch den Haus- und Grundbesitzerverein, den Deutschnationalen Handlungsgelhilfen-Verband, die Vaterländischen Verbände, den Hallischen Ausschuss für Leibesübungen, den Bürgerverein Cröllwitz und den Beamten- und Angestelltenausschuss beim Magistrat der Stadt Halle.²⁷⁹ Gerade aber mit dem DHV hatte sich unter den vereinigten Gruppen eine Organisation versammelt, deren antisemitische Ausrichtung öffentlich bekannt war. Auch gehörte der DHV mit den Hallischen Frauenverbänden, der Hallischen Turnerschaft u. a. 1929 zu den verschiedenen städtischen Verbänden, die dem Bürgerverein körperschaftlich angeschlossen waren. Noch in der Jahreshauptversammlung des hallischen Bürgervereins im Februar 1933 plante man, zur Stadtverordnetenwahl am 5. März so viele Mandate zu erkämpfen, dass die Bürgerlichen eine Mehrheit gegen SPD und KPD hätten.²⁸⁰ Die Quellen zum Hallischen Bürgerverein ermöglichen, gerade die Sammlung von Parteimitgliedern der bürgerlichen Parteien im Bürgerverein als nachhaltige parteiübergreifende Verbindung im national-bürgerlichen Lager zu begreifen, deren Frontstellung klar definiert gegen das sozialistische Lager der Stadt ausgerichtet war.

Zum ersten Vorsitzenden des Hallischen Bürgervereins wurde nach dem Krieg noch DDP-Mitglied und Stadtverordneter Studienrat Walther Hoe gewählt, zugleich noch Mitglied im Stadtschützenverein. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Prof. Steinbrück ernannt, DNVP-Mitglied und Mitglied im Stadtparlament, in dem er seit 1908 saß und von 1919 bis 1924 Fraktionsführer war.²⁸¹ Mit Rektor Hugo Völker und Kaufmann Borges saßen dazu zwei weitere DDP-Mitglieder im Vorstand. Borges gehörte von 1919 bis 1924 zur Stadtverordnetenversammlung und

²⁷⁷ SZ, 21.4.1922.

²⁷⁸ Vgl. ebd., 30.1.1931.

²⁷⁹ Vgl. ebd., 19.10.1929.

²⁸⁰ Vgl. ebd., 16.2.1933. Bald darauf gibt der Hallische Bürgerverein seine kommunalpolitische Tätigkeit auf und es findet eine Neuordnung des Vereins nach NS-Grundsätzen statt, welche die Pflege der Heimatkultur als Hauptaufgabe ansah, vgl. dazu StAH, P Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. III (1933), Bl. 42f.

²⁸¹ Zu Prof. Karl Steinbrück vgl. *catalogus professorum halensis*: geb. 9.1.1869 Naumburg, gest. 29.2.1932 Halle, Studium der Landwirtschaft in Leipzig und Halle, ab 1914 a.o. Professor und ab 1924 o. Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre und Direktor des landwirtschaftlichen Instituts.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

wurde 1930 unbesoldetes Magistratsmitglied, während Völker 1929 erfolglos für das Stadtparlament kandidierte. Völker war seit 1929 Vorsitzender des HBV und gehörte außerdem der hallischen Johannisloge „Zu den fünf Türmen am Salzquell“ an.²⁸² 1929 gehörten dem Vorstand neben Völker unter anderem die DNVP-Mitglieder Schulrat Busse und der Ableser Paul Zwanzig an. Letzterer war ab 1924 Stadtverordneter, Vorsitzender des Deutschnationalen Arbeiterbundes und 1920 Vorsitzender des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften. Von der DDP gehörte der Lehrer Otto Hecht zum Vorstand, der schon 1924 das Amt eines Schriftführers bekleidete. Er war zugleich im Beamtenausschuss der Partei und im Vorstand des Bezirksvereins Süd-Ost der DDP aktiv. Außerdem stellte die DDP den Geschäftsführer des GdA Will Salzmann, seit 1929 Stadtverordneter und 1930 Kandidat für die Reichstagswahl.²⁸³

1930 findet man im Vorstand außerdem die Stadtverordnete und Buchhalterin Margarethe Vehse und den besoldeten Stadtrat der DNVP Kaufmann Paul Wilhelmi, ebenfalls Mitglied der Stadtschützengesellschaft.²⁸⁴ Zwischen 1918 und 1933 entstammten 13 Stadtverordnete aus dem HBV von deren wiederum 10 Personen 1924 in das Stadtparlament gewählt wurden, 4 im Jahr 1929 und 7 im Jahr 1919, wobei es auch hierbei zu Überschneidungen kam. So gehörte Schulrat (a.D.) Friedrich Busse der Stadtverordnetenversammlung durchgehend von 1919 bis 1933 und darüber hinaus an.

Im HBV lässt sich schließlich eine große Dichte an politisch aktiven Mitgliedern feststellen. Dies entsprach ganz den Vorstellungen des Vereins über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen. Mehrheitlich trat man für eine Listenverbindung ein und favorisierte kein eigenständiges Auftreten des Bürgervereins. Es sollten hingegen Kandidaten aus den eigenen Reihen für die bürgerlichen Parteien antreten, da viele Mitglieder des Hallischen Bürgervereins den bürgerlichen Parteien angehörten.²⁸⁵ Durch die Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Liberalen im Vorstand des HBV und der gemeinsamen Koalition gegen die Linksparteien ist gerade auch der HBV als überparteilicher Bund anzusehen, der sich innerhalb des nationalen Lagers immerfort gegenüber einer linken Einflussosphäre positionierte. Wie auch in anderen Städten entstammten die Mitglieder auch in Halle hauptsächlich dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, was verbunden mit deren Vernetzung zu vielen anderen bürgerlichen Vereinen der

²⁸² StAH, A 6.1.3., Nr. 197 zum HBV.

²⁸³ Vgl. HN, 9.2.1929.

²⁸⁴ StAH, A 6.1.3., Nr. 198 zum HBV.

²⁸⁵ Vgl. SZ, 4.2.1919.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Stadt zum Teil als eine Art Reorganisation der früheren bürgerlichen Honoratiorenpolitik angesehen wurde.²⁸⁶

1.3 Vereinstätigkeit im sozialistischen Lager

Dass die Untersuchung der Vereinigungen mit einem im Verhältnis zum sozialistischen Lager ausführlichen Teil zu Vereinigungen des nationalen Lagers so asymmetrisch ausfällt, resultiert schlicht aus der schlechten Quellenlage der KPD und SPD hinsichtlich überlieferter Mitgliederlisten und veröffentlichten Angaben zur Parteizugehörigkeit. Dieser Umstand ermöglicht erst einmal nur schwache Aussagen, die sich mit der Menge an Vereinsvorständen der Stichjahre 1920, 1924 und 1932 aus den hallischen Adressbüchern in Beziehung setzen lassen, zumal zusätzlich auch davon auszugehen ist, dass zahlreiche Vereine des sozialistischen Lagers keinen Eingang in die Adressbücher gefunden haben. Die Aussagen, die sich über die Angehörigen des linken Lagers treffen lassen, stehen daher in keinem Verhältnis zu denen des bürgerlich-nationalen Lagers, jedoch sollen an dieser Stelle die vorhandenen Angaben eingeordnet werden.

Fünf USPD-Mitglieder waren 1920 Vorsitzende bei Vereinen des Handels, Gewerbes und der Industrie, darunter mit Franz Gräfe und Heinrich Wolf zugleich zwei Stadtverordnete (vgl. Tabelle 52). Gräfe teilte sich zusammen mit einem weiteren USPD-Mitglied die Geschäftsführung des Transportarbeiterverbandes und war 1924 noch Vorsitzender des Deutschen Verkehrsbundes, einer bis 1929 existierenden freigewerkschaftlichen Vereinigung. Ebenso teilten sich Willy Rösler und Paul Banse die Geschäftsführung des Metallarbeiterverbandes. Als späteres SPD-Mitglied verfasste Banse als Vertreter des Metallarbeiterverbandes 1923 einen Brief an den preußischen Innenminister Severing, in dem er sich über das provozierende Auftreten des Stahlhelms gegenüber der örtlichen Arbeiterschaft beklagte.²⁸⁷ In derselben Angelegenheit hatte sich auch der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins von 1924 und Stadtverordneter von 1924 bis 1926 Georg Petersdorff an den preußischen Innenminister gewandt.²⁸⁸ Zwei SPD-Mitglieder hatten 1919 für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert und waren 1924 Vorsitzende eines Beamtenvereins und eines Vereins für Handel, Gewerbe und Industrie. Mit Hermann Klemm und Franz Sorgenfrei als Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und als Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB waren 1932 zwei weitere Stadtverordnete

²⁸⁶ Schäfer, Michael, *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890-1930*, Göttingen 2003, S. 256-260 zum Leipziger Bürgerbund.

²⁸⁷ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, *Nachlass Carl Severing* 235, Bl. 14f: Deutscher Metallarbeiterverband, Halle, 2.7.1923 an K. Severing und Antwort Severing 3.7.1923.

²⁸⁸ Vgl. ebd., Bl. 17: Georg Petersdorff an K. Severing, Halle, 28.6.1923.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

in Vereinsvorständen aktiv (vgl. Tabelle 53). Verglichen mit dem nationalen Lager lässt es kein so umfangreiches Netz an verschiedenen Vereinen ausmachen, in das die Mitglieder der SPD eingebunden waren. Die Verknüpfung konzentriert sich dagegen auf gewerkschaftliche und parteinahe Organisationen, jedoch eine Vereinsstruktur, die stark von der bürgerlichen abgetrennt war. Als Arbeiter war man Teil der eigenen Arbeiterbewegung und in ein eigenes Vereinsnetz eingebunden, was sich außerdem viel stärker auf die Parteien ausrichtete.

Gehörte auch ein Großteil der SPD-Mitglieder den Vereinen für Handel, Gewerbe und Industrie sowie Sportvereinen an, ließen sich SPD-Mitglieder im Gegensatz zur KPD auch an der Spitze von Beamtenvereinen finden. Im Gegensatz zu den im Nachweis der bedeutenden Persönlichkeiten von 1929 vom Polizeipräsidenten verzeichneten DVP-Mitgliedern wurde bei allen vier SPD-Mitgliedern eine Gegnerschaft zum Volksbegehren vorausgesetzt.²⁸⁹ Unter den SPD-Mitgliedern der Stadt befand sich auch der seit März 1930 zum Lehrer für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der neu gegründeten Pädagogischen Hochschule in Halle berufene und im Juli 1930 zum Professor ernannte Adolf Reichwein.²⁹⁰ Als Pädagoge trat er gegen die Einwände konservativ-deutschnationaler Kreise an, die sich gegen die akademische Lehrerbildung richteten: „Die Parteien der Rechten haben seit jeher den Akademien grundsätzlich ablehnend gegenübergestanden; sie wollen wieder das Seminar [...], weil die Erziehung einer breiten Lehrerschaft zu geistiger und politischer Autonomie etwas Unheimliches für sie hat.“ Seine Schulungen in Gegenwartskunde sollten den Studenten die aktuellen Lebensräume wie Stadt/Land, Bauer/Arbeiter, Landwirtschaft/Industrie vermitteln und durch praktische Exkursionen die jeweiligen Arbeitssituationen nahebringen.²⁹¹ Seinen SPD-Eintritt im Oktober 1930, unmittelbar nach der Septemberwahl, begründete er damit, dass er „in einer Arbeiterstadt wie Halle lebend – nicht mehr mit ansehen konnte, wie die organisierte Arbeiterschaft ohne zeitgemäße geistige Führung war.“²⁹² Unterstützer fand er in der sozialistischen Studentengruppe an der Universität unter dessen Führer Willi Brundert, ebenfalls seit 1930 Reichsbanner und SPD-Mitglied.²⁹³

Von der KPD hatte Alfred Lemck 1920 das Amt des Vorsitzenden des Arbeitersekretariates für Halle und Umgebung inne (vgl. Tabelle 54). Er gehörte zu den frühen Funktionären der VKPD

²⁸⁹ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1142, Bl. 188 (PP Halle am 17.10.1929): Nachweisung der Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung im Polizeibezirk Halle gemäß Rundverfügung vom 14. Oktober 1929.

²⁹⁰ Amlung, Ullrich, Adolf Reichwein: 1898 - 1944. Ein Lebensbild des politischen Pädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers, Bd. 1.2, Frankfurt 1991, S. 264. Vgl. Stengel, Ausgeschlossen, S. 297-303.

²⁹¹ Amlung, Reichwein, S. 269ff.

²⁹² Ebd., S. 283.

²⁹³ Zu Willi Brundert vgl. Wer war wer in der DDR, S. 116f.: geb. 12.6.1912 in Magdeburg, gest. 7.5.1970, nach 2. Weltkrieg Professor an Universität, Verurteilung im Dessauer Schauprozess 1949, 1957 nach Haftentlassung Flucht in den Westen, 1964 OB von Frankfurt/Main.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

und war an den Leunakämpfen 1921 beteiligt. Sein Parteigenosse Albert Brömme war im selben Jahr Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Trotha, wurde 1924 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, war Revisor im Gewerkschaftskartell und Mitglied der Bezirksleitung der KPD. Oskar Fiedler, 1921 Kandidat für den Provinziallandtag, war 1924 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells und gehörte als Sekretär der KPD ebenfalls der Bezirksleitung der KPD an. Auch für die Mitglieder der KPD bietet es sich an, nicht nur auf die drei Stichjahre zu schauen, da sie in diesem Fall nur ganz geringe Aussagen zulassen. Betrachtet man allerdings dazu die Angaben aus anderen Quellen, erweitert sich das Bild. Wie man bereits im Vorfeld vermuten könnte, waren Mitglieder der KPD und auch der SPD zum großen Teil im Sektor der Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie vertreten und darin in den jeweiligen Zentral- und Fachverbänden, wie bei den Zimmerern, Metallarbeitern oder Buchbindern, außerdem waren sie gewerkschaftlich organisiert. Ein weiteres Feld war das der Arbeitersport- oder Freizeitvereine. Vielfach überschritten sich in der Arbeiterbewegung Vereinstätigkeiten im Arbeitersport mit politischen Ämtern. In Halle bekleidete Karl Pretsch 1932 das Amt des Vorsitzenden im Kegelklub Altmärker und saß zugleich seit 1929 für die KPD in der Stadtverordnetenversammlung, war aber als gelernter Steinsetzer zu diesem Zeitpunkt arbeitslos. Stadtverordneter Kurt Wabbel war Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes und Vorsitzender des Arbeitersportkartells. Joseph Somieski hatte 1929 für das Stadtparlament kandidiert, war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Bezirksleitung der KPD und 1932 Vorsitzender des Halleschen Arbeiter-Zither-Vereins. Die Ausbreitung des Vereinswesens der Arbeiter mit ihren verschiedenen Aktivitäten war von Ort zu Ort unterschiedlich. Im Idealfall bestand ein Arbeiter-, Sport- und Kulturkartell mit Arbeitergesangsverein, Theaterverein, Sportverein mit Sparten für Turnen, Fußball, Handball, Motorradverein, Athletenverein etc.²⁹⁴ Während des Zusammentreffens der Arbeiter standen Erholung und Geselligkeit und nicht vordergründig politische Themen im Vordergrund, jedoch besaßen die Zusammenschlüsse eine gemeinsame proletarische Basis und waren bereits allein in ihrer Frontstellung gegen die abgeschlossene Vereinswelt des Bürgertums begründet.²⁹⁵

Die 20er Jahre gelten allgemein als die Blütezeit gerade der Arbeiterkulturbewegung, jedoch verschärfte sich in den späten 20er Jahren der Gegensatz innerhalb der Vereine zwischen der KPD und der SPD und gipfelte wie im Arbeitersport vielfach im Aufbau eigener Einrichtungen. Der seit 1920 existierende Verband der deutschen Volksbühnenvereine besaß auch in Halle einen Volksbühnenverein, an dessen Gründung auch der USPD/KPD-Stadtverordnete Martin

²⁹⁴ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 168.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 173-176.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Knauthe beteiligt war und der später mehr als 4.000 Mitglieder umfasste, ursprünglich im Thalia-Theater spielte und später auch das Stadttheater für Aufführungen benutzte.²⁹⁶ Im Mittelpunkt der Volksbühnen standen die Distanzierung von einer Massenkultur wie durch Lustspiele etc. und der Schutz „einer ehemals vom Bürgertum ausgehenden und zu hoher Blüte gebrachten Theaterkultur“, die in Halle einer parteiübergreifenden Initiative entsprang.²⁹⁷ Im Spektrum der Gesangvereine für die Arbeiterschaft existierte vor Ort unter anderem der Arbeitersängerchor, der sich jeden Mittwoch im Volkspark zu einer Singstunde versammelte und dessen 25-jähriges Bestehen im Oktober 1932 gefeiert wurde. Bei seiner Gründung im Jahre 1907 hatten sich mehrere kleine hallische Arbeitergesangsvereine zu einer Liedergemeinschaft zusammengeschlossen, deren Gründungsanzahl von 120 Mitgliedern auf 260 Mitglieder zu Beginn des Ersten Weltkrieges anstieg. Nach einem kriegsbedingten Rückgang war die Mitgliederzahl von 1918 bis 1921 bis auf 360 Mitglieder gestiegen, während die Anzahl 1932 260 Personen betrug.²⁹⁸ Das Ziel des Kommunistischen Sängerbundes war es, die Proletarier durch „revolutionären Gesang“ für die eigene Sache zu begeistern. Daher sollte er bei großen Veranstaltungen der Kommunisten immer präsent sein, damit die Auftritte von einer möglichst breiten Masse verfolgt werden konnten.²⁹⁹

Kaum Aussagen lassen sich über eine Vernetzung der aufgeführten Mitglieder des RFB und des Reichsbanners treffen. Mehrheitlich gehörten die RFB-Mitglieder der KPD an, darunter die Stadtverordneten Otto Freundlieb, Paul Spies, Arthur Rohr und Partei-Ortsgruppenführer und der RFB-Bundesführer für Halle-Merseburg Richard Richter. Im Gegensatz zum Reichsbanner

²⁹⁶ Klenke, Dietmar/Lilje, Peter/Walter, Franz, *Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik*, Bonn 1992, S. 249 und 289. Vgl. auch Meinel, Sabine, Karl Völker. *Leben und Werk*. Dissertation, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2008, S. 121f.

²⁹⁷ Klenke/Lilje/Walter, *Arbeitersänger und Volksbühnen*, S. 332ff.

²⁹⁸ Vgl. KK, 8.10.1932 und 4.1.1921. Vereinsanzeiger: Arbeiter-Sängerchor jeden Mittwoch mit Singstunde im Volkspark; Frauen- und Mädchenchor jeden Donnerstag im Volkspark; Turn- und Sportverein Fichte in Volkspark-Turnhalle oder Glauchaer Schule / Taubenstraße; Touristenverein „Die Naturfreunde“ freitags im Stadtheim Weidenplan; Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale (Vereinslokal Goldene Kette); Arbeiter-Samariter-Kolonnie jeden Freitag in Aula der Martinsschule; Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“ (Paul Kraya, Mansfelder Straße 25, II); Arbeiter-Radfahrerverein Halle-Nord, Vereinslokal „Zur Sonne“, Richard-Wagner-Straße; Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Hinterbliebenen; Allgemeine Arbeiterunion im Restaurant „Zur Erholung“, Martinsberg; Arbeiter-Bildungsverein Kröllwitz, Vereinslokal Lindenhof. Vgl. ebd., 6.1.1921. Vereinsnachrichten: H.F.K. „Minerva“ mit Generalversammlung in der „Erholung“, Turn- und Sportverein „Fichte“ im „Hafen“, H.F.K. „Sportluft 07“ Versammlung bei Thomas, Arbeiter-Schwimmverein Halle (e.V.) Vorstandssitzung bei Lokal Thümmeler, Jacobstraße 23. Vgl. ebd., 21.1.1921. Vereine: Hallescher Arbeiter-Schachklub; Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern“, Vereinslokal Lohse, Humboldtstraße 1; Arbeiter-Geselligkeitsverein „Felsenfest“ mit großem Maskenball im Gasthof zum Mohr; Zentralverein proletarischer Freidenker, jeden Mittwoch in Produktivgenossenschaft. Vgl. ebd., 30.6.1922. Vereine: Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel, Vereinslokal „Lüderitzberg“, Reilstraße; Sportklub 1909, Vereinslokal „Zur Blume“, Torstraße 29, Kommunistische Jugend, Heim Rathausstraße 16; Kommunistische Kindergruppe, Rathausstraße 16; Ring-Sport- und Artistenklub „Siegfried“, Übungslokal Kohls Restaurant, Königstraße 4.

²⁹⁹ KK, 25.6.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

und dortigen gemeinsamen Mitgliedschaften von SPD- und DDP-Mitgliedern war der Kreis der RFB-Mitglieder auf KPD-Mitglieder und deren Anhängerschaft beschränkt bzw. war die Tätigkeit des RFB durch das Verbot von 1929 gestört und konnte nur in Nachfolgeorganisationen stattfinden (vgl. Tabelle 62). Von den acht nachgewiesenen Reichsbannermitgliedern mit Parteimitgliedschaft gehörten sechs Personen der SPD an, darunter die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Friedrich Ferchlandt und Georg Petersdorff, Landtagsmitglied Alex Möller sowie Reinhold Drescher, Gauleiter des Reichsbanners Halle-Merseburg und seine Sohn Fritz (vgl. Tabelle 63).

Als ehemaliges RFB-Mitglied Hans Hestermann bekleidete das Amt des Vorsitzenden des freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschusses und war zugleich Mitglied im Leninbund der linken Kommunisten. Interessant im Kontext der Vereinszugehörigkeiten ist 1930 der Übertritt der rund 100 Mann starken Ortsgruppe des Arbeiter-Konsum-Vereins zum hallischen Leninbund, der dadurch zur örtlichen Hochburg wurde.³⁰⁰

1.4 Zusammenfassung

Die eindeutige politische Situation in Halle vorausgesetzt, sollte mittels des Materials einer Personendatenbank untersucht werden, inwiefern sich für Halle parteiübergreifende und lagerinterne Beziehungen sowie Verbindungen zwischen einzelnen Akteuren nachweisen lassen. Welche Arten von Beziehungen wurden im Vereinskontext miteinander eingegangen?

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die fehlenden Mitgliederlisten der Parteien erst einmal nur schwache Aussagen zulassen, die sich mit den in den drei Stichjahren aufgenommenen Vereinsvorständen in Beziehung setzen lassen. Trotz dieser Umstände ermöglichen die Daten aus den Stichjahren ergänzt mit dem Quellenmaterial zum Untersuchungszeitraum ein breit gefächertes Bild der Beziehungen zwischen Parteien, Vereinen, Verbänden und Ämtern, das zumindest Tendenzen im Kontext von Zusammenschlüssen innerhalb der Lager aufzeigen kann, wobei allerdings ein Schwerpunkt auf der Seite des bürgerlich-nationalen Lagers auszumachen ist, der eindeutig aus der Quellengrundlage resultiert.

Auf der anderen Seite gibt es hingegen nur wenige Zusammenschlüsse, die so deutliche Überschneidungen verschiedener Parteien aufweisen wie diese beim Hallischen Bürgerverein und den Logen auftraten. Während indes gerade bei den Logen traditionell ein exklusiver Kreis der Honoratiorenschicht agierte, trafen im Hallischen Bürgerverein bereits Großbürger mit

³⁰⁰ Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin*, S. 283.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Kleinbürgern zusammen. Zudem traten oftmals Mehrfachmitgliedschaften auf, so dass gerade auch die Mitgliedschaften in den Logen, in der Stadtschützengesellschaft oder im Hallischen Bürgerverein ins weitere Vereinsspektrum und auf die Kommunalpolitik der Stadt streuten. Gerade die Logen und der Hallische Bürgerverein bestanden bereits vor dem Ersten Weltkrieg und sprechen daher auch für eine Form der Kontinuität, der Weiterführung des Lagerdenkens der Vorkriegszeit, welche sich in diesen Vereinigungen weitertrugen und auch unter der neuen Staatsform in Abgrenzung des sozialistischen Lagers konstituierten und auf weitere Vereine ausstrahlten.

Hinzu kommen der vor Ort stark vertretene Stahlhelm mit Mitgliedern aus DNVP, DVP und NSDAP, die zugleich im Stadtparlament aktiv waren, oder auch der Verein für Volkswohl, außerdem Vereine mit hohen Mitgliederzahlen, wie der Hallesche Turn- und Sportverein mit Friedrich Busse an der Spitze, so dass auch immer die Möglichkeit gegeben war, die Interessen und Vorstellungen der Vereinsmitglieder in die Stadtverordnetenversammlung zu tragen. Gerade auch die Bedeutung bürgerlicher Sportvereine für die Binnenintegration im nationalen Lager ist nicht zu unterschätzen, da sie häufig von stark vernetzten Honoratioren wie Busse geführt wurden. Das gilt ebenso für den Kreiskriegerverband unter Fritz Hoffmann, der wie Busse Stahlhelmmitglied und für den bürgerlichen Ordnungsbund in der Stadtverordnetenversammlung vertreten war. Der Stahlhelm war schließlich als Wehrverband auch im örtlichen Vereinswesen integriert und durch gemeinsame Veranstaltungen präsent und war lokale Verbindungen mit den Parteien des nationalen Lagers rechts der DDP eingegangen, einmal in Form von Mitgliedschaften, andererseits durch öffentliche Unterstützung gemeinsamer Anliegen innerhalb des Lagers.

Die örtliche Vereins- und Verbandsstruktur schuf einerseits den Zusammenhalt jenseits der Parteien und verband andererseits die Parteien mit den Vereinen durch die Verankerung politisch aktiver Personen innerhalb der vorhandenen Vereins- und Verbandsstrukturen. Im Ergebnis bedeutet das für das nationale Lager eine kulturelle Überformung in der Hinsicht, dass daraus durchaus politisch aktionsfähige Handlungseinheiten erwachsen. Einzelne Personen konnten durch ihre Mehrfachmitgliedschaften und ihr politisches Engagement mehrere Vereinsarten miteinander vernetzen und dadurch zugleich wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen miteinander verknüpfen. Vereine des nationalen Lagers waren somit auch Bestandteile der Einheitslisten, die als Bürgerblock, Parteien, Verbände und Vereine zusammenführte, um als eine bürgerliche Sammlungsbewegung auf kommunalpolitischer Ebene ein Gegenwicht zum sozialistischen Lager zu bilden.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Die lückenhafte Quellenlage erschwert es, genaue Aussagen zum eventuellen lokalen Aufstieg der NSDAP in Vereinen und Verbänden zu treffen. An nur wenigen genannten Beispielen lässt sich eine Zuordnung vornehmen, wonach NSDAP-Anhänger im bürgerlich Vereinsweisen integriert waren, so als Vorsitzende von Kriegervereinen, im Haus- und Grundbesitzerverein oder im Stadtschützenbund, wo sie keine Führungsrollen besaßen und weltanschaulich durchaus mit den Vereinskollegen konform waren. So war Rechtsanwalt Erwin Noack zugleich Mitglied in der Vereinigung „Schlaraffia“, der Loge „Burg am Saalestrande“ und der Johannisloge, bis 1931 im Stahlhelm und dann in der SA. Es kann aber von keiner nachweisbaren Verankerung der NSDAP im Vereins- und Verbandswesen der Stadt gesprochen werden, dieses wurde mehrheitlich von Mitgliedern bürgerlicher Parteien dominiert. Die Nationalsozialisten lehnten sich an die Strukturen der bürgerlichen Feste, Feiern und Aufmärsche an und gingen Kooperationen ein, anstelle dass es zu einer Auflösung der bürgerlich-nationalen Vereinsstrukturen kam.³⁰¹

Für das sozialistische Lager wurde die Dominanz an Parteimitgliedern in Arbeiterfachverbänden, Gewerkschaften und beim Arbeitersport bereits angedeutet, trotzdem muss man dahingehend differenzieren, dass in dem Fall von einer niedrigen Intensität kultureller Überformung zu sprechen ist. Für das sozialdemokratischen Lager der Kaiserzeit stellte Watermann bereits fest, dass es kein dem bürgerlich-nationalem Lager entsprechendes breit gestreutes Netz an Vereinen gab, sondern eher ein auf die Partei ausgerichtetes Organisationssystem, sowie Gewerkschaften und Konsumvereine und den Arbeitersport.³⁰²

Exkurs: Lagerinterne und lagerübergreifende Polarisierung im Arbeitersport

Der Gegensatz zwischen nationalem und linkem Lager wird auch auf der Ebene der Konfrontation zwischen der Arbeitersportbewegung und der bürgerlichen Sportbewegung in Halle deutlich, deren Mitgliederzahl jedoch weit über denen der Arbeitersportler lag. Zeitweilig standen 15.000 Mitgliedern in bürgerlichen Sportvereinen 3.000 Arbeitersportler gegenüber, eine Asymmetrie, die mit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Mitglieder und öffentlichen Zuwendungen korreliert.³⁰³ Die Kritik der Arbeitersportler richtete sich größtenteils gegen die von ihrer Seite als ungerecht angeprangerte Vergabepaxis von finanziellen

³⁰¹ Vgl. dazu auch Bösch, Frank, Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Politische Kultur der Zwischenkriegszeit 1918-1939 (Sonderheft Geschichte und Gesellschaft 21), Göttingen 2005, S. 181.

³⁰² Watermann 2017, S. 291f.

³⁰³ Vgl. Neuholz, Hans-Dieter, Die bürgerliche Turn- und Sportbewegung der Stadt Halle in der Zeit der Weimarer Republik 1919-1932, Diss., Halle 1972, S. 10.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Unterstützungen, wobei in ablehnenden Begründungen den Arbeitervereinen oftmals ihre politische Haltung und die Gefährdung des Staates vorgeworfen wurden. Zugleich kritisierten die Arbeitersportvereine die von einigen Unternehmen initiierten Gründungen von sogenannten Werksportvereinen, „um sich eine ihnen gefügige Arbeiter- und Angestelltenschaft zur besseren Ausbeutung zu erziehen“ und in denen man eine zu starke Gesinnungsbeeinflussung der Arbeiter und Angestellten und eine starke Bindung an die jeweiligen Betriebe befürchtete.³⁰⁴ Im Rahmen des Werk- und Behördensports des Bürgertums traten Vereine besonders bei der Post, der Reichsbahn und der Polizei auf, zudem existierten Ortsgruppen größerer Berufsgruppenverbände wie des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes oder des Verbandes des Hotelangestellten. Hinzu kamen die Sportvereine der hallischen Kaufhäuser Karstadt, Huth, Lewin, Krankenkassen, Landesbanken, Gerichte und andere.³⁰⁵ Bei Fragen der finanziellen Unterstützung wandte man sich an den Ortsausschuss für Jugendpflege, der den Arbeitervereinen aber oftmals die Gelder und teilweise das Recht eines Jugendpflegevereins verweigerte und ihnen in Begründungen ihre politische Haltung und eine Gefährdung des Staates vorwarf.³⁰⁶ Beispielsweise richtete die Ortsführung der Roten Jungfront Anfang 1928 einen Anerkennungsantrag an den Ortsausschuss zum Zweck der Fahrpreisermäßigung, der im Gegensatz zu den Jugendgruppen des Kyffhäuserbundes nicht positiv beschieden wurde. Im selben Jahr wandte sich Polizeipräsident Oexle an das städtische Jugendamt mit der geheimen Aufforderung, Ortsausschüsse und Jugendämter im Regierungsbezirk über die „wahren Absichten des RFB“ in Kenntnis zu setzen.³⁰⁷ Auch in den Kommunalparlamenten betonten die Kommunisten ihre Schwierigkeiten bei der Erlangung einer finanziellen Förderung im Gegensatz zu den bürgerlichen Sportvereinen. Als im Provinziallandtag ein entsprechender Antrag von Sozialdemokraten und Bürgerlichen abgelehnt wurde, gab dies den Kommunisten die Gelegenheit, deren Verhalten gegenüber dem Arbeitersport zu kritisieren und ihre Anhänger gegen die SPD in Stimmung zu bringen.³⁰⁸ Schon 1921 beklagten die Kommunisten in einer öffentlichen Sportversammlung die nach wie vor existierenden Unterschiede zwischen bürgerlichen und Arbeitersportlern und die Bevorzugung Ersterer durch die Behörden und forderten neben einer finanziellen Unterstützung der Arbeitersportler den Zugang zu städtischen Sportanlagen.³⁰⁹ Mit dem 1893

³⁰⁴ KK, 9.1.1928.

³⁰⁵ Vgl. Neuholz, Turn- und Sportbewegung, S. 50-54.

³⁰⁶ Vgl. ebd., S. 64 (RP am 23.7.1924, Städt. Jugendamt, Nr. 15).

³⁰⁷ StAH, Ortsausschuss für Jugendpflege, Gruppe V Nr. 6: 11.1.1928 Ortsführung der Roten Jungfront (Franz Dietrich) an den Ortsausschuss, 6.7.1928 Der Polizeipräsident Oexle an das städtische Jugendamt (Geheim).

³⁰⁸ Vgl. KK, 21.5.1927: „Die Arbeitersportler sehen an diesem Beispiel erneut, was es mit dem Interesse der Sozialdemokraten gegenüber dem Arbeitersport auf sich hat. Sie sollten sich dieses schnöde Verhalten dieser ‚Arbeitervertreter‘ gut merken und ihnen bei passender Gelegenheit die Quittung dafür erteilen.“

³⁰⁹ Vgl. Ebd., 24.1.1921.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

gegründeten Arbeiterturnerbund (ATB) hatte die Arbeiterschaft eine selbständige Sportbewegung im Gegensatz zur Deutschen Turnerschaft geschaffen. Dabei galt es auch, die dort zahlreich organisierten Arbeiter zurückzugewinnen. Dem Arbeiterturnerbund folgten mit dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, dem Touristenverein Naturfreunde und anderen Vereinen weitere Arbeitersportverbände, die sich 1912 zur Zentralkommission für Sport und Körperpflege zusammenschlossen.³¹⁰ Vereine, wie der Ballspiel-Klub Giebichenstein oder die Sportvereinigung „Achilles“ von 1890 betonten in ihren Statuten, dass nur Personen aufnahmefähig seien, die keiner bürgerlicher Organisation angehören.³¹¹ Äußert konfliktreich gestaltete sich die Arbeit des 1919 umbenannten Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB), der sich zwar auf die sozialistische Weltanschauung berief durch das Auftreten der Kommunisten. Die auf der Bundestagung 1919 mehrheitlich beschlossene parteipolitische Neutralität erwies sich dauerhaft als wenig hilfreich, die Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiterparteien zu umgehen, trotz gemeinschaftlicher Frontstellung gegenüber den bürgerlichen Sportorganisationen. Auf Treffen des Sportbundes wurden die Mitglieder aufgefordert, sich öffentlich für die Anliegen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften einzusetzen, wie den Achtstundentag oder den Volksentscheid zur Fürstenteignung.³¹² Vor allem galten ihre Aufforderungen all den Arbeitern, die immer noch Mitglieder in bürgerlichen Sportvereinen waren und die man in die Reihen der Arbeitersportvereine holen wollte.³¹³ Als „klassenbewusste Arbeitersportler“ sollten alle Sportler auch die politischen Anliegen der Arbeiterschaft unterstützen, womit die Abhängigkeit der Arbeitersportbewegung von der gesamten Arbeiterbewegung unterstrichen wurde.³¹⁴ Immer wieder kam es auch zu größeren Sportveranstaltungen des Kartells, wie aus Anlass des Reichs-Arbeiter-Sporttages, zu dem sich in Halle rund 16.000 Personen versammelten. Die Zentralkommission für Arbeitersport in Berlin wandte sich in dem Zusammenhang an die Hallenser Gruppe und kritisierte die einseitige kommunistische Einstellung und Führung. Auch vom Polizeipräsidenten wurde der Mehrzahl der hallischen Delegierten als linksradikal eingestuft.³¹⁵

³¹⁰ Ueberhorst, Horst, Bildungsgedanke und Solidaritätsbewusstsein in der deutschen Arbeitersportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik, in: AfS 275 (1984), S. 276. Vgl. Dierker, Herbert, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre: Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990.

³¹¹ Vgl. StAH, Ortsausschuss für Jugendpflege, Gruppe I Nr. 16 und Gruppe I Nr. 44.

³¹² Vgl. KK, 17.5.1926 und 14.12.1925: „Die Massen müssen mit den Bürgerlichen brechen. Die Eltern und die Arbeitsgenossen müssen die Jugendlichen aufklären, um sie den bürgerlichen Vereinen zu entreißen und als Klassenkämpfer zu erziehen.“

³¹³ Vgl. ebd., 5.7.1926: „Kann ich sportlich unterstützen, was ich politisch bekämpfe? [...] Arbeiter in den bürgerlichen Vereinen! Heraus aus der Verdummbeutlung, schaufelt nicht selbst Euer Grab, tretet ein in die Arbeiter-Sportvereine, in die ihr gehört, schließt die Reihen des Proletariats, dann wird durch Einheit und Geschlossenheit im Kampfe der Sieg auch unser werden!“

³¹⁴ Ebd., 27.1.1927.

³¹⁵ LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 200.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Dass im hallischen Kartell die Anhänger der KPD dominierten, zeigte sich insbesondere immer wieder in Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratischen Delegierten.³¹⁶ Ein Bezirks-Turn- und Sportfest der Arbeitersportler fand 1925 unter dem Symbol der roten Fahne statt und richtete sich speziell gegen die „Spalter der Arbeitersportbewegung, die Reformisten“, denen man vorwarf der Verbürgerlichung des Arbeitersports entgegenzuarbeiten.³¹⁷ Trotzdem wollte man mit der 1927 erfolgten Gründung eines Arbeiter-Reisebrieftaubenvereins sogar den bürgerlichen Vereinen dieser Art eine eigene Vereinigung entgegensetzen, die bis dato bei den Veranstaltungen der nationalen Vereine und Verbände präsent gewesen waren.³¹⁸ „Warum muß der Arbeitersportler Kommunist sein?“, fragte der „Klassenkampf“ im Oktober 1927 und wies seine Leserschaft erneut explizit darauf hin, dass in den politischen Momenten der Arbeitersportbewegung die Abgrenzung zum bürgerlichen Sport offensichtlich wurde. Als „im anderen Lager“ stehend war es nicht das Ziel der Kommunisten, Sport zu treiben, „um irgendwelche Kanonen zu züchten oder Rekorde zu schlagen“.³¹⁹

Auf bürgerlicher Seite hatte sich in Halle nach dem Ersten Weltkrieg der Wunsch ergeben, alle Turn- und Sportvereine der Stadt unter einem Dach zu vereinen. Der im April 1919 erfolgte Zusammenschluss der sogenannten „bürgerlichen Turn- und Sportvereine“ im „Halleschen Ausschuss für Leibesübungen“ erfolgte unter Ausschluss der Arbeitervereine, deren Mitgliedschaft von bürgerlichen Vereinen nicht akzeptiert war. Auf kommunalpolitischer Ebene gehörte der Ausschuss zu den Unterstützern der Einheitsliste des Bürgertums gegen die Linken.³²⁰ Nach eigener Auffassung sahen sich die dem Ausschuss angegliederten Vereine aber als politisch neutral an und deklarierten die „Scheidung in Klassen“ als „unmöglich, weil rein organisatorisch die angeblich ‚bürgerlichen‘ Turn- und Sportverbände mehr Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählen als die Arbeiter-Turn- und Sportverbände.“³²¹ Von der bürgerlichen Turnerschaft unterschieden sich die Arbeitersportler – obwohl politisch ambitioniert – teils nur durch die während eines Festzuges mitgeführten Transparente und Schilder, welche ihrem Auftreten eine „revolutionäre Note“ gaben.³²² Andererseits hatte sich bereits 1922 der Sportverein HFC-Teutonia auf einer Versammlung mehrheitlich dazu entschieden, sich dem bürgerlich-nationalen Lager

³¹⁶ Vgl. VB, 20.06.1927: „Eine der wenigen, den Kommunisten in Halle noch verbliebenen Positionen, wo sich diese wildgewordenen Spießer nach Herzenslust austoben können, ist das sogenannte Arbeiter-Sport- und Kulturkartell. Was sich die kommunistischen Delegierten in der am Dienstag stattgefundenen Sitzung wieder an Ausfällen gegen die sozialdemokratischen Sportler, mit denen sie doch Hand in Hand arbeiten wollen, leisteten, spottet jeder Beschreibung.“

³¹⁷ KK, 13.7.1925.

³¹⁸ Vgl. Ebd., 4.4.1927.

³¹⁹ Ebd., 6.10.1927.

³²⁰ Hallescher Turn- und Sportalmanach, S. 77. Vgl. SZ, 19.10.1929.

³²¹ Ebd., S. 80.

³²² SZ, 1.9.1919.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

zuzuordnen, so dass später neben diesem Verein weiterhin ein kommunistischer mit demselben Namen existierte.³²³

Über mehrere Jahre erstreckten sich die Auseinandersetzungen innerhalb des Arbeiter-Sport-Kartells zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Sportlern, die schließlich 1928 zur einer Aufspaltung des Kartells führten, welche die Kommunisten den Sozialdemokraten anlasteten und ihnen gleichzeitig vorwarfen, damit die Linksbewegung zu schwächen, obwohl gerade ein gemeinsames Engagement zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den seltensten Fällen reibungslos ablief. Auch in der Arbeitersportbewegung standen sich KPD und SPD als gegensätzliche Pole gegenüber. Die internen Konflikte innerhalb der Arbeitersportbewegung hervorgerufen durch die von den Parteien praktizierte Einbeziehung in die politische Auseinandersetzung erschwerten eine gemeinsame Linie und ließen eine Spaltung unausweichlich werden.

Im Juni 1928 trat der sozialdemokratische Regattaklub aus dem Sportkartell Halle aus, worin der Vorstand des Kartells eine „offene Unterstützung der bürgerlichen Sportbewegung“ erblickte und dies zum Anlass nahm, offene Propaganda gegen die Gefährdung der Arbeitersportbewegung zu führen, die selbst als geschlossene Bewegung wahrgenommen wurde.³²⁴ Die Bezirksleitung der KPD im Bezirk Halle-Merseburg hatte 1928 ihrer Wahrnehmung nach eine gute Position im hallischen Arbeitersport eingenommen. Bereits in den Monaten vor der Spaltung hatte es aufgrund der Teilnahme zahlreicher Arbeitersportler an den Märzfeiern 1928 Probleme mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund in Leipzig und dessen „reformistischen Stellen“ gegeben. Zugleich traten die kommunistischen Anhänger unter ihren Sportlern auch für ein politisches Bewusstsein ein und lehnten gegenteilige Auffassungen stark ab.³²⁵ Die Teilnahme der Arbeitersportler an den Märzfeiern und die Unterstützung der IAH während Metallarbeiterkämpfen waren Programm der im Frühjahr 1928 verstärkten Arbeit zur Politisierung im Arbeitersport. Zum Reichstagswahlkampf 1928 wurde die „vorbildliche Arbeit“ der Sportfraktion der BL der KPD, besonders in Halle hervorgehoben, darunter die „wertvolle Arbeit“ durch den Arbeiter-Radfahrerbund.³²⁶ Die sozialdemokratische Presse und Sportpresse verkündete daraufhin ein „Gross-Reine-machen“ im Arbeitersport, das schließlich die Auflösung des Bezirkskartells Halle-Merseburg durch den Zentralverband nach sich zog.³²⁷ Die Neubildung

³²³ Vgl. KK, 24.3.1922; StAH, Gruppe I Nr. 71, HFC Teutonia 08 (15.8.1931).

³²⁴ KK, 14.6.1928.

³²⁵ Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/57, Bl. 3 (Bericht der Sportabteilung für die Monate März – Mai 1928).

³²⁶ Ebd., Ry 1/I 3/11/40, Bl. 16f. (in Politischer Bericht für April und Mai 1928).

³²⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/19, Bl. 124f. (Bericht über die Spaltungsmaßnahmen in der Arbeitersportbewegung des Bezirks Halle-Merseburg und unserer Arbeit, 14.12.1928). Vgl. KK, 3.7.1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

eines Kartells für Arbeitersport und Körperpflege sollte nur unter der Bedingung erfolgen, dass die zukünftig aufgenommenen Vereine keine Verbindung zur KDP haben bzw. deren Propaganda nicht unterstützen.³²⁸ Im Gegenzug hatten sich im August 1928 23 Vereine für eine einheitliche Arbeitersportbewegung entschieden.³²⁹ Mit der Anschuldigung, die Spaltung des Kartells verursacht zu haben, wurde den SPD-Anhängern der Vorwurf gemacht, „den Arbeitersport zu verbürgerlichen“ und die Arbeiter somit von der Bewegung zu entfernen, wo es doch ihre Aufgabe wäre, den Arbeitersport zu stützen, anstatt sich in politischen Entscheidungen dem bürgerlich-nationalen Lager anzunähern.³³⁰ Gleichzeitig forderte die KPD Halle-Merseburg die „Genossen in den Sportorganisationen“ zum Massenprotest gegen den Panzerkreuzerbau auf, denn zur Unterstützung der Arbeitersportbewegung würden von der bürgerlichen Regierung keine Mittel zur Verfügung gestellt, die jedoch für Kriegszwecke vorhanden wären.³³¹ Die Spaltung der Arbeitersportbewegung traf auch unmittelbar einzelne Vereine, wie den Sportverein „Blau-Weiß“, aus dem 1928 der Arbeiter-Turn- und Sportbund „Blau-Weiss 1928“ hervorging, dessen Mitglieder bis dato mit denen zusammen waren, „welche sich als Stahlhelmer usw. entpuppten, also diejenigen, welche mithelfen, die Arbeiterschaft politisch, wirtschaftlich und auf sportlichem Gebiete zu unterdrücken.“³³² 1929 hatte sich aus der Interessengemeinschaft der ausgeschlossenen Arbeitersportvereine ein Kartell der Arbeitersportbewegung unter dem Vorsitzenden Kurt Wabbel neugebildet, welcher sich auf Werbeabenden scharf gegen die bürgerlichen Sportverbände äußerte.³³³ Reichsweit war aus der Interessengemeinschaft 1930 die „Kampfgemeinschaft für die Rote Sporteinheit“ entstanden, welche sich von nun an als kommunistische Gegenorganisation innerhalb der Arbeitersportbewegung zu etablieren versuchte. Diese sah sich selbst durch Schikanen von außen wie den Entzug der Übungsstätten unterdrückt. Ende September 1932 gehörten der „Kampfgemeinschaft“ 236 Vereine mit 13.836 Mitgliedern an, nicht eingerechnet die 2.472 Kinder. Den größten Teil umfasste die Fußballsparte, während es Schwächen bei Radfahrern zu verzeichnen gab, da der größte Teil noch im „reformistischen“ Bund „Solidarität“ organisiert war.³³⁴ Die Sportveranstaltungen anlässlich der 10. Verfassungsfeiern lösten auf kommunistischer Seite erneut Schimpftiraden gegenüber den Sozialdemokraten nahestehenden Sportvereinen aus, denen sie vorwarfen, sich den Bürgerlichen

³²⁸ Vgl. KK, 6.8.1928. Neuer Vorsitzender Drescher, 1. Schriftführer Lange (TV „Die Naturfreunde“), 2. Schriftführer Thamm (ATGV), Kassierer Philipp (Arbeiter-Athletenbund). Vgl. Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre, S. 83f.

³²⁹ Vgl. KK, 23.8.1928.

³³⁰ Ebd., 21.9.1928.

³³¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/48, Bl. 38.

³³² StAH, Ortsausschuss für Jugendpflege, Gruppe I Nr. 50.

³³³ Vgl. KK, 20. und 22.6.1929.

³³⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/7, Bl. 118ff.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

anzunähern, und derartige Arbeitersportler nicht mehr dem eigenen, sondern dem „anderen Lager“ zuordnen.³³⁵ Die Agitation gegen die Sozialdemokratie fand durch den Vorwurf, dass es unter Führung der „Sozialfaschisten“ zur Verfolgung der „roten Sportler“ gekommen war, innerhalb der Kampfgemeinschaft klare Worte.³³⁶ Ihre Abgrenzung bestand auch darin, dass sich ihre Kritik an der bürgerlichen Sportbewegung mit deren Gedanken zur Arbeitsdienstpflicht und damit verbundener Sportpflicht als Ersatz für die ehemalige Militärdienstpflicht verband. Darin sahen sie die nahe Verbindung zur wehrpolitischen Erziehung, deren Ausbau von bürgerlicher und nationalsozialistischer Seite vorangetrieben würde.³³⁷

Die vielfach unterschiedliche Wahrnehmung von sozialdemokratischem Volksblatt und kommunistischem „Klassenkampf“ spiegelt unter anderem die Beurteilung eines Fackelzuges des hallischen Arbeiter-Sport- und Kulturkartells 1929 wider. Während der „Klassenkampf“ 2.000 Arbeitersportler und 4.000 Personen auf dem Hallmarkt ausgemacht hatte, bemerkte das Volksblatt lediglich 700 Personen und 160 bis 170 Mann bei den Spielmannszügen und bezeichnete die von Kurt Wabbel getroffene Aussage, nach der „Tausende von Arbeitern und Sportlern“ den Aufrufen gefolgt waren, als lächerlich.³³⁸ „Arbeiter, glaubt ihr, daß solche Vorgänge der Arbeiterbewegung würdig sind?“, fragte das Volksblatt nach Ausschreitungen nach einem Fußballspiel der „roten“ Viktorianer und rief die Arbeiter auf, sich wieder in den Arbeitersportvereinen der SPD zu organisieren, anstatt sich einem „kommunistischen Skandal-Verein“ anzuschließen.³³⁹ Zusätzlich zur Zeitung „Klassenkampf“, aber ohne Einschränkung desselbigen, erschien ab 1. März 1930 der „Mitteldeutsche Arbeitersport“ als Organ der ausgeschlossenen Vereine.³⁴⁰ Zum Reichstagswahlkampf im September 1930 traten die „roten Sportler“ als Wahlhelfer der KPD auf und veranstalteten Sportwettbewerbe und Aufmärsche durch die Stadt hin zum Stadion.³⁴¹ Zusammen mit der RGO riefen sie ihre Anhänger zu einem „roten Sportkongress“ im Volkspark zusammen und warben für die Unterstützung ihrer politischen Ziele.³⁴² Wenig später wurde dem Arbeiter-Sport- und Kulturkartell durch Polizeipräsident Oexle mitgeteilt, dass es unter die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 fiel, d.h. den Bestimmungen der Notverordnung.³⁴³ Von

³³⁵ KK, 10.8.1929.

³³⁶ Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre, S. 89f., aus: „Richtlinien der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“, Berlin 1931.

³³⁷ KK, 5.10.1931: „Arbeitersport gegen Arbeitsdienst-Sport“.

³³⁸ VB, 30.9.1929, vgl. KK, 28.9.1929.

³³⁹ VB, 8.12.1930.

³⁴⁰ Vgl. KK, 17.3.1930

³⁴¹ Ebd., 6.9.1930. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/45, Bl. 52 (Bericht über Reichstagswahlkampf 1930 in Halle).

³⁴² Vgl. KK, 18.3.1931.

³⁴³ Vgl. KK, 27.4.1931.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Seiten des Regierungspräsidenten waren die der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege angeschlossenen Organisationen als politische Organisationen angesehen worden, da Aufrufe der „Eisernen Front“ auch von ihnen unterzeichnet wurden.³⁴⁴ Auch der am 2. Oktober 1932 geplante Arbeitersportumzug der SPD-Anhänger wurde durch den Polizeipräsidenten wegen der noch in Kraft befindlichen VO des RmdI zum Verbot von Umzügen unter freiem Himmel untersagt. Bei den parallel stattgefundenen Aufmärschen des Stahlhelms zu Hindenburgs Geburtstag bemerkte das Volksblatt dagegen keinerlei Bedenken der zuständigen Behörden, ebenso beim Umzug der Ehemaligen 36er oder beim Staffellauf des Halleschen Ausschusses für Leibesübungen oder täglichen Übungen der Nationalsozialisten am Gimritzer Damm.³⁴⁵

2. Kulturelle Leit- und Gegenbilder

Um der Organisation der Lager und der Basis ihres Zusammenhalts in Halle auf den Grund zu gehen, muss vor allem gefragt werden, auf welchen ideologischen Leitvorstellungen und Positionen sich Lagerbildung und Lagerkonfrontation stützten, abgesehen von den zuvor ermittelten Aussagen zum gemeinsamen Auftreten der Mitglieder verschiedener Parteien in einem Lager.

Durch die Analyse der Leit- und Gegenbilder, die sowohl zu einer Stabilisierung als auch zu einer Verschärfung der Frontstellung durch polare Feindbilder führten, soll die Bedeutung der Feindbilder für das politische Handeln in der Stadt und für die Konstituierung der politischen Lager herausgestellt werden. Bei der Beschäftigung von Feindbildern gilt es daher die gesellschaftlichen Situationen zu analysieren, in welcher Feindbilder existieren und hervorgebracht wurden. Schließlich können unterschiedliche Arten von Feindbildern sowie deren Ursachen und Bedeutung ausgemacht werden.³⁴⁶

Entsprechend den klassischen Ausführungen des Staatsrechtlers Carl Schmitt ist die Unterscheidung von „Freund und Feind“ eine entscheidende Kategorie für das Wesen des Politischen bzw. dafür, worauf sich „die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen“. Seinen Ausführungen zufolge steht das Politische dafür, dass es „stark genug ist, die Menschen nach Freund und Feind effektiv zu gruppieren“. Auch geht es ihm inhaltlich gesehen nicht darum, dass der Feind „moralisch böse“ oder „ästhetisch häßlich“ sei, sondern er sei der „Fremde“, mit

³⁴⁴ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1916, Bl. 167 (Der RP an den OP am 25.10.1932).

³⁴⁵ Vgl. VB, 4.10.1932.

³⁴⁶ Vgl. Reichardt, Feindbild, S. 257.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

dem es im Extremfall zum Kampf kommen konnte, wobei in dem Fall, wo es um die „innerstaatlichen Gegensätze“ geht, ein Kampf ein Bürgerkrieg sein würde.³⁴⁷

Dieser Ansatz verdeutlicht vor allem auch, dass die wichtigste Funktion von Feindbildern die ist, die eigene Gruppe zu einer Geschlossenheit zu führen, damit sie sich zum Zweck des eigenen Machterhalts festigen kann.³⁴⁸ In der Zeitgeschichte haben vor allem die Ereignisse des 11. September 2001 gezeigt, welche tragende Bedeutung der Feindbildgedanke gerade im politischen Extremismus spielt und welchen kriegerischen Auswirkungen diesen Vorstellungen folgen können. Was im Jahr 1983 die „Evil Empire Speech“ des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan bezüglich der Gefährdung durch die Sowjetunion darstellte, das symbolisierte 1931 für das bürgerlich-nationale Lager „die marxistische, volks-, wirtschafts- und christentumsfeindliche Herrschaft Rotpreußens“, die „droht das ganze deutsche Volk in namenloses Elend und Unglück zu stürzen“³⁴⁹.

Feindbilder sind eindeutig negativ konnotierte Wahrnehmungen, welche die Funktion haben, die Positionen einer Gruppe zu festigen und sich entsprechend einem bestimmten Gegner gegenüber zu positionieren. Dabei handelt es sich um stereotype, abstrakte Ansichten, die eine ganz bestimmte einseitige und abwertende Vorstellung vom jeweiligen Feind wiedergeben. Ziel der immer wiederkehrenden Feindbilder ist es, das eigene Lager bzw. die eigene Gruppe zu mobilisieren und ein einheitliches Auftreten und Selbstbild zu entwerfen. Gerade totalitäre Regime wie Kommunismus oder Nationalsozialismus spielen in der Feindbildthematik eine entscheidende Rolle, da sie die stärksten Feindbilder hervorgebracht haben, von Hannah Arendt als „objektive Feinde“ bezeichnet.³⁵⁰ Einem einzelnen Menschen bedeutete ein vorhandenes Feindbild die Identifikation mit einer bestimmten Gruppe, d.h. die Zugehörigkeit zu den „Guten“ in Abgrenzung von den „Schlechten“. Durch bestimmte Parolen wird der Gegner degradiert, gar entmenschlicht, wie beispielsweise der Begriff „Ungeziefer“, der im vorliegenden Fall vom Wehrwolf die Juden betreffend angewendet wurde.³⁵¹ Für die gesamte Gesellschaft oder größere Teile der Gesellschaft ist deren Stabilisierung als Auswirkung eines starken Feindbildes zu sehen, dessen Bekämpfung das eigene Selbstbild stärkte. Hinzu kommt die vor allem durch die

³⁴⁷ Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen* [Text von 1932], Berlin 1963, S. 26f. und 37.

³⁴⁸ Vgl. Rothe, Klaus, *Feindbilder und demokratische politische Kultur*, in: Voit, Hartmut (Hg.), *Geschichte ohne Feindbild?*, Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989, Erlangen 1992, S. 33f.

³⁴⁹ Ronald Reagan am 8. März 1983 vor der National Association of Evangelicals in Orlando, Florida; *Der halbesche Stahlhelm auf einem Plakat*, in: SZ, 16.3.1931.

³⁵⁰ Vgl. Reichardt, Sven, *Feindbild und Fremdheit. Anmerkungen zu ihrer Wirkung, Bedeutung und Handlungsmacht*, in: Ziemann, Benjamin (Hg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung* (= Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1), Essen 2002, S. 252ff.; Reichardt, *Kampfbünde*, S. 611f.

³⁵¹ *Der Wehrwolf*, Nr. 21, 21.7.1926; Nr. 21, 21.7.1926.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Medien ermöglichte Manipulation der öffentlichen Meinung zu einzelnen Feindbildern.³⁵² Ein bestimmtes Feindbild wirkt in seiner Ausprägung demgemäß besonders auf die Eigengruppe bzw. das eigene Lager integrativ und gemeinschaftsbildend, was wiederum die potentielle Handlungsfähigkeit der Gruppe steigerte.³⁵³ Das jeweilige Umfeld der politischen Akteure, ihre erlebten Erfahrungen, die krisenartige Situation nach dem Ersten Weltkrieg und der zunehmende Einfluss der Medienlandschaft haben zur Herausbildung unterschiedlich starker Feindbilder beigetragen und wiederum Voraussetzungen für eine ansteigende Radikalisierung und Akzeptanz der Gewalt in der Zwischenkriegszeit geboten. Bei der Auseinandersetzung mit den Feindbildern der Weimarer Zeit geht es auch immer um die Verarbeitung von Kriegserfahrungen. Die in dem Zusammenhang entstandenen Kriegsmymen und die Feindbilder aus dem Ersten Weltkrieg wurden fortgeführt bzw. fanden ihre Erweiterung in zukünftigen Schlagwörtern, wie der „Dolchstoßlegende“. Mit der Etablierung bestimmter Feindbilder wurde vielfach die Gewaltanwendung gerade in den Weimarer Endjahren erleichtert und legitimiert. Die Bedrohung durch ein Feindbild bzw. einen Gegner stellte für die eigene Gruppe eine Gefahr dar, daher waren Feindbilder notwendig, um sich von den anderen und nach außen abzugrenzen. Aufgabe der Feindbilder war es, als verbindende Elemente gegen den äußeren Feind oder die äußeren Feinde aufzutreten, dem man jeweils die Schuld an der aktuellen Lage gab. Mit der Thematisierung von Feindbildern in der Öffentlichkeit, d.h. in der Presse, auf Veranstaltungen etc., sollte das Gefühl der Bedrohung verstärkt und deren Relevanz für die Gesellschaft aufgezeigt werden, was durch entsprechend scharf formulierte Ausdrücke sichtbar wurde. Dabei konnte es über die Jahre zu verfestigten Strukturen von Feindbildern kommen, die an bereits bestehende Vorurteile anknüpften.³⁵⁴ Schon in den frühen Äußerungen des Stahlhelms bzw. der „Saale-Zeitung“ wurden die Kommunisten unter anderem als „rote Horden“ bzw. „Spartakistenhorden“ bezeichnet.³⁵⁵

Als das einzige „emotional wirksame Integrationsmittel“ (Hagen Schulze) der Nachkriegsgesellschaft stand jedoch die Ablehnung des Vertrages von Versailles, die im bürgerlich-nationalen Lager zum entscheidendsten Selbstbild aufstieg und neben der Dolchstoßlegende und der

³⁵² Sommer, Gert, Zur Psychologie von Feindbildern, in: Voit, Hartmut (Hg.), Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989. Erlangen 1992, S. 20ff.

³⁵³ Vgl. Reichardt, Feindbild, S. 271.

³⁵⁴ Vgl. Jesse, Eckhard, Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse, Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Bonn 2005, S. 5-22. Zu Feindbildern in der Presse vgl. Scherrmann, Michael, Feindbilder in der württembergischen Publizistik 1918-1933. Russland, Bolschewismus und KPD im rechtsliberalen „Schwäbischen Merkur“, in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Langewiesche, Dieter/Ullmann, Hans-Peter (Hg.), Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F. 5), Essen 1997, S. 388-402.

³⁵⁵ SZ, 9.10.1925 und 3.4.1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Wahrnehmung der Kriegsfeinde eine entscheidende Rolle beim Scheitern der Weimarer Demokratie einnahm, denn die Nichtakzeptanz der deutschen Niederlage und der Revisionsgedanke begleiteten die Gesellschaft bis zum Ende der Republik. Ein bereits existierender extremer Nationalismus stand somit von vornherein einer demokratischen Neuordnung im Wege, so dass der Vertrag von Versailles und seine Bedingungen nicht als Ursprung zu sehen sind, sondern als Agitationsmittel der Rechten in den Vordergrund gelangten.³⁵⁶ Die deutsche Form des Nationalismus bestand als Weltbild bis 1918, als der veränderten gesellschaftlichen Situation nach dem Krieg mit neuen Herausforderungen begegnet werden musste. Durch Kriegsniederlage, Versailler Vertrag und die spätere Weltwirtschaftskrise entwickelte sich mit der Form eines radikalen Nationalismus die scheinbare Antwort auf die Probleme der Zeit.³⁵⁷ Anstelle der alten und konservativen Form mit dem Wunsch nach der Rückkehr zum Kaiserreich vertrat die neue und damit radikalere Form des Nationalismus vor allem die Umdeutung in eine rassische Volksgemeinschaft, d.h. die Erfassung aller rassereinen Volksgenossen. Zusammen mit dem Erfolg der neuen Bewegung mit ihrer Kritik an der Republik und der einschneidenden Wirkung des Führermythos konnte ein von nationalistischer Massenbewegung zur politischen Religion gesteigerter Nationalismus entstehen bzw. sich verfestigen.³⁵⁸ Als Selbstbeschreibung im bürgerlich-nationalen Lager und zur Abgrenzung gegenüber den Gegnern zählte gerade der Begriff der „Volksgemeinschaft“, welche man spätestens mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges als gesellschaftliches Ideal ansah und die man nun weiterhin durch innere und äußere Feinde bedroht sah, weshalb es beständig galt, sie zu schützen. Das deutsche Volkstum wurde als das höchste Gut betrachtet, weswegen „seine Erhaltung gegen Bedrohung von außen sowie gegen undeutsche Einflüsse zu sichern“ war.³⁵⁹ Weiter dienten Begriffe wie „Nationalismus und

³⁵⁶ Lehnert, Detlef, Propaganda des Bürgerkriegs? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus, Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung, Opladen 1990, S. 61-101.

³⁵⁷ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Radikalnationalismus und Nationalsozialismus, in: Echternkamp, Jörg/Müller, Sven Oliver (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760 - 1960, München 2002, S. 207f.

³⁵⁸ Vgl. Wehler, Radikalnationalismus, S. 210ff.

³⁵⁹ HZ, 15.12.1928. VB, 24.6.1931, in „Hallische Universitäts-Zeitung“: „Für den aufrichtigen Studenten gibt es nichts anderes, als entweder den Weg zu Volk und Volksgemeinschaft zu suchen über die SA, der politischen Kampftruppe der Nationalsozialisten [...]“; Alte Dessauer, 9.4.1927: „Die Volksgemeinschaft fehlte. Heute haben die Sozialdemokraten das Volk in eine ungeheure Gefahr geführt“; Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei, 9.5.1928: Wenn Sie weiß, dass die heiße Liebe zu Volk und Vaterland, unermüdlicher Kampf um Freiheit nach außen und innen und warmherziges Verständnis für die Nöte aller Volksgenossen, dass, mit drei Worten ausgesprochen, national, liberal und sozial, die großen Zielpunkte der Deutschen Volkspartei sind, dann kann ihr die Entscheidung nicht schwer fallen; sie wird die Partei der Volksgemeinschaft, die Deutsche Volkspartei wählen“; Der Wehrwolf, Nr. 8, 11. Lenzmonat 1924: „Volksgemeinschaft, ein Schlagwort, das Ideal, das alle politischen Parteien als das ihre ansehen, das jede Gruppe für sich in Erbpacht nimmt, kann nur erwachsen auf dem Boden der Manneszucht und der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze und damit unter den Willen dessen, der das ganze vertritt: den Führer“; Ebd., Nr. 13, 1.5.1925: „Der Sieg

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

wehrhafte Gesinnung“ als Selbstzuschreibungen im bürgerlich-nationalen Lager, denen sich jeder Einzelne unterzuordnen habe.³⁶⁰ Eine wirksame Integration der Nationalsozialisten im nationalen Lager konnte daher auch durch die bereits vorhandene Form des Nationalismus im rechten Lager vorangetrieben werden. Bereits vorhandene Feindbilder radikaler Vertreter im nationalen Lager wie der Sozialismus, das Judentum oder der Liberalismus erfuhren durch die Nationalsozialisten eine Radikalisierung. Eine neuere Nationalismusforschung widmete sich vor allem den Ausdrucksformen, wie der Verwendung neuer Symbole. Mit der „Militarisierung“ der politischen Kultur (Dirk Schumann) entstanden neben der Weiterführung der ursprünglichen Kriegerverbände neue Formen von Organisationen. Die entsprechende Zäsur hatte der Erste Weltkrieg mit sich geführt, so dass einmal ein veränderter politischer Stil durch vielfache Massenaufmärsche aufkam, der auf der Straße ein verändertes Bild bot und gerade bei den Nationalsozialisten weitaus gewalttätigere Ausmaße annahm.³⁶¹

Um ihre eigenen Antihaltungen zur Schaffung einer gemeinsamen Identität zu festigen, diente den Nationalsozialisten der Auftritt auf der Straße, die Auseinandersetzungen mit dem sozialistischem Lager sowohl verbal als auch körperlich und Auftritte an Gedenktagen, Fahnenweihen etc. bis hin zur verstärkten Entwicklung in Richtung der SA-Straßenkämpfer. Allerdings benutzte die faschistische Propaganda den Begriff „Revolution“, ohne für die Zeit danach klare Ziele zu formulieren. Ihr öffentlicher Auftritt war vor allem sehr emotional geprägt und führte nicht zuletzt zur ansteigenden Gewalttätigkeit der Nationalsozialisten.³⁶²

Ein „rücksichtsloser Kampf dem Marxismus, der Lotterei, der Unehrllichkeit, der Vernichtungsarbeit christlichen Glaubens und deutscher Kultur und als Zweites die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages und aller darauf fußender Verträge“ waren die Hauptforderungen der NSDAP.³⁶³ Gerade das Schüren von Angst vor einer bolschewistischen Revolution verband die Ängste im bürgerlich-nationalen Lager mit den Ideen der Nationalsozialisten.³⁶⁴

Der Kommunismus als prägendes Feindbild für das bürgerlich-nationale Lager bezog sich sowohl auf den äußeren Feind, die Sowjetunion, als auch den inneren Feind, die KPD.³⁶⁵ Das Ziel war daher, wie die SZ im Jahr 1924 schrieb, eine „Front gegen links“ zu bilden bzw., wesentlich

[Hindenburgs, D.S.] ist ein Sieg des Volksgemeinschaftsgedankens“; SZ, 28.5.1921; SZ, 19.8.1928; SZ, 4.1.1929.

³⁶⁰ SZ, 18.1.1927.

³⁶¹ Vgl. dazu Reichardt, Sven, „Märtyrer“ der Nation, Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Echternkamp, Jörg/Müller, Sven Oliver (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760-1960, München 2002, S. 173-203.

³⁶² Reichardt, Kampfverbände, S. 613ff.

³⁶³ SZ, 27.10.1930.

³⁶⁴ Reichardt, Kampfverbände, S. 627f.

³⁶⁵ Vgl. Scherrmann, Feindbilder, S. 388.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

schärfer formuliert, den „bolschewistischen Radaubrüdern“, dem „Räuberunwesen der Frontkämpfer“ oder dem „Kommunistenterror im Stadtparlament“ entgegenzutreten.³⁶⁶ Dass man vor allem von Seiten der Wehrverbände auch dafür eintrat aktiv, für seine Ideale einzustehen, wurde in Äußerungen wie, „Wir leben, kämpfen und sterben für Schwarzweißrot unter Schwarzweißrot“ deutlich.³⁶⁷ Der kommunistische Gegner wurde vor Ort genauestens betrachtet und kommunistische Aufmärsche und öffentliche Auftritte und Aktionen dienten im bürgerlich-nationalen Lager dazu die Angst vor einem Bürgerkrieg oder die Gefahr eines drohenden Bürgerkrieges zu schüren. Die von nationalsozialistischer Seite beschworene „Kommunistische Gefahr in Mitteldeutschland“ wurde von Gauleiter Jordan im Februar 1932 öffentlichkeitswirksam in einem offenen Brief an den Regierungspräsidenten beschrieben, der den Kommunisten die Planung eines Aufstandes sowie gemeinsame Übungen mit der SPD vorwarf, wofür jedoch keine Beweise erbracht werden konnten.³⁶⁸ Auch von kommunistischer Seite galt es wiederum, eine innere Geschlossenheit zu kreieren, die sich nach außen hin bis zuletzt in alter Stärke dem politischen Gegner gegenüberstellte, wobei auch in diesem Fall nicht von eindeutig scharfen Parolen Abstand genommen wurde.³⁶⁹ Gerade die eigene Wahrnehmung vom traditionell „roten Herz Mitteldeutschlands“ diente als Selbstbeschreibung, um der eigenen Anhängerschaft Stärke und Durchsetzungskraft gegenüber den Rechten zu symbolisieren. Daher finden sich besonders 1932/1933 vermehrt Äußerungen dieser Art, in einer Situation, in der gerade die nationalsozialistische Stärke evident wurde: „Das rote Halle marschiert gegen Hitler“ und „Das rote Halle zerschlägt Nazi-Großangriff“ sowie „Das rote Halle marschiert mit Ernst Thälmann“.³⁷⁰

2.1 Leit- und Gegenbilder in der lagereigenen Presse

Die öffentlichen Auftritte der Kommunisten in Form von Kundgebungen, Fackelzügen, Festen und Feiern waren Ausdruck einer spezifischen Kultur. War der 1. Mai ein Feiertag, der sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten gleichermaßen, wenn auch meistens nicht gemeinsam, begangen wurde, so waren der Verfassungstag der SPD oder die Lenin-Lieb-knecht-Luxemburg-Feiern (LLL-Feiern) der KPD Feiertage, welche man getrennt voneinander

³⁶⁶ SZ, 28.11.1924 und. 9.10.1925; HZ, 9.10.1925 und 30.3.1926.

³⁶⁷ SZ, 25.8.1927.

³⁶⁸ VB, 19.2.1932.

³⁶⁹ KK, 8.1.1926: „Die ‚Hallesche Zeitung‘, das Organ der schwarzschweißroten Fettwänste, die nicht zu arbeiten brauchen und doch gut leben, das Blatt, dessen Hintermänner in den Parlamenten die Forderungen der Erwerbslosen auf menschenwürdige Unterstützungen immer abwürgen, lässt gestern eine hundsgemeine Verdächtigung gegen Erwerbslose vom Stapel.“

³⁷⁰ KK, 1.2.1933, Ebd., 13.2.1932, Ebd., 8.4.1932.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

beginnt. Jährlich gedachte die KPD der „Märzgefallenen“ von 1921 mit Gedenkfeiern auf dem Gertraudenfriedhof sowie der Toten der Wahlkampfveranstaltung mit Ernst Thälmann am 13. März 1925. Zu regelmäßig wiederkehrenden Feiern wie dem 8. März als Internationalem Frauentag hatten sich 1932 laut „Klassenkampf“ 6.000 Arbeiter auf dem Hallmarkt eingefunden.³⁷¹ Den 10. Jahrestag der „Märzkämpfe“ nutzten die Kommunisten als Gelegenheit zur wiederholten Mahnung an die eigene Anhängerschaft, um sich immer wieder vor Augen zu führen, dass das beständige Ziel der Kampf des Proletariats zur „Herstellung der klassenbewussten Einheitsfront“ war.³⁷²

Die Gefallenengedenkfeier der Kommunisten von 1927 bewertete der Stahlhelm als einen „Reinfall“ und setzte sich damit von der Berichterstattung der bürgerlichen Tagespresse ab, die ihm zufolge, eine Deutlichkeit vermissen ließ, wohingegen die vaterländische Seite eine starke Kundgebung veranstaltet hatte.³⁷³

Wiederum war der Antikriegstag am 1. August ein Tag, der sowohl von der SPD als auch von der KPD begangen wurde. Der örtlichen Konkurrenzsituation entsprechend wurde die sozialdemokratische Antikriegskundgebung der SPD von 1924 durch die Kommunisten als „vollkommene Pleite“ bezeichnet.³⁷⁴ Im Gegenzug gehörte es zur kommunistischen Agitation, dass die eigene Anhängerschaft aufgefordert wurde, „die Straßen in den Arbeitervierteln im Schmuck roter Fahnen und Girlanden“ zu verzieren, um sich gegen die schwarz-weiß-roten Fahnen zu positionieren, welche den Häuserschmuck der städtischen Hauptstraßen dominierten.³⁷⁵ Nach einem gemeinsamen Aufruf von KPD, RFB, KJD und Internationalem Bund sowie von Gewerkschafts- und Arbeitersportorganisationen berichtet die KPD 1925 von über 10.000 teilnehmenden Personen an der Antikriegsdemonstration, die mit einer Rede Ernst Thälmanns auf dem Hallmarkt abschloss. Von lediglich 4.800 Teilnehmern schrieb die „Saale-Zeitung“, die dieses Ergebnis als „ein wahrhaft kümmerliches Ergebnis der wochenlangen Agitation mit Unmengen von Schreiben, Broschüren, Organisationsplänen und Anweisungen an die Ortsgruppen und Gaue“ kommentierte.³⁷⁶ Als „Sowjetschwindel auf dem Hallmarkt“ wurde die kommunistische Antikriegsdemonstration von 1929 darauf bewertet, da wohl auch in diesem Fall nach groß angelegten Werbemaßnahmen sich nur „einige hundert Leute“ auf dem Hallmarkt versammelt hätten. Entsprechendes galt auch für die Kundgebung von 1930, während

³⁷¹ Vgl. KK, 9.3.1932.

³⁷² Mitteldeutsches Echo, 21.3.1931.

³⁷³ Vgl. Der Alte Dessauer, 26.3.1927.

³⁷⁴ KK, 22.9.1924.

³⁷⁵ Ebd., 22.7.1925.

³⁷⁶ SZ, 28.7.1925. Vgl. KK, 27.7.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

der es laut Polizeibericht zwar keine Störungen gegeben hatte, an verschiedenen Stellen jedoch drohende Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten verzeichnet wurden, welche die gespannte Lage nach der erfolgreichen Septemberwahl der Nationalsozialisten widerspiegeln.³⁷⁷

So wie das nationale Lager Ende Januar jedes Jahres den Tag der Reichsgründung feierte, begingen die Kommunisten traditionell Mitte/Ende Januar LLL-Feiern, die bis zum Tod Lenins 1924 noch unter dem Namen Liebknecht-Luxemburg-Feiern begangen wurden und in die bereits frühzeitig die kommunistische Jugend eingebunden wurde. Ein Rundschreiben der KPD an alle Ortsgruppen im Dezember 1926 gab Anweisungen, wie die LLL-Feiern begangen werden sollten, welche neben Gedenkreden und der Würdigung der Toten auch zur Geschichte der KPD und deren führender Rolle in Form öffentlicher Agitation Stellung beziehen sollte.³⁷⁸ Die Feier im Volkspark von 1928 bestand daher neben musikalischen Darbietungen eines Balalaika-Orchesters und des Arbeitersängerchors aus Rezitationen von Liebknecht und Luxemburg sowie einer Gedächtnisrede Wilhelm Piecks.³⁷⁹ Im politischen Bericht der KPD-Bezirksleitung 1926/1927 waren für den Bezirk insgesamt 127 LLL-Feiern aufgelistet.³⁸⁰ Als allerdings 1931 die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) zu einer Luxemburg-Liebknecht-Gedenkfeier einlud, war der Protest von Seiten der Kommunisten besonders groß, da man Mitgliedern der SPD eine Beteiligung an den revolutionären Kämpfen im Januar 1919 vorwarf.³⁸¹

Beim vergeblichen Versuch der Nationalversammlung 1919, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, hatten neben der SPD und dem Zentrum auch die DDP gegen die Stimmen der DVP, DNVP und USPD zugestimmt. Diese Entscheidung hatte nicht in der gesamten DDP-Mitgliederschaft Zustimmung gefunden, sondern vielmehr viele Mitglieder und Wähler verunsichert und Parteiübertritte zur DVP nach sich gezogen. Letztere betonte in diesem Zusammenhang, dass man parteipolitisch zwar auf „liberalem Boden“ stehe, auf der anderen Seite aber auch den „nationalen Anforderungen“ gerecht werden würde.³⁸² Was das Bürgertum am Volkstrauertag oder Totensonntag praktizierte, galt auf der anderen Seite für die Aufmärsche und Präsenz der Arbeiter, insbesondere der Kommunisten zum 1. Mai, dem Tag der Arbeiter. Er war der zentrale Höhepunkt der jährlich zelebrierten Veranstaltungen, der zudem noch in Konkurrenz zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stand. Fanden die Feiern und

³⁷⁷ SZ, 18.7.1929. Vgl. auch Ebd., 2.8.1930.

³⁷⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/48, Bl. 2.

³⁷⁹ Vgl. KK, 14.1.1928.

³⁸⁰ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16, B. 61.

³⁸¹ Vgl. KK, 25.1.1930.

³⁸² Das Banner, 5.2.1920.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Aufmärsche zum 1. Mai in späteren Jahren fast immer getrennt in SPD und KPD statt, wurden die Feierlichkeiten 1922 noch von allen sozialistischen Parteien (USPD, SPD, KPD) zusammen begonnen. Nach den Angaben der „Saale-Zeitung“ und des „Klassenkampfes“ nahmen an der Versammlung auf dem Roßplatz und der Maidemonstration 20.000 bzw. 30.000 Personen teil.³⁸³ Allerdings schien die KPD im Vorfeld mit der USPD in einen Streit über den Streik der Straßenbahner geraten zu sein und es war mancherorts zu Klagen über das zu große „Entgegenkommen“ gegenüber USPD und SPD gekommen, jedoch wurden „die Genossen wieder auf den richtigen Weg geführt“. Parallel hatte die USPD zu einer Gegendemonstration gegen eine Veranstaltung des Bürgertums zum Thema „Die Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege – Wer trägt die Schuld an unserem jetzigen Elend“ aufgerufen, was aber von der SPD abgelehnt wurde. Diese hatte wiederum in jenen Tagen den „berühmten Fechenbach“, Journalisten und Autor Felix Fechenbach zu Gast.³⁸⁴ Eine ähnliche Teilnehmerzahl wie 1922 konnte die ein Jahr später stattgefundene KPD-Maifeier verzeichnen, die jedoch von einem Zwischenfall auf dem hallischen Marktplatz unterbrochen wurde. Nachdem ein von Demonstranten mitgeführter Galgen mit dem Plakat „Nieder mit der Cuno-Regierung, hoch die Arbeiter-Regierung!“ von städtischen Ordnern beschlagnahmt worden war, kam es vor Ort zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die allerdings ohne Schaden endete, bevor es nach Angabe des „Klassenkampfes“ zu einem „Blutbad“ gekommen wäre.³⁸⁵

Vielfach war es Praxis – wie bereits erwähnt –, bei bürgerlichen Zeitungen oder Publikationen aus dem nationalen Lager Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam zu bewerten und weniger deren Differenzen in Augenschein zu nehmen, was durchaus dem „Lagerdenken“ der damaligen Zeit entsprach. Von den Verbänden des nationalen Lagers setzte sich der Wehrwolf in seiner eigenen Zeitung immer wieder eingehend mit dem gegnerischen Lager auseinander, indem ihnen der „Marxismus“ als „Todfeind“ stand.³⁸⁶ Ein vom Wehrwolf mit dem Titel „Wehrwolf und Kommunismus“ überschriebener Artikel beschäftigte sich am 1. Mai 1926 hingegen ausführlich mit dem Reichsbanner. Dabei schloss er keineswegs aus, dass nicht auch das Reichsbanner für „Gleichheit und Gerechtigkeit“ eintreten würde, betonte aber, dass das erstrebte Ziel der „sozialen Gleichstellung“ statt durch „Völkerversöhnung“ unter Zwang durchgesetzt werden sollte. Indessen würde im Wehrwolf der soziale Aspekt mit dem nationalen

³⁸³ Vgl. KK und SZ, 2.5.1922.

³⁸⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 68f (Bericht für den Monat Mai 1922). Vgl. KK, 5.5.1922: „Wenn schon die Stahlhelmbündler für den monarchistischen Rummel unter dem ausgesprochenen Schutz der republikanischen Sipo demonstrieren dürfen, dann wird sich die Arbeiterschaft das Recht nicht nehmen lassen, auch gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, gegen Hunger und weitere Verelendung zu demonstrieren.“

³⁸⁵ KK und SZ, 2.5.1923.

³⁸⁶ Der Wehrwolf, Nr. 9, 21. Lenzmonat 1924.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Gedanken verknüpft werden, was seinen entscheidenden Unterschied zum Reichsbanner ausmachte.³⁸⁷ Bereits im Vorfeld des 1. Mai hatte der Wehrwolf auf die Lektüre eines von der NSDAP verteilten Flugblattes zum Maifeiertag hingewiesen, denn im Gegensatz zu den Parteien des sozialistischen Lagers nutzen die Nationalsozialisten den 1. Mai bereits für eigene Veranstaltungen im Sinne einer nationalen Bewegung.³⁸⁸

War es 1926 wiederholt zu keinem Einheitskomitee zwischen KPD und SPD für den 1. Mai gekommen, berichtete die „Saale-Zeitung“ ein Jahr darauf von einem gemeinsamen Maiaufmarsch von RFB und Reichsbanner.³⁸⁹ Andererseits gab die von der SPD ab dem 1. Mai 1927 veranstaltete Werbewoche den Anstoß für ein politisches Rundschreiben der KPD an alle Ortsgruppen und Stadtorganisationen mit der dringenden Aufforderung, Gegenaktionen durchzuführen. Das Programm der KPD zur eigenen Maifeier im Volkspark – von Kindertheater über Turnvorführungen bis hin zu musikalischen Darbietungen – hatte daher wohl auch das Ziel, möglichst alle Altersgruppen und KPD-nahen Organisationen zu vereinen.³⁹⁰ Bestand in erster Linie das Ziel, dem nationalen Lager die Dominanz der KPD vor Ort vor Augen zu führen, so macht dieses Rundschreiben ebenfalls deutlich, dass sich die KPD an zweiter Stelle auch gegenüber den am 1. Mai konkurrierenden Sozialdemokraten öffentlich wirksam durchsetzen wollte. Auch 1928 fanden die Feiern zum 1. Mai von SPD und KPD an den meisten Orten des Regierungsbezirkes getrennt statt, auch in Halle. Aufgrund eines Beschlusses des ADGB fiel in jenem Jahr die ursprüngliche Gewerkschaftsdemonstration aus, da man das provozierende Verhalten der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder (KPD-Angehörige) vermeiden wollte, so dass nur eine kleine Versammlung vereinzelter Berufsverbände stattfand. Einzig in Halle war es allerdings auch zu Ausschreitungen zwischen Mitgliedern des RFB, des Stahlhelms und auch der NSDAP gekommen.³⁹¹ Ebenso wie bei den Parteien des sozialistischen Lagers stand auch die von der NSDAP veranstaltete Maifeier unter den Vorzeichen der nahenden Land- und Reichstagswahl am 20. Mai 1928.³⁹² Als vermeintliche Verursacher des Scheiterns der Einheitsfront zwischen KPD und SPD wurden Letztere von den Kommunisten beschuldigt, „alle Lügenregister zu ziehen, um den machtvollen Aufmarsch unter Führung der Kommunisten

³⁸⁷ Der Wehrwolf, 1.5.1926: „Weswegen ist denn der internationale Sozialismus so hochgekommen? Nun eben deswegen, weil man für die sozialen Nöte im Volke zu wenig Verständnis gezeigt hat, dazu die unheilvollen Folgen des Ständedünkels, der Einbildung vieler, daß sie aufgrund ihrer höheren Stellung auch besser seien, als alle übrigen [...] Kameraden, da gilt es für uns in erster Linie, zu zeigen, daß wir es ernst meinen mit unseren Zielen, daß wir neben dem nationalen unbedingt auch den sozialen Gedanken vertreten.“

³⁸⁸ Vgl. Ebd., 21.4.1926.

³⁸⁹ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 37; SZ, 3.5.1927.

³⁹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/23, Bl. 5ff. (Politisches Rundschreiben am 27.4.1927). Vgl. KK, 30.4.1927.

³⁹¹ Vgl. LHASA, MD, Nr. 1859 IV, Bl. 245ff. (RP an OP am 9. 5. 1928); SZ, 3.5.1928; HZ, 2.5.1928.

³⁹² Vgl. SZ, 2.5.1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

abzuschwächen“, während sich gleichzeitig im Volkspark „einige wildgewordene Spießer und Sozialdemokratische Futterkrippenanwärter versammelt“ hätten.³⁹³ Während die kommunistische Presse ihre Maiaufmärsche ähnlich wie 1928 als Massenveranstaltungen mit hohen Teilnehmerzahlen aufführte oder 1931 gar als „gewaltige Heerschau der kampfwilligen werktätigen Bevölkerung“ bezeichnete, deren Anzahl an Teilnehmern die vorherigen Jahre noch übertraf, konterten bürgerlich-nationale Zeitungen wie die „Saale-Zeitung“ immer wieder mit entsprechenden „Gegendarstellungen“.³⁹⁴ Darin war zumeist von weniger „zusammengetrommelten“ Teilnehmern zu lesen und Demonstrationen wurden als „Reinfall“ bezeichnet. Vor allem die unmittelbar nach den Vorfällen des sogenannten Berliner „Blutmai“ 1929 auch in Halle stattgefundenen Protestdemonstrationen der Kommunisten wurden von der „Saale-Zeitung“ scharf kommentiert, welche sich durchaus im Ton auch der Sprache des „Klassenkampfes“ annäherte.³⁹⁵ Am 3. Mai 1929 hatte der preußische Innenminister infolge der Berliner Ausschreitungen zum 1. Mai ein Verbot des RFB in Preußen verhängt, was auch in Halle zu Durchsuchungen und Beschlagnahmungen geführt hatte. Mit diesem Ergebnis war vor allem das nationale Bürgertum zufrieden, welches die Gefahr, die vom RFB ausging, nunmehr endlich gebannt sah.³⁹⁶ Mit Wohlwollen registrierte die „Saale-Zeitung“ zudem das kurz darauf folgende Verbot des „Klassenkampfes“ vom 27. Mai bis 16. Juni durch den Oberpräsidenten.³⁹⁷ Noch am 3. Mai waren die hallischen Kommunisten gegen die blutigen Ausschreitungen in Berlin auf die Straße gegangen, was vom gegnerischen Lager wegen der Zahl der Anhängerschaft wiederholt als „lächerlich“ bezeichnet wurde.³⁹⁸ Als „Sowjetschwindel auf dem Hallmarkt“ galt der „Saale-Zeitung“ daher auch die Antikriegsdemonstration der KPD, da trotz Werbung nur eine „machtvolle Kundgebung ohne Masse“ zustande gekommen war.³⁹⁹ Hinzu kam der Vorwurf, dass Angehörige des Stahlhelms und anderer Verbände infolge des von Innenminister Severing 1925 verhängten sogenannten „Stockverbotes“ den Kommunisten ausgeliefert wären, weshalb es

³⁹³ KK, 2.5.1928.

³⁹⁴ Ebd., 2.5.1931.

³⁹⁵ SZ, 2.5.1929, 1.5.1930 und 3.5.1929: „Zunächst bugsierte man noch zwei rote Transparente – die gehören ja zur kommunistischen Demonstration wie Mostrich zur Pferdewurst – auf den Aufgang des Umformwerkes. Auf dem einen stand: ‚Nieder mit der Blutdiktatur Zörngiebels‘, auf dem anderen der schöne Vers, der jetzt scheinbar mit kleinen Variationen bei den Kommunisten klassisch werden soll: ‚Den Kommunismus hält in seinem Lauf kein Ochs und kein Grzesinski auf.‘“

³⁹⁶ Vgl. ebd., 6.5.1929.

³⁹⁷ Vgl. ebd., 27.5.1929.

³⁹⁸ Ebd., 3.5.1929: „Er [Benkwitz, D.S.] hätte etwas lauter reden sollen, um auf dem Platz gehört zu werden; aber wahrscheinlich spricht er sonst nur in kleinem Kreise und das Reden vor dem Volke ist ihm eine ungewohnte Sache.“

³⁹⁹ Ebd., 18.7.1929. Vgl. auch ebd., 1.5.1930: „Moskaus Verteidiger kommen zu spät [...] Schon ein Reinfall! Wo doch ganz Halle heute im Meer von rotem Tuch untertauchen sollte. Nun konnte man denken: wenn in der Stadt schon keine roten Fahnen, dann wenigstens der Roßplatz überfüllt mit Demonstranten. Aber auch hier blieb die Wirklichkeit hinter dem Phantasiebild zurück [...] Kummer, daß vor zehn Jahren einmal 30.000 Menschen am 1. Mai in Halle marschierten und heute knapp 3000.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

durch deren „systematische Mordhetze“ nach eigenen Aussagen zu zahlreichen Morden gekommen sei.⁴⁰⁰ Vergleichbare Kommentare bezogen sich neben den hauptsächlich beachteten Kommunisten ebenso auf den Reichsbanner, dem es nicht gelingen würde, „die republikanischen Massen“ zu einem Gautreffen zu mobilisieren.⁴⁰¹ Andererseits wurde anfangs auch einzeln von gut besuchten kommunistischen Veranstaltungen berichtet, während Protestversammlungen der Vaterländischen Verbände nur einen mäßigen Besuch verzeichneten.⁴⁰²

Mit einer Artikelserie unter der Überschrift „Arbeiter, welche Zeitung liest Du?“ versuchte der „Klassenkampf“ 1923 der Arbeiterschaft die Vorzüge der eigenen Zeitung gegenüber der bürgerlichen Presse vor Augen zu führen, die im „Besitz von Privatkapitalisten oder kapitalistischen Interessengruppen“ seien, weshalb sie weder die „Hallischen Nachrichten“ noch die „Saale-Zeitung“ oder die „Allgemeine Zeitung“ (1926 in „Saale-Zeitung“ aufgegangen) als „unparteiisch“ oder „unabhängig“ bezeichneten.⁴⁰³ Der „Klassenkampf“ selbst war nicht nur zu diesem Zeitpunkt auf steigende Abonnentenzahlen angewiesen, welche von 8.566 im Jahr 1922 bis 1926 auf 4.460 bei einer Gesamtauflage von 15.600 sanken. Während die Auflage 1921 noch 35.000 Exemplare betrug und im Januar 1925 auf einen Tiefststand von 11.000 gesunken war, befand man sich 1926 in einer leichten Aufwärtsentwicklung.⁴⁰⁴ Daher war es für das kommunistische Blatt umso notwendiger, sich offensiv gegenüber der Parteipresse des nationalen Lagers abzugrenzen. Vor allem gegenüber der „Halleschen Zeitung“ war der Ton des „Klassenkampfes“ besonders scharf und erstreckte sich von „Scharfmacher“ über „Banditen“ bis zu „Lügenblatt, das im besten Falle als Mist für den Anbau von deutschem Kohl dienen könnte“.⁴⁰⁵ Die zahlreichen angesetzten Werbewochen sollten der kommunistischen Presse neue Leser zuführen, damit sich der Einfluss gerade unter den werktätigen Schichten verstärkte, in denen man die potentiellen Unterstützer eines Kampfes gegen ausbeutende Unternehmer sah. Dabei war man sich durchaus bewusst, dass sich die proletarisch denkende Arbeiterschaft als aussichtsreiche Zielgruppe anbot, die in der Nachbarschaft, bei Kollegen oder im Verein auftrat,

⁴⁰⁰ SZ, 27.5.1930.

⁴⁰¹ Ebd., 11.5.1931: „Die Stadt ‚ging unter‘ im Fahnen schmuck: hätten die Reichsbannerleute nicht selber ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen mitgebracht, dann wären in der ganzen Stadt keine zu sehen gewesen.“

⁴⁰² Vgl. ebd., 30.7.1923.

⁴⁰³ KK, 27.6.1923. Vgl. SZ, 12.4. und 28.6.1923.

⁴⁰⁴ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/19, Bl. 84 (Situationsbericht Oktober 1926). Vgl. ebd., RY 1/I3/11/2, Bl. 49.

⁴⁰⁵ KK, 29.6.1923. Vgl. ebd., 8.1.1926: „Die ‚Hallesche Zeitung‘, das Organ der schwarzschißroten Fettwänste, die nicht zu arbeiten brauchen und doch gut leben, das Blatt dessen Hintermänner in den Parlamenten die Forderungen der Erwerbslosen auf menschenwürdige Unterstützungen immer abwürgen, lässt gestern eine hundsgemeine Verdächtigung gegen Erwerbslose vom Stapel.“ Vgl. ebd., 7.6.1928: „Das hallische Stahlhelm- und Faschistenorgan, die ‚Hallesche Zeitung‘, müht sich in ihren Spalten tagtäglich vergebens ab, ihren bedauernswerten Lesern, denen das Gehirnschmalz schon längst eingetrocknet sein muß, nachzuweisen, was denn nun eigentlich ‚Deutschtum‘ ist.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

während von „eingefleischten Stahlhelmen oder SPD-Bonzen“ eher abgeraten wurde.⁴⁰⁶ Die weitreichenden Pläne zur 100%igen Erhöhung der Leserschaft riefen auch in den eigenen Reihen Zweifel hervor, welche mit dem fehlenden Glauben an die Aktivität und Schlagkraft der Partei zurückgewiesen wurden. Mit dem Beispiel des Erfolges der Werbeaktion in einer Straßenzelle im Westen der Stadt sollten der Leserschaft unermüdlich die Möglichkeiten vor Augen geführt werden, die sich durch diese „Massenarbeit“ im Bereich der Werbung ergeben könnten.⁴⁰⁷ Die Schwierigkeit bestand für die kommunistische Presse vor allem darin, dass große Teile der Arbeiterschaft trotzdem die „reaktionäre bürgerliche Presse“ lasen, weshalb neben zahlreichen Versammlungen die massenhafte Verbreitung parteipolitischer Druckschriften als Hauptziel der Propaganda angegeben wurde.⁴⁰⁸ Andererseits sollte die kommunistische Anhängerschaft ebenso die sozialdemokratische Presse meiden, da man ihr das Recht absprach, sich „Arbeiterpresse“ zu nennen, mit der Begründung, dass die Sozialdemokraten inzwischen eine der „stärksten Stützen der Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse“ sei und anstelle die Arbeiter zu unterstützen, ihnen in den Rücken fallen würden.⁴⁰⁹ Indem der „Klassenkampf“ Andeutungen wie „Pogromstimmung“ im Hinblick auf die „Kommunistenhetze“ der Sozialdemokraten ins Spiel brachte, wurde die Situation im sozialistischen Lager weiter angeheizt, zugleich ging man bei der eigenen Leserschaft davon aus, dass sie sich nicht von der konkurrierenden SPD-Presse beeindrucken ließe.⁴¹⁰ Eine öffentliche Wahlversammlung der SPD mit dem Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid wurde vom „Klassenkampf“ dahingehend diskreditiert, dass sich nach kommunistischen Angaben nur 500 Personen versammelt hatten, während jedoch zuvor störende Nationalsozialisten aus dem Saal verwiesen wurden.⁴¹¹ Ebenso war „Scheidemanns Biertischrede in Halle“ eine „Riesenpleite“, zu der sich laut KPD noch weniger Personen eingefunden hatten.⁴¹²

Zu einer der Hauptangriffspersonen im gegnerischen Lager war für die Kommunisten der Stadtverordnetenvorsteher und DNVP-Vertreter Friedrich Busse geworden. Durch seinen Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung und seinen Umgang mit der kommunistischen Fraktion betreffs Ordnungsrufe und Entfernen aus der Versammlung hatte er sich für die KPD und ihre Presseorgane zu einem Feindbild stilisiert, welchem man sich in regelmäßigen Artikeln

⁴⁰⁶ KK, 25.7.1926.

⁴⁰⁷ Ebd., 14.1.1931.

⁴⁰⁸ Ebd., 11.12.1929.

⁴⁰⁹ Ebd., 22.9.1924.

⁴¹⁰ Ebd., 31.12.1921.

⁴¹¹ VB, 13.11.1929. Vgl. KK, 13.11.1919: „Wer geglaubt hat, daß durch die Ankündigung dieser sozialfaschistischen Leuchte ein Massenbesuch zu verzeichnen gewesen sein müßte, der irrte sich.“

⁴¹² KK, 5.11.1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

widmete. Für die Kommunisten repräsentierte er das Bild eines „erzreaktionären“ Vertreters des nationalen Lagers, der den hallischen Kommunisten das kommunalpolitische Arbeiten erschwerte und für sie als Vorsitzender des Ausschusses zum Volksbegehren das politische Aushängeschild der Kampagne gegen den Young-Plan war. Dieses öffentliche Engagement rief allerdings auch bei der SPD scharfe Kritik hervor, da Busse als Schulrat zugleich Beamter der Weimarer Republik war.⁴¹³ Während seines seit Juni 1924 andauernden Stadtverordnetenvorsitzes hatte sich das Bild des „berüchtigten Busse“ gefestigt und diente den Kommunisten als Bestätigung ihres eigenen Auftretens gegen das Vorgehen Busses und das seiner Parteifreunde.⁴¹⁴

Die Berichterstattung des „Klassenkampfes“ zur NSDAP bewertete deren Aktivitäten zumeist als ineffektiv und wenig Resonanz mit sich ziehend und spielte deren Zuwachs auch nach den Wahlerfolgen von 1932 herunter. Nach der Reichspräsidentenwahl von 1925 hatten die Kommunisten zwar den eigenen Stimmenrückgang beklagt, waren sich allerdings sicher, dass sich durch das Abschneiden Ludendorffs im ersten Wahlgang sowohl seine Person als auch der Nationalsozialismus erledigt hätten.⁴¹⁵ Vor allem die internen Auseinandersetzungen der Nationalsozialisten um die Korruptionsvorwürfe gegenüber NS-Gauleiter Hinkler boten den Kommunisten die Gelegenheit, deren vermeintliche Bedeutung zu minimieren. Nach der Absetzung Hinklers durch Adolf Hitler im Januar 1931 schien deren hallische Organisation aus dem Ruder gelaufen zu sein, was auf kommunistischer Seite entsprechende Freude, auch über die Arbeit des neuen Gauleiters Rudolf Jordan, auslöste.⁴¹⁶ In „Der Kampf“ hatte sich die NSDAP dem Weggang Hinklers gewidmet, welcher nach Ansinnen der Zeitung infolge falscher und missverständlicher Informationen erfolgt war und nicht wie nach Aussage anderer Zeitungen wegen dessen finanzieller Misswirtschaft. Ferner wurde noch betont, dass „die Treue zur Partei und die Disziplin der Sturmabteilungen im Bezirk Halle-Merseburg einer fast zu schweren Belastungsprobe durch Hitlers Abberufungsverordnung ausgesetzt gewesen“ wären. Die laut gewordenen, erfolglosen Pläne der hallischen NSDAP-Zeitung, ihren Status zu einer Tageszeitung

⁴¹³ Vgl. SZ, 12.9.1929. Die Lehrerschaft des Saalkreises und Kreislehrerversammlung sprach Busse jedoch das Vertrauen aus.

⁴¹⁴ KK, 2.3.1929; ebd., 20.8.1929.

⁴¹⁵ Vgl. KK, 30.3.1925.

⁴¹⁶ Vgl. ebd., 24.1.1931: „Der Hitler köpft den Hinkler“; ebd., 19.2.1931: „Nun wird der ‚Kampf‘ in seiner nächsten Ausgabe eine nie dagewesene ‚Geschlossenheit‘ der nationalsozialistischen Front in Halle konstatieren. Heute abend pilgern die Maulkorbhelden der Nazis abermals nach der Saalschloßbrauerei, um sich von Knüppel-Kunze den unbedingten Gehorsam von Adolf dem Großen einknüppeln zu lassen“; ebd., 12.3.1931: „Nazis weiter im Rückzug“ – „Sie können sich von ihrer Hinkler-Krise nicht erholen. Zersetzt, zerbröckelt, zerfallen fand der neue Gauleiter die Organisation vor. Und schon jetzt zeigt sich deutlich, daß er nicht der Kerl ist, einen solchen Bruchladen wieder in Ordnung und in Schwung zu bringen. [...] Nie war der ‚Schützenhaus‘-Saal so schwach besetzt, nie war so wenig fremdes Publikum gekommen. Mehr als eine Mobilmachung der eigentlichen Mitgliedschaft gelang der neuen glorreichen Führung nicht.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

auszubauen, bewerteten die Kommunisten als „trauriges Zeichen“, da es der Partei scheinbar nicht gelingen würde, ein entsprechendes Publikum für die Lektüre ihrer Zeitung zu begeistern.⁴¹⁷

Nationalsozialistische Versammlungen wurden von der kommunistischen Presse in der Regel als nicht gut besucht und oftmals als „Pleite“ beschrieben, wie die erste Versammlung mit dem neuen Gauleiter oder deren „krampfhaften Versuche“ nach „außenhin Kraft und Stärke vorzutäuschen“. Unter den Mitgliedern der hallischen NSDAP machten die Kommunisten größtenteils „aufgeschwemmte Studenten, entwurzelte Kleinbürger, Angestellte und Beamte“ aus, hingegen weniger Arbeiter.⁴¹⁸ Gern wurden die Inhalte des NS-Presseorgans „Der Kampf“ von der kommunistischen Berichterstattung berücksichtigt und dementsprechend für die eigene Leserschaft aufbereitet. Mit dem Wechsel an der Spitze der hallischen NSDAP wurde der beständige Rückgang der Bewegung beschworen, welche vor allem in Halle gegenüber der „revolutionären Arbeiterschaft“ verschiedene Niederlagen eingesteckt habe und durch Verbote der Zeitung „Der Kampf“ Einbußen an Propagandamitteln hinnehmen musste.⁴¹⁹ Unter der Überschrift „Adolf der Große mit Hemd und Hose“ diskutierte der „Klassenkampf“ über den Versuch, mittels einer Werbekampagne neue Abonnenten zu gewinnen, und die Vorzüge eines Hitler-Bildes mit „eingebildeter Affektiertheit und wichtigtuerischer Beschränktheit“ gegenüber einer SA-Uniform.⁴²⁰ Andererseits beschäftigte sich auch das „nationalsozialistische Revolverblättchen“ mit dem „Klassenkampf“ und seinen sogenannten „Untermenschen“, welche ihnen gegenüber „Mordhetze“ betreiben würden, wogegen die Kommunisten die Ausrichtung auf die politische Auseinandersetzung im Gegensatz zur körperlichen vertraten.⁴²¹

Im Zuge des Wahlkampfes für die Reichspräsidentenwahl 1932 und der NSDAP-Kampagne für ihren eigenen Kandidaten Adolf Hitler hatten die Nationalsozialisten zu einer Reihe von Massenveranstaltungen aufgerufen, um zum Teil an 17 Orten zugleich für sich zu werben. Den

⁴¹⁷ Mitteldeutsches Echo, 31.1.1932.

⁴¹⁸ KK, 28.2.1931 und 13.3.1931.

⁴¹⁹ KK, 12.6.1931.

⁴²⁰ Ebd., 17.4.1931: „Man sieht, Hakenkreuzler sind gar nicht auf den Kopf gefallen, wie mancher glaubt. Denn jeder wird es für richtig finden, daß ein Hemd, das man auf den Leib ziehen kann, und immerhin einen praktischen Nutzen hat (Braunhemden sollen nämlich den ‚Popo‘ hübsch warm halten), einen höheren Wert hat als ein Bildnis Hitlers, dessen ‚arische‘ Visage ja außer eingebildeter Affektiertheit und wichtigtuerischer Beschränktheit gar nichts ausdrückt. Hitler Adolf kann man einem gewöhnlichen bräunlich angehauchten Hemd oder einen Höschen einfach gar nicht konkurrieren. Deshalb ist er nach der unanfechtbaren Wertschätzung der Nazis bloß 20 Leser wert, Hemd und Hose aber mehr als doppelt soviel, nämlich 45 Leser!“

⁴²¹ Ebd., 4.6.1930: „Da wir uns mit der ‚tiefschürfenden‘ Hakenkreuz-Theologie einfach nicht messen können, dürfen wir nur vermuten, daß im kommenden ‚Dritten Reich‘ die Menschen in zwei Kategorien eingeteilt werden. Die ‚Obermenschen‘, die im ‚Dritten Reich‘ herrlich und in Freuden leben dürfen, und die ‚Untermenschen‘, die am Spieß gebraten werden. Zu Letzteren werden wir gerechnet. So haben sich die Jünger der Hitlers und Goebbels ihr Zukunftsreich ausgedacht.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Misserfolg dieser Großveranstaltungen sah die KPD als eigenen Verdienst an, zumal laut eigenen Aussagen an verschiedenen Veranstaltungsorten auch etliche Kommunisten anwesend waren, so dass „die Nazis in ihren 17 Versammlungen mit Ach und Krach 1500 Mann auf die Beine gebracht haben“.⁴²² Andererseits verkannten die Kommunisten durchaus nicht die Stimmenerfolge der NSDAP beim ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl und nahmen deren Zuwachs zum wiederholten Anlass für eine erneute Kampfansage bei gleichzeitigem Eingeständnis eines eigenen mangelhaften Wahlkampfes. Allerdings stellten sie ihr Ergebnis in Zusammenhang mit der „Hetze der Nazis und der Sozialdemokraten“ und verbuchten es daher trotzdem als einen „gewaltigen Erfolg“.⁴²³ Bereits nach dem Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan 1929 hatte der „Klassenkampf“ dazu aufgerufen, die Abwehr gegen den Faschismus zu verstärken und sah in dem Ergebnis des Volksentscheides die Früchte der eigenen Propaganda.⁴²⁴ Sich selbst betrachteten die Kommunisten als Sieger der Reichstagswahl vom November 1932, bei der die NSDAP verglichen mit der letzten Reichstagswahl im Sommer desselben Jahres erhebliche Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatte. Obwohl der Stimmenzuwachs bei den Kommunisten sehr gering war, bedeutete ihnen der nationalsozialistische Verlust die Möglichkeit, mit ausdauernder Agitation noch unentschlossene Stimmen für sich zu gewinnen. Im Vorfeld bei den Nationalsozialisten geringer besuchte Wahlversammlungen wurden immer wieder „überfüllten Kundgebungen und Versammlungen der Kommunisten“ gegenübergestellt, um beiderlei Positionen klar herauszustellen.⁴²⁵ Auch zu Beginn des Jahres 1933 setzte sich diese Form der Berichterstattung im „Klassenkampf“ fort. Gegenseitig warfen sich KPD und NSDAP vor, schlecht besuchte Veranstaltungen abzuhalten bzw. die Zuhörerschaft von außerhalb zu rekrutieren. Der Leser des „Klassenkampfes“ sollte bis zuletzt das Bild von einer bedingungslos stark engagierten Parteiorganisation haben, welche sich gegen die „faschistische Diktatur“ stellte, deren Anhängerschaft nach den reichsweiten Rückschlägen im November 1932 in Halle auch mit internen Veränderungen kämpfen musste. Trotzdem führten die Nationalsozialisten am 8. Januar eine groß angelegte SA-Demonstration durch und hoben die hohe Beteiligung gegenüber schlechter besuchten Demonstrationen der Kommunisten hervor.⁴²⁶ Am Tage von Hitlers Machtergreifung widmete sich der „Klassenkampf“ einmal mehr dem nationalsozialistischen Gauleiter Rudolf Jordan und wusste zu berichten, dass der

⁴²² Ebd., 17.2.1932. Vgl. ebd., 19.2.1932.

⁴²³ KK, 14.3.1932.

⁴²⁴ Vgl. ebd., 23.12.1929.

⁴²⁵ Ebd., 20.9.1932. Vgl. ebd., 8.11.1932.

⁴²⁶ Ebd., 4.1.1933. Vgl. ebd., 10.1.1933: „Die ‚Nationalzeitung‘ schwindelte natürlich glatt von 2000 (!) Teilnehmern und fügt hinzu, daß gegenüber dieser Beteiligung die Kommunisten mit ihren Demonstrationen schlechter (!) abschneiden!“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

„kleine Trommler von Halle“ seit Beginn seiner Amtszeit in Halle keine bedeutenden Erfolge habe erringen können.

Wenn sich der „Klassenkampf“ nicht mit den Versammlungen, Aufmärschen oder Veranstaltungen der gegnerischen Parteien und Verbände beschäftigte, galt seine volle Aufmerksamkeit der ausführlichen Berichterstattung über die eigenen öffentlichen Auftritte. Prinzipiell war man sich bewusst, dass man den zahlreichen öffentlichen Auftritten des nationalen Lagers wie Fahnenweihen, Denkmalseinweihungen etc. eigene wirksame Auftritte entgegensetzen müsse, um die „Gefahr für die Arbeiterschaft“ abzuwehren.⁴²⁷ Das galt vor allem der wiederholten Betonung des anhaltenden Kampfwillens in der Partei, der besonders nach Ereignissen wie dem tödlichen Vorfall im März 1925 im hallischen Volkspark stark hervorgehoben wurde. Auch die späteren Besuche Ernst Thälmanns fanden in der kommunistischen Presse außerordentliche Beachtung und dienten der Berichterstattung als Mittel zur Darstellung einer sich begeisternd formierenden Menschenmasse, die sich trotz Gegnerschaft für „Sozialismus und Weltrevolution“ einsetzte.⁴²⁸ Entscheidend für die Wahrnehmung der Kommunisten durch die eigene Presse war die Ausrichtung auf den Leitsatz „Mitteldeutschland war rot, Mitteldeutschland ist rot und Mitteldeutschland wird die Hochburg der revolutionären Arbeiterklasse bleiben.“⁴²⁹ Gerade mit der Formierung des Stahlhelms und dessen Anwachsen sowie den Feiern und Auftritten der Kriegervereine und weiterer nationaler Verbände registrierte der „Klassenkampf“ einen andauernden „nationalistischen Rummel“, der sich in dem ursprünglich „blutroten Herz Deutschlands“ einzunisten schien. Der war ebenso getragen von Teilen der hallischen Studentenschaft, die sich in Veranstaltungen unter anderem mit dem Thema der „Kriegsschuldflüge“ beschäftigten und denen die Kommunisten eine Verherrlichung des Krieges und der Monarchie vorwarfen.⁴³⁰ Vor allem die Umstände um den Mord an Außenminister Walther Rathenau gaben den Auslöser, sich verstärkt mit den Aktivitäten des gegnerischen Lagers auseinanderzusetzen, dem man unterstellte, der Arbeiterschaft den Kampf anzusagen bzw. Auseinandersetzungen nach Vorbild des Kapp-Putsches zu planen.⁴³¹ Das gab den Kommunisten einmal mehr die Gelegenheit, ihre Anhänger entsprechend zu mobilisieren, wobei auch in diesem Fall das Motiv eines drohenden Kampfes mit dem nationalen Lager als Mittel der Überzeugung eingesetzt wurde. Das zeigt auch noch in späteren Jahren der Bericht über einen Vortrag

⁴²⁷ Ebd., 16.6.1923.

⁴²⁸ KK, 8.1.1927. Vgl. SZ, 9.11.1927: „Im ‚Volkspark‘ neuer Jubel. Alle Säle dicht besetzt. Etwa 3.500 Personen versammelt; Ernst Thälmann kann nicht sagen, daß er in Halle keine Freunde habe.“. Vgl. KK, 20.3.1925.

⁴²⁹ KK, 15.5.1928.

⁴³⁰ Ebd., 13.6.1922; ebd., 30.6.1928.

⁴³¹ Vgl. ebd., 19.6.1922. Vgl. auch ebd., 24.6.1922.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Duesterbergs vor Stahlhelmen, der indirekt zum Kampf gegen Mitglieder der proletarischen Presse aufgefordert habe und gegen den sich die kommunistische Kampfaufforderung richtete.⁴³²

Vor allem das wiederholte Anmerken des Kampfes um das „rote Herz Mitteldeutschlands“ sollte die Bedeutung des Stahlhelms in der Auseinandersetzung zwischen rechts und links herausstellen. Entscheidend war dabei die Betonung der Überwindung des „roten Schreckens“ im „Kampf Mann gegen Mann“. Gerade wegen der für den Stahlhelm ursprünglich so ungünstigen Ausgangslage inmitten des „blutroten Herzens Mitteldeutschlands“ wurde der Aufbau einer mitgliederstarken Organisation von Frontsoldaten zu einem identitätsstiftenden Ereignis. Der Übermacht einer linken Organisation wurde eine anfangs kleine hallische Ortsgruppe des Stahlhelms gegenübergestellt, die sich trotz Verboten und der Mobilisierung des Gegners zusammen mit weiteren Vaterländischen Verbänden und Vereinen zum schlagkräftigen Gegenpart entwickelte. In diesem Zusammenhang wurde auch durchaus darauf hingewiesen, dass man sich den gleichberechtigten Status „mit der Faust und dem Knüppel“ erobert hatte.⁴³³ Im „ehemals roten Herzen Mitteldeutschlands“ fanden sich inzwischen vermehrt vaterländische Arbeiter- und Werkvereine zusammen, welche sich statt zu „Marxismus, Internationale und Klassenkampf“ nunmehr wieder „zum vaterländischen Gedanken“ bekannten.⁴³⁴ In einem persönlichen Schreiben Duesterbergs vom 8.4.1927 hieß es, dass es der Stahlhelm war, „der als erster im schärfsten Kampfe, auch gegen die Magdeburger Richtung, die Gleichberechtigung auf der Straße in Uniform mit blutigen Auseinandersetzungen erkämpft hat.“⁴³⁵ Um die Anhängerschaft immer wieder einzuschwören, wurde während der gesamten Weimarer Zeit die besondere Situation des Stahlhelms betont, denn „in diesem roten Herzen Mitteldeutschlands musste so auch alle Stahlhelmarbeit ganz besonders schwierig sein.“⁴³⁶ Bis zuletzt wurde der Stahlhelm nicht müde, immer wieder die „Umwandlung dieser Gegend von der roten Hochburg zur schwarz-weiß-roten Machtposition“ zu betonen, die dank der Präsenz und des Engagements des Verbandes eingetreten sei.⁴³⁷

⁴³² Ebd., 28.5.1930: „Der Kampf gegen den Faschismus muß im Betrieb und Stempelstellen und auf der Straße in so breiter, alle Schichten der Arbeiter, armen Bauern, der kleinen Gewerbebetreibenden, der Angestellten umfassenden Weise geführt werden, daß sich die faschistischen Mordkolonnen an dieser roten stählernen Front das Genick brechen.“

⁴³³ Ebd., 2.2.1924; ebd., 1.8.1925; ebd., 13.8.1932.

⁴³⁴ Ebd., 22.9.1925.

⁴³⁵ Finker, Wehrverbände, S. 96.

⁴³⁶ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 40.

⁴³⁷ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 64. Vgl. auch SZ, 26.1.1932: „Wie aus dem roten Halle durch den Stahlhelm eine nationale Hochburg wurde.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Als sich 1924 in Halle der Rotfrontkämpferbund gründete, sprach der Stahlhelm Warnungen gegenüber dem „roten Stahlhelm“ aus, es „im offenen Kampf mit dem bürgerlichen Stahlhelm aufzunehmen“. Außer Frage stand in dieser Beziehung, dass der RFB gegenüber dem Stahlhelm vor Ort eine Chance besitzen würde.⁴³⁸ Trotz allem musste man den Kommunisten gegenüber auch Zugeständnisse machen, da sich immer wieder Situationen ergaben, in denen „besondere Verhältnisse“ zum Ausdruck kamen. Hatte es zur Reichspräsidentenwahl im März 1925 reichsweit einen Rückgang der kommunistischen Stimmenanzahl (Zahl der absoluten Stimmen verglichen zur letzten Reichstagswahl) gegeben, war der Rückgang in Halle dagegen eher gering ausgefallen. Verschwiegen wurde an dieser Stelle, dass Ernst Thälmann als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl im Wahlbezirk Halle mit 26,2% weit über dem Reichsdurchschnitt von 7% und dem Durchschnitt des Wahlkreises von 20,3% lag. Das hallische Ergebnis führte die „Saale-Zeitung“ daher auf die unmittelbar vor der Wahl stattgefundenen Vorgänge im Volkspark zurück, welche die kommunistische Propaganda zu Wahlzwecken entsprechend ausgenutzt habe.⁴³⁹ Zuvor unterließ es die Zeitung auch nicht, die von Seiten der Kommunisten ausgehende Gefahr zu vertiefen – den „roten Horden, die nur den Augenblick erwarten, wo sie dem friedlichen Bürger ungestraft den Schädel einschlagen und ihn ausrauben können“ –, und stellte damit den direkten Bezug zu den blutigen Vorfällen im März 1925 im Volkspark her.⁴⁴⁰

Nach dem Auftreten des hallischen Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Gründung einer hallischen Ortsgruppe der KDP, hervorgegangen aus der linken Spartakusbewegung, formierte sich auf der Seite der Bürgerlichen erstmals im Januar 1919 ein öffentliches Bündnis. In seinen Reihen versammelte es neben Militärangehörigen, Beamten und Angestellten auch Studenten und Arbeiter. Die „Saale-Zeitung“ betonte daher in ihrer Morgenausgabe des 11. Januar 1919, dass es sich bei den Demonstranten um die „nichtspartakistische Bürgerschaft“ gehandelt hatte, welche mit 25.000 Teilnehmern auf dem Roßplatz zusammenkam und damit eine bis dato ungewohnte Form des bürgerlichen Zusammenschlusses kreierte.⁴⁴¹ Zwei Tage später endete eine von der DDP initiierte Kundgebung mit schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und „Spartakusleuten“, bei denen es ein Todesopfer gab. Sicherlich nicht zufällig kommentierte die bürgerliche Presse die Ausschreitungen unter der Überschrift „Der

⁴³⁸ SZ, 1.6.1924. „Sie sehen mit Kummer und Grimm die ungeheure Entwicklung der Stahlhelm-Bewegung. Dieses immer machtvoller sich ausbauende Bollwerk des nationalen Deutschtums gegen den internationalen Marxismus, gegen den Kommunismus, ist ihnen ein Greuel.“

⁴³⁹ Ebd., 31.3.1925: „Selbstverständlich kann dieser Erfolg nicht von Dauer sein [...]. Im gesamten Regierungsbezirk Merseburg, der bisher als die Hochburg der Kommunisten galt, geht es mit der Partei rettungslos bergab.“

⁴⁴⁰ Ebd., 18.3.1925.

⁴⁴¹ SZ, 11.1.1919: „Eine Kundgebung so imposant, wie sie Halle noch nie gesehen hat.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Blutsonntag in Halle“, um sich auf den von der Arbeiterbewegung ebenso bezeichneten „Blutsonntag“ vom 13. Februar 1910 zu beziehen.⁴⁴² Als im Oktober 1918 die Sozialdemokraten eine Feier zum Jahrestag der russischen Revolution veranstalteten, verglich die bürgerliche Presse die Ereignisse des Jahrestages kritisch mit den revolutionären Unruhen in Kiel, wo das „Vaterland in der Stunde der höchsten Gefahr durch egoistische Handlungen“ bedroht wurde. Zugleich hoffte man wohl, dass Teile der deutschen Arbeiterschaft nicht an einem Umsturz teilnehmen würden.⁴⁴³ Offensichtlich waren trotzdem die Veränderungen geworden, welche sich im städtischen Parteienspektrum nach dem Ende des Krieges ergeben hatten. War die Linie der Auseinandersetzung davor zwischen Sozialdemokraten und dem Bürgertum gezogen, so waren zur ersten Stadtverordnetenwahl nach dem Krieg mehrere Parteien angetreten, um in ein neues Stadtparlament einzuziehen.⁴⁴⁴ Bereits im Februar beschloss die neugewählte Nationalversammlung, die schwarz-rot-goldene Fahne als Nationalfarbe einzuführen, was die SZ mit der Hoffnung verknüpfte, dass an den öffentlichen Stellen der Stadt die „schmutzigen roten Fahnen – um nicht zu sagen: Lappen“ verschwinden würden.⁴⁴⁵

Nach der nach den Unruhen Anfang März 1919 anstehenden Neuwahl der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte feierte das hallische Bürgertum in seiner Presse seinen Sieg, der ihr 35 Sitze, der MSPD 12 und den Unabhängigen „nur“ 38 Sitze einbrachte.⁴⁴⁶ Zur konstituierenden Sitzung legte der Vorsitzende Wilhelm Osterburg von der USPD Protest wegen Nichteinhaltung der geheimen Wahl ein, worauf sich interne Unruhen ergaben, in deren Folge der Arbeiterrat handlungsunfähig blieb.⁴⁴⁷ Ende März 1919 nahm schließlich Reichswehrgeneral Maercker seinen Abschied in Halle, dem man den „Verdienst“ zuschrieb, dass „nach Tagen der Unordnung und des Schreckens in Halle wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt ist“.⁴⁴⁸ Besondere Aufmerksamkeit widmete die „Saale-Zeitung“ in der folgenden Zeit dem Abschluss des Vertrages von Versailles, dessen Ergebnis von Anfang an als „einer der schwärzesten Tage in der deutschen Geschichte“ bezeichnet wurde. In der Berichterstattung tauchten Begriffe wie „Feind“ und „Mordwerkzeuge“ als Zuordnung gegenüber denen auf, welche den Deutschen die Vertragszustimmung „abzupressen“ versuchten.⁴⁴⁹ Im Vorfeld des Vertragsabschlusses war es in Halle – initiiert von den Parteien – zu öffentlichen Protesten „gegen die Versklavung des

⁴⁴² Ebd., 13.1.1919.

⁴⁴³ SZ, 8.11.1918.

⁴⁴⁴ Vgl. Ebd., 15.2.1919.

⁴⁴⁵ Ebd., 19.2.1919.

⁴⁴⁶ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 49 I e, Nr. 134, Bl. 80; SZ, 17.3.1919.

⁴⁴⁷ SZ, 5.4.1919.

⁴⁴⁸ Ebd., 29.3.1919.

⁴⁴⁹ Ebd., 23.6.1919.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

deutschen Volkes durch unsere Feinde“ gekommen und Verbände wie der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband protestierten scharf gegen die „Vernichtung des deutschen Volkes“. ⁴⁵⁰ Entsprechenden Zuwuchs hatte auch eine öffentliche Versammlung der Demokraten, deren Vertreter in der Nationalversammlung Carl Delius zwar eine Teilschuld des Deutschen Reiches am Krieg einräumte, sich aber keineswegs mit den jetzigen Friedensbedingungen einverstanden erklärte, weshalb die Demokraten zusammen mit DVP und DNVP den Vertrag abgelehnt hatten. Trotzdem verknüpfte er die negativen Aussichten auch mit der Hoffnung, dass daran das deutsche Volk nicht versinken dürfe. ⁴⁵¹ Noch zehn Jahre später betonte „Der Demokrat“, das Mitteilungsblatt der DDP, dass es weiterhin die „Pflicht der Demokraten“ sei, die Kriegsschuldfrage zu bekämpfen, und appellierte an Gleichgesinnte anderer Länder, sich für die Zurücknahme der Kriegsschuldzuweisungen an Deutschland einzusetzen. ⁴⁵² Obwohl nahezu alle politischen Parteien den Versailler Vertrag ablehnten, gehörten Schlagworte wie „Schandvertrag“ und „Diktatfrieden“ in der Folgezeit zum Repertoire der Agitation der rechten Parteien gegen die Demokratie von Weimar. Sie machten vor allem die neue Republik für die Folgen des Vertrages verantwortlich und betonten die Vorzüge des alten national gesinnten Reiches, gepaart mit Überzeugungen, wie die vom legendären „Dolchstoß“ 1918. Die „Saale-Zeitung“ berichtete 1921 von einer „eindrucksvollen Protestversammlung“ gegen den Versailler Vertrag, in welcher sich der Stahlhelm kämpferisch gegenüber den deutschen „Feinden“ und gegenüber den Bedingungen des Vertrages gab. ⁴⁵³ Auch in den folgenden Jahren standen Versammlungen des Stahlhelms unter dem Zeichen des Protestes gegen die Novemberrevolution von 1918 und der Schuldfrage des Ersten Weltkrieges. ⁴⁵⁴

Mit Begriffen wie „Massenkundgebung“, „Massendemonstration“ oder „Massenversammlung“ bezeichnete die „Saale-Zeitung“ entweder Veranstaltungen der eigenen Anhängerschaft oder die des linken Lagers. Handelte es sich im ersten Fall um scheinbar sehr gut besuchte Veranstaltungen, so sollte die Bezeichnung bezogen auf die linken Parteien und Verbände in vielen Fällen einen gegenteiligen Besuch ausdrücken. Zwar berichteten die Bürgerlichen von der gut besuchten „Massenkundgebung des Proletariats“ im April 1922 im Volkspark, merkten jedoch an, dass es den hallischen Linken trotzdem nicht gelingen würde, sich zu einer „Einheitsfront“ zusammenzuschließen, obwohl sich wenig später ein gemeinsamer Auftritt der

⁴⁵⁰ Ebd., 10.5.1919.

⁴⁵¹ Vgl. SZ, 27.6.1919.

⁴⁵² PW, 15.7.1929.

⁴⁵³ SZ, 28.5.1921.

⁴⁵⁴ Vgl. ebd., 11.11.1924.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Linksparteien zur Kundgebung nach dem Tode Walther Rathenaus beobachten ließ.⁴⁵⁵ Als „den üblichen Massenbesuch“ registrierte das gegnerische Lager diese Zusammenkunft, die zum Teil in kleineren Auseinandersetzungen mit dem Gegner endete.⁴⁵⁶ Gemeinsam hatten die linken Gruppierungen appelliert, sich als Konsequenz zu Attentaten und rechten Drohungen gegen „die Angriffe der monarchistischen Mordreaktion“ zu vereinen.⁴⁵⁷ Von den Bürgerlichen hatte die DDP eine „Massenkundgebung“ organisiert, die im hallischen Wintergarten zum Vorfall Rathenau zusammenkam.⁴⁵⁸ Schon nach der Ermordung Matthias Erzbergers durch ehemalige Marineoffiziere aus rechten Kreisen hatten sich KPD, USPD und MSPD zu einer gemeinsamen Protestdemonstration zusammengefunden und sich öffentlich gegen die Kreise der Täterschaft positioniert.⁴⁵⁹ Großen Zulauf erfuhr eine „Massenkundgebung gegen die Schuldflüge“, wegen deren hohen Andrangs es zu polizeilichen Sperrungen der Veranstaltungsorte gekommen war. Indem man wiederholt die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges zurückwies, sollte eine bürgerliche Einheit demonstriert werden.⁴⁶⁰

In seiner Selbstwahrnehmung bezeichnete der Stahlhelm seine eigenen Veranstaltungen in der Regel als Veranstaltungen der „Massen“, die zu den Zusammenkünften wie Fahnenweihen, Kundgebungen etc. „zusammenströmen“ und lediglich durch offizielle Verbote daran gehindert wurden. Unverständnis erregten in seinen Reihen hingegen die Freiheiten, welche dem „Bund der Republiksschützer“ trotz allgemeinen öffentlichen Kundgebungsverbots gewährt worden waren und die man für sich selber auch reklamierte.⁴⁶¹ Ebenso sah der Wehrwolf die eigenen Veranstaltungen als Treffen der „Massen“ an, die beweisen würden, „wie tief die Liebe zum alten Heer im deutschen Volke wurzelt“.⁴⁶²

Wenn sich nach Angaben der „Saale-Zeitung“ zu einer kommunistischen „Massenversammlung“ im Volkspark lediglich ca. 50 Personen einfanden, war das für die Berichterstattung eine von mehreren Gelegenheiten, die kommunistischen Meldungen zu „Massendemonstration und Massenstreiks“ zu diskreditieren und sie als erfolglos zu präsentieren.⁴⁶³ In ähnlichen Situationen galten ihnen die kommunistischen Versuche im Gegensatz zu den eigenen „glänzenden“

⁴⁵⁵ Ebd., 21.4.1921.

⁴⁵⁶ Ebd., 26.6.1922.

⁴⁵⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib Nr. 4621: „An die arbeitende Bevölkerung Halles!“

⁴⁵⁸ SZ, 28.6.1922.

⁴⁵⁹ Vgl. ebd., 1.9.1921.

⁴⁶⁰ Ebd., 21.5.1922.

⁴⁶¹ Ebd., 26.7.1924.

⁴⁶² Ebd., 16.4.1926.

⁴⁶³ Ebd., 4.6.1927; ebd., 1.10.1929: „Man hatte gehofft, daß um drei Uhr die hallische Arbeiterschaft geschlossen aus den Betrieben gehen würde. Auf die Wirkung ihres Appells können die Obermotze wirklich stolz sein. So einen Widerhall hatten sie sicher nicht erwartet. Es war, wie wenn der Löwe Pascha vom Zoologischen Garten den Kopf hebt, um zu brüllen und nur ein klägliches Katzenmiau in den Aether sendet.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Auftritten als „kläglich“ oder „Pleite“.⁴⁶⁴ Und wenn die KPD nach eigenen Angaben 67.000 Personen zum Antikriegstag erwartete, sich aber nach Angaben der „Saale-Zeitung“ nur 4.800 Personen eingefunden hatten, wurde dies folglich als „kümmerliches Ergebnis“ bezeichnet, welches die Kommunisten trotz „wochenlanger Agitation“ eingefahren hatten.⁴⁶⁵ Außer den Kommentaren zu „Massen“-Versammlungen der KPD berichtete die SZ auch über deren Umgang mit den Sozialdemokraten, die von den Kommunisten stark kritisiert wurden, da sie „mit Pauken und Trompeten alles mitmache“.⁴⁶⁶ Auch dem Bürgertum galt die SPD als Partei, welche die Schuld an der jetzigen Lage des deutschen Volkes trage, und stimmte zu, wenn in den Reihen der Sozialdemokraten über die Unpopularität der eigenen Parteipolitik referiert wurde.⁴⁶⁷

Mit Berichten von Ausschreitungen zwischen eigenen Stahlhelm-Anhängern und dem RFB sollte wiederholt auf die Bedrohung hingewiesen werden, die von den Roten Frontkämpfern ausging. Schlagworte wie „Revolution“ und „blutiger Terror“ sollten daher der eigenen Anhängerschaft die Notwendigkeit scharfer Gegenmaßnahmen vor Augen führen. Zugleich konstatierte man bei den Roten Frontkämpfern Zersetzungserscheinungen, da es 1927 zum Ausschluss einzelner Mitglieder des RFB, darunter z.B. Otto Kilian, gekommen war.⁴⁶⁸ Als „Hetze gegen den Stahlhelm“ empfanden Deutschnationale und Stahlhelm-Anhänger die vor allem in Halle zunehmenden „Terrorakte“ gegenüber Stahlhelm-Mitgliedern und Angehörigen anderer Vaterländischer Verbände, die wohl sowohl von Reichsbannermitgliedern als auch von Kommunisten ausging.⁴⁶⁹ Dementsprechend gedachte man in nationalen Kreisen auch der „Befreiung Halles von der kommunistischen Schreckensherrschaft“ durch den 1925 verstorbenen General Georg Maercker, welcher auch nach seinem Auftritt als „Befreier vom Joch des roten Terrors“ 1919 mehrfach in Halle zu Gast war und wohl vor allem in den Kreisen der hallischen Studentenschaft sehr verehrt wurde.⁴⁷⁰ Allerdings ging man in Kreisen der „Saale-Zeitung“ noch vor den Märzkämpfen des Jahres 1921 davon aus, dass der Höhepunkt des Kommunismus vorüber wäre und man innerhalb der Arbeiterschaft inzwischen zur Besinnung gekommen sei. Auch das ursprünglich von den Kommunisten dominierte hallische Gewerkschaftskartell hatte nach den Kämpfen im März 1921 zahlreiche Mitglieder verloren und im Mai 1921 schließlich einen

⁴⁶⁴ Ebd., 21.12.1929; ebd., 1.8.1931; ebd., 15.9.1932: „Bei allen ‚flammenden Protesten und tiefster Empörung‘, die die Entschließungen der gestrigen ‚Massen‘-Versammlung der KPD im ‚Gesellschaftshaus‘ enthielten, war es doch eigentlich ganz gemütlich.“

⁴⁶⁵ SZ, 28.7.1925: „Aber in Halle gelingt eben gar nichts mehr.“

⁴⁶⁶ Ebd., 15.9.1932.

⁴⁶⁷ Ebd., 7.10.1931.

⁴⁶⁸ Ebd., 20.6.1926. Vgl. Der Alte Dessauer, 20.8.1927.

⁴⁶⁹ Der Deutschnationale, 3. Ausgabe, Dezember 1926.

⁴⁷⁰ Ebd., 3.1.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

sozialdemokratischen Leiter bekommen, bevor es erst ein Jahr später wieder unter kommunistischer Führung stand.⁴⁷¹ Zum ersten Jahrestag der Märzkämpfe kursierten im Bürgertum Befürchtungen, dass es wieder zu Straßenkämpfen kommen würde, hervorgerufen durch Demonstrationsankündigungen der Kommunisten, welche wohl von Rachedgedanken zeugten. Beruhigung wollte die „Saale-Zeitung“ dahingehend ausstrahlen, dass zum jetzigen Zeitpunkt zwar Kämpfe der Arbeiterschaft aus Gründen der letzten Erfahrung nicht für möglich gehalten wurden, die aktuelle Krise der Teuerung aber Anlass zur Vorsicht bieten würde.⁴⁷² Regelmäßig wurde von Störungen nationaler Veranstaltungen durch Kommunisten berichtet, wie anlässlich des Besuches von General und Stahlhelm-Mitglied Paul von Lettow-Vorbeck zur Bismarckfeier des hallischen Stahlhelms, zu welcher der „Klassenkampf“ seine Anhängerschaft aufgefordert hatte hinzugehen.⁴⁷³ Des Öfteren wurde den Kommunisten vorgeworfen, dass sie die Teilnehmer ihrer Aufmärsche wie zum 1. Mai oder zum Internationalen Jugendtag zum Teil mit auswärtigen Anhängern auffüllten, „damit es nicht so schlimm wurde“.⁴⁷⁴ Sogar als im Januar 1933 das „rote Halle“ demonstrierte, hatte man angeblich die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer aus dem Saalkreis nach Halle geholt.⁴⁷⁵

2.2 Wahlen und Abstimmungen

In den ersten Weimarer Jahren finden sich in der „Saale-Zeitung“ wegen ihrer anfangs noch liberalen Ausrichtung noch die internen Auseinandersetzungen zwischen DDP und DNVP wieder. Während der frühen Phase nach den Parteigründungen infolge des Ersten Weltkrieges verurteilte die DDP die Methoden der Deutschnationalen, welche auf verleumderischen Weg versuchen würden die Mitglieder ins „Lager der Reaktion“ hinüberzulocken. Das war umso mehr zu kritisieren, als sich gerade die DNVP zunächst gegen Neuerungen, wie das freie Wahlrecht, gestellt hätte.⁴⁷⁶ Die DDP bekräftigte in ihren Versammlungen die Vorstellung von der Demokratie als „Sehnsucht des deutschen Volkes seit hundert Jahren“, deren hingegen von rechts und

⁴⁷¹ Vgl. SZ, 21.2.1921, 27.5.1921. Vgl. auch Schumann, Gewalt, S. 161, 172.

⁴⁷² Vgl. SZ, 19.3.1922.

⁴⁷³ Vgl. ebd., 6.4.1929: „Tatsächlich hatte sich denn auch dort eine Kohorte zusammengefunden, wie man sie selbst bei den Kommunisten nicht alltäglich sieht: halbwüchsige Burschen und Mädchen, zum Teil kaum der Schule entwachsen, dazu viel Gesindel.“

⁴⁷⁴ Ebd., 9.9.1925. Vgl. ebd., 1.5.1929: „Auffallend gering war, nach den mitgetragenen Schildern der Betriebe zu beurteilen, die Teilnahme der Leunabelegschaft, der größeren Maschinenfabriken von Halle und anderer größerer Betriebe des Bezirkes. Der rote Frontkämpferbund hatte auch die umliegenden Ortsgruppen zusammengetrommelt, um sein Gefolge etwas zu vermehren.“

⁴⁷⁵ Ebd., 4.1.1933.

⁴⁷⁶ SZ, 18.1.1919.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

links Gefahr drohen würde.⁴⁷⁷ Auch die DVP hatte sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, gegen die DDP vorzugehen, und verstärkte nachdrücklich ihre Idee der Fortsetzung der Monarchie nach dem Willen des Volkes.⁴⁷⁸ In der „nationalen Wochenschrift“ der DVP, „Das Banner“, sollten die Parteimitglieder zu den aktuellen politischen Ereignissen informiert sowie die Organisations- und Werbearbeit und der Informationsstrom zwischen den einzelnen parteilichen Handlungsebenen vereinfacht werden. Zweck der Veröffentlichungen war, sich unter dem „Banner schwarz-weiß-rot“ zu versammeln und weiterhin an dem „guten Kern im deutschen Volk“ glaubend einen „befreienden Kampf“ durchzuführen. Sich selbst sah die DVP dabei als eine Partei mit einem nationalen, liberalen und sozialen Charakter an, die sich als selbständig gegenüber rechts und links einordnete. Gerade der 9. November galt ihr im Gegensatz zur Arbeiterbewegung nicht als ein Feiertag, sondern als negativer Ausgangspunkt der aktuellen Situation.⁴⁷⁹

Als Presseorgan der DDP reagierte die „Saale-Zeitung“ am 7. Juni 1920 enttäuscht auf die einen Tag zuvor stattgefundene Reichstagswahl, bei der die Demokraten ein unbefriedigendes Ergebnis erlangten. Verluste bereits einkalkuliert, hatte man einen derartigen Stimmenrückgang in den eigenen Reihen nicht erwartet, der schließlich den politischen Liberalismus auf einen der letzten Plätze beförderte. Öffentlich beklagte die DDP, dass sich die Wählerschaft in ihrer Entscheidung offenbar von den letzten Ereignissen habe leiten lassen und dabei keine längerfristigen Einflüsse berücksichtigt hatte. Den rechten Parteien warf sie Hetzkampagnen vor, welche die Bürger gegen die DDP aufwiegeln sollten. Vor allem die DVP hatte durch ihren aggressiven Wahlkampf entsprechende Erfolge erzielen können und zusammen mit der DNVP antisemitische Töne anklingen lassen. Das hielt die Demokraten jedoch nicht davon ab, auch in Zukunft von der Stadt Halle als „Hort des Liberalismus, [der] Stätte des selbstbewussten, freiheitlichen, fortschrittlichen Bürgertums“ zu sprechen.⁴⁸⁰ Die DVP selbst lehnte einen „grundsätzlichen Antisemitismus“ ab und gestand offiziell Angehörigen jeden Glaubens zu, in ihrem Sinne mitzuarbeiten. Ihr Ziel war, sich wieder fest dem völkischen Gedanken zu verschreiben und sich allen ideologischen Gegnern zu widersetzen.⁴⁸¹

⁴⁷⁷ Vgl. ebd., 10.10.1919.

⁴⁷⁸ Vgl. ebd., 31.10.1919.

⁴⁷⁹ Das Banner, 1.11.1919: „Einzig und allein jenem fluchwürdigen Geiste der Zersetzung, der am 9. November die Schleusen zu zügelloser Entfesselung der roten Flut öffnete, haben wir die jetzigen trostlosen Zustände zu verdanken.“

⁴⁸⁰ SZ, 7.6.1920; ebd., 26.4.1920: „Sozial- und Demokraten Haben Fürst und Volk verraten, Und je länger sie regieren, Um so mehr wird's jeder spüren. Wenn er heute noch gesund: Er kommt sicher auf den Hund! Das ist für Verrat der Lohn Und das kommt vom ‚System Cohn‘. Wollt Ihr raus aus dem Skandal, Wählet alle national.“ – von Polizeiverwaltung verboten.“

⁴⁸¹ Das Banner, 22.1.1920.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Dagegen appellierten die Demokraten an die Wahlsieger von 1920, trotz ihrer Erfolge die „Balance“ nicht zu verlieren.⁴⁸² Andererseits war man sich durchaus bewusst, dass mit dem Ausgang dieser Wahl die anfänglichen Versuche einer leisen Verbindung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum nicht zur Fortsetzung kamen, weshalb unter den Demokraten Beunruhigung über die neue Situation aufkam.⁴⁸³ Ihnen wurde durch die DVP vorgeworfen, Kreise des Bürgertums unter sich versammelt zu haben und gemeinsam mit MSPD, USPD und Kommunisten die „Kraft des Bürgertums“ stark geschwächt zu haben, weshalb sie die Schuld an der Lage nach dem Kapp-Putsch und dem Generalstreik trage. Immer wieder sprach die Deutsche Volkspartei im Zusammenhang mit der DDP vom „Verrat am Bürgertum“ und machte den „roten Terror“ als Konsequenz der Zerrissenheit des Volkes aus.⁴⁸⁴ Mit der kurzzeitig für das Amt des Reichspräsidenten ins Gespräch gebrachten Figur des Paul von Hindenburg verband sich andererseits die Vorstellung, dass dieser in der Rolle des ersehnten „Erlösers“ und „Befreiers“ in der Lage wäre, die Deutschen wieder zu einen.⁴⁸⁵

Schon im Dezember 1919 bezeichnete die DVP die Annäherungen zwischen Demokraten und SPD als „Irrglauben“, da deswegen nationale und bürgerliche Ideen aufgegeben würden. Vielmehr sei einer vermeintlichen sozialistischen Einheitsfront eine bürgerliche gegenüberzustellen.⁴⁸⁶ Zugleich machte sich die DVP gegen das im Februar 1920 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz stark und entwarf im Vorfeld ein Szenario der zukünftigen „Tummelplätze der radikalen Elemente“. Sie warnte vor dem drohenden Einfluss der Sozialdemokraten in den Leitungen der Betriebe und äußerte zugleich Unverständnis gegenüber den Unterstützern dieses Vorhabens wie dem Zentrum.⁴⁸⁷ Das Ergebnis der Reichstagswahlen bedeutete für die DVP einen Sieg der „Staatsvernunft“ und des „nationalen Gedankens“, auch wenn die eigene Partei weniger Stimmen als die Deutschnationalen auf sich vereinen konnte, von denen man sich im Wahlkampf behindert sah. Nicht nur war die DDP den Kampagnen von DVP und DNVP ausgesetzt, auch die beiden letzteren Parteien befanden sich zu diesem Zeitpunkt in einem harten Konkurrenzkampf miteinander. Zwar hatten sich auch die Ergebnisse auf der Seite der Linken gefestigt, allerdings wurden die Erfolge auf bürgerlicher Seite als eine notwendige

⁴⁸² Vgl. SZ, 9.6.1920.

⁴⁸³ Vgl. ebd., 9.7.1920.

⁴⁸⁴ Das Banner, 31.1.1920; ebd., 22.4.1920; ebd., 14.5.1920: „Und wenn uns von den Wahlen auch nur noch drei Wochen trennen, so glaubt die Deutsche Volkspartei bis dahin doch eine recht ansehnliche Einheitsfront der nationalen und liberalen Bürger- und Arbeiterschaft bilden zu können. Denn nur diese vermag uns aus dem demokratisch-sozialistischen Sumpf herauszuführen, vermag uns zu bewahren vor dem zersetzenden Radikalismus und zerstörenden Bolschewismus“

⁴⁸⁵ Vgl. ebd., 11.3.1920: „Parole Hindenburg“.

⁴⁸⁶ Ebd., 1.12.1919.

⁴⁸⁷ Ebd., 18.12.1920 und 30.12.1920.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Abwehrmaßnahme für die Zukunft bewertet.⁴⁸⁸ Das Ergebnis hielt die DVP außerdem dazu an, verstärkt in Arbeiterkreisen um neue Mitglieder zu werben.⁴⁸⁹

Die im Februar 1921 stattgefundenen Wahlen zum preußischen Landtag und zum Provinziallandtag bezeichnete die DDP sogleich als „Entscheidungskampf zwischen Rechts- und Linksradi-kalen einerseits und den Schützern und Verfechtern der Weimarer Verfassung“ andererseits. Indem man den Rechtsparteien Lügenkampagnen vorwarf, rief man zugleich die Bevölkerung auf, zahlreich an den Wahlen zu partizipieren, so dass dadurch die Republik von Weimar eine Stärkung erfahren würde.⁴⁹⁰ Vor den Wahlen wurde die Lage in der Bevölkerung und unter den Parteien als „unveränderlich“ und „äusserlich ruhig“ eingeschätzt, dagegen bildeten die Wahlen einen Anlass für vermehrte Parteiversammlungen und zeigten einen schärferen Ton in der Presse, vor allem bei den Kommunisten.⁴⁹¹

Im Grundton richtete sich die Aufmerksamkeit im nationalen Lager, anfangs dominiert von Parteien wie der DNVP und Verbänden wie dem Stahlhelm, gegen „die Front von links“. So vertrat der Stahlhelm auch vor den Reichstagswahlen im Mai 1924 die These, dass es keiner eigenen Liste für die Wahl bedürfe, um sich möglichst geschlossen zu präsentieren, zumal man sich „in erster Linie gegen links“ positionieren wollte. Auch zeigten die Vaterländischen Ver-bände ihre offene Abneigung gegenüber dem parlamentarischen System, welchem sie zudem nicht mit einer weiteren Zersplitterung begegnen wollten und daher eine Einigung der nationa-len Parteien anstatt deren Bekämpfung ins Zentrum ihrer Betrachtungen stellten.⁴⁹² Vor der zweiten Reichstagswahl des Jahres 1924 argumentierte die DNVP in ihrer Wahlpropaganda vor allem auch gegen die SPD, welcher man eine massive Unterdrückung der Vaterländischen Ver-bände vorwarf. Auf der anderen Seite wurden Stimmen laut, die durch die oppositionelle Politik der Nationalsozialisten die DNVP beschädigt sahen. Offiziell kam die Aufforderung an die Be-völkerung, „rechts“ zu wählen und sich nicht für eine Partei der „Mitte“ zu entscheiden, da auf der anderen Seite bereits eine „stabile Linke“ vorhanden sei und man von einer Regierung der „Mitte“ eine Stärkung von links befürchte.⁴⁹³ Da es bei den Reichstagswahlen im Unterschied zu den städtischen Kommunalwahlen keine Verbindung der nationalen Parteien mit der DDP gab, unterstellte man ihr zusammen mit der SPD, dass sie niemals in der Lage wäre, im Sinne eines freiheitlichen Deutschlands zu handeln. Daher bestünde für die Anhänger von DNVP und

⁴⁸⁸ Das Banner, 12.6.1920.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd., 16.7.1920.

⁴⁹⁰ SZ, 11.2.1921.

⁴⁹¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4627 Bl. 37. OP-Meldestelle an Staatskommissar am 14.1.1921.

⁴⁹² SZ, 18.11.1924, ebd., 14.2.1924.

⁴⁹³ Vgl. ebd., 3.12.1924; ebd., 6.12.1924.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Stahlhelm nur die Option „Schwarz-Weiß-Rot“ anstelle von „Schwarz-Rot-Gold und Rot“ zu wählen.⁴⁹⁴ Einigkeit bestand dahingehend, dass das „gegenwärtige System“ keinen erfolgreichen Weg gegangen war, weshalb gerade Parteien wie die DDP aufgefordert wurden, sich zu entscheiden, welchen Weg sie beschreiten wollten.⁴⁹⁵

Ebenso besaß der Wehrwolf seine eigene Vorstellung vom „Parlamentarismus“, der sich in seiner vorherrschenden Form nämlich dem eigenen Willen der Parteien und damit dem „nationalpolitisch maßgebenden Leitgedanken“ entgegensetzen würde. Dieser Einfluss sei vor allem der Propaganda westlicher Ländern zu verdanken, weshalb es galt, dem eine Rückbesinnung auf „unsere völkisch-nationale Eigenart“ entgegenzusetzen.⁴⁹⁶ Für eine Aufnahme in den Wehrwolf käme es darauf an, ob sich der Wähler dem nationalen Denken verpflichte, so dass theoretisch auch die Aufnahme von Sozialdemokraten denkbar sei, Kommunisten jedoch von vornherein ausgeschlossen wären.⁴⁹⁷ In einer schriftlichen Stellungnahme zu den Kommunisten betonte der Wehrwolf eingehend seine Stellung als Verband auf „nationaler und sozialer Grundlage“, der sich unabhängig von allen Standesunterschieden für seine Kameraden einsetzen wollte. Im Gegensatz aber zur den „Sozialisten“, die ihre Vorstellung von der „Gleichheit und Brüderlichkeit“ auf gewaltsamem Weg und mittels Klassenkampf durchsetzen würden, propagierte der Wehrwolf seinen eigenen Weg von der „Volksversöhnung“, zumal die „Lehre des Sozialismus“ es nicht verstanden hatte, über Ideen hinaus die Vorstellungen der Anhängerschaft entsprechend zu realisieren.⁴⁹⁸ In Veröffentlichungen im „Klassenkampf“ und im „Wehrwolf“ fanden die gegenseitigen Beschuldigungen Raum, ebenso wurde sozialdemokratische Kritik an den Kommunisten entsprechend kommentiert. Kritische Berichte des „Volksblättchen“, die sich mit einzelnen Wehrwolfmitgliedern beschäftigten, konterte man mit der Bestätigung der eigenen Haltung und Größe.⁴⁹⁹ Nationalen Ansichten zufolge sollte anlässlich der Reichspräsidentenwahl von 1925 lediglich Paul von Hindenburg als wahrer „Volkskandidat“ in Frage kommen. Folgerichtig plädierten auch die Vertreter des Reichskriegerverbandes für dessen Wahl, damit nach „sieben Jahren [...] ein echt deutscher Mann aus dem Wahlkampf

⁴⁹⁴ SZ, 7.12.1924.

⁴⁹⁵ Vgl. ebd., 2.11.1926: „Noch marschieren Millionen deutscher Arbeiter hinter roten Fahnen und russischen Schalmeien, ziehen von einer internationalen Konferenz zur anderen. Wenn auch ein Regieren ohne Arbeiterschaft heute nicht mehr denkbar ist, so muß betont werden, daß diese Zusammenarbeit nur Erfolg haben kann mit einer Arbeiterschaft, die vom Marxismus befreit ist.“

⁴⁹⁶ Der Wehrwolf, 1. Ostermond 1924.

⁴⁹⁷ Vgl. ebd., 11.1.1926; ebd., 11.10.1924.

⁴⁹⁸ Ebd., 1.5.1926.

⁴⁹⁹ Vgl. ebd., 11.11.1925: „Und was tun eure Bonzen, lieber Klassenkampf? Die feiern abseits von ihren Genossen im Reichstag oder vornehmen Lokalen mit Wein und Sekt! Warum übrigens so ängstlich besorgt um die Republik?“. Vgl. ebd., 21.4.1926: „Nun die Herrschaften müssen sich ja untereinander vom Volksbegehren her kennen. Wer glaubt aber noch an die einst so tönenden Phrasen von dem „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“. Vgl. ebd., 11. Herbstmonat 1924.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

hervorgeht.“⁵⁰⁰ Nach seinem Erfolg im zweiten Wahlgang versuchte sich besonders der Stahlhelm gegen die „wüste Hetze“ von „Klassenkampf“ und „Volksblatt“ zu wehren, denen man unterstellte, dass sie sich wegen ihrer Niederlage rächen würden. Mit dem Aufruf zum Zusammenhalt der Stahlhelmer wollte man sich deshalb gegen den Vorwurf schlagkräftiger Mitglieder zu Wehr setzen und gab dem Reichsbanner die Schuld an den Zusammenstößen des Wahltages.⁵⁰¹ Im Sieg Hindenburgs sah der Wehrwolf allen voran einen „Sieg des Volksgemeinschaftsgedankens“, da das Volk von der Uneinigkeit der Parteien ermüdet sei und sich daher für jemanden entschieden hatte, der keiner bestimmten Partei zugehörte. Eine „Volksgemeinschaft“ im Sinne des „Wehrwolfs“ konnte nur existieren, wenn es schließlich jedem Einzelnen gelänge, sich einem „Führer“ und dessen Willen unterzuordnen.⁵⁰²

Gegen das von den Kommunisten geplante Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung protestierten die nationalen Parteien und Verbände während öffentlicher „Aufklärungsversammlungen“. Der Königin-Luise-Bund appellierte an seine Anhänger, nicht die Verdienste der Hohenzollern zu vergessen, „die alles für ihr Volk opferten und hingaben, um dem deutschen Volke zu helfen“. Von anderer Seite wurde den Initiatoren des Volksbegehrens unterstellt, dass sie die Aktion nur aus Gründen der Agitation ins Leben gerufen hätten, „um wieder die Massen zu verhetzen“.⁵⁰³ Genau diese „Hetze“ hatte den beiden Linksparteien am Ende des Volksbegehrens mehr Stimmen eingebracht, als beide Parteien zu den letzten Reichstagswahlen auf sich vereinen konnten.⁵⁰⁴ Mit dem Übergang zum Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung formierte sich auch die Gegnerschaft neu. Unter Führung von Kreisschulrat Busse hatte sich ein Ausschuss gegen die Fürstenenteignung formiert, der vor allem auch Geld für Propagandazwecke einwerben wollte.⁵⁰⁵ Als eine „reine faschistische Veranstaltung“ bezeichnete der „Klassenkampf“ eine Veranstaltung des Ausschusses, zu der sich „die Spießgesellen des fürstlichen Räuberpacks eingefunden hatten“, und veröffentlichte zudem eine Liste mit hallischen Agitationslokalen. Parallel dazu ordnete das Amtsgericht der Stadt die Beschlagnahmung von Plakaten Hindenburgs über einem Porträt Kaiser Wilhelms II. an, da dies eine „Wiederherstellung der Monarchie auf illegalem Wege erkennen läßt.“⁵⁰⁶ Unmittelbar vor dem Tag des Volksentscheides hatten die Kommunisten mit Aufmärschen und Geldsammlungen ihre Propaganda noch

⁵⁰⁰ SZ, 18.4.1925.

⁵⁰¹ Ebd., 1.5.1925.

⁵⁰² Der Wehrwolf, 1.5.1925. Vgl. ebd., 11. Lenzmonat 1924.

⁵⁰³ Ebd., 12. und 14.3.1926.

⁵⁰⁴ Ebd., 19.3.1926.

⁵⁰⁵ Vgl. KK, 4.6.1926.

⁵⁰⁶ KK, 17.6.1926. Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48Ie, Nr. 945, Bl. 198: gemäß § 23 des RPG und § 94 des St.P.O., da Beleidigung des RP und Vorwurf zur Wiederherstellung der Monarchie auf illegalem Weg.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

intensiviert, berichteten aber auch von Überfällen durch Stahlhelm-Mitglieder auf ihre Anhänger. „Der Terror der Reaktion“ hatte sich vor allem am und um den Wahltag stark konzentriert und den Kommunisten einmal mehr vor Augen geführt, dass der hallische Stahlhelm unter Duesterberg eine ganz entscheidende Rolle spielen würde. Befürwortern des Volksentscheides, wie z.B. Angestellten und Beamten, wurde nach Angaben des „Klassenkampfes“ mit Entlassungen gedroht und ihre Namen wurden in „Schwarzen Listen“ festgehalten.⁵⁰⁷ HZ und SZ resümierten nach Ausgang des Volksentscheides über die scheinbar fehlende „Aufklärung im bürgerlichen Lager“, die zu dem Anteil an bürgerlichen Stimmen geführt hatte, welche sich dem Anliegen der Linksparteien angeschlossen hätten. Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte sie eindringlich an die Bevölkerung appelliert, sich nicht mit den Kommunisten einzulassen, „sonst lassen sie Dich nicht wieder los!“⁵⁰⁸ Knapp zwei Wochen nach der Abstimmung veröffentlichte der „Klassenkampf“ ein Schreiben des Ausschusses gegen die Fürstenenteignung, worin er den Linken „Verlogenheit und [...] Hetze“ vorwarf und den Stahlhelm zugleich für sein „vorbildliches“ Einsetzen lobten.⁵⁰⁹

Im Oktober 1926 erschien erstmals eine Ausgabe von „Der Deutschnationale“ als Beilage zur in Berlin erscheinenden DNVP-Zeitung „Die Partei“. Ziel war, die bestehende Verbindung zwischen Vorstand und Mietgliedern zu verstärken und Parteifreunde tiefer in die deutschnationale Parteiarbeit hineinzuführen, wiederum ermöglicht durch Werbe- und Propagandamaterial.⁵¹⁰ Als größte deutsche Volkspartei, hinter der SPD, sah sich die DNVP als Partei aller Stände des Volkes, inklusive der Landbevölkerung, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, und somit umfassend im deutschen Volk verankert. Im Gegensatz dazu sei die DVP nur durch die nationalen Interessen der Industrie getragen.⁵¹¹ Als einzige für die Deutschnationalen in Halle in Frage kommende Tageszeitung wurde die „Hallesche Zeitung“ empfohlen, um sich darin über alle politischen und aktuellen Fragen zu informieren und sie allen anderen Parteimitgliedern weiterzuempfehlen.⁵¹² Neben der „Halleschen Zeitung“ bestanden ein enger Kontakt zur „Allgemeinen Zeitung“ und der Versuch einer Zusammenarbeit mit allen anderen nationalen Parteien, „um den Linksparteien einen starken Damm entgegenzusetzen“. Die DDP sah man

⁵⁰⁷ Vgl. KK, 19.6.1926; ebd., 22.6.1926.

⁵⁰⁸ Ebd., 22.6.1926, aus HZ: „man hätte annehmen sollen, daß die zwei Millionen bürgerlichen Mitläufer, die beim Volksbegehren sich die Moskau-Parole zu eigen machten, sich eines Besseren besonnen und Hindenburgs Warnung befolgt hätten. Aber es sind fast fünf Millionen Bürger geworden! Fünf Millionen, die wegen ihrer entwerteten Kriegsanleihe und Sparkassenbücher verbittert den Boden des Rechts verlassen und die Enteignung des Privateigentums billigen.“; SZ, 17.6.1926.

⁵⁰⁹ Ebd., 2.7.1926.

⁵¹⁰ Vgl. Der Deutschnationale, 1.10.1926.

⁵¹¹ Vgl. ebd., 2. Ausgabe, November 1926.

⁵¹² Vgl. Der Deutschnationale., 5. Ausgabe, Februar 1927.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

inzwischen ganz positiv als eine bedeutungslose Partei an, weshalb die Kampfansage hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten galt, da man weiterhin die stärkste Partei der Stadt bleiben wollte. Rückblickend entdeckte man für das Jahr 1926 eine zunehmende Zersplitterung zwischen den Parteien im nationalen Lager und nicht nur in den Vaterländischen Verbänden. In dieser Zerrissenheit erblickte man verbunden mit einem Wachstum der Wahlmüdigkeit auch die größte Gefahr für ein gutes Abschneiden des bürgerlich-nationalen Lagers bei den nächsten Wahlen. Kommunisten und Demokraten traute die DNVP keine Stimmengewinne zu, Ersteren aus Gründen der mangelnden Führungsqualitäten und Letzteren wegen ihrer „Sünden von früher“.⁵¹³ Für das „Kampfjahr 1928“ hatten die Deutschnationalen daher verschiedene Parolen festgelegt, die sich vom Freiheitsgedanken, d.h. frei vom Versailler Vertrag, und der Kriegsschuldflüge über die Einigkeit gegenüber den Angriffen von Kommunisten und Sozialdemokraten bis hin zum Glauben an zwischenzeitlich zerstörte Werte erstreckten.⁵¹⁴

Den Reichstagswahlkampf des Jahres 1928 richteten DNVP sowie Völkisch-Nationaler Block vor allem auf den Gegner Sozialdemokratie aus. Während die Völkischen der SPD die Schuld an der Inflation zuschrieben, sahen die Deutschnationalen eine Auseinandersetzung als „Entscheidungskampf zwischen zwei weltanschaulichen Fronten an und das parlamentarische Wirken der Sozialdemokraten nur zur Führung des Klassenkampfes als zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft“.⁵¹⁵ Grundsätzlich argumentierte man „gegen die Marxisten“ und deren zersplitterte Bewegung, da sich inzwischen gegenseitig Links- und Rechtskommunisten bekämpften und ein „Zusammenbruch der marxistischen Parteien“ die Folge der Unfähigkeit wäre, eigene Ziele in die Praxis umzusetzen. Vor allem spielten die Deutschnationalen in diesem Zusammenhang auf die internen Auseinandersetzungen der KPD im Fall Otto Kilian an, welcher seit Anfang 1928 nicht mehr Mitglied der Partei war und in einer öffentlichen Versammlung durch ehemalige Parteifreunde am Reden gehindert wurde. Trotz eines vermeintlichen Burgfriedens äußerte sich die DNVP abwertend gegenüber dem Auftreten der DVP bzw. warf ihr nach den Wahlen vor, den Burgfrieden oftmals gebrochen zu haben⁵¹⁶. Beklagt hatte die DNVP vor der Wahl, dass sich auf der Liste des Wahlkreises kein einziger Arbeitervertreter befinden würde, und bereits zwei Jahre zuvor beanstandeten Parteimitglieder, dass in verschiedenen Landesverbänden wie auch in Halle-Merseburg keine Vertreter der Arbeiter für den Reichs- oder

⁵¹³ Vgl. ebd., 6. Ausgabe, März 1927 und 12. Ausgabe, September 1927.

⁵¹⁴ Ebd., 15. Ausgabe, Dezember 1927.

⁵¹⁵ Vgl. SZ, 10.5.1928; ebd., 11.5.1928; Der Deutschnationale, 16. Ausgabe, Januar 1928.

⁵¹⁶ Vgl. Der Deutschnationale, 17. Ausgabe, Februar 1928 und 19. Ausgabe, Juni 1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Landtag aufgestellt seien, was in einem so stark von der Industrie geprägten Gebiet wie dem mitteldeutschen „eine Selbstverständlichkeit“ sein müsste.⁵¹⁷

Ziel des Stahlhelms war es hauptsächlich, endlich die „Rote Bonzenherrschaft“ zu brechen und seinen eigenen Einfluss zu vergrößern, auch unter dem Umstand, dass man den Parlamentarismus der Weimarer Zeit nicht als ideale Lösung betrachtete. Zudem müsste er sich vermehrt der Jugend widmen, um sie im nationalen Sinne wehrhaft zu machen.⁵¹⁸ Die Ursache für die einst so starken Sozialdemokraten schrieben sie selbst dem Versagen des Bürgertums ab 1871 zu, das die „Gefahr des Judentums und anderer Schönredner“ nicht erkannt habe und daher den Sozialdemokraten ermöglicht habe, bei fehlender Volksgemeinschaft, das Volk zu gefährden.⁵¹⁹ Mit der Parole „gegen die rote Pest“ trat der Stahlhelm in jenen Jahren öffentlich auf. Von Seiten der Kommunisten, Sozialdemokraten und auch Demokraten sah er sich zahlreichen Lügen ausgesetzt, die nicht seinen „glänzenden Erfolgen“ entsprechen würden, zumal ihnen die „halleschen roten Faustkämpfer“ zahlreiche Taten zugefügt hätten.⁵²⁰ Politische Erfolge der nationalen Parteien wie bei den Reichstagswahlen 1930 und im Kampf gegen den „amerikanischen Schandfilm: Im Westen nichts Neues“ wurden als Ergebnisse der eigenen Arbeit angeführt. Entsprechend nahm er auch die Reaktionen der Linken und der preußischen Behörden in Kauf, mahnte jedoch an, Erstere nicht zu unterschätzen.⁵²¹

Wohl gerade, weil die DDP zur Reichstagswahl im Mai 1928 nur 5,6% an Wählerstimmen auf sich vereinen konnte, betrieb sie in Vorbereitung auf die Wahlen des Jahres 1929 ein verstärktes Wahlengagement. Als „Massenbesuch“ bezeichnete die Partei den Zulauf, den ihr Wahlkreisparteitag im Mai 1929 erfahren hatte, was ihrer Berichterstattung zufolge eines erneuten Aufstieges und zugleich den Glauben an die „werbende Kraft ihrer politischen Ideale“ andeutete. Was von der bürgerlichen Presse scheinbar relativ positiv bewertet wurde, wurde nach DDP-Angaben vom sozialdemokratischen „Volksblatt“ dahingehend diskutiert, dass „politischer und geistiger Tiefstand sozialdemokratischer Funktionäre“ die Art der Kritik bestimmt hätte.⁵²² An ihre Parteifreunde appellierte die DDP unmittelbar vor den Kommunalwahlen im November 1929, gerade den Angriffen der Sozialdemokraten durch Opferbereitschaft entgegenzutreten, welche der Glaube an die Demokratie von ihnen erfordern würde, um sich nach rechts und links wehren zu können.⁵²³ Trotz Einheitsliste mit DVP und DNVP zu den Stadtverordnetenwahlen

⁵¹⁷ Vgl. BArch, R 8005, Nr. 199, Bl. 23 und Nr. 198, Bl. 121.

⁵¹⁸ SZ, 12.5.1928.

⁵¹⁹ Der Alte Dessauer, 9.4.1927.

⁵²⁰ Ebd., 16.7.1927.

⁵²¹ Vgl. BArch, R 72, Bd. 89, Bl. 159.

⁵²² PW, 25.5.1929.

⁵²³ Vgl. PW, 25.10.1929.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

war vor Ort kein „einheitliches Bild“ entstanden, so dass die DDP bei der gleichzeitig stattgefundenen Wahl zum Provinziallandtag in Halle auf 3,9% abgerutscht war. Die Abneigung vieler DDP-Anhänger gegenüber der Einheitsliste hatte sich demnach vielfach gegenüber einer stillschweigenden Akzeptanz der selbigen durchgesetzt, begründet anhand des Verhaltens von KPD und SPD im Stadtparlament. Als Schlussfolgerung aus diesem Ergebnis sollte eine Änderung dieser Form des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien angestrebt werden. Der „Ärger“ der „Saale-Zeitung“ über die vier demokratischen Stadtverordneten ließ jedoch zugleich unerwähnt, dass auch DVP und DNVP Stimmenverluste hinnehmen mussten. Allerdings lagen die Demokraten mit der Annahme, dass der Radikalismus auf Seiten der Rechten 1929 seinen Höhepunkt bereits erreicht hätte, zu diesem Zeitpunkt falsch.⁵²⁴ Die Beziehung zwischen DDP und Deutschnationalen war offensichtlich nicht generell von politischer Übereinstimmung gekennzeichnet. Da sich die DNVP als „Vertreter des einzig wahren Nationalgefühls“ betrachtete, zu dem man vor allem die Demokraten nicht zählen würde, waren diese oftmals Repressalien ausgesetzt. Umso verwundert war man auf Seiten der DDP, dass sich die DNVP wegen finanzieller Schwierigkeiten auch an sie wandte, da es der Partei in der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht gelänge, neben den laufenden Aufgaben zusätzliche Mittel für Wahlvorbereitungen zur Verfügung zu stellen.⁵²⁵ In welche politische Richtung sich die radikale Stimmungslage entwickeln konnte, wurde auch für die Demokraten schließlich im September 1930 sichtbar, als „die politische und geistige Armut über die Vernunft einen Sieg davongetragen hat“.⁵²⁶ Schon Anfang des Jahres 1931 war man sich mehr über den innenpolitischen Zustand bewusst, der in der Form seiner Radikalität inzwischen an die frühen 20er Jahre mit Kapp-Putsch etc. erinnerte und – berücksichtigt man auch die Erfolge der NSDAP – weiterhin im Anstieg zu sein schien.⁵²⁷

Anhand der Situation des Provinziallandtages in Merseburg kommentierte die Deutsche Staatspartei 1931 das Auftreten der verschiedenen dort vertretenen Parteien und stellte Übereinstimmungen mit der Parteisituation im Reich fest. Neben der Allianz zwischen NSDAP und DNVP schwankte die DVP, während die Sozialdemokraten beabsichtigten, ihren Einfluss zu bewahren, und sich die Kommunisten als Verkünder der Sowjetunion versuchten. Sich selbst erblickten die Demokraten als sachkundige Partei in der Mitte, die sich zutraute, sich ihren Weg zu bahnen. Allerdings stellten auch sie sich immer wieder die Frage, warum es den Nationalsozialisten trotz ihres gewalttätigen politischen Stils gelungen war, in diesem Maße Mandate und Wählerstimmen zu erlangen und auch weiterhin ungestört aufzutreten. Die Schuld an dieser

⁵²⁴ Ebd., 25.11.1929.

⁵²⁵ Vgl. ebd., 10.7.1931.

⁵²⁶ Ebd., 25.9.1930.

⁵²⁷ Vgl. ebd., 10.1.1930.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

misslichen Lage trugen nach Meinung des „Politischen Wegweisers“ die Teile des Bürgertums, welche „in ihrer politischen Blindheit und Schwäche einer Bewegung emporhalfen, die weiter nichts als geschwollene Phrasen mitbrachte und in den wütesten Schimpf und Hetzreden gegen Regierung und Staat sich austobte“. Und obwohl es auch von Seite der Demokraten Kritik am Vorgehen und Auftreten der Kommunisten gab, warfen sie den Nationalsozialisten vor, dass deren Angriff gegenüber der KPD bei gleichermaßen gewaltsamem Auftreten in keinster Weise gerechtfertigt wäre.⁵²⁸

Vor der Septemberwahl hatte der DHV über die innenpolitische Entwicklung der letzten zehn Jahre und die Zunahme der politischen Extreme zur rechten und zur linken Seite, verursacht durch politische Fehler sowie persönliche Vergehen, resümiert. Den „Kampf gegen den Marxismus“ durch die bürgerlichen Parteien kritisierte er allerdings als „eine Verlegenheitsparole aus eigener Ideenarmut“. Entscheidend in der Auseinandersetzung sei, dass jener „Kampf“ als selbstverständlich für jene Parteien geführt werden sollte, welche für eine bestimmte Form des „deutschen Idealismus“ kämpften, den der DHV mit „Gut und Blut“ erlangen wollte. Von der DNVP wurde der DHV 1932 dahingehend kritisiert, dass er sich in einem Wahlaufzuruf zu „eindeutig“ für das DHV-Mitglied Franz Stöhr eingesetzt hatte, der im November 1932 für zum wiederholten Male in den Reichstag die NSDAP einzog. Allerdings hatte sich ein Verbandstag von 1924 bereits für die aktive Mitarbeit der Mitglieder in Parteien, Verbänden und Vereinen im Sinne der eigenen Grundsätze ausgesprochen.⁵²⁹

Besonderes Engagement widmete das nationale Lager der Berichterstattung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan, mit dem Ziel, seine Anhänger möglichst zahlreich für eine Eintragung zu mobilisieren. In einer gemeinsamen EntschlieÙung forderten die beteiligten Parteien und Verbände die Räumung besetzter Gebiete, da die Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg wohl durch die „geschichtliche Forschung“ erwiesen sei. Fritz Hoffmann vom Kreiskriegerverband animierte zugleich zum aktiven Widerstand gegen den geplanten Reparationsplan und die „Kriegsschuldlüge“.⁵³⁰ Der hallischen Bevölkerung wurde die Pflicht auferlegt, sich für das Volksbegehren zu engagieren, da man die Unterzeichnung mit der Frage des Wohles der Menschen im Land und deren Zukunft verknüpfte, die durch die neuen Reparationsregelungen nicht mehr gesichert seien.⁵³¹ Mit den offiziellen Unterschriften Alfred Hugenbergs und

⁵²⁸ PW, 10.4.1931.

⁵²⁹ Mitteldeutsche Kaufmannspost, September 1930, Nr. 9. Vgl. ebd., Dezember 1932, Nr. 12; und siehe auch ebd., Juli 1924, Nr. 7.

⁵³⁰ HZ, 22. und 23.8.1929.

⁵³¹ Vgl. SZ, 10.10.1929; HZ, 24.10.1929: „[...] als letzter Appell an das Gewissen aller ehrlich und rechtlich denkenden Einwohner [...] Einwohner Halles scheint in Massen! Zeigt, daß Euer Kampfeswille trotz des Terrors ungebrochen ist!“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Adolf Hitlers für das Volksbegehren erhofften sich die Initiatoren außerdem eine Zunahme bei den Einzeichnungen.⁵³² Zusätzliche Aufmerksamkeit bekam das Volksbegehren durch einen Artikel im sozialdemokratischen „Volksblatt“, der von einer Versammlung von Land- und Schulräten beim sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Harnack berichtete, in der von Harnack gebeten hatte, gegen das Volksbegehren vorzugehen, sowie der hallischen Lehrerschaft angeblich eine Einzeichnung untersagt hat.⁵³³ Die hallische Eintragungsziffer für das Volksbegehren, die mit 12,4% sogar über dem Reichsdurchschnitt lag, galt dem nationalen Lager als Beweis, dass die Stadt als das „einstige rote Herz Mitteldeutschlands“ wohl aus den Erfahrungen der Vorjahre und trotz des „Terrors der Behörden“ gelernt hätte.⁵³⁴ Die DNVP äußerte allerdings Bedauern, dass die NSDAP trotz Hitlers Beteiligung am „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ im hallischen Bezirk ihre Angriffe auch gegen Mitglieder des örtlichen Ausschusses für das Volksbegehren richtete.⁵³⁵ Die sich nicht an dem Volksbegehren beteiligende DDP kritisierte öffentlich, dass sich angeblich „neutrale Frauenverbände“ für das Volksbegehren eingesetzt haben, und forderte ihre Mitgliederinnen auf, aus diesen Organisationen auszutreten, um nicht zum „Anhängsel der Deutschnationalen Volkspartei“ zu werden.⁵³⁶ In einer ihrer Ausgaben befragte die „Saale-Zeitung“ die Deutsche Volkspartei nach ihren Gründen für die Annahme des Young-Plans, die durchaus Einfluss auf die innenpolitische Situation nehmen würde, und warf der Partei gleichermaßen vor, damit ein einheitliches Auftreten gegenüber den Linken zu gefährden.⁵³⁷ In einer Vorstandssitzung beschloss die DVP, trotz Bedenken gegenüber dem Young-Plan den von Hugenberg initiierten Volksentscheid abzulehnen. Auch gegenüber einer hallischen Bürgerin nahm die Reichsgeschäftsstelle der Partei hierzu Stellung und begründete die Zustimmung zum Young-Plan mit der Tatsache des für Deutschland verlorenen Krieges, weshalb sich das Land als der „Schwächere“ beugen müsste, auch wenn die durch den Reparationsplan auferlegten Lasten „ein schreiendes Unrecht sind“.⁵³⁸ Der im Dezember durchgeführte Volksentscheid war vor allem ein Erfolg der gemeinsamen Propaganda der beteiligten Parteien und Verbände, darunter neben DNVP und Stahlhelm auch der NSDAP, wobei es gelang, in Halle 19,9%, d.h. 30.217, der Stimmen zu sammeln.⁵³⁹ Ein

⁵³² Vgl. HZ, 25.10.1929.

⁵³³ HZ, 19.10.1929: „Von Harnack bläst zur Attacke“.

⁵³⁴ Ebd., 30.10.1929.

⁵³⁵ Vgl. SZ, 9.9.1929.

⁵³⁶ PW, 10.11.1929.

⁵³⁷ Vgl. ebd., 25.01.1930: „Wie besorgt doch das Hugenberg-Blatt um die Volkspartei ist! Und wie sehr ihm mit einem Mal ein ‚parlamentarisches System‘ am Herzen zu liegen scheint!“

⁵³⁸ Vgl. BArch, R 45 II, Nr. 81, Bl. 48; ebd., Nr. 82, Bl. 205.

⁵³⁹ Vgl. Anhang, Tabelle 27.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

letzter Aufruf des Landesausschusses für das deutsche Volksbegehren, veröffentlicht einen Tag vor dem Volksentscheid, sollte noch einmal die wichtigsten Punkte des Young-Plans zusammenfassen, die auf den Fortbestand der Bestimmungen des „Versailler Diktates“ zielten, welche für Deutschland ein „neues Diktat“ hervorbringen würden. Als klaren Gegner bezeichneten die Befürworter des Volksentscheides den „Feind [...] am Rhein [...] an Oder und Weichsel“, mit dem eine Konfrontation daher unausweichlich wäre.⁵⁴⁰ Im Resultat des Volksentscheides sah die „Saale-Zeitung“ auch den Erfolg ihres eigenen Engagements, da sie angab, mit Ausnahme einer weiteren hallischen Zeitung allein für das Gelingen des Volksentscheides gekämpft zu haben. Vor allem wurde dieser Stimmengewinn im Kontext der „Verhältnisse“ vor Ort unter dem „Terror“ der Radikalen von links betrachtet und ihm daher noch mehr Gewichtung gegeben. Für die Zukunft sah man ein weiteres Ansteigen der nationalen Parteien voraus, die sich der „vaterländischen Sache“ widmen würden.⁵⁴¹

Als die DVP in der HZ eine Anzeige veröffentlichen wollte, welche sich gegen das Volksbegehren richtete, musste deren Direktor Hans Eichstädt dies jedoch ablehnen. Gegen den Willen seiner Schriftleitung war es nicht möglich, eine derartige Anzeige zu veröffentlichen, was er selbst in einem Schreiben an die Nationalliberale Correspondenz (NLC) bedauerte, da ihm wegen der deutschnationalen Ausrichtung der HZ „die Hände bis zu einem gewissen Grad gebunden“ waren. Sollte es dennoch zu einer Aufnahme anderer Artikel der NLC in der HZ kommen, bestand die DVP jedoch darauf, dass „keine Polemik gegen die Volkspartei geknüpft würde, [...] bei der Haltung der Redaktion liegt diese Gefahr nahe.“⁵⁴²

Mit intensiver Propaganda von Seiten des nationalen Lagers wurde der Wahlkampf für das von den Rechtsparteien (DNVP, DVP, auch Stahlhelm etc.) initiierte Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages geführt. Eine dominierende Rolle nahm darin der Stahlhelm ein, dessen Plakate zum Teil von der Polizei verboten und beschlagnahmt wurden, da die Inhalte sicherheitsgefährdend seien und sich gegen die Verfassung richten würden.⁵⁴³ Die anfänglichen öffentlichen Kundgebungen des Stahlhelms zum Volksbegehren wandten sich in erster Linie gegen die Zusammensetzung des preußischen Landtages, die nicht mehr dem Volkswillen

⁵⁴⁰ SZ, 21.12.1929.

⁵⁴¹ Ebd., 23.12.1929. Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 1142, Bl. 150: Von Seiten der Merseburger Regierung waren für den Polizeibezirk Halle neben der „Saale-Zeitung“ und der „Hallescher Zeitung“ noch der „Alte Dessauer“, „Der Wehrwolf“ und die „Königin-Luise-Bundeszeitung“ angegeben worden.

⁵⁴² BArch, R 45 II, Nr. 82, Bl. 144ff.

⁵⁴³ Vgl. SZ, 16.3.1931: zum Plakat: „Die marxistische, volks-, wirtschafts- und christentumsfeindliche Herrschaft Rotpreußens droht das ganze deutsche Volk in namenloses Elend und Unglück zu stürzen. Seit 10 Jahren zerstören die Marxisten und ihre Helfer preußisches Kulturgut und preußische Errungenschaften. Auf der ganzen Linie hat die Sozialdemokratie und die Demokratie versagt. Nichts als Not, Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit brachten sie uns allen.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

entsprechen würde, und forderten eine Rückbesinnung auf preußische Werte und Tugenden, verkörpert „z.B. im guten alten Beamtentum, im Frontsoldatentum“. Dabei betonte man auch, dass es nicht um einen Kampf gegen das aktuelle politische System gehe, sondern um einen Kampf für die „Sauberkeit im Staate“.⁵⁴⁴ Mit diesen Vorstellungen verband sich der Wunsch, den Geist Bismarcks wieder zu reaktivieren, dessen Ideale der Stahlhelm unter Führung von Duesterberg während einer als Bismarckfeier durchgeführten Kundgebung zum Volksbegehren hervorhob. Äußerungen Duesterbergs, welche die gegenwärtige politische Lage in die Nähe eines „latenten Bürgerkriegs“ rückte, führten zu Verwarnungen durch die anwesende Polizei und wegen späterer Unruhe zur Versammlungsauflösung.⁵⁴⁵

Die Erfolge einer offensiven Propaganda verdeutlichten sich in den Eintragungsziffern zugunsten des Volksbegehrens in der Stadt Halle, die verglichen mit anderen Großstädten recht hoch lagen, wie der „Klassenkampf“ in einer Ausgabe während der Eintragungsperiode bemerkte. Im selben Augenblick unterließ er es aber nicht, den ganzen „Stahlhelm-Rummel“ trotzdem als eine „Pleite“ zu bezeichnen, um damit einerseits die Bedeutung des Volksbegehrens herunterzuspielen, andererseits aber auch die eigene Anhängerschaft zu stärkerer Aktivität gegenüber Aktionen dieser Art zu bewegen. Nach dem endgültigen Ergebnis des Volksbegehrens bestätigten sich zwar die relativ hohen Eintragungen der Stadt Halle, allerdings waren weniger Stimmen zusammengekommen, als die das Volksbegehren unterstützenden Parteien zur Reichstagswahl 1930 auf sich hatten vereinen können.⁵⁴⁶ Am Volksentscheid am 9. August 1931 beteiligte sich auf Anweisung Moskaus hin plötzlich auch die KPD auf Seiten der Befürworter der Auflösung des preußischen Landtages. Starke Kritik an dieser Vorgehensweise kam vor allem aus den Reihen der Sozialdemokraten, da die Kommunisten noch zu Beginn des Volksbegehrens ganz gegenteilige Anweisungen aus Moskau erhalten hatten.⁵⁴⁷ Auch von den „Partnern“ im Volksbegehren, den nationalen Parteien und Verbänden, wurden die Kommunisten in der Propaganda für ihren „Roten Volksentscheid“ nicht ernst genommen. Vielmehr betrachtete man ihre Bemühungen als lächerlich und unterstellte der Moskauer Führung wenig Einflussnahme auf die Anhängerschaft vor Ort, während man gleichzeitig vom Erfolg der eigenen Kundgebungen sprach.⁵⁴⁸

⁵⁴⁴ SZ, 27.3.1931.

⁵⁴⁵ Vgl. SZ, 1.4.1931; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/VI, Bl. 38ff.

⁵⁴⁶ KK, 13. und 23.4.1931: „Die faschistischen Kräfte sind noch am Werke, sie sind noch so stark, um Massen zu mobilisieren. Diese Tatsache verpflichtet das revolutionäre Proletariat, die Anstrengungen zum Kampf gegen den Faschismus, gegen Stahlhelm und Nazi zu verdoppeln. Der Kampf geht weiter!“

⁵⁴⁷ Zur Reaktion der SPD vgl. VB, 22.7.1931 und 5.8.1931.

⁵⁴⁸ SZ, 1.8.1931.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Bis zuletzt veranstaltete der Stahlhelm Propagandamärsche mit bis zu 1.000 Teilnehmern, zu denen auch zahlreiche Nationalsozialisten gehörten. Vorwürfe, man befürworte als Stahlhelm den Krieg, wies Duesterberg während der Abschlusskundgebung in der Saalschloßbrauerei entschieden zurück und plädierte für einen gleichberechtigten Frieden, auf den Deutschland immer noch warten würde. Die Ursachen dafür, dass es in Halle nicht gelungen war, 100.000 Stimmen für den Volksentscheid zu erreichen, suchte man schließlich auch bei den Kommunisten.⁵⁴⁹ Deren Hauptpropagandaorgan, der „Klassenkampf“, war vom 17. Juli bis zum 20. August durch den Oberpräsidenten verboten worden, da man der Zeitung wiederholt vorwarf, durch seine „aufreizende Schreibweise [...] Panik und Katastrophe zu verbreiten“.⁵⁵⁰ Der „Klassenkampf“ wandte sich daraufhin an den Oberpräsidenten, da man wegen der Verbotsdauer wirtschaftliche Schäden befürchtete und nicht in der gewohnten Form Propaganda für den Volksentscheid machen konnte.⁵⁵¹ In der „Nazi-Saale-Zeitung“ tauchte nach der Abstimmung der Bericht eines Beamten auf, der sich darüber beschwerte, dass die Beamtenschaft im Zuge des Volksentscheides zu „geknebelt“ gewesen wäre und es Mitgliedern der Staatspartei zudem noch verboten gewesen war, sich an der Einzeichnung zu beteiligen.⁵⁵²

Spätestens ab dem Jahr 1928 involvierte die „Saale-Zeitung“ Veranstaltungsberichte und -ankündigungen der NSDAP in ihre Berichterstattung und gab damit den Nationalsozialisten Raum für ihre Propaganda. Das offizielle NSDAP-Organ „Der Kampf“ war von Hitler erst im Januar 1931 als Zeitung für den Gau Halle-Merseburg bestätigt worden, existierte aber bereits im Jahr 1930. Im Dezember 1930 war es vom Oberpräsidenten für vier Wochen wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz verboten worden, was von der bürgerlichen Presse kritisiert wurde, da man nicht einsah, wieso nicht auch der „Klassenkampf“ wegen seiner Äußerungen mit einem Verbot bestraft wurde.⁵⁵³ Anerkennend stellte die „Saale-Zeitung“ fest, dass die NSDAP nicht nur während Zeiten des Wahlkampfes, sondern auch danach „gänzlich überfüllte Versammlungen“ aufweisen konnte.⁵⁵⁴ Gestört wurde sie dabei scheinbar regelmäßig durch kommunistische Überfälle, welche sich mit der Zeit verstärken würden. Während das „Volksblatt“ von zuerst angreifenden Nationalsozialisten berichtete, sahen die Gegner die Schuld eindeutig bei den

⁵⁴⁹ Vgl. ebd., 4. und 8. und 10.8.1931.

⁵⁵⁰ VB, 18.7.1931, KK, 21.8.1931. Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2005 I, Bl. 132.

⁵⁵¹ Vgl. KK, 21.8.1931. Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2005 I, Bl. 132.

⁵⁵² Vgl. PW, 10.9.1931.

⁵⁵³ Vgl. SZ, 19.12.1930; BArch, NS 26/1037: aus der 4. Dezemberrnummer 1930 „Wir werden es den Genossen Severing und Grzesinski nicht vergessen, dass sie es wagten, mit amtlichen Mitteln die Entehrung des Deutschen Volkes zu betreiben“ und „Ein Sturm wird in Bälde kommen über unser Vaterland, der den ganzen Unrat der letzten 12 Jahre mitsamt den Säuen, die darin wühlen, hinwegfegt.“

⁵⁵⁴ SZ, 8.11.1930.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Kommunisten.⁵⁵⁵ Auf der anderen Seite tauchten Nationalsozialisten bei Veranstaltungen der SPD auf, z.B. als der Journalist Artur Schweriner als Gast einer sozialdemokratischen Kundgebung im Volkspark vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnte, die von der Gegnerschaft als „Märchen“ bezeichnet wurden. Im Laufe der Veranstaltung war es zwar zu keinen Ausschreitungen zwischen Nationalsozialisten und Teilnehmern gekommen, allerdings fanden noch in der Nacht Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern statt. Veranstaltungen dieser Art waren wegen ihrer Brisanz in der Regel polizeilich geschützt und die Tribünen für die Besucher gesperrt.⁵⁵⁶

In ihren Veranstaltungen richteten die Nationalsozialisten ihre Agitation kontinuierlich gegen die Sozialdemokraten, die als „seelische Prostitution Deutschlands“ und „saudümmste Partei“ das Volk vergiften, den Wehrwillen untergraben sowie vom Ausland dafür bezahlt würden.⁵⁵⁷ Die hallischen Redner bezogen sich in diesen Fällen aber weitgehend auf die reichsweite Konstellation, wonach die SPD nach der Reichstagswahl die Regierung Brüning tolerierte. Vor allem in der hallischen „Saale-Zeitung“ ist immer wieder von „überfüllten“ Versammlungen der NSDAP sowohl vor als auch nach den Wahlen von 1930 zu lesen.⁵⁵⁸ Vor der Reichstagswahl im Mai 1928 trat der Spitzenkandidat Gauleiter Hinkler im „Deutschen Gesellschaftshaus“ auf und sprach über die Frage „Rechts-Links – oder Adolf Hitler?“. Ihm zufolge beabsichtigte die NSDAP keine Versprechungen zu machen, da sie sich gegenüber ehrlich bleiben wollte, um gemeinsam für die Freiheit des Volkes zu kämpfen. Die SPD hingegen würde Verrat an der Arbeiterklasse begehen und den Mittelstand zerstören, dem man nur durch einen Kampf auf Seiten der Nationalsozialisten helfen könne.⁵⁵⁹

Parteigegensätze innerhalb des nationalen Lagers sollten beim Stahlhelm prinzipiell keine Rolle spielen, daher wurde auch erst zur Reichstagswahl von 1930 vom Verband eine erste Wahlempfehlung ausgegeben, die aber nur Parteien in Betracht zog, die sich im Kampf „gegen den Tributplan und Marxismus“ ausgezeichnet hätten. Gauführer Max Jüttner begründete auf einer Mitgliederversammlung des Stahlhelms 1925 selbst seinen Eintritt als DNVP-Mitglied in den Provinziallandtag damit, dass man durch die Mitgliedschaft von Stahlhelmführern in entsprechenden Volksvertretungen „der von oben kommenden roten Herrschaft“ ein Ende machen müsste. Unmittelbar vor der Reichstagswahl von 1930 erklärte er jedoch, dass gerade der letzte

⁵⁵⁵ Vgl. ebd., 20.12.1930 und 17.10.1931.

⁵⁵⁶ Vgl. ebd., 12.4.1930.

⁵⁵⁷ VB, 17.10.1930 zur NSDAP-Versammlung am 16.10.1930 mit M.d.R. Oberlindober.

⁵⁵⁸ SZ, 27.10.1930, vgl. auch 8.11.1930: „Man ist bei den Nationalsozialisten gänzlich überfüllte Versammlungen schon seit langem gewohnt – während des Wahlkampfes, unvermindert aber auch nach den Wahlen.“

⁵⁵⁹ Vgl. SZ, 15. und 17.5.1928.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Reichstag gezeigt hätte, dass das Parlamentssystem nicht funktionieren würde, weshalb man von Seiten des Stahlhelms keinen Führer in den Reichstag senden wollte.⁵⁶⁰ Auch Vaterländische Verbände wie der dem Stahlhelm nahestehende Bund Königin Luise sollten sich dementsprechend aus der Parteipolitik heraushalten. Die Aufgabe des Luisenbundes sollte sein, für Deutschlands innere Neuentstehung zu sorgen, während Stahlhelm, Wehrwolf und ähnliche Organisationen sich für den „Schutz des Vaterlandes gegen äußere und innere Feinde“ einsetzen.⁵⁶¹ Darunter verstand man scheinbar auch die öffentliche Einmischung des Stahlhelms auf die Programmauswahl des Kinos „Schauburg“, dem man in einem Artikel der „Saale-Zeitung“ vorgeworfen hatte, vorwiegend „rote Filme“ zu zeigen, so dass das Kino in einem Brief an den Stahlhelmwenig später die Lösung von den Linksparteien mitgeteilt hatte.⁵⁶²

Als Gast begrüßte der Wehrverband 1926 den ehemaligen Freikorpsführer und Beteiligten am Kapp-Putsch Hermann Ehrhardt, der nach langjähriger strafrechtlicher Verfolgung erst im selben Jahr durch Hindenburg amnestiert wurde. Sein Wirken setzte der Stahlhelm mit dem seiner Mitglieder gleich, die vor Ort „in seinem Sinne“ auftreten würden.⁵⁶³ In „seinem Sinne“ auftreten bedeutete für den Stahlhelm auch, sich für die Farben der Fahne des Deutschen Reiches als „Wahrzeichen deutscher Bluts- und Schicksalsgemeinschaft“ einzusetzen. Von der kommunistischen Gegnerschaft als „Wilhelms Pleiteflagge“ bezeichnet, wollten die nationalen Kreise dagegen unter der schwarz-weiß-roten Fahne „leben, kämpfen und sterben“.⁵⁶⁴ Vielfach wehrte sich der Stahlhelm gegen den bereits erwähnten Vorwurf, man ziele mit seinen Aktivitäten auf einen Krieg hin. Die Forderung nach einer Aufrüstung begründete man daher einerseits mit der Belebung der Wirtschaft und andererseits mit der „waffenstarken“ Gegnerschaft. Nachwuchsorganisationen wie der Jungstahlhelm sollten vom „Ideengut“ der Frontgeneration profitieren, welche während ihrer Zeit im Heer unter anderem zu „Verantwortungsbewusstsein“ erzogen wurden.⁵⁶⁵

Nicht von vornherein gelang im nationalen Lager die Aufstellung einer gemeinsamen Front bzw. einer gemeinsamen Liste, wie z.B. bei den Leunawahlen 1931. Da es von Seiten der Nationalsozialisten 1930 keine eigene Liste gegeben hatte und sie sich auch nicht an der Wahl beteiligt hatten, fragte der Stahlhelm 1931 zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste nach, damit der „antimarxistischen Front“ nicht wieder Stimmen verloren gehen würden. Da die

⁵⁶⁰ SZ, 5.9.1925 und 9.8.1930.

⁵⁶¹ Vgl. ebd., 9.5.1926 und 22.5.1924.

⁵⁶² Ebd., 20.11.1928.

⁵⁶³ Ebd., 9.5.1926. Vgl. KK, 20.10.1926, zum weiteren Besuch Ehrhards auf der Burg Wettin.

⁵⁶⁴ SZ, 25.8.1927. Vgl. KK, 10.10.1928.

⁵⁶⁵ SZ, 26.11.1929 und 5.2.1931.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Nationalsozialisten dieses Mal mit einer eigenen Liste auftreten wollten, trat auch der Stahlhelm mit eigenen Kandidaten an. Er unterließ es in dem Zusammenhang auch nicht zu betonen, es sei sein Verdienst, dass „dieses ehemals rote Gebiet zu einem nationalen Bollwerk wurde“.⁵⁶⁶

Immer wieder bot die „Saale-Zeitung“ dem Stahlhelm eine Plattform, um seine Bedeutung bei der Konstituierung einer „nationalen Hochburg“ herauszustellen, wodurch er für die anderen nationalen Verbände des Reiches eine Vorbildfunktion eingenommen hätte. In einer ausführlichen Dokumentation vom Januar 1932 wurde neben den „Verdiensten“ des Stahlhelms wie Volksentscheiden, sozialen Leistungen, Wahlen etc. explizit der „Kampf“ des Verbandes betont, welcher den Errungenschaften vorangegangen war.⁵⁶⁷ Vergleichbare Äußerungen richteten sich nicht nur unmittelbar an die linke Gegnerschaft, sondern versuchten sich auch von den Nationalsozialisten abzugrenzen, welche den Stahlhelm spätestens nach 1930 verdrängt hatten. Noch 1932 erstattete der unterlegene Frontsoldatenverband eine Anzeige gegen das NS-Blatt „Der Kampf“, von dem man sich öffentlich beschimpft und beleidigt fühlte.⁵⁶⁸

Im Wehrwolf setzte man sich zur selben Zeit verstärkt für Adolf Hitler ein, dem man trotz Kriegsteilnahme bis 1932 auf deutscher Seite immer wieder das Einbürgerungsrecht verweigert hatte. Zur anstehenden Reichspräsidentenwahl verweigerte der Wehrwolf laut seinem Führer Kloppe auch dem amtierenden Präsidenten Hindenburg die Stimmen, da unter dessen Führung zahlreiche Verbote gegen die nationale Bewegung erlassen worden waren.⁵⁶⁹ Die Ziele der nationalsozialistischen Propaganda bildeten weiterhin der „Bolschewismus“ sowie die „Machtergreifung der Nationalsozialisten“, wozu Jordan und seine Anhänger in zum Teil 17 parallelen hallischen Veranstaltungen aufriefen.⁵⁷⁰ Die Verluste, welche die Nationalsozialisten zur Reichstagswahl im November 1932 hinnehmen mussten, und die gleichzeitige Mandatszunahme bei den Kommunisten begründete die NSDAP mit dem „Papenrummel“. Da er auf der Konferenz von Lausanne keine vollständige Streichung der Reparationszahlungen durchsetzen konnte, wurde Reichskanzler Franz von Papen vor allem von der NSDAP stark angegriffen.⁵⁷¹

⁵⁶⁶ SZ, 14.3.1931.

⁵⁶⁷ Ebd., 26.1.1932.

⁵⁶⁸ Vgl. VB, 30.8.1932: „Nun aber, meine Herren von der Reaktion, nun sollt ihr sehen, was Treue ist. (Ihr kennt ja diesen Begriff nicht mehr.) Nun denn auf um so bessere Zusammenarbeit mit den Herren Stahlhelmführern, diesem verräterischen Pack, das sich jedes Mal national genannt hat. Wagt es nur weiter, euch national zu nennen, und stellt euch zugleich mit dem Landesfeind auf eine Stufe.“

⁵⁶⁹ Vgl. SZ, 8.2.1932.

⁵⁷⁰ Ebd., 13.2.1932.

⁵⁷¹ SZ, 4.1.1933. Vgl. HN, 4.1.1933.

2.3 Feiern und Gedenktage

Feiern und Gedenktage ermöglichten den jeweiligen Lagern oder Parteien die Gelegenheit, sich mit ihrem Gegenüber auseinanderzusetzen bzw. sich nach außen hin zu präsentieren und abzugrenzen. Die unterschiedlichen Gedenk- und Feiertage der Weimarer Republik waren zum Teil aus der Vorkriegszeit übernommen und mit dem entsprechenden Pathos weitergeführt worden oder wurden wie der Verfassungstag erst zur Weimarer Zeit begangen. Das Bedürfnis nach einem deutschen Nationalfeiertag bestand bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert. Gegenüber diesem bürgerlichen Wunsch nach einem gemeinsamen Symbol für ein einheitliches Deutschland entwickelte im 19. Jahrhundert auch die Arbeiterbewegung einen eigenen Festkalender.⁵⁷²

Während der Weimarer Zeit hatten sich die Parteien nicht auf einen Nationalfeiertag einigen können, da weder der Reichsgründungstag, der Verfassungstag noch der Tag der Revolution eine entsprechende Mehrheit finden konnte, so dass auch dies als ein Beispiel für einen Mangel an gemeinsamer Identifikation mit der neuen Republik angesehen werden kann.⁵⁷³ Weitere Debatten wurden auch um die Einführung des 1. Mai als nationalen Feiertag geführt, wobei sich vor allem DNVP und DVP durch ihre eindeutig ablehnende Haltung von der SPD und der USPD abgrenzen wollten, da die bürgerliche Mehrheit in der Weimarer Nationalversammlung den 1. Mai als einen sozialdemokratischen Feiertag betrachtete. Lediglich auf Länderebene konnte man den 1. Mai zu einem Feiertag machen, was indes in Preußen nicht geschah, obwohl der Tag weiterhin den Charakter eines für die Arbeiterschaft prägenden Feiertages trug.⁵⁷⁴

Die Schmach des Versailler Vertrages, die revolutionären und bürgerkriegsähnlichen Unruhen der ersten Weimarer Jahre und die tiefgreifenden Neuerungen werden in der Regel als Gründe für die Verunsicherung der Menschen angegeben. Diejenigen, die sich mit der neuen Zeit schlecht arrangieren konnten, referierten ganz selbstverständlich zumeist positiv auf die vermeintlich erfolgreiche Vorkriegszeit. Seit der Gründung des Deutschen Reiches am 18.1.1871 und der Kaiserproklamation Wilhelms I. in Versailles wurde im Deutschen Reich und während der Weimarer Republik an dieses Ereignis erinnert. Hauptsächlichster Träger der stadtweit durchgeführten Feier zum Reichsgründungstag war der Stahlhelm, der auch 1924 die „vaterländisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Halle“ zu Kundgebungen einlud. Seinen nicht uneigennütigen Aufruf verband er mit dem Hinweis, dass sich der Verband in schwierigen Zeiten für die Bevölkerung eingesetzt hat und daher eine starke Beteiligung erwarte.⁵⁷⁵ Die Festreden auf den

⁵⁷² Vgl. Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt am Main 1990, S. 7-14.

⁵⁷³ Vgl. Lehnert, Detlev/Megerle, Klaus, Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989.

⁵⁷⁴ Vgl. Schellack, Nationalfeiertage, S. 136-147.

⁵⁷⁵ SZ, 15.1.1924.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Reichsgründungsfeiern des Stahlhelms, der DVP, der DNVP und auf gemeinsamen Feiern der Vaterländischen Verbände hielten oftmals ehemalige Offiziere und Generäle aus dem Ersten Weltkrieg. In ihren Ansprachen riefen sie die Zuhörer zum nationalen Zusammenhalt im Sinne des untergegangenen Deutschen Reiches auf. „Nationalismus und wehrhafte Gesinnung“ sollten das Fundament sein, aus dem heraus es keine „Knechte“ mehr geben sollte.⁵⁷⁶ Ihr Auftreten diente Wehrverbänden, Kriegervereinen und Parteien als Symbol für ein starkes, auch kriegerisches Reich, welches sich durch eine konservative und vor allem auch traditionell monarchische Haltung ausdrückte. „Eine deutschnationale Kundgebung für die Monarchie“ veranstaltete dementsprechend auch die DNVP, die sich 1931 rühmte, sich seit den „Unglückstagen von 1918“ weiter für die monarchischen Gedanken eingesetzt zu haben. Der neuen Republik machte man den Vorwurf, „die Nationalen vaterlandslos gemacht“ zu haben, weshalb nur die Monarchie die infrage kommende Staatsform wäre, die man zudem als die gerechtere empfand.⁵⁷⁷ Bereits zwei Jahre zuvor wollte man unter großen Teilen der Bevölkerung die „Sehnsucht nach den alten Verhältnissen und die Reue über den Treuebruch am Kaiser“ bemerkt haben.⁵⁷⁸

1924 hatte der Stahlhelm die Reichsgründungsfeier noch mit einer Festrede des Generals Georg Maercker begangen, der im Frühjahr 1919 mit seinem Landjägerkorps in das streikende Industriegebiet einmarschiert war. Die Reichsgründungsfeiern von 1925 standen unter anderem bei der DNVP und den Vaterländischen Verbänden im Zeichen des Gedenkens an Maercker, der Ende 1924 verstorben war und dem man einen Monat später mit einer Trauerfeier im Dom und einem Fackelzug durch die Stadt gedachte.⁵⁷⁹ Der Stahlhelm verband im Januar 1926 die Feierlichkeiten anlässlich seines 7. Gründungstages mit denen der Reichsgründung, bei denen sich die „alten Soldaten“ der gegenseitigen Treue versicherten.⁵⁸⁰ Auch ein Jahr später dominierte in Stahlhelmkreisen die Vorstellung vom „Frontgeist des Stahlhelms“, der das zerrissene Deutschland wieder einen sollte. Die Schuld an der aktuellen Lage wurde der „Dolchstoßarbeit der Sozialdemokraten“ zugeschrieben, welche aus Deutschland ein Volk von Sklaven gemacht hätte.⁵⁸¹ Die zugleich für das Jahr 1927 angestrebten Ziele waren neben dem ständigen Kampf

⁵⁷⁶ Ebd., 17.1.1924: Reichsgründungsfeier der DVP mit General Karl von Schoch; ebd., 18.1.1924: Reichsgründungsfeier mit General Ernst von Wrisberg; ebd., 19.1.1924: Reichsgründungsfeier des Stahlhelms mit General Gustaf von Dickhut-Harrach; ebd., 18.1.1927: Reichsgründungsfeier der DNVP mit General Graf Rüdiger von der Goltz; ebd., 19.1.1928: Reichsgründungsfeier des Stahlhelms mit Admiral Reinhard Scheer; ebd., 21.1.1928: Reichsgründungsfeier des Kreiskriegerverbandes mit General Hermann von François; ebd., 21.1.1929: Reichsgründungsfeier des Kreiskriegerverbandes mit General Rudolf von Horn; 19.1.1931: Reichsgründungsfeier des Stahlhelms mit General Graf Rüdiger von der Goltz.

⁵⁷⁷ Ebd., 31.1.1931.

⁵⁷⁸ Ebd., 6.5.1929.

⁵⁷⁹ Vgl. SZ, 19.1.1924 und 18., 20. und 25.1.1925.

⁵⁸⁰ Ebd., 19.1.1926.

⁵⁸¹ Der Alte Dessauer, 29.1.1927.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

gegen den Marxismus und das Judentum die Entsendung von Frontsoldaten in die Parlamente.⁵⁸²

Inzwischen gab es aber auch in der DVP Stimmen, die zwar eine nationale Politik verwirklicht sehen wollten, sich aber wie MdR Carl Cremer auf der hallischen DVP-Reichsgründungsfeier zu einer realen Politik bekannten. Der frühzeitige Entschluss, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, sollte dabei helfen, „nüchtern denkend die Hand an den Pflug zu legen“, würde aber auch ein Entgegenkommen der anderen bürgerlichen Parteien erwarten lassen.⁵⁸³ Cremer war es auch, der seine Parteifreunde vor falschen Vorstellungen hinsichtlich des Wahlergebnisses zu den preußischen Landtagswahlen im April 1932 warnte. Er betonte, dass vor allem „in der Zeit der Radikalisierung“ sich die DVP für eine starke bürgerliche Mitte einsetzen müsste und sozusagen zwischen dem „wertvollem Alten und dem brauchbaren Neuen, soweit es lebensfähig ist“ vermitteln müsste.⁵⁸⁴

Ähnlich wie bei den Feiern z.B. am Volkstrauertag oder zum Totensonntag wurden Feierlichkeiten, Kundgebungen und Aufmärsche der Vertreter des nationalen Lagers von den Kommunisten zu Agitationszwecken genutzt. Offensichtlich wurde der Gegensatz zwischen beiden Lagern in den Fällen, wenn am Reichsgründungstag parallel sowohl Feiern auf der einen als auch Proteste auf der anderen Seite stattfanden. Bei der Ankunft des „Seehelden“ Admiral Reinhard Scheer 1928 als Gastredner einer Reichsgründungsfeier des Stahlhelms wurde dieser von Arbeitern empfangen, die ihm im Vorbeimarsch die Parole „Massenschlächter vom Skagerrak“ zuriefen.⁵⁸⁵ „Mit Bratenrock, Parademarsch und Hurraa“ war Scheer von seinen Anhängern begrüßt worden, deren Verhalten von den Kommunisten scharf kritisiert wurde, welche dies entsprechend mit „Kinn an die Brust“ und „Hände an die Hosennaht“ kommentierten.⁵⁸⁶ Höhepunkt der jährlichen Reichsgründungsfeiern von 1929 bildete der gleichzeitige 70. Geburtstag Kaiser Wilhelms II., für dessen Gedenken durch die Vaterländischen Verbände die Arbeiterschaft nur „Haß und Verachtung“ äußerte, da für sie der Kaiser einen Feigling und Kriegstreiber war.⁵⁸⁷

Auf der letzten Reichsgründungsfeier des Stahlhelms in der Weimarer Republik am 17. Januar 1933 im Stadtschützenhaus sprach Reichskanzler a.D. von Papen, der im Vorfeld der Feier die Stahlhelm-Volksspeisung, die Stahlhelm-Siedlung und die Burg Wettin besichtigt hatte. Vom

⁵⁸² Vgl. ebd., 19.2.1927.

⁵⁸³ SZ, 20.1.1927.

⁵⁸⁴ Ebd., 15.4.1932.

⁵⁸⁵ KK, 18.1.1928.

⁵⁸⁶ KK, 20.1.1928.

⁵⁸⁷ Ebd., 26.1.1929.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Stahlhelm und seinen Anhängern wurde ihm dabei versichert, dass man weiterhin hinter dem Reichskanzler stehen würde.⁵⁸⁸

Zugleich existierten die von der Universität Halle-Wittenberg seit Januar 1921 organisierten Reichsgründungsfeiern, zu deren Anlass der 18. Januar als Dies academicus erklärt wurde, an dem jedes Jahr ein Festakt in der Universitätsaula abgehalten wurde.⁵⁸⁹ Nach einem Erlass des preußischen Kulturministers Haenisch sollten die Feiern an den Bildungseinrichtungen, darunter neben den Universitäten auch die Schulen, in einem schlichten Rahmen ohne Ausnutzung parteipolitischer Zwecke stattfinden. Die hallischen Kommunisten riefen daraufhin 1921 zu einem Boykott der Reichsgründungsfeiern an den Schulen auf.⁵⁹⁰ 1921 war es zudem fünfzig Jahre her, dass Wilhelm I. in Versailles zum Kaiser gekrönt worden gekommen war, so dass Kreise der Universität durch die Feierlichkeiten eine Provokation gegenüber der Arbeiterschaft vermeiden wollten, zumal weite Teile der hallischen Studentenschaft eine dezidiert antirepublikanische Haltung pflegten. Die mehrheitlich national gesinnte Studentenschaft der Stadt positionierte sich auf dieselbe Weise gegen die drohenden Bedingungen des Friedensvertrages und protestierte vor allem wegen der Konsequenzen gegenüber dem ehemaligen Kaiser, dem man nicht mit „Treulosigkeit“ und „Verrat“ gegenüberzutreten dürfte.⁵⁹¹ Angehörige studentischer Verbindungen hatten sich auch an den Reichsgründungsfeiern des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes beteiligt, der seinerseits keinen Hehl aus seiner republikverachtenden Einstellung machte. Nach diesem „Probelauf“ von 1921 folgten jährliche Festreden verschiedener Wissenschaftler der Universität. Jan Gerber hat 2002 bereits herausgearbeitet, dass sich unter den dreizehn Festrednern von 1921 bis 1933 mindestens vier DNVP- und zugleich Stahlhelm-Mitglieder befanden, darunter 1929 der Anatom Prof. Heinrich Stieve, der bereits Jahre zuvor durch antisemitische Äußerungen hervorgetreten war.⁵⁹² Zur universitären Reichsgründungsfeier 1925 referierte der Neurologe Prof. Gabriel Anton darüber, dass die Deutschen in der Geschichte Europas und der Welt bestanden haben, da „unsere Stammesgeschichte, unsere Erbanlagen [...] uns zu hohen Zielen [einigen]“, weshalb der Beweis „der nationalen Ehre und der Existenzfähigkeit unseres Volkes“ erbracht werden müsste.⁵⁹³ Grundtenor der während der Weimarer Jahre gehaltenen Festreden war immer wieder die verklärende Darstellung des

⁵⁸⁸ Vgl. SZ und KK, 18.1.1933.

⁵⁸⁹ Vgl. dazu ausführlicher: Gerber, Jan, Die Reichsgründungsfeiern der Universität Halle-Wittenberg in der Zeit der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502-2002, Halle, 2002, S. 407-431.

⁵⁹⁰ Vgl. KK, 17.1.1921.

⁵⁹¹ SZ, 15.5.1919.

⁵⁹² Vgl. Gerber, Reichsgründungsfeiern, S. 414: Prof. Karl Voretzsch, Prof. Ferdinand von Wolff, Prof. Erich Klostermann und Prof. Heinrich Stieve.

⁵⁹³ SZ, 10.1.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Kaiserreiches, welches durch den Krieg unrechtmäßig zu Ende gegangen sei, und weshalb es galt, diese Form der „Volksgemeinschaft“ wiederherzustellen.⁵⁹⁴ Allerdings folgte auf die Rede von Anton ein Protest der Redaktion der Hallischen Universitätszeitung, wonach seine Ansprache nicht dem Anlass entsprechend ausgefallen wäre, woraufhin die Mitglieder des Senats zukünftig einwirken wollten.⁵⁹⁵ In der hallischen Saalschloßbrauerei gedachte alljährlich der Hochschulring deutscher Art, die Vereinigung der national gesinnten Studenten, des Tages der Reichsgründung mit einer Feier, auf der Begrüßungsworte und Reden ebenfalls durch Professoren wie 1929 Rektor Friedrich Voelcker und 1931 Prof. Karl Voretzsch gehalten wurden. Im Gegensatz zur amtlichen Feierstunde in der Aula betonten die Redner in der Saalschloßbrauerei ihre Kritik an der Republik wesentlich schärfer, wie die Forderung nach einem Wiederaufstieg Deutschlands.⁵⁹⁶

Neben die größeren Feiern und Gedenkveranstaltungen im nationalen Lager, wie zum zuvor ausgeführten Reichsgründungstag, gesellten sich zahlreiche Veranstaltungen, Feiern und Aufmärsche der nationalen Parteien, Verbände und Kriegerparteien zum Gedenken an vergangene Tage. Dem „Klassenkampf“ war aufgefallen, dass „[d]ie Monarchisten [...] alle Hände voll zu tun [haben], die vielen Feiern, die in irgendeiner Beziehung zu der Herrschaft der degenerierten Fürsten- oder Königsklasse stehen, ‚würdig‘ zu begehen“, da die nationale Presse „fast täglich“ von entsprechenden Feiern berichtete. Obwohl gerade nach der Ermordung Rathenaus auch verschiedene Verbote an regimefeindliche Organisationen ergangen waren, bedeutete es für den „Klassenkampf“ statt einer Minderung mehrheitlich eine Verschärfung der Lagergegensätze, deren Ausgang ungewiss war.⁵⁹⁷

Obwohl die neu entstandene Weimarer Republik 1919 die seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bestehenden Sedanfeiern für beendet erklärte, führte gerade die DNVP in den 20er Jahren weiterhin Feiern zum Gedenken an den Sieg Deutschlands über die französische Armee am 2. September 1870 durch. Zur deutschnationalen Sedanfeier sprach 1925 der Stadtverordnetenvorsteher Busse, „jener sattsam bekannte Kommunisten-Herauswerfer“, der „seine liebliche Revanche-Gesinnung zum besten“ gab.⁵⁹⁸ Das öffentliche Lob auf den Sieg von Sedan und den Kaiser war der kommunistischen Presse natürlich ein Dorn im Auge. Die DNVP verknüpfte die beliebte Feier mit einem Kinderfest im Zoo und ließ die deutschnationale Jugend zuvor vom

⁵⁹⁴ Gerber, Reichsgründungsfeiern, S. 416.

⁵⁹⁵ Vgl. ebd., S. 422.

⁵⁹⁶ Vgl. SZ, 21.1.1929 und 19.1.1931. Der Mediziner Friedrich Voelcker war 1933 in die NSDAP eingetreten, allerdings 1934 wieder ausgetreten.

⁵⁹⁷ KK, 5.4.1923.

⁵⁹⁸ Ebd., 4.9.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Königsplatz dorthin marschieren. Gemeinsam betonte man, dass man trotz des verlorenen Krieges die Erinnerung an Sedan nicht vergessen wollte.⁵⁹⁹ Unter Führung der deutschnationalen Bismarckjugend wurde diese Form der Erinnerung an die Sedanfeiern des Kaiserreiches weiterhin begangen.⁶⁰⁰ „Die feiern die Feste, wie die monarchistischen Schlachten fallen.“ – 1928 fanden die Sedanfeiern nahezu parallel zum erstmals abgehaltenen Laternenfest statt, das der hallische Wirtschafts- und Verkehrsverband zur Steigerung der Attraktivität der Stadt ins Leben gerufen hatte. Von kommunistischer Seite aus wurde das Fest als Geldverschwendung angesehen und zudem im Nachhinein als „nationalistische Orgie“ bezeichnet, nicht ohne auch darauf hinzuweisen, dass auch die SPD den Zuwendungen zum Fest zugestimmt hatte.⁶⁰¹

Jedes Jahr Ende August gedachte der Stahlhelm mit einer Feier der Schlacht von Tannenberg 1914 und verband dies zumeist mit dem Gedenken an seine eigene Gründungsfeier. 1921 kritisierte die Ortsgruppe des ADGB, dass der Stahlhelm „trotz fortwährender Steigerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise, trotz bitterer Not der arbeitenden Klassen und der Angestellten“ eine solche provozierende Tannenbergfeier veranstalten würde, weshalb man zu einer Gegendemonstration aufrufen wollte.⁶⁰² Neben Tannenberg gedachten der Stahlhelm und der hallische Marineverein jeweils am 31. Mai der 1916 vor Jütland stattgefundenen Skagerrak-See-schlacht zwischen britischer und deutscher Flotte und feierten zusammen mit Graf Luckner oder anderen Vertretern der Marine des Ersten Weltkrieges wie Vizeadmiral Albert Hopmann (1865-1942) in der Hoffnung, dass „wieder die Flagge Schwarzweißrot über allen Mehren flattern“ würde.⁶⁰³ Ein weiterer Termin im Festkalender des nationalen Lagers waren neben den schon vor der Ernennung zum Reichspräsidenten stattgefundenen DNVP-Feiern zum Geburtstag Paul von Hindenburgs die Feiern anlässlich Bismarcks Geburtstag (1. April 1815).⁶⁰⁴ Sie wurden mit einer Gedenkfeier in der Saalschloßbrauerei, im Stadtschützenhaus oder im Thalia-Saal begangen und endeten oftmals mit einem Marsch oder Fackelzug zum Bismarckdenkmal als Teil des Kaiserdenkmals an der Poststraße. Dass der Kranz mit der schwarz-weiß-roten Schleife 1922 nicht gestohlen wurde, kommentierte die „Saale-Zeitung“ damit, „daß die blindwütige Verhetzung an Wirkung verloren hat“.⁶⁰⁵ Im Jahr darauf sprach General Maercker auf

⁵⁹⁹ SZ, 19.8.1925 und 4.9.1925.

⁶⁰⁰ Vgl. Der Deutschnationale, 2.9.1928.

⁶⁰¹ KK, 14.8.1926; HZ, 7.9.1928.

⁶⁰² SZ, 25.1.1921. Vgl. auch KK, 29.8.1928.

⁶⁰³ SZ, 31.5.1924.

⁶⁰⁴ Vgl. ebd., 1.10.1919 und 3.10.1921. Zu Paul Runge vgl. Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 689.: geb. 3.7.1877 Berlin, gest. 1.11.1948 Magdeburg, Maler, 1894 Mitglied der SPD, 1905 SPD-Parteisekretär in Bochum, 1911 Leiter des Kölner SPD-Sekretariats, 1918 Vorsitzender des A.u.S.-Rates Köln, 1919-1921 MdPrLV (SPD), 1919-1922 zunächst kommissarischer Polizeipräsident in Köln, 1922-1925 Polizeipräsident in Halle/S., 1925 i.e.R., 1926-1932 zunächst beauftragter Landrat in Quedlinburg, 1933 Entlassung.

⁶⁰⁵ SZ, 3.4.1922.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

der von den nationalen Anhängern veranstalteten Bismarckfeier, welche von den Truppen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Paul Runge bewacht wurden, dessen im Nachhinein von der „Halleschen Zeitung“ gelobtes Verhalten vor allem die kommunistische Gegnerschaft erregte. Es war im Vorfeld wohl befürchtet worden, „die hallische Arbeiterschaft werde mit Gewalt verhindern, daß dieser brutale Arbeiterschlächter vor den bewaffneten Hitlerbanden spricht und aufs neue blutige Provokationen gegen die Arbeiterschaft organisieren kann“. Die Gedenkstunde mit Maercker nahmen die Kommunisten einmal mehr zum willkommenen Anlass, ihre Anhänger auf einen nahenden „offenen Bürgerkrieg“ einzuschwören und die Bildung von proletarischen Hundertschaften weiter voranzutreiben.⁶⁰⁶ Im Gegenzug berichtet das Stahlhelmsblatt „Der Alte Dessauer“ im April 1924 über „mehr als 6.000 deutsche Männer und deutsche Jungmänner“, welche im „Geiste Bismarcks“ durch die Stadt marschiert waren. Wegen dieser „riesigen nationalen Machtentfaltung“ seien die Anhänger der Kommunisten trotz der Ankündigung eines öffentlichen Protestes nicht aufgetaucht.⁶⁰⁷ Auch zu den Hindenburgfeiern im Oktober 1927 versammelten sich neben dem Stahlhelm noch Kriegervereine, Studenten, Sportvereine etc. zum „imposantesten Fackelzug“, den „ca. 150 Sowjetbrüder“ vergeblich zu stören versuchten.⁶⁰⁸

Doch nicht nur die besprochenen Gedenktage boten Anlass für eine Berichterstattung der kommunistischen Presse. Ebenso luden Denkmalseinweihungen dazu ein, „nationalistischen und republikfeindlichen Rummel“ ausführlich zu betrachten. Die Organisatoren der Denkmalseinweihung der 36er referierten zu solchen Veranstaltungen immer wieder über die Notwendigkeit, sich mittels solcher Denkmale an die ehemalige Größe und Bedeutung des Deutschen Reiches zu erinnern, denn „es blutet aus tausend Wunden, die ein erbarmungsloser, rachgieriger Feind nicht heilen lassen will“.⁶⁰⁹ Den zwei Jahre später folgenden „Tag der 36er“ beschrieb die „Saale-Zeitung“ als erfolgreichen Aufmarsch, der von der Bevölkerung mit „hellem Jubel und stürmischer Begeisterung“ begleitet wurde und vom Kaiserdenkmal ausgehend am Königsplatz sein Finale fand.⁶¹⁰ Ein nahezu ähnliches Bild bot die Weihe des Ehrenmals der 75er an der neben Stahlhelm, Wehrwolf und weiteren Anhängern auch Oberbürgermeister Rive und Graf Luckner teilgenommen hatten.⁶¹¹ Nachdem der NSDAP am 9. November 1930 zunächst

⁶⁰⁶ KK, 3.4.1923 und HZ, zitiert nach KK, 4.4.1923.

⁶⁰⁷ LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 948, Bl. 30. Aus „Der Alte Dessauer“, 4.4.1924.

⁶⁰⁸ SZ, 4.10.1927.

⁶⁰⁹ KK, 7.5.1923; SZ, 5.5.1923.

⁶¹⁰ SZ, 25.8.1925. Vgl. dazu KK, Montag, 24.8.1925: „Während das Bürgertum zu Ehren der Reichswehr Saufgelage feierte und seine schwarzweißbroten Mörderfahnen aus den Fenstern hing, kehrten unsere amnestierten Genossen in die kapitalistische Freiheit heim.“

⁶¹¹ SZ, 8.5.1923. Vgl. KK, 30.5.1923: laut Volksblatt ein Aufmarsch von 18 ausgerüsteten Hundertschaften des Stahlhelms und 7 Hundertschaften des Wehrwolfs.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

verwehrt wurde, an diesem Denkmal eine Totengedenkfeier abhalten, erlaubte der Polizeipräsident eine Kranzniederlegung ohne Schleife und Ansprache. Wegen des im Juni 1930 durch den preußischen Innenminister Waentig erlassenen Uniformverbotes der NSDAP und ihrer Untergruppen mussten Gauleiter Hinkler und seine Parteigenossen am Eingang ihre Parteiabzeichen ablegen, zudem sollte die rote Schleife mit dem Hakenkreuz abgelegt werden.⁶¹² Traditionell gehörte der 9. November seit einer offiziellen Anordnung der RPL (Reichspropagandaleitung) von 1926 zu den Festtagen des nationalsozialistischen Kalenders, an dem man einmal der Gefallenen des Ersten Weltkrieges, aber auch des Hitler-Putsches von 1923 gedachte.⁶¹³

Des durch ein französisches Militärgericht wegen Widerstands bei der Ruhrbesetzung zum Tode verurteilten Leo Schlageter wurde unmittelbar nach seinem Tode auch in Halle mit ersten Gedenkfeiern und der Forderung nach einem Denkmal gedacht. Die Vaterländischen Verbände erließen hierzu einen Aufruf zur Spende und Wehrwolf und Nationalsozialisten erinnerten an diesen „Märtyrer“.⁶¹⁴ Zur Einweihung eines Gefallenendenkmals an der Johanniskirche hatten sich neben der traditionellen Abordnung des Stahlhelms auch Mitglieder des Reichsbanners eingefunden, was vom „Klassenkampf“ nicht unkommentiert blieb, sondern entsprechend der Äußerung Joseph Wirths 1922 im Reichstag mit dem Satz „Der Feind steht rechts“ bewertet wurde.⁶¹⁵ Als das Reichsbanner im April 1926 neben Stahlhelm und Kreiskriegerverband zur Einweihung einer Gefallenen-Gedenktafel an der Pauluskirche eingeladen war, wollten die beiden Letzteren wegen des Reichsbanners keine Fahnen entsenden und traten zum Teil auch ohne auf.⁶¹⁶ War den nationalistischen Kreisen eine Erinnerungskultur dieser Art von großer Bedeutung, so war man zugleich von einer „tiefgehenden Erregung der Bevölkerung“ erfüllt, nachdem im September 1922 das Zweikaiser-Denkmal an den Klausbergen beschädigt worden war,

⁶¹² Vgl. GStA PK, I. HA Rep. 77 Nr. 4043, Nr. 225, BL. 41f (Der Regierungspräsident an den MdI in Berlin am 15.12.1930).

Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 949 II, Bl. 19: Heinrich Waentig, geb. 31.03.1870 in Zwickau, gest. 20.12. 1943 in Baden-Baden, Professor für Ökonomie in Halle, 1921-1928 MdPL, 1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen, Mitglied der SPD bis 1931, 1925 Ortsgruppenvorsitzender des Reichsbanners; vgl. catalogus professorum halensis.

⁶¹³ Vgl. ebd., Nr. 289, Bl. 537: Durch Befehl der RPL ist der 9.11. zum Reichstrauertag erklärt worden: 1. der 9. 11. seit 1926 für immer Reichstrauertag der NSDAP; 2. jede Ortsgruppe hält Samstag, den 8.11. oder Sonntag, den 9.11. Trauerfeier, deren Besuch für alle Pg. Ehrenpflicht; 3. Fahnen umflort, wo möglich Halbmast oder mit Trauerflor geflaggt; 4. wo möglich auf Höhen Bergfeuer angezündet; 5. am Vormittag des 9. von Ortsgruppen an Gräbern der seit 1919 gefallenen oder gestorbenen Pg. und Kameraden ein Kranz niedergelegt; Kranz an Gefallenendenkmal des Ortes.

⁶¹⁴ Vgl. KK, 18.6.1923; SZ, 26.5.1924.

⁶¹⁵ KK, 7.1.1926.

⁶¹⁶ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 47 (Geheim: PP an RP am 29.4.1926).

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

wohingegen man bei den Kommunisten angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage keinerlei Veranlassung zur Erregung sah.⁶¹⁷

Eine besondere Feier bildete zur Weimarer Zeit der am 11. August begangene Verfassungstag, der an das Inkrafttreten der ersten Weimarer Reichsverfassung von 1919 erinnern sollte. Ziel eines solchen Tages war es, das deutsche Volk gedanklich näher mit der Republik von Weimar zu verknüpfen und zugleich gegenüber rechtsgerichteten Kreisen eine eindeutige Haltung einzunehmen. Hauptsächlich Organisatoren des Verfassungstages in der Stadt waren neben den öffentlichen Behörden und der Universität die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum. Während den Verfassungsfeiern allgemein der Ruf vorauseilte, es hätte sich um eher nüchtern durchgeführte Veranstaltungen gehandelt, wurde 1929 im großen Stadion von Berlin anlässlich des 10. Jahrestages der Verfassung eine große Feier durchgeführt, getragen von Vorführungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und unter Führung des Reichskunstwarts Erwin Redslob.⁶¹⁸ Bis dato war immer wieder versucht worden, die staatlichen Feiern zum Verfassungstag aufzuwerten und ihnen gar einen populären Charakter zu verleihen, was trotz dieser großangelegten Feier die innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht auflösen konnte. Anlässlich der 1929 in Halle stattgefundenen Verfassungsfeiern hatte es einen Briefwechsel zwischen Polizeipräsident Oexle und dem DVP-Vorsitzenden Mathy gegeben, der eine Einladung zur Feier mit der Begründung abgelehnt hatte, dass sich seine Partei als Gegner der Weimarer Reichsverfassung verstand. Allerdings entsprach diese Meinung nicht der des Parteivorsitzenden Gustav Stresemann und anderer Parteivertreter, die sich öffentlich für die Verfassung ausgesprochen hatten.⁶¹⁹

Wenn sich der kommunistische „Klassenkampf“ zu den Verfassungsfeiern äußerte, ging er in der Regel auf die von der SPD und dem Reichsbanner gehaltenen Veranstaltungen ein, die 1922 einmal als „klägliche Feier“ von nur 150 Mann oder als „Bierzirkel der Hallischen Regierungskanzlei“ bezeichnet wurden. Als man nach der offiziellen Feier den Mitwirkenden vorwarf, währenddessen monarchistische Gesänge und Gedichte vorgetragen und gegen die Kommunisten gehetzt zu haben, dementierte Kreisschulrat Truschel dies in einer Stellungnahme an die Redaktion des „Klassenkampfes“. Zudem betonte er, dass ein von der KPD als monarchistisch bezeichnetes Schulkollegium „politisch neutral“ eingestellt sei.⁶²⁰ Was 1925 vom

⁶¹⁷ KK, 8.9.1922: „Wegen eines Hohenzollern oder sonstigen Massenmörders kommen heute nur noch deutsch-nationale Hohlköpfe in Erregung.“

⁶¹⁸ Vgl. Rossol, Nadine, *Performing the Nation in Interwar Germany. Sports, Spectacle and Political Symbolism, 1926-1936*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010, S. 58ff.

⁶¹⁹ Vgl. PW, 15.9.1929: „Erkennt Herr Mathy diese beiden genannten nicht als maßgebende Volksparteiler an?“.

⁶²⁰ KK, 28.8.1922 und vgl. 12. und 14.8.1922.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

sozialdemokratischen Volksblatt als große Veranstaltung angekündigt wurde, konnte die KPD nur als „Verfassungspleite des Reichsbanners“ bezeichnen. In Abgrenzung zur eigenen Wahrnehmung als Partei der Arbeiter wurde kritisiert, dass die SPD zu diesen Anlässen die Arbeiterschaft vermissen ließ und vielmehr „wohlbeleibte Republikaner“ auftraten. In den „Feinen“, den „Vornehmen“ und den „Gebildeten“ sahen die Kommunisten keine Repräsentanten einer Arbeiterpartei.⁶²¹

Nicht nur anlässlich des Verfassungstages widmete sich der „Klassenkampf“ dem Reichsbanner und dessen Anhängern. Nach seinen Angaben schien selbst das „Volksblatt“ die eigene Leserschaft nicht zur Teilnahme an einem Aufmarsch des Reichsbanners aufgerufen zu haben, da die „freiwillige Schutztruppe“ vor Ort so gut wie nicht vorhanden wäre. Ein darauffolgendes mitteldeutsches Reichsbannertreffen zog erneut die Aufmerksamkeit der Kommunisten auf sich, da sie dem Reichsbanner vorwarfen, ihre Teilnehmer aus dem ganzen Land nach Halle geführt zu haben, anstatt im mitteldeutschen Raum ausreichend Personen zu rekrutieren.⁶²² Die Verleumdungen erreichten das Reichsbanner in dem Zusammenhang auch aus den Reihen der NSDAP, die dem Verband vorwarfen, während der Kundgebung die eigene Geschäftsstelle tatsächlich angegriffen zu haben.⁶²³

Wenn sich zu den Verfassungsfeiern von 1926 neben den in den staatlichen Behörden vertretenen Sozialdemokraten und Oberbürgermeister Rive auch Stadtverordnete wie August Finger (DVP) oder Paul Zwanzig (DNVP) versammelten, dann bot das der KPD eine weitere Bestätigung ihrer These von der Annäherung der SPD an die bürgerlichen Parteien, deren Vertreter vor allem in der DNVP nicht zu den Befürwortern der Weimarer Verfassung zählten.⁶²⁴ Zum Festakt am 11. August 1929 im Stadtschützenhaus sprach Universitätsprofessor Gustav Aubin über die Verfassung der Weimarer Republik als „Bindemittel der deutschen Stämme gegenüber den Hoffnungen und Bestrebungen der feindlichen Völker, das Deutsche Reich wieder zu

⁶²¹ Ebd., 12.8.1922 und 10.8.1925.

⁶²² Mitteldeutsches Echo, 9.5.1931; und vgl. 13.5.1931: „Wo hört Mitteldeutschland auf? [...] Die Republik lebt also noch in Mitteldeutschland. Das wollten die Herren beweisen. Hat man sich aus ganz Deutschland Reichsbanner männer zusammengeholt. [...] Mit schwarzen Dekorationen hat man endgültig die Hoffnung zu Grabe getragen, in Halle Boden für die Sozialdemokratie und für die mit ihr im Reichsbanner vereinigte Partei Brünnings und die schwerkapitalistische Staatspartei zu gewinnen.“

⁶²³ Zitat nach VB, 13.5.1931: „So sind also auch die Reichsbannersoldaten ein Unsinn, es sei denn, man rechne Fahnenflüchtige und Plünderer auch dazu [...]. Und doch waren es nur 7000 Mann, die da aufmarschierten. Sagen wir, die sich pöbelnd, Steine werfend, Schlagringe verteilend durch die Straßen wälzten. [...] Da konnte Halle mal sehen, was für eine Schutzgarde der rote Bonzenposten darstellt. [...] Jeder ordentliche Staat wird es ablehnen, irgendwie mit diesem Sauhaufen in Verbindung gebracht zu werden. [...] Der verfluchte Sturm auf unsere Gaugeschäftsstelle, wobei das Gesindel seinen Wut an unserer Fensterscheibe ausließ.“

⁶²⁴ Vgl. KK, 12.8.1926: „Es war kurz und rührend, wie bei einem Begräbnis. Obgleich ja die Verfassung längst begraben ist. Die Sonne schien so südlich warm, daß man glaubte in Locarno zu sein, und sie spiegelte sich in den vielen Zylinderhüten, die ins ‚Stadtschützenhaus‘ gewallfahrt kamen.“

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

zerschlagen, auf der anderen Seite hat sie der Zersetzung durch den russischen Bolschewismus entgegengewirkt.“⁶²⁵ Unmittelbar vor der Reichstagswahl 1930 zeigte sich die Stimmung durch das offensive Auftreten der NSDAP im Wahlkampf sogar noch gereizter.⁶²⁶ Zu den kritischen Stimmen des Verfassungstages aus dem nationalen Lager gehörte der Wehrwolf, der die Feier „deutsch-republikanischer Herrlichkeit“ 1924 mit den Nöten der deutschen Bevölkerung in Verbindung brachte und zugleich die Verantwortung dafür an die Juden überwies.⁶²⁷ Im gleichen Jahr war es nach der Verfassungsfeier der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums zu einer kleinen Schlägerei zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und des Stahlhelms gekommen. Kleine Feiern waren zum Teil schlecht besucht und die hallischen Bürger hielten sich auch in Fragen des Schmückens ihrer Häuser zurück, wie die „Saale-Zeitung“ 1925 anmerkte.⁶²⁸ Nach Angaben der „Saale-Zeitung“ war es wohl bei der Verfassungsfeier der Universität von 1927 zu Protesten während der Festrede von Philosophieprofessor Paul Menzer beim anwesenden Reichsbanner gekommen, der „wohl eine Kundgebung in eine bestimmte politische Richtung mit entsprechenden Schlagworten“ erwartet hatte.⁶²⁹ Gerade für das Reichsbanner gehörte dieser Verfassungstag zu den wichtigsten Feiertagen ihres Festjahres und sollte dementsprechend begangen werden. Das war aber, wie Carsten Voigt anmerkt, in den Reihen der SPD auch wegen einer kontroversen Haltung zur Republik durchaus umstritten, ganz im Gegensatz zu den Kommunisten, innerhalb derer es zu keinem Dissens über eigene Feiertage wie die LLL-Feiern, den Antikriegstag oder die Gedenkfeier für die Märzgefallenen kam. Gerade weil auch in den Kreisen der SPD teilweise variierende Ansichten über den Verfassungstag bestanden, konnte dieser Tag schwer die erhoffte Wirkung erzielen, zumal dies durch die Präsenz des nationalen Lagers erschwert wurde.⁶³⁰ Bis in die späten 20er Jahre war man bestrebt, dem Verfassungstag mehr Resonanz zukommen zu lassen, da er nie eine feste Verankerung in der hallischen Bevölkerung erfahren hatte. Dies zum Anlass nehmend, appellierte Landeshauptmann Erhard Hübener 1928 im Rahmen der amtlichen Verfassungsfeier trotz der gegensätzlichen politischen Vorstellungen an diesem Tag zu einer Form der Einheit zu

⁶²⁵ SZ, 12.8.1929: „Der 11. August in Halle – Nur wenig Fahنشmuck in den Straßen.“

⁶²⁶ Vgl. KK, 12.8.1930: „Im Saal des ‚Stadtschützenhauses‘ hatten sich gestern die Nutznießer der Weimarer Verfassung, die vollgefressenen hallischen Spießbürger, versammelt. [...] Die ‚Volkspolizei‘, die anlässlich der Verfassungsfeier selbst Polizeisportfeste abhält, wagt es nicht, die Hakenkreuzbanden zu stellen, wenn diese die Verfassung und ihre Verteidiger nach allen Regeln der Kunst herunterreißen.“

⁶²⁷ Der Wehrwolf, 21. Ernting 1924: „Oder ist das Gleichheit, wenn heute tausende deutsche Brüder und Schwestern nicht imstande sind, für sich das tägliche Brot zu beschaffen, während die jüdischen Drohnen nicht wissen, wohin mit dem vielen Geld, das sie dem deutschen arbeitenden Volke ausgepresst haben.“

⁶²⁸ Vgl. VB, 11.8.1924; SZ, 11.8.1925.

⁶²⁹ SZ, 14.8.1927.

⁶³⁰ Vgl. Voigt, Kampfbünde, S. 311f.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

finden.⁶³¹ Doch auch zwei Jahre später fand die Verfassungsfeier der Universität laut „Saale-Zeitung“ in einer „mäßig gefüllten Aula“ statt, in der allerdings neben dem Oberpräsidenten Dr. Carl Falck, dem Regierungspräsidenten Ernst von Harnack, dem Oberbürgermeister, Landrat und Polizeipräsidenten keine Vertreter der studentischen Organisationen Platz nahmen. Da die neue Satzung der hallischen Universität die Verfassungsfeier den akademischen Feiern hinzählte, war der Boykott der studentischen Korporationen durchaus als Protest gegen diese offizielle Vorschrift zu verstehen.⁶³² Die Reden der universitären Verfassungsfeiern beschäftigten sich mit den Jahren auch weniger mit den Vorzügen der Weimarer Reichsverfassung, sondern eher mit historischen Rückblicken oder vermehrt „neutralen“ Themen wie 1932 dem „Bodenrecht im Verfassungsentwurf des Esra“, ausgeführt durch den hallischen Theologen Hans Schmidt.⁶³³

Eine Auseinandersetzung der anderen Art bildete die Berichterstattung von „Saale-Zeitung“ und „Klassenkampf“ zum Volkstrauertag. 1920 wurde dieser Kriegstoten-Gedenktag von einem privaten Verein, dem neu gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), initiiert und zwei Jahre später in einer zentralen Feier begangen. 1926 legte man offiziell fest, den Tag am fünften Sonntag vor Ostern zu begehen.⁶³⁴ Obwohl von Seiten des Volksbundes 1921 ein Ausschuss den Gedenktag als von „politischen oder konfessionellen Unterschieden“ freien Tag deklarierte, stand der Volkstrauertag der folgenden Jahre in Halle immer im Zeichen des vom nationalen Lager getragenen Heldengedenkens und des Opfertodes der Soldaten des Ersten Weltkrieges.⁶³⁵ Belege für Feierlichkeiten in Halle tauchen erstmalig 1925 auf, als der „Klassenkampf“ über den „Aufmarsch der hallischen Knoblauch-Garden“ (Knoblauch war Pfarrer der Marktkirche „Unser Lieben Frauen“) referierte und den Aufmarsch der Teilnehmer als von der örtlichen Polizei geschützte „Weiße Mordbanden“ bezeichnete.⁶³⁶ 1926 vermisste die „Saale-Zeitung“ den Fahنشmuck an den hallischen Häusern, begründete dies aber mit dem erst seit kurzem bestehenden Gedenktag, der sich erst noch in den Kreisen der Bevölkerung etablieren müsse. Von Anfang an verbanden sich an diesem Tag die kirchliche Ausrichtung mit Trauergottesdiensten mit den Aufmärschen der Vereine der Kirchgemeinden sowie

⁶³¹ Vgl. SZ, 14.8.1928.

⁶³² Ebd., 26.7.1930. Zu Carl Falck: geb. 1884, gest. 1937, Jurist, DDP-Mitglied, 1930-1932 Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen. Zu Ernst von Harnack: geb. 1888, gest. 1945 (Berlin-Plötzensee), SPD-Mitglied, 1929-32 Regierungspräsident von Halle-Merseburg. Vgl. Gerber, Reichsgründungsfeiern, S. 420ff.

⁶³³ Vgl. ebd., 12.8.1932. Vgl. auch Schmidt, Hans, Das Bodenrecht im Verfassungsentwurf des Esra – sein Sinn, seine Entstehung, seine Geschichte, Rede anlässlich der Verfassungsfeier am 22.7.1932 (Hallische Universitätsreden), Halle 1932.

⁶³⁴ Vgl. Fuge, Janina, „Ohne Tod und Sterben kein Sieg“: Die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges in der Hamburger Erinnerungskultur der Weimarer Republik, in: Historical Social Research 34 (2009), S. 370ff.

⁶³⁵ Schellack, Nationalfeiertage, S. 155f.

⁶³⁶ KK, 2.3.1925.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Bürgervereinen, Vereinigungen ehemaliger Krieger und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Auch der Stahlhelm nahm 1926 am Marsch der Vereine vom Gertraudenfriedhof zum Hallmarkt teil, wo dessen Führer Theodor Duesterberg die Parade abnahm.⁶³⁷ Die „Halleische Zeitung“ berichtete im Nachhinein von einer Beschwerde des Stahlhelms wegen Unruhen der SPD während der Gedenkfeiern und deren Propaganda für die Enteignung der Fürsten.⁶³⁸ Die Versammlung der Vereine und Verbände auf dem Gertraudenfriedhof sowie der gemeinsame Abmarsch zum Hallmarkt fanden auch in den folgenden Jahren in diesem regulierten Ablauf statt. 1927 veranstalteten KPD und RFB anlässlich des Volkstrauertages eine Gedenkfeier für die Märzgefallenen, deren Demonstrationzug in die Stadt von berittener Polizei begleitet wurde, die den kommunistischen Landtagsabgeordneten Max Lademann kurzzeitig festnahmen, nachdem er gegen diese Bewachung protestiert hatte.⁶³⁹ Das Reichsbanner hielt dagegen am Volkstrauertag keinerlei Veranstaltungen ab, da es „monarchistische Demonstrationen“ wie diese der nationalen Verbände ablehnte.⁶⁴⁰ In den Aufmärschen und der Gedenkfeier vom März 1928 sahen die Kommunisten vor allem eine Wahlveranstaltung für die Parteien des Bürgerblocks. In der Mischung aus „nationalistischem Klimbim“ und kirchlicher Ausrichtung fehlte ihnen vor allem das „Volk“, welches sie in der vorhandenen Konstellation des Volkstrauertages nicht ausmachen konnten.⁶⁴¹ In ihrem ersten Jahr als Mitglieder der hallischen Stadtverordnetenversammlung stellten die Nationalsozialisten „einen im Interesse des Hurratriotismus liegenden Antrag“ zur Halbmastbeflaggung aller öffentlichen Gebäude und für Trauerwimpel an der Straßenbahn für den Volkstrauertag 1930, der von der Versammlung angenommen wurde.⁶⁴²

Schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde der Totensonntag in Erinnerung an die Gefallenen der Befreiungskriege begangen und fand jedes Jahr am Sonntag vor dem 1. Advent statt. In Halle gehörte auch hier der Stahlhelm zu den wichtigsten Trägern der Feierlichkeiten, die bereits am Abend vorher in der Marienkirche begannen und dem Stahlhelm als „jährlich wiederkehrende Stunde stiller Erbauung“ in Tradition der „Helden für unser Deutschland“ galten.

⁶³⁷ Vgl. SZ, 2.3.1926.

⁶³⁸ Vgl. HZ, 3.3.1926.

⁶³⁹ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I e, 1044 II, Bl. 202-205; SZ, 15.3.1927; KK, 14.3.1927: „Wo Stahlhelm, Studenten und Kriegervereine sich zusammentun, da finden sich immer spießbürgerliche Gaffer ein. So auch gestern zur Feier des Volkstrauertages. Sie waren aufmarschiert mit ihren Zylinderhüten und Klempnerladen, die Studenten in ihrem nicht minder schönen Wuchs, und versammelten sich am Nachmittag beim Krematorium des Gertraudenfriedhofes [...]. Am Hallmarkt nahm Duesterberg die Parade ab. Es war wieder mal richtig, wie die Verbindungen und Vereine vorbeimarschierten, die Gruppenführer der Schützen und der Studentenverbindungen mit gezogenem Degen. Wer erlaubt übrigens, daß diese Herrschaften so herumlaufen, während man invaliden Arbeitern verbietet, einen Stock zu tragen?“

⁶⁴⁰ KK, 18.3.1927.

⁶⁴¹ KK, 5.3.1928. Vgl. SZ, 6.3.1928.

⁶⁴² KK, 4.3.1930. Vgl. SZ, 4.3.1930.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Auf der „Totengedächtnisfeier“ der Deutschvölkischen hielt 1924 der deutschvölkische Publizist Reinhold Wulle eine Gedenkrede, welche der „Klassenkampf“ ebenso wie die einen Tag zuvor stattgefunden Kundgebung des „Leichenbanners“ kommentierte, die sich nach seinen Aussagen nur vor wenig Publikum abgespielt hatte.⁶⁴³ Im selben Jahr hatte es neben der traditionellen Totengedenkfeier des Stahlhelms auch Feiern der hallischen Studentenschaft für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges gegeben, die von einem Fackelzug durch die Stadt beschlossen wurden.⁶⁴⁴ Zusammen mit den Gedenkfeiern des Kriegerverbandes des Saal- und Stadtkreises ergab sich alljährlich am Wochenende des Totensonntags dasselbe Bild.⁶⁴⁵ Das brachte den „Klassenkampf“ in die Rolle derer, die sich entsprechend abfällig über das „Totenfest“ des Bürgertums und der anderen Mitwirkenden äußerten. Dabei beklagte man sich aber auch über Teile der Arbeiterschaft, die sich an diesem Tag vor allem von der „Propaganda“ der Kirche beeindruckt und „von sentimental Gefühlen leiten“ ließen, was vom nationalen Lager ausgenutzt werden würde.⁶⁴⁶

Galt die öffentliche Auseinandersetzung der Kommunisten und Sozialdemokraten den Aufmärschen des nationalen oder Teilen des nationalen Lagers, beschäftigte sich auch deren Presse und öffentliche Wahrnehmung mit den gegnerischen Aktionen in der Öffentlichkeit. Die Kritik des Reichsbanners am „Militarismus“ von Verbänden, wie dem Stahlhelm und dem Wehrwolf, kontierte Letzterer mit dem Vorwurf, das Reichsbanner hätte seinen Reichsbannertag an seinen Veranstaltungen angelehnt. In Form von „Fackelzug, Begrüßungsabend, Massenkundgebung und Vorbeimarsch“ waren die Anhänger des Reichsbanners im Februar 1925 zum einem Reichsbannertag nach Halle gekommen.⁶⁴⁷ Der Aufmarsch des Bundes mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und dessen Bekenntnis zur Republik bot dem Wehrwolf die ideale Angriffsfläche, um sich mit ihm auseinanderzusetzen, wobei er auch nicht ausließ, auf jüdische Mitglieder im Reichsbanner zu zielen. Zudem verteidigte er das Hakenkreuz als Symbol für seine Rasse, die mit dem Abzeichen ihre Zugehörigkeit demonstrieren wollten und von dem das Reichsbanner annahm, „das der Hakenkreuzträger Antisemit ist, der jeden Juden mit Haut und Haar verschlingen möchte“⁶⁴⁸. Ebenso bescheinigte der Stahlhelm seinem Feindbild Reichsbanner nur wenig

⁶⁴³ KK, 24.11.1924: „Nachdem er den Boden von Potsdam für heilig erklärt und festgestellt hatte, daß die Nationalsozialisten ihre Aufträge von Gott erhalten haben, schloß Herr Wulle“. Vgl. SZ, 22.11.1924. Zu Reinhold Wulle: geb. 1882, gest. 1950, Schulbesuch in Halle, sowie Teile des Studiums an der Universität Halle, 1924 MdR für die NSFP.

⁶⁴⁴ Vgl. SZ, 25.1.1924.

⁶⁴⁵ Vgl. auch SZ, 23.11.1926; HZ, 21.11.1927.

⁶⁴⁶ KK, 24.11.1928.

⁶⁴⁷ Der Wehrwolf, 1.3.1925.

⁶⁴⁸ Ebd., 21.2.1925: „Ja, liebe Reichsbannerleute, kennt ihr nicht die weisen Sprüche, die schon im alten Testament aufgezeichnet sind? Und ihr habt doch eine ganze Reihe Juden in euren Reihen. Lest doch mal die Aussprüche dieses gewitzigten Volkes. Eine gute Sache kann noch so sehr verfolgt werden, sie wird sich

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Erfolg. Man sah im Auftreten des schwarz-rot-goldenen Verbandes den Einfluss der „roten Bonzen“, welche den Verband als „Schutztruppe“ der Sozialdemokraten einsetzten und ihm nur dadurch das Fortbestehen ermöglichten. Vom Reichsbanner veranstaltete Werbewochen würden zudem wenig Erfolg versprechen und dem Schwund an Mitgliedern nicht entgegenwirken.⁶⁴⁹

2.4 Mobilisierung gegen die „bürgerliche Gesellschaft“

Es bleibt die Frage bestehen, was im Kontext der ideologischen Polarisierung unter einer „antibürgerlicher Lagerbildung zu verstehen ist. In erster Linie ist darunter das Aufbrechen klassischer bürgerlicher Konstellationen zu sehen und eine Konstituierung (innerhalb) der Lager auf radikal linker und radikal rechter Seite, die in Abgrenzung von den Begriffen Bürgerlichkeit, Bürger und bürgerlich stattfand und deren Ziel es war, die vorhandenen bürgerlichen Strukturen zu durchbrechen.

Mit Kommunismus und Nationalsozialismus trafen zwei radikale Gegenentwürfe zur bürgerlichen Gesellschaft aufeinander, die sich jeweils scharf vom liberalen Individualismus abgrenzten.⁶⁵⁰ Um den Nationalsozialismus als antibürgerlich zu charakterisieren, auch wenn ein großer Teil der Wähler dem Bürgertum entstammte, ist es notwendig, im Vorfeld zwischen Bürgertum als sozialer Formation und Bürgerlichkeit als kultureller Praxis zu differenzieren. Die „Antibürgerlichkeit“ der Nationalsozialisten war nicht direkt gegen die Sozialformation Bürgertum gerichtet, sondern wandte sich vielmehr in Handlungen und Äußerungen gegen eine Kultur und Lebensweise, die man mit dem Bürgertum des 19. Jahrhunderts verband, d.h., ihre Kritik galt dem bürgerlichen Lebensstil.⁶⁵¹ Im Prozess einer ständigen Auseinandersetzung um Macht, Ressourcen, Status etc. wurden daher spätestens mit den Nationalsozialisten aus antibürgerlicher Perspektive heraus bestimmte bürgerliche Einstellungen, Werte und Lebensweisen angegriffen. Die unterschiedlichen Perspektiven auf Begriffe wie Bürgertum und

durchsetzen. Eine schlechte Sache muß untergehen, mag sie auch mit noch so viel künstlichen Mitteln aufrecht erhalten. Schützt also soviel ihr wollt, das eine ist sicher: Es wird euch nichts helfen, wenn der augenblickliche Staat nicht vermag, die Sehnsucht des ganzen Deutschen Volkes zu erfüllen. Und seht, das ist der Unterschied von Euch zu uns, wir brauchen keine Staatsform zu schützen, weil wir die Gesundheit des Volkes wollen.“

⁶⁴⁹ Der Alte Dessauer, 5.3.1927: „Neulich ertönt im Süden der Stadt Musik. Alle Fenster öffnen sich. Das Reichsbanner war im Anmarsch. Ganze acht Mann mit drei Trommeln, vier Pfeifen, die fürchterlich piepten, und einer Pauke demonstrierten den Südbewohnern den Wahnsinn ihrer Reichsbanneransicht und den Schwachsinn ihres Vereins.“ Vgl. ebd., 12.3.1927.

⁶⁵⁰ Vgl. Hettling, Politische Bürgerlichkeit, S. 34.

⁶⁵¹ Vgl. dazu zusammenfassend Schäfer, Michael, Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung, Köln 2009, S. 210f.; Reichardt, Kampfbünde, S. 715. Zur Frage nach der Bürgerlichkeit des Nationalsozialismus vgl. die neueren Ergebnisse eines Symposiums: Frei, Norbert (Hg.), Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus? (= Vorträge und Kolloquien; Bd. 22), Göttingen 2018.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Bürgerlichkeit führten deshalb zu vermeintlich widersprüchlichen Konstellationen, wonach man zwar teilweise auf dem Boden des Bürgertums stand und dessen Werte und Traditionen übernahm, sich aber dezidiert als antibürgerlich begriff, weshalb diese Teile des Bürgertums am Untergang der Weimarer Republik, d.h. am Ende der bürgerlichen Gesellschaft, beteiligt waren. Es ließe sich daher bezüglich der Nationalsozialisten auch von einer „antibürgerlichen“ Bürgerlichkeit sprechen.⁶⁵²

Die von den Nationalsozialisten propagierte „Volksgemeinschaft“ bildete den Gegenentwurf zum demokratischen Parteienstaat. Die Partei wurzelt damit in den verschiedenen völkischen Gruppierungen, in deren Verständnis von „Nation“ bzw. „Volk“ bürgerlicher Individualismus und Rechtsstaatlichkeit einem autoritären Führerstaat weichen sollten. Als nationalsozialistische Feindbilder fungierten Kommunisten, „volksfremde“ Juden und die Kultur des Bürgertums. Die übrigen bürgerlichen Parteien gingen zunehmend Bündnisse mit einer Bewegung ein, deren Ziel es war, die „bürgerliche Gesellschaft“ zu erschüttern, um sie durch eine von rassistischen Ideen bestimmte „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen. Entscheidend für den von den Nationalsozialisten geprägten Begriff der „Volksgemeinschaft“ waren die Abwehr der äußeren Feinde und die Zurückdrängung der Einzelinteressen gegenüber einer bürgerlichen Idealkultur mit freien Vereinigungen, denen man entgegentreten wollte. Die Folgen nach 1933 waren zunächst die Ausschaltung der Arbeiterbewegung, des Pendantes des städtischen Bürgertums, und die infolge der allgemeinen Gleichschaltung ausgelöste Zerstörung der vielseitigen, im vorliegenden Fall städtischen Vereinswelt.⁶⁵³

Die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand erlassene „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 setzte die geltenden Grundrechte der „Deutschen“ außer Kraft und war grundlegend für die Verfassungsstruktur des Dritten Reiches.⁶⁵⁴

⁶⁵² Vgl. Siegrist, Hannes, Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive, in: Meuter, Günter und Otten, Henrique Ricardo (Hg.), Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert, Würzburg, Königshausen und Neumann 1999, S. 45; ders., Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 553; Reichardt, Kampfbünde, S. 644.

⁶⁵³ Vgl. Schäfer, Bürgertum, S. 211-214.

⁶⁵⁴ Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat: „Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet: § 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig“. Vgl. dazu auch Huber, Ernst Rudolf, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2. Aufl. 1939, S. 361: „Insbesondere die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber der Staatsgewalt mussten verschwinden; sie sind mit dem Prinzip des völkischen Reiches nicht vereinbar. Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre. An die Stelle

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Mit der Einschränkung des Staatsbürgerrechts durch die NS-Gesetzgebung konstituierte sich somit der rassistisch verstandene Begriff des „Volksgenossen“.⁶⁵⁵ Indem sich die Nationalsozialisten mit ihrer Gesetzgebung auf die durch das Rasseprinzip gegründete Volksgemeinschaft berief, grenzte sie sich von den ursprünglichen Staatsangehörigkeitsvorschriften ab, was schließlich zu einer rassistisch begründeten Säuberung führte, mit der den Nationalsozialisten die rechtliche Umsetzung ihrer Ideologie gelang. In der antibürgerlichen Rhetorik der NSDAP bedeutet bürgerlich zu sein, als Einzelner zu staatsreu und zu wenig radikal gegen das politische System eingestellt zu sein. Angeprangert wurde eine individualistische Haltung anstatt einer Hingabe an eine bzw. die nationalsozialistische Bewegung. Bürger zu sein wurde als Frage des Charakters, der Haltung und der Lebenseinstellung betrachtet, weshalb der Kommunismus wegen des Versagens der bürgerlichen Welt gesiegt hätte. In einem Schreiben an den Stahlhelm im April 1928 äußerte Hitler, ein „Bürgerlicher wird immer bürgerlich, d.h. als ewig nachgiebig, um nicht zu sagen feige, unentschlossen, schwach und halb handeln“.⁶⁵⁶ Entsprechende nationalsozialistische Äußerungen der Zeit vertraten diese und vergleichende Vorstellungen, nach denen das Bürgertum wegen dieser Eigenschaften keine Führungspositionen mehr besetzen dürfe. Trotz der früheren Verdienste des Bürgertums in der Geschichte seien aber aufgrund der negativen Eigenschaften bestimmte Ereignisse und Vorgänge aufgetreten, weshalb es unter anderem zum Aufstieg der Arbeiterschaft und zum schädlichen Einfluss des Judentums gekommen war und einschlägige Lexika der NS-Zeit, wie Meyers Lexikon, analog argumentierten: „Der Einfluß des Judentums und der Freimaurerei auf das Bürgertum besiegelte seinen Verfall. Der Nationalsozialismus muß ein solches Bürgertum als eine ihm widersprechende Lebensform und als eine dem Gedanken der Volksgemeinschaft entgegengesetzte klassenmäßige Absonderung ablehnen.“⁶⁵⁷ Im Diskurs zu Bürgerlichkeit bzw. Antibürgerlichkeit besteht daher immer ein Zusammenhang zu den Begriffen Nation und Nationalismus, was auch den von rechter Seite ergangenen Vorwurf an das Bürgertum umfasste, nicht im nationalen Sinne zu agieren bzw. zu träge und nicht mehr fähig zu sein, mit den Umständen der Zeit umzugehen. Bürgertum wurde

des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingeordnete Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfasst und in das Gesamtwirken einbezogen ist. Es kann hier keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen, die der politischen Einheit gegenüber unantastbar und heilig wäre.“

⁶⁵⁵ Vgl. Riedel, Manfred, Bürger, Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe – historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* Band 1, Stuttgart 2004, S. 724.

⁶⁵⁶ Vgl. Reichardt, Kampfbrüder, S. 645, nach Berghahn, Stahlhelm, S. 127.

⁶⁵⁷ Meyers Lexikon 1937, S. 305f., in: Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit, S. 565. Darin auch zum Artikel „Bürgertum“, in: Der neue Brockhaus, 1938: „An Stelle der überkommenen bürgerlichen Kultur erstrebt der Nationalsozialismus eine völkische Kultur, deren Grundlage das rassebedingte deutsche Volkstum ist“. Siehe auch Hettling, Manfred, Der Begriff des „Bürgers“ – historisch, analytisch, politisch, in: Hettling, Manfred/Johst, David/Kubrova, Monika (Hg.), „Formenwandel der Bürgergesellschaft“ – Arbeitspapiere des Internationalen Graduiertenkollegs Halle Tōkyō (13), Halle 2014, S. 16.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

auch mit den herrschenden politischen Schichten gleichgesetzt – man könnte auch sagen „anti-establishment“.⁶⁵⁸ Der Zusammenschluss, den aber gerade die Nationalsozialisten anstrebten, war die Unterordnung unter das Führerprinzip, so dass sie in ihrer Radikalität mit dem traditionellen Bürger nichts mehr anfangen konnten und wollten. In ihrer Zurückweisung bürgerlicher Ideale wie der individuellen Freiheit und des Parlamentarismus vertraten sie daher weit radikalere Lösungen als die rechten Verbände.⁶⁵⁹ Ebenso der Stahlhelm beschwor während einer Kundgebung die Sehnsucht des Volkes nach einem „großen starken Führer“.⁶⁶⁰ Verwandte Organisationen wie der Alldeutsche Verband äußerten sich nach dem gescheiterten Putsch Hitlers von 1923 zu den Absichten Adolf Hitlers, die sie in nationaler Hinsicht als sehr positiv bewerteten, ihm als Person jedoch Führerqualitäten absprachen. Da sich in seinem Parteiprogramm allerdings „marxistisch-kommunistische“ Gedanken wiederfanden, könnte dies zu Erfolgen bei Anhängern der Münchener Räterepublik geführt haben.⁶⁶¹ 1927 referierte der Stahlhelm im hauseigenen regionalen Blatt über „bürgerliche Parteien“ bzw. die Bedeutung des „veralteten Begriffs“ Bürger für die damalige Zeit, in der man inzwischen übereingekommen sei, dass dieser Begriff und das „Bürgertum“ nur noch dem Sprachgebrauch vor allem der Sozialdemokraten entspringen würden, um den Gegensatz zur „Arbeiterschaft“ zu betonen, jedoch: „Die Bürger alten Stils haben ihre Rolle längst ausgespielt. Der ‚nationale Mann‘ ist an ihre Stelle getreten, der allen Berufsschichten angehört.“⁶⁶² Mit dem Endziel einer nationalen Gemeinschaft hoffte man auf ein Ende der Krise und die Unterordnung des Bürgers als Teil dieser Gesamtheit. Im örtlichen Deutschen Handlungsgehilfenverband grenzten die kaufmännischen Angestellten sich dezidiert vom alten Bürgertum auf den einen und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite ab. Die Kritik an fehlender Radikalität gegenüber dem politischen System einte Nationalsozialisten und besagte Vereinigungen.

Bürgerlichkeit stand spätestens 1914 in Konkurrenz zu nationalistischen Ideen und einem Volksbegriff, der versuchte, überindividuelle Ordnungsentwürfe zu etablieren. Mit dem Endziel einer nationalen Gemeinschaft hoffte man auf ein Ende der Krise und der Unterordnung des Bürgers als ein Teil dieser Gesamtheit.⁶⁶³ Immer wieder bediente man sich gerade am Ende des Weltkrieges des Mythos vom „Geist von 1914“ und dem „Augusterlebnis“, die eine neue Einheit, eine Volksgemeinschaft herbeiführen sollten, welche zusammen die sogenannte

⁶⁵⁸ Vgl. Siegrist, Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit, S. 36; Reichardt, Kampfbünde, S. 652.

⁶⁵⁹ Reichardt, Kampfbünde, S. 626.

⁶⁶⁰ SZ, 2.3.1929.

⁶⁶¹ SZ, 15.11.1923.

⁶⁶² Der Alte Dessauer, 19.2.1927.

⁶⁶³ Vgl. Hettling, Politische Bürgerlichkeit, S. 241-250.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Schmach von Versailles auslöste.⁶⁶⁴ Für die Angehörigen des Bürgertums bestand dazu einerseits die Furcht vor dem Absinken aus dem bürgerlichen Stand und gleichzeitig die Angst vor den Folgen des Kommunismus, so dass auch die antibürgerlichen Äußerungen der Nationalsozialisten akzeptiert wurden.

Mit der oftmals beschworenen Krise oder gar „Auflösung des Bürgertums“ gingen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, die Konkurrenz zur Arbeiterschaft sowie soziale und gesellschaftliche Umbrüche, die vor allem in der mitteldeutschen Region mit der Industrialisierung korrelierten, und Einbrüche in die traditionelle Honoratiorengesellschaft einher. Ideen von einer „Nation“ und „Volksgemeinschaft“ wurden nicht exklusiv von den Nationalsozialisten besetzt, sondern von ihnen perfektioniert, nachdem sie innerhalb der Organisationen des nationalen Lagers gerade nach den Enttäuschungen nach dem Ersten Weltkrieg verstärkte Aufmerksamkeit erhielten. Innerhalb neuerer Bewegungen verstärkte sich schließlich die Tendenz, eine gemeinschaftsstiftende Identität mit dem Führergedanken zu verknüpfen. Diese Tradition begründete bereits die bündische Jugend mit einem ausgeprägten Führerprinzip im Gegensatz zur traditionellen bürgerlichen Organisation, dem Verein, jedoch finden sich gerade in der in Abgrenzung von Arbeiterjugendvereinen begründeten sogenannten bürgerlichen Jugendbewegung bereits antibürgerlichen Tendenzen.⁶⁶⁵ Gegen diese Sichtweise und für ein immer wiederkehrendes Auftreten krisenhafter Veränderungen beschreibt Tenfelde dagegen mit einem „Formwandel“ die veränderten Bedingungen von Bürgerlichkeit“ innerhalb einzelner Kontinuitätslinien.⁶⁶⁶

Die Kommunisten sahen ihren Kampf gegen die „bürgerliche Gesellschaft“ bzw. deren Beseitigung als Mittel zur Überwindung sozialer Ungleichheit, gegen Klassengegensätze und gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft, in deren Hände sie die politische Führung legen wollten. Die Nationalsozialisten nahmen sie lediglich als Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats wahr und unterschätzten sie damit in fataler Weise. Die Kritik der Nationalsozialisten richtete sich demnach nicht gegen die Ausbeutung des Proletariats, wie bei den Kommunisten, sondern vielmehr gegen den Materialismus der Bürger, gegen deren Lebensstil und Einstellungen.⁶⁶⁷ Die gemeinsamen antibürgerlichen Affekte der radikalen Rechten und der Kommunisten waren demnach unterschiedlich ausgeprägt, d.h. im Bolschewismus als ausgearbeitete Theorie und im Nationalsozialismus in erster Linie als sozial, kulturell und ökonomisch

⁶⁶⁴ Vgl. ausführlich Verhey, Jeffrey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

⁶⁶⁵ Vgl. dazu Mommsen, *Auflösung des Bürgertums*, S. 288-315.

⁶⁶⁶ Vgl. Tenfelde, *Stadt und Bürgertum im 20. Jh.*, S. 320.

⁶⁶⁷ Vgl. Reichardt, *Kampfbünde*, S. 650f. Vgl. Vgl. Herbert, Ulrich, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 268.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

begründetes Ressentiment. Die Kommunisten bezogen sich im Gegensatz zu den Nationalsozialisten auf die soziale Klasse, d.h., sie waren an soziale Kriterien gebunden.⁶⁶⁸ Im hallischen kommunistischen Presseorgan „Klassenkampf“ wurde alles, was von den Kommunisten als negativ und feindlich angesehen wurde, mit dem Adjektiv bürgerlich versehen, darunter hauptsächlich die „bürgerliche Presse“ bzw. die „bürgerliche Hetzpresse“ oder die „bürgerliche Lügenpresse“. Des Weiteren zeigten „bürgerliche Sportvereine“, „bürgerlicher Stadtschulrat“, „bürgerliche Krankenfürsorge“, „bürgerliches Amüsiervergnügen“ sowie „bürgerlicher Kunstbetrieb“ und „verfäulte bürgerliche Kultur“ die abwertende Haltung gegenüber allem, was „stark bürgerlich infiziert“ war. Der „bürgerliche Sumpf“ galt den Kommunisten als „bürgerlich arbeiterfeindlich“ und betrieb eine „bürgerliche Klassenpolitik“.⁶⁶⁹ Auch in der Stadtverordnetenversammlung kündigten die Kommunisten unter Otto Kilian an, den „schärfsten Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft“ und „den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zu führen zu dem Zwecke, die bürgerliche Gesellschaft und den kapitalistisch-militaristischen Klassenstaat zu zertrümmern [...] und die Diktatur des Proletariats zu errichten.“⁶⁷⁰ Von Beginn an wurde der hallischen Bourgeoisie vorgeworfen, „daß sie absolut klassenbewusst ist“ und sich in ihrem „Haß“ und ihrer „Abwehr“ gegen die Arbeiterschaft, d.h. die Kommunisten, richten würde.⁶⁷¹ In den Verbänden des gegnerischen Lagers wie dem Stahlhelm und anderen Organisationen sahen sie die „Bürgerkriegsarmeen der heutigen Bourgeoisie gegen das deutsche Proletariat“.⁶⁷² Für die SPD bestand die Herausforderung darin, ihre Anhänger davon zu überzeugen, dass sie eben zu keiner soz. „verbürgerlichten“ Partei mutiert war, sondern dass auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in einem Lebensraum verwurzelt war, der sich durchaus mit einem antibürgerlichen Habitus umgab, welcher sich allerdings im Kommunismus radikalisierte.

Kocka machte erstmals auf die Rolle der Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft aufmerksam und betrachtete ihre Position einmal als Gegenbewegung und damit auch als Katalysator für eine bürgerliche Vergesellschaftung und andererseits als Teil der bürgerlichen Gesellschaft, der Veränderungen herbeiführte, welche dem „Programm der Bürgergesellschaft“ entsprachen, wie dem Prozess der Parlamentarisierung und Demokratisierung. Es ist demnach auch nicht ausschließlich von Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung auszugehen, sondern auch von einem Austausch zwischen beiden Ebenen, so dass eine gewisse Verknüpfung

⁶⁶⁸ Vgl. ebd., S. 625.

⁶⁶⁹ Vgl. auch Zuschreibungen wie „Spießbürger“, „Spießbürgerkneipen“, „spießbürgerliche Gaffer“.

⁶⁷⁰ StAH, Stadtverordnetenversammlung, A 2.44 Nr. 3 Bd. 7.

⁶⁷¹ KK, 8.8.1924.

⁶⁷² Ebd., 12.7.1927.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in der Arbeiterbewegung gegeben war bzw. in Teilen der gemäßigten Arbeiterbewegung auch von der Tendenz einer „Verbürgerlichung“ gesprochen werden kann, welche den Arbeitern Möglichkeiten der Mitbestimmung in die Hand geben sollte, oder sie sich bürgerlichen Wertvorstellungen annäherten, was ihnen durch die Kommunisten den Vorwurf der „Verspießerung“ einbrachte. Eine Antibürgerlichkeit begleitete die Arbeiterbewegung von ihrer Entstehung an bis hin zu der von den Kommunisten vertretenen radikalen Form, denn die für das Bürgertum entstandenen Veränderungen infolge des Ersten Weltkrieges verstärkten wiederum diese Radikalität einer Antibürgerlichkeit am linken Rand des sozialistischen Lagers.⁶⁷³

Beide radikale Pole der beiden hallischen Lager stehen für Gegenbewegungen zur Bürgergesellschaft. Herauszustellen ist jedoch, dass die polare Frontstellung der Lager die Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der „bürgerlichen Gesellschaft“ entschieden überwog, da für beide Bewegungen eine eindeutige Tendenz auszumachen ist, die sich auf das Gegenüber im anderen Lager bezog, gegen das man seine eigene Anhängerschaft gezielt mobilisieren wollte, zumal man auch in Fragen der Gegnerschaft zur „bürgerlichen Gesellschaft“ unterschiedliche Präferenzen und Zielvorstellungen einnahm. Auch an dieser Stelle wird daher die gerade vor Ort zutiefst verwurzelte Gegnerschaft zwischen rechts und links zum entscheidenden Kriterium für die Dominanz der Polarisierung. Als „antibürgerliche Welle“ beschrieb Bracher die erfolgte Aushöhlung der sogenannten bürgerlichen Mitte vor 1933.⁶⁷⁴ Erste Ausprägungen einer bürgerlichen Gesellschaft in Weimar mit Formen der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden ab 1933 von den Nationalsozialisten unterdrückt.

Exkurs: Antisemitismus

Eine Arbeit, deren Schwerpunkt sich auch mit den Leit- und Gegenbildern der politischen Lager sowie deren Feindbildern auseinandersetzt, muss sich an dieser Stelle zumindest in Auszügen auch der Thematik des Antisemitismus widmen. Trotz der rechtlichen Gleichstellung der Juden als Staatsbürger per Gesetz von 1871 war der Antisemitismus in einer gemäßigten Form Ende des 19. Jahrhundert in der Gesellschaft vertreten. Mit der Weimarer Reichsverfassung wurde das Judentum den christlichen Religionen gleichgestellt und ihre Gemeinden wurden zu

⁶⁷³ Kocka, Jürgen, Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft. Überlegungen zum deutschen Fall, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1994), S. 487-496.

⁶⁷⁴ Bracher, Karl Dietrich, Ende des bürgerlichen Zeitalters? Betrachtungen zur antibürgerlichen Welle der Zwischenkriegszeit, in: Pöls, Werner (Hg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (Walter Bußmann zum 65. Geburtstag), Stuttgart 1979, S. 173.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Körperschaften öffentlichen Rechts. Nicht nur in Parteien, wie den Deutschkonservativen, sondern auch in Interessenverbänden waren antisemitische Töne durchaus verbreitet. Die Form, in der sich der Antisemitismus im Kaiserreich und schließlich in der Weimarer Republik verstärkte, stand dabei auch in Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung, weshalb es entsprechende Phasen des Auf und Ab des Antisemitismus gegeben hat. Aber auch ohne wirtschaftliche Notlage war es ab 1918 bis 1923 zu einem Anstieg der Judenfeindlichkeit gekommen.⁶⁷⁵ Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurden die Juden vielerorts zu Sündenböcken für die militärische Niederlage und ihre Folgen und zudem als Kriegs- und Inflationsgewinner angesehen. Beruflich bevorzugten Juden wirtschaftliche Betätigungen ohne Zugangsbeschränkungen oder Bereiche, die ihnen schon immer zugänglich waren, freie Berufe, wie Rechtsanwalt oder Mediziner, da ihnen der öffentliche Dienst im Kaiserreich nicht zugänglich war. Ihre soziale Position in der Weimarer Republik ist daher als Ergebnis von Emanzipation und Diskriminierung anzusehen.⁶⁷⁶ Während sich beispielsweise die Sozialistische Arbeiterschaft weitgehend vom Antisemitismus unbeeindruckt zeigte und selbst mit dem Centralverein jüdischer Staatsbürger zusammenarbeitete, war der Antisemitismus gerade auch für die DNVP ein geeignete Position, um ihre Anhänger gezielt nach rechts zu ziehen. Als „Unternehmerpartei“ vertrat die DVP zwar offiziell keine antisemitischen Parolen, entgegnete ihnen jedoch auch nichts.⁶⁷⁷ Die Juden selbst unterstützten zumeist weniger die sozialistischen Parteien, sondern die DDP, wie sie es schon vor dem Ersten Weltkrieg als hallische Wahlmänner für die Liberalen getan hatten.⁶⁷⁸ Bereits in den ersten städtischen Wahlen nach 1918 gehörte die „Judenthematik“ zum Ton des Wahlkampfes und in der Auseinandersetzung mit den Liberalen wurde von Seiten der DNVP und der DVP die Diskussion um die Juden vordergründig behandelt. Die im Jahre 1920 noch von den Liberalen gestützte „Saale-Zeitung“ beklagt sich nach der Reichstagswahl vom Juni über die Hetze gegen ihren Abgeordneten Walther Schreiber und die Kampagnen der Rechten, die unter der federführenden DVP einen aggressiven Wahlkampf geführt hatten. Davon, dass die Stadt in Zukunft wieder „ein Hort des Liberalismus, eine Stätte des selbstbewussten, freiheitlichen, fortschrittlichen Bürgertums“ sein würde, konnte zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht die Rede sein.⁶⁷⁹ Zuvor war es in einer Wählerversammlung der DNVP vor der Reichstagswahl 1920 zu Störungen gekommen, weil

⁶⁷⁵ Vgl. Winkler, Heinrich August, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Martin, Bernd/Schulin, Ernst, Die Juden als Minderheit der Geschichte, München 1985, S. 271-289.

⁶⁷⁶ Vgl. Winkler, Antisemitismus, S. 276f.

⁶⁷⁷ Vgl. Winkler, Antisemitismus, S. 278ff.

⁶⁷⁸ Ebd., S. 273f. Vgl. Watermann, Lagerbildung, S. 60f.

⁶⁷⁹ SZ, 7.6.1920.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

der Redner verschiedene Ausführungen zur „Judenfrage“ gemacht hatte.⁶⁸⁰ Bereits 1918 hatte sich die neugegründete DNVP in einem Wahlaufruf an „alle national empfindenden Männer und Frauen“ gewandt, die für die Bewahrung des Deutschen und vor allem gegen „undeutsche Einflüsse“ eintreten, dass sie sich für die Partei engagieren.⁶⁸¹ Zur Reichstagswahl im Mai 1924 stimmten über 8.000 Hallenser, d.h. 7,6% der Wähler, für den erstmals angetretenen Völkisch-Sozialen Block, dem es gelang mehr Wähler als die Demokraten zu mobilisieren und der im selben Jahr auch mit vier Personen ins Stadtparlament einzog. Das der Nährboden für Bewegungen dieser Art zu diesem Zeitpunkt gegeben war, beruhte auch auf antisemitischen Strömungen der Vorkriegszeit.

Die in diesem Zusammenhang dominierende sogenannte „völkische Bewegung“ fasst Stefan Breuer als eine Form des Nationalismus zusammen, die sich durch eine ethnische („rassistische“) Codierung des Nationalen mit antisemitischer Spitze auszeichnet und mit einer „antimodernen“ in Deutschland bis auf die Romantik zurückzuverfolgenden Grundeinstellung verbunden war.⁶⁸² Ursprünglich waren die völkischen Gruppen Vereinigungen, die zur Pflege gemeinsamer Ideen zusammenkamen und weniger politischen Einfluss ausübten. Erst 1913 wurde den Deutschvölkischen in Berlin ein Sitz eingerichtet, vom dem aus sie reichsweit agierten. Nach dem Ersten Weltkrieg spaltete sich die Deutschvölkische Freiheitspartei von der DNVP ab und gewann mit Ludendorff ein Zugpferd für die Bewegung.⁶⁸³ Zusätzlich fungierte die Partei als Sammelbecken für die ehemaligen Mitglieder des verbotenen Schutz- und Trutzbundes (DVTB). Speziell in seinen Kreisen war der öffentliche Antisemitismus eine fest verankerte Größe, so äußerten Mitglieder während offizieller Versammlungen des Bundes antijüdische Parolen und ließen Gegner aus ihren Versammlungen entfernen.⁶⁸⁴ Beim Verbot 1922 gehörten dem Bund reichsweit 180.000 Mitglieder an, darunter Angestellte und Beamte sowie Angehörige des selbständigen Mittelstandes, d.h. Kaufleute, Kleinunternehmer, Handwerker. Obwohl er erst seit Februar 1919 bestand, besaß der Bund im Spektrum der völkischen Gruppen einen hohen Grad an Mobilisierung. Seine Anziehungskraft machte sich gerade auch in den Kreisen Jugendlicher und Studenten bemerkbar. Der Jurist Hans Tiessler, ab 1928 Mitglied der Gauleitung der NSDAP und von 1940 bis 1945 Oberbürgermeister von Kattowitz, trat als 15-Jähriger

⁶⁸⁰ Vgl. LHASA, MD, C 20 Ib, Nr. 4682 (OP-Meldestelle, aus HZ vom 16.2.1921 zur Wahlversammlung am 3.6.1920, PP an Meldestelle am 21.2.1921).

⁶⁸¹ HZ, 15.12.1918.

⁶⁸² Breuer, Stefan, Nationalismus und Faschismus – Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005, S. 146.

⁶⁸³ Breuer, Nationalismus und Faschismus, S. 149f.

⁶⁸⁴ KK, 19.9.1921. Zum frühen Antisemitismus vgl. auch Sauer, Bernhard, Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: ZfG 56 (2008), S. 5-29.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

in Halle in die Jungschar des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ein und gehörte zu den frühesten Mitgliedern des Notbundes bzw. der NSDAP. Mit dem öffentlichen Eintreten „gegen alles, was jüdisch ist“ und der Forderung „zum gewaltsamen Sturz der Regierung“ sind bereits die zwei zentralen Anliegen des Bundes angesprochen.⁶⁸⁵ Die Meldestelle des Oberpräsidenten spricht noch im Frühjahr 1922, also wenige Monate vor dem Verbot des Bundes, von andauernder Versammlungstätigkeit in Halle und Magdeburg und Attacken gegen Juden und die Regierung Wirth-Rathenau.⁶⁸⁶ Nach dem Mord an Rathenau, der als öffentlicher Politiker immer wieder antisemitischen Beschimpfungen ausgesetzt war, wurde der DVTB verboten. Auf der Seite der jüdischen Bevölkerung bedeutete der Mord die Personifikation der öffentlichen Bedrohung und führte ihr die Gefahren einer ständigen Hetze unverhüllt vor Augen. Die dagegen weitgehend verbreitete Furcht auf völkischer Seite war die Übernahme der Macht durch die Juden, gar eine „jüdische Bolschewisierung“.⁶⁸⁷ In Halle spielte die Ermordung Rathenaus dahingehend eine Rolle, da der Fahrer der Attentäter Ernst Werner Techow Teile seiner Haftstrafe in Halle verbüßte und dort 1930 entlassen wurde, nicht ohne Anwesenheit von Stahlhelm und NSDAP, welche am Tage seiner Entlassung vor dem Gefängnis am Kirchtor Aufstellung nahmen.⁶⁸⁸

Obwohl der Kommunismus auch von jüdischer Seite eher als Bedrohung betrachtet wurde, rief der „Klassenkampf“ dazu auf, sich der gegenwärtigen Hetze gegen die Juden entgegenzusetzen bzw. sich vielmehr darauf zu besinnen, „daß selten ein Volk (neben den Russen) so viele soziale und kulturfördernde Menschen hervorgebracht hat.“⁶⁸⁹ Neben verbalen Angriffen in Versammlungen kam es in der Öffentlichkeit zu weiteren Provokationen gegenüber den Staatsbürgern jüdischen Glaubens, die selbst in Gastwirtschaften der Stadt mit Plakaten konfrontiert wurden, auf denen man ihnen den Zutritt verwehren wollte und sie in einem Atemzug mit Franzosen und Belgiern nannte.⁶⁹⁰ Besonders die vom „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ abgehaltenen örtlichen Versammlungen provozierten Konfrontationen mit Angehörigen des Stahlhelms oder den Deutschvölkischen. Während einer im Februar 1922 stattgefundenen Versammlung des Vereins im Wintergarten musste die Bühne von der Polizei geräumt werden, woraufhin Stahlhelm-Anhänger mit antijüdischen Parolen durch die Straßen zogen. Der Berliner Rechtsanwalt Braubach hatte in seinem Vortrag unter anderem davon gesprochen, dass es „genauso

⁶⁸⁵ KK, 19.9.1921; zu Hans Tiessler vgl. BArch, PK R 0025, Bl. 1598, 1600. Auch Reinhard Heydrich trat 1920 nach eigenen Angaben in den DVTB ein.

⁶⁸⁶ Vgl. LHASA, MD, C 20 Ib, Nr. 4627, Bl. 263.

⁶⁸⁷ Vgl. Hecht, Cornelia, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 138ff.

⁶⁸⁸ Vgl. SZ, 8.1.1930.

⁶⁸⁹ KK, 24.7.1922.

⁶⁹⁰ Vgl. SZ, 18.4.1923.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

viele christliche Schieber und Wucherer gäbe“ und es für einen Deutschen nicht richtig wäre, Rathenau zu beschimpfen.⁶⁹¹ Dass es vor allem jugendliche Anhänger gewesen waren, welche die Veranstaltungsstörung zu verantworten hatten, bezog die „Saale-Zeitung“ auch auf die Berichterstattung in der den Deutschvölkischen nahestehenden „Halleschen Zeitung“. Deren Unterstützer kannten die Parolen gegen den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ nur zu gut, zumal die HZ zugab, dass Veranstaltungen dieser Art kaum „in manierlichen Formen“ ablaufen würden.⁶⁹² Ähnliche Störungen von Personen jüngeren Alters erfolgten während weiterer Veranstaltungen des Vereins im November und Dezember desselben Jahres⁶⁹³.

Am 18. Mai 1924 wurden die zum größten Teil jüdischen Mitglieder des Turnvereins von 1904 am Reformrealgymnasium von ca. 50 junge Leute überfallen, die Hakenkreuze und Gummiknüppel trugen und die anwesenden Turner mit antisemitischen Bemerkungen konfrontierten und prügeln. Die zur gleichen Zeit in der Turnhalle der gegenüberliegenden Friesenschule turnenden Mitglieder des völkischen Wandervereins „Siegfried“ beteiligten sich zusammen mit den randalierenden Jugendlichen an dem „faszistischen Rollkommando“, was zu zahlreichen Festnahmen durch die Polizei führte.⁶⁹⁴ Der in Halle geborene jüdische Philosoph und Rabbiner Emil Fackenheim erinnerte sich in seiner Lebensgeschichte an jenen Überfall auf den jüdischen Turnverein anlässlich der Feier zu dessen 20-jährigem Bestehen. Allerdings bemerkte er, dass es außer der Wegnahme der Knüppel der Nationalsozialisten durch die Polizei zu keinen Festnahmen gekommen sei, was er als weiteres Beispiel der Unfähigkeit der Regierung ansah, sich mit der Rechten auseinanderzusetzen.⁶⁹⁵ Sein Vater, der jüdische Anwalt Dr. Julius Fackenheim, war der 1. Turnwart des Turnvereins 1904 und gehörte 1929 zu den vom Polizeipräsidenten benannten „Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher

⁶⁹¹ Ebd., 22.2.1922. Vgl. KK, 22.2.1922.

⁶⁹² SZ, 23.2.1922.

⁶⁹³ Vgl. KK, 1.12.1922; SZ, 15.12.1922.

⁶⁹⁴ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1913/III, Bl. 209 (Der OP an den PP in Halle am 12.6.1924); KK, 19.5.1924.

⁶⁹⁵ Vgl. Fackenheim, Emil, *An Epitaph for German Judaism, From Halle to Jerusalem*. Madison: University of Wisconsin Press 2007, S. 3f. (Teil-Übersetzung Katharina Böhmer, in: http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=4411&language=german, abgerufen am 03.10.2019): „Das Schauturnen war schon im Gange, als zwei Nazis am Tor anhielten. Einer machte einen fiesen antisemitischen Witz. Mein Vater ging zu ihm und gab ihm eine Ohrfeige. Der andere Nazi rannte davon, kam jedoch kurz danach zurück mit ungefähr fünfzig anderen, alle mit Knüppeln bewaffnet. In dem Tumult, der entstand, flohen alle Besucher des Schauturnens halsüberkopf in das Schulgebäude, Kinder, Eltern, alle anderen, außer Wolfgang und mir. Uns war gesagt worden, wir sollten strammstehen, und keiner hatte ‚Rührt euch‘ gesagt. Ich erinnere mich noch an den einen Nazi, der vor uns stand und nicht wusste, was er mit seinem Knüppel und uns Kindern machen sollte.“ Zu Emil Fackenheim: geb. 22.6.1916 in Halle; gest. 18.9.2003 in Jerusalem, Sohn des jüdischen Rechtsanwalts und Notars Julius Fackenheim, Besuch des städtischen Gymnasiums Halle, 1935 Studium an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, 1937 Universität Halle, letzter jüdischer Student der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität bis 2. November 1938, am 9.11.1938 verhaftet und im KZ Sachsenhausen bis zum 8.2.1939 interniert, Emigration nach Schottland/Kanada, gest. 2003 in Jerusalem.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Bedeutung im Polizeibezirk Halle“ und erhielt in diesem Zusammenhang den Zusatz, dass von Seite der Behörden angenommen wurde, dass er sich gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan positionieren würde.⁶⁹⁶ Er hatte zudem 1923 die hallische Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gegründet, dessen Hauptaufgabe die Abwehr des Antisemitismus war.⁶⁹⁷

Auch wenn Vorfälle dieses Ausmaßes Mitte der 20er Jahre eher weniger auftraten, so war der Antisemitismus, versteckt oder offensichtlich, ebenfalls entscheidend für die Binnenintegration der radikalen rechten Bewegung und für die Nationalsozialisten, für die er aber bei der Mobilisierung von Wählern nicht vordergründig benutzt wurde.⁶⁹⁸

Über die Jahre hinweg fanden immer wieder Veranstaltungen statt, in denen antisemitische Töne dominierten. In einer Versammlung der DNVP erläuterte Prof. Stieve in einem Vortrag über „Wir Völkischen“ die Schuld der Juden, die nicht nur Religionsgemeinschaft, sondern „fremden Stammes“, minderwertig, fett und schlapp wären und die Anlage zur Gehirnerweichung hätten, außerdem keine Vaterlandsliebe, so dass es auch kein Wunder sei, dass die Führer der Linken Juden seien. Des Weiteren hätte ein führender Nationalsozialist davon gesprochen, die Hälfte der Juden umzubringen und die andere Hälfte in Lager zu stecken, worauf die anwesenden Nationalsozialisten Walter Tießler und Walter Ernst den Namen des besagten Nationalsozialisten verlangten und Stieve erwähnte, dass diese Worte bei einer Besprechung von Hitler mit Duesterberg von Ersterem gebraucht wurden.⁶⁹⁹ Gerade auch in Mitgliederversammlungen der DNVP wurde in den frühen 20er Jahren der „jüdische Geist“ als Hauptschuldiger an der aktuellen Unzufriedenheit ausgemacht und als Feind dem „christlich-deutschen und deutschen-wirtschaftlichen Geist“ gegenübergestellt.⁷⁰⁰ Jener „jüdische Einfluss“ war 1932 zu einem Thema des Reichstagswahlkampfes geworden, in welchem als Ziel ausgerufen wurde, diesen zu beseitigen.⁷⁰¹

Ein an der hallischen Universität lebender Kritiker der von Kollegen vertretenen Rassetheorien war der jüdische Soziologe Friedrich Hertz, dessen Werk „Rasse und Kultur“ vom jüdischen Wochenblatt als „Gegenbuch“ zu Publikationen diente, „die nur der Rassenhetze dienen und

⁶⁹⁶ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1142, Bl. 188 (PP Halle am 17.10.1929): Nachweisung der Persönlichkeiten von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung im Polizeibezirk Halle gemäß Rundverfügung vom 14. Oktober 1929.

⁶⁹⁷ Hermann, Jürgen, Mythos Hallescher FC Wacker 1900, Von der Ulrichskirche zum Mitteldeutschen Meister 1900-1944, Hildesheim 2019, S. 161.

⁶⁹⁸ Winkler, Antisemitismus, S. 286.

⁶⁹⁹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4663, Bl. 209f.

⁷⁰⁰ BArch, R 8005, Nr. 198 Bl. 8.

⁷⁰¹ SZ, 27.7.1932.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

die ohne Rücksicht auf die Kosten durch eine intensive Propaganda in großer Zahl verbreitet werden.“⁷⁰² Hertz war es auch, der noch unmittelbar vor der Machtergreifung zusammen mit seiner ebenfalls jüdischen Kollegin und Indologin Betty Heimann in einer öffentlichen Versammlung gegen Rassenhetze auftrat, bevor beiden nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Lehrbefugnis entzogen wurde.⁷⁰³

Der seit 1912 dem örtlichen Provinzialmuseum vorstehende Hans Hahne hatte sich in seinen Forschungen dem „Heil der blauäugigen arischen Rasse“ gewidmet, um die „Judenherrschaft“ zu beenden, wie dies 1922 der „Klassenkampf“ anmerkte.⁷⁰⁴ Die Aufgaben des Museums definierte er als „Herausstellung der heimischen Volksentwicklung auf rassischer Grundlage mit der Blickrichtung nach dem germanischen Norden“ und bot erstmals 1919 im Museum rassekundliche Vorträge an.⁷⁰⁵ Hahne selbst war politisch gesehen den Deutschnationalen zugeneigt und trat bereits vor 1933 in die NSDAP ein. Als außerordentlichen Professor der Universität trat er unter anderen auch in Versammlungen des Stahlhelms auf.⁷⁰⁶ Im Rahmen seiner Lehrtätigkeit an der Universität übernahm Hahne Vorlesungen unter anderem zu den Themen „Der nordische Mensch“ oder die „Einführung in die menschliche Rassekunde“.⁷⁰⁷

Unter seinem neuen Führer Hauptmann Jüttner definierte auch der Stahlhelm 1923 klar, was für ihn die erklärten Feinde waren: „Kommunisten und Marxisten und das nationale Judentum“, welche er beschuldigte der „deutschen Einheitsfront“ entgegenzuarbeiten.⁷⁰⁸ 1924 wusste die HZ von einer Führerbesprechung des Stahlhelms zu berichten, in der beschlossen wurde, keine Juden mehr in die eigenen Reihen aufzunehmen, was intern als „Sieg der hallischen Richtung“ bezeichnet wurde.⁷⁰⁹ 1927 gab er als Ziele an, Frontsoldaten in die Parlamente zu entsenden sowie gleichsam den Marxismus und das Judentum zu bekämpfen.⁷¹⁰ Nachhaltig war die

⁷⁰² Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 27.8.1926. Zu Hertz vgl. Stengel, Friedemann (Hg.), *Ausgeschlossen. Zum Gedenken an die 1933-1945 entlassenen Hochschullehrer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Halle 2013, S. 169-182.

⁷⁰³ Vgl. Hirschinger, „Zur Ausmerzung freigegeben“, S. 53; Stengel, *Ausgeschlossen*, S. 166f.

⁷⁰⁴ KK, 21.7.1922.

⁷⁰⁵ Ziehe, Irene, *Hans Hahne (1875-1935), sein Leben und Wirken. Biographie eines völkischen Wissenschaftlers*, Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 1993, S. 67f. Vgl. ebd., S. 53f. Als beim hallischen Publikum erfolgreich galten auch die von Hahne im Museum aufgeführten „Jahreslaufspiele“, orientiert an nordischen Volksbräuchen.

⁷⁰⁶ Vgl. SZ, 13.2.1927.

⁷⁰⁷ Hirschinger, „Zur Ausmerzung freigegeben“, S. 47f.

⁷⁰⁸ KK, 24.2.1923. Zu Jüttner, Max Paul Wilhelm Werner, aus: Lilla, *Mitglieder des Reichstages*, S. 285-286: geb. am 11.1.1888 in Saalfeld (gest. 14.8.1963 in München), MdR 1933-1945, 1919 Freikorpsführer im Regierungsbezirk Halle-Merseburg, 14.8.1919-1933 Stahlhelm, 1920-1933 beim Braunkohle-Industrieverein in Halle, 1920 DNVP, Januar 1923 NSDAP, 30.1.1923-1933 Gauführer des Stahlhelms im Gau Halle, 1924 Wiedereintritt in die DNVP, 1926-1929 Mitglied Provinziallandtag, bis 1933 Stellvertreter des Zweiten Bundesführers des Stahlhelms, Juli 1933 Wiedereintritt in die NSDAP.

⁷⁰⁹ SZ, 15.3.1924.

⁷¹⁰ *Der Alte Dessauer*, 19.2.1927.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

Vorstellung, dass die Gefahr durch das Judentum und die Stärke der Sozialdemokraten aufgrund der Schwäche des Bürgertums hervorgetreten war und die „Volksgemeinschaft“ daher nicht stark genug dagegenhalten konnte.⁷¹¹ Auch die Versammlung des Ausschusses gegen die Fürstenenteignung 1926 beschuldigte die Juden mittels ihres Redners Hoffmann-Kutschke, Verursacher des anstehenden Volksentscheides zu sein.⁷¹² Im hauseigenen Parteiblatt „Der Deutschnationale“ wurde 1927 zum Boykott der jüdischen Warenhäuser aufgerufen und der Einkauf in „christlichen Geschäften“ bei „Gesinnungsfreunden“ propagiert, um innerhalb der völkisch-nationalen Kreise nun vermehrt auf den gesellschaftlichen Ausschluss der Juden und schließlich den Entzug jüdischer Existenzgrundlagen abzielen.⁷¹³

Seit seiner Gründung im Jahre 1923 in Halle gehörte auch der Wehrwolf zu den Gruppen, die antisemitische Parolen verbreiteten. In Veröffentlichungen präziserte sowohl der Vorsitzende Kloppe als auch das Presseorgan „Der Wehrwolf“ immer wieder die Einstellung zum Judentum und gegen den „jüdisch-materialistischen Geist“.⁷¹⁴ Obwohl die erste Nummer der Zeitung vom Januar 1924 den „Kampf gegen das Judentum“ nicht als persönliche Aufgabe bezeichnete, entsprachen die folgenden Veröffentlichungen durchaus dem Charakter eines „antisemitischen Kampfblattes“⁷¹⁵. Anfangs schienen die Äußerungen noch verhältnismäßig „harmlos“. Man gestand zwar dem einzelnen Juden durchaus menschliche Züge zu, betonte aber, dass „der jüdische Geist“ nicht zu den Deutschen gehöre, weshalb man eine Trennung von den Juden forderte, zumal man sich von ihnen finanziell geschädigt sah.⁷¹⁶ Diese sogenannte „Judenfrage“ war im Wehrwolf omnipräsent und Begriffe wie „jüdischer Geist“ und „jüdische Beherrschung“ erfuhren im Kontext einer vom Wehrwolf angestrebten „deutschen Erneuerung“ eine hohe Aufmerksamkeit.⁷¹⁷

Interessanterweise stellte der Wehrwolf nicht den Gegensatz zwischen Arbeitern und Bürgertum und die Auseinandersetzungen beider Lager ins Zentrum seiner Diskussion, sondern betonte vielmehr die Rolle des Juden in dieser Problematik. Als „Dritter“ sei er verantwortlich für die „brennende Wunde an unserem Volkskörper“. Dem völkischen Anhänger wurde suggeriert, dass die Gegensätze beider Lager durch den Einfluss des Judentums entstanden seien, welches für sich selbst die Führungsrolle beanspruchen würde. Arbeiter und Bürgertum werden in

⁷¹¹ Ebd., 9.4.1927.

⁷¹² Vgl. KK, 11.6.1926; catalogus professorum halensis: Arthur Hoffmann-Kutschke, geb. 1882, Studium der Geschichte, Mitglied der völkischen Bewegung, Verfasser antijüdischer Schriften, Wahlredner der NSDAP.

⁷¹³ Der Deutschnationale, 4. Ausgabe Januar 1927.

⁷¹⁴ Kloppe, Wesensfragen, S. 14f.

⁷¹⁵ Der Wehrwolf, Nr. 1, 1924.

⁷¹⁶ Ebd., Nr. 1, 1. Lenzenmonat 1924. Vgl. ebd., Nr. 24, 21. Ernting 1924.

⁷¹⁷ Ebd., Nr. 14, 11.5.1926.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

diesem Fall auf ihren gemeinsamen Nenner, ihre Rolle als deutsche Staatsbürger im rechtlichen Sinne zurückgeführt, zusammengehalten „durch das gemeinsame Blut“.⁷¹⁸ Unerlässlich versuchte das Organ des Wehrwolfs vor allem die Arbeiterschaft von der Schuld der Juden an der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage zu überzeugen, denn als Personifikation des Finanzkapitals bildeten die Juden eine Stütze der völkisch-antisemitischen Propaganda des Wehrwolfs. Inzwischen war auch der Ton der Anschuldigungen rauer geworden und wie zuvor bereits erwähnt, kam man mit Parolen von der Vernichtung des „Ungeziefers“ bis hin zur Ausscheidung des „jüdischen Gifts“ der NS-Propaganda sehr nah, stand aber ebenso in einer längeren Tradition an negativen Metaphern für Juden. Auch der Aufruf zum „antimammonistischen Kampf“ bediente sich desselben Vokabulars, welches NS-Wirtschaftsfachmann Gottfried Feder 1919 in seinem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ ausführte.⁷¹⁹ Während seiner Auftritte in Halle in den 20er Jahren befasste sich der Verfasser eingehend mit der „Sklavenpeitsche der Hochfinanz“ und unterließ es nicht, die Juden zum Zentrum aller von ihm ausgesprochenen Anschuldigungen zu machen.⁷²⁰ Das thematisierte 1926 auch Joseph Goebbels während seines ersten Rednerauftritts auf einer öffentlichen Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Halle.⁷²¹

Parallel zu solchen Äußerungen und Störungen trat die offizielle hallische Öffentlichkeit repräsentiert durch Oberbürgermeister Rive sowie den Rektor der Universität gemeinsam zur Gedenkfeier der Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten für Gefallenen in der örtlichen Synagoge auf, in der Rabbiner Dr. Kahlberg zu den Anwesenden sprach.⁷²²

Der Wahlkampf zur Reichstagswahl im Mai 1928 bot den Nationalsozialisten erstmals größere Gelegenheit, sich offensiver in der Öffentlichkeit zu präsentieren. In den Schmähreden der Nationalsozialisten wurden zwar meistens die Kommunisten angegriffen, an zweiter Stelle der Beschimpfungen kamen jedoch zumeist die Juden, wie auch während eines Auftritts Manfred von Killingers, verantwortlich für den Mord an Matthias Erzberger, während eine NS-Veranstaltung im „Hofjäger“ im April 1929.⁷²³ Die Kommunisten dagegen kritisierten die „rein

⁷¹⁸ Ebd., Nr. 16, 1.6.1926.

⁷¹⁹ Ebd., Nr. 21, 21.7.1926: Nr. 21, 21.7.1926: „Deutscher Volksgenosse, fasse das Uebel an der Wurzel und vernichte das Ungeziefer, das an deinem Volkstum nagt und frißt und dieses schon fast aufgefressen hat, scheidet das jüdische Gift aus, das in deine Volksadern eingedrungen ist und kämpfe mit uns den antimammonistischen Kampf, den Kampf für die wirkliche Freiheit unseres deutschen Volkes und Vaterlandes!“ Vgl. Herzig, Arno, Jüdische Geschichte in Deutschland, München 2002, S. 255f.; Breuer, Die Völkischen, S. 154.

⁷²⁰ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 945, Bl. 155: Gottfried Feder am 21.5.1926 in Halle. Vgl. SZ, 15.4.1928: MdR Gottfried Feder am 17.4.1928 in Halle.

⁷²¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 945, Bl. 45. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Hg. Elke Fröhlich), Dezember 1925 bis Mai 1928, München 2005, S. 66f. zum 27.3.1926.

⁷²² Vgl. SZ, 19.2.1924.

⁷²³ Vgl. KK, 16.4.1929.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

antisemitisch-reaktionäre Mache“, mit der die Nationalsozialisten auf ihren Wahlplakaten gegen jüdischen Einfluss auftraten, und warnten ihre Anhänger, sich von Propaganda dieser Art irritieren zu lassen.⁷²⁴ Das nationalsozialistische jüdische Feindbild richtete sich hauptsächlich gegen die Form des jüdischen Handels, sah in ihnen das Verbrecherische und geißelte das jüdische Eindringen in verschiedene gesellschaftliche Bereiche sowie ihren Einfluss in Verwaltung und Politik.⁷²⁵ Verschwörungstheorien und die von den Juden ausgehende Bedrohung standen im Zentrum der Schriften und Äußerungen des NS-Ideologen Alfred Rosenberg, ab 1923 Hauptschriftleiter des Völkischen Beobachters und in dieser Funktion 1931 zu Besuch im hallischen Stadtschützenhaus. Die „Rettung der deutschen Kultur = Wiedergeburt der deutschen Seele“ konnte ihm zufolge nur durch Hitler erfolgen, der sich in seiner Propaganda stark auf die von Rosenberg und anderen Ideologen entwickelten Szenarien stützte.⁷²⁶

Unter den Verbänden war es vor allem der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) als betont antisemitische Organisation der Kaufmannsgehilfen, die sich zwar vom anfänglichen „Radau-Antisemitismus“ distanzierte, jedoch in erster Linie jüdischen Einfluss auf das kulturelle Leben in Deutschland abwehren wollte und der Bedrohung der nationalen Einheit entgegenarbeitete.⁷²⁷ Gegründet 1883 in Hamburg vom Vorsitzenden des „Antisemitischen Wahlvereins von 1890“ waren Juden und von Juden abstammende Personen von Beginn an ausgeschlossen. Seine Feindbilder hatte der Verband klar vor Augen, darunter den globalen Freihandel, das internationale Judentum und eine international ausgerichtete Sozialdemokratie sowie die berufliche Emanzipation der Frau, die allesamt für den eigenen sozialen Abstieg verantwortlich gemacht wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss sich der DHV mit den christlichen Gewerkschaften zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen, der damit ein Gegengewicht zu den bereits agierenden freien sozialistischen Gewerkschaften darstellte. Obwohl ein Verbandstag sich 1920 für eine parteipolitische Neutralität und gegen Wahlparolen für eine oder mehrere Parteien aussprach, richteten sich scharfe Absagen an die Sozialdemokraten.⁷²⁸ Durch die bewusste Ablehnung des Judentums wurde vom DHV auch die Unterscheidung zwischen „deutschvölkisch“ und „deutschnational“ evident, da Ersteres die von ihm verfolgte „nationale Idee“ umfasste. Dem damit verknüpften Ziel einer „Volksgemeinschaft auf berufsständischer Grundlage unter Aufhebung aller Klassengegensätze“ verschrieb man sich insofern, als die Verbandsarbeit auf die Schwerpunkte der Bildungsarbeit und des „sozialen Gedankens“

⁷²⁴ Ebd., 24.2.1928.

⁷²⁵ Reichardt, Kampfstände, S. 634.

⁷²⁶ KK, 24.10.1931.

⁷²⁷ Winker, Antisemitismus, S. 282f.

⁷²⁸ Hamel, DHV, S. 185f.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

orientiert sein sollte, was zugleich eine Verpflichtung zur aktiven politischen Teilnahme beinhaltete.⁷²⁹

Mit ständiger Aufmerksamkeit beobachteten Teile der jüdischen Bewohner Halles den steigenden nationalsozialistischen Einfluss und dessen Bewertung der Judenfrage. Bereits 1926 veröffentlichte das Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle einen Artikel, der einerseits das Engagement Einzelner gegenüber dem „blindwütigen Antisemitismus“ hervorhob, andererseits aber auch den Teil aufrief, sich zu engagieren, der bisher „sorglos in den Tag hinein [lebt].“ Dem Blatt zufolge betraf Letzteres den größeren Teil unter der jüdischen Bevölkerung der Stadt, die eher versuchte möglichst ungestört ihr Leben zu gestalten bzw. ihre Religionszugehörigkeit verleugnete.⁷³⁰ Vor allem die Ortsgruppe des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens befasste sich eingehend mit der „Gefahr für den deutschen Staat und speziell für die deutschen Juden“. Gastredner und Vorsitzender des Centralvereins Ludwig Holländer aus Berlin thematisierte nicht nur die Gefahr eines „Bürgerkrieges“, sondern warnte auch vor Pogromen. Trotz der betonten Verbundenheit der Juden mit den Deutschen waren die Juden als deutsche Minderheit immer wieder Erregungen und Boykotten ausgesetzt, welche auch die wirtschaftliche Lage der Juden erschwerte.⁷³¹ Zudem beschäftigte sich der Centralverein mit den Angriffen durch das NS-Organ „Der Kampf“ und dessen Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte und veröffentlichte im Wochenblatt Geschäftsadressen, die sich zum Nationalsozialismus bekannten.⁷³²

Nahezu zeitgleich berichtete das sozialdemokratische Volksblatt über eine Versammlung der Nationalsozialisten in der Saalschloßbrauerei zum Thema „Judengier und deutsche Frauenehre“, in der den Juden Ritualmorde vorgeworfen wurden, wovon allerdings ein anwesender Kriminalbeamter nichts gehört hatte.⁷³³ Das Volksblatt berichtete ein Jahr später auch von Grabschändungen auf dem jüdischen Friedhof, was von nationalsozialistischer Seite mit der Bemerkung „Volksblattläuse“ dementiert wurde.⁷³⁴ Umso entscheidender war es für die hallischen Juden, dass der Centralverein bei anstehenden Wahlen für Parteien aufrief, welche für

⁷²⁹ Mitteldeutsche Kaufmannspost, März 1924, Nr. 3. In Halle wurde die Bildungsarbeit des DHV von der „Fichtegesellschaft“ und dem „Bühnenvolksbund“ übernommen. Vgl. ebd., 7. 1924; Hamel, DHV, S. 267ff. Vgl. dazu das Referat von Gauvorsteher Feger auf dem 6. Mitteldeutschen Kaufmannsgehilfentag am 2. und 3.5.1931: „Echte Gemeinschaften können nur weltanschaulich begründet werden, keineswegs nur durch gleiche materielle Interessen. Sie müssen auf eine nationale und soziale Grundeinstellung verpflichtet sein, wenn sie nicht nach kurzer Dauer zerbrechen sollen.“

⁷³⁰ Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 28.6.1926.

⁷³¹ SZ, 21.5.1930. Vgl. Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 23.5.1930.

⁷³² Vgl. Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 4.7.1930. Beispielsweise erklärte die Schreibmaschinenfirma Rochlitzer, Steinweg 18, eine nationalsozialistische Einstellung.

⁷³³ VB, 28.7.1930.

⁷³⁴ Ebd., 4.6.1931. Vgl. Der Kampf, 6.6.1931.

II. Organisation der politischen Lager und ideologische Polarisierung

die Juden eintraten, bzw. die Parteien zu benennen, deren Wahl für Juden nicht infrage käme, darunter vor allem die NSDAP, die Deutschnationalen und die Kommunisten, da Letztere Religion per se verurteilen würden.⁷³⁵ Die unmittelbare Gefahr ahnend, rief auch der jüdische Jugendbund der Stadt die jüdischen Jugendlichen zu einer gemeinsamen Arbeit auf, um die Zusammengehörigkeit zu stärken und einer „erschreckenden Gleichgültigkeit“ entgegenzutreten. Man war sich durchaus bewusst, dass bei einer Führung durch die Nationalsozialisten die ohnehin schon gefährdete Gleichberechtigung der Juden in arger Bedrängnis wäre.⁷³⁶

Die Thematik des Antisemitismus in der Weimarer Zeit ist auch in Halle durchaus nicht als Randphänomen zu begreifen, welches die Öffentlichkeit vor Ort jeweils nur zu bestimmten Phasen oder bestimmten Zeiten thematisierte. Vielmehr wird auch in Halle deutlich, dass Boykotts, verbale antisemitische Angriffe und tätliche Ausschreitungen gegenüber Juden in den 20er Jahren bereits gesellschaftlich verwurzelt waren bzw. wie im Fall des DHV sich auf Aversionen und Vorurteilen aus der Vorkriegszeit beriefen, die mit zunehmender Dynamik und radikaleren Akzenten den Nährboden für spätere Entwicklungen bereiteten, deren Ausmaße jedoch zu jener Zeit nicht denkbar waren.

⁷³⁵ Vgl. Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 15.8.1930 und 28.10.1932.

⁷³⁶ Vgl. ebd., 7.8.1931.

„Dabei sind im Laufe des letzten Jahres Stahlhelm und Wehrwolf fast von der politischen Bildfläche verschwunden, dagegen nehmen die Vorstöße der NSDAP durch große Versammlungen in den letzten Monaten in steigendem Masse zu. Das gilt besonders für die Stadt Halle, wo, wie schon gesagt, die Gegenorganisation unserer Parteiorganisation erheblich schwächer ist, als sonst durchweg in den Provinzorten. Trotz verschiedener Bemühungen gelang es nicht, in der halleischen Organisation die nötigen Voraussetzungen für eine wirkliche antifaschistische Organisationsarbeit durch Organisation des Selbstschutzes oder Bildung entsprechender Gruppen innerhalb der Partei und der sympathisierenden Organisationen zu schaffen. Diese Aufgabe muss jetzt aber angesichts der immer stärkeren faschistischen Gefahr für Halle unbedingt in kürzester Zeit gelöst werden.“⁷³⁷

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

1. Polarisierung und Radikalisierung der politischen Kultur

Wenn man davon ausgeht, dass die ansteigende Radikalisierung durch Gewalt hervorgerufen wurde, so lässt sich die damit verbundene Mobilisierung der jeweiligen Anhängerschaft der Lager an bestimmten Ereignissen festmachen und erläutern. Sie entzündete sich hauptsächlich an aktuellen politischen Fragen und Ereignissen, was an ausgewählten Ereignissen wie z.B. am Kapp-Putsch, den mitteldeutschen Märzkämpfen und dem Sprengstoffattentat auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal eingehend zu untersuchen sein wird, während im Rahmen dieser Analyse auf ein näheres Eingehen auf die schweren Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Polizei im Volkspark zum „Blutfreitag“ am 13. März 1925 verzichtet wird. Die bürgerliche Öffentlichkeit sah sich durch die Arbeiterschaft bedroht und einem bevorstehendem Aufstandsversuch ausgesetzt, weshalb sie die politische Auseinandersetzung auf die Straße verlagerte und versuchte, den öffentlichen Raum für Aufmärsche, Kundgebungen etc. als Gegenstück zu linken Aktionen in der Öffentlichkeit zu besetzen. Die Angst vor bewaffneten Aktionen von links hielt das bürgerlich-nationale Lager zusammen und war Teil des Selbstverständnisses des bürgerlich-nationalen Lagers.⁷³⁸

Außer Frage steht der Einfluss der Gewalt in die politische Kultur der Weimarer Republik, was nicht zuletzt die bereits zitierten Studien von Sven Reichardt und Dirk Schumann

⁷³⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/6, Bl. 55.

⁷³⁸ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 361ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

hervorgehoben haben. Ausführungen zur politischen Gewalt und die Diskussion darüber werden neben den aktuellen Diskussionen wie beispielsweise zum Terrorismus etc. vielfach mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen der Weimarer Jahre in Verbindung gebracht. Die Forschung hat sich seit vielen Jahren ausführlich mit der Problematik der politischen Gewalt beschäftigt, allen voran die Sozialwissenschaften, und zugleich versucht, den Begriff zu modifizieren.⁷³⁹

Im Kampf der gegnerischen Lager um die Beherrschung des politischen Raums waren die Wahrnehmung des Kampfes und die Deutung der Ereignisse in der Öffentlichkeit entscheidend (Bürgerkriegsfurcht). Die Wurzeln der Gewalt lagen Schumann zufolge zwar bereits auch in der Vorkriegszeit, resultierten jedoch hauptsächlich aus den Vorgängen der Nachkriegszeit, wie den dort getroffenen politischen Entscheidungen, den Mobilisierungen im Bürgertum gegen die Arbeiterschaft etc. Die Radikalisierung erwuchs demnach den politischen Zuständen der Vorkriegszeit.⁷⁴⁰

Demgegenüber steht die Arbeit von Andreas Wirsching über den politischen Extremismus in Frankreich und Deutschland während der beiden Weltkriege, den er an den Beispielen Paris und Berlin untersucht. Darin sieht er das Ansteigen des Extremismus auf der rechten Seite als Reaktion auf das Auftreten der extremen Linken und steht somit in genauem Widerspruch zu den Aussagen Schumanns, der die gewalttätigen Handlungen der Linken als eine Reaktion auf die Provokationen der Rechten ansah, in denen er die „wesentliche treibende Kraft“ innerhalb der Auseinandersetzungen sah.⁷⁴¹ Wirsching operierte mit einem Modell der „totalitären Bewegung“, welches er anhand des für ihn schlüssigsten Totalitarismusmodells von Carl J. Friedrichs weiterentwickelte, indem er es insofern modifizierte, dass es sich flexibler auf die Zwischenkriegszeit anwenden ließ.⁷⁴² Zugleich setzt er sich mit Ernst Noltes Faschismusbegriff auseinander, wonach Faschismus gleich Antimarxismus sei, was bedeutete, dass der Faschismus erst aufgrund des Marxismus entstanden sei.⁷⁴³ Wirsching grenzt sich aber auch deutlich von Nolte ab, der im Antisemitismus der Nationalsozialisten die Gegenwehr zum

⁷³⁹ Vgl. dazu ausführlich Schumann, Dirk, Gewalt als Grenzüberschreitung, in: AfS 37 (1997), S. 366-386.

⁷⁴⁰ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 11; Weisbrod, Bernd, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: GWU 43 (1992), S. 404.

⁷⁴¹ Schumann, Politische Gewalt, S. 11.

⁷⁴² Wirsching, Weltkrieg, S. 7-13.

⁷⁴³ Vgl. dazu Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus, München 1995, S. 51: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“ Dazu in neuerer Zeit auch Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. und Berlin 1993.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Bolschewismus sah. Als Kern seiner Ausführungen bleibt hingegen bestehen, dass die Radikalität auf Seiten der Nationalsozialisten als Abwehr auf die Aktionen der Linksextremen zu betrachten ist, auch wenn er KPD und NSDAP Gewalt im Sinne der Konzepte von „Notwehr“ und „Abwehr“ zuschrieb.⁷⁴⁴

Dass sich gewalttätige Aktionen der Nationalsozialisten nicht nur als eine Reaktion auf links-extreme Taten begreifen lassen, konnte schon Sven Reichardt in seiner Analyse zu den faschistischen Kampfbünden aufzeigen. Er wies zudem nach, dass Taten der nationalsozialistischen SA in Preußen nicht nur gegen kommunistische Gegner, sondern auch unter anderem gegen Mitglieder des Reichsbanners gerichtet waren, der aber nur einen geringen Anteil an den stattgefundenen Auseinandersetzungen hatte. Gewalt war in der faschistischen Politik ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung und ob sie eine aktive oder eine reaktive Gewalt ist, hängt auch immer auch vom jeweiligen Untersuchungsgegenstand ab. Die gewalttätigen Handlungen von Seiten der SA waren zunächst einmal politisch motivierte Handlungen, die in der Regel keine Einzelaktionen darstellten, sondern in Gruppen organisiert waren.⁷⁴⁵ Dirk Schumann resümiert, dass die Gewalt der Nachkriegszeit als ein „Kampf um öffentliches Terrain und Symbole“ bei Abwesenheit eines politischen Grundkonsenses und der teilweisen Aufhebung des staatlichen Gewaltmonopols auftrat.⁷⁴⁶ Sie stand für eine dauerhafte Belastung des politischen Prozesses und verhinderte infolgedessen eine friedliche politische Auseinandersetzung. Politische Gewalt wurde seit 1921 zu einer weit verbreiteten Erscheinung, weil durch die versuchte Eroberung des öffentlichen Raums durch die starken rechten Wehrverbände auf der Seite der linken Parteien und Verbände eine erhöhte Mobilisierung erzeugt wurde. Die Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit lassen sich auch nicht einfach als das Resultat einer „Brutalisierung“ durch den Ersten Weltkrieg einordnen, obwohl das nicht gänzlich auszuschließen ist, aber entsprechende Deutungen der Nachkriegszeit und der Umgang mit den Erfahrungen und der Niederlage sind zu berücksichtigen, so dass sich Gewalt in der vorliegenden Form entwickeln konnte.⁷⁴⁷ Ganz allgemein lässt sich der These nicht widersprechen, dass an der Front eingesetzte Soldaten mit unmittelbarer Teilnahme an Kämpfen infolge ihrer Fronterlebnisse

⁷⁴⁴ Wirsching, Bürgerkrieg, S. 519-522, S. 575f. und S. 588. Wirsching kritisiert hierbei Deutungen, wonach kommunistische Gewalttaten die legitime Reaktion auf nationalsozialistische Gewalttaten waren.

⁷⁴⁵ Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 68f. Reichardt führt auf, dass das Reichsbanner 1931 das Hauptangriffsziel der Nationalsozialisten war, bis ab April 1932 wieder Kommunisten das häufigste Ziel waren. Vgl. ebd., S. 38ff.

⁷⁴⁶ Schumann, Politische Gewalt, S. 359.

⁷⁴⁷ Vgl. Mosse, George L., Der 1. Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmuth/Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa (FS Karl Dietrich Bracher), Studien zur Geschichte und Politik, 250, Bonn 1987, S. 127-139.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

eventuell eher bereit waren, auch später Gewalt gegenüber anderen anzuwenden, aber es muss stark differenziert werden.⁷⁴⁸ Als Hauptquelle der politischen Gewalt lässt sich nicht die „Traumatisierung des Bürgertums durch Krieg, Niederlage, Revolution und Inflation“ sehen, sondern vielmehr standen dabei auch die alten Ängste vor der Arbeiterbewegung im Vordergrund. Die eigentliche Angst des Bürgertums bezog sich wohl eher auf die Störung des eigenen Wiederaufstiegs durch linke Kräfte anstatt auf eine Vernichtung ihrer bürgerlichen Kultur.⁷⁴⁹ Dirk Schumann operiert mit dem Begriff der „Militarisierung“ der politischen Kultur als Nährboden für die Ausweitung der Gewalt in der Endphase der Weimarer Republik, die er auf die hohe Aktivität der NSDAP bzw. deren Kampfverband SA zurückführt, demgegenüber die „Dauerschwäche der Kommunisten“ entgegensetzen war.⁷⁵⁰ Verstärkung erfuhr der radikalnationalistische Einfluss vor allem durch die erfolgreich agierenden Wehrverbände, wie den Stahlhelm, der dem Bürgertum die Straße als neuen politischen Aktionsraum erschloss. Zusammen mit den anderen Wehrverbänden präsentierte der Stahlhelm das Modell einer scheinbar klassenlosen Volksgemeinschaft, die auf der Straße in Konkurrenz zur Arbeiterbewegung stand und sich weitestgehend auch verantwortlich für die Etablierung der politischen Gewalt zeigte. Die Parteibasis der Kommunisten reagierte mit „kleiner“ Gewalt, während von Seiten der Parteiführung offensive Gewalt propagiert wurde, welche bei der bürgerlichen Öffentlichkeit das sozialistische Feindbild verstärkte. Starken Einfluss besaß die SA als Konkurrenz zum Stahlhelm, da sie kein reiner Wehrverband war, sondern als Kampftruppe wesentlich mehr Aktionismus und stärkere Gewaltanwendung aufzeigte. Die Nationalsozialisten standen in der Tradition bürgerlich-nationaler Gegnerschaft zur Weimarer Republik und eine Verfestigung der Lagergegensätze wurde anhand politischer Gewalt sichtbar, was im Verlauf des Kapitels noch näher zu erläutern sein wird.⁷⁵¹

Was ist gemeint, wenn man von der sogenannten und hier zitierten „politischen Gewalt“ spricht? Innerhalb des Spektrums des Gewaltbegriffes bezeichnet sie in reduzierter Form die Gewalt, welche die politische Absicht der gemeinschaftlich agierenden Personen enthält.

Generell existieren unterschiedliche Meinungen, was genau unter dem Gewaltbegriff zu subsumieren sei. Die Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) definierte „Formen physischen Zwangs als nötiger Gewalt sowie

⁷⁴⁸ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 359f.; ders., Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918, in: Mommsen, Hans (Hg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 89-96.

⁷⁴⁹ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 362.

⁷⁵⁰ Ebd., Politische Gewalt, S. 286.

⁷⁵¹ Vgl. ebd., S. 359-368.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Gewalttätigkeiten gegen Personen und/oder Sachen“, schließt aber Formen psychischer Gewalt aus. Auch hat man sich vom Konzept der „strukturellen Gewalt“ des Norwegers Johan Galtung abgewandt, der den Gewaltbegriff dahingehend erweitern wollte, dass nicht mehr von direkten Tätern ausgegangen wurde, sondern von gesellschaftlichen Umständen, die zu Beeinträchtigungen führen, d.h. gesellschaftlichen Ungleichheiten, wie sie beispielsweise in der Dritten Welt zu finden waren. Wegen fehlender Trennschärfe würde der Gewaltbegriff im dann im Gesellschaftsbegriff aufgehen und Gewalt könnte nicht mehr als direkter Akt erfasst werden, so dass der von Galtung benutzte Gewaltbegriff zu weit gefasst sei. In den 90er Jahren erfolgte die Ausdifferenzierung des Gewaltbegriffs auf soziologischer Seite durch die „Innovateure“. Danach läge der Sinn der Gewalt weder „vor ihr“, „über ihr“ noch „unter ihr“, sondern eher „in der Figuration und Prozesshaftigkeit der Gewalt selbst“.⁷⁵² Die Kritik der „Innovateure“ bezog sich auf die bisherigen Schwerpunkte der Gewaltforschung als Soziologie der Ursachen der Gewalt, die keine neueren Erklärungsansätze mehr hervorbrachte. Die so kritisierten „Mainstreamer“ (heterogene Gruppe) beschäftigten sich mit den vielfältigen Ursachen der Gewalt, durch deren Aufhebung man prinzipiell zukünftige Gewalt ausschließen bzw. Strategien zu deren zukünftiger Vermeidung entwickeln könnte. Dazu zählt neben wirtschaftlichen und politischen Krisen, sozialer Deprivation und Repressionen der schon erwähnte Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols.⁷⁵³ Ein Ansatz wie jener der „Innovateure“ konzentriert sich dagegen auf den Gewaltakt selbst. Die neuere historische Forschung ist sich dieser auf soziologischem Feld geführten Auseinandersetzung bewusst und bezieht sich nicht ausschließlich auf den einen oder anderen Ansatz. Es ist durchaus legitim beide Vorschläge in die eigenen Arbeiten zu integrieren, so dass neben der notwendigerweise geführten Diskussion über mögliche Ursachen von Gewalt zunehmend auch ein Schwerpunkt auf die jeweiligen Handlungen gelegt wurde, was Sven Reichardt in seiner Studie zu den Faschistischen Kampfbünden gelingt, indem er die Frage nach den Ursachen der Gewalt mit deren öffentlichem Erscheinen verknüpft. In den Forschungen zur Gewalt ist es aber durchaus zu einer Verschiebung des Schwerpunktes von der Frage nach den Ursachen und Wirkungen hin zu einer Analyse von Formen und Ausdrucksweisen gekommen. Die neuere Politikgeschichte definiert Gewalt als konstituierendes Element des Politischen: „als Gegenstand, Auslöser und Endpunkt und als Medium politischer

⁷⁵² Nedelmann, Brigitta, Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzung in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewaltsoziologie, in: Trotha, Trutz von (Hg.), Soziologie der Gewalt, Opladen 1997, S. 64; Anders, Freia/Gilcher-Holtey, Ingrid, Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols: Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 2006, S. 12ff.

⁷⁵³ Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 37f., 40-44; Zimmermann, Politische Gewalt, S. 560.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Kommunikation“⁷⁵⁴. Die Gewalt im politischen Raum sei „Gewalt, die innerhalb einer bestehenden politischen Ordnung sowohl von den Seiten der Obrigkeit bzw. des Staates als auch von politischen oder sozialen Akteuren benutzt wird, um die Prinzipien der Gestaltung des politischen Raums in ihrem Sinne zu beeinflussen“, definiert ein Bielefelder Forschungsprojekt, welches die Gewalt als Form der kommunikativen Auseinandersetzung untersuchte und nach den Folgen der Diskussion um Gewalt und Gewalteinsetz für die Konstruktion des politischen Raums fragt. Gewaltakte werden verstanden, indem sie im Spannungsfeld zwischen politischen Interessen und Auseinandersetzungen und Begrifflichkeiten betrachtet werden. Hinzu kommen Untersuchungen zum symbolischen Charakter von Gewalthaftigkeit im Sinne der neueren Politikgeschichte.⁷⁵⁵

Politische Gewalt bleibt immer auch ein „abstraktes Konzept“, so dass eine komplexere Erklärung auch die Bedingungen im entsprechenden Umfeld, Gruppendynamiken und die individuellen Motivationen der Akteure zugleich berücksichtigen müsste.⁷⁵⁶ Vor allem aber ist die physische Gewalt zwischen Personen oder Personen und Sachen generell als zentral für eine allgemeingültige Definition von Gewalt anzusehen.⁷⁵⁷ So definiert sie Schumann in seiner Studie schließlich auch „als Ausübung physischen Zwangs, die prinzipiell kollektiv geschieht, sich sowohl auf Sachen wie auch auf einzelne Menschen oder auf Gruppen richten kann und deren Akteure in dem Objekt, auf das sie zielen, zugleich das politische System als Ganzes oder ein als gegnerisch verstandenes politisches Konzept zu treffen versuchen.“⁷⁵⁸ Bei politischer Gewalt steht die zur individuellen Gewalt gegensätzliche kollektive Gewalt im Mittelpunkt.⁷⁵⁹ In Aufständen, Pogromen, sozialem Aufruhr und Massenprotesten befindet sich teilweise die fließende Grenze zur politischen Gewalt, bei der einmal die unterschiedlichen Absichten der Akteure und die Reaktion des Staates im Vordergrund stehen. Da das Ziel der agierenden Akteure darin besteht, politische Macht zu erringen und geltende Verhältnisse zu ändern, ist Gewalt gegen den Staat, ein politisches Regime, gegen Gruppen und Fremde auch immer mit politischer Bedeutung ausgestattet.⁷⁶⁰ Einfacher lassen sich bestimmte Formen von politischer Gewalt definieren, wie Attentate, Aufstände und Putsche, Unruhen (spontan und von kürzerer

⁷⁵⁴ Bulst, Neithard/Gilcher-Holtey, Gisela/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), *Gewalt im politischen Raum. Analysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2008, S. 18f.

⁷⁵⁵ Vgl. Bulst/Gilcher-Holtey/Haupt, *Gewalt im politischen Raum*, S. 7ff.

⁷⁵⁶ Della Porta, Donatella, *Gewalt und die Neue Linke*, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.), *Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 496.

⁷⁵⁷ Vgl. Schumann, *Gewalt als Grenzüberschreitung*, S. 374f.

⁷⁵⁸ Ders., *Politische Gewalt*, S. 15f. Vgl. auch Zimmermann, Ekkart, *Politische Gewalt: Rebellion, Revolution, Krieg*, in: Albrecht, Günter (Hg.), *Handbuch sozialer Probleme*, Opladen 1999, S. 557.

⁷⁵⁹ Vgl. Reichardt, *Kampfbünde*, S. 39.

⁷⁶⁰ Vgl. Imbusch, Peter, *Der Gewaltbegriff*, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.), *Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden 2002, S. 46f. Aber nicht jede Form der kollektiven Gewalt ist politisch.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Dauer) sowie Zusammenstöße zwischen Gegnern und Gruppen und der Polizei, Überfälle und Saalschlachten, deren breites Spektrum die politische Kultur der Weimarer Jahre über nachhaltig prägte.⁷⁶¹

Prinzipiell kommt, so wie es Weber formulierte, dem Staat das „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ das sogenannte Gewaltmonopol zu, welches das Merkmal des modernen Staates ist und einen eher enger gefassten Gewaltbegriff voraussetzt. Mit dem Prinzip der Gewaltenteilung soll die Gefahr eines Missbrauches verhindert werden.⁷⁶² Indem die faschistische Politik Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung betrachtete, hohlte sie „die Durchsetzungskraft des staatlichen Gewaltmonopols“ bei fehlender Kontrolle aus.⁷⁶³ Sven Reichardt kommt der Verdienst zu, in seiner Studie zu den Faschistischen Kampfbünden eine Analyse der Gewalthandlungen von SA und italienischen Squadristen in einem historischen Vergleich auszuführen. Dabei bezieht er in seine Untersuchung eine kulturelle Analyse beider Organisationen ein, deren Praxis, Hintergrund sowie Lebenserfahrung der Akteure und deren Gewalttätigkeit er schließlich als Inhalt ihres eigenen Lebensstils interpretiert. Zudem betont auch er, dass die gewalttätigen Handlungen auf rechtsextremer Seite nicht grundsätzlich auf die öffentlichen Aktionen der Kommunisten zurückzuführen seien.⁷⁶⁴

An dieser Stelle sei es angebracht, kurz auf die Diskussion um den Begriff des „Bürgerkrieges“ im Kontext des Untersuchungsgegenstandes einzugehen und zu überlegen, ob es sich bei der von den Zeitgenossen gewählten Betrachtungsweise tatsächlich um eine reale, ernsthafte Bedrohung durch einen Bürgerkrieg handelte.

Für den untersuchten Zeitraum spricht Wirsching vom Paradigma des „Bürgerkrieges“, in dem sich auf beiden Seiten des politischen Spektrums „latente und offene Bedrohungsängste, Missbehagen an den politischen Zuständen und Aggressivität bündelten“, welche die politische Kultur prägten.⁷⁶⁵ Die in dem Zusammenhang geschürten Ängste wurden vorwiegend durch die Agitation der Kommunisten hervorgerufen, die infolge des Ersten Weltkrieges einen Bürgerkrieg befürworteten. In der Bürgerkriegsangst der Weimarer Zeit sah Wirsching einen bedeutenden Gesichtspunkt für die Mobilisierung der extremen rechten Gruppen und Parteien als Reaktion auf kommunistisches Auftreten und betrachtete Auseinandersetzungen als Form einer „latenten Bürgerkriegsspannung“.⁷⁶⁶ Sven Reichardt betonte, dass jener vielfach besprochene

⁷⁶¹ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 17.

⁷⁶² Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, Köln 1964, S. 822.

⁷⁶³ Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 38.

⁷⁶⁴ Vgl. ebd., S. 697f.

⁷⁶⁵ Wirsching, Weltkrieg, S. 22.

⁷⁶⁶ Wirsching, Weltkrieg, S. 620.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

und untersuchte „latente Bürgerkrieg“ für einen Kampf stand, der nicht offen gegen die Regierungsgewalt geführt wurde und bei dem es im Laufe der Zeit nicht zum Sturz der Regierung gekommen war.⁷⁶⁷ Er folgt damit ebenso Dirk Schumann, für den die Jahre von 1930 bis 1933 „nicht wirklich als ‚Bürgerkrieg‘ zu bezeichnen“ ist, da die Gewalt nicht unkontrollierbar und staatsgefährdend war.⁷⁶⁸

Bürgerkrieg wird allgemein als ein gewaltsamer und bewaffneter Kampf von (militärähnlichen) Organisationen gegen die amtlichen Regierungsgewalten, d.h. als bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Bürgern eines Staates mit dem Ziel der Erlangung des staatlichen Gewaltmonopols, angesehen. Reichardt unterscheidet in diesem Zusammenhang einmal zwischen dieser engen Definition im direkten machtpolitischen Sinne und einer Definition bezogen auf die „indirekten Auswirkungen der bewaffneten Auseinandersetzungen“ für die politische Kultur, wie die Angst vor einem Bürgerkrieg.⁷⁶⁹ Zuletzt hat Dirk Blasius 2005 in seiner Studie über die letzten Jahre der Weimarer Republik den besonderen Aspekt des Bürgerkrieges herausgearbeitet, d.h. das Bewusstsein des Bürgerkrieges in der Öffentlichkeit und die damit verbundenen Ängste der Bürger. Dabei hat er zum größten Teil die aktuelle Tagespresse untersucht, um herauszufiltern, welchen Stellenwert ein „drohender“ Bürgerkrieg in der öffentlichen Wahrnehmung einnahm, und analysierte die Handlungen der politischen Akteure der Weimarer Spätphase angesichts dieser vorherrschenden Bürgerkriegsangst. Die Situation in der Endphase der Weimarer Republik hatte ihre Ursprünge in den gewalttätigen Auseinandersetzungen nach dem Ersten Weltkrieg und ließ auf der Seite des Bürgertums die Angst vor einem Bürgerkrieg verbunden mit der Angst vor den Kommunisten anwachsen, verstärkt auch immer wieder durch öffentliche politische Gewalt, so dass die Thematisierung eines Bürgerkrieges für politische Handlungen und die Öffentlichkeit zentral war.⁷⁷⁰ Blasius ist es zu verdanken, dass der Aspekt und die Auseinandersetzung mit der Frage eines Bürgerkrieges für die Forschung zur Weimarer Republik wieder ins Zentrum gerückt wurden, dennoch scheint es angebrachter, für diesen Zeitraum von der unter anderem von Reichardt bevorzugten Vorstellung eines „latenten Bürgerkrieges“ zu sprechen als von einem real existierenden Bürgerkrieg, so wie er demgegenüber in den 30er Jahren beispielsweise in Spanien herrschte.

⁷⁶⁷ Reichardt, *Kampfbünde*, S. 53.

⁷⁶⁸ Schumann, *Politische Gewalt*, S. 328.

⁷⁶⁹ Reichardt, *Kampfbünde*, S. 54.

⁷⁷⁰ Blasius, *Weimars Ende, Bürgerkrieg und Politik 1930 bis 1933*, Frankfurt/M. 2008. Aktuell vgl. auch die Ausführungen in Voigt, Carsten, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933*, Köln 2009, S. 403ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Die zeitgenössische Sichtweise in Halle sah sich während der gesamten Weimarer Zeit in der Nähe eines Bürgerkrieges bzw. ihn unmittelbar bevorstehen. Auf der Seite des bürgerlich-nationalen Lagers überwogen Äußerungen, die dezidiert von der „Gefahr eines Bürgerkriegs“ und einem „drohenden Bürgerkrieg“ zu berichten wussten. Der Stahlhelm machte zugleich das aktuelle System für einen zukünftigen „latenten Bürgerkrieg“ verantwortlich und wurde dabei während einer Feier wegen staatsfeindlicher Äußerungen von einem anwesenden Polizeibeamten ermahnt.⁷⁷¹ Derartige Äußerungen adaptierten ebenso die Nationalsozialisten und verschärften die Propaganda hinsichtlich eines „drohenden Bürgerkrieges“, den Gauleiter Jordan als Erstes in einer Ansprache als neuer Gauleiter von Halle-Merseburg als reale Gefahr ins Spiel brachte.⁷⁷² Vor allem von den Nationalsozialisten sah der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens eine „große Gefahr“ ausgehen, die auch die „Gefahr eines Bürgerkrieges“ mit sich bringen würde.⁷⁷³

Die Kommunisten fühlten sich dagegen von den „bewaffneten Hitlerbanden“ bedroht und riefen ihre Anhänger im Falle eines „offenen Bürgerkrieges“ zur Gegenorganisation auf. Den Zustand Anfang der 20er Jahre empfanden auch sie hinsichtlich der Bürgerkriegsthematik als „latent“, denn die Aufmärsche und Demonstrationen des gegnerischen Lagers wurden oftmals als Vorbereitungen für einen Bürgerkrieg angesehen.⁷⁷⁴

Die zeitgenössische deckt sich in diesem Fall mit der objektiveren Sichtweise der historischen Forschung, dass man sich zwar in keinem direkten Bürgerkrieg befände, wonach aber zumindest die Propagandaorgane der jeweiligen Lager die Angst vor einem Bürgerkrieg über die Jahre hinweg abbildeten und daher ständig präsent hielten. Mit der Machtergreifung im Januar 1933 sah das sozialdemokratische Volksblatt diesen Prozess auf einen Bürgerkrieg hin nunmehr abgeschlossen: „Der Bürgerkrieg beginnt“.⁷⁷⁵

1.1 Mobilisierung des nationalen Lagers: Stahlhelm, Wehrwolf und NSDAP

Im Jahre 1921 erfolgte die Gründung der hallischen NSDAP, deren Mitgliederzahl zu Beginn rund 140 Personen betrug, die zum Großteil Jugendliche bzw. Angehörige des Verbandes national gesinnter Soldaten waren. Vorsitzender war der Mechaniker Heins Dietrich (geboren am 10.12.1899), während als Geschäftsführer und „geistiger Leiter“ der Eisenbahnassistent Karl

⁷⁷¹ SZ, 1.4.1931; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/VI, Bl. 38-40.

⁷⁷² SZ, 4.3.1931.

⁷⁷³ Ebd., 21.5.1930.

⁷⁷⁴ KK, 3.4.1923, 26.11.1926, 9.4.1927 und 12.7.1927.

⁷⁷⁵ VB, 31.1.1933.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Pfeiffer (geb. 9.6.1872) fungierte. Die monatlichen Mitgliederversammlungen waren mit 30 bis 35 Besuchern eher schwach frequentiert, jedoch waren zur ersten öffentlichen Versammlung zum Thema „Die Bekämpfung des Judentums“ am 2. Dezember 1921 um die 60 Personen anwesend. Die bereits in dieser Frühphase offensichtliche antisemitische Ausrichtung zeigte sich auch in der Beteiligung der Nationalsozialisten an den Veranstaltungen und Umzügen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.⁷⁷⁶ In fortwährenden Versammlungen in Halle und auch in Magdeburg waren die Juden und die Regierung Wirth-Rathenau durch den Bund angegriffen worden.⁷⁷⁷ Im April 1922 informierte der hallische Polizeipräsident den Regierungspräsidenten in Merseburg über ein gegen die Kommunisten gerichtetes Flugblatt der NSDAP, das einen Tag zuvor in den Häusern der Stadt verteilt worden war. Anfang Mai 1922 veranstaltete die Partei eine öffentliche Versammlung im Reformrealgymnasium mit ca. 150 Anwesenden, auf der Hermann Esser aus München die „Judenwirtschaft“ für den gegenwärtigen Zustand in Deutschland verantwortlich machte und anwesende KPD-Mitglieder nach Zwischenrufen des Saales verwiesen wurden.⁷⁷⁸

Eines der frühen nationalsozialistischen Versammlungslokale war das Vereinshaus St. Nikolaus, welches die Wilhelm-Rauchfuß-Brauerei 1913 in der Großen Nikolaistraße errichtet hatte. Bereits 1923 soll sich dort der „Notbund der SA“ getroffen haben sowie die erste Fahne der NSDAP-Ortsgruppe aufbewahrt worden sein, die nach 1933 im „Museum der nationalsozialistischen Erhebung“ gezeigt wurde.⁷⁷⁹

Als eine weitere stark antisemitisch ausgerichtete Organisation der frühen 20er Jahre war der „Deutsche Herold“ jedoch eher nur ein lokales Phänomen, dessen Ortsgruppe 1922 ca. 100 Mitglieder aufwies. Eine nach dem Hitler-Putsch erfolgte Hausuntersuchung beim Schriftführer Franz Urban ergab unter anderem zahlreiche Liederbücher der NSDAP. Aufgrund eigener Angaben zur Gründung der Ortsgruppe am 31.8.1921 konnte sie aber nicht die Fortführung der erst 1922 gegründeten und im November 1923 verbotenen Deutschvölkischen Freiheitspartei

⁷⁷⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 28 (Der PP an den RP am 30.4.1922).

⁷⁷⁷ Vgl. ebd., Nr. 4627, Bl. 263 (OP-Meldestelle am 13.3.1922).

⁷⁷⁸ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 17f. (PP in Halle an RP in Merseburg am 29.4.1922); Bl. 22ff. (PP an RP am 8.5.1922). Hermann Esser (1900-1981) war Schriftleiter des Völkischen Beobachters, gehörte zu den frühen Propagandarednern der NSDAP und wurde 1923 erster Propagandaleiter der Partei.

⁷⁷⁹ Thiele, Andrea, Das Vereinshaus (Gildenhäus) St. Nikolaus, in: Dolgner, Dieter (Hg.), Historische Gasthäuser der Stadt Halle/Saale, Halle 1999, S. 111f.; Gaststätte Gildenhäus St. Nikolaus (Text Hanns Freydanck), Halle 1937, S. 10. Zum Museum vgl. Hänisch, Ria, Das Museum der nationalsozialistischen Erhebung, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 2003 (13), Sonderheft, Studentische Beiträge zur Universitäts- und Stadtgeschichte, Halle 2003, S. 122-142 sowie: Führer durch das NS-Museum des Gaus Halle-Merseburg der NSDAP (hg. von der Kreisleitung der NSDAP), Halle 1934.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

sein.⁷⁸⁰ Bereits im Februar 1922 wurde die NSDAP in Zeitungsartikeln der hallischen Presse erwähnt, welche eine Resolution betrafen, die sich gegen das beleidigende Verhalten des Polizeidirektors Döltz während einer Veranstaltung der berittenen Hundertschaft der Schupo in der Saalschloßbrauerei richtete. Der Aufruf wurde neben der NSDAP unter anderem von DVP, DNVP, Stahlhelm, Deutschem Herold, Deutschvölkischem Schutz- und Trutzbund, Hochschulring deutscher Art, dem Halleschen Bürgerverein und dem Deutschen Offiziersbund unterschrieben und stellt das früheste Zeugnis einer parteiübergreifenden Verbindung der NSDAP mit dem rechten Flügel des nationalen Lagers dar.⁷⁸¹

Nach dem im Sommer 1922 reichsweit erlassenen Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes wurde im August die Gründung des Landesverbandes der Deutschvölkischen Freiheitspartei bekannt gegeben, da „Halle schon immer eine wichtige Zentrale der Verschwörerorganisation war und alle Fäden von Mitteldeutschland hier zusammenliefen“, wie der „Klassenkampf“ die Ankündigung durch die „Hallesche Zeitung“ kommentierte.⁷⁸² Zur Bildung einer Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei hatten sich im Dezember 1922 ca. 50 Personen im „Coburger Hof“ getroffen.⁷⁸³ Das Verbot des Schutz- und Trutzbundes infolge der Notverordnungen des Republikschutzgesetzes beruhte vor allem auf den Verstrickungen des Bundes mit den Vorgängen des Mordes an Walther Rathenau am 24. Juni desselben Jahres. Zum Zeitpunkt des reichsweiten Verbotes konnte der Bund mit 180.000 Mitgliedern aufwarten und war für die Verbreitung antisemitischer Ressentiments in hohem Maße mitverantwortlich.⁷⁸⁴ Infolge des im Herbst 1922 ebenfalls erlassenen Verbotes der NSDAP in Preußen traten Teile der ehemaligen Mitglieder zudem der Deutschvölkischen Freiheitspartei bei.⁷⁸⁵ Dies entsprach der zwischen den beiden Vorsitzenden Hitler und Albrecht von Graefe getroffenen Vereinbarung, wonach die Deutschvölkische Freiheitspartei aufgrund des Verbotes im mitteldeutschen Raum aktiv werden durfte.⁷⁸⁶ Dieser Zusammenschluss war jedoch zeitlich begrenzt, da auch die Deutschvölkische Freiheitspartei Ende März 1923 durch den preußischen Innenminister verboten und trotz Protestes erst Ende Februar 1924 wieder zugelassen wurde.⁷⁸⁷ Wegen

⁷⁸⁰ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1913/II, Bl. 337ff.; ebd., Nr. 4687, Bl. 8 (PP Halle an Meldestelle der OP durch RP am 4.8.1922).

⁷⁸¹ Vgl. SZ 24.2.1922; KK, 21. und 24.2.1922.

⁷⁸² KK, 17.8.1922.

⁷⁸³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 74 (PP an RP am 2.1.1923).

⁷⁸⁴ Winkler, Antisemitismus, S. 281.

⁷⁸⁵ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 99 (Der PP an den RP an 22.1.1923).

⁷⁸⁶ Vgl. Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968, S. 21f.

⁷⁸⁷ Vgl. Ebd., S. 23ff. Vgl. dazu LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4688, Bl. 13 (PP Halle an OP am 6.4.1923 wegen Erlass zum Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei, dessen Abschrift dem hiesigem Vorsitzenden Ingenieur Adolf Leopold, Forsterstraße 40 zugestellt worden ist mit Aufforderung die Ortsgruppe aufzulösen); Vgl. Bl. 29: Bericht über öffentliche Versammlung der Deutschvölkischen Freiheitspartei am

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

des NSDAP-Verbotess hatte sich 1922/1923 mit dem „Notbund“ eine Ersatzorganisation der Nationalsozialisten konstituiert. Zu den Mitgliedern des hallischen Bundes zählten bereits der spätere Gaufunktionär und 1934 in die Reichpropagandaleitung berufene Walter Thießler, sein Vater, der spätere Stadtverordnete Walter Thießler sen., und der Jurist und spätere Oberbürgermeister von Kattowitz (ab 1940) Hans Tiessler (nicht mit den beiden Ersteren verwandt).⁷⁸⁸ Unmittelbar nach dem gescheiterten Hitler-Putsch versammelten sich immerhin 17 Demonstranten auf dem hallischen Marktplatz, um gegen die Verunglimpfung Hitlers zu protestieren.⁷⁸⁹ Anlässlich der Reichstagswahlen vom Dezember 1924 war die Nationalsozialistische Freiheitspartei ins Leben gerufen worden, die sich aus Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der verbotenen NSDAP zusammensetzte. Bis zur Wahl wurden „Deutsche Abende“, Wähler- und Mitgliederversammlungen abgehalten, die sich einmal der „Rassefrage“ und andererseits der Frage widmeten, wie es gelingen könnte, die Arbeiter von „unseren völkischen Idealen“ zu überzeugen.⁷⁹⁰ In ihrem Auftreten agierte die Freiheitspartei wesentlich radikaler als die ihr nahestehende DNVP und trat entschieden gegen das System der parlamentarischen Republik und das Auftreten der Juden in der Gesellschaft ein.⁷⁹¹

11.3.1924 in Saalschloßbrauerei, bei der ca. 1.200 männliche und 300 weibliche Personen anwesend waren und der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Obersekr. Emil Otto auf die Neugründung am 1.3.1924 hinwies.

⁷⁸⁸ Vgl. BArch, NS 18/5, Bl. 32; NS 18/251, Bl. 2-3 zu Walter Thießler: geb. 18.12.1903, 1924 Ortsgruppenleiter von Carlsfeld, Brehna und Landsberg, Beyersdorf – von ihm mitgegründet, unter Hinkler 1926 zum Gaupropagandaleiter und Gaupressewart ernannt, von 1925 bis 1926 politischer Schriftleiter der Gauzeitung, 1926 Ernennung zum Gaupropagandaleiter und Gaupressewart, 1930 hauptamtlicher Gaugeschäftsführer, 1930 Gründung erster Betriebszellen im Gau, 1931 Nachrichtendienst im Gau, Nachrichtendienstleiter des Gaus bis Dezember 1932, Wiederernennung zum Gaupressewart bis gegen Ende 1932, 1931-1933 Geschäfte des Gauorganisationsleiters, Landesstellenleiters und Stellvertreter des Gauleiters, 1934 Berufung in Reichspropagandaleitung. Zu Walter Thießler sen. vgl. BArch, PK, R 0025 Bl. 1534, Bl. 1546: im November 1894 als Postgehilfe in Reichspostdienst eingetreten, am 1.7.1925 zum Oberpostinspektor befördert, 1924 vom damaligen Notbund als Stadtverordnetenkandidat aufgestellt, 1929 von der Partei wieder aufgestellt und gewählt, 1933 wieder gewählt und zum unbesoldeten Stadtrat ernannt; zu Hans Tiessler vgl. BArch, PK, R 0025, Bl. 1598: geb. am 24.5.1905 in Lauchhammer, Sommersemester 1924 bis Wintersemester 1928 Studium der Rechte und Volkswirtschaft an der Universität Halle, 1928 1. Juristische Staatsprüfung, Ausbildung bei Amtsgericht, Landgericht und Staatsanwaltschaft in Halle und bei OLG Naumburg, Juli 1930 Dokortitel („Das Grundrecht der Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Polizei“), April 1932 Beurlaubung aus dem Staatsdienst, bis Dezember 1932 ehrenamtlich in der Gauleitung tätig, 5.5.1933 große juristische Staatsprüfung, Bl. 1600: Übersiedlung der Eltern nach Halle 1919, mit 15 Jahren Eintritt in die Jungschar des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Sommer 1923 Kursus zur Schwarzen Reichswehr im Forts Gorgast bei Küstrin, 1922 Mitglied des Notbundes, Mai 1923 von Halle aus Anmeldung als Mitglied der Ortsgruppe München der NSDAP mit Nr. 36.218, 1925 erneut Mitglied der NSDAP Halle mit Nr. 19.613, Herbst 1925 Ortsgruppengeschäftsführer in Halle, in Folgezeit SA-Mann, Zellenobmann, Ortsgruppenpresse- und Propagandawart, 1928 Mitwirkung bei Gründung des NSDStB in Halle, 1928 von Hinkler in die Gauleitung berufen zur Beratung aller rechtlichen Angelegenheiten, später Gaurechtsamtsleiter, 1931 Gründung des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen im Gau, später Gauführer des NSRB, nach aktenmäßiger Feststellung der viertdienstälteste politische Leiter im Gau, Bl. 1616: 26.9.1933 bis 4.7.1940 1. Landesrat in Merseburg, 1.1.1940 bis 4.7.1940 abgeordnet als kommissarischer Oberbürgermeister nach Kattowitz.

⁷⁸⁹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4663, Bl. 196.

⁷⁹⁰ SZ 10.7.1924, auch 24.7.1924, 16.10.1924, 14. und 24.11.1924.

⁷⁹¹ Wulff, Deutschvölkische Freiheitspartei, S. 40ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

„Der Tod Rathenaus löste ein politisches Erdbeben aus“ und über politische Grenzen hinweg kam es zu Trauerkundgebungen und Protestveranstaltungen, auch geprägt von der Rede von Reichskanzler Joseph Wirth am 25. Juni 1922, gerichtet an die Aktivisten der reaktionären Kreise: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wundes eines Volkes träufelt – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts.“⁷⁹² Als Fahrer des Mordwagens beim Attentat auf Rathenau am 24. Juni 1922 wurde Ernst Werner Techow verfolgt, der am 25. Juni 1922 Berlin mit dem Zug nach Halle verlassen hatte und nach dem Besuch von Korpsbrüdern in Halle, Jena und Erfurt am 29. Juni festgenommen wurde.⁷⁹³ Bei einer Protestkundgebung der Demokraten am 26. Juni 1922 in Halle kam es zu Übergriffen auf Passanten mit Stahlhelm-Abzeichen, und Angehörige einer kommunistischen Jugendgruppe griffen Teilnehmer der Feier des „Bismarck-Bundes“ an. Es bestand die Vermutung, dass die KPD eine Eskalation der Vorfälle in Halle förderte und möglicherweise ein Gerücht über eine geplante Gegenkundgebung des Stahlhelms gestreut hatte.⁷⁹⁴

Im Zuge der Umstände um die Ermordung Walther Rathenaus wurde der Stahlhelm im Juni 1922 wegen des Vorwurfs der Gefährdung des inneren Friedens verboten und erst im Januar 1923 wieder zugelassen.⁷⁹⁵ Trotz des Verbotes am 2. Juli 1922 in Preußen durch den Oberpräsidenten Otto Hörsing und am 8. Juli 1922 in allen Teilen Preußens nahmen Mitglieder und Anhänger ohne Abzeichen weiterhin an öffentlichen Veranstaltungen und Protestkundgebungen teil. Als getarnte Nachfolgeorganisationen gründeten ehemalige Stahlhelm-Mitglieder Skat-, Kegel- und Wanderklubs und traten der örtlichen DNVP bei.⁷⁹⁶ Anlässlich einer Wahlkundgebung im Dezember 1924 sprach Stahlhelmführer Kurt Dennhardt über die Morde an Erzberger und Rathenau, welche „begangen wurden aus jugendlicher, heißer Liebe zum Vaterland“, was laut Polizeimitchrift bei den jugendlichen Anhängern zu begeisternder Zustimmung geführt hatte.⁷⁹⁷

Bereits im Januar 1924 konnte Hauptmann Max Jüttner auf der Jahreshauptversammlung des Stahlhelms verkünden, dass die hallische Ortsgruppe mit 7.000 Mitgliedern die größte im

⁷⁹² Sabrow, Rathenaumord, S. 157ff.

⁷⁹³ Vgl. Sabrow, Rathenaumord, S. 92f.

⁷⁹⁴ Vgl. Schumann, Gewalt, S. 165; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4621, Bl. 98; SZ, 28.6.1922.

⁷⁹⁵ Sechs Jahre Stahlhelm: „Der Stahlhelm ist wieder frei. [...] Unsere einzige Aufgabe hat es jetzt zu sein, die Regierung in ihrem mannhaften Kampf um den Bestand des Reiches zu unterstützen. Es lebe der alte Frontsoldatengeist. Es lebe deutsche Arbeit, es lebe Deutschland“ (An alle Gau- und Ortsgruppen, Magdeburg, 25.1.1923).

⁷⁹⁶ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 129, Nr. 1156, Bl. 18 (Der OP an den RP am 12.8.1922 zur Auflösung des Stahlhelms mit allen Gauleitungen, Ortsgruppen und Bezirksgruppen wegen §§ 1 und 2 der VO zum Schutz der Republik vom 26.1.1922). Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 36; Schumann 2001, S. 177.

⁷⁹⁷ LHASA, MER, C 48 Ie, Nr. 134/XIV, Bl. 332 (Der PP Halle an den RP am 11.12.1924).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Deutschen Reich wäre.⁷⁹⁸ Bis 1929 nahm der Stahlhelm die Position als reichsweit stärkster militärischer Wehrverband ein.⁷⁹⁹ Eine der führenden Persönlichkeiten des Verbandes war der spätere zweite Bundesführer Theodor Duesterberg, bis 1924 Geschäftsführer der hallischen DNVP, der am 21. April 1923 die Führung des Landesverbandes des Stahlhelms im Bezirk Halle-Merseburg übernommen hatte.⁸⁰⁰

Gefördert wurden vor allem die Verbindungen zu anderen Vaterländischen Verbänden, zudem strebte der Stahlhelm ein freundschaftliches Verhältnis und Zusammengehen zwischen ihm und den örtlichen Kriegerverbänden an. Der Beitritt von Stahlhelm-Kameraden in Kriegervereine und der gegenseitige Besuch bei Veranstaltungen wurden daher auch als erwünscht angesehen. Außerdem wurden Gründung und Ausbau von Sonderorganisationen wie dem Bund Scharnhorst, dem Jungstahlhelm und dem für Frauen bestimmten Königin-Luise-Bund vorangetrieben.⁸⁰¹ Letzterer war am 15. Mai 1923 mit Sitz in Halle von Else Reichenau (später verheiratete Sennewald) gegründet worden, „in einer Zeit, die unter schwerster marxistischer Gewaltherrschaft stand“, und blieb bis zur Gründung des Stahlhelm-Frauenbundes 1928 die einzige Frauengruppe des Wehrverbandes. Ein Ziel des Bundes unter der Bundesführerin Marie Netz (bis 1932) war die Erziehung des weiblichen Geschlechts zu Gunsten der „schwer bedrohten Volksgemeinschaft“ im Zeichen der preußischen Königin Luise und in Anlehnung an das Haus Hohenzollern. Offiziell bezeichnete sich der Bund als unpolitisch, wogegen jedoch verschiedene Engagements sprachen, sei es im Ausschuss gegen den Young-Plan oder im Eintreten gegen das „Diktat von Versailles“ und gegen „Jüdinnen und Fremdrassige“ in den eigenen Reihen. Die Mitgliederinnen waren vielfach Angehörige von Stahlhelm-Mitgliedern bzw. traten Letztere oft als Redner bei Bundes- und Ortstreffen des Luisenbundes auf, der andererseits zusammen mit dem Stahlhelm und anderen Vereinen und Verbänden unter anderem gemeinsame Tanzenbergfeiern durchführte. Ein Schwerpunkt der Bundesaktivitäten lag auf der Erziehung der weiblichen Jugend durch „geistige und körperliche Ertüchtigung“, die in Form von

⁷⁹⁸ Vgl. SZ, 30.1.1924.

⁷⁹⁹ Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 111f.

⁸⁰⁰ Vgl. ebd., S. 52f. Zu Duesterberg vgl. NDB 4 (1959), S. 176; Stahlhelm-Handbuch 1927, S. 78-83: geb. 19.10.1875 in Darmstadt, gest. 4.11.1950 in Hamels, 1900 als Leutnant Teilnahme an Ostasienexpedition, nach Kriegsakademie in Generalstab berufen, Dienst als Kompaniechef, Referent im Kriegsministerium, Teilnahme an Friedensverhandlungen in Bukarest und an Waffenstillstandverhandlungen von Spa, nach Ausscheiden aus dem Heer bis 1924 hauptamtlicher Geschäftsführer der DNVP in Halle, ab Dezember 1919 Mitglied der Stahlhelm-Ortsgruppe Halle, März 1924 zum zweiten Bundesführer des Stahlhelms gewählt, seit April 1923 Führer des Stahlhelm-Landesverbandes Halle-Merseburg.

⁸⁰¹ Vgl. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 24; siehe auch Sechs Jahre Stahlhelm, S. 57f: „Alle die kleinen Splittergruppen, die in den meisten Fällen lediglich dem Führerehrgeiz kurzsichtiger Elemente dienen, sind heutzutage vom vaterländischen Gesichtspunkt aus betrachtet, auflösungsreif [...]. Im Sinne des Frontgeistes wurde das Zusammenarbeiten mit den übrigen vaterländischen Verbänden, insbesondere mit den Kriegervereinen, Wehrwolf, Jungdo, Scharnhorst und Königin-Luise-Bund vereinbart.“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Arbeitsdienstlagern und Lehrgängen verfolgt wurde. Vor allem die nahe Halle gelegene Burg Wettin bot dem Bund einen Ort für die jährlichen Reichsjugendtreffen sowie Freizeitaktivitäten, für die auch andere Vaterländische Verbände die Burg nach dem inneren Ausbau nutzten. Weitere Aktivitäten auf lokaler Ebene umfassten neben Treffen mit Lichtbildervorträgen und Gedächtnisfeiern eine Rentnerküche, Hilfe bei der Stahlhelmküche sowie die Unterstützung Bedürftiger. 1925 wurden für die Ortsgruppe Halle etwa 600 Mitglieder angegeben, während es nach Angaben des Bundes im Mai 1933 nach zehnjährigem Bestehen reichsweit rund 150.000 Mitglieder waren, die sich unter den „Schutz und die politische Führung Adolf Hitlers“ begaben.⁸⁰²

Da außer Frontsoldaten mit mindestens sechs Monaten Frontdienstzeit anderen Interessierten der Eintritt in den Stahlhelm verwehrt war, hatte sich 1923 in Halle die Jugendorganisation Scharnhorst gegründet, in der Jugendliche von 13 bis 18 Jahren zugelassen waren, während Jugendliche über 18 direkt dem Jungstahlhelm angehörten.⁸⁰³ Der Bund Scharnhorst betonte in seinen Statuten zunächst eine enge Verbindung zu Stahlhelm und Wehrwolf, in einer späteren Satzungsänderung aber als „unterste Stufe der im Frontgeist des Stahlhelm zu erziehenden Jugend“ bezeichnet wurde, deren Führer durch den Stahlhelm gestellt wurden.⁸⁰⁴ Der Jungstahlhelm legte vor allem auch Wert auf die geistige und körperliche Ertüchtigung seiner Mitglieder, die dazu in eigenen Wehrsportlagern geschult wurden.⁸⁰⁵ Jungstahlhelmer waren es auch, die mit den vom Stahlhelm gegründeten Hochschulgruppen, dem Stahlhelm-Studentenring Lange-marck, zusammenarbeiteten.⁸⁰⁶ 1930 registrierte der Regierungspräsident allerdings eine Stagnation bei der Entwicklung der Wehrsportabteilungen des Stahlhelms im Bezirk Halle-Merseburg, gar einen Rückgang der Mitgliederzahlen von 180 auf 40 Mitglieder, zudem waren in den letzten anderthalb Jahren ungefähr 90 von 160 Stahlhelm-Mitgliedern ausgetreten und zum Teil in die NSDAP übergetreten – ein erstes offizielles Zeichen, dass es im Bezirk Halle-Merseburg zur beginnenden Übernahme des Stahlhelms bzw. Teile von ihm durch die NSDAP kam.⁸⁰⁷ Eine stärker werdende Sympathie für die NS-Bewegung ließ sich auch in der folgenden Zeit beobachten, so dass einmal das Verbot der Doppelmitgliedschaft weniger Beachtung fand und

⁸⁰² Bund Königin Luise: 10 Jahre im Freiheitskampf, 1923-1933, Halle a.d.S. 1933; LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 1620, Bl. 1. Vgl. SZ, 1.4.1925/3.4.1927/1.4.1928. Vgl. auch Förster, Birte, Der Königin Luise-Mythos. Mediengeschichte des „Idealbilds deutscher Weiblichkeit“ 1860 - 1960, Göttingen 2011, S. 329-346. Allerdings spricht Förster fälschlicherweise von der Gründung des Bundes durch Else Reichenau, anstatt Else Reichenbach.

⁸⁰³ Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 58.

⁸⁰⁴ LHASA, MER, Rep. C 129, Nr. 1161, Bl. 2, 22. Vgl. StAH, Ortsausschuss für Jugendpflege, Gruppe IV Nr. 12: „Der Bund [...] verfolgt den Zweck, die Liebe zu Heimat und Vaterland zu pflegen.“

⁸⁰⁵ Vgl. BArch, R 72, Bd. 90, Bl. 6.

⁸⁰⁶ Vgl. BArch, R 72, Bd. 89, Bl. 156.

⁸⁰⁷ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/V, Bl. 328 (Der RP an den OP am 4.4.1930).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

andererseits eine begeisterte Zustimmung eine NS-Zuges bei einem Stahlhelm-Aufmarsch in dieser Form zuvor noch nicht bemerkt worden war.⁸⁰⁸ Das Verhältnis zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten lässt sich jedoch immer auch als gespannt bezeichnen, was unter anderem auch an der engeren Bindung des Stahlhelms zur DNVP und andererseits am Aufbau einer eigenen NS-Kampftruppe gelegen hatte. Im September 1927 wandte sich der hallische Stahlhelm an das Bundesamt in Magdeburg mit der Bitte, sich mit dem Berliner Landesverband in Verbindung zu setzen, da Joseph Goebbels in einem Artikel des „Jungdeutschen“, des Organs des Jungdeutschen Ordens, „unbegründete und jedes Mass überschreitende Angriffe“ gegen den Stahlhelm verfasst hatte.⁸⁰⁹ Duesterberg, der bereits einige NSDAP-Ortsgruppen kennengelernt hatte, vertrat zwar die Ansicht, dass „diese Partei doch durchaus ernst zu nehmen ist“, man Goebbels aber auch deutlich machen sollte, „dass er sich nicht gefahrlos am ‚Stahlhelm‘“ reiben kann. Bedenklich erschien dem Stahlhelm zudem „der Abbruch, den die Gruppe der ‚NSDAP‘ unserer Jugendstahlhelmbewegung tut“.⁸¹⁰ Anerkennend äußerte sich der Verband dagegen über ein von den Nationalsozialisten verfasstes Flugblatt, welches „sehr geschickt und werbend für diese Partei wirkt!“, und schlug zugleich vor, sich an dieser Art der Aufmachung ein Beispiel zu nehmen.⁸¹¹

Auch die KPD betonte in jener Zeit vor allem das besonders aggressive Vorgehen der NSDAP unter Ausnutzung des Austrittes von Kilian aus der KPD und eine erhöhte Tätigkeit bei den völkischen Organisationen gegenüber einem rückläufigen Stahlhelm, dessen Problem darin zu bestehen schien, dass dessen rechter Flügel zur DNVP und der andere zur DVP neigen würde, während vom völkischen Flügel über 160 Mann zur NSDAP im Gau Halle-Merseburg übergetreten waren.⁸¹² Mit öffentlichen Aktionen versuchte der Stahlhelm daher weiterhin im Gespräch zu bleiben. So wurde im Rahmen einer Mitgliederversammlung des Stadtgaues Halle im Dezember 1930 der Roman „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque verbrannt und diejenigen kritisiert, die sich „schützend vor den Schandfilm“ stellten.⁸¹³ Schon auf früheren Veranstaltungen der DNVP und ihrer Deutschnationalen Studentenschaft legten Redner dar, wie durch Remarque das Frontsoldatentum herabgesetzt würde, wogegen wieder eine

⁸⁰⁸ Vgl. ebd., Bl. 310.

⁸⁰⁹ BArch, R 72, Bd. 87, Bl. 91 (Der Stahlhelm Halle an das Bundesamt in Magdeburg am 1.9.1927).

⁸¹⁰ Ebd., Bl. 119 (Der Stahlhelm Landesverband Mitteldeutschland an das Bundesamt in Magdeburg am 6.9.1927).

⁸¹¹ Ebd., Bd. 88, Bl. 68 (Der Stahlhelm Landesverband Mitteldeutschland an den Bundeskanzler des Stahlhelms am 10.9.1928).

⁸¹² SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16, Bl. 122-124 (Politischer Bericht November/Dezember/Januar 1928).

⁸¹³ SZ, 20.12.1930. Vgl. dazu BArch, R 72, Bd. 89, Bl.155: „Hierhin gehört ferner der Kampf gegen Schandwerke wie den amerikanischen Film ‚Im Westen nichts Neues‘. Der Stahlhelm in Mitteldeutschland trat sofort energisch gegen diese Verhöhnung alles dessen, was uns heilig ist, auf. In Halle wurde das Buch gleichen Namens in öffentlicher Kundgebung auf dem Rossplatz verbrannt – ein Symbol unseres Kampfes.“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

„wehrhafte deutsche Jugend“ erschaffen werden müsste.⁸¹⁴ Nicht nur die Berliner NS-Presse unter Federführung von Joseph Goebbels rief offensiv gegen die Aufführung des Films auf und initiierte Störungen von Vorführungen durch die SA, sondern auch der Schriftleiter des hallischen NS-Blattes Lutz Heine attackierte in „Der Kampf“ den Film als „jüdische Sudelei“. Er wurde daraufhin wegen republikfeindlicher Äußerungen angeklagt, jedoch wurde das Verfahren nach verschiedenen Strafmaßänderungen im Januar 1933 letztlich eingestellt.⁸¹⁵ Der Film wurde nach Protesten einiger deutscher Länder noch im Dezember 1930 durch eine Prüfstelle verboten, was für die Nationalsozialisten zu diesem Zeitpunkt keinen unerheblichen propagandistischen Erfolg darstellte. Nachdem eine gekürzte Fassung des Films ab Sommer 1931 wieder öffentlich gezeigt werden konnte, wurde nach einem SA-Standartenbefehl ein Verbot des Besuchs im Lichtspielhaus „Schauburg“ wegen der Aufführung von „Im Westen nichts Neues“ ausgesprochen, das sich auch auf angeschlossene Lichtspiele bezog.⁸¹⁶

Zusammen mit der NSDAP hatte sich der Stahlhelm jedoch beim Volksbegehren gegen den Young-Plan engagiert, nachdem zuvor ein geplantes Volksbegehren des Verbandes zur Änderung der Verfassung zwecks der Stärkung der Position des Reichspräsidenten nicht zustande gekommen war. Vor allem von Seiten der NSDAP waren die geplanten Änderungen als „nicht radikal genug“ angesehen worden, da sie das parlamentarische System in seiner Gänze abschaffen wollte.⁸¹⁷ Unter der Führung des deutschnationalen Alfred Hugenberg hatte sich aus DNVP, Stahlhelm, NSDAP sowie Landvolk und andere am 9. Juli 1929 ein „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ gebildet, dem im August 1929 der Unterausschuss Halle-Saalkreis nachfolgte. Dessen Auftaktkundgebung fand am 21. August 1929 im größten Versammlungsort Halles, im Stadtschützenhaus, statt, und auf ihr formulierten die Vertreter der beteiligten Parteien und Verbände eine EntschlieÙung, die sich an die deutsche Verhandlungsdelegation wandte. Vom 16. bis zum 29. Oktober konnte sich die hallische Bevölkerung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan eintragen.⁸¹⁸ Inhaltlich war der Stahlhelm nicht sonderlich festgelegt, ihm waren „die Front und der Kampf“ das ausschlaggebende Moment und die gebotene

⁸¹⁴ BAArch, R 8005, Nr. 319, Bl. 24.

⁸¹⁵ Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 84 a, Nr. 54526, Bl. 1-2 (Oberstaatsanwalt an Pr. MP durch Generalstaatsanwalt in Naumburg am 23.2.1931): „Der Remarquefilm sei verboten. Zum ersten Mal sei das System in Preußen durch den Protest der nat. Bevölkerung gezwungen worden, eine jüdische Sudelei zunichte zu machen. Ein Sturm werde in Bälde über unser Vaterland kommen, der den ganzen Unrat der letzten 12 Jahre mit samt den Säuen, die darin wühlten, hinwegfegen.“ Ebd., Bl. 27-55.

⁸¹⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 II, Bl. 292.

⁸¹⁷ Vgl. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 189.

⁸¹⁸ Vgl. Berghahn, Volker Rolf, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 128-130; HZ, 22.8.1929; SZ, 20.8.1929.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Möglichkeit zur Vereinigung der nationalen Kräfte.⁸¹⁹ Von Seiten der DNVP wurde im Nachhinein aber bedauert, „daß die NSDAP, trotz Hitlers Anschluß an den Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, in unserem Bezirk den Burgfrieden bricht und unwahre Angriffe gegen andere im Ausschuss arbeitende Organisationen richtet.“⁸²⁰ Auch der sozialdemokratische Merseburger Regierungspräsident Ernst von Harnack „störte“ das Volksbegehren insofern, als er in einer Versammlung der Schulräte und Schulaufsichtsbeamten verkündete, dass das Einzeichnen in die Listen des Volksbegehrens für sie verboten sei.⁸²¹ Trotzdem erreichte die Abstimmung in der Provinz Sachsen überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg waren zwei von neun Wahlkreisen, in denen mehr als ein Fünftel an Ja-Stimmen vorlagen: „Das einstige ‚rote Herz Mitteldeutschlands‘ hat auch beim Volksbegehren für das deutsche Freiheitsgesetz bewiesen, dass es auch aus den bitteren Erfahrungen zu lernen gewusst hat: Die hallesche Eintragungsziffer dürfte weit über dem Durchschnitt der Reichszahlen liegen. Die nationale Bevölkerung in Halle hat also trotz allen Terrors der Behörden ihre Pflicht getan [...].“⁸²² Für den darauffolgenden Volksentscheid, d.h. über das eingebrachte „Freiheitsgesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, am 22. Dezember 1929 stimmten vor Ort 30.217 Personen. Verglichen mit dem Volksbegehren waren die Stimmen um mehr als 10.000 angewachsen und lagen in Halle mit 19,9% über dem reichsweiten Ergebnis von 13,8%. Trotz dieses Zuwachses scheiterte die reichsweite Kampagne, da die zur Durchsetzung nötigen 50% nicht erreicht wurden.⁸²³ Nach dem reichsweiten Scheitern des Volksentscheides trafen die „Verbündeten“ im Februar 1930 noch einmal zu einer Protestkundgebung gegen die Annahme des Young-Plans zusammen, auf der unter anderem Theodor Duesterberg (Stahlhelm), MdR Bernhard Leopold (DNVP) und NSDAP-Gauleiter Paul Hinkler gemeinsam als Redner auftraten.⁸²⁴

Ein Jahr später ergab sich bereits die nächste Gelegenheit eines gemeinsamen Auftritts anlässlich des Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtages. Der Stahlhelm veranlasste daher am 22. März große Aufmärsche, an denen auch die SA aufgrund des noch bestehenden

⁸¹⁹ Klotzbücher, Stahlhelm, S. 200. Vgl. SZ, 5.8.1929: Zustimmung zur Mitarbeit unter anderem durch Landbund Saalkreis, Stahlhelm Stadt und Land, Hochschulring deutscher Art, Alldeutscher Verband, Nationalverband deutscher Offiziere, Königin-Luise-Bund, DNVP, Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine, deutschnationale Industriegruppe, Scharnhorst – 1. Vorsitzender Graebke, 2. Vorsitzender Busse, Geschäftsführer Poche, Beisitzer Prof. Lezius, Hoffmann, Pfarrer Gisecke und Frau Sennwald.

⁸²⁰ SZ, 9.9.1929.

⁸²¹ Vgl. ebd., 21.10.1929.

⁸²² HZ, 30.10.1929.

⁸²³ Vgl. HZ, 23.12.1929.

⁸²⁴ SZ, 15.2.1930.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Verbotes gegen sie ohne Uniform teilnahm.⁸²⁵ Bei der letzten gemeinsamen Kundgebung vor Ende der Eintragung zum Volksbegehren (8. bis 21. April 1931) auf dem Hallmarkt betonte die NSDAP, dass sich das deutsche Volk am 14. September 1930 für einen neuen Kurs entschieden habe. Wegen weiterer „Diktaturparagrafen und Notverordnungen“ trat die Partei daher im Kampf für das Volksbegehren auf.⁸²⁶ Beim anschließenden Volksentscheid am 9. August stimmten in Halle knapp über 50% für die Auflösung des Landtages, was jedoch nichts am Scheitern des Volksentscheides in Preußen änderte.⁸²⁷ Regierungspräsident Ernst von Harnack, der Oberstleutnant Duesterberg bei einer Veranstaltung anlässlich des Volksbegehrens als „raubeinigen Stahlhelmfeldwebel“ bezeichnet hatte, wurde danach vom Landgericht Halle wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt.⁸²⁸

Bereits zur Reichstagswahl am 14. September 1930 gab der Stahlhelm Halle seinen Frontsoldaten die Wahl zwischen DNVP und NSDAP.⁸²⁹ Nach Duesterbergs Kandidatur im ersten Wahlgang für das Amt des Reichspräsidenten 1932 war den Stahlhelm-Mitgliedern im zweiten Wahlgang freigestellt, wem sie ihre Stimme geben, so dass zum Teil auch für Hitler geworben wurde, „weil dadurch die Opposition des Stahlhelms zum bisherigen System zum Ausdruck gebracht werden sollte.“⁸³⁰ Im September 1932 sahen sich der Stahlhelm und besonders Duesterberg als zweiter Bundesführer jedoch gezielten Angriffen durch die Nationalsozialisten ausgesetzt, wonach Duesterberg väterlicherseits jüdischer Abstammung und der Urgroßvater der Vorsteher der israelischen Gemeinde zu Paderborn sei. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war der Konflikt zwischen Stahlhelm und aufstrebender NS-Bewegung offen ausgebrochen. Die NSDAP sprach Duesterberg die Führerrolle ab und forderte die Frontsoldaten auf, sich vom Stahlhelm und von Duesterberg zu trennen, um sich der Hitler-Bewegung anzuschließen. Daraufhin veröffentlichte der Stahlhelm eine Gegendarstellung zu den Vorwürfen und ließ zudem verlauten, die Gauführer des Landesverbandes stünden „in unverwandelbarer Treue zu Duesterberg als dem bewährten Führer“ und ließen sich darin auch „durch die von der nationalsozialistischen Presse erfolgten Veröffentlichungen über seine Abstammung nicht beirren.“⁸³¹ Eine Stahlhelm-Mitgliederversammlung unter Stadtgauführer Jüttner kritisierte ebenfalls „die Kampfesweise nationalsozialistischer Zeitungen gegenüber dem Stahlhelm“ und erklärte ihre

⁸²⁵ Vgl. ebd., 23.3.1931 und 11.4.1931. Das Uniformverbot war zum 10.4. aufgehoben, jedoch hatte der Oberpräsident ein neues Verbot ab 11.4.1931 ausgesprochen.

⁸²⁶ HN, 18.4.1931.

⁸²⁷ Vgl. Kolb/Schumann, Weimarer Republik, S. 135.

⁸²⁸ SZ, 29.9.1931.

⁸²⁹ Vgl. HZ, 23.8.1930.

⁸³⁰ BArch, R 72, Bd. 90, Bl. 147.

⁸³¹ HN, 12.9.1932; SZ 12.9.1932. Vgl. auch Klotzbücher, Stahlhelm, S. 264 über Flugblätter der NSDAP auf dem Reichsfrontsoldatentag.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Unterstützung der Regierung Papens.⁸³² Nachfolgende Kundgebungen der NSDAP in Halle kritisierten die Regierung, die DNVP und den Stahlhelm, der sich mit Duesterberg an der Spitze ins Fahrwasser der Deutschnationalen habe hereinziehen lassen.⁸³³ Noch als der ehemalige Reichskanzler Papen anlässlich der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms am 17.1.1933 im Stadtschützenhaus auftrat, wurde ihm von Seiten des Verbandes die Unterstützung versichert.⁸³⁴

Der größere Ausbau der Stahlhelm-Bewegung erfolgte von 1924 bis 1929, begonnen im Mai 1924 mit der Gründung des Landsturms, d.h. Männern ohne Fronterfahrung, die zu alt für den Jungstahlhelm waren, und neuer Unterorganisationen wie 1928 in Halle der Gründung der Stahlhelm-Selbsthilfe als eigener Arbeitnehmerorganisation des Stahlhelms und zugleich „Kampforganisation gegen den Marxismus“.⁸³⁵ Das „Geheimnis der scheinbar unerschütterlichen Macht des Marxismus“ sei seine starke wirtschaftliche Verankerung in den breiten Massen, vor allem durch die Gewerkschaften, weshalb das Ziel der Stahlhelm-Selbsthilfe der Zusammenschluss der werktätigen Bevölkerung war, die einerseits dem „nationalen Gedanken“ verbunden war und andererseits den Mitgliedern auch wirtschaftliche Institutionen anbot, „die für sie eine Notwendigkeit sind“.⁸³⁶ Durch die Entrichtung von wöchentlichen Mitgliederbeiträgen an die Stahlhelm-Selbsthilfe standen den Mitgliedern gewisse Leistungen zu, welche sie bei einer unverschuldeten Notlage und Erwerbslosigkeit in Anspruch nehmen konnten. Außerdem erhielten sie „Schutz gegen Terror“ und „gegen Maßregelung wegen nationaler Beleidigung und besaßen die Möglichkeit einer Stellenvermittlung durch ihre Kameraden.“⁸³⁷ Bereits 1923 waren Stahlhelmkameraden mit der Bildung einer Volksküche beauftragt worden, durch die bereits Weihnachten 1923 nach eigenen Angaben 3.000 Personen wöchentlich gepflegt wurden.⁸³⁸ Nachdem anfangs Mittagessen aus Feldküchen in die fünf Stadtbezirke gefahren wurden, fand man später Unterkunft in der Hermannschule und zog 1927 in ein Straßenbahn-depot in die Berliner Straße 1 um.⁸³⁹ 1931 zahlten Bedürftige 20 Pfennig für ein Essen, während Angehörige der Vaterländischen Verbände ihr Essen kostenlos erhielten und der Andrang inzwischen so groß war, dass die Anzahl der täglichen Portionen immer mehr anstieg.⁸⁴⁰ Als die

⁸³² HN, 20.9.1932.

⁸³³ Vgl. ebd., 2.11.1932.

⁸³⁴ Vgl. SZ, 18.1.1933.

⁸³⁵ Klotzbücher, Stahlhelm, S. 45.

⁸³⁶ BArch, R 72, Bd. 88, Bl. 75.

⁸³⁷ Ebd., Bl. 78. Vgl. LHASA, MER, Rep. C 129, Nr. 1150, Bl. 2.

⁸³⁸ Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 42ff. Im Sommer 1924 übernahm Kamerad Marcard von Kanitz die Leitung der Stahlhelmküche, ab Herbst 1925 Dennhardt.

⁸³⁹ Vgl. SZ, 13.9.1928.

⁸⁴⁰ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/IV, Bl. 14 (Der PP an den OP am 2.3.1931).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Stahlhelmvolksspeisung am 1. Oktober 1933 ihr zehnjähriges Bestehen feierte, hatte sie insgesamt 1.500.000 Portionen Essen ausgegeben und täglich 1.000 bis 1.200 „Volksgenossen“ verpflegt.⁸⁴¹ Ein weiteres Projekt des Verbandes war die Schaffung einer Stahlhelm-Siedlung, denn „der Siedlungsgedanke gehört zum Stahlhelmgeist, die Einsetzung der alten Frontsoldaten im Stahlhelm für jeden sich in Not befindenden Volksgenossen ist eine Selbstverständlichkeit und bedeutet wahre Volksgemeinschaft.“⁸⁴² Nachdem die Idee für dieses Projekt schon länger bestanden hatte, wurde der Plan Ende der 20er Jahre wieder konkreter, wonach im Frühjahr 1929 mit dem Bau von Wohnhäusern am Heiderand begonnen werden sollte.⁸⁴³ 1930 waren bereits zwei Häuser der Siedlung „Heide GmbH“ am Nordrand der Dölauer Heide fertiggestellt, in einem der mit insgesamt 100 Wohnungen vorgesehenen Einfamilienhäuser wohnte der zweite Vorsitzende des Stadtgaues Halle und Leiter der Stahlhelm-Siedlung Emil Scheurich.⁸⁴⁴ Die Finanzierung dieses Projektes erwies sich jedoch als mühsam, so dass die hallische Bevölkerung zur finanziellen Unterstützung aufgerufen wurde, die in Form von Sammelbüchsen in verschiedenen Lokalen, Konzerten, Basaren und Ähnlichem geleistet werden konnte.⁸⁴⁵

Mit dem offenen Bekenntnis des Stahlhelms zum Antisemitismus rückte dieser immer weiter nach rechts. Seit März 1924 gab es bereits keine Aufnahmen von Juden mehr und jüdische Mitglieder wurden langsam hinausgedrängt.⁸⁴⁶ Obwohl er sich für die Unabhängigkeit gegenüber politischen Parteien ausgesprochen hatte, unterstützte der Stahlhelm zur Dezemberwahl 1924 die „nationalen Parteien“, allen voran die DNVP, da einige Personen sowohl in der DNVP als auch im Stahlhelm organisiert waren, so dass Letzterer zum Teil eine wichtige Unterstützung für die Propaganda der „nationalen Parteien“ wurde.⁸⁴⁷ Unmittelbar vor den Stadtverordneten- und Provinziallandtagswahlen 1929 bekräftigte der Stahlhelm in einer Mitgliederversammlung seinen Grundsatz der „völligen Unabhängigkeit von irgendwelchen Parteien“, denn wichtig seien „Wahlpflicht und Kampf gegen den Marxismus“, weshalb „für die Angehörigen und Freunde des Stahlhelm nur die Liste der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und die Liste der Nationalsozialisten in Betracht“ käme.⁸⁴⁸ Diese Parole bekräftigte der Verband auch vor der Reichstagswahl von 1930, denn „Rechts heran ist von jeher die Parole des Stahlhelm

⁸⁴¹ SZ, 28.9.1933; HN, 28.9.1933.

⁸⁴² SZ, 19.8.1928.

⁸⁴³ Vgl. ebd., 2.11.1927 und 19.8.1928.

⁸⁴⁴ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/V, Bl. 276 (Der RP an den MdI am 2.7.1930).

⁸⁴⁵ Vgl. SZ, 1.4.1928 und 28.7.1928 und 19.8.1928.

⁸⁴⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2002 I, Bl. 132f. (Der PP in Halle an OP am 26.4.1926); Schumann, Gewalt, S. 222f.

⁸⁴⁷ Klotzbücher, Stahlhelm, S. 52-56.

⁸⁴⁸ SZ, 14.11.1929.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

gewesen“.⁸⁴⁹ Die Gründe für die „Politisierung“ des Stahlhelms lagen vor allem in der politischen Entwicklung ab Mitte der 20er Jahre und dem Verlust der ursprünglichen Funktion als Wehr- und Selbstschutzverband nach der Stabilisierung des Reiches im Inneren und nach außen.⁸⁵⁰

Auf die Aktivitäten des konkurrierenden Reichsbanners reagierte der Stahlhelm zusätzlich mit der Gründung von eigenen Kleinkaliberschießvereinen. Der größte derartige Verein in der Stadt Halle war beim Stahlhelm angesiedelt und besaß im Frühjahr 1926 100 Mitglieder, während nur die Hälfte an Personen im Kleinkaliberschützenverein „Vorwärts“ des Reichsbanners organisiert war. Obwohl von Seiten der Magdeburger und Merseburger Regierungspräsidenten Forderungen nach Verboten der Vereine geäußert wurden, sprach sich Oberpräsident Hörsing gegen ein allgemeines Verbot der Kleinkaliberschießverbände, aber für eine genaue Kontrolle der Vereinsvorstände aus.⁸⁵¹

Große Inszenierungen wie Stahlhelm-Sportfeste führten zahlreiche Stahlhelm-Anhänger zusammen, auch unter Anwesenheit von Ehrenmitgliedern, wie 1928 dem Generalfeldmarschall August von Mackensen.⁸⁵² Noch vier Jahre zuvor war das Stahlhelm-Sportfest durch den Regierungspräsidenten Walter Grützner verboten worden und ein Jahr darauf auch bereits unter Anwesenheit von Generalfeldmarschall von Mackensen und dem ersten Bundesführer Seldte nachgeholt worden.⁸⁵³ In einer Protestversammlung hatte der Stahlhelm unterstützt durch die Vaterländischen Verbände Einspruch gegen das Verbot des Sportfestes erhoben und verlangte „deshalb Eingreifen gegen diesen Mann, der es als Deutscher unternimmt, die alten Frontsoldaten, die über vier Jahre mit ihrem Leben das deutsche Vaterland geschützt haben, ohne sachliche Gründe als zweitklassige Staatsbürger zu behandeln.“⁸⁵⁴

Kurz vor der Aufhebung des Stahlhelmverbotes im Januar 1923 hatte sich in Halle unter dem Eindruck des Einmarsches der Franzosen ins Ruhrgebiet mit dem Wehrwolf ein zweiter reichsweit agierender Wehrverband gegründet, der auch Nichtfrontsoldaten und Jugendliche erfassen sollte: „Er wurde geboren aus der Erkenntnis heraus, daß alles Geschwätz über eine Völkerveröhnung an dem Widerstande der Franzosen scheitern würde, und daß wir mehr denn je einen festen überparteilichen Zusammenschluß gegen den äußeren Feind nötig haben, einen Bund, der, wenn es notwendig ist, auch seine Mitglieder in den Tod für das geliebte Vaterland führen

⁸⁴⁹ Ebd., 9.8.1930.

⁸⁵⁰ Vgl. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 314.

⁸⁵¹ Vgl. Schumann, Gewalt, S. 222f.; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, 2002/I, Bl. 132f.

⁸⁵² Vgl. ebd., 16.10.1928.

⁸⁵³ Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 67f.

⁸⁵⁴ SZ, 15.10.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

kann.“ Ziel waren die Sammlung aller „deutschen Männer zur gemeinsamen Abwehrfront gegen den äußeren Feind“ und „die Erweckung vaterländischer Gesinnung in allen Kreisen des Volkes zum Widerstand gegen die den Bestand des deutschen Reiches bedrohenden Gefahren.“⁸⁵⁵ Erster Vorsitzender wurde Hauptmann a.D. und Lehrer Fritz Kloppe aus Halle. Kurt Dennhardt als zweiter Vorsitzender der Stahlhelm-Ortsgruppe Halle übernahm den Vorsitz der Wehrwolf-Ortsgruppe Halle. Anfangs funktionierte die Zusammenarbeit beider konkurrierender Wehrverbände, bis es dann im Herbst 1923 zum offenen Bruch zwischen Kloppe und Duesterberg kam, der dem Ausschluss von Dennhardt aus dem Wehrwolf wegen Unterschlagung folgte. Die Ursachen des Streits lagen wohl auch in der von Duesterberg angestrebten Unterordnung des Wehrwolfs unter den Stahlhelm, was Ersterer jedoch nicht dulden wollte. Dass es nicht zum völligen Bruch zwischen beiden Organisationen kam, lag vor allem daran, dass beide ähnliche Ziele verfolgten.⁸⁵⁶ In der veränderten Satzung vom 18. November 1925 hieß es: „Der Wehrwolf ist ein nationaler Wehrverband auf völkischer Grundlage. Er sammelt ohne Unterschied der Parteien deutsche Männer, die sich zum vaterländischen Gedanken bekennen. Seine innenpolitische Hauptaufgabe sieht er darin, die Klassengegensätze zu überbrücken und alle Volkskreise ohne Unterschied der Parteien zu einigen und zu sammeln.“⁸⁵⁷ Zum Zeitpunkt der Gründung trug der Wehrwolf den Zusatznamen „Mitteldeutscher Schutzverband“, dann folgte die Bezeichnung „Bund deutscher Männer“ und ab 13. April 1924 „Bund deutscher Männer und Frontkrieger“.⁸⁵⁸ Das Hauptverbreitungsgebiet des Verbandes lag im Bereich Mitteldeutschland, jedoch kam es auch zum Anwachsen in anderen Landesteilen; besonders in Westfalen und Orten des Rheinlandes konnten als Mitglieder vorwiegend Personen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft gewonnen werden. Nach der Gründungszeit lag die Konzentration auf dem Wehrsportgedanken und bei der sozialen Betätigung wie der Wehrwolffhilfe und der Herausgabe einer eigenen Bundeszeitung.⁸⁵⁹ Der Vorsitzende Fritz Kloppe selbst verteidigte am 17. Januar 1919 als Offizier eines Feldartillerieregiments die Hallenser Kaserne und wurde noch im selben Monat als Leutnant der Reserve aus dem Heer entlassen. Danach war er zunächst Nachrichtenoffizier beim Landjägerkorps Maercker, bis es ihm später gelang, einen Kreis von Gleichgesinnten um sich zu sammeln.⁸⁶⁰ Die Stammgruppe Halle veranstaltete am 2. März 1923 ihre Fahnenweihe und hatte 11 Tage nach Gründung 11 Mitglieder, meist Angehörige des Nationalverbandes deutscher Soldaten (NDS), der eine Basis für die

⁸⁵⁵ LHASA, MER, Rep. C. 129, Nr. 1148, Bl. 6ff.

⁸⁵⁶ Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 313f.

⁸⁵⁷ Ebd., S. 319.

⁸⁵⁸ Vgl. Kloppe, Fritz, Wesensfragen für die Zukunft des deutschen Volkes, Halle 1926, S. 17.

⁸⁵⁹ Vgl. Kloppe, Wesensfragen, S. 18-21.

⁸⁶⁰ Vgl. Berg, Wehrwolf, S. 29.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Gründungsmitglieder des Wehrwolfs bildete. Im Juni 1923 waren es bereits ca. 250 Mitglieder und der hallische Gau unter Führung des Studienrates Dr. Zander (Halle, Löbejün, Merseburg, Delitzsch und Bitterfeld) besaß einen Monat später schon 23 Ortsgruppen.⁸⁶¹ Den ersten Gründungstag des Verbandes feierten am 11. Januar 1924 3.000 Anwesende in der Saalschloßbrauerei bei einer Rede von Universitätsprofessor Georg Karo.⁸⁶²

Im Gegensatz zum eher bürgerlich geprägten Mitgliederprofil des Stahlhelms überwogen im Wehrwolf von Beginn an die unteren Bevölkerungsschichten, wie Handwerker, städtisches Kleinbürgertum und Arbeiter. Im Mai 1926 meldete der hallische Polizeipräsident, dass in der Ortsgruppe Halle 80% Handwerker gemeldet seien.⁸⁶³ Ein Werben des Wehrwolfs um die Arbeiter erfolgte verstärkt im linken Lager, wobei sich die Propaganda bemühte, die politischen Unterschiede der werktätigen Bevölkerung auszublenden, und den Arbeiter als Deutschen und nicht als Gefolgsmann einer Partei oder eines politischen Verbandes ansah, denn Kloppe war es bewusst, dass dies die bürgerlichen Elementen eher abschreckte, so dass es auch einzelne Teilerfolge an Übertritten gab.⁸⁶⁴ Ziel war es nicht, aus dem Wehrwolf eine Bewegung der Arbeiterschaft, sondern ihn zur Vertretung aller Berufsstände zu machen.⁸⁶⁵ Zur dritten Gründungsfeier des Wehrwolfs im Januar 1926 in der Saalschloßbrauerei betonte Festredner Richard Asmus, dass mit Halle als Ausgangspunkt in Deutschland mittlerweile 7.000 Ortsgruppen entstanden seien.⁸⁶⁶ Kurz darauf konnte die Jahreshauptversammlung des Wehrwolfs die Vermehrung der Mitglieder aus dem Arbeiterstand verkünden, wonach inzwischen mehr als 80% der Mitglieder Arbeiter seien.⁸⁶⁷ Im selben Jahr stellte der bisherige Wehrwolfführer, der Lehrer Dr. August Zander, sein Amt zur Verfügung, der stellvertretender Gauleiter blieb, während der bisherige Stellvertreter, der Kaufmann Max Wendt, mit der Gauführung beauftragt wurde.⁸⁶⁸ Eine amtliche Schätzung vom November 1927 erwähnte 14.000 bis 15.000 Mitglieder, während verschiedene Hinweise Schätzungen von 40.000 bis 50.000 Mitglieder zulassen⁸⁶⁹.

⁸⁶¹ Vgl. ebd., S. 30ff.

⁸⁶² Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4689, Bl.92f. Vgl. Der Wehrwolf, 21.1.1924. Prof. Georg Karo (Archäologe), der auch als Redner bei anderen vaterländischen Verbänden und der DNVP auftrat, wurde interessanterweise 1936 am DAI Athen wegen seiner jüdischen Herkunft entlassen. Vgl. Schwingenstein, Christoph, „Karo, Georg“, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 280-281.

⁸⁶³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1991/III, B. 330.

⁸⁶⁴ Vgl. Berg, Wehrwolf, S. 203.

⁸⁶⁵ Vgl. Franz Grader (Halle), in: Der Wehrwolf, 1.10.1930.

⁸⁶⁶ Vgl. SZ, 13.1.1926.

⁸⁶⁷ Vgl. ebd., 2.3.1926.

⁸⁶⁸ Vgl. ebd., 6.10.1926; Der Wehrwolf, 1.10.1926.

⁸⁶⁹ Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 327.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Vor Ort konnte sich der Verband gegenüber dem Stahlhelm behaupten, was ihm in den beiden anderen Regierungsbezirken der preußischen Provinz Sachsen weniger gelang.⁸⁷⁰ In seinen Anfangsjahren stand der Wehrwolf jedoch noch unmittelbar im Schatten des Stahlhelms und unterstützte dessen Aufmärsche und „Deutsche Tage“. Mit größerer Selbständigkeit folgten eigene politischer Erklärungen und eine aggressive Haltung.⁸⁷¹ Unter der Anleitung des „Wehrbuches für die deutsche Jugend“ aus dem Wehrwolf-Verlag Halle (auch vom Stahlhelm verwendet) erfolgte eine intensive militärische Ausbildung der Mitglieder, zu der neben Motorradfahren, Kraftwagenführen, Flugsport, Segelflug, Motorboot etc. auch die körperliche Ertüchtigung zählte.⁸⁷² Auch wenn diese Form der Ausbildung von Seiten des Wehrwolfs offiziell nicht zum Zweck der Ausbildung einer militärischen Einheit vorgesehen war, zielte sie trotzdem darauf ab, dass sich die Jugend der nationalen Frage unterordnen sollte: „Wenn wir die Wehrhaftigkeit der Jugend und die körperliche Gesundheit als eines der ersten Erfordernisse betrachten, gesunden deutschen Geist zu züchten und zu bewahren, so sind wir uns doch bewusst, daß alle diese wehrsportliche Tätigkeit nicht dazu dienen soll, eine Brigade oder Division von fertigen Soldaten oder ein Freikorps zu bilden. Die Wehrsporttätigkeit ist für uns nur eines der Mittel, durch die das deutsche Volk und vor allem die in unseren Reihen stark vertretene Jugend wieder lernen soll, was uns in der Nachkriegszeit verlorengegangen ist: Manneszucht, Kameradschaft und Unterordnung unter ein großes Ganzes.“⁸⁷³ Bereits 1925 gründete sich die Wehrwolfhilfe als Wohlfahrtseinrichtung zur Unterstützung von Mitgliedern bei Streiks, Erwerbslosigkeit, Unglücksfällen, Krankheit und Tod. Sie sollte dadurch einmal ihre Anhänger fester an die Organisation binden und der Führung zusätzliche finanzielle Mittel einbringen und zudem den Charakter einer arbeiterfreundlichen Organisation verleihen. Da es unter den Wehrwolfmitgliedern eine hohe Anzahl an bedürftigen Mitgliedern gab, finanzierte sich die Organisation neben den Beitragsmarken auch durch Überschüsse aus anderweitigen Einkünften. Als Organisation dieser Art bestand sie zunächst allein, bis der Stahlhelm 1928 seine eigene Selbsthilfeorganisation ins Leben rief.⁸⁷⁴ In Veranstaltungen wie der jährlichen Weihnachtsfeier wurden Wehrwolfkameraden mit Lebensmitteln, Kleidung etc. unterstützt und die vaterländisch gesinnten Bürger zur Unterstützung des Verbandes mit Spenden aufgerufen.⁸⁷⁵

⁸⁷⁰ Vgl. Berg, Wehrwolf, S. 119f.

⁸⁷¹ Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 335.

⁸⁷² Vgl. ebd., S. 340-342.

⁸⁷³ Kloppe, Wesensfragen, S. 3.

⁸⁷⁴ Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 355-356; SZ, 18.12.1924.

⁸⁷⁵ Vgl. SZ, 18.12.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

In dem seit dem 1. Januar 1924 erschienenen eigenen Nachrichtenblatt wird dem „äußeren Feind“ eine Kampfansage gemacht und zugleich betont, dass man „kein antisemitisches Kampfblatt“ sei, denn „der Kampf gegen das Judentum als solchem ist nicht unsere Aufgabe.“⁸⁷⁶ Trotzdem wurden unter der Fahne mit dem Symbol des silbernen Totenkopfes auf schwarzem Feld vor allem auch antisemitische Töne angeschlagen, wie „Hierbei wollen wir auch die Judenfrage als ein wichtiges Moment nicht unberührt lassen, die vor allen Dingen aus rassischen Gesichtspunkten heraus die Bekämpfung des jüdisch-materialistischen Geistes bezweckt, den wir für unser Volk verderblich halten.“⁸⁷⁷ Ebenso wie der Stahlhelm betonte der Wehrwolf die nationalen „Kernthemen“ wie „die Notwendigkeit des Zusammenfassens aller nationalen Kräfte gegenüber der roten Front“ und „das Gedenken an die geraubten Gebiete, an die Tradition und Geschichte, sowie an diejenigen nationalen Männer, die heute hinter Kerkermauern schmachten.“⁸⁷⁸

Anfängliche Spannungen zwischen Stahlhelm und Wehrwolf wurden 1924 in der Jahreshauptversammlung des Stahlhelms als beigelegt bezeichnet.⁸⁷⁹ In Halle sind verschiedentlich Kooperation zwischen Stahlhelm und Wehrwolf nachweisbar, wo die Stahlhelm-Mitgliedschaft zusätzlich erworben oder beibehalten wurde, wie bei Fritz Kloppe oder dem anfangs noch zum Wehrwolf gehörenden Kurt Dennhardt. Gemeinsam mit dem Stahlhelm beging der Wehrwolf verschiedene Gedenktage, wie den Tag der Reichsgründung, Bismarcks Geburtstag und die Wahl Hindenburgs, veranstaltete Kundgebungen oder weihte Ehrenmale für die im Krieg gefallenen Soldaten ein.⁸⁸⁰ Entsprechend gab es auch vom Wehrwolf in Eigenregie veranstaltete Feiern, wie beispielsweise eine Schlageter-Gedächtnisfeier oder den wohl zahlreich besuchten Manöverball des Wehrwolfs, als „Beweis dafür, wie tief die Liebe zum alten Heer im deutschen Volke wurzelt.“⁸⁸¹ Die Propaganda in den öffentlichen Versammlungen wurde durch „Deutsche Abende“ sowie Gefallenenehrungen und Aufmärsche ergänzt.⁸⁸²

Im Zuge eines Verfahrens gegen Mitglieder des im Dezember 1929 aufgelösten Landesverbandes Niedersachsen des Wehrwolfs wurden auch in Halle Durchsuchungen bei dem Wehrwolf-Verlag und beim Bundesführer Kloppe durchgeführt. Unter dem gefundenen Material befand sich auch ein Schriftwechsel von Kloppe mit Hitler, demzufolge der NSDAP von allen

⁸⁷⁶ Der Wehrwolf, 1.1.1924.

⁸⁷⁷ Kloppe, Wesensfragen, S. 14-15, vgl. Finker, Wehrverbände, S. 330.

⁸⁷⁸ SZ, 12.1.1929.

⁸⁷⁹ Vgl. ebd., 30.1.1924.

⁸⁸⁰ Vgl. dazu ebd., 18.1.1924 und 19.1.1926 und 3.4.1924 und 14.5.1925 und 19.3.1923 und 28.5.1923.

⁸⁸¹ SZ, 28.5.1924/13.4.1926.

⁸⁸² Vgl. Finker, Wehrverbände, S. 331-333.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Verbänden und Bündnen keiner näher stehen würde als der Wehrwolf unter Kloppe.⁸⁸³ Noch zu den Kommunalwahlen am 17. November 1929 hatte sich neben der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der NSDAP eine weitere Gruppe unter anderem aus Wehrwolf und Volksrechtspartei gegründet, was der Wehrwolf damit begründete, „daß die Parteien, denen er bisher Wahlhilfe gewährt hat, das Wollen der Frontsoldatengeneration und der heranwachsenden Jugend nicht genügend berücksichtigt haben.“⁸⁸⁴ Mit dem Erstarken der NS-Bewegung stellte der Merseburger Regierungspräsident jedoch fest, dass dem Wehrwolf „im Regierungsbezirk Merseburg größere Bedeutung nicht beizumessen [ist]“ und die Ortsgruppen „mit geringen Ausnahmen nur schwach, der Betrieb wenig rege [ist]“. Im Wehrwolf und Stahlhelm würden Mitglieder mit der NSDAP sympathisieren oder ihr angehören und bei den Reichstagswahlen von 1930 hatte der Wehrwolf nach vergeblichen Verhandlungen mit der NSDAP zur Wahlenthaltung aufgerufen.⁸⁸⁵ Zur neunjährigen Gründungsfeier des Verbandes beklagte Kloppe im Februar 1932 allerdings, dass man „einem Mann wie Hitler, der auf deutscher Seite den Krieg mitmachte, das Einbürgerungsrecht [verweigert]“. ⁸⁸⁶ Zugleich war es aber unter dem amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg zu Verboten innerhalb der nationalen Bewegung gekommen, weshalb der Wehrwolf ihm in der kommenden Wahl nicht die Stimme geben wollte. Kurz darauf war in der NS-Zeitung „Der Kampf“ ein Aufruf erschienen, wonach für sämtliche Kameraden und Bundesschwestern der Wehrwolfbewegung die Pflicht bestünde, zum ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl die Stimme ausschließlich Adolf Hitler zu geben, was wiederum Kloppe bestätigte.⁸⁸⁷ Zugleich existierten neben den Jugendorganisationen von Stahlhelm und Wehrwolf verschiedene Zusammenschlüsse der national und völkisch gesinnten Jugend der Stadt Halle. 1925 bestand in Halle eine ca. 40 Mann starke Ortsgruppe der Schilljugend unter Kaufmann Fritz Dönitz, welche der Bundesleitung in Salzburg unterstand. Zahlreiche Mitglieder gehörten zugleich der NSDAP an, die die Schilljugend zeitweise zu ihrer eigenen Jugendorganisation machte.⁸⁸⁸ Der Gründer der Jugend, der ehemalige Freikorpsführer Gerhard Rossbach, war zuvor Führer der nach ihm benannten und 1923 aufgelösten Organisation Rossbach gewesen, die sich 1924 unter dem Decknamen „Völkischer Kameradschaftsbund“ in Halle mit etwa 20 Mitgliedern gegründet hatte.⁸⁸⁹ Der sogenannte Völkische Jugendring vereinte im Februar 1923 insgesamt 14 Jugendverbände in sich. Vorsitzender des Ringes

⁸⁸³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1992, Bl. 10f. (PP Halle an RP am 15.8.1930).

⁸⁸⁴ SZ, 16.10.1929.

⁸⁸⁵ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1992, Bl. 200f (Der RP an den OP am 15.12.1930).

⁸⁸⁶ SZ, 8.2.1932. Hitler wurde schließlich Ende Februar ins Deutsche Reich eingebürgert, indem er in Braunschweig zum Regierungsrat ernannt wurde.

⁸⁸⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1992, Bl. 250 aus „Der Kampf“, vom 27.2.1932.

⁸⁸⁸ Vgl. ebd., Nr. 1913/III, Bl. 292 (Der RP an den OP am 14.6.1925).

⁸⁸⁹ Vgl. ebd., Nr. 1913/III, Bl. 265.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

war der Kaufmann Fritz Irrwahn, zugleich Vorsitzender der deutschen Kaufmannsjugend und Gaubildungsobmann des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV).⁸⁹⁰ Seit 1924 besaß ebenfalls der Nationalsozialistische „Kampfbund Wiking“ als Nachfolgeorganisation der rechtskonservativen Organisation Consul eine Ortsgruppe in Halle.⁸⁹¹ Und die am 11. Januar 1924 in Halle mit ca. 60 Mann gegründete Ortsgruppe des Schlageter-Gedächtnis-Bundes war den Vaterländischen Verbänden der Stadt angeschlossen und trug eine schwarz-weiß-rote Fahne mit schwarzem Kreuz und darin ein weißes Hakenkreuz zur Erinnerung an den infolge des Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung hingerichteten Albert Leo Schlageter.⁸⁹²

Erstmals sollte Adolf Hitler am 18./19. April 1925 auf fünf Massenversammlungen der NSDAP in Halle im Wintergarten und in der Saalschloßbrauerei auftreten, die wegen Überfüllung jedoch frühzeitig polizeilich geschlossen werden musste. Die NSDAP-Ortsgruppe hatte zu diesem Zweck im Vorfeld den Verkauf zahlreicher Eintrittskarten vorangetrieben, musste den versammelten Personen aber Hitlers Nichterscheinen verkünden und ihnen einen baldigen Besuch des Parteivorsitzenden versprechen. Wegen der ausgefallenen Veranstaltungen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs eingeleitet und Hitler zu einer Vernehmung am 25. April 1925 in die Polizeidirektion München vorgeladen. Diese ergab, dass Hitler vor den hallischen Versammlungen in Weimar auf einer Veranstaltung gesprochen hatte und dort von Hallenser Nationalsozialisten nach Halle eingeladen wurde, man sich jedoch noch nicht auf einen Termin festgelegt hatte. Hitler selbst hatte von den geplanten Versammlungen erst im Völkischen Beobachter gelesen, zudem sei ihm ein Erscheinen an diesen beiden Tagen nicht möglich gewesen, obwohl die Veranstalter noch den letzten vergeblichen Versuch unternommen hätten, ihn mit dem Flugzeug nach Halle zu holen.⁸⁹³ 1925 gab der Regierungspräsident die Stärke der hallischen Ortsgruppe der NSDAP mit ca. 100 Mann an, angeführt durch den Former Hermann Ohmer, während zugleich die Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei etwa 150

⁸⁹⁰ Vgl. ebd., Nr. 4685, Bl. 89f.: Deutschnationaler Jugendbund, Jungnationaler Bund, Jungnationale Radfahrer, Wanderbund Treue, Adler und Falken, Arischer Wandervogel, Bund der Kaufmannsjugend, Jugendgruppe der DVP, Bismarckbund, Wandervogel-Jugendbund, Völkischer Wandervogel, Bund der fahrenden Gesellen, Jungdeutsche Zunft, Deutscher Mädchen-Wanderbund.

⁸⁹¹ Vgl. ebd., Nr. 1913/III, Bl. 82.

⁸⁹² Vgl. ebd., Bl. 48ff.

⁸⁹³ Vgl. Vollnhals, Clemens (Hg.), Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925 – Juni 1926, München 1992, Ermittlungsverfahren gegen die Ortsgruppe Halle a. S. (Dok. 45). Vgl. auch LHASA, Rep. C. 20 Ib, Nr. 1859, Bl. 61: PP in Halle an den OP in Magdeburg am 18.4.1925 zur Versammlung der NSDAP im Wintergarten; SZ 21.4.1925. Vgl. BArch, PK, I 0414 Nr. 979 (Brief vom 20.1.1937 von Ingolstädtern an Hermann Ohmer: „Auch an das Jahr 1925 als der Führer dort sprechen sollte, erinnern wir uns noch sehr gut. Was war das damals für ein Kopfzerbrechen, den Führer herbeizubringen. Mit dem Flugzeug wolltet ihr damals nach München fliegen und den Führer holen.“)

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Mitglieder aufwies.⁸⁹⁴ Nach der Neugründung der NSDAP nach Hitlers Entlassung aus der Festungshaft hatte sich die Freiheitspartei in Deutschvölkische Freiheitsbewegung umbenannt, verlor aber in der Folgezeit an Mitgliedern und Einfluss. Unmittelbar vor der Machtergreifung kam es zur letzten öffentlichen Auseinandersetzung zwischen den ehemals Verbündeten, als eine Versammlung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung von NS-Anhängern, darunter Gauleiter Jordan, lautstark gestört wurde. Der ehemalige NS-Gau-Propagandaleiter von Westfalen Joachim von Ostau hatte darin die NSDAP eines landesverräterischen Verhaltens beschuldigt, weshalb Nationalsozialisten unter Führung von SA-Führer Johannes Schäfer die Bühne stürmten.⁸⁹⁵ Die hallische NSDAP-Ortsgruppe hatte sich am 8. Februar 1925 direkt der Reichsleitung unterstellt, während zur gleichen Zeit ein anderer Teil südlich gelegener Ortsgruppen der Provinz Sachsen Walter Ernst zu ihrem Gauleiter bestimmte. Zusammen mit dem hallischen SA- und früheren Stahlhelmführer Wolf Heinrich Graf von Helldorf war es ihm gelungen, den damaligen hallischen Ortsgruppenleiter Großclaus aus der Partei auszuschließen.⁸⁹⁶ Schon ein Jahr später übernahm Paul Hinkler als Gauleiter die Führung im Gau Halle-Merseburg. Seit seinem Parteieintritt 1925 gehörte Hinkler der SA an, deren Aufstellung er im Gau übernahm und der er ab 1926 als oberster Gau-SA-Führer vorstand. Zudem war er als Orts- und Bezirksleiter im Gau Halle-Merseburg aktiv gewesen.⁸⁹⁷ Seiner Ernennung zum neuen Gauleiter ging

⁸⁹⁴ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 949 II, Bl. 6f.; zu Hermann Ohmer vgl. BArch, PK, I 0414 Nr. 979: geb. 25.9.1885, Arbeiter, verheiratet mit Anna Ohmer (geb. 25.2.1889), wohnhaft Kohlschütterstraße 1, Eintritt in NSDAP am 16.2.1925 Nr. 2.342, Eintritt Anna Ohmer am 13.4.1925 Nr. 2.369, wegen Unterschlagungssache von Amt als Ortsgruppenleiter enthoben (Viktoriaplatz), 1925-1927 Ortsgruppenleiter der SA in Halle, 1921 in Bewegung eingetreten (bis 1923), 1925 Neugründung der Ortsgruppe, gleichzeitig SA-Führer, 1927-1929 nur SA-Führer, 1929 wegen Schwerkriegsbeschädigung auf Anordnung aus SA ausgeschieden, 1.7.1933 als Ortsgruppenleiter von Viktoriaplatz bestätigt (bis 4.5.1935).

⁸⁹⁵ Die Äußerungen über Landesverrat behandelten Differenzen zwischen SA und Stahlhelm an der Ostgrenze im August 1932. Zum Vorfall vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1914, Bl. 42ff. (Der RP an den OP am 23.1.1933); SZ und HN 13.1.1933. Zu Johannes Schäfer vgl. Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 541: geb. 14.12.1903 in Leipzig (gest. 28.4.1993 Bielefeld), MdR 1932-1936, 13.1.1927 Eintritt in NSDAP (Nr. 49.889), 1929 Wiedereintritt, 15.2.1930-1.2.1932 Führer der SA-Standarte IV bzw. 36 in Halle, 8.3.1930 wegen NS-Betätigung aus Apothekenstelle in Halle entlassen, 1930-1932 arbeitslos, 1.2.1932-11.1.1933 Stabsführer der SA-Untergruppe Halle-Merseburg (Halle), 1932/1933 Hilfsarbeiter bei der Gauleitung und Schriftleiter von „Der Kampf“, 1.9.1932 Stadtverordneter in Halle, 11.1.-30.6.1933 Führer der SA-Standarte 36.

⁸⁹⁶ Vgl. Höffkes, Karl, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches, Tübingen 1997, S. 69; Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter, Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 22. Zu Helldorf vgl. Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 223: geb. 14.10.1896 in Merseburg (gest. 15.8.1944 in Berlin Plötzensee), MdR 1933-1944, MdL 1925-1928, 1923-1933 Preußen, 1919-1924 Stahlhelm, 1924-1925 Kommandeur der Gruppe Mitte (Halle) des Frontbann, 1.8.1930 NSDAP (Nr. 325.40)

⁸⁹⁷ Vgl. Höffkes, Gauleiter, S. 146-147; Stockhorst, Erich, Fünftausend Köpfe, Wer war was im Dritten Reich?, Bruchsal 1967, S. 199; Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 248-249 zu Hinkler, Paul Georg Otto: geb. am 25.6.1892 in Berlin (gest. 13.4.1945 Nisswitz), 1925 Eintritt in die NSDAP (Mitgliedsnummer 5.942), MdR 1936-1945, MdL 1930-1932, 1921-1925 Lehrer in Freyburg/Unstrut, danach aus dem Schuldienst entlassen, 1922-1924 Stahlhelm, 15.7.1922 Eintritt in NSDAP, 1923/1924 Führer des Werwolfs im Gau Saale-Unstrut, 1924/1925 Abschnittskommandeur des Frontbann, 1925/1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Halle-Merseburg, 1931 Gausturmführer des Gaus Halle-Merseburg, 25.7.1926-19.1.1931 Gauleiter.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

die Absetzung von Walter Ernst voraus, dem in einer Versammlung der Ortsgruppenleiter des Gaues Halle-Merseburg Unterschlagungen vorgeworfen wurden. Wegen der eigenmächtigen Ernennung Hinklers durch die Versammlung, trafen in Halle Bevollmächtigte Hitlers zur Klärung des Sachverhaltes ein, die Hinkler jedoch in seinem neuen Amt bestätigten, aber betonten, dass das Recht zu Einsetzung eines neuen Gauleiters nur der Parteileitung zustünde. Dem von Walter Ernst und Kurt Ebeling herausgegebenen „Mitteldeutsche Beobachter“ wurde zugleich der Status als „Kampfblatt der NSDAP“ aberkannt.⁸⁹⁸ Allerdings kam es kurz darauf zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Hallischen Ortsgruppenleiter Emil Danneberg und dem neuen Gauleiter, woraufhin die Ortsgruppe von der Parteiführung aus der Partei ausgeschlossen wurde und Danneberg, von Hitler aufgefordert, sich dem neuen Gauleiter „bedingungslos zur Verfügung zu stellen“, gründete daraufhin den Nationalsozialistischen Kameradschaftsbund, der allerdings ohne Einfluss blieb.⁸⁹⁹

1926 wurde von Seiten des Polizeipräsidenten berichtet, dass die NSDAP eine sogenannte „Schutzstaffel“ von ca. 20 Mann aufgestellt hätte, die als Saalschutz für Veranstaltungen und als Propagandatruppe und Repräsentationsgruppe bei Umzügen diene.⁹⁰⁰ Bereits im selben Jahr trat am 24. März Joseph Goebbels in einer öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Halle der NSDAP auf und referierte über „Betrug am schaffenden Volke“, wonach auch er wiederholt die Schuld der jetzigen wirtschaftlichen Lage beim internationalen Judenkapital suchte. Neben dem damaligen Gauführer Ernst traf Goebbels auch Wehrwolf Führer Kloppe zum Kennenlernen der gegenseitigen Absichten.⁹⁰¹ Auch am 30. September 1927 sprach Goebbels, zu dem Zeitpunkt bereits Gauleiter von Berlin-Brandenburg, trotz einer ihm drohender Verhaftung erneut in Halle.⁹⁰² Von Seiten des Staates war das Interesse an der nationalsozialistischen

⁸⁹⁸ Vgl. Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Reichstag bis zur Reichstagswahl Juli 1926 – Mai 1928, Teil 1: Juli 1926 – Juli 1927, (hrsg. u. komment. v. Bärbel Dusik), München 1992, S. 34ff. Vgl. Tyrell, Albrecht: Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: VfZ 23 (1975) 4, S. 351. Zu Walter Ernst: geb. 1899, Student, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/1926 Gauleiter von Halle-Merseburg, 1926 Parteiausschluss, 1931 Gerichtsreferendar, 1932 Wiedereintritt in die NSDAP.

⁸⁹⁹ Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, Teil I, S. 35. Zu Emil Danneberg: geb. 1896, Kaufmann, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zur 4 Monaten Haft verurteilt, 1925 NSDAP-Eintritt, 1925 Führer des Landesverbandes Bayern-Süd des Wehrwolfs, 1926 Ortsgruppenleiter in Halle, 1926 Parteiausschluss, Gründung des Nationalsozialistischen Kameradschaftsbundes in Halle.

⁹⁰⁰ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 950, Bl. 519 (PP an RP am 4.3.1926).

⁹⁰¹ Vgl. ebd., Bl. 45; Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Hg. Elke Fröhlich), Dezember 1925 bis Mai 1928, München 2005, S. 66f.: 27.3.1926. „Am anderen Tag Halle. Gauführer Ernst. Was ihm an Einsicht fehlt, ersetzt er durch liebes und erzogenes Wesen. Ich mag ihn sehr gern. Nachmittags bei Kloppe [...] Unsere Absichten abgetastet. Kloppe ist gut in seinen Ansichten. Ich dominierte. Abend vor vollem Hause. Ein ganzer Erfolg.“ Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Hg. Elke Fröhlich Dezember 1925 bis Mai 1928, München 2005, S. 274f.: 29. und 30.9. und 1.10.1931. „In Halle Blumen und viel Beifall.“

⁹⁰² Vgl. GstAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 296, Bl. 519. „Und dafür hat die Novemberrepublik Geld!“

⁹⁰² Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 132ff. (Der RP an den OP am 29.7.1930).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Bewegung recht groß, da er zunächst nicht vermochte, deren Auswirkungen und Tragweite näher einzuschätzen. So berichtete der Völkische Beobachter am 18. Oktober 1929 über einen Geheimerlass des hallischen Polizeipräsidenten Oexle vom 18. September 1929, der eine umfassende Beobachtung der Tätigkeit der NSDAP für erforderlich hielt, da sie im Bezirk Halle-Merseburg viel Werbearbeit betrieb und deshalb die Aufmerksamkeit staatlicher Stellen auf sich zog. Interesse hatte der Polizeipräsident dabei vor allem an der Anzahl der Besucher der Veranstaltungen und deren Einstellung sowie dem Einfluss der NS-Propaganda auf die Bevölkerung.⁹⁰³ Bis Mitte 1929 wurde den Nationalsozialisten von Seiten des Regierungsbezirkes keine große Bedeutung zugemessen, die trotz Propaganda geschwächt aus der Reichstagswahl 1928 hervorgingen und infolgedessen durch starke Agitation beim Volksbegehren gegen den Young-Plan auf sich aufmerksam machten.⁹⁰⁴

Als am 7.1.1930 der Fahrer der Rathenaumörder Ernst Werner Techow aus dem Strafgefängnis Halle entlassen wurde, versammelten sich davor nicht nur Anhänger des Stahlhelms, sondern auch ein Spielmannszug der NSDAP, die Techow jedoch nicht mehr antrafen, da er bereits zuvor durch einen Nebeneingang entlassen wurde. „Freunde und Verbände wollten es sich nicht nehmen lassen, ihn zu empfangen, nicht mit großem Tamtam, wie es die Kommunisten tun, wenn ihre Führer aus dem Gefängnis entlassen werden, sondern in stillen Formen“, wie die „Saale-Zeitung“ kommentierte.⁹⁰⁵

Anfang Juli 1930 gab der Polizeipräsident die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Halle mit 800 Personen an, von denen ca. 230 Männer in der SA unter Parteigenosse (Pg.) und Standartenführer Johannes Schäfer organisiert waren. Insgesamt gab es im Gau zu jener Zeit 77 Ortsgruppen mit 4.549 Mitgliedern. Auch an den städtischen Schulen waren bereits NS-Anhänger zu verzeichnen. Zur hallischen Ortsgruppe des NS-Schülerbundes gehörten damals rund 150 Mitglieder, die am Reformrealgymnasium, den Franckeschen Stiftungen, an der Städtischen Oberrealschule, dem Stadtgymnasium und vereinzelt an höheren Klassen der Mittelschule auftraten. Trotz des 1930 ausgesprochenen Verbotes der Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Gruppen für Schülerinnen und Schüler schlossen sich Schüler der Oberrealschule und der Lateinischen Hauptschule dem NS-Schülerbund bzw. der Hitlerjugend an. An der Mädchenschule der Franckeschen Stiftungen fand in der Unterprima eine Diskussionsveranstaltung mit dem

⁹⁰³ Vgl. GStAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 296, Bl. 519. „Und dafür hat die Novemberrepublik Geld!“

⁹⁰⁴ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 132ff. (Der RP an den OP am 29.7.1930).

⁹⁰⁵ SZ, 8.1.1930, vgl. KK, 8.1.1930: „Außer Stahlhelmen und Nazis, die in ‚Kluft‘ erschienen waren, fand sich auch Seiferts Lehrlingskapelle ein, die Techow wohl mit einem Tusch empfangen wollte. [...] Es ist bezeichnend, daß die hallische Schutzpolizei zur Deckung der faschistischen Provokateure in großer Zahl erschienen war.“ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1913/V, Bl. 352 (Der PP an den RP am 11.1.1930).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

örtlichen Führer des NS-Schülerbundes Carl Nabersberg statt, in der es den Lehrern scheinbar kaum gelang, dessen Ausführungen zu widersprechen.⁹⁰⁶ Laut offizieller Feststellung setzten sich die Mitglieder der NSDAP aus allen Bevölkerungsschichten zusammen, wie der Bauernschaft, Kleingewerbetreibenden, Angestellten, Beamten, vornehmlich Angehörigen der höheren Gesellschaft, sowie Studenten und zum großen Anteil Personen, die direkt von der wirtschaftlichen Krise betroffen waren.⁹⁰⁷ Seit kurzem existierten vor Ort auch eine Ortsgruppe des NS-Ärztebundes mit vorerst nur 10 Mitgliedern unter dem Leiter Dr. Karl Blümel und eine Ortsgruppe des NS-Wirtschaftsbundes mit ca. 50 Mitgliedern. Auch eine Anzahl von 21 Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten ließ sich namentlich als NSDAP-Mitglieder ausmachen, von denen vor allem Studienrat Dr. Gotthold Mund, Lehrer am Reformrealgymnasium, wohl den größten Einfluss auf die Schülerschaft ausübte.⁹⁰⁸ Das Amt als hallischer Ortsgruppenleiter hatte Parteigenosse Bruno Czarnowski nach 1928 übernommen.⁹⁰⁹ Anfang 1930 bestand die Ortsgruppe Groß Halle aus sechs Sektionen mit unterschiedlicher Stärke, wovon die Sektion Kaiserplatz (heutiger Rathenauplatz) mit knapp einem Viertel die höchste Mitgliederstärke aufwies. Insgesamt waren in der hallischen SA zu diesem Zeitpunkt 35% der Gesamtmitglieder der NSDAP versammelt. Erklärtes Ziel vor den im September stattfindenden Reichstagswahlen war es, aus Halle eine „Hochburg des Nationalsozialismus“ zu machen, weshalb eine straffere Organisation mit regelmäßigen Treffen die Propagandaarbeit verbessern sollte. Zudem sollte im direkten Kontakt mit neu geworbenen „Volksgenossen“ der Anreiz durch Schulungen in politischen und wirtschaftlichen Fragen gestärkt werden. Durch den Einzug von Nationalsozialisten in verschiedene Stadtparlamente war die NSDAP gezwungen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Kommunalpolitik zu legen. Zu diesem Zweck wurde im Gau eine kommunalpolitische Abteilung eingerichtet, darüber hinaus wurden Richtlinien und Anweisungen zum Verhalten in den kommunalen Parlamenten herausgegeben. Hauptkritikpunkt der Nationalsozialisten war die Finanzpolitik der „bürgerlich-marxistischen Herrschaft“,

⁹⁰⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 117-118 (Der Polizeipräsident am 3.7.1930 an den Regierungspräsidenten). Zum NS-Schülerbund vgl. Fricke, Caroline, Die Franckeschen Stiftungen in der Zeit des Nationalsozialismus, Kiel 1998, S. 25. Er wurde im Rahmen des Besuches des Reichsführers des NSSB von Renteln am 21.2.1930 gegründet. Vgl. Loeffelmeier, Die Franckeschen Stiftungen, S. 106-108, S. 178f. Zu Carl Nabersberg vgl. Klee, Personenlexikon, S. 427: geb. 1908 in Krefeld, gest. 1946 in Dachau, seit 1925 Mitglied der NSDAP, begonnenes Jura-Studium, 1930 mit Aufbau des NS-Schülerbundes in Halle beauftragt, 1931 Reichsorganisationsleiter der HJ, 1934 stellv. Reichsjugendführer.

⁹⁰⁷ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 133 (Der RP an den OP am 29.7.1930).

⁹⁰⁸ Vgl. Ebd., Bl. 136ff. (Der RP an den OP am 29.7.1930).

⁹⁰⁹ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I h, Nr. 579, Bl. 25-26 zu Czarnowski: geb. 15.4.1902 Graudenz (Westpr.), übernahm Ende 1925 die Kreisleitung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung in Kreuzberg/O. und überführte sie in die NSDAP, 2.5.1926 NSDAP-Eintritt (Nr. 36.486), 1929 Organisator der SS im Gau Halle-Merseburg, 1929-1933 Stadtverordneter und Fraktionsführer der NSDAP, 1930-1.11.1933 Kreisleiter in Halle, 1930-1932 Kreisleiter im Saalkreis, 1932 freiwilliger Austritt aus SS, 1932-Dez. 1933 Filmstellenleiter, 1933-1945 Stadtrat in Halle.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

welche die Verschuldung der Kommunen beschleunigt hatte und deren Selbstverwaltung eingeschränkt habe. Mit dem Ziel, dem entschieden entgegenzuwirken, würden kurzfristige Erfolge zwar behindert, aber längerfristige Steuersenkungen ermöglicht.⁹¹⁰

Innerhalb der Strukturen der NS-Bewegung umfasste der Gau Halle-Merseburg das Gebiet des gleichnamigen Wahlkreises, in dem die Bildung von Parteibezirken noch nicht ganz abgeschlossen war. Die Sturmabteilungen unterstanden dem Brigadeführer Hans Weinreich in Merseburg und die aus 20 Mann bestehende hallische Schutzstaffel führte der Landwirt Robert Lüdicke. Zur politischen Durchdringung der Betriebe und zur Durchbrechung der festen Arbeiterstrukturen sollten Betriebszellen gebildet werden, deren Einrichtung bisher scheinbar wenig vorangekommen war, denn es gab in Halle wohl bis Sommer 1930 nur drei kleine Zellen in Fabriken und bei der Straßenbahn je eine für Fahrpersonal und Werkstättenarbeiter. Einige Monate später wurden durch den Regierungspräsidenten eine Betriebszelle am Postamt 8 (Dienststellenvorsteher war Walter Thießler) und eine ca. 50 Mann starke Zelle im Leunawerk angegeben.⁹¹¹ Auch die Hitlerjugend hatte sich im Dezember 1929 neu organisiert und unterstand Gauführer Richard Reckewerth.⁹¹² Nach Angaben der offiziellen NSDAP-Partei-statistik von 1925 rangierte der Gau Halle-Merseburg vor der Machtergreifung nach der Gesamtzahl der Parteimitglieder auf Platz 23 von 32 (erster Platz Gau Sachsen, letzter Platz Gau Mainfranken).⁹¹³ Bis zur Reichstagswahl 1930 waren 2.402 Personen und im darauffolgenden Zeitraum bis zum 30.1.1933 insgesamt 13.978 in die Partei eingetreten.⁹¹⁴ Mit rund einem Drittel den stärksten Anteil an Mitgliedern konnte Halle-Merseburg zwischen 1930 und 1933 unter den Parteimitgliedern im Alter zwischen 21 und 30 Jahren (Jahrgang 1913-1904) vorweisen, gefolgt mit einem Viertel Anteil unter den 31- bis 41-Jährigen (1903 bis 1894).⁹¹⁵ Wiederum gehörten

⁹¹⁰ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 I, Bl. 19-32. Die Führung, Jahrgang 1930, Nr. 1. Darunter die Sektion Kaiserplatz (24%) unter Pg. Hallermann, Moritzplatz (20%) unter Pg. Rhades, Gesundbrunnen (18%) unter Pg. Winter, Steintor (14%) unter Pg. Schroeder, Pfännerhöhe unter Pg. Humpert (13%) und Giebichenstein unter Pg. Meilick (11%).

⁹¹¹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 68-69, 72 (Der Regierungspräsident am 5.7.1930 an den Oberpräsidenten); ebd., Nr. 2051 II, Bl. 139 (RP an PP am 4.10.1930). Zu Hans Weinreich vgl. Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 715-716: geb. 5.9.1896 Merseburg (gest. 23.12.1963 Düsseldorf), MdR 1933-1944, MdL Preußen 1932-1933, 1920-1922 Studium der Landwirtschaft in Halle, 1920/1921 Stahlhelm, 15.3.1922 NSDAP, 1922-1924 Ortsgruppenleiter in Merseburg, 1923-1931 kaufmännischer Angestellter bei den Leunawerken, 1928-1931 Gau-SA-Führer, SA-Brigade I, 1931-1932 Gausturmführer Halle-Merseburg, 1932-1933 Führer SA-Untergruppe Halle-Merseburg.

⁹¹² Vgl. ebd., Nr. 2048 I, Bl. 22. Zu Richard Reckewerth vgl. Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 493: geb. 22.8.1897 in Oker (gest. 19.7.1970 Altenau), MdR 1936-1945, Juli 1933-1945 HJ-Gebietsführer für Gebiet „Mittelland“ der HJ (Halle).

⁹¹³ Vgl. Parteistatistik der NSDAP, S. 21.

⁹¹⁴ Ebd., S. 26.

⁹¹⁵ Ebd., S. 176 und S. 180. Parteimitglieder, Alter 21-30 Jahre, bis 14.9.1930: 1.056; 5,4 v.H., von 15.9.1930 bis 30.1.1933: 6.475; 33,1 v.H., Parteimitglieder, 31-40 Jahre, Jahrgang 1903 bis 1894, bis 14.9.1930: 765; 4,9 v.H., von 15.9.1930 bis 30.1.1933: 3.753; 24,2 v.H.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

mit 12.990 Personen die meisten Parteimitglieder zwischen 1930 und 1933 zu den Erwerbspersonen, lediglich 228 waren Rentner und 760 Personen waren ohne Hauptberuf. Bei den Erwerbspersonen machte der größte Anteil mit 4.958 Personen tatsächlich der an Arbeitern aus, gefolgt von 3.148 Angestellten und 1.996 Selbständigen auf dem dritten Platz.⁹¹⁶ Da die Organisation in den Gauen vorwiegend in der Anfangsphase noch instabil war, handelten die einzelnen Gauleiter und Ortsgruppen stark nach eigenem Ermessen. Die seit 1926 bestehende Reichspropagandaleitung der NSDAP führte erst um 1928 eine stärkere Zentralisierung innerhalb des Gaugefüges ein und ließ infolgedessen vermehrt verschiedene Redner in die einzelnen Gaue kommen. Daneben konnten die Parteimitglieder in den Gauen und Ortsgruppen ihre Agitationsarbeit weitgehend eigenständig in die Hand nehmen und dadurch eine eigene Dynamik entwickeln. Zudem konnte Hitler selbst in den ersten Jahren nach der Parteinuugründung nicht öffentlich auftreten, da für ihn ein Redeverbot bestand, das in Preußen erst 1928 aufgehoben wurde.⁹¹⁷ Für die Stadt Halle lassen sich für diese Anfangsphase die Auftritte einiger Redner nachweisen, wie der Auftritt des Wirtschaftstheoretikers der Partei und Mitgliedes des Reichstages (MdR.) Gottfried Feder.⁹¹⁸

Zur Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 hatte die NSDAP die Möglichkeit, sich erstmals nach der Neugründung auf reichsweiter Ebene zu präsentieren, wofür sie im Wahlkampf verstärkt Propaganda betrieb, die sich in einer gleichsam von linken und nationalen Gruppen beherrschten Großstadt, wie Halle es war, anfangs durchaus mühsam und in kleineren Versammlungen gestaltete. Hinzu kam, dass die Organisation von Seiten der Partei und Reichspropagandaleitung (RPL) noch nicht in dem Maß fortgeschritten war, dass eine reichsweite Wahlkampfkampagne verwirklicht werden konnte. Gleichmaßen waren die Struktur der Ortsgruppen, deren Anschluss an die Reichsleitung und die Anbindung der Gauleiter zu dem Zeitpunkt nicht effektiv genug, um einen wirklich effektiven Wahlkampf führen zu können. Thematischer Schwerpunkt war die Unterdrückung Deutschlands durch den Dawes-Plan, zu dem die NSDAP z.B. am 4. Januar 1928 in Halle einen öffentlichen Sprechabend zum Thema „Dawespatrioten, Sklaverei, der nationalsozialistische Staat“ veranstaltete. Ziel war – wie auch in anderen Großstädten – gerade in Halle die Gewinnung der Arbeiterschaft als große Gruppe potentieller Wähler, die nach den Beamten zur zweiten Zielgruppe der nationalsozialistischen Propaganda zählten.

⁹¹⁶ Vgl. ebd., S. 82, S. 86, S. 90, S. 94, S. 122, S. 126.

⁹¹⁷ Vgl. Hüttenberger, Gauleiter, S. 24.

⁹¹⁸ Vgl. LHASA, Rep. C. 48 Ie, Nr. 945, Bl. 155 zu NSDAP-Versammlung am 21.5.1926. Vgl. BArch, NS 18/874, Bl. 92. Feder am 14.5.1927 an Himmler über fehlende Berichte zu Versammlungen mit Ausnahme von Halle und Köln; ebd., Bl. 75. Die Reichspropagandaabteilung an Gottfried Feder am 1.4.1928; ebd., Bl. 369. Wilhelm Kube an die Organisationsabteilung der NSDAP am 19.12.1929, der einen Vortrag in Halle zum Aufbau des Gaus Ostmark ablehnte.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Anlehnend an die beiden linken Parteien stellten sie spezielle Arbeiterthemen wie Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne in den Vordergrund ihres Wahlkampfes, den sie teilweise mit ähnlichen Parolen wie Kommunisten und Sozialdemokraten führten.⁹¹⁹ Das Wahlergebnis zeigte den Nationalsozialisten scheinbar noch erhebliche Defizite hinsichtlich ihrer Propaganda auf. Das hochgesteckte Ziel, Teile der Arbeiterschaft zu mobilisieren, scheiterte sowohl in Halle als auch in anderen Gebieten dieser Konstellation und musste damit auch nationalsozialistische Erwartungen enttäuschen. Die Partei blieb zunächst weiterhin auf ihre Rolle als radikale Splitterpartei und auf eine festgelegte Anhängerschaft beschränkt.⁹²⁰ Nach der Reichstagswahl wurden Propagandaarbeit und Mitgliederwerbung mittels von der NSDAP-Ortsgruppe organisierter Zusammenkünfte mit Parteirednern und politischer Prominenz fortgeführt. So sprach beispielsweise am 28. November 1928 im „Hofjäger“ der stellvertretende Reichspropagandaleiter Heinrich Himmler aus München in einer Versammlung der NSDAP und im Rahmen einer gezielten Propagandaaktion des Gaues vom 15. bis 25. Februar 1929 referierten z.B. der anhaltische Gauleiter Hauptmann Wilhelm Friedrich Loeper aus Dessau und Gregor Strasser, M.d.R., im „Hofjäger“.⁹²¹ Auch von Seiten der Parteimitglieder vor Ort wurden immer wieder Vorschläge gemacht, die einer besseren Organisation und damit dem Fortkommen der Partei dienen sollten. So wurde Himmler anlässlich der Propagandaaktion von Organisationsproblemen bei Veranstaltungen berichtet, für die bei unvorhergesehenen Absagen das Engagement von Ersatzrednern angeregt wurde.⁹²² Mit ihren nahezu regelmäßigen Versammlungen leisteten die hallischen Nationalsozialisten der von der RPL ausgehenden Anordnung nach wöchentlich stattfindenden Sprechabenden der Partei Folge, zu denen jeweils ein Redner eine Ansprache hielt und im Anschluss daran eine Diskussion erfolgen konnte.

Politische Einflussnahme bescherte der hallischen NSDAP ihre Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Young-Plan 1929. Trotz Scheiterns der Aktion verzeichnete die Reputation der Partei dadurch einen enormen Aufschwung. Ihre offizielle Partnerschaft an der Seite von DNVP und Stahlhelm öffnete gewissermaßen die klassische Lagerstruktur nach rechts und präsentierte die Nationalsozialisten sozusagen als neuartige Alternative innerhalb des Spektrums der politischen Rechten, in dem sie zuvor kommunalpolitisch nicht hervorgetreten war. Als Teil des Reichsausschusses war die Propaganda gegen den Young-Plan für die

⁹¹⁹ Vgl. Paul, Gerhard, NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 84f; Falter, Hitlers Wähler, S. 226-230; SZ, 4.1.1928.

⁹²⁰ Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle, Heft 38, 1929, S. 200f.

⁹²¹ Vgl. SZ, 27.11.1928; HN, 19.2.1929; BArch, NS 18/874, Bl. 172 (Der Reichsorganisationsleiter (ROL) an Karl Kaufmann am 1.2.1929).

⁹²² Vgl. BArch, NS 18/871, Bl. 483-486 (Werner Studentkowski an den stellvertretenden RPL Heinrich Himmler am 22.2.1929).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Nationalsozialisten eine willkommene Gelegenheit, ihre eigene Werbung im größeren Rahmen – finanziert vom Reichsausschuss – verstärkt einzusetzen und das auch über Volksbegehren und Volksentscheid hinaus. Zusätzlich konnte Hitlers Auftritt neben den Führern von Stahlhelm und DNVP die Partei aus ihrer politischen Nische herausholen. Bei einer großen Protestkundgebung gegen die Annahme des Young-Plans am 16. Februar 1930 im Stadtschützenhaus traten Oberstleutnant Duesterberg und M.d.R. Leopold für die DNVP zusammen mit Gauleiter Hinkler auf.⁹²³ Auftritte dieser Art hatten schon bei den Kommunalwahlen von 1929 einen ersten Erfolg erzielt und der Partei einen Stimmenzuwachs beschert, der sich auch auf die Mitarbeit der Nationalsozialisten bei der Kampagne gegen den Young-Plan zurückführen lässt. Nach Auflösung des Reichstages durch den seit März amtierenden Reichskanzler Heinrich Brüning wurde für den 14. September 1930 eine Neuwahl angeordnet, infolgedessen für alle Parteien ein verstärkter Wahlkampf einsetzte.⁹²⁴ Hinderlich wirkte das im Juni 1930 vom preußischen Innenminister Waentig erlassene Uniformverbot für die Nationalsozialisten, einschließlich ihrer Untergruppen, wogegen sie jedoch zeitweise verstießen und Protestversammlungen initiierten.⁹²⁵ In einer Wahlversammlung im Stadtschützenhaus gab der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr die Hauptschuld an der momentanen Situation ausdrücklich den Sozialdemokraten, ein Vorwurf, der von Seiten der Propaganda immer wieder öffentlichkeitswirksam benutzt wurde.⁹²⁶ Die angesprochenen hallischen Sozialdemokraten hatten zu diesem Zeitpunkt noch den Eindruck gewonnen, dass die Nationalsozialisten trotz ihrer Masse an Wahlveranstaltungen nicht gefährlich werden könnten, da ihrem Programm alle ökonomischen und sozialen Grundlagen fehlen würden.⁹²⁷ In der Endphase des Reichstagswahlkampfes initiierte die NSDAP – nach Anweisung der RPL – eine Reihe von Massenveranstaltungen, um durch verstärkte Präsenz der hallischen Bevölkerung ihre Ziele darzulegen. Es war zudem das erste Mal, dass die RPL einen reichsweiten Wahlkampf führte, der von der Münchener Zentrale gesteuert wurde. Im Unterschied zu den Sprechabenden der Partei fanden bei den sogenannten Massenversammlungen keine Diskussionen statt, denn die Versammlung sollte stattdessen den Charakter einer Kundgebung haben, wodurch die Nationalsozialisten – ohne sich weiter mit ihren

⁹²³ Vgl. SZ, 15.2.1930.

⁹²⁴ Vgl. Kolb 1988, S. 124-127.

⁹²⁵ Vgl. SZ, 13. und 21.6.1930; VB, 19. und 24.6.1930. Vgl. dazu weiter LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 II, Bl. 111f. (Der Regierungspräsident am 26.11.1930). Festnahme von 35 Personen im Zoologischen Garten am 31.10. 1931. Vgl. ebd., Nr. 2051 I, Bl. 116 (Der Polizeipräsident. SA-Übungen in Uniform in der Saalschloßbrauerei am 2.11.1930); Bl. 141ff. (Bericht des PP über Veranstaltung der NSDAP am 2.11.1930 in der Saalschloßbrauerei).

⁹²⁶ Vgl. SZ, 30.8.1930.

⁹²⁷ Vgl. VB, 21.8.1930.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Themen auseinandersetzen zu müssen – ihre Agitationsarbeit ungebremst ausweiteten.⁹²⁸ Nach der letzten Wahlveranstaltung mit Gauleiter Hinkler kam es am Vorabend der Wahl zum Zusammenstoß der Polizei mit Versammlungsteilnehmern. Danach ergriffen die Nationalsozialisten wie auch die Kommunisten zum „Zaubermittel des Fackelzugs“ und zogen als „Deutschlands letztes Aufgebot“ durch die Straßen.⁹²⁹

Die bis 1931 in Halle tätige Pädagogin und Direktorin der Städtischen Frauenschule Lina Mayer-Kuhlenkampff fasste in ihren Lebenserinnerungen den Wahltag folgendermaßen zusammen und lässt dadurch zumindest erahnen, welchen öffentlichen Stellenwert die NSDAP spätestens zu diesem Wahlerfolg in Halle vorweisen konnte: „Um das Wahlergebnis sobald wie möglich zu erfahren, gingen meine Tochter und ich gegen Abend in das gutbürgerliche Café David. Es war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Rundfunk gab pausenlos Stimmeregultate bekannt. Von gutbürgerlichem Benehmen war nirgends eine Spur, Jeder Stimmzuwachs der Nationalsozialisten wurde von einer dämonisch enthemmten Masse von Hysterikern aufgenommen. Das Reizwort ‚Demokratie‘ brachte die Enthemmten jedes Mal zur Raserei. Dieser Abend war wie ein Vorspiel zu allen kommenden nationalsozialistischen Versammlungen bis zu jener im Sportpalast, in der die besinnungslosen Massen sich von Goebbels zur Bejahung des ‚Totalen Krieges‘ fortreißen.“⁹³⁰

Eine nach der Wahl am 20./21. September stattgefundene Führerbesprechung der Standarte IV der NSDAP im hallischen NSDAP-Büro bekräftigte die Forderung der Partei an einer Regierungsbeteiligung und sah die Notwendigkeit einer immer stärkeren Propaganda, die jedoch kein Geld kosten dürfe, da die finanziellen Mittel des Gaues für solche Maßnahmen nicht ausreichten.⁹³¹ Am 27. Februar 1931 sprach der neue Gauleiter Rudolf Jordan auf einer NSDAP-Versammlung im Stadtschützenhaus über „Sturmzeichen über Deutschland“ und thematisierte die herrschende Erwerbslosigkeit und den aufgrund der aktuellen Verhältnisse drohenden Bürgerkrieg. Außerdem redete er von der Möglichkeit einer Eroberung Preußens, die für das ganze Reich ausschlaggebend sein könnte.⁹³² Ähnliche Ideen vertraten die Initiatoren des

⁹²⁸ Vgl. Paul, NS-Propaganda, S. 90ff.

⁹²⁹ VB, 15.9.1930.

⁹³⁰ Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Signatur SP-10, Lina Mayer-Kuhlenkampff, Politische Lebenserfahrungen einer Pädagogin. Lebenserinnerungen, geschrieben in den Jahren 1963-1965.

⁹³¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 I, Ib, Bl. 107.

⁹³² Vgl. HN, 4.3.1931. Zu Rudolf Jordan vgl. Höffkes, Gauleiter, S. 166-170; Hüttenberger, Gauleiter, S. 215; Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 284f.; Klee, Ernst (Hg.) Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt 2003, S. 290; Weiß, Hermann (Hg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt 2002., S. 245-246. Geb. am 21.6.1902 in Großlöder/Kreis Fulda als Sohn eines Kaufmanns und Kleinbauern, Ausbildung zum Volksschullehrer, 1925 Eintritt in die NSDAP (Mitgliedsnummer 4.871), 1929 einziger NSDAP-Stadtverordneter in Fulda, Ortsgruppenleiter, 1931-1937 Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, ab 1933 preußischer Staatsrat und M.d.R., 1937 Reichsstatthalter in Braunschweig-Anhalt, Gauleiter von Magdeburg-

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Volksbegehrens der Rechtsparteien auf „Auflösung des preußischen Landtages“, dessen Unterausschuss Halle-Stadt sich im März 1931 erstmals zu Vorbereitungen traf. Mit Nationalsozialisten und Verbänden wie Stahlhelm, Alldeutscher Verband etc. vereinte sie die Forderung, aus Preußen wieder ein Land der „Zucht, Sitte, Ordnung und Gottesfürchtigkeit“ zu machen.⁹³³

Hemmend für die laufende Arbeit waren immer wieder die wegen staatsfeindlicher Äußerungen erfolgten – teil mehrwöchigen – Verbote der NS-Zeitung „Der Kampf“ durch Verordnungen des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.⁹³⁴ Seit der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 galt es dazu auch Versammlungsverbote zu vermeiden. Nach Richtlinien der Polizei galten Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen, Filmvorführungen und Theatervorstellungen als gefährdet, wenn es dort jeweils zu bewussten Einwirkungen auf die öffentliche Meinung käme, wie bei links- und rechtsradikalen Parteien, z.B. bei rasekundlichen Vorträgen der NSDAP, Filmvorführungen der KPD und NSDAP sowie Theatervorstellungen der NS-Volksbühne oder der kommunistischen Agitproptruppe.⁹³⁵

Als Höhepunkt der hallischen Propagandaarbeit ist wohl der Besuch des Reichspropagandaleiters Joseph Goebbels am 31. September 1931 anzusehen, über den die hallische „Saale-Zeitung“ mit großer Begeisterung und Bewunderung für seine Redekunst berichtete.⁹³⁶ Seit seinem Amtsantritt ein Jahr zuvor war die Arbeit innerhalb der RPL in eine neue Phase übergegangen und sein Besuch sollte zeigen, dass man bemüht war, dem Gau mehr prominente Redner zuzukommen zu lassen.⁹³⁷ Auf der Hauptveranstaltung im Stadtschützenhaus sprach Goebbels zu den NS-Anhängern, wobei er nachdrücklich die Regierung Brüning angriff, die mit ihren Millionen-Schulden und der immens hohen Anzahl an Arbeitslosen ihre „Blankovollmacht“ aufgebraucht hätte. Notwendige Schlussfolgerung sei eine Regierung mit NSDAP und DNVP, denn der Nationalsozialismus sei der „letzte Versuch, den Untergang zu verhindern“, da er das

Anhalt und SA-Obergruppenführer, 1945 in Sowjetunion zu Freiheitsstrafe verurteilt, im Zuge der „Adenauer-Aktion“ 1955 entlassen, gest. 27.10.1988 in Haar.

⁹³³ SZ, 18.3.1931.

⁹³⁴ Vgl. BArch, NS 26/1037 zu den Verboten der Zeitung.

⁹³⁵ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I h, Nr. 1161, Bl. 5. Abschrift aus „Die Polizei“ vom 5.5.1931, Nr. 9 „Praktische Winke zur Durchführung der Notverordnung“.

⁹³⁶ SZ, 1.10.1931: „Dr. Goebbels, kaum einem in Deutschland unbekannt, von der Linkspresse verleumdet, angegriffen, gehasst und verfolgt, betritt unter donnernden Heilsrufen, von emporgereckten Armen begrüßt, die Bühne. Ein kleiner Mann. Fast verschwindet er neben den anderen. Aber wer in dieses Gesicht blickt, diese dunklen, tiefliegenden Augen sieht, den energischen Mund, spürt, daß hier ein Mensch, nicht mit gewöhnlichem Maß zu messen, vor ihm steht. Dann spricht er und hat bald die Hörer in Bann geschlagen. Scharf formuliert er die Sätze, mit unerbittlicher Logik folgen sich die Gedanken, mit verblüffender Klarheit steht die Folgerung da und reißt zu stürmischem Beifall hin.“

⁹³⁷ Vgl. BArch, NS 22/1051 (Brief von Gauleiter Jordan an Pg. Oberleutnant Schulz vom 25.8.1931). Im Vorfeld hatte Jordan bei der ROL ersucht, dass hinsichtlich des Besuches des bekannten Redners und dessen Auftritts in zwei Sälen noch ein anderer prominenter Redner vor Ort sei, damit man sich abwechseln könnte.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Volk vom „Abgrund der Verzweiflung“ zurückgerissen habe, womit Goebbels auf eine potentielle reichsweite Regierungsbeteiligung der NSDAP hinzielte.⁹³⁸

Bereits seit 1926 waren hallische Studenten Mitglieder im Nationalsozialistischen Studentenbund (NSDStB), der bei der Kammerwahl für das Sommersemester 1927 bereits zwei Sitze erlangen konnte.⁹³⁹ Ein Jahr später gehörten schon drei nationalsozialistische Studenten zum Allgemeinen Studentenausschuss (AStA). Mit dem Amtsantritt des neuen Reichsleiters des NSDStB Baldur von Schirach gründete sich 1928 auch die hallische Hochschulgruppe neu, die unter Führung des Medizinstudenten Joachim Mrugowski bei den Wahlen des Wintersemesters 1930/31 bereits 12 von 24 möglichen Sitzen erreichte und die führende Rolle in der Studentenschaft übernahm.⁹⁴⁰ 12 Sitze erlangte die nationalsozialistische Studentenschaft bei den Kammerwahlen der Universität im Mai 1931, so dass der „Völkische Beobachter“ das „Hakenkreuzbanner über der Universität“ erblickte.⁹⁴¹ Im Juli 1929 referierte Baldur von Schirach in einer öffentlichen Versammlung im Mars-la-Tour vor ca. 200 Anwesenden (vorwiegend Studenten) über das deutsche Volk, welches waffenlos und unfrei sei, und dass erst durch den Nationalsozialismus die „letzten und ärmsten Volksgenossen“ wieder eingliedert würden, und forderte unter anderem Vorlesungen über Wehrpolitik an den deutschen Hochschulen.⁹⁴² Als durch ein neues Statut des sozialdemokratischen preußischen Kulturministers Adolf Grimme 1930 die „Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg“ in „Vereinigte Universität Halle-Wittenberg“ umbenannt wurde, rief das unter der national gesinnten Studentenschaft starke Proteste hervor. Denn die Entfernung des monarchischen Namens stellte ein symbolisches Zeichen gegen das „Alte“, d.h. gegen die konservativen Strukturen der Hallischen Universität von Seiten der preußischen SPD – Regierung dar, die dem ursprünglichen monarchischen Bezugspunkt entgegentreten wollte. Der Besuch Grimmes am 5. Juli 1930 in Halle wurde daher von lautstarken Demonstrationen begleitet, bei denen nationalsozialistische Studenten auf dem Universitätsplatz aufmarschierten und Sprechchöre bildeten: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ – „Wir wollen einen deutschen Kulturminister.“⁹⁴³ In einer Presseerklärung lehnte der

⁹³⁸ SZ, 1.10.1931. Vgl. dazu auch Die Tagebücher von Joseph Goebbels (Hg. Elke Fröhlich), Juni 1931 - September 1932, München 2004, S. 113: 30.9.1931, „Abends rede ich in Halle. Magda fährt mit“, 1.10.1931: „Gestern: [...] Nach Halle. [...] Ich rede in 2 überfüllten Sälen, gut in Form. Rauschende Ovationen. Lange noch mit den Pgn. palavert.“

⁹³⁹ Universitätsarchiv Halle (UAH) Rep. 4 Nr. 1800.

⁹⁴⁰ Vgl. ebd. Zu Joachim Mrugowski vgl. *catalogus professorum halensis*: geb. am 15.8.1905 in Rathenow, gest. am 2.6.1948 in Landsberg am Lech (hingerichtet), Studium der Medizin und Biologie in Halle, 1933 wurde er Assistent am Hygienischen Institut der Universität Halle, ab 1937 Chef des Hygiene-Instituts der Waffen-SS und ab 1943 Oberster Hygieniker und Amtschef III beim Reichsarzt SS und Polizei, 1930 Eintritt in die NSDAP (Mitglied Nr. 210 049), 1930/31 Hochschulgruppenführer des NSDStB.

⁹⁴¹ VB, 24.6.1931

⁹⁴² SZ, 10.7.1929.

⁹⁴³ Ebd., 7.7.1930.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

NS-Studentenbund im Nachhinein die Verantwortung für die Vorfälle ab, welche sich ohne sein Vorwissen abgespielt hätten.⁹⁴⁴ Am 9. Februar 1931 beschloss der Senat der Universität in seiner Sitzung ein Verbot der NS-Hochschulgruppe bis zum 1. März 1931, „weil ihr Bestreben die akademische Disziplin gefährdet“⁹⁴⁵. Anlass hierfür gab ein Flugblatt des NS-Studentenbundes vom 4. Februar 1931 gegen die Berufung von Günther Dehn (1882-1970) auf den Lehrstuhl für praktische Theologie, der zuvor bereits von der Universität Heidelberg abgelehnt wurde. Auslöser der Auseinandersetzungen um seine Person war ein von ihm am 6. November 1928 in der Magdeburger Ulrichskirche zum Thema „Kirche und Völkerversöhnung“ gehaltenen Vortrag, in dem er sich theologisch zur Problematik des Krieges und zum Verhalten der Christen zum Krieg äußerte und auch die Frage aufwarf, ob „es richtig ist, daß die Kirche Gefallenendenkmäler in ihren eigenen Mauern errichtet“.⁹⁴⁶ Seine Magdeburger Ausführungen riefen vor allem in nationalen Kreisen im Nachhinein großen Protest hervor. Dehns Berufung nach Halle empfanden die nationalsozialistischen Studenten als parteipolitischen Schachzug des preußischen Kulturministers Grimme und entfachten mit ihrem Protest einen reichsweit Aufsehen erregenden Konflikt. In einer Protestversammlung des Hochschulringes deutscher Art, der Deutschen Studentenschaft und der Kampfzelle Hochschule Halle der NSDAP betonten die Teilnehmer, dass die Ablehnung von Dehn nicht aus wissenschaftlichen Gründen geschah, aber ein „Mann, der der Kriegsdienstverweigerung ‚im konkreten Fall‘ Berechtigung zuspreche und der den Gefallenen ein ehrendes Gedenken versage, gehöre nicht auf den Lehrstuhl einer deutschen Universität.“⁹⁴⁷ Zugleich bekannte sich die hallische Studentenschaft in ihrer Gesamtheit zum völkischen Gedanken und zum Kampf gegen eine preußische Regierung, „die das traditionsreiche Preußen zu einer Hochburg des Marxismus gemacht hat“, weshalb sie das Volksbegehren zur „Auflösung des preußischen Landtages“ unterstützte.⁹⁴⁸ Das

⁹⁴⁴ Vgl. ebd., 8.7.1930. Vgl. Reichelt, Silvio/Kranich, Sebastian, Martin Luther als evangelischer Schutzheiliger. Die Reformationsfeiern an der Universität Halle-Wittenberg 1927-1941, Teil 1: Die Feiern (Reichelt), S. 145-170. Teil 2: Reden und Redner (Kranich), S. 171-194, in: Tanner, Klaus / Ulrich, Jörg (Hg.), Spurenlese. Reformationsvergegenwärtigung als Standortbestimmung 1717-1983 (Leucorea-Studien, Band 17), Leipzig 2012, S. 150ff.

⁹⁴⁵ Dehn, Günther, Kirche und Völkerversöhnung – Dokumente zum Halleschen Universitätskonflikt, Berlin 1931, S. 46. Zur Person Günther Dehn: geboren 1882 in Schwerin, Studium der Theologie, 1911 Pfarrstelle in Berlin, 1926 Dr. h.c. der Universität Münster, 1935-1937 Dozent der Bekennenden Kirche, 1941/1942 in Haft, 1942-1945 Pfarrstelle in Ravensburg, nach dem Krieg ordentlicher Professor der praktischen Theologie in Bonn.

⁹⁴⁶ Dehn, Universitätskonflikt, S. 22. Vgl. auch den Einfluss des Vorfalls in „Der bewachte Kriegsschauplatz“ in: Ruckaberle, Axel (Hg.), Kurt Tucholsky – Das große Lesebuch, Frankfurt am Main 2011, S. 312f: „Es ist ungemein bezeichnend, dass sich neulich ein sicherlich anständig empfindender protestantischer Geistlicher gegen den Vorwurf gewehrt hat, die Soldaten Mörder genannt zu haben, denn in seinen Kreisen gilt das als Vorwurf. Und die Hetze gegen den Professor Gumbel fußt darauf, dass er einmal die Abdeckerei des Krieges, das Feld der Unehre‘ genannt hat.“

⁹⁴⁷ SZ, 24.2.1931.

⁹⁴⁸ Ebd., 4.3.1931.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

ausschlaggebende Flugblatt des NSDStB hatte den Theologen Dehn als Pazifisten bezeichnet, der „sein Volk zu Wehrlosigkeit und Feigheit erziehen will“. Dem akademischen Senat zufolge verstieß das Blatt „in höchstem Maße gegen die Ordnung und Sitten des akademischen Lebens“ und er stellte sich in einer Erklärung vom 21. Oktober 1931 hinter den angefeindeten Theologen⁹⁴⁹. Der seit 1927 erstmals wieder stattgefundenen Reformationsfeier am 31. Oktober 1931 blieb daraufhin die Studentenschaft fern und versammelte sich zu einem Gegen-Festzug. Der Redner der offiziellen Feierlichkeiten, der Germanist Prof. Georg Baesecke, wies später auf die Gefahren politischer Auseinandersetzungen an der Universität hin, welche dieser Schaden zufügen könnte. Im Kampf um den späteren Fortbestand der Universität konzentrierte man sich nun auf die Erinnerung Martin Luthers als „evangelischen Schutzpatron“ und strebte eine Umbenennung der Hochschule an, die schließlich im Herbst 1933 erfolgte.⁹⁵⁰

Zum Vorlesungsbeginn Dehns am 3. November 1931 kam es auf dem Universitätsplatz und im Löwengebäude zu lautstarken Störungen durch nationalsozialistische Studenten und deren Anhänger, die sich so weit verstärkten, dass Dehn und der anwesende Rektor Aubin den Raum unter Polizeischutz verlassen mussten.⁹⁵¹ Nachdem die Deutsche Studentenschaft zusammen mit dem Hochschulring an der Universität am 6. November 1931 den Rücktritt des Rektors forderte, stellte sich der Senat hinter Aubin, der nach den Vorfällen sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Eine Versammlung der Lehrkörper bekundete daraufhin dem Senat und dem Rektor ihr volles Vertrauen, versuchte jedoch gleichsam die Studenten wohlwollend zu stimmen, da sie „obwohl sie falsche Wege gegangen sind, von reinen edlen Gefühlen zum Vaterland und zu unserer Universität getrieben wurden“⁹⁵². Die Studentenschaft drohte jedoch weiter mit einem Boykott für das Sommersemester 1932, da sie keinen Hochschullehrer akzeptieren wollte, welcher ihr „Nationalgefühl“ beleidige.⁹⁵³ „Die Vossische Zeitung“ aus Berlin berichtete am Tag darauf unter der Überschrift „Universitätsfriede in Halle“ zu den hallischen Vorfällen am Vortag. Danach hatte die Resolution des Hochschulrings und der Deutschen Studentenschaft, unterschrieben von den beiden Vorsitzenden Giehler und Börner, den Rücktritt Aubins gefordert, allerdings auch weitere Demonstrationen zum „Wohl der Universität“ abgelehnt. In einer abendlichen Veranstaltung des NSDStB dominierten gegenüber den Studenten zahlreiche Angehörige der SA, vor denen Börner wohl nicht eingestand, dass man sich zur Absage jegliches

⁹⁴⁹ Dehn, Universitätskonflikt, S. 48 und S. 55.

⁹⁵⁰ Reichelt/Kranich, Martin Luther als evangelischer Schutzheiliger, S. 168f.

⁹⁵¹ Dehn, Universitätskonflikt, S. 68-69. Vgl. UAH PA 5296 Dehn.

⁹⁵² HN, 12.11.1931.

⁹⁵³ Ebd., 14.11.1931.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Kampfes verpflichtet hatte.⁹⁵⁴ Die Aufgabe der Studenten, geführt von „den beiden rechtsradikalen Studentenorganisationen“, wurde zugleich von einer weiteren überregionalen Zeitung, dem „Berliner Tageblatt“, als positiv bewertet.⁹⁵⁵ Dass jedoch an deutschen Hochschulen die Anhängerschaft der NSDAP, vor allem unter den Waffenstudenten recht groß war, hatten die für „wachsende Aggressivität“ sprechenden Unruhen unter anderem in Halle verdeutlicht.⁹⁵⁶

Noch im Herbst 1931 verfasste Dehn eine Schrift zum Konflikt in Halle, in der er abschließend die kommenden Ereignisse voraussah, gezeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen der Kirche und einem diktatorischen Regime. Die zugleich in der Veröffentlichung enthaltene Kritik am Umgang der Hochschullehrer mit der Studentenschaft hatte den Unwillen zahlreicher Kollegen zur Folge, was die Abkehr hallischer Theologen von Dehn mit sich brachte. In diesem nunmehr irreparablen Zustand beantragte Dehn schließlich Urlaub und einen Auslandsaufenthalt, der ihm Anfang Oktober 1932 gewährt wurde. Im April 1933 versetzte man ihn nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand. Bereits im Vorfeld hatten keinerlei Bemühungen bestanden, Dehn nach seinem Urlaub an die Universität zurückkehren zu lassen.⁹⁵⁷

Die Verhältnisse im NSDAP-Gau Halle – Merseburg waren von Beginn an niemals einheitlich gewesen, was sowohl an unterschiedlichen Strömungen in der Partei als auch an den Schwierigkeiten lag, die existierten, sobald Machtverhältnisse unterschiedlich ausgelegt wurden und die Führungsperson von Anfang an keinen gefestigten Stand innerhalb der vorgegebenen Strukturen besaß. So waren dem Regierungspräsidenten in Merseburg bereits 1930 Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NSDAP im Gau sowie eine Opposition bekannt, die sich gegen den damaligen Hinkler und dessen eigenmächtige Handlungsweise wandte.⁹⁵⁸ Schon im Vorfeld hatten sich Parteimitglieder wie der Parteigenosse Baasch aus Halle über die Zustände unter Hinkler beschwert, der als Gauleiter keine großen Sympathien hätte und Versprechungen nicht erfüllt habe. Finanziell standen die Verhältnisse im Gau scheinbar sehr schlecht, da

⁹⁵⁴ Vossische Zeitung, 7.11.1931 (Morgenausgabe): „Dieser Mangel an jedem persönlichen Mut und an Verantwortungsbereitschaft müßte die Studentenschaft endgültig davon überzeugen, wessen Händen sie ihren Kampf ‚für die Reinheit der Hochschule‘ und die akademische Würde anvertraut hatten.“

⁹⁵⁵ Berliner Tageblatt, 7.11.1931, in: GStA PK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 176, Bl. 88.

⁹⁵⁶ Staat und NSDAP 1930-1932, Quellen zur Ära Brüning (Bearb. Ilsa Maurer, Udo Wengst), Düsseldorf 1977, S. 245 (Denkschrift des Preußischen Polizeiinstituts über Kampfvorbereitung und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen, Anfang Dezember 1931).

⁹⁵⁷ Eberle, Martin-Luther-Universität, S. 36. Zum Konflikt um Dehn vgl. auch, Stengel, Friedemann, Wer vertrieb Günther Dehn (1882-1970) aus Halle?, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 114 (2003), S. 384-403; Stengel, Ausgeschlossen, S. 75-84 zu Günther Dehn. Vgl. auch Schmitt, Dorothea, Bücherverbrennung am 12. Mai 1933 in Halle, in: Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, hg. v. Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam, 2008.

⁹⁵⁸ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2048 I, Bl. 68f (Der Regierungspräsident am 5.7.1930 an den Oberpräsidenten).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Hinkler die Ortsgruppen und Parteigenossen ausbeuten würde, denen daher für Wahlpropaganda weniger Geld zur Verfügung stünde. Ihm wurde der Vorwurf gemacht, durch hetzerische Tätigkeiten 1926 an der Ablösung von Walter Ernst als Gauführer beteiligt gewesen zu sein, weshalb der an der Entwicklung der NSDAP im Bezirk maßgeblich beteiligte Karl Simon von dem ihm zustehenden Posten zurücktrat.⁹⁵⁹ Von Seiten der Gauleitung wurde Baasch der Vorwurf der Denunziation und des Verrats von Parteigenossen gemacht, während die Leitung seines Arbeitgebers Leuna ihm die Störung des Wirtschaftsfriedens durch politische Maßnahmen vorwarf, dem jedoch aufgrund seiner langjährigen Werkszugehörigkeit und der familiären Situation keine weiteren Konsequenzen drohten.⁹⁶⁰ Von seinen Gegnern brachte Hinkler dieser Vorfall starke Kritik ein, denn „der Beschluß, ob ein Denunziant usw. Gauführer der NSDAP sein kann, hängt davon ab, wie weit die moralische Zersetzung des Gaues durch die Tätigkeit Hinklers gediehen ist.“⁹⁶¹

Auch der mit den Nationalsozialisten eng verbundene Bund Artam (Freiwilliger Arbeitsdienst deutscher Jugend auf dem Lande) schrieb 1930 an den Reichsführer der SS und Mitglied des Bundes Heinrich Himmler über den Führerstreit im Gau Halle-Merseburg. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Person Paul Hinkler hatte wohl ein hallischer SA-Führer beschlossen zu Artam zu gehen, da man im Gau bisher nicht zur Ruhe gekommen war und eine „Reinigung von Seiten der Parteileitung“ notwendig sei.⁹⁶²

Wie auch Emil Danneberg Hitler im Oktober 1929 mitteilte, wäre der Gau aufgrund Hinklers Verschwendung von Parteigeldern stark verschuldet, zudem hatte die Ortsgruppe zur Stadtverordnetenwahl 1929 gefordert, anstelle des Postangestellten Walter Thießler als Kandidaten für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in der „Industriestadt [...] einen Handarbeiter“ aufzustellen.⁹⁶³ Hinkler selbst wehrte sich gegen die vorgebrachte Kritik und betonte die geschlossene Haltung der im Gau versammelten Gruppen ihm gegenüber.⁹⁶⁴ Es ist anzunehmen, dass die Rücktritte einiger Ortsgruppenleiter und die ihrer Mitarbeiter auf diese Art der Konflikte mit der Gauleitung zurückzuführen sind.⁹⁶⁵ Die Schwierigkeiten mit Hinkler und der

⁹⁵⁹ Vgl. BArch, NS 22/1051 (Brief von Pg. Friedrich Baasch aus Halle an Adolf Hitler vom 28.8.1928).

⁹⁶⁰ Vgl. KK, 15.2.1929: „Der Korruptionssumpf der Nazis – Familienzweist bei Hitler und Ko.“

⁹⁶¹ Vgl. BArch, NS 22/1051 (Brief an die Ortsgruppe der NSDAP von Emil Danneberg).

⁹⁶² Vgl. ebd. (Brief vom Bund Artam vom 28. Januar 1930 an Himmler).

⁹⁶³ BArch, NS 22/1051 (Brief von Emil Danneberg aus Halle an Adolf Hitler vom 9.10.1929 zur Kommunalwahl).

⁹⁶⁴ Vgl. ebd. (Brief von Pg. Willi Ritterbusch an die Reichsorganisationsleitung vom 19.11.1930); (Brief von Paul Hinkler an die Reichsleitung der NSDAP vom 25.11.1930).

⁹⁶⁵ Vgl. BArch, NS 22/1051. In einem Schreiben vom 24.11.1930 stellten Ortsgruppenleiter von Wittenberg van Riesen und Mitarbeiter sowie der Ortsgruppenleiter von Zahna Jacoby und Mitarbeiter ihre Ämter zur Verfügung. In einem Schreiben vom 24.11.1930 stellten der Ortsgruppenleiter von Schmiedeberg Fritz Perger und Mitarbeiter ihre Ämter zur Verfügung.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Gauleitung schienen auch über die Grenzen des Gaues hinauszugehen, denn auch von Seiten der RPL schrieb man im Kontakt mit Vertretern des Gaues Halle-Merseburg: „Dieses Mißtrauen, [...] ist typisch für den Geist der Gauleitung des Gaues Halle-Merseburg.“⁹⁶⁶ Ende Januar 1931 wurde Paul Hinkler schließlich von seinem Posten als Gauleiter abberufen und Rudolf Jordan aus Fulda als kommissarischer Gauleiter ernannt, der seine neue Wirkungsstätte gleichsam als „Schlachtfeld-Gau“ ansah, in dem es galt, die kommunistische Hochburg zu stürzen.⁹⁶⁷ Bei seinem Amtsantritt gehörten der Partei am 31. Januar 1931 im gesamten Gaugebiet 5.273 Personen an, während die hallische Ortsgruppe mit ihren sechs Sektionen 1.093 Mitglieder zählte.⁹⁶⁸

Innerhalb des Gaues war inzwischen die SA zu einer treibenden Kraft geworden. Obwohl der politischen Organisation der Partei untergeordnet, spielte sie bald eine eigenständige Rolle und war vor allem bei ihren Veranstaltungen und auf den Straßen präsent, wo sie die Geschlossenheit der Nationalsozialisten symbolisierten sollte.⁹⁶⁹ Generell war die SA von der allgemeinen Propaganda, d.h. vom Verteilen von Flugblättern und Plakaten etc., ausgeschlossen, sollte aber durch ihr geschlossenes öffentliches Auftreten eine eigene Form der Propaganda kreieren, um vor allem der Arbeiterbewegung wirkungsvoll und einschüchternd entgegenzutreten. Um die SA zu einer schlagkräftigen Organisation zu machen, war die gute und gleichmäßige Ausbildung aller Einheiten notwendig, demzufolge ein erster Sportlehrgang für SA-Führer vom 11. bis 21. Mai 1931 in Schochwitz stattfand, dem weitere Lehrgänge folgen sollten.⁹⁷⁰ Im Januar 1931 betrug der Anteil an Angehörigen der Industriearbeiterschaft der hallischen SA-Mitglieder 60%, 20% waren Handwerker und Handwerkerlehrlinge, 15% kaufmännische Angestellte und Lehrlinge, 4% Angehörige technischer und sonstiger Berufe sowie 1% Beamte und Behördenangestellte. 20% der Mitglieder bewegten sich in der Altersgruppe bis 20 Jahre, 60% und damit der größte Anteil war 20 bis 30 Jahre alt, 15% im Alter von 30 bis 40 Jahren und 5% über

⁹⁶⁶ Ebd., Brief von Strasser an den Gaugeschäftsführer Thießler vom 19.12.1930 in Bezugnahme auf dessen Schreiben vom 17.12.1930 mit dem Vorwurf, den Gauleiter Hinkler nicht zur Gauführerbesprechung am 6.12. zwecks Verbreitung eines Buches eingeladen zu haben.

⁹⁶⁷ Jordan, *Erlebt und erlitten*, S. 34. Vgl. SZ, 29.1.1931. Die Pressestelle des Gaues teilte mit, dass es danach am 27.1.1931 in München zu einer Unterredung zwischen Hitler und Hinkler gekommen sei, wobei die NS-Halbwochenzeitung „Der Kampf“ von Hitler als amtliches Organ der NSDAP für den Gau Halle-Merseburg unter Herausgabe von Hinkler bestätigt wurde.

⁹⁶⁸ Vgl. BArch, NS 22/1051. Zur Ortsgruppe Halle und Brief von Jordan an Strasser am 15.6.1931. Jordan berichtete dem Reichsorganisationsleiter von 2.113 Neuanmeldungen des laufenden Jahres.

⁹⁶⁹ Vgl. LHASA, MER Rep. C. 48 I e, Nr. 1155, Bl. 1 (Der Polizeipräsident an den Regierungspräsidenten am 3.10.1930). Besprechung der SA-Führer unter dem Führer der Standarte IV am 20. und 21.9.1930 im hallischen Gaubüro zwecks Aufklärung über zukünftiges Verhalten, was auf eine Regierungsteilnahme sowie eine Reichstagsauflösung ausgerichtet war. Für Propaganda standen jedoch keine Mittel zur Verfügung, weshalb sie aber nicht ausgeblendet werden sollte.

⁹⁷⁰ Vgl. BArch, NS 22/1051, *Die Führung*, Juni 1931, S. 12-13.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

40 Jahre alt.⁹⁷¹ Führer der hallischen SA-Standarte war Johannes Schäfer, dem mehrere SA-Stürme unterstellt waren, die 1930 in Halle zusammen ca. 300 Mitglieder aufwiesen, im gesamten Bezirk etwa 1.360 Mann.⁹⁷² Weniger entwickelt waren Anfang 1931 noch Kraftfahrer-, Sanitäts- und Meldetrupps, wobei Erstere in Halle einmal 15 Fahrzeuge und Letztere jeweils nur 14 bzw. 15 Mitglieder umfassten.⁹⁷³ SA-Mitgliederheime konnten bis Mitte 1931 im Regierungsbezirk nicht festgestellt werden, jedoch wurde mit dem Umzug der NSDAP-Geschäftsstelle zum 1. August 1931 an den Töpferplan 1 im sogenannten „Braunen Haus“ ein mit vier Betten ausgestatteter Raum eingerichtet, der für eine ständige SA-Wache vorgesehen war, die für den Schutz der Einrichtung sorgen und Aufgaben innerhalb und außerhalb des Gebäudes sowie Sanitätsdienst an verletzten Mitgliedern leisten sollte. Vor allem hinsichtlich der Bewachung des Gebäudes wurde eine verschärfte Kontrolle vorgesehen, da man von Seiten der im Viertel benachbarten Kommunisten Angriffe befürchtete.⁹⁷⁴ Vom neuen Gauleiter wurden die verantwortlichen Leiter des Gaués eingehend auf den „Endkampf“ eingeschworen. „Wenn“, so schreibt Jordan an die Ortsgruppenleiter, „in den nächsten Tagen an den Sonnenwendfeuern unseres Gaués am Flammenstoss erneut der feierliche Treueschwur für unser Volk zum Himmel emporsteigt, dann sollen es alle Feinde unseres Volkes vernehmen: Wir sind das kommende Deutschland! Wer Deutschland vernichten will, muss über unsere Leichen gehen!“ und ließ damit keinen Zweifel über die zukünftige Vorgehensweise aufkommen.⁹⁷⁵

Während bis 1930 die Organisation in den Gauen oft noch improvisiert war, hatte sich das Gaugefüge danach immer mehr gefestigt. Organisatorisch war der Gau im Januar 1932 in 17 Kreise aufgeteilt. Neben dem Gauleiter nahmen Walter Thießler (jun.) als hauptamtlicher Gau-geschäftsführer und Gaupropagandaleiter Hermann Demann innerhalb der verschiedenen Abteilungen entscheidende Posten ein.⁹⁷⁶ Was die Propagandaarbeit betraf, verstärkte der Gau ab 1931 sein Vorgehen, denn mit der von der RPL initiierten Verbreitung nationalsozialistischer Schallplatten mit Reden und Musik plante man die „Organisation des Kampfes für die rundfunkpolitischen Belange der nationalsozialistischen Bewegung“.⁹⁷⁷ Aufgabe der neu geschaffenen NS-Wirtschaftsstelle im Gau war es, NS-Schrifttum bei Kreisleitungen und Ortsgruppen

⁹⁷¹ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 1155, Bl. 20.

⁹⁷² Vgl. ebd., Bl. 9 (PP über Gliederung der SA im Bezirk Halle-Merseburg am 30.9.1930): Standarte IV, Standort Halle, Führer Johannes Schäfer, Sturm Nr. 4 Halle, Führer Richard Diedrich, ca. 100 Personen; Sturm Nr. 41 Halle, Führer Hans Polensky, ca. 100 Personen; Sturm Nr. 79 Halle, Führer Robert von Hagen, ca. 50 Personen; Sturm Nr. 95 Halle, Führer Kurt Reisbach, ca. 50 Personen.

⁹⁷³ Vgl. ebd., Bl. 14ff. (PP an RP am 20.1.1931).

⁹⁷⁴ Vgl. ebd., Bl. 46f.

⁹⁷⁵ BArch, NS 22/1051, Die Führung, Juni 1931, S. 1.

⁹⁷⁶ Vgl. ebd., Die Führung, Januar 1932, S. 3-4.

⁹⁷⁷ Vgl. BArch, NS 22/1051, Die Führung, Juni 1931, S. 2; ebd., Die Führung, Juli 1931, S. 9.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

vermehrt zu verbreiten. Problematisch gestaltete sich weiterhin die finanzielle Lage der Ortsgruppen im Gau, was besonders aus den zum Teil fehlenden Beitragszahlungen resultierte, auf welche die Partei unbedingt angewiesen war. Eine Möglichkeit, diesen Engpässen zu begegnen, war die Einrichtung eines „Opferringes“, für den durch die Ortsgruppen Mitglieder geworben werden sollten, die sich finanziell durch ihre Mitgliedschaft an der Arbeit der NSDAP beteiligen konnten. In Form der von der Partei bevorzugten Einzelwerbung sollten potentielle Mitglieder gezielt mit den Parteizielen konfrontiert werden und an erster Stelle der Hinweis auf die NSDAP als „das letzte Bollwerk gegen den Bolschewismus“ gebracht werden.⁹⁷⁸ Zur Mitgliederschulung hatte die Gauleitung die Einrichtung von Schulungskursen beschlossen, in denen Parteigenossen mittels Referenten politisches Wissen und Handeln mit Politik und Staat vermittelt werden sollte. Mit Gründung einer Abteilung für Rasse und Kultur bei der Reichsleitung erfolgte auch im Gau Halle-Merseburg die Einrichtung eines Gauberaters für Kultur- und Rassefragen mit dem Ziel, „die verschütteten Quellen deutschen Volkstums freizulegen und das Dritte Reich im Sinne unseres obersten Führers vorbereiten und gestalten zu helfen“. Hauptzweck dieser neuen Abteilung und ihrer Lehrgänge war es, die nationalsozialistische Weltanschauung den eigenen Anhängern näherzubringen, um sie vor allem auch in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern sicherer agieren zu lassen, worin allem Anschein nach noch größerer Bedarf bestand. Um gegen Defizite in der Verbreitung nationalsozialistischer Grundsätze im nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm vorzugehen, wurde angeregt, Persönlichkeiten aus den Bereichen der Industrie, der Landwirtschaft und Gewerbetreibende einzuladen.⁹⁷⁹ Nach dem Scheitern des Volksentscheides zur Auflösung des preußischen Landtages galt es für die NSDAP, die geleistete Propagandaarbeit im gleichen Maße fortzuführen. Der Merseburger Wahlkreis hatte in Preußen eine Spitzenposition eingenommen, was die Nationalsozialisten im Gau zum Großteil als persönlichen Erfolg ansahen, da sie trotz bescheidener Mittel unzählige Versammlungen durchgeführt hatten. Um auch zukünftig auf eine große Anzahl an Personen einzuwirken, sollten die Durchführung von Veranstaltungen und die Werbung neuer Mitglieder nicht nachlassen. Zu den Sprechabenden der Partei sollten NSDAP-Mitglieder daher ein Nichtmitglied mitbringen, um im kleinen Kreis für eine Mitgliedschaft zu werben. Im Hinblick auf den besonderen Einfluss der Kommunisten im Gau Halle-Merseburg sollten bei NSDAP-Veranstaltungen Redner ausschließlich gegen die KPD eingesetzt werden, um „die

⁹⁷⁸ Ebd., Die Führung, Juli 1931, S. 2-4.

⁹⁷⁹ Ebd., Die Führung, Juni 1931, S. 1-14.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

stärkste Partei im Gau bis zum Preußenwahlkampf mittendurch gehauen zu haben. Alles andere Gerümpel nehmen wir zwischendurch noch mit.“⁹⁸⁰

Angesichts des reichsweit größten SA-Treffens in Braunschweig im Oktober 1931 versuchte Gauleiter Rudolf Jordan die Nationalsozialisten zu mehr Aktivismus zu bewegen, da von allen „große Opfer“ verlangt werden müssten.⁹⁸¹ Der finanzielle Druck, der auf Gauschatzmeister Karl Richter lastete, zwang ihn, die NS-Anhängerschaft hinsichtlich des Endkampfes zur Straffung und Konzentration aller Ausgaben einzuspannen, weshalb in jenem Herbst von Seiten aller Abteilungen des Gaues zur Mobilisierung aufgerufen wurde. Neben den Sprechabenden und „Deutschen Abenden“ der NSDAP sollte in Konzerten die seit dem 15. September 1931 neu gebildete SA-Kapelle zum Einsatz kommen, vor allem auch, um „unseren erwerbslosen Musikern Arbeit und Brot zu verschaffen“.⁹⁸² Klaged hatte sich Gaubetriebszellenobmann Heinrich Bachmann im August 1931 über die Organisation der Betriebszellen geäußert, die nicht zu seiner Zufriedenheit erfolgte, beziehungsweise fast gar nicht existierte. Mit dem Hauptziel der Zerschlagung des Marxismus ging die politische Eroberung der Betriebe einher, in denen sich die Arbeiterschaft des Bezirkes konzentrierte, so dass der Kampf gegen den „Betriebs-Marxismus“ einmal mehr als dringend angesehen wurde, da er noch nicht den Stand erreicht hatte, der anderen Gauen entspräche.⁹⁸³ Mit einer sechswöchigen Großaktion unter dem Motto „Gegen Bolschewismus und Reaktion“ leitete der Gau Halle-Merseburg schließlich im Januar 1932 einen Großkampf ein, dessen äußerst hochgestecktes Ziel es war, die Mitgliederzahl um 10.000 zu erhöhen, den Abonnentenstamm ihrer Parteizeitung zu verdoppeln sowie die Anzahl der Betriebszellen um 100% zu steigern, da man mit der bisherigen Mitgliederzahl im Gau keineswegs zufrieden war.⁹⁸⁴ Nach der für die Nationalsozialisten unbefriedigenden Novemberwahl von 1932 referierte Gaupropagandaleiter Hermann Demann der RPL über den im Gaugebiet stattgefundenen Wahlkampf und die Wahlmüdigkeit, die aufgrund mehrerer Wahlen des Jahres bei der Anhängerschaft eingetreten war. Die anderen Parteien hatten ihre Propaganda während des Wahlkampfes ausdrücklich gegen die NSDAP gerichtet, während die eigene Propagandaarbeit im Gau vor allem wegen der unbefriedigenden finanziellen Situation stagnierte. Es war dem Gau nicht möglich gewesen, mit eigenen Mitteln Flugblätter etc. zu drucken, und von der Reichsleitung angefordertes Material war erst nach einem zweiten Schreiben – jedoch zu

⁹⁸⁰ BAArch, NS 22/1051, Die Führung, August 1931, S. 5-6, 10-12.

⁹⁸¹ Ebd., Die Führung, Oktober 1931, S. 1.

⁹⁸² Ebd., S. 9, 20f.

⁹⁸³ Ebd., Die Führung, August 1931, S. 14f. Als Kampfblatt für die NSBO hat die Reichsbetriebszellenabteilung die vierzehntägig erscheinende Zeitschrift „Arbeitertum“ herausgegeben.

⁹⁸⁴ Vgl. ebd., Die Führung, Januar 1932, S. 1-15.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

kurzfristig – vor der Wahl zugeschickt worden. „Die Stimmung ist [dessen ungeachtet] in keiner Hinsicht etwa pessimistisch oder hoffnungslos, alles sieht gespannt nach München und erwartet von dort aus die weiteren Maßnahmen bzw. Anweisungen zum Handeln.“⁹⁸⁵

Die finanzielle Lage im Gau war nie sehr günstig, so dass die damit verbundenen Probleme die Arbeitsweise der Parteiorganisation bis zur „Machtergreifung“ prägten. Noch im Januar 1933 betonte Thießler die starken Gegensätze zwischen NSDAP und Stahlhelm, wodurch „irgendwelche Finanzquellen für die NSDAP verstopft waren. Da auf der einen Seite unser Gaugebiet Industriegebiet und ein Gebiet ist, das vorherrschend mit kleinen Bauern in landwirtschaftlicher Hinsicht bevölkert ist, so hat sich die Finanzierung der Organisation stets als ein besonders schwieriges Kapitel ergeben.“ Zusätzliche Schwierigkeiten hatten darin bestanden, dass besonders zu Zeiten von Wahlkämpfen ein Großteil der Ortsgruppen Zuschüsse von Seiten der Gauleitung erhalten hatte, was zu einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Situation beigetragen hatte. Von 2.968 NSDAP-Mitgliedern im Stadtkreis Halle waren daher 689 nicht in der Lage, ihre Mitgliedsbeiträge zu zahlen, auf deren Beiträge die Reichsleitung jedoch nicht verzichten konnte.⁹⁸⁶

„Das rote Halle marschiert mit Ernst Thälmann“ – „Der gestrige Tag hat bewiesen, daß proletarischer Kampfgeist, revolutionäre Energie und Begeisterung Zehntausende von Menschen mitzureißen vermögen. [...] Die Tatsache, daß der rote Arbeiterkandidat Ernst Thälmann in Halle, dem roten Herz Mitteldeutschlands, sprechen wird, hat einen Massenaufmarsch zur Folge gehabt.“⁹⁸⁷

1.2 Mobilisierung des sozialistischen Lagers: KPD, RFB und Reichsbanner

Die Mitgliederzahl der KPD lag im Mai 1923 im Bezirk Halle-Merseburg bei 19.404 in 254 Ortsgruppen, d.h., es waren inzwischen 32 Ortsgruppen mehr als im Juli 1922. Ein unmittelbarer Anstieg der Mitgliederzahlen konnte jedoch nicht verzeichnet werden, da es nach eigenen Angaben wegen Arbeitslosigkeit und der „starren Einstellung vieler unserer Parteigenossen“ auch zu Parteiaustritten gekommen war.⁹⁸⁸ Was die Situation in der hallischen Ortsgruppe betraf, konnte die Bezirksleitung nicht zufrieden sein, sowohl hinsichtlich deren Organisation als

⁹⁸⁵ Vgl. BArch, NS 22/1051 (Gaupropagandaleiter Demann an die RPL der NSDAP vom 9.11.1932), S. 1-7.

⁹⁸⁶ Ebd., NS 22/259 (Brief von Thießler an die ROL vom 11.1.1933) über die Finanzlage des Gauers und vgl. Antwort der obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP (PO) vom 19.1.1933.

⁹⁸⁷ KK, 8.4.1932.

⁹⁸⁸ Schumann, Politische Gewalt, S. 173; SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/18, Bl. 114ff. (Monatsbericht April), Bl. 143 (Monatsbericht Mai 1923); ebd., RY 1/I 3/11/31, Bl. 9 (Monatsbericht Juli 1922).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

auch die rückläufigen Mitgliederzahlen betreffend.⁹⁸⁹ Anfang 1923 wurde der Versuch zur Bildung sogenannter „Proletarischer Hundertschaften“ unternommen, konzipiert als antifaschistische Abwehrformationen zur Sammlung bisher unorganisierter Arbeiter und SPD-Mitglieder auf betrieblicher Basis. Es bestand jedoch bei den Arbeitern eher Zurückhaltung, so dass der hallische Polizeipräsident wegen Schwierigkeiten bei der Aufstellung von ihnen keine Gefahr ausgehen sah.⁹⁹⁰ Ende Mai 1923 gab es im Parteibezirk dreizehn Betriebshundertschaften, davon fünf in Halle.⁹⁹¹ Bereits am 12. Mai 1923 waren die Hundertschaften in Preußen verboten, da sie sich staatliche Hoheitsrechte anmaßen, militärische Feld- und Exerzierübungen machen und als „Grundstock und Rückgrat einer zukünftigen roten Armee anzusprechen sind.“⁹⁹² In Sachsen und Thüringen besaßen sie hingegen ihren Schwerpunkt, wobei die KPD immer wieder dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt war, durch die Hundertschaften eine Einheitsfront zu schaffen und dadurch die SPD zu zersetzen. Trotzdem war dieses Zusammenspiel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zumindest auf der unteren Mitgliederebene eine Form gegenseitiger Frontstellung gegen die wehrhaften Formationen der Rechten.⁹⁹³ Im Zuge der Mitte August 1923 stattgefundenen „Cuno-Streiks“ trieb die KPD die Bildung der „Proletarischen Hundertschaften“ voran, einmal zur Sicherung der Kommunikation zwischen Streikleitungen und andererseits gegen Übergriffe von der Schutzpolizei. Der Polizeipräsident und die Bezirksleitung waren sich über den Zustand der Hundertschaften einig, wonach sie im Entwicklungsstadium waren und meist jugendliche KPD-Mitglieder besaßen, ähnlich wie in den Gruppen der „Märzaktion“, in denen sich meist politisch unerfahrene, junge, eher gewaltbereite Männer befanden.⁹⁹⁴ Der Berliner Genosse Wienand Kaasch machte 1924 das Nichtvorhandensein eines Broschürenvertriebs durch die Partei in den Betrieben als Zeichen organisatorischer Schwäche im Bezirk aus. Deshalb sollte dringend eine Neuorganisation stattfinden, um einen Massenvertrieb billiger Broschüren und Flugschriften gegen Sozialdemokraten und Faschisten zu schaffen. Nachdem kurz zuvor in Leuna für mehrere 1.000 Arbeiter der Neunstundentag eingeführt worden war, war die Partei nicht imstande einen Kampf zu organisieren, wie schlecht besuchte Versammlungen zur Arbeitszeitverlängerung zeigten, so dass es keinen

⁹⁸⁹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/10: „Die Ortsgruppe ist organisatorisch nicht auf der Höhe. Die Funktionäre sind passiv. Die Mitgliederzahl geht zurück. Die Bezirksleitung ist sich einig darüber, die Verhältnisse der Ortsgruppe abzuändern.“

⁹⁹⁰ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 174-175; LHASA C 20 Ib, Nr. 5228, Bl. 28: Der PP an Meldestelle beim OP am 8.5.1923. Zuvor bereits Bl. 20 (Der PP an Meldestelle beim OP am 26.3.1923 über den Rückgang bei der Aufstellung der Hundertschaften).

⁹⁹¹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/18, Bl. 158-162.

⁹⁹² KK, 16.5.1923

⁹⁹³ Vgl. dazu Voigt, Carsten, Kampfbünde der Arbeiterbewegung: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933, Köln 2009, S. 83-97.

⁹⁹⁴ Schumann, Politische Gewalt, S. 188.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Protest gegen diese Neuerung gab.⁹⁹⁵ Auch die sogenannte Leuna-Zelle war Berichten zufolge keine richtige Betriebszelle, sondern bestand nur aus einer kleinen Zahl von Genossen. Noch im Oktober 1923 schien es sich um eine gut arbeitende Betriebsfraktion zu handeln, doch nach dem „deutschen Oktober“ und den Auseinandersetzungen um die Reichsexekution in Sachsen wurden die dortigen Genossen gemäßregelt und es blieb wohl nur eine geringe Anzahl guter Genossen im Betrieb. Was die Bildung von Betriebszellen erschwerte, waren der Mangel an Funktionären im Betrieb, eine passive Haltung des Betriebsrates mit den im März gewählten 17 Kommunisten und die räumliche Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort mit teilweise 50 km, hinzu kamen Unterdrückungsmethoden der Direktion. Deshalb versuchte man auch in Orten, wo Leuna-Arbeiter wohnten, örtliche Vertrauensleute der Leuna-Zelle zu schaffen.⁹⁹⁶ Die kommunistische Betriebszeitung der „Leuna-Prolet“ hatte bei ihrer ersten Nummer noch eine Auflage von 3.000, ab der zweiten Ausgabe ging die Werksleitung jedoch gegen die Verbreiter vor und nach der nächsten Nummer sollte jeder Arbeiter, der im Besitz der Zeitung war, entlassen werden. Gerade das Umfeld der Leunawerke „mit seinen Unglücksfällen, seiner Ausbeuterwirtschaft, seiner Werkspolizei“ war von kommunistischer Seite als besonders gut geeignet angesehen worden, um die Belegschaft zu beeinflussen.⁹⁹⁷

Nachdem sich am 22. Februar 1924 in Magdeburg das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Bund republikanischer Kriegsteilnehmer gegründet hatte, berichtete das „Volksblatt“ von der Gründung einer hallischen Gruppe des Reichsbanners, in die Kommunisten nicht aufgenommen werden dürften. Mit der Gründung in Magdeburg befand man sich im Gründungsort des Stahlhelms, dessen „gemäßigter“ Zweig zwar vor Ort agierte, dem man aber einen Gegner gegenüberstellen wollte, um sich gegen die rechte Präsenz auf der Straße zu wehren. Von den Kommunisten wurde die Reichsbannerbewegung erwartungsgemäß als eher schwach und passiv eingeschätzt.⁹⁹⁸ Das Reichsbanner selbst bildete kaum ein Ziel der rechten Wehrverbände und hatte auch keine eigene Offensive gegen rechts entwickelt.⁹⁹⁹

Unzufriedenheit nach dem Scheitern der Großen Koalition beförderte 1930 innerhalb des Reichsbanners die Stimmungsmache gegen DDP und Zentrum. Gerade der DDP warf man vor, sich vielerorts in einem sogenannten Bürgerblock mit DVP und DNVP gegen die Linke zusammenzuschließen, woraufhin die Demokraten zur Abwehr aufriefen. In einer

⁹⁹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/19, Bl. 7 (Bericht über Halle-Merseburg vom 17.6.1924).

⁹⁹⁶ Vgl. ebd., Bl. 8f.; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2041/II, Bl. 21 (Der RP an den OP am 28.3.1930): Bei den Betriebsrätewahlen 1930 erreichten die Kommunisten nur 11 Sitze.

⁹⁹⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 168.

⁹⁹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16 (Politischer Bericht der BL September/Okttober 1926), Bl. 44; ebd., RY 1/I 4/2/6, Bl. 2 (Aus Protokoll der Besprechungen mit einzelnen Bezirken am 25. 2.1925).

⁹⁹⁹ Schumann, Politische Gewalt, S. 210ff; KK, 20.5.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Mitgliederversammlung des hallischen Reichsbanners vom 16. Mai 1930 trat der Landtagsabgeordnete Alex Möller für die Umwandlung des Reichsbanners in eine republikanische Schutzwehr ein und forderte explizit die Anbindung an die SPD, „gegen die Grundlagen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die politische Bewegungsfreiheit der ihm angeschlossenen Parteien zu wahren“. Nachdem eine EntschlieÙung, vorgetragen durch den zweiten Vorsitzenden der Ortsgruppe Alwin Klemich, mit Mehrheit angenommen worden war, setzte der Bundesvorstand Möller als Gauvorstand ab. Das führte wiederum zur Spaltung des hallischen Reichsbanners während einer Versammlung vom 28. Mai 1930, wobei sich die Mehrheit dem neuen SPD-Schutz anschloss und die Mitglieder des Jungbanners nahezu vollständig zu den Jungsozialisten und zur SAJ übertraten. Kritik an der Vorgehensweise der SPD äußerten die dem Reichsbanner zugehörigen Demokraten, welche die von Möller gehaltene Rede als „völlig einseitig“ und „nur die sozialistische Auffassung wiedergebend“ einordneten und daraufhin Beschwerden an den Bundesvorstand des Reichsbanners richteten.¹⁰⁰⁰ Aus dem SPD-Schutz entstand Anfang der 30er Jahre in Halle eine sogenannte Kampfstaffel, die sich am Vorbild derer in Leipzig orientierte und die vor allem Mitglieder der SAJ und jüngere Aktivisten rekrutierte, um „verjüngt“, sportlich und sozialistisch geschult den Verbänden der NSDAP gegenüberzutreten.¹⁰⁰¹ Nach letzten Angaben aus den Reihen der KPD auf dem Bezirksparteitag im Dezember 1932 besaßen die Sozialdemokraten im Bezirk ca. 16.000 Mitglieder und hatten einen großen Einfluss innerhalb der Gewerkschaften. Schon 1928 wurde KPD-intern bemerkt, dass die Besonderheit im Bezirk die Besetzung wichtiger Gewerkschaftspositionen war und dahingehend vorwiegend der Kampf zwischen SPD und KPD ausgetragen wurde. Gleichzeitig wurde der „Klassenkampf“ von der Berliner KPD-Zentrale darauf hingewiesen, dass die Kampagne gegen den Bürgerblock und besonders gegen die SPD in inneren Teilen der Zeitung nicht genügend geführt wurde.¹⁰⁰² Vier Jahre zuvor war es mit 16.643 Mitgliedern eine ähnliche Anzahl an Sozialdemokraten im Bezirk Halle-Merseburg gewesen, darunter 2.771 Personen im Unterbezirk Halle und schon zu diesem Zeitpunkt gab die KPD zu, diese Entwicklung unterschätzt zu haben.¹⁰⁰³ Für das Reichsbanner kritisiert Benjamin Ziemann entgegen der „Militarisierungsthese“, dass es gerade bei

¹⁰⁰⁰ PW, 25.5.1930. Zur Erklärung von Klemich: „Wir fordern vom Bundesvorstand eine eindeutige Erklärung darüber, ob er gewillt ist, den energischsten Kampf gegen die republikfeindliche Regierung Brüning und alle in republikanischen Parteien vorhandenen Bestrebungen, die den Bestand der Republik gefährden, aufzunehmen. [...] Falls diese Erklärung nicht erfolgt, sieht sich die Ortsgruppe Halle gezwungen, ihre Umwandlung in eine republikanische Schutzwehr unter Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei vorzunehmen“; Voigt, Kampfverbände der Arbeiterbewegung, S. 439.

¹⁰⁰¹ Voigt, Kampfverbände der Arbeiterbewegung, S. 444f. Der Verfasser erwähnt neben den Leipziger Gründungen der Kampfstaffeln auch entsprechende Organisationen an anderen Orten, wie z.B. in Halle.

¹⁰⁰² Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/7, Bl. 6 (Bericht der BL Halle-Merseburg der KPD zum Bezirksparteitag am 3. und 4. 12.1932 in Halle).

¹⁰⁰³ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/40, Bl. 80 (Politischer Bericht für November 1928-März 1929).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Durchsetzung militaristischer Formen etliche Akzeptanzschwierigkeiten gegeben habe, die sich erst mit der verstärkten Konfrontation mit der NSDAP etwas legten. Zudem existierte während der gesamten Weimarer Zeit eine Spannung zwischen dem Anspruch, ein antimilitaristischer Verein sein zu wollen, und dem militaristischen Auftreten nach außen hin. Denn auch in Reichsbannerkreisen erkannte man die Bedeutung der „militaristischen“ Symbole und versuchte sich diesen anzunähern, was auch das verhältnismäßig große Engagement in Kleinkaliberschießvereinen verdeutlichte.¹⁰⁰⁴

Bereits vor der Gründung des Reichsbanners hatte in sozialdemokratischen Kreisen die Idee bestanden, eine eigene Selbstschutzorganisation ins Leben zu rufen. Im Juni und Juli 1923 hatten die sozialdemokratischen Funktionäre Reinhold Drescher, Georg Petersdorff und Willi Rößler vom Deutschen Metallarbeiterverband einzelne Schreiben an den sozialdemokratischen preußischen Innenminister Carl Severing verfasst, in denen sie sich zum offensiven Auftreten des Stahlhelms und der damit verbundenen Erregung innerhalb der Arbeiterschaft äußerten. Sie forderten von Severing, sich intensiv mit dem „Stahlhelmrummel“ auseinanderzusetzen und ihm entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Auslöser waren unter anderem vorangegangene gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Stahlhelmen und Gewerkschaften am Ende eines „Deutschen Tages“ des Stahlhelms in Eisleben. Die Aufmärsche des Wehrverbandes hatten unter der Arbeiterschaft große Unruhe und Forderungen nach Unterstützung von Seiten der Regierung hervorgerufen. Hatte man sich im Vorfeld noch verwehrt, mit den Kommunisten in den proletarischen Hundertschaften zusammenzuarbeiten, gab es inzwischen Kreise, die einem Zusammengehen mit den Kommunisten zur Abwehr der rechten Verbände durchaus positiv gegenüberstanden. Severing riet in seinem Antwortschreiben zu Ruhe, um durch nervöses Auftreten die andere Seite nicht zu provozieren, und lehnte ein Bündnis mit der KPD als das „denkbar ungünstigste“ ab.¹⁰⁰⁵ Die Schreiber der Briefe sahen die vermeintliche Ruhe seit den Auseinandersetzungen zu Beginn der 20er Jahre nunmehr als gefährdet an und empfanden die andauernden Aufmärsche und Veranstaltungen der Rechten als Form höchster Provokation. Daher wuchs das dringende Anliegen, diesem Benehmen gegenüberzutreten. Dies galt nicht nur für die Sozialdemokraten, die ihrerseits auch innerhalb der KPD ein Erstarken

¹⁰⁰⁴ Ziemann, Benjamin, Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933, Bonn 2011, S. 49ff. Vgl. Voigt, Kampfbünde, S. 266-269.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachlass Carl Severing 235, Bl. 14f.: Deutscher Metallarbeiterverband, Halle, 2.7.1923 an K. Severing und Antwort Severing 3.7.1923; Bl. 17: Georg Petersdorff an K. Severing, Halle, 28.6.1923; Bl. 18: Reinhold Drescher, Halle, 26.6.1923. Zu Reinhold Drescher vgl. http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php?id=40500; zu Georg Petersdorff: 1881-1959, seit 1922 in Halle, Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins, 1926 Umzug nach Düsseldorf, Gausekretär Rheinland und Ostwestfalen, KZ Buchenwald.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

wahrnahmen. Zwar wurde letztlich kein Bündnis mit den Kommunisten eingegangen, aber der „sozialdemokratische Selbsthilfegedanke“ war aus diesen Vorgängen entsprungen.¹⁰⁰⁶ Zur selben Zeit richtete Reinhold Drescher im Auftrag der SPD-Bezirksorganisation ein Schreiben an die Bezirksorganisation der KPD, nach deren Bitte um eine gemeinsame Aussprache. Zunächst bekannten sich die Sozialdemokraten ebenso wie die Kommunisten zur Notwendigkeit der „Bekämpfung der jetzt bestehenden reaktionären Formationen“ und dem daraus resultierenden Vorteil eines vereinigten Proletariates. Allerdings machten sie eindeutig klar, dass man sich nicht nach den Vorgaben des kommunistischen ZKs, von der SPD formuliert, nur nach Vorgaben von „deutschen Leitungen“ richten würde. Außerdem wurde wiederholt Wert daraufgelegt, dass jegliche Form der Abwehr von Seiten der Sozialdemokratie immer nur dem Schutz der Republik und der Verfassung diene. Somit war relativ eindeutig festgeschrieben, dass gemeinsame Aktionen beider Parteien, wenn überhaupt, zukünftig nur in sehr geringem Maße stattfinden konnten. Schon die schriftlichen Äußerungen der SPD haben die Punkte dargelegt, wegen derer es zukünftig zu keinem größeren gemeinsamen Engagement bzw. gar einer Vereinigung kommen konnte.¹⁰⁰⁷

1923 war innerhalb der Sozialdemokratie ein Höhepunkt der Flügelkämpfe zwischen Parteilichheit und Linksopposition festzustellen, wobei sich Letztere nicht als antidemokratisch verstanden, aber anstelle von Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien eine Oppositionspolitik anstrebten, was aufgrund des Kurses der Berliner Parteiführung um 1923/1924 eine starke Strömung der Linksoppositionellen unter Paul Levi hervorgerufen hatte.¹⁰⁰⁸ In diesem Zusammenhang ist auch der „Hallenser Parteikonflikt“ um die Entlassung des „Volksblatt“-Redakteurs Schulz zu sehen, der vom oppositionellen Bezirksvorstand der SPD wegen verleumderischer Artikel abgesetzt wurde. Allerdings dauerte dieser Zustand des „linken Interregnum“ nur kurze Zeit an, da in einer hallischen Mitgliederversammlung dem Redakteur mehrheitlich das Vertrauen ausgesprochen wurde und er daher auf direkte Anweisung des Parteivorstandes wieder eingesetzt wurde.¹⁰⁰⁹

¹⁰⁰⁶ Vgl. Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 35ff.

¹⁰⁰⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/53, Bl. 44 (An die Bezirksorganisation der KPD am 19.7.1923): „Eine Beratung mit ihnen über etwaige gemeinsame Verwendung der Abwehrorganisationen hat nur dann Sinn, wenn die Zweckbestimmung der von ihnen geschaffenen, die gleiche, wie der unsrigen ist. Nur wenn man den gleichen Zweck verfolgt, kann man sich über etwaige Maßnahmen verständigen. Dies offen aussprechend, erwarten wir eine ebenso offene Antwort.“

¹⁰⁰⁸ Klenke, Dietmar, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen und organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, Münster 1989, S. 414-432. Zum Konflikt innerhalb der SPD vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 696ff.

¹⁰⁰⁹ Vgl. ebd., S. 70 und S. 258.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Das vielbeschworene Dilemma der Sozialdemokratie bestand während der gesamten Weimarer Zeit zwischen der Wahrung der Interessen der Parteibasis und dem Ziel der Verteidigung der Republik von Weimar. Immer wieder war sie der Kritik aus eigenen Reihen und von der KPD wegen der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ausgesetzt. Heinrich August Winkler schreibt vom „ideologischen Legitimationsdruck“, dem die SPD seit dem Entstehen und Erstarren der KPD links von ihr ausgesetzt war, so dass die Weimarer Zeit für die Sozialdemokraten die Suche nach einem Konzept bedeutete, welches ihre Stellung als Stütze der Republik mit ihrem Charakter als proletarische Klassenpartei vereinen konnte.¹⁰¹⁰ Mit dem Görlitzer Parteiprogramm der SPD von 1921 hatte sich die Partei zwar auf Veränderungen gegenüber dem Parteiprogramm Erfurt von 1891 eingelassen, jedoch blieb der Begriff „Klassenkampf“ erhalten. Man bekannte sich zur Republik und öffnete sich ebenso gegenüber anderen Schichten über das Industrieproletariat hinaus und war noch mehr auf eine Abgrenzung zu USPD und KPD bedacht. Die Schwierigkeiten für die SPD bestanden in der Gewinnung des „Neuen Mittelstandes“, da man sich zu stark gegenüber dem Proletariat abgrenzen musste, und die marxistischen Traditionen erschwerten den Abbau von antisozialistischen Vorurteilen bei Beamten und Angestellten. Das Heidelberger Programm von 1925 zeugte dahingegen wieder von mehr Einfluss des linken Flügels nach der Wiedervereinigung der Rest-USPD mit den Mehrheitssozialdemokraten und griff ursprüngliche Ziele der Arbeiterklasse auf, jedoch mit dem Bedürfnis, sich gegen die Kommunisten zu behaupten, Anhänger an die KPD zu verlieren.¹⁰¹¹ Die SPD trat nach wie vor für ein parlamentarisches Regierungssystem ein, das aber als Weg in Richtung Sozialismus wahrgenommen wurde, und agierte einem parlamentarischen System entsprechend, indem sie Koalitionen einging, tolerierte und Kompromisse schloss, obwohl es innerhalb der Partei immer wieder Diskussionen darüber gab, ob sich die Ziele der Partei entweder durch Beteiligung an der Regierung oder Oppositionsarbeit verwirklichen ließen.¹⁰¹² Durch ihre Koalitionspolitik der Anfangsjahre befürchtete die Partei, dass sich der Abstand zur Parteibasis vergrößern würde, andererseits war zur Sicherung der Republik eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien notwendig. Aber gerade auch in der DVP herrschte wegen ihrer Stellung zur SPD Uneinigkeit, zumal durch eine Erklärung des Zentralausschusses der Partei ein antisozialistischer Kurs eingeschlagen wurde, der aber durch die Intervention Stresemanns für eine Zusammenarbeit mit der SPD abgemildert wurde.¹⁰¹³ Eine Kontrolle von 1927 ergab, dass

¹⁰¹⁰ Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 14.

¹⁰¹¹ Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 435ff.; Lösche/Walter, SPD, S. 29f.; Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 106ff.

¹⁰¹² Lösche/Walter, SPD, S. 5f. Vgl. Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus, S. 117ff.

¹⁰¹³ Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 730-734.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

30,2% der KPD-Mitglieder ursprünglich von der SPD kamen, von denen 82% länger als vier Jahre bei den Sozialdemokraten gewesen waren, so dass sicher, wie auch Mallmann es ausführt, von einem gemeinsamen Verständnis der eigenen Geschichte als Klassenkampf mit dem Ziel des Sozialismus, einem Restbestand gemeinsamer Lieder und Symbole sowie einem zum Teil gemeinsamen Festkalender mit dem zentralen 1. Mai ausgegangen werden kann. Eine Übereinstimmung der Klassenlage, der Berufs- und Betriebserfahrungen sowie der Lebensweise und Wohnverhältnisse stiftete oft Gemeinsamkeiten mit Sozialdemokraten und deren Anhängern. Vielmals besaßen sie eine gemeinsame Herkunft aus dem alten sozialistischen Milieu der Kriegs- und Vorkriegszeit und besaßen ein Netz an gemeinsamen Institutionen, freien Gewerkschaften und Genossenschaften, Arbeitersport- und Arbeiterkulturvereinen, was nicht bedeutete, dass die Kontakte ohne Differenzen verliefen, es aber zumindest durch die Kampagne zur Fürstenenteignung oder das Engagement gegen den § 218 zu gemeinsamen Aktionen kam. Nach der Spaltung der SPD im Jahre 1917 hatten sich selbstverständlich ideologische Auswirkungen ergeben, die auch in den Alltag der Mitglieder von SPD, USPD und KPD hineinreichten, allerdings war die Neigung, gewisse Frontlinien zu überschreiten, eher auf der Ebene der Parteibasis vor Ort möglich.¹⁰¹⁴ Im Mai 1922 kritisierte die BL der KPD Halle-Merseburg, dass in vereinzelt Orten bezüglich eines Streits mit der USPD über einen Streik der Eisenbahner das Entgegenkommen gegenüber USPD/SPD zu groß war und man „die Genossen wieder auf den richtigen Weg geführt“ habe, während „in Halle [...] das Entgegenkommen besonders gegen USPD in ein anderes Fahrwasser gekommen“ sei, da es im Rahmen einer geplanten Gegendemonstration gegen das Bürgertum zum Thema der Kriegsschuldfrage zu Meinungsverschiedenheiten zwischen USPD und KPD über eine Resolution gekommen war. Die SPD hatte zuvor eine Gegendemonstration der USPD mit dem Gast, dem Schriftsteller Felix Fechenbach (USPD), abgelehnt.¹⁰¹⁵

Allen scheinbaren Bemühungen zum Trotz fiel das Resümee im Jahresbericht der KPD von 1924/25 eher verhalten aus. Der andauernden Müdigkeit innerhalb der Parteimitglieder und den Schwierigkeiten bei den Versuchen, politisch zu informieren und zu schulen, stand „ein immer stärkeres Überwuchern der vaterländischen Verbände, Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf usw.“ gegenüber. Dass die Arbeiter nicht in der Lage waren, die gegnerischen Demonstrationen zu verhindern, wurde insbesondere daran deutlich, dass man die Bedeutung des 11. Mai 1924 „vollkommen verkannt“ hatte. Nicht nur war dieser Tag ein Erfolg für die Vaterländischen

¹⁰¹⁴ Vgl. Mallmann, *Kommunisten*, S. 12-15. Vgl. Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, S. 158ff.

¹⁰¹⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 68f. (Bericht für den Monat Mai 1922). Felix Fechenbach (1894-1933) wurde im selben Jahr wegen Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Verbände, er war zudem der Beginn „für ein ungeheures Wachsen der vaterländischen Verbände“ und der neu gegründete RFB müsste erst im Interesse der Partei aufgestellt werden. Trotz des daraufhin folgenden Engagements musste zur Reichstagswahl im Dezember 1924 ein Rückgang konstatiert werden, während ein „langsames Wachsen der SPD und ein starkes Anschwellen der Deutschnationalen festzustellen waren“. Die Überflügelung der KPD durch die SPD zur Reichspräsidentenwahl im März 1925 kommentierten die Kommunisten insofern, dass durch Hindenburgs Kandidatur „erhebliche Teile der Mittelschichten und selbst Arbeiter ins deutschnationale Lager geführt“ wurden. Es galt daher der SPD in der täglichen Auseinandersetzung gegenüberzutreten. Als „das größte Schmerzenskind“ im Bezirk galt die Kommunalpolitik, an der die Genossen des Bezirkes mangelndes Interesse zeigten. Da Partei und Jugendortsgruppen schlecht zusammenarbeiteten, war auch ihre Stärke nicht zufriedenstellend. Die Entwicklung in der SPD und in den „faszistischen Verbänden“ würde beweisen, dass die KPD von ihren Gegnern noch viel zu lernen habe. Da die bis dato existierende Agitation und Propaganda von Seiten der KPD scheinbar nicht ausreichte, erfolgte der Anstoß zur Gründung des RFB.¹⁰¹⁶ Auch wenn Mallmann sich dagegen ausspricht, dessen Entstehen als Form der Notwehr gegenüber den Wehrverbänden auf der einen und dem Reichsbanner auf der anderen Seite anzusehen, so ist dessen Gründung vor allem aus der Defensive heraus zu begreifen, in der sich die Kommunisten gegenüber den Wehrverbänden befanden. Das schließt jedoch nicht aus, die Entstehung des RFB, aber auch die des Reichsbanners mit der „revolutionären Flaute in der Phase der relativen Stabilisierung“ zu begründen.¹⁰¹⁷ In einer Zeit, in der es nach den kämpferischen Auseinandersetzungen der vorherigen Jahre „relativ“ ruhig geworden war, bestand das erklärte Ziel der paramilitärischen Organisationen wie des Stahlhelms und des Wehrwolfs darin, sich stärker in der Öffentlichkeit zu positionieren und sich damit ein neues Terrain zu erschließen. Am 29. Juli 1924 erschien im „Klassenkampf“ der Gründungsaufruf, der zwar keinen direkten Bezug zu den Ereignissen des Deutschen Tages vom 11. Mai 1924 nahm, aber durchaus als Reaktion zum öffentlichen Auftreten des Stahlhelms und der hallischen Wehrverbände anzusehen ist, zumal auch die Monate zuvor erfolgte Gründung des Reichsbanners darauf Einfluss gehabt haben dürfte. Als Gründungstag der ersten Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes (RFB) galt der 31.7.1924 im hallischen Volkspark. Die Bezirksleitung der KPD

¹⁰¹⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/1, Bl. 27-35 (Jahresbericht der KPD Halle-Merseburg 1924/1925 vom 23. und 24.5.1925 im kleinen Saal des Volksparks): Bezirk Halle-Merseburg: 6 Unterbezirke, 214 Ortsgruppen, 77 Arbeitsgebiete, 71 Betriebszellen, UB Halle-Saalkreis: Ortsgruppe Halle = 25 Distrikte, 5 Betriebszellen. Vgl. RY 1/I 3/11/9, Bl. 13. In Bericht über Bezirksleitungs- und Bezirksausschusssitzung Halle-Merseburg vom 15. und 16.11.1924: „Halle ist natürlich ein Kapitel für sich. Hier hat sich die Lage noch nicht im geringsten verbessert.“

¹⁰¹⁷ Mallmann, Kommunisten, S. 193.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

berichtete der Redaktion des „Klassenkampfes“ von einer Kundgebung der Arbeiterfrontkämpfer im Volkspark, welche zugleich als Gründungsversammlung des Roten Frontkämpferbundes im Bezirk Halle-Merseburg gedient hatte. Dieser sei schon im Vorfeld vom „Volksblatt“ denunziert und als Fortsetzung der verbotenen Proletarischen Hundertschaften bezeichnet worden, um ein schnelles Verbot des RFB herbeizuführen. Von Seiten der bürgerlichen Presse wurde vom „ganz roten Holzhelm“ gesprochen. Leiter der ersten Ortsgruppe wurde der gebürtige Hallenser und Arbeiter Paul Dörschner, der anfangs einer Gruppe von ca. 120 Personen vorstand. Als Zweck des Bundes wurde in der Satzung die „Zusammenfassung aller im Deutschen Reiche wohnenden Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen“ angegeben, womit sich der Bund mit dem zurückliegenden Krieg verband und in seinem öffentlichen Auftreten durchaus ein militärisch anmutendes Erscheinungsbild aufwies. Diese vermeintliche Annäherung an das Auftreten rechter Wehrverbände stieß zwar bei Teilen der Anhängerschaft auf Ablehnung, wurde jedoch vom RFB bewusst hinsichtlich der Außenwirkung forciert.¹⁰¹⁸ Beispielsweise bestand in Halle-Merseburg im Gegensatz z.B. zum Bezirk Erzgebirge-Vogtland von Beginn an eine Präsenz an uniformierten Rotfrontkämpfern, was in der Öffentlichkeit eine ganz andere Wirkung hervorzurufen schien, da man die Bedeutung der Uniform für die Propaganda des RFB erkannt hatte.¹⁰¹⁹ Ebenso wie in den Kreisen der nationalsozialistischen SA legte der RFB besonderen Wert auf das uniformierte öffentliche Auftreten seiner Mitglieder. Was zuvor bereits von Wehrverbänden wie dem Stahlhelm oder auch dem Reichsbanner praktiziert worden war, fand ebenso Eingang in die Formierung des Roten Frontkämpferbundes. Man hatte schnell erkannt, dass eine Uniform einmal die Geschlossenheit der Organisation nach außen demonstrierte und andererseits die soldatische Tradition weiterleben ließ, welche den Mitgliedern ein eigenes Gefühl von Männlichkeit vermittelte. „Uniform hat immer gezogen“, kommentierte ein RFB-Mitglied. Für die SA galt, dass durch das öffentliche Präsentieren der Truppe in Uniform man wesentlich geschlossener agieren konnte und es dadurch die Möglichkeit gab, mit Aufmärschen in kommunistisch dominierten Stadtvierteln zu provozieren.¹⁰²⁰ Mit einer Erklärung grenzte sich der RFB zu Beginn vom Reichsbanner ab, der nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertreten würde, und rückte ihn in unmittelbare Nähe zum Stahlhelm, welcher

¹⁰¹⁸ KK, 29.7. und 2.8.1924; Schumann, Politische Gewalt, S. 214; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960/I, Bl. 9f. (Der PP an den RP am 12.8.1924 mit Abschrift des Berichtes über die Gründungsversammlung des RFB am 31.7.1924). Vgl. Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1984, S. 455ff.

¹⁰¹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/9/68, Bl.164: „Dass der RFB in Halle mehr Eindruck macht, scheint daran zu liegen, dass in Chemnitz nur auf Befehl die Uniform angezogen werden darf, also zu wenig auf der Strasse erscheint.“

¹⁰²⁰ Mallmann, Kommunisten, S. 194.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

die Notlage der Arbeiter ausnützen würde.¹⁰²¹ Einige Wochen später bekam der RFB mit dem „Roten Jungsturm“ seine eigene Jugendorganisation, deren Mitglieder in engem Kontakt zum RFB, zu den Arbeiter-Sport-Organisationen und den Jugendsektionen der freien Gewerkschaften agieren sollten.¹⁰²² Während der hallische Jungsturm im Dezember 1924 noch 300 Mitglieder aufwies, verglichen mit den 1.200 Mitgliedern der Ortsgruppe Halle des RFB, waren es ein Jahr später schon 400 Mitglieder in der inzwischen umbenannten „Roten Jungfront“, von denen jedoch nur rund 45/46 Mann politisch organisiert waren, die wiederum schlecht mit der Kommunistischen Jugend (KJ) zusammenarbeiteten.¹⁰²³ 1926 war die Bewegung der KJ im Bezirk rückläufig, da sich größere Teile nunmehr der Roten Jungfront angeschlossen hatten.¹⁰²⁴ Um den Nachwuchs für die Jugendorganisation des RFB zu gewinnen, führte die Jungfront wie z.B. im November 1926 eine Werbewoche durch. Darin machte sie auf die „Militarisierung der Jugend“ in den bürgerlichen Wehrverbänden, aber auch im Reichsbanner aufmerksam, dem man ein Aufhetzen innerhalb der Arbeiterschaft vorwarf. Ziel der Jungfront war es, den im mitteldeutschen Industriegebiet hohen Anteil an Jungarbeitern für sich zu gewinnen, da man sich mit der bisherigen geringen Anzahl nicht zufrieden geben wollte.¹⁰²⁵ Im September 1925 gab die KPD für den Bezirk Halle-Merseburg eine Mitgliederzahl von 7.094 Mitgliedern bei 126 Ortsgruppen für den Frontkämpferbund an, zudem besaß der Bund im Regierungsbezirk von Beginn an einen guten Stand.¹⁰²⁶ Von Seiten der KPD gab es auch von vornherein das Bemühen, linke Reichsbannerleute für sich zu gewinnen, aber es waren bis 1926 keine Übertritte von Reichsbanner zu RFB aufgetreten.¹⁰²⁷ Einem Bericht der Bundesleitung des RFB von 1926 zufolge war der RFB-Gau Halle-Merseburg von allen Gauen „nicht nur einer der besten und stärksten, sondern auch der einzige Gau, der bis zu diesem Termin organisatorisch und politisch ein ernst zu nehmender Faktor in der deutschen Arbeiterbewegung war und propagandistisch an die Öffentlichkeit trat“, trotzdem bestand aber auch in Halle ein Mangel an „brauchbaren Funktionären“, zudem waren im RFB 70% parteilose Arbeiter organisiert.¹⁰²⁸ Im Frühjahr 1926 zählte

¹⁰²¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960/I, Bl. 8-11 (Der PP an den RP am 12.8.1924 mit Abschrift des Berichtes über die Gründungsversammlung des RFB am 31.7.1924).

¹⁰²² Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960/I, Bl. 68ff. (Abschrift über öffentliche Gründungsversammlung des „Roten Jungsturm“ am 3.10. 1924 im Volkspark).

¹⁰²³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Bl. 85 (PP an RP am 29.12.1924); SAPMO-BArch, RY 1/I 4/2/20, Bl. 55 (Protokoll der Diskussion von der Reichsleitersitzung mit 8 Gauleitern am 5. und 6. Dezember 1925); LHASA, MER, Rep. C. 48Ie, Nr. 945, Bl. 43 (PP an RP am 29.4.1926 wegen Monatsbericht März /April 1926): Änderung von „Roter Jungsturm“ in „Rote Jungfront“ nach Urteil des Kammergerichts vom 25.11.1925.

¹⁰²⁴ Vgl. LHASA, MER, Rep. C. 48Ie, Nr. 945, Bl. 147.

¹⁰²⁵ Vgl. KK, 26.11.1926.

¹⁰²⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/31, Bl. 56 (Bericht über Arbeit im September 1925). Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 213ff.

¹⁰²⁷ LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 37.

¹⁰²⁸ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960/I, Bl. 285-289.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

die Ortsgruppe Halle des RFB ca. 2.000 Mitglieder und die Rote Jugendfront war 310 Mitglieder stark.¹⁰²⁹ Intern war wie innerhalb der Parteiorganisation der KPD immer wieder von Mängeln die Rede, so wurden 1927 in einem Rundschreiben des Gauführers des RFB an alle Ortsgruppen die ungenügenden Fortschritte bezüglich der gegnerischen Organisationen hervorgehoben, deren Aktionen verhindert werden sollten.¹⁰³⁰

Mit Inkrafttreten der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 hatte der Gesetzgeber die Möglichkeit gegeben, Volksbegehren und Volksentscheide im Reich und auf Länderebene zu initiieren. Bis 1926 war es jedoch nur auf Länderebene zu entsprechenden Initiativen gekommen. 1925 hatte die KPD einen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenvermögen eingebracht, über den sie das Volk abstimmen lassen wollte. Offensichtlich war das Bemühen der KPD, auch andere Verbände (ADGB, Reichsbanner etc.) mit in das Vorhaben einzubeziehen. Die KPD wurde jedoch unmittelbar von der SPD-Führung abgewiesen, die nicht zum Beitritt einer Einheitsfront bereit war, wohingegen die Idee unter den SPD-Mitgliedern positiv aufgenommen wurde.¹⁰³¹ Nach der Revolution von 1918/1919 war es im Deutschen Reich im Gegensatz zu Österreich nicht zur Enteignung der besitzenden Fürsten, sondern nur zu einer Beschlagnahmung ihres Besitzes gekommen. Diese Situation verbunden mit den Forderungen der deutschen Fürstenhäuser zwang die Länder in Verhandlungen mit ihnen zu treten. Im Oktober 1925 war ein dritter Vergleichsentwurf vom preußischen Finanzministerium entworfen worden, der beispielsweise vorsah, dass in Preußen über 70% des strittigen Grundbesitzes den Hohenzollern zugeschrieben werden sollte.¹⁰³² Gerüchte über diese Verhandlungen hatten in der Bevölkerung Interesse an diesem Thema ausgelöst, was sich auch in Kreisen der kommunistischen Anhänger verbreitete und erste Protestkundgebungen auslöste.¹⁰³³ Als „ein verfrühter Karnevalszug“ wurde die Demonstration der Kommunisten gegen die Fürstenabfindung vom 20. Dezember 1925 von der „Saale-Zeitung“ charakterisiert, die sich nach einer Versammlung im Volkspark zur Abschlusskundgebung auf dem Hallmarkt mit MdR Walter Stoecker begab.¹⁰³⁴ Auch das neue Jahr begannen die Kommunisten am 28.1.1926 mit Umzügen durch die Stadt gegen die Fürstenabfindung.¹⁰³⁵ Nachdem sich der Parteivorstand der SPD im Januar 1926 zur Vorbereitung eines Volksentscheides entschlossen und der Parteiausschuss

¹⁰²⁹ LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 42.

¹⁰³⁰ Vgl. LHASA, MD, C 20 Ib, Nr. 1960/II, Bl. 136 (Gauführer des RFB Halle-Merseburg am 15.10.1927).

¹⁰³¹ Vgl. Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978, S. 57-66., Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin, S. 169ff.

¹⁰³² Vgl. ebd., S. 44ff.

¹⁰³³ Vgl. ebd., S. 66f.

¹⁰³⁴ SZ, 21. und 22.12.1925.

¹⁰³⁵ Vgl. SZ, 29.1.1926: Auf dem Hallmarkt sprach „ein gewisser Maslowsky“ über die Fürstenabfindung (Peter Maslowski, 1926 Redakteur des Klassenkampfes).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

dem auch zugestimmt hatte, stellte die Partei jedoch deutlich heraus, dass sie trotz dieses Vorgehens kein Zusammengehen mit der KPD in dieser Sache beabsichtige. Gleichwohl einigte man sich auf einen gemeinsamen Entwurf, welcher die „entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der bis 1918 regierenden deutschen Fürsten einschließlich ihrer Familienangehörigen gemäß Artikel 153 der Weimarer Reichsverfassung“ vorsah. Gemeinsame Aktionen beider Parteien waren jedoch abgesehen von der Herstellung und Verteilung der Plakate nach wie vor nicht vorgesehen.¹⁰³⁶ In der hallischen Stadtverordnetenversammlung versuchten die Kommunisten nun Mittel zur Durchführung des Volksentscheides gegen die Fürstenabfindung einzuwerben, was aber auch von der SPD abgelehnt wurde, die sich nicht erniedrigen wollte, um sich von anderen Geld für das „Einheitskomitee Halle“ geben zu lassen und in Halle – im Gegensatz zu anderen Orten – auch kein Einheitskomitee bestünde.¹⁰³⁷ Die Gegner des Volksbegehrens versuchten bei jeder Gelegenheit, auf den schlechten Einfluss der Aktion hinzuweisen. So machten sie anlässlich einer Gedenkfeier zum 150. Geburtstag von Königin Luise durch den Königin-Luise-Bund auf die „Größe der Hohenzollern“ aufmerksam, riefen zu Spenden gegen die Agitation auf und veranstalteten Aufklärungsversammlungen zur Fürstenabfindung.¹⁰³⁸ In der Zeit vom 4. bis zu 17. März trugen sich insgesamt 49.362 Personen in die in 13 Schulen ausgelegten Listen ein.¹⁰³⁹ Der Propaganda der Parteien des sozialistischen Lagers schrieb das nationale Lager zu, dass es sogar gelang „in kleinbürgerlichen Kreisen Verwirrung anzurichten“ und schließlich „für ihre unlauteren Zwecke“ mehr Stimmen (ca. 10.000) auf sich zu vereinen, als KPD und SPD im ersten Wahlgang der letzten Reichspräsidentenwahl erlangen konnten. Der Zuwachs, den die beiden Linksparteien erreichen konnten, war demnach auch Wählern aus dem gegnerischen Lager zu verdanken.¹⁰⁴⁰ Auch auf Reichsebene betrug der Stimmenanteil bei den Einzeichnungen mit über 12 Mio. ebenfalls den Anteil derer Stimmen, die KPD und SPD bisher zusammen erreicht hatten.¹⁰⁴¹ Da das Volksbegehren mehr als die für einen Volksentscheid geforderten 10% der Stimmberechtigten für sich beanspruchen konnte, war der Weg für einen Volksentscheid geebnet worden. Nach Bekanntgabe des Termins zum Volksentscheid am 20. Juni 1926 stellten Kommunisten und Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag, um das Verbot der Baupolizei vom 6. bis 20. Juni aufzuheben, um Werbung mit Transparenten und Plakaten durchzuführen, welcher sogar

¹⁰³⁶ Schüren, Fürstenenteignung, S. 81-87. Vgl. Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegungen, Bd. 2, S. 274.

¹⁰³⁷ SZ, 24.2. und 3.3.1926. Vgl. Kachel, Ein rot-roter Sonderweg?, S. 189f.

¹⁰³⁸ SZ, 12.-14.3.1926. Vgl. Schüren, Fürstenenteignung, S. 125f.

¹⁰³⁹ Vgl. KK, 18.3.1926.

¹⁰⁴⁰ SZ, 18. und 19.3.1926.

¹⁰⁴¹ Vgl. Schüren, Fürstenenteignung, S. 137ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

mit 2 Stimmen vom Ordnungsblock angenommen wurde.¹⁰⁴² Der Bildung eines reichsweiten Ausschusses gegen den Volksentscheid mit DNVP, DVP, DVFP, Stahlhelm etc. folgte die Gründung eines entsprechenden Ausschusses für den Halle-Saalkreis, dem Kreisschulrat Friedrich Busse als erster Vorsitzender vorstand. Er wollte vor allem finanzielle Mittel zur Propaganda gegen den Volksentscheid einwerben und plante vor Ort große Kundgebungen, wie als am 10. Juni im Hofjäger „schwarzweißrote Massen“ sich „treudeutsch für die Fürsten“ versammelten.¹⁰⁴³ Den Gegnern des Volksentscheides ging es im Besonderen darum, einer groß angelegten Stimmenabgabe durch engagierte Agitation entgegenzuwirken, um somit keine Nähe zu den Kommunisten aufkommen zu lassen.¹⁰⁴⁴ Diese versuchten noch unmittelbar vor dem Tag des Volksentscheides mit viel Propaganda für die Abstimmung zu werben, indem sie mit Plakaten und Transparenten durch die Stadtteile zogen. Zuletzt kam es noch zu einer Auseinandersetzung auf der Straße zwischen Stahlhelm und RFB, wobei sich beide Seiten gegenseitig beschuldigten, den Überfall initiiert zu haben.¹⁰⁴⁵ Am Fackelzug von KPD und RFB mit ca. 3.500 Teilnehmern nahmen wohl auch 130 Reichsbannerleute teil, weshalb es zum Eingreifen der Bundesleitung des Reichsbanners gekommen war. Ein Plakat der KPD wurde beschlagnahmt, welches Hindenburg über dem Porträt von Kaiser Wilhelm II. mit der Aufschrift „Der Retter Wilhelm des II. [...]“ zeigte, was gemäß § 23 des RPG und § 94 des St.P.O. eine Beleidigung des Reichspräsidenten und den Vorwurf zur Wiederherstellung der Monarchie auf illegalem Weg enthielt.¹⁰⁴⁶ Am Tag des Volksentscheides stimmten 53.326, d.h. 36,9%, für den Volksentscheid und 1.238, d.h. 0,9%, mit Nein. Reichsweit betrug der Anteil der abgegebenen Stimmen 15,6 Mio. Stimmen, d.h. 39,3%, und lag somit unter der für einen Erfolg des Volksentscheides geforderten Hälfte der Stimmberechtigten.¹⁰⁴⁷ Nach Angaben des „Klassenkampfes“ hätten in Halle sogenannte „schwarze Listen“ existiert, in die jeder aufgenommen wurde, welcher sich in die Abstimmungslisten einzeichnete, besonders „Angestellte, Beamte, Rentner, Schupoleute“, denen im Falle einer Beteiligung die Entlassung angedroht wurde. Gleichfalls wurde deutlich: „Der gestrige Wahltag hat für Halle besonders eine Lehre gebracht: Die Reaktion konzentrierte sich immer mehr. Nicht umsonst ist Halle Stadt Duesterbergs, des

¹⁰⁴² Vgl. SZ, 2.6.1926.

¹⁰⁴³ Vgl. KK, 4.6.1926; SZ, 5.6.1926; KK, 11.6.1926.

¹⁰⁴⁴ Vgl. SZ, 17.6.1926; Schüren, Fürstenenteignung, S. 177-183.

¹⁰⁴⁵ Vgl. KK, 19.6.1926 („Stahlhelm-Überfall auf Arbeiter in Halle“) und SZ, 20.6.1926. „Die roten Frontkämpfer haben gestern abend gezeigt, daß die Bevölkerung von ihnen den blutigsten Terror noch zu erwarten hat und daß es höchste Zeit ist, wenn hier gegen die Organisatoren dieses zum Himmel schreienden Überfalls mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird.“

¹⁰⁴⁶ LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 198

¹⁰⁴⁷ Vgl. Anhang, Tabelle 27.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

provokatorischsten aller Reaktionäre“.¹⁰⁴⁸ Auch die gegnerische Presse kommentierte das Ergebnis der Entscheidung und kritisierte, dass eine so hohe Anzahl an Personen „verbittert den Boden des Rechts verlassen“ hätte und trotz Warnungen ihre Stimme für die Fürstenenteignung abgegeben hatte, so dass mit Sicherheit „auch aus anderen Lagern ein starker Zuzug erfolgt sein muß.“¹⁰⁴⁹ Auf der Ebene der Länder des Deutschen Reiches kam es in der Folgezeit zu Kompromissen mit den betroffenen Fürstenhäusern und in Preußen bereits im Oktober 1926 zu einem Vergleich mit den Hohenzollern. Der Erfolg des Volksentscheides bestand trotz seines Scheiterns darin, dass es KPD und SPD auch reichsweit gelungen war, mehr Stimmen als bei der letzten Reichstagswahl auf sich zu vereinen. In der Bewertung des gemeinsamen Vorgehens beider Linksparteien in der Frage der Fürstenenteignung wird heute zumeist die Rolle der SPD negativ bewertet. Mit ihrer Unterstützung des Volksbegehrens und Volksentscheides war sie ihrer Rolle als „Arbeiterpartei“ gerecht geworden, jedoch hätte das Vorgehen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien belastet, zumal sich die SPD zum selben Zeitpunkt um eine Regierungsbeteiligung bemühte. Die Angst die Sozialdemokraten im Vorfeld war gewesen, bei einer Nichtbeteiligung Stimmen und Parteimitglieder an die Kommunisten zu verlieren sowie den Kontakt zu ihrer „Basis“ zu gefährden.¹⁰⁵⁰

Ende 1925 berichtete die KPD an das ZK, dass sie die stärkste Partei im Bezirk sei und in den Großbetrieben aller Industriegruppen den Haupteinfluss besäße, während die SPD des Bezirkes wenig proletarischen Anhang aufweisen würde, aber die führenden Positionen in den Behörden und Verwaltungen inne habe. Unorganisiert waren jedoch die radikalen Arbeiter, von denen sich ein Teil an den Auseinandersetzungen der frühen 20er Jahre beteiligt hätte, welche aber wohl aus Enttäuschung passiv geworden seien. Zudem berichtete die KPD über Gegensätze sowohl im „Lager der bürgerlich politischen Parteien“ als auch im „Lager der vaterländischen Verbände“, in welche der RFB aber nach KPD-Aussagen eine „stark zersetzende Einwirkung“ hätte.¹⁰⁵¹ Diese Mitteilungen an das ZK passten insofern, als von oberster ZK-Ebene die Vorstellung bestand, aus dem Bezirk Halle-Merseburg wieder das „rote Herz Deutschlands“ zu machen, „wovon das deutsche Proletariat mit Ehrfurcht gesprochen hat“.¹⁰⁵² Als Anfang 1926 der KPD-Genosse Franz von seiner Reise nach Halle berichtete, konnte er allerdings keine enge Zusammenarbeit zwischen den Sekretären der BL und der Stadtorganisation Halle feststellen. Die BL war über die tatsächlichen Verhältnisse in Halle kaum im Bilde und hatte anscheinend

¹⁰⁴⁸ KK, 21.6.1926.

¹⁰⁴⁹ Ebd., 22.6.1926, zitiert nach HZ und HN.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 270-289.

¹⁰⁵¹ SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/40, Bl. 2f. (An ZK der KPD vom 2.12.1925).

¹⁰⁵² Ebd., RY 1/I3/11/2, Bl. 9 (Bezirksparteitag am 24. und 25.4.1926 in Halle).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

keine Ahnung, wann Mitgliederversammlungen in einzelnen Betriebszellen stattfanden, auch war der Klassenkampf nicht mit den Betrieben verbunden. Da die Ortsverwaltung des DMV sowie eine Anzahl von Gewerkschaftspositionen in der Hand der KPD lagen, waren prinzipiell gute Voraussetzungen gegeben, aber „an der Schlafmützigkeit und an der mangelnden Initiative der dortigen Sekretäre liegt es, dass die Hallische Stadtorganisation eine der wenigen im Reiche ist, die bisher in der Umstellung noch im allerersten Anfang steht.“¹⁰⁵³ Nach Versuchen der Neuorganisation von 1924 erstellte die BL 1926 Richtlinien für die Umstellung der Stadtorganisation Halle, bei der sie die direkte Verantwortung für Leitung und Reorganisation übernahm. Als Erstes sollte die Umstellung der Ortsgruppe Halle auf Zellengruppen sofort in Angriff genommen werden. Vor allem bei Straßenzellen sollten Genossen geworben werden, die für Betriebszellen nicht in Frage kommen, wie Hausfrauen, Gewerbetreibende, Handwerker, Portiers, Hauspersonal, Freie Berufe usw.¹⁰⁵⁴ Die Reorganisation ging sehr schleppend voran, was einmal mehr am fehlenden Instrukteursstab und der schlechten ideologischen Einstellung lag. Nachdem die Ortsgruppe Halle in 18 Zellengruppen eingeteilt worden war, sollte nun eine Neuorganisation folgen, welche alle Genossen zur Parteiarbeit heranziehen sollte.¹⁰⁵⁵ Veranstaltungen wie die Reichserwerbslosendemonstration am 23. März 1926 waren aufgrund der eher geringen Beteiligung von nur 1.200 Personen eine Enttäuschung für die KPD. Auch die Beteiligung an den Erwerbslosenversammlungen entsprach nicht der Zahl der Arbeitslosen bzw. den Erwartungen der KPD, trotzdem die Mehrzahl der Teilnehmer linksradikal eingestellt war. Offensichtlich waren Müdigkeit und Resignation und vielleicht auch der Einfluss der Gewerkschaften, die nicht mit der KPD-Führung zusammenarbeiteten, stärker geworden. Im Erwerbslosenausschuss wechselten die Mitglieder (fast alle KPD) ständig, weshalb daher wenig Vertrauen der Betroffenen zur KPD bestand, so dass „die Versuche der KPD, die Erwerbslosenbewegung zu radikalieren und vor ihren Wagen zu spannen, bisher in Halle als gescheitert angesehen werden können“ und anzunehmen war, dass die KPD die Mängel mit allen Mitteln beseitigen wollte.¹⁰⁵⁶ Der „Klassenkampf“ bekämpfte die Arbeitsgemeinschaft der Eisenbahnerverbände, da sie als „bürgerliche kapitalistische Angestelltenverbände und Hilfstruppen der Reichsbahn“ angesehen wurden, weshalb zum Eintritt in den Einheitsverband aufgerufen wurde. Zugleich hatte das Bezirkskartell des ADGB den Ortsausschüssen des Bezirks Halle-Merseburg verboten, an KPD-propagierten Einheitskomitees teilzunehmen. Daneben waren die

¹⁰⁵³ Ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 30f. (Bericht über Reise nach Halle am 12.1.1926 vom 13.1.1926 von Genosse Franz).

¹⁰⁵⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/19, Bl. 34f.

¹⁰⁵⁵ Ebd., Bl. 40ff.

¹⁰⁵⁶ LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 35 (PP an RP am 29.4.1926 wegen Monatsbericht März/April 1926).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin ungünstig und die Arbeitslosenzahlen stiegen an. In der Industrie sowie im Bergbau war der Beschäftigungsgrad unverändert schlecht, so dass dieser krisenartige Zustand „einen Mißmut auch in die Kreise hineingetragen [hat], denen der Radikalismus ferne liegt“. Obwohl die gemäßigten Parteien in Halle zahlenmäßig schwach eingeschätzt wurden, schloss der hallische Polizeipräsident wegen der momentanen Lage nicht auf eine Stärkung des Radikalismus bei proletarischen und bürgerlichen Kreisen, sondern eher auf stille Resignation. Ganz im Gegenteil schienen beide Lager schwer daran zu arbeiten, ihre Mitgliederzahlen aufrechtzuerhalten, was vor allem „im rechtsradikalen Lager durch die Zerfahrenheit und Zersplitterung zweifellos bereits zu einer Schwächung geführt hat“. Zudem hatten irreführende Berichte der Presseorgane beider Seiten versucht, auf die Stimmung in den jeweiligen Lagern einzuwirken. Die KPD schien wegen ihrer Reorganisation anderweitig kaum engagiert und richtete ihre Aktionen gegen linksstehende SPD-Arbeiter, um eine Schwächung der Sozialdemokraten herbeizuführen. Sie scheiterten jedoch bei den Versuchen, linke Reichsbannerleute zu gewinnen und ein Einheitskomitee beim Volksentscheid und zum 1. Mai zu etablieren. Zu einem großen Schlag schien die KPD zu dieser Zeit nicht in der Lage und die bisherigen Versuche, die SPD-Mitglieder herbeizuziehen, bestanden lediglich darin, mittels Presse, Versammlungen und in Betriebszellen zersetzend unter der Arbeiterschaft zu wirken. Es bestand daher kein Anlass zu Besorgnissen weder von rechts noch von links, jedoch waren örtlich immer wieder Auseinandersetzungen möglich. Die Einzeichnungen für das Volksbegehren zur Fürstenenteignung waren schlecht ausgefallen, so dass die Arbeit der KPD nun der Vorbereitung des Volksentscheides galt, wozu sich auch RFB und Roter Frauen- und Mädchenbund rüsteten und zugleich Appelle an das Reichsbanner gerichtet wurden. Bisher waren insgesamt 8.800 RM für Volksentscheid gesammelt worden. Selbst auf Seiten der Bezirksleitung der KPD war bekannt, dass die gestellten Aufgaben nur ungenügend erfüllt wurden. Durch eine mangelhafte Agitation bei der Einberufung von Betriebsversammlungen und der fehlenden Heranziehung von SPD-Arbeitern und Reichsbannermitgliedern konnte es beispielsweise zur ungenügenden Mobilisierung zum Reichserwerbslosentag oder zum Misserfolg der Internationalen Frauenwoche kommen, was auch der scheinbar gute Literaturvertrieb nicht aufwiegen konnte. Auch die Meldung über ein bevorstehendes Verbot des RFB hatte keinen Protest in Betrieben hervorgerufen. Die offenkundigen Fehler in der Reorganisationsarbeit hatten zu einer energischeren Arbeit in Straßen- und Betriebszellen geführt, da die Straßenzellen bisher vollkommen versagt hatten, aber auch zu scharfen Auseinandersetzungen, wie beim politischen Informationsabend der Ortsgruppe Halle am 8. April 1926 zwischen einzelnen Parteirichtungen. Durch die Neuorganisation des Parteiapparates schien die gesamte Parteitätigkeit sehr schwerfällig

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

geworden zu sein. Jedoch trieb die KPD eigene Aktionen, wie zur Reichsgesundheitswoche, voran und machte Pläne für eigene Kampagnen gegen die Wirtschaftskrise, die Luther-Regierung und zur Vorbereitung des Volksentscheides und der Organisation eines Einheitskomitees. Trotzdem wurde der hallische Gauleiter auf der Reichskonferenz des RFB Ende März 1926 angegriffen, da in Halle, „der Schlagader der Roten Front“, wegen falscher Taktik der Gauleitung bisher keine Einheitsfront zustande gekommen war. Die SPD hatte den Wunsch der KPD nach einer gemeinsamen Maifeier 1926 zurückgewiesen und der Ortsausschuss des ADGB hatte mit dem AfA (Allgemeiner freier Angestelltenbund) die Abhaltung einer gemeinsamen Maifeier in Angriff genommen. Schließlich richtete sich ein offener Brief an alle vor Ort zuständigen Polleiter und kritisierte die schlechten Ergebnisse der aktuellen Kampagnen, um daraufhin die Betroffenen aufzufordern, gemeinsam den Ursachen für diese Situation auf den Grund zu gehen, die trotz einer „glänzenden Lage“ für den Bezirk vorhanden waren.¹⁰⁵⁷

KPD-Angaben zufolge demonstrierten in Halle bei den letzten Demonstrationen vor dem Volksentscheid 15.000 Demonstranten, während zum später ausgehandelten „Fürstenkommissgesetz“ nur etwa 4.000 Personen auf die Straße gingen, was wohl vor allem dem Nachlassen der Aktivität der Parteigenossen zugeschrieben wurde. Mit dem Hinweis auf die starken oppositionellen Strömungen in Halle wurde die ungünstige Lage der hallischen Stadtorganisation begründet. Dabei war es wohl bei der Benennung von Genosse Baumgärtel als Agitpropsekretär und Genosse Härtel in die Rote Hilfe durch BL von Seiten einiger Parteimitglieder zu Gegenwind gekommen.¹⁰⁵⁸ Der Situationsbericht zur Lage der hallischen Organisation Ende Oktober 1926 hob lobend das Rundschreiben der BL zur Werbewoche für Partei und Presse vom 10. bis 17. Oktober hervor. Ziel war es insbesondere auch den „Klassenkampf“ zum „Organ aller Werktätigen“ zu machen, was mehr eigene kurze und nüchterne Berichte bringen sollte. Demgegenüber würden die „bürgerlichen Zeitungen“ von Seiten finanzkräftiger Unterstützer „mit großen Annoncenaufträgen oder umfangreichen Abonnements oder mit direkten Bestechungsgeldern“ gekauft werden. „Der 1. Werbesonntag war [jedoch] ein vollständiges Fiasko“ – der RFB war zu einem auswärtigen Roten Tag unterwegs und ein großer Teil der Funktionäre war mitgezogen. Offensichtlich sabotierte auch eine Reihe von Zellengruppen die Werbewoche. Die BL konnte keine Führung über die 18 Zellengruppen erlangen und arbeitete nicht mit der Gauleitung des RFB zusammen.¹⁰⁵⁹ Hinzu kamen die Gegensätze zwischen KPD-

¹⁰⁵⁷ LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 36-50.

¹⁰⁵⁸ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16, Bl. 27, 30 (Politischer Bericht der BL für Juli 1926).

¹⁰⁵⁹ Ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 65 (Die Lage der Hallischen Organisation – Situationsbericht Ende Oktober 1926), vgl. ebd., Bl. 84: In Halle gab es 4.500 Abonnenten des KK bei einer Gesamtauflage von 15.600. Der Höchststand lag 1921 bei 35.000 und der tiefste im Januar 1925 mit 11.000. Vgl. KK, 9.10.1926.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Arbeitern und der SPD, die im Bezirk Mitteldeutschland mit besonderer Schärfe offensichtlich wurden. Bis auf wenige Ausnahmen war die Reichsbannerbewegung im Bezirk sehr schwach, während es unter den völkischen Wehrverbänden wohl zu Bewegung gekommen war, aber Stahlhelm und Wehrwolf die Straßen weniger als zuvor beherrschten. Vor allem die (Neu-)Gründung der NSDAP wurde von Seiten der Kommunisten wahrgenommen, denen man eine zersetzende Funktion bei den Wehrverbänden voraussagte.¹⁰⁶⁰ Die gesteigerte Versammlungsaktivität der NSDAP gegenüber dem eher passiven Stahlhelm, Jungdo und Wehrwolf wurde auch im Frühjahr 1927 bemerkt.¹⁰⁶¹ Ende August 1927 verfügte der Regierungspräsident ein Verbot sämtlicher Umzüge unter freiem Himmel für KPD, RFB und Rote Jungfront für drei Monate wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit.¹⁰⁶² Gleichzeitig kritisierte die „Hallesche Zeitung“ den Auftritt der Arbeitersportler – „in Wirklichkeit sind es Kommunisten“ – anlässlich eines Länderhandballspieles in Halle. Da es nämlich im Vorfeld Zwischenfälle zwischen Demonstranten und der Polizei bei Demonstrationen in der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit gegeben hatte, war es zur Verfügung des Verbotes gekommen, aber „die Erlaubnis für diesen Umzug ist mehr oder weniger eine Verbeugung nach links von Seiten des Polizeipräsidenten“.¹⁰⁶³

Die ab Mitte der 20er Jahre innerhalb der KPD dominierenden Flügelkämpfe beeinflussten auch die Arbeit in den einzelnen KPD-Bezirken und bestimmten die Situation im Bezirk Halle-Merseburg, denn die sogenannte linke Gruppe arbeitete mit „schäbigsten Mitteln“ gegen die BL, was die Tätigkeit der Partei vor Ort lahmlegte und in weiten Teilen der Mitglieder eine KAP-Stimmung vorherrschen ließ. Auch in führenden Gewerkschaftskreisen wollten sich linke Vertreter von der KPD nicht den Weg in Gewerkschaftsfragen vorschreiben lassen. Eine Versammlung der hallischen Funktionäre im März 1924 nahm jedoch die Resolution der linken Gruppe unter Werner Scholem mit einer Mehrheit von 106 Stimmen an, gefolgt mit 100 Stimmen von der unter Georg Schumann erarbeiteten Resolution der sogenannten „Mittelgruppe“ und abgeschlagen auf dem letzten Platz die von Reinhold Schoenlank eingereichte Resolution des rechten Flügels. Auf dem später stattgefundenen Bezirksparteitag gelang es jedoch der Mittelgruppe sich gegenüber der Linken durchzusetzen.¹⁰⁶⁴ An der hallischen Basis dominierten jedoch

¹⁰⁶⁰ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16, Bl. 43-45 (Politischer Bericht September/Oktober 1926): „Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei versucht in letzter Zeit wieder Fuß zu fassen. Sie hat in Halle eine Ortsgruppe gebildet, der etwa 80 Mitglieder angehören. Eine regelrechte Führung der Ortsgruppe besteht noch nicht, sondern es ist nur ein provisorischer Vorstand eingesetzt worden. Die Bildung dieser Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wird ebenfalls zur weiteren Zersetzung der anderen völkischen Wehrverbände beitragen.“

¹⁰⁶¹ Vgl. ebd., Bl. 73 (Politischer Bericht März/April 1927).

¹⁰⁶² Vgl. SZ, 25.8.1927.

¹⁰⁶³ KK, 28.9.1927 aus HZ, 25.9.1927.

¹⁰⁶⁴ Vgl. ebd., Bl. 204-208.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

weiterhin die Anhänger der Linken, welche mit der Führung der Bezirksleitung in Konflikt gerieten. Die innerparteiliche Kursänderung auf dem KPD-Parteitag 1924 und der dortige Sieg der Linken bedeuteten auch für die BL Halle-Merseburg eine Mehrheit für die linke Gruppe, nachdem man sich kritisch mit der BL auseinandergesetzt hatte.¹⁰⁶⁵ Diese Ausrichtung provozierte in der neugewählten Stadtverordnetenversammlung im Juni 1924 Auseinandersetzungen mit dem dortigen Vorstand, was noch an anderer Stelle ausführlich erörtert wird.¹⁰⁶⁶ Nach dem Parteiverbot der KPD von 1923/1924 war es zwar zur Konsolidierung und Neuorganisation der KPD in der Provinz gekommen, jedoch ließ sich weder die Mitgliederzahl vom Herbst 1923 noch gar die der Zeit vor März 1921 erreichen. Die Bezirksleitung der KPD beschrieb die Situation vor Ort weiterhin als schwierig, und verschärfte Zustände galten gerade in der Ortsgruppe Halle, da „die Genossen ihre Funktionen in Erbpacht genommen haben“ und „zum Teil zu alt und verknöchert“ seien.¹⁰⁶⁷ Trotzdem gelang es der Partei wohl in Halle viele Versammlungen durchzuführen, so dass zumindest nach außen der Anschein einer aktiven Ortsgruppe gewahrt wurde, deren Organisation aber weiterhin als mangelhaft bewertet wurde. Was die Teilnehmerzahlen ihrer Veranstaltungen anging, schien die Partei jedoch zu übertreiben. Während des fast fünfmonatigen Verbotes des „Klassenkampfes“ vom Herbst 1923 bis Anfang März 1924 hatte sich im November 1923 im Bezirk Halle-Merseburg die Abteilung Agitation und Propaganda gegründet, die zunächst vor allem mit der zukünftigen Aufgabe der Abonnentenwerbung und der Bestückung der legalen und illegalen Presse mit Bildern betraut wurde. Drei Jahre später bestand die Abteilung aus fünf Unterabteilungen, jedoch gab es nur sehr wenige Agitpropoleiter, was wiederholt mit der schlechten hallischen Parteiorganisation begründet wurde. Obwohl kurz darauf die Stadtorganisation neu in fünf Bezirke eingeteilt wurde, änderte sich an der örtlichen Situation nichts, auch wenn man vereinzelt versuchte, die Mängel mit der Überarbeitung einzelner Parteigenossen zu begründen, obwohl man sich der dauerhaften organisatorischen Mängel bewusst war.¹⁰⁶⁸

Hinzu kam die Abhängigkeit des ZK von der Komintern in Moskau in Zeiten der sogenannten „Bolschewisierung“, vor allem unter der Parteiführung Ernst Thälmanns.¹⁰⁶⁹ Die bereits ange deuteten innerparteilichen Auseinandersetzungen in Halle wurden vor allem von Otto Kilian

¹⁰⁶⁵ Ebd., RY 1/I 3/11/1, Bl. 16f. (KPD Halle an Zentrale in Berlin: Bezirksparteitag am 24. und 25.5.1924 in der Produktivgenossenschaft).

¹⁰⁶⁶ Zur Erklärung der KPD-Fraktion am 2.6.1924 vgl. Kapitel Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums.

¹⁰⁶⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/55, Bl. 24f. (KPD Halle-Merseburg an die Zentrale der KPD am 25.8.1924): „Wie Euch bekannt ist, wachsen im Bezirk die Schwierigkeiten“. Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4665/II, Bl. 234ff. (PP an RP am 14.3.1924).

¹⁰⁶⁸ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/49, Bl. 2-24.

¹⁰⁶⁹ Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 115f. Zu den KPD-Flügelkämpfen im Bezirk Halle-Merseburg vgl. ausführlich Hirschinger, „Gestapoagenten, Troztkisten, Verräter“, S. 52-85.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

dominiert, der der örtlichen ultralinken Opposition vorstand. Bereits im Sommer 1926 berichtet eine Sitzung der Bezirksleitung Halle-Merseburg von einer Opposition in der Stadt Halle und von 80 bis 85% der Parteigenossen, die hinter der Partei stehen würden. Allerdings stünden wohl zahlreiche Arbeiter unter dem Einfluss der Opposition.¹⁰⁷⁰ Auf einer Versammlung der verschiedenen hallischen Stadtteile im Sommer 1927 unter dem Thema „Die Politik der KPD und die Verteidigung der Einheit der Partei“ gelang es scheinbar im Süden der Stadt Mitglieder umzustimmen, während im Zentrum ein großer Teil an Oppositionellen dominierte, der teilweise der „Roten Marine“ (einer vom RFB abgestoßenen Gruppe) angehörte. Unter dem Namen „Sportklub Merkur“ agierten Kilian und seine oppositionellen Mitgenossen.¹⁰⁷¹ Aufsehen erregte vor allem auch im gegnerischen Lager sein Ausschluss aus dem RFB im August 1927.¹⁰⁷² Eine Unterschriftenkampagne der Opposition war insbesondere in der hallischen Flugplatzzelle sehr erfolgreich gewesen, was Genosse Johannes Schröter von der BL in der nächsten Zellenversammlung stark relativierte, da „dieser Erfolg nur auf die Unwissenheit der Arbeiter zurückzuführen ist“. Laut dem Bericht der Bezirksleitung vom 1. Oktober 1927 stand die Mehrheit der Parteimitglieder in den Unterbezirken und Stadtteilen dem Verhalten der oppositionellen Genossen ablehnend gegenüber. Eine Resolution des Bezirkstages verurteilte daher die „parteizersetzende Tätigkeit Kilians, Aenne Schumanns, Frieda Lehmann“ und plante notwendige Maßnahmen gegen die betreffenden Genossen durchzuführen.¹⁰⁷³ Noch im Oktober 1927 war es zwischenzeitlich zu einer Vereinbarung zwischen Kilian und der Bezirksleitung gekommen, in welcher Kilian erklärte, sich zukünftig den Bedingungen der Komintern zu unterstellen und trotz abweichender Meinungen keine neue Partei zu bilden. Die BL wollte ihrerseits dafür sorgen, dass wieder das Vertrauen in Kilian hergestellt werde.¹⁰⁷⁴ Bereits wenige Zeit danach eskalierte der Konflikt zwischen Kilian und der BL erneut, so dass Ersterer im Januar aus der KPD austrat. Die Bezirksleitung berichtete am 6. Februar 1928 über den Versuch von Kilian und Hugo Urbahn, im Volkspark zu sprechen, der mit Auseinandersetzungen zwischen den Ultralinken und Anhängern der BL endete, da von der Bezirksleitung als Gegenmaßnahme ca. 150-200 Rotfrontkämpfer nach Halle geschickt wurden. Im Zuge dieser Konfrontationen sollten 18 Teilnehmer aus der Partei geschmissen werden, die allesamt der

¹⁰⁷⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/10, Bl. 214 (Protokoll von der Sitzung der BL Halle-Merseburg am 28.8. 1926).

¹⁰⁷¹ Ebd., RY 1/I 3/11/16, Bl. 84f. (Spezialbericht zur innerparteilichen Lage im Bezirk Mitte).

¹⁰⁷² Vgl. SZ, 14.8.1927: „Und Herr Kilian ist doch nicht irgendsonst wer in der kommunistischen Partei, er ist die Lokalgröße, der intelligenteste von allen ihren Führern.“

¹⁰⁷³ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/12, Bl. 21ff. (Protokoll von der erweiterten Bezirksleitersitzung am 1.10. 1927).

¹⁰⁷⁴ Ebd., RY 1/I 3/11/37, Bl. 9-18 (Protokoll von der Sekretariatssitzung der BL Halle-Merseburg in der Angelegenheit Kilian am Donnerstag, den 20.10.1927).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

„Roten Marine“ angehörten.¹⁰⁷⁵ In Halle-Merseburg hatte bis dato die Gruppe der „Versöhnler“ eine führende Rolle übernommen, welche sich seit 1928 gegen Thälmanns radikale Linie wandten. Mit ihrer Niederlage auf einem Bezirksparteitag in Halle Ende April 1929 setzten sich im Bezirk mehrheitlich die Linie des ZK unter Thälmann und eine linke Parteiströmung in Anlehnung an Stalin durch.¹⁰⁷⁶

Nicht zuletzt spielte im Kampf um die mehrheitliche Gewinnung der Arbeiterschaft immer wieder die Auseinandersetzung mit der SPD eine entscheidende Rolle. Die Erfolge der Sozialdemokraten bei den Parlamentswahlen trieben die KPD zu einem breiteren Engagement mit dem gesteckten Ziel, „die revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft“ weiterhin zum Wachsen zu bringen, zumal es in Halle die bereits bekannten Schwankungen innerhalb der KPD-Organisation zu verzeichnen gab.¹⁰⁷⁷ Die KPD wurde gezwungen, ihrer eigenen Strategien und Vorhaben auszuwerten, und zielte auf eine stetige Auseinandersetzung mit dem Konkurrenten aus dem eigenen Lager, dessen Strategien man als Schwindel entlarven wollte.¹⁰⁷⁸

Die ehemalige Vorbildfunktion der Arbeiterschaft aus dem hallischen Parteibeck gegenüber dem gesamten KPD-Parteibeck Halle-Merseburg hatte sich scheinbar dementsprechend gewandelt, dass die Mängel inzwischen in den einzelnen hallischen Stadtteilen zu finden waren und gerade im Süden und Osten keine politische Arbeit mehr stattfand und somit ein Mangel an aktiven Funktionären evident wurde.¹⁰⁷⁹ Als Ursachen der ungenügenden Entwicklung des Mitgliederstandes und der starken Fluktuation im Beck Halle-Merseburg wurden die Erhabenheit und Überheblichkeit der Funktionäre sowie das Unverständnis vieler Mitglieder gegenüber einer genauen Taktik hervorgehoben. Es gelangen weder eine einfache Agitation noch die Durchführung der Zellenorganisation und die Verteilung der politischen und organisatorischen Arbeit, geschweige denn eine gute und gewissenhafte Beitragskassierung.¹⁰⁸⁰ Im Mai 1928 wurde die Wahlarbeit des Beckes politisch und organisatorisch zwar gut bewertet, nicht verleugnen ließen sich hingegen große Anstrengungen der SPD im Beck. Probleme in der Rekrutierung des Parteinachwuchses äußerten sich in der schwachen Aufstellung des Kommunistischen Jugendverbandes (KVJD) mit nur 700 Mitgliedern – verglichen mit 1.800 Mitgliedern

¹⁰⁷⁵ Vgl. ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 94 (Bericht über Bezirksleitersitzung vom 6.2.1928). Vgl. Bois, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin*, S. 482.

¹⁰⁷⁶ Schumann, *Politische Gewalt*, S. 217.

¹⁰⁷⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/12, Bl. 25b/26-30 (Protokoll von der Sitzung der erweiterten Bezirksleitung am 1.10.1927).

¹⁰⁷⁸ Vgl. ebd., Bl. 37ff. (Protokoll von der Sitzung der erweiterten Bezirksleitung am 16.12.1927).

¹⁰⁷⁹ Vgl. ebd., Bl. 51f.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Ebd., RY 1/I 3/11/16, Bl. 154-156.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Roten Jungfront –, so dass es in den unteren Organisationen oft keine Verbindung zwischen Partei und Jugend gab. Zwar waren in den Sportorganisationen des Bezirkes etwa 30.000 jugendliche Arbeiter erfasst, trotzdem war oft keine enge personelle Verbindung zwischen Jugend und Sportkartellen sichtbar.¹⁰⁸¹ Reichsweit vermochte der KVJD eher nie „den Status einer Jugendsekte zu überwinden“. ¹⁰⁸² Die Mitgliedschaft im Alter von 14 bis 23 Jahren hatte in den Nachkriegsjahren eine Blütezeit miterlebt und im September 1921 einen Stand von 27.800 vorweisen können, im Mai 1924 allerdings nur von 25.000 Mitgliedern und im März 1928 von 21.668 Mitgliedern. Zur besseren Einordnung und im Vergleich dazu besaß die Sozialistische Arbeiterjugend Ende 1931 53.000 Mitglieder und bei den katholischen Jugendverbänden waren noch 1933 insgesamt 1.815.000 Mitglieder verzeichnet.¹⁰⁸³

Der Arbeitsplan der KPD-Stadtorganisation Halle für den Zeitraum Mitte/Ende Mai 1928 sah die intensive Vorbereitung zur Reichstags- und Landtagswahl am 20. Mai 1928 vor, weshalb erfahrungsgemäß die Betriebsarbeit in den Vordergrund gestellt werden sollte.¹⁰⁸⁴ Allen scheinbaren Bemühungen zum Trotz ergab eine Kontrolle beim Bezirk Halle-Merseburg Anfang Januar 1930 aber gerade, dass die Hauptschwäche des Bezirkes in der ungenügenden Betriebsarbeit lag.¹⁰⁸⁵

Als nur wenig erfolgreiche Aktion lässt sich das von der KPD angeregte Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers A bezeichnen. Im Gegensatz zum Volksbegehren gegen die Fürstenteignung von 1926 war es dieses Mal zu keiner Zusammenarbeit mit der SPD gekommen, die sich in der Panzerkreuzerfrage intern uneinig war. Während der Einzeichnungsfrist vom 1. bis 16. Oktober 1928 waren die im Bezirk Halle-Merseburg durchgeführten Veranstaltungen schlecht besucht, was die Bezirksleitung auf die übereilte Durchführung des Volksbegehrens zurückführte.¹⁰⁸⁶ Dass die Bemühungen einer Reorganisation wenig längerfristige Erfolge brachten, zeigte auch die Antikriegskundgebung vom 1. August 1929 auf dem Hallmarkt, zu der laut KPD-Angaben ca. 6.000 bis 8.000 Teilnehmer kamen, an der sich jedoch wegen der ungenügenden Mobilisierung und der Einschüchterung der Belegschaft durch Androhungen von Massenentlassungen nur wenige Leuna-Arbeiter beteiligten. Schon zu den Maifeiern desselben Jahres war der gegnerischen „Saale-Zeitung“ eine geringe Teilnahme von Leuna-

¹⁰⁸¹ Vgl. ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 108ff. (Bericht über den Bezirk Halle-Merseburg vom 11.5.1928).

¹⁰⁸² Mallmann, Kommunisten, S. 182.

¹⁰⁸³ Vgl. ebd., S. 182f.

¹⁰⁸⁴ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/21, Bl. 188a (Arbeitsplan für die Stadtorganisation Halle vom 15.4. bis 20.5.1928).

¹⁰⁸⁵ Vgl. ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 192 (Bericht von der Kontrolle des Bezirkes Halle-Merseburg am 4.1.1930).

¹⁰⁸⁶ Vgl. ebd., RY 1/I 3/11/5, Bl. 23f. (Bezirksparteitag am 27. und 28.4.1929). Zur Debatte um den Panzerkreuzer A vgl. Winkler, Der Schein der Normalität, S. 541-555.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Arbeitern sowie Arbeitern größerer hallischer Maschinenfabriken aufgefallen. Einem Eilbericht des Genossen Koenen zufolge nahmen am Umzug des 1. August 1929 wohl um die 4.000 Personen teil. Zuvor hatten Teile der städtischen Baubetriebe, Großbrauereien und Metallbetriebe früher geschlossen, um einen gemeinsamen Anmarsch der Betriebe zu ermöglichen. Von Seiten der SPD hatte es keine eigene Kundgebung gegeben, da die Partei – laut Kommunisten – zu schwach dafür war.¹⁰⁸⁷

Entsprechend einem eigenen Bericht vom Herbst 1929 hatte die SPD im halben Jahr davor die Zahl der Ortsgruppen im Bezirk von 258 auf 299 und die der Mitglieder von 16.211 auf 17.405 erhöht. Die KPD hatte zeitgleich besondere Kampagnen unter anderem zur Antikriegsthematik und zur Erwerbslosenproblematik durchgeführt, aber keine Erfolge im Kampf gegen die Nationalsozialisten erzielen können. Während Stahlhelm und Jungdo eher passiv agierten, hatte sich der Wehrwolf etwas aktiver präsentieren können.¹⁰⁸⁸

Nach seiner Kontrolle des Bezirkes Halle-Merseburg im November 1929 berichtete der Leiter der Orgaabteilung des ZK August Creuzburg über die Lage im Bezirk. Als Problem stellte sich die schon zuvor angedeutete Unterschätzung der SPD dar, die wohl stärker als angenommen in die Reihen der Gewerkschaften und Genossenschaften eingedrungen war. Creuzburg kritisierte, dass der Young-Plan von den Verantwortlichen nicht genügend in den Mittelpunkt der politischen Massenarbeit gestellt worden war und zudem noch keine Kampagne gegen das neue Kommunistengesetz (Republikschutzgesetz) auf den Weg gebracht sei. Nicht überraschend erschienen daher auch die Klagen der IAH über eine mangelnde Unterstützung durch die Partei, die weiterhin schwache Betriebsarbeit mit schlecht arbeitenden Betriebszellen, geschweige denn funktionierender Straßenzellen und einer politisch und organisatorisch effektiven Arbeit des RFB.¹⁰⁸⁹ Reichsweit war der KPD-Bezirk Halle-Merseburg nach Berlin-Brandenburg 1929 aber immer noch der zweitstärkste Mitgliederbezirk.¹⁰⁹⁰ Auf dem Bezirksparteitag der KPD Ende April 1930 wurde die Erkenntnis gewonnen, dass vor allem die Nationalsozialisten immer weiter an Bedeutung zunahmen, was vor allem in Halle eine Rolle spielte und durch die Erfolge der Rechten bei der Kampagne gegen den Young-Plan offensichtlich wurde. Durch die vermehrte Agitation der NSDAP in zahlreichen größeren Versammlungen war es der NSDAP gelungen, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und Stahlhelm und Wehrwolf hinter sich zu

¹⁰⁸⁷ Vgl. ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 175 (Eilbericht über Demonstration vom 1.8.1929 von Koenen am 2.8.1929)

¹⁰⁸⁸ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/19, Bl. 180 (Bericht von der Kontrolle des Bezirkes Halle-Merseburg am 8.10.1929).

¹⁰⁸⁹ Vgl. ebd., Bl. 147f. (Bericht über die Kontrolle im Bezirk Halle-Merseburg am 21. und 22.11.1929 – August Creuzburg am 2.12.1929). Zu August Creuzburg (1892-1941) in: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 138-139.

¹⁰⁹⁰ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 450.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

lassen. Die Aktivitäten bezogen sich speziell auf Halle, wo „die Gegenorganisation unserer Parteiorganisation erheblich schwächer ist, als sonst durchweg in den Provinzorten. Trotz verschiedener Bemühungen gelang es nicht, in der hallischen Organisation die nötigen Voraussetzungen für eine wirkliche antifaschistische Organisationsarbeit durch Organisierung des Selbstschutzes oder Bildung entsprechender Gruppen innerhalb der Partei und der sympathisierenden Organisationen zu schaffen. Diese Aufgabe muss jetzt aber angesichts der immer stärkeren faschistischen Gefahr für Halle unbedingt in kürzester Zeit gelöst werden.“¹⁰⁹¹ Wie wenig das scheinbar gelang, offenbarte der KPD-Bericht über die Kontrolle im Bezirk von 1931. Darin ist nicht nur von schlechter Werbearbeit und langsamer Mitgliederentwicklung die Rede, sondern vor allem von der Passivität der zu aus zwei Drittel Invaliden bestehenden hallischen Straßenzellen, der Erwerbslosigkeit und der allgemeine Notlage als Gründe für drei Viertel aller Zeitungsabbestellungen in der Stadt.¹⁰⁹² Über den Wahlausgang sowie den Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten schrieb das KPD-Organ „Klassenkampf“ am 16. September 1930 unterbewertend: „Die über 30 000 Wähler, die am Sonntag für die Nazis gestimmt haben, werden schon in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, festzustellen, in welcher Weise die nationalsozialistischen Maulhelden ihre Versprechungen, den notleidenden Massen zu helfen, in Halle wahr machen werden. [...] Der Zuwachs der Nazis wird dem bürgerlichen Staate nicht im geringsten wehtun. Die Nazis, die die letzte Reserve der deutschen Bourgeoisie darstellen, werden als skrupellose Knüppelgarde des Trustkapitals ihrer Aufgabe zur Niederschlagung des revolutionären Proletariats in jeder Beziehung gerecht werden. Von einer Bedrohung der bürgerlichen Macht durch die Hitler-Partei kann also nicht im Geringsten die Rede sein.“¹⁰⁹³ Das für die Kommunisten unbefriedigende Wahlergebnis von 1930 wurde jedoch intern zum wiederholten Male auf den schlechten Zustand der hallischen Parteiorganisation zurückgeführt, wobei die Arbeit vor allem in den Bezirken Zentrum und Norden nur als mangelhaft bezeichnet werden konnte.¹⁰⁹⁴ Daher sah sich die KPD dazu angehalten, 1930/1931 ihre Propaganda- und Schulungsarbeit hinsichtlich geeigneter Funktionäre voranzubringen. Infolge dessen entstand in Halle wie in Berlin und anderen deutschen Orten die Marxistische Arbeiterschule (MARSCH), die Anfang November 1930 erste Kurse zur Ideologie, Arbeiterbewegung und Kommunalpolitik, d.h. zur Stärkung des Grundwissens für Parteianhänger abhielt. Neben Themen wie „Der Proletarier und das bürgerliche Recht“ oder „Handel, Kapitalismus, Sozialismus“ fanden

¹⁰⁹¹ SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/6, Bl. 46, 55 (Bezirksparteitag der KPD Halle-Merseburg am 26. und 27.4. 1930 im Volkspark).

¹⁰⁹² Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/16, Bl. 169 (Bericht über die Kontrolle im Bezirk Halle-Merseburg vom 16.3.1931).

¹⁰⁹³ KK, 16.9.1930.

¹⁰⁹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/45, Bl. 53.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

andererseits auch Kurse mit dem Inhalt „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ und „Französisch für Anfänger statt“.¹⁰⁹⁵

Zur Bekämpfung einer zunehmend selbstbewussteren NSDAP regten die Kommunisten häufig Kundgebungen und Versammlungen an und widersetzten sich dabei nicht selten den ihnen auferlegten Veranstaltungsverböten. Hauptsächliches Ziel der Partei war es bis zuletzt, Kurs auf die Arbeiter aus den Reihen der SPD, NSDAP und des Stahlhelms zu nehmen, um sie für sich zu gewinnen.¹⁰⁹⁶ Zugleich führten Aktionen dieser Art im Rahmen der Pressearbeit zu etlichen Verböten ihrer Zeitung durch den Oberpräsidenten, so geschehen im Juli und September 1931.¹⁰⁹⁷ Zum letzten Mal sprach am 7. April 1932 Ernst Thälmann, Kandidat der KPD für die Reichspräsidentenwahl, vor dem zweiten Wahlgang in Halle zu seinen Anhängern. Der KPD-Vorsitzende wurde nach seiner Ankunft am Bahnhof durch die Arbeiterviertel im Süden der Stadt und im Stadtteil Glaucha zum Hallmarkt geleitet, wo die offizielle Wahlkundgebung stattfand, an der laut Angaben der Kommunisten 20.000 Menschen teilnahmen. Für sie stellte der Besuch einen Höhepunkt ihrer eigenen politischen Aktivität dar, die unter dem Motto stand „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“¹⁰⁹⁸

Mit ihrer eigenen Mitgliederentwicklung war die KPD im Bezirk wenig zufrieden. Waren im Januar 1931 noch 12.752 abgerechnete Mitglieder in der KPD, so war ihre Anzahl genau ein Jahr später auf 12.636 Mitglieder leicht gesunken, allerdings waren die Zahlen innerhalb der Jahre 1931 und 1932 Schwankungen unterlegen. Die Zahl der Arbeitslosen war indes auf 89,9% angestiegen. Auch die Mitgliederabrechnung im Stadtbezirk Halle war für die Kommunisten ungünstig verlaufen. War die Stadt bis Februar 1932 noch in sechs Stadtparteibezirke aufgeteilt, hatte man diese danach zu vier Bezirken vereinigt, mit dem Ziel, die vorhandenen Kräfte stärken zu konzentrieren und dadurch aktivere Stadtteileitungen zu schaffen.¹⁰⁹⁹ Weitere Einblicke in die Mitgliederbewegungen und Strukturen zum Ende der Weimarer Republik geben die Angaben zu Fluktuationen im Unterbezirk Halle und in den einzelnen Stadtbezirken des Jahres 1932. Im Laufe jenes Jahres war es in den hallischen Stadtbezirken zu Parteiaustritten gekommen, die aber zum Teil mit finanziellen Schwierigkeiten begründet wurden und sich vorwiegend auf den ohnehin von der KPD geprägten südlichen Stadtbezirk konzentrierten, so dass

¹⁰⁹⁵ Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 354-360. Vgl. Mitteldeutsches Echo, 10.1.1931; SAPMO-BArch, Sg Y 30/0827, Bl. 11 (Erinnerungen Walter Schmidt).

¹⁰⁹⁶ Vgl. KK, 1.10.1932. Aufruf des Bezirksleiters der KPD Paul Suhr beim Generalappell der Hallischen Parteiorganisation.

¹⁰⁹⁷ Vgl. VB, 18.7.1931; HN, 19.9.1931.

¹⁰⁹⁸ Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 406.

¹⁰⁹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/7, Bl. 62f. (Bericht der BL Halle-Merseburg der KPD zum Bezirksparteitag am 3. und 4.12.1932 in Halle).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

man mehrheitlich politische Gründe für einen Austritt oder Wechsel weniger ausmachen kann. Im Juni waren zwei Personen zur NSDAP übergetreten und in den Monaten zuvor eine Person zur SPD, die von den Kommunisten als „großer Materialist“ beschrieben wurde. Zwar wurde auch vereinzelt über Neuaufnahmen gesprochen, allerdings hat die Anzahl der Austritte diese weit übertroffen.¹¹⁰⁰

Die Gesamt-SPD war auch 1926 vorwiegend eine von Männern dominierte Arbeiterpartei (Anteil von vier Fünfteln; Frauenanteil bei 20,09%, 1929 bei 21,4%. Bei der KPD lag der Anteil an Frauen 1929 mit 16,5% noch darunter. 1928 zeigte sich die KPD als homogene Arbeiterpartei mit 68% Industriearbeitern, 10% handwerklichen Arbeiter und 2% Landarbeitern), aber mit einer hohen Quote an arbeitslosen Mitgliedern.¹¹⁰¹ Auch in der SPD dominierten die Arbeiter, jedoch gab es auch einen Zuwachs an Angestellten und Arbeitern (Berlin 1922: 43% Arbeiter, 25% Angestellte im öffentlichen Dienst, 13% Beamte im Staatsdienst). Eine Untersuchung von 393 Ortsvereinen von 1930 hat ergeben, dass die Partei 59,49% Arbeiter, 13,97% Angestellte und Beamte, 4,17% Selbständige und Landwirte in sich vereinte, daher im Kern eine Arbeiterpartei blieb.¹¹⁰²

Im Volkspark in der Burgstraße fanden während der Weimarer Zeit hauptsächlich Veranstaltungen von KPD und SPD statt, trotzdem hatte er größtenteils Probleme mit der Auslastung. In den Geschäftsberichten des Volksparkes wurde immer wieder auf die bestehende Arbeitslosigkeit sowie auf hohe Vergnügungssteuern und Verwaltungsausgaben hingewiesen, weshalb keine größeren Tagungen, Konferenzen etc. stattfanden, jedoch einzelne Versammlungen wie z.B. eine Nutzung durch die IAH erfolgte.¹¹⁰³ Offenkundig war das Bemühen der hallischen Kommunisten um einen deutsch-russischen Kulturaustausch. Bei Filmveranstaltungen in einem der Säle des Volksparks konnten sich die Besucher in Beiträgen der parteinahen Wohlfahrtsorganisation Internationale Arbeiterhilfe (IAH) über den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion informieren oder sich beispielsweise Bilder von der Beerdigung Lenins ansehen. Die hauptsächlich von der IAH veranstalteten Filmvorführungen, Vorträge und Reiseberichte konnten zu niedrigen Eintrittspreisen bzw. für Erwerbslose kostenlos besucht werden. Als z.B. 1926 der russische Film „Panzerkreuzer Potemkin“ anlief, war die Kritik in bürgerlichen Kreisen der Stadt über den „Hetzfilm“ groß, der trotz eines reichsweiten Verbotes Ende Oktober

¹¹⁰⁰ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/32, Bl. 5-57 (Übersicht der Fluktuation im Bezirk Halle-Merseburg bis 29.2.1932). Zum Beispiel: Fluktuation Juni 1932 im UB Halle 62 Abgänge, davon 49 Männer, insgesamt im Bezirk 305 Abgänge, davon 235 Männer, Halle-Osten: 7 Abgänge, davon 6 Männer, Halle-Zentrum: 1 Abgang, Halle-Süden: 15 Abgänge, davon 11 Männer, Halle-Norden: 39 Abgänge, davon 24 Männer.

¹¹⁰¹ Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 113f.; Mallmann, Kommunisten, S. 11.

¹¹⁰² Lösche, Peter/Walter, Franz, Die SPD – Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 14ff.

¹¹⁰³ Vgl. KK, 17.12.1924 und 28.2.1927.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

1926 aber noch einmal vor der hallischen Bevölkerung zur Aufführung kommen konnte.¹¹⁰⁴ Laut den Monatsberichten des Regierungspräsidenten hatte sich die IAH ebenso wie der RFB zur „Hilfstruppe“ für die Agitation der KPD entwickelt.¹¹⁰⁵ Zu Beginn des Winters 1932/1933 startete neben anderen Wohlfahrtsverbänden auch die IAH ein Winterhilfswerk mit Sammlungen von Lebensmitteln, Kleidung etc. Schon zuvor hatte sie in den großen Schulferien 300 Schulkinder bedürftiger Erwerbsloser aus Halle ins Ferienlager, zu Pflegeeltern und in Kinderheime gebracht.¹¹⁰⁶ Die Organisatoren der IAH und der Roten Hilfe betreuten unter anderem die Essensausgaben an die Hilfsbedürftigen und organisierten die jährliche Weihnachtsbescherung, die auch vom Magistrat unter Stadtrat Bernhard Velthuysen mit Sachspenden unterstützt wurde.¹¹⁰⁷ Daneben konzentrierte sich kommunistisches Engagement auf die verschiedensten kulturellen und sportlichen Bereiche. Als aber die Kommunisten im Oktober 1932 zum zwölften Mal eine internationale Kinderwoche durchführen wollten, verbot der preußische Innenminister alle Veranstaltungen im Rahmen dieser Woche, worauf sich die Kommunisten in einer Protestversammlung gegen das „Entziehen der Arbeiterkinder aus der revolutionären Arbeiterbewegung“ wandten.¹¹⁰⁸ Neben zahlreichen Veranstaltungen des Arbeitersports wurde vom 12. bis 18. Dezember 1932 eine „proletarische Kulturwoche“ durchgeführt, die einen Kindernachmittag, ein deutsch-russisches Konzert und eine Sportkundgebung der „Kampfgemeinschaft für die Rote Sporteinheit“ beinhaltete. Zudem dirigierte Hanns Eisler sämtliche Arbeiterchöre von Halle und Umgebung.¹¹⁰⁹ Insgesamt besaß die IAH im Bezirk Halle-Merseburg 1926 38 Ortsgruppen mit 950 Einzelmitgliedern, ferner korporativ 105 Organisationen und Belegschaften mit ca. 14.500 Personen, der Ortsgruppe Halle waren dabei 14 Organisationen und 15 Betriebe angeschlossen. Im Dezember 1925 / Januar 1926 erhielten rund 600 Familien Lebensmittel, Kleider und Wäsche im Wert von 5.000 bis 5.500 RM, während die parallel agierende Rote Hilfe außer durch Sammlungen bei Versammlungen nicht weiter in Erscheinung getreten war.¹¹¹⁰ Genosse Jakob Schloer, Leiter der Roten Hilfe, hatte die Organisation in Halle vor Aufnahme seiner Tätigkeit als „vollkommen desorganisiert“ bezeichnet, da weder ein arbeitsfähiges Orts- noch Bezirkskomitee vorhanden war. Ende 1927 wurde die Mitgliederzahl der Roten Hilfe mit 16.817 Personen angegeben und ein Jahr später umfasste der Mitgliederbestand

¹¹⁰⁴ Vgl. Gorski, Günter, Das „rote Halle“ an der Seite der Sowjetunion. Zur Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Werkträgern Halles und der UdSSR. Teil I 1917-1932, Halle 1968, S. 76ff, 88ff, 96f, 111f; KK, 30.6. und 12.7.1926.

¹¹⁰⁵ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 148.

¹¹⁰⁶ Vgl. KK, 15.10.1932.

¹¹⁰⁷ Vgl. SAPMO-BArch, Sg Y 30/ 0723, Bl. 3f. (Erinnerungen Aloysia Pleul).

¹¹⁰⁸ KK, 7.10.1932.

¹¹⁰⁹ Ebd., 10.12.1932.

¹¹¹⁰ LHASA, Mer, Rep. C 48 Ie, Nr. 945, Bl. 43.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

bei Einzelmitgliedern 6.260 Kommunisten, 91 Sozialdemokraten, 5.610 Parteilose und 27 Bürgerliche.¹¹¹¹

Nach dem Verbot des RFB und der Gründung erster Nachfolgeorganisationen entschloss sich die KPD auch zur Gründung einer Jugendorganisation unter dem Namen „Antifaschistische Garde“, um Jugendlichen zu ermöglichen, sich aktiv für den Kommunismus einzusetzen. Sie nahm bereits im August 1929 auf der Gründungsversammlung der „Roten Arbeiterschutzwehr“ teil.¹¹¹² Der Regierungspräsident berichtete im Oktober 1930 nach Magdeburg, dass sich einen Monat zuvor in Halle eine „Antifaschistische Arbeiterwehr“ gegründet hätte, welche sich zusammen mit den bestehenden Betriebswehren zum „Kampfbund gegen den Faschismus“ zusammengeschlossen habe, der einen erneuten Versuch darstellte, eine funktionierende Wehrorganisation zu schaffen.¹¹¹³

1.3 Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe der frühen 20er Jahre

Nach den Unruhen in Januar 1919 folgten im März alsbald weitere lokale Auseinandersetzungen, darunter im Ruhrgebiet und im mitteldeutschen Raum. Nach einer Konferenz in Halle am 23. Februar 1919 riefen die Bergarbeiter in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung den Generalstreik aus. Als sogenannten Dreh- und Angelpunkt bezeichneten sie die „Sozialismusfrage“, deren Kern sich auf ein ausnahmsloses Mitbestimmungsrecht in den Betriebsräten und des Weiteren auf den Erhalt der Arbeiter- und Soldatenräte bezog. Vor allem aber betonten sie eine ablehnende Haltung in der Anwendung von Waffengewalt und die Durchsetzung ihrer Forderungen, die sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, d.h. Streiks und Demonstrationen, erreichen wollten.¹¹¹⁴ Bereits Anfang Februar hatte der unter linker Führung stehende hallische Arbeiter- und Soldatenrat eine Erklärung veröffentlicht, die sich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und das Vorgehen des Reichswehrministers Noske richtete und sich offen für die Arbeiter- und Soldatenräte „bis zur vollkommenen Sicherung der sozialistischen Republik“ einsetzte.¹¹¹⁵

¹¹¹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/25, Bl. 126. Vgl. ebd., Ry 1/I 3/11/5, Bl. 73: 7 Gewerkschaften mit 1.310 Mitgliedern, 22 Sportvereine mit 1.038 Mitgliedern, 18 Kulturvereine mit 661 Mitgliedern, eine Genossenschaft mit 18 Mitgliedern, eine Wirtschaftsorganisation mit 200 Mitgliedern, 27 politische Organisationen mit 3.174 Mitgliedern, Sonstige mit 345 Mitgliedern.

¹¹¹² KK, 8.8.1929. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I 3/11/6, Bl. 82.

¹¹¹³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960/III, Bl. 253; Voigt, Kampfbünde, S. 527ff.

¹¹¹⁴ VB, 24.2.1919. Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 175ff.

¹¹¹⁵ SZ, 7. 2.1919.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Den ersten Arbeitsniederlegungen von Seiten der Arbeiter setzte das Bürgertum am 26. Februar einen eigenen Streikaufruf entgegen, der die Situation für die Betroffenen verschärfen sollte. Dem folgte von Arbeiterseite das erzwungene Einstellen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Zwar waren von Beginn an Wasserwerke, Lebensmittelbetriebe etc. bewusst vom Streik ausgenommen worden, jedoch befürchtete der Magistrat Behinderungen in der Lebensmittelzufuhr für die Bevölkerung, da mit der Streikaufnahme des Bürgertums etliche Lebensmittelgeschäfte geschlossen blieben. Während des als Abwehrmaßnahme erfolgten Generalstreiks sollten die hallischen Bürger, d.h. alle Angestellten und Beamten, ihre Tätigkeiten unverzüglich einstellen, dem vorwiegend Post, Eisenbahn und städtische Büros Folge leisteten.¹¹¹⁶ Von Seiten der Mehrheitssozialisten wurde der Streik als Mittel zu gesellschaftlichen Veränderungen abgelehnt, was ihnen wiederum die Kritik der USPD einbrachte.¹¹¹⁷ Zur eigentlichen gewalttätigen Auseinandersetzung führte schließlich das Eingreifen des vom Reichswehrminister zu Hilfe gerufenen Generals Georg Maercker, der vor dem Einrücken noch von Delegierten des Soldatenrats unter Führung der MSPD zum Rückzug aufgefordert wurde, da in der Stadt ruhige Zustände herrschen würden.¹¹¹⁸ Die Innenstadt wurde letztlich zu einem unkämpften Gebiet zwischen Maercker und seinen Gegnern, in welchem am 2. März – erstaunlicherweise relativ friedlich – die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung stattfand. Bei Plünderungen in der Nacht vom 2. zum 3. März 1919 in 290 Geschäften entstand ein Schaden von 12 Mio. Mark. Insgesamt 36 Personen wurden während der Unruhen getötet und über 100 verletzt. Nachdem durch General Maercker am 3. März der Belagerungszustand über Halle verhängt wurde, wurde vier Tage später der Generalstreik aufgehoben.¹¹¹⁹ Die „Saale-Zeitung“ veröffentlichte später gar einen Dank an das Freiwillige Landesjägerkorps Maercker für seine Hilfe „in den Stunden furchtbarster Not“.¹¹²⁰ In einem öffentlichen Bericht hob Maercker seinen besonderen Verdienst beim Eingreifen in Halle hervor, in dem er darauf hinwies, dass die Zustände in der Stadt weit das übertrafen, was man im Vorfeld erwartet hatte und „wo der Mob so zügellos und bestialisch war“.¹¹²¹ Vor allem auch die Kämpfe zwischen linken Gruppen und Regierungstruppen in Berlin und im Ruhrgebiet verschärfen die Sichtweise der Bürgerlichen

¹¹¹⁶ Ebd., 26.2.1919.

¹¹¹⁷ Vgl. Schubert, Helga, Der Generalstreik in Mitteldeutschland: 1919, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle (Saale), bei der Abteilung Agitation, Propaganda der Bezirksleitung der SED Halle (Saale), Halle 1958, S. 25.

¹¹¹⁸ Vgl. ebd.; Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 80ff.

¹¹¹⁹ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 49 I e, Nr. 134, Bl. 347; Schumann, Gewalt, S. 57. Der Regierungsvertreter Oberst Robert von Klüber wurde am 2. März 1919 von einer aufgewühlten Menge zunächst brutal misshandelt und danach umgebracht.

¹¹²⁰ SZ, 5.3.1919.

¹¹²¹ Ebd.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

auf die Auslöser der Kämpfe, die sich aufgrund der „Rettung“ Maerckers beenden ließen. „Dass nach Tagen der Unordnung und des Schreckens in Halle wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt ist“, zeigte auch der öffentliche Abschied General Maerckers von der Stadt Halle in einer Pressekonzferenz Ende März 1919.¹¹²² Bereits am 6. März war im Rahmen der endenden Unruhen in der „Saale-Zeitung“ ein Aufruf an „Ordnungsliebende Einwohner von Halle“ veröffentlicht worden, der zum Zusammenschluss zu Bürgerwehren aufrief. Zudem kam es zur Neuordnung des Sicherheitsdienstes in Halle, d.h. zur Bildung eines neuen Wachregiments durch das Garnisonskommando, sowie zur Aufstellung eines Freiwilligenkorps.¹¹²³ Maercker war es zu verdanken gewesen, dass mit jener Aufstellung des Freikorps Anfang März noch der letzte Höhepunkt der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links eingeleitet wurde, dem der Matrosenführer Karl Meseberg zum Opfer fiel.¹¹²⁴ Das preußische Justizministerium nahm an, dass es sich bei dem Aufsehen erregenden Vorfall wohl um Mord aus politischen Gründen handelte. Meseberg war von uniformierten Männern mit Stahlhelm und Waffen wegen eines angeblichen Haftbefehls gefangen genommen und später durch einen Schuss getötet worden.¹¹²⁵

Ausgehend von den vorausgegangenen Unruhen erließ das Berliner Innenministerium im März 1919 Richtlinien zur Errichtung von Einwohnerwehren, denn „die großen Gefahren, welche durch Einschleppung und Verbreitung bolschewistischer und spartakistischer Ideen und die damit im engsten Zusammenhang stehende Tätigkeit plündernder und raubender Banden insbesondere dem platten Lande und den kleinen Städten erwachsen, machen es notwendig, schleunigst Abwehrmaßregeln zu treffen.“¹¹²⁶ Die für diesen Zweck ausgewählten wehrfähigen Männer sollten allen Schichten der Bevölkerung entstammen, jedoch nicht feindlich gegenüber der Regierung eingestellt sein. Am 12. März 1919 berichtet das „Volksblatt“ bereits von öffentlichen Aushängen, die zur Errichtung von „Bürgerwehren“ aufriefen, in deren Gründung das Blatt eindeutig die „Wiederaufrichtung des alten militaristischen System“ erblickte und das Bestreben, auf bürgerlicher Seite die durch die Revolution verlorene Macht zu erringen.¹¹²⁷

¹¹²² Ebd., 29.3.1919.

¹¹²³ Ebd., 6.3.1919.

¹¹²⁴ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 58.

¹¹²⁵ GStA PK, I. HA Rep. 84 a Justizministerium Nr. 51053 (Verfahren zur Ermordung von Meseberg am 13.3.1919), Bl. 1f.

¹¹²⁶ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1820, Bl. 22.

¹¹²⁷ VB, 12.3.1919: „Ordnungsliebende Einwohner von Halle! Ihr habt erlebt und gesehen, wie unter der Regierung von A.- und S.-Rat und unter dem Schutz der sogenannten Sicherheitswache seit Monaten die Unsicherheit und Zuchtlosigkeit zugenommen haben, bis sie sich in den letzten Tagen zu Aufruhr, zu Mord und Todschlag ausgewachsen hat.“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Bernd Weisbrod beschreibt die Einwohnerwehren als „rudimentäre Form der antisozialistischen Sammlungsbewegung“, welche die Akzeptanz von Gewalt in der politischen Kultur der Weimarer Republik beförderte und starken Einfluss auf die zukünftige Form der Gewalt ausübte.¹¹²⁸ Nachdem im April 1919 dem Zeitfreiwilligenverband Naumburg die Vollmacht zur Bildung von Einwohnerwehren im Regierungsbezirk Merseburg erteilt worden war, kam es auch erneut angeregt von General Maercker zur reibungslosen Gründung der hallischen Einwohnerwehr unter Bergingenieur Hauptmann Thumann und Fabrikdirektor Oberleutnant Dr. Frenzel, mit deren Beaufsichtigung Dezerent Stadtrat Engelcke beauftragt wurde und deren Mitgliederzahl bei 2.540 Personen lag.¹¹²⁹ Unter Dr. Frenzel war die städtische Einwohnerwehr organisatorisch in drei Bezirke eingeteilt, darunter den Oberbezirk Nord unter Bergrat Hauptmann a.D. Fabian, den Oberbezirk Mitte unter Leutnant d.R. Schneider und den Oberbezirk Süd unter Hauptmann a.D. Halbig mit jeweils einer Stärke der Oberbezirke zwischen 700 und 1000 Mann, zudem noch Bereitschaftskompagnien und 7 bis 10 Unterbezirke.¹¹³⁰ Nach eigenen Angaben waren vor allem die zahlreichen Plünderungen und die Abwehr der „roten Armeen“ der Anlass zur Gründung der Einwohnerwehr gewesen.¹¹³¹ Ende des Jahres 1919 war deren Anteil nur minimal auf 2.475 Mitglieder angestiegen und lag im gesamten Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei insgesamt 20.945 Personen.¹¹³² Trotzdem war die Beteiligung der männlichen Bevölkerung eher niedriger anzusetzen, wobei deren Anteil aufgrund der vorhandenen in Frage kommenden männlichen Personen hätte theoretisch viel größer ausfallen können und deren Schwerpunkt sich eher auf dem Land wiederfand und auch dort eher, wo man in der Regel wenig Kontakt mit Plünderern und Arbeitern hatte. Für Halle ist aufgrund des relativ geringen Beteiligungsgrades in den Einwohnerwehren kein Nährboden für die Gewaltbereitschaft der kommenden Zeit auszumachen.¹¹³³ Für ein stärkeres Engagement einzelner Mitglieder spricht in diesem Zusammenhang, dass die Mitglieder des Stahlhelms größtenteils in den Einwohnerwehren organisiert waren, was im Zusammenhang mit der Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelms in Halle von Seiten der städtischen Polizeiverwaltung angemerkt wurde.¹¹³⁴ Auch von städtischer Seite wurde die hallische Wehr mit entsprechenden Mitteln unterstützt, was

¹¹²⁸ Weisbrod, Bernd, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: GWU 43 (1992), S. 393f.; Diehl, James, Paramilitary Politics in Weimar Germany, S. 59.

¹¹²⁹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1820, Bl. 65; Nr. 1997 II, Bl. 113ff.

¹¹³⁰ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 15-16. Vgl. S. 23: Verluste bei Reichswehr einschließlich von Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehr in Halle 27 Tote und 103 Verwundete.

¹¹³¹ LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 919, Bl. 88.

¹¹³² Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4582, Bl. 41, LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4582, Bl. 41.

¹¹³³ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 70-83, wonach die Einwohnerwehren nur ca. 8,4% der Selbständigen, Angestellten und Beamten aus Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Verwaltung umfassten.

¹¹³⁴ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 I e, Nr. 919, Bl. 84.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

innerhalb der Stadtverordnetenversammlung zu Auseinandersetzungen zwischen Bürgerlichen und Linken geführt hatte.¹¹³⁵

Die Forderungen nach Gewaltfreiheit zu Beginn des Generalstreikes der Arbeiter konnten trotz friedlich angeregter Aktionen nicht in der gewünschten Form zu Ende gebracht werden. Auch wenn sicher dem Eingreifen der Landjäger unter Maercker ein großer Teil der Schuld an den blutigen Auseinandersetzungen der Märztage 1919 zuzurechnen ist, ist nicht auszuschließen, dass auch auf der Seite der streikenden Arbeiter ein gewisses Potential an Gewalttätigkeit vorzufinden war, deren Ursachen neben den akuten Vorfällen sicherlich ebenso – wenn auch nicht ausschließlich – in den Erfahrungen der Kriegsjahre zu finden war.¹¹³⁶

Obwohl die gewaltsamen Konfrontationen seit März ein Ende gefunden hatten, wurde relativ schnell deutlich, dass die anfänglichen Auseinandersetzungen noch keinen endgültigen Schluss gefunden hatten, vor allem war zum Ende des Jahres unter der Bevölkerung eine Unzufriedenheit zu spüren, deren Gereiztheit der Regierungspräsident auf die aktuellen Teuerungen und den Mangel an einzelnen Lebensmitteln zurückführte, die vor allem in größeren Städten und Industriestandorten vorherrschten. Zudem würden von Seiten der radikalen Parteien mittels ihrer Presseorgane Anstrengungen unternommen, „die Massen zu verhetzen und die Neigung zu Streiks und Putschen zu beleben und zu kräftigen.“¹¹³⁷

Im bürgerlich-nationalen Spektrum hatten die rechten paramilitärischen Verbände von Beginn an eine große und steigende Bedeutung. Das galt für Halle in erster Linie für die 1919 in Halle entstandene Ortsgruppe des Stahlhelms, der sich vor Ort vor allem wegen der Konfrontation mit der starken Arbeiterbewegung rasch zu einer radikaleren Hochburg entwickeln sollte als deren Gründungsort Magdeburg unter dem Stahlhelmführer Franz Seldte. Vielerorts – so auch in Halle – war der Stahlhelm zunächst als Verein ohne klar definierte politische Ziele entstanden, für den in erster Linie soziale Aufgaben im Vordergrund standen, wie die Unterstützung der heimkehrenden Soldaten bei deren Eingliederung in das zivile Leben. Das schloss jedoch nicht aus, dass die Bewegung von vornherein gegen den Staat von Weimar eingestellt war.¹¹³⁸

Zur hallischen Lage im Winter 1918/1919 äußerte sich der Stahlhelm im Nachhinein folgendermaßen: „Das Versagen jedes wirklichen Ordnungsdienstes sowie das Fehlen jeder Autorität in dem bereits im Frieden radikalen Halle steigerte hier die Begehrlichkeit und die Auffälligkeit

¹¹³⁵ SZ, 30.9.1919.

¹¹³⁶ VB, 8.3.1919. Siehe auch die Ausführungen von Schumann, Politische Gewalt, S. 62.

¹¹³⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4777, Bl. 5.

¹¹³⁸ Vgl. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 5; Sechs Jahre Stahlhelm, Anlage 6 zur Satzung der Ortsgruppe Halle vom 14.8.1919: „Der Stahlhelm ist ein wirtschaftlicher Verein ehemaliger Frontsoldaten [...]“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der müßig die Tage rauchend, trinkend und randalierend Dahinlebenden, vom Arbeiter- und Soldatenrat gelöhnten, radikalen Elementen, die sich in losen Formationen ohne Disziplin und wirkliche Führer zur Matrosenkompanie und zum sogenannten Sicherheitsregiment zusammengeschlossen hatten, außerordentlich.“¹¹³⁹ Die Gruppe des hallischen Stahlhelms vertrat einen extrem reaktionären Kurs und forderte von Beginn an ein stärkeres Einbeziehen in den politischen Kampf, welches die starken Gegensätze im mitteldeutschen Raum vor allem in Halle für ihn erforderlich machten, so dass Duesterberg in Halle gegenüber Seldte in Magdeburg von Anfang an eine „dezidiert antirepublikanische und völkische Position“ besaß.¹¹⁴⁰ So warf die hallische Ortsgruppe des Stahlhelms im April 1921 der Regierung vor, die KPD zu dulden und Kämpfe in Mitteldeutschland im März 1921 mitverschuldet zu haben, weshalb sie die „Bildung von Selbstschutzorganisationen aller ordnungsliebenden Elemente“, die „rücksichtslose Unterdrückung“ der KPD-Presse und die „Wiederherstellung der Staatsautorität mit allen Mitteln“ vorschlug.¹¹⁴¹ Im Juni 1919 hatten sich Stahlhelm-Kameraden aus Magdeburg mit Interessierten aus Halle über die Ansiedlung des Stahlhelms in der Stadt beraten und kurz darauf mit ihrer Werbetätigkeit begonnen. Der Beschluss zur Gründung der Stahlhelm-Ortsgruppe Halle wurde am 2. August 1919 von 34 Eingezeichneten gefasst und die erste Mitgliederversammlung am 14. August 1919 wählte Karl Halbig als ersten Vorsitzenden der hallischen Stahlhelm-Ortsgruppe. Die einige Woche später von der Führung der Ortsgruppe festgelegte Satzung gliederte die Stadt in 5 Bezirke mit 72 Unterbezirken.¹¹⁴² Bereits im Frühjahr 1920 berichtete die hallische Polizeiverwaltung nach Merseburg von einer Mitgliederzahl von ca. 800 Personen.¹¹⁴³ Zugleich hatte der Stahlhelm im Februar 1920 zu einer großen Kundgebung in das Apollo-Theater aufgerufen, wo die Parteiführer „einmütig [die] rücksichtslose Ablehnung der Forderungen unserer Feinde [forderten]“, nachdem der Versailler Vertrag im Januar 1920 in Kraft getreten war.¹¹⁴⁴ Nach der Amtsniederlegung von Karl Halbig Ende September 1920 wurde Hauptmann a.D. Kurt Werner zu seinem Nachfolger bestimmt.¹¹⁴⁵ In der Monatsversammlung vom 5. Oktober 1920 wurde die bestehende Satzung dahingehend ergänzt, dass der Stahlhelm „von seinen Mitgliedern unbedingt das Bekenntnis zu vaterländischem Deutschtum“ forderte.¹¹⁴⁶ Einige Wochen später erschien die erste Zeitung der Ortsgruppe Halle, die ab 1922 in Form eines Nachrichtenblattes des Gaues der Bundeszeitung beigelegt war. Zur

¹¹³⁹ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 11.

¹¹⁴⁰ Schumann, Gewalt, S. 150. Vgl. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 8ff.

¹¹⁴¹ Finker, Wehrverbände, S. 70ff.

¹¹⁴² Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm., S. 24-28.

¹¹⁴³ Vgl. LHASA, Mer, Rep. C 48 I e, Nr. 919, Bl. 84.

¹¹⁴⁴ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 28.

¹¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 30-32.

¹¹⁴⁶ Ebd., S. 32.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

ersten Weihnachtsfeier 1920 sprach Graf Luckner, es folgten zahlreiche Totengedenkfeiern und die vom Stahlhelm selbst als „vom stärksten Eindruck“ beschriebene Gedächtnisfeier für die verstorbene Kaiserin in der Marktkirche. Frühzeitig aktiv wurde die Wohlfahrtsabteilung der Ortsgruppe, die sich neben der Stellenvermittlung und Rechtsauskunft auch um Feriendaufenthalte für Kinder von Stahlhelm-Mitgliedern auf dem Land kümmerte.¹¹⁴⁷ Zur Amtsübernahme von Max Jüttner als neuem Führer der Ortsgruppe im Februar 1923 hatte die Mitgliederzahl inzwischen einen Stand von rund 1.000 Personen erreicht.¹¹⁴⁸ Die wichtigste Aufgabe in den Bezirken des Stahlhelms war die Werbung neuer Mitglieder, zu denen neben Kaufleuten und Beamten auch Handwerker und Arbeiter zählten. 1922 waren wohl ca. 200 Personen zugleich noch Mitglieder der Einwohnerwehr.¹¹⁴⁹ Auf dem Stahlhelmtag 1927 in Berlin hatte der Bundesvorstand besonders die Akademiker zum Engagement im Stahlhelm aufgerufen, da sie verpflichtet seien neben ihren durch höhere Ausbildung erworbenen Berufen auch gegenüber „Volk und Vaterland“ aktiv zu werden. Der Stahlhelm betont besonders, dass sich die Aktivitäten eines Mitgliedes nicht nur auf Aufmärsche, Kundgebungen etc. beziehen würden, sondern dass die „geistige Durchdringung“ in Fragen der Freiheitsbewegung den Einfluss der Akademiker erfordern würde. Anschlussstelle wäre daher vor allem die Jungstahlhelmbewegung, um den Verband von der Jugend an zu durchdringen.¹¹⁵⁰ Die Anzahl der Stahlhelm-Ortsgruppen war von 30 im März 1920 auf 63 im Januar 1921 angestiegen. Nach der Reduzierung der Reichswehr und der Auflösung der Freikorps war ein Zuwachs an Offizieren und Soldaten in dem Verband festzustellen.¹¹⁵¹ Im Juli 1921 ernannte die Bundesleitung Halle zum selbständigen Gau (Regierungsbezirk Halle-Merseburg) unter dem neuen Gauführer Emil Werner, der zum Tannenbergtag am 27. August 1921 die Fahnenweihe der ersten vierzehn Fahnen im Rahmen eines Festgottesdienstes in den Franckeschen Stiftungen vornahm.¹¹⁵² Verpflichtend für die Untergaue waren Feste und Veranstaltungen zu alljährlichen Feiertagen, darunter der Tag der Reichsgründung, Bismarcks Geburtstag, zur Sommersonnenwende, der Tag von Tannenberg und der Tag von Sedan, Skagerrakfeiern und zum allgemeinen Totengedenken, an denen

¹¹⁴⁷ Sechs Jahre Stahlhelm, S. 34.

¹¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 36. Zu Max Jüttner vgl. Lilla, Mitglieder des Reichstages, S. 285f.: geb. 11.1.1888 in Saalfeld (gest. 14.8.1963 in München), MdR 1933-1945, 1919 Freikorpsführer im Regierungsbezirk Halle-Merseburg, 14.8.1919-1933 Stahlhelm, 1920-1933 beim Braunkohle-Industrieverein in Halle, 1920 DNVP, Januar 1923 NSDAP, 30.1.1923-1933 Gauführer des Stahlhelms im Untergau Halle, 1924 Wiedereintritt in DNVP, 1926-1929 Mitglied Provinziallandtag, bis 1933 Stellvertreter des zweiten Bundesführers des Stahlhelms, Juli 1933 Wiedereintritt in NSDAP, SA-Brigadeführer.

¹¹⁴⁹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4665, Bd. I, Bl. 162 (Nachrichtenstelle des OP am 27.6.1922 nach Aussage von Kaufmann Werner Hamann, seit 1922 Unterbezirksleiter des Stahlhelms in Halle).

¹¹⁵⁰ Stahlhelm-Handbuch 1927, S. 65f.

¹¹⁵¹ Finker, Wehrverbände, S. 67.

¹¹⁵² Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 46.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

immer auch gleichgesinnte Verbände und Parteien teilnahmen. Hinzu kamen Schulungsabende der Gaue und Ortsgruppen sowie regelmäßige Fahnenweihen und Appelle.¹¹⁵³ Der Entwurf von Richtlinien für die Winterarbeit einer Ortsgruppe im Landesverband Mitteldeutschland verdeutlichte die umfassende Ausrichtung des Stahlhelms. In den monatlichen Mitgliederversammlungen sollten neben geschäftlichen Punkten immer auch besondere Arbeitsgebiete wie Volksbegehren, Selbsthilfe oder Jugendarbeit besprochen werden sowie Vorträge zu bestimmten politischen und gesellschaftlichen Themen stattfinden. Dabei erstreckte sich die Bandbreite der Themen von der Kriegsschuldfrage und dem verlorenen Land im Osten über die „inneren Feinde“ bis hin zu Fragen der Körper- und Gesundheitspflege.¹¹⁵⁴ Innerhalb einer Ortsgruppe sollte es eine klare Arbeitsverteilung für Finanzen, Erziehung, Fürsorge etc. geben sowie zusätzliche Beobachter für das Reichsbanner, den RFB und Parteien des sozialistischen Lagers.¹¹⁵⁵ Regelmäßige Treffen der Gauführer des Landesverbandes „sicherten eine einheitliche und straffe Führung“.¹¹⁵⁶

Auch wenn man Anfang des Jahres 1920 sicherlich nicht von einem sehr stabilen Verhältnis zwischen links- und rechtsgerichteten Kräften sprechen kann, hatte sich die aktuelle Lage zumindest weitgehend normalisiert. Der Merseburger Regierungspräsident meldete im Januar 1920 seinem Magdeburger Vorgesetzten, dass man zurzeit keinen neuen Generalstreik zu befürchten hätte. Selbst bei einer groß angelegten Protestversammlung gegen das Betriebsrätegesetz in Halle war es „trotz aller Hetzreden“ nicht zu Unruhen gekommen, was ebenfalls für die Gedächtnisfeiern für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg galt.¹¹⁵⁷ Sollte tatsächlich, wie Schmuhl schreibt, die „Chance zur Verfestigung einer demokratischen Kultur“ bestanden haben, so wurde sie im März 1920 ausdrücklich zunichte gemacht.¹¹⁵⁸

Noch zu den Wahlen des Jahres 1919 war die DDP in Halle als stärkste Kraft unter den bürgerlichen Parteien hervorgegangen. Als Neugründung der Partei, erwachsen aus dem Engagement der Fortschrittlichen Partei und des Nationalliberalen Vereins, wurde das Bemühen deutlich, einen Ausgleich mit der örtlichen Arbeiterschaft zu erlangen, um die Notwendigkeit politischer Veränderungen weiterzuentwickeln, während DVP und DNVP die Idee einer bürgerlichen Sammlung gegen die Arbeiterschaft vertraten. Entscheidend wurde im folgenden Prozess daher die Frage des Umgangs mit der Arbeiterschaft. Mehrheitlich dominierte vor Ort jedoch die

¹¹⁵³ Vgl. Sechs Jahre Stahlhelm, S. 48f.; Finker, Wehrverbände, S. 91.

¹¹⁵⁴ BArch, R 72, Bd. 89, Bl. 77.

¹¹⁵⁵ Vgl. ebd., Bl. 76.

¹¹⁵⁶ Ebd., Bl. 154.

¹¹⁵⁷ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4777, Bl. 26.

¹¹⁵⁸ Schmuhl, Halle in der Weimarer Republik, S. 44.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

USPD, die gegenüber den gemäßigten Sozialisten dominierte, was gerade auch in den Auseinandersetzungen mit dem Generalstreik die Konfliktlinien verstärkte.

Nach Ausbruch des Kapp-Putsches am 14.3.1920 in Berlin verkündeten MSDP und USPD für Halle den Generalstreik. Der Führer der hallischen Garnison Oberst Hermann von Czetteritz ließ durch einen Aufruf zu Ruhe und Ordnung mahnen, „nur vermisste man den Hinweis, dass die hiesige Garnison sich schützend hinter die rechtmäßige Regierung und die Verfassung, auf die sie vereidigt ist, gestellt habe“, während der Aufruf von Seiten der DDP zwar auch die Bevölkerung anhielt, Ruhe zu bewahren, aber gleichzeitig die Aktion der Berliner Putschisten öffentlich verurteilte.¹¹⁵⁹ In der „Halleschen Zeitung“ war am Nachmittag vom Gelingen des Putsches „ihrer Gesinnungsfreunde“ die Rede, obwohl am Vormittag noch jegliche Pläne zum Putsch verurteilt wurden.¹¹⁶⁰ Sie betonte, dass mit der neuen Regierung unter Kapp das Reich weiter in die Zukunft schreiten würde und dass von einem sogenannten „weißen Schrecken“ nichts zu befürchten sei.¹¹⁶¹ Der Ausruf des sofortigen Generalstreiks durch die beiden sozialistischen Parteien folgte als Reaktion auf die Pläne der Putschisten. Die resultierenden Märzkämpfe sahen die Sozialisten als Folge der Revolution von 1919 und des „jämmerlichen Kompromisses zwischen Bürgertum und Arbeiterpartei“, der dazu geführt hatte, dass der Gegensatz zwischen beiden weiterhin stark polarisierte.¹¹⁶²

Wilhelm Koenen, seinerzeit Mitglied des Zentralkomitees der USPD, hatte in jenen Tagen in Halle Station gemacht und sich mit den Verantwortlichen vor Ort über ein Flugblatt zum Aufruf einer Kundgebung gegen die „Militaristen und Monarchisten“ besprochen.¹¹⁶³ Zugleich hatte von Czetteritz trotz ruhiger Lage die Zeitfreiwilligeneinheiten einberufen und am 15. März trat die hallische Arbeiterschaft zu einem groß angelegten Generalstreik an. Schnell folgten Verhaftungen von Mitgliedern der USPD, KPD und DDP, darunter deren Vorsitzender Dr. Walter Schreiber, sowie Redakteuren des „Volksblattes“. Die Soldaten besetzten das Gewerkschaftshaus, Redaktionen des „Volksblatts“ und der „Saale-Zeitung“ und ließen nur die „Hallesche Zeitung“ weiter pro Kapp veröffentlichen. Die angespannte Situation erzeugte auf den Seiten der Zeitfreiwilligen ein Gefühl der Bedrohung, so dass sie oftmals Schusswechsel auslösten, welche Unbeteiligte trafen.¹¹⁶⁴ „Die Schreckenstage von Halle“ setzten sich auch nach dem Sturz der Kapp-Regierung in Berlin fort. Nachdem Walter Schreiber (DDP) von Otto Hörsing

¹¹⁵⁹ SZ, 14.3.1920.

¹¹⁶⁰ Enthalten in SZ, 14.3.1920.

¹¹⁶¹ SZ, 14.3.1920.

¹¹⁶² VB, 15.3.1920.

¹¹⁶³ Die geeinte Arbeiterklasse – die Kraft, die die Militaristen bändigt (Hg. von der Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der halleschen Arbeiterbewegung), Halle 1960, S. 10.

¹¹⁶⁴ Vgl. SZ 30.3.1920. Die SZ erschien nicht vom 14.3. (Abendausgabe) bis 30.3. 1920 (Morgenausgabe).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

zum Zivilkommissar ernannt worden war und auch das Versammlungsverbot wieder aufgehoben wurde, kam es nicht zur erhofften Beruhigung der Lage. Ein Ausschuss bestehend aus DDP, MSPD, USPD und KPD einigte sich zwar auf Forderungen, die mit dem Militär besprochen werden sollten, Letztere handelten aber gegen die getroffenen Abmachungen, so dass es am 19. März in Ammendorf zu ersten Kämpfen zwischen Arbeitern und Militär kam, denn „die radikalen Arbeitermassen glaubten, den Putsch von rechts mit dem Putsch von links beantworten zu müssen.“ Einen Tag später war die Stadt von den aufständischen Arbeitern eingeschlossen und das Militär war im Zentrum der Stadt auf Stützpunkte wie die Franckeschen Stiftungen und die Moritzburg beschränkt. Die blutigen Auseinandersetzungen gipfelten in den Kämpfen am Galgenberg, der in der Folgezeit durch die Legendenbildung der Kommunisten zum lokal bedeutenden Ort aufstieg. Die 115 gefallenen Arbeiter wurden am 29. März unter hoher Anteilnahme auf dem Gertraudfriedhof beigesetzt, auf der Seite des Militärs inklusive der Zeitfreiwilligen hatte es 27 Tote und 95 Verwundete gegeben, welche einen Tag später an selber Stelle bei Anwesenheit von Dr. Schreiber, Bürgermeister Hans Seydel, Stadträten und Stadtverordneten beigesetzt wurden.¹¹⁶⁵

Bis zum 26. März hatten die unruhigen Zustände in der Stadt angedauert. Zuvor hatte es am 22. März eine Vereinbarung zwischen Arbeitern und Militär gegeben, an die sich Letzteres nicht gehalten hatte, so dass der Generalstreik bis zum 26. andauerte. In Gegenwart einer Regierungskommission unter Reichskommissar Hörsing und Generalmajor Frötzscher und unter dem Beisein von Wilhelm Koenen wurden in Halle Verhandlungen zur Beendigung der Auseinandersetzungen geführt. Den Forderungen der Linksparteien und Gewerkschaften nach unter anderem Einstellung der Verhaftungen und Freilassungen, Rückzug der Reichswehr und Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände und Einwohnerwehren wurde stattgegeben.¹¹⁶⁶

Die hallische Universität hatte unter ihrem Rektor Alfred Denker am 15. März 1920 beschlossen bis auf weiteres zu schließen, damit sich Studenten und Dozenten der Technischen Nothilfe oder „politisch neutralen Freiwilligenverbänden“ anschließen konnten, betonte aber gleichzeitig, dass man sich keinesfalls damit politisch positionieren wolle, sondern „Ruhe und Ordnung“ aufrechterhalten wollte.¹¹⁶⁷ Kritik am Verhalten von Rektor und Senat der Universität übte die

¹¹⁶⁵ Ebd., 30.3.1920.

¹¹⁶⁶ Vgl. SAPMO-BArch, R 43 I/2705, Bl. 131-133 (Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hörsing an die Reichsregierung, Magdeburg, 9.4.1920); Die geeinte Arbeiterklasse – die Kraft, die die Militaristen bändigt (Hg. von der Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der halleschen Arbeiterbewegung), S. 17ff.

¹¹⁶⁷ Hellfaier, Karl-A., Die Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg und der Kapp-Putsch. Quellen zur Geschichte der Weimarer Republik, in: AfS 1962 (Band 2), S. 359-368. Vgl. zu Denker, Alfred Friedrich Amandus in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 601: Hals-, Nasen- und Ohrenarzt, geb. 19.4.1863 Rendsburg (Holstein), gest. 21.10.1941 München, 1919/1920 Rektor der Universität Halle.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

sozialistische Studentengruppe unter ihrem Führer stud. jur. et rer. pol. Borrmann. Die Zeitfreiwilligenverbände hätten keineswegs eine „politisch neutrale Stellung“ eingenommen, sondern wären Teil einer rechtsgerichteten Gegenbewegung gewesen, der die Studenten am 13./14. März 1920 beigetreten waren.¹¹⁶⁸ Im Zuge der stattgefundenen Ereignisse forderte die Studentenschaft vom preußischen Kultusminister Konsequenzen für die Leitung der Hochschule, darunter die Absetzung von Rektor und Senat und Untersuchungen gegen Studenten und Dozenten, die mit der Kapp-Regierung sympathisierten. Sie fühlte sich in der Annahme bestätigt, dass auch von Seiten der deutschen Hochschulen „Gefahren“ gegenüber der Weimarer Republik drohen, und war bestrebt, die Aufmerksamkeit auf die vorherigen Begebenheiten zu lenken. Von offizieller Seite der Universität wurde eine Parteinahme im Verlauf des Kapp-Putsches abgelehnt. Denker betonte gegenüber dem Kultusministerium, dass er als Rektor unparteiisch sei, und lehnte entgegen den Vorwürfen Borrmanns „reaktionäre Bestrebungen“ an der der Universität ab.¹¹⁶⁹

Im hallischen Raum hatten die Kämpfe zwischen Arbeitern und Militär die höchsten Ausmaße angenommen und schließlich erheblich dazu beigetragen, dass vor allem auf der Seite der Linken ein Radikalisierungsschub stattgefunden hatte. Gerade die kommunistische Geschichtsschreibung benutzte die Auseinandersetzungen im Kapp-Putsch mit den Kämpfen am hallischen Galgenberg als Beschreibung eines heldenhaften Kampfes, der „Deutschland damals vor der offenen Diktatur der reaktionären Kräfte des deutschen Militarismus und Imperialismus bewahrte.“¹¹⁷⁰ Von bürgerlicher Seite als „die schlimmsten Schreckenstage, die Halle jemals erlebte“ bezeichnet, war zu diesem Zeitpunkt an keine ernsthafte Bindung an eine demokratische Regierung zu denken.¹¹⁷¹ Die unmittelbaren Folgen dieser Auseinandersetzungen in Form der kommenden Reichstagswahlen symbolisierten die Spaltung und Polarisierung der Weimarer Gesellschaft, welche gerade radikalen Kräften einen Mobilisierungsschub ermöglichte. Nachdem Walter Schreiber als Zivilkommissar mit seinen Vermittlungsversuchen zwischen Militär und aufständischen Arbeitern gescheitert war, wurde die DDP im darauffolgenden Reichstagswahlkampf von der politischen Rechten auf das Schärfste bekämpft und Versuch der Demokraten zur Kooperation mit DVP und DNVP zurückgewiesen. Die Wählerschaft war von den vorangegangenen Auseinandersetzungen nachhaltig beeindruckt, was eine offensichtliche Distanzierung von der DDP und ihren Bemühungen zum Ausgleich mit der Arbeiterschaft zur Folge hatte. Zukünftige Erwartungen zielten vor Ort auf eine eindeutige Positionierung der

¹¹⁶⁸ Hellfaier, Kapp-Putsch, S. 362f.

¹¹⁶⁹ Ebd., S. 364-368.

¹¹⁷⁰ Die geeinte Arbeiterklasse, S. 21.

¹¹⁷¹ SZ, 30.3.1920.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

bürgerlichen Parteien gegenüber der Arbeiterschaft. Die herben Wahlverluste der DDP von 1920 resultieren daher aus den Erfahrungen der Konflikte und der Hinwendung zu den bürgerlichen Parteien, von denen diese eindeutige Abgrenzung zur Arbeiterschaft in aller Konsequenz vertreten wurde. Die von der DDP gewünschte Verbindung zwischen „verantwortungsbewusster Arbeiterschaft und dem Bürgertum“ war gescheitert und es blieben die Schuldzuweisungen von DVP und DNVP an die Demokraten über einen „Verrat“ und die Radikalisierung der Linken.¹¹⁷²

Im gegnerischen Lager war es der KPD gelungen, von der Radikalisierung in großen Teilen der Arbeiterschaft zu profitieren, so dass sie nach der Abstimmung der USPD über den Beitritt zur Dritten Internationalen bzw. deren Beitritt zur KPD im Dezember 1920 eine hohe Anzahl an neuen Mitgliedern hinzugewann. Bei der Verschmelzung beider Parteien Ende 1920 war ursprünglich eine Mitgliederanzahl von 66.000 angegeben worden, was wohl selbst intern als Übertreibung angesehen wurde, jedoch war die ehemalige Stärke der USPD nie wieder erreicht worden.¹¹⁷³ Die KAPD als Linksabspaltung von der KPD veranstaltete die Gründungskonferenz ihres Bezirkes Mitteldeutschland bereits am 16. Mai 1920 in Halle. Entstanden war sie ursprünglich infolge des Ausschlusses oppositioneller Delegierter vom Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1920, welche entgegen der Hauptlinie der Partei die Vorstellung von der Diktatur des Proletariats anstatt der Diktatur einer einzelnen Partei vertraten.¹¹⁷⁴ Sie besaß im Bezirk insgesamt 2.300 Mitglieder, wobei die größte Anzahl der Mitglieder aus den Bergbaugebieten um Mansfeld und den Chemiebetrieben um Halle stammte, vorwiegend Arbeiter mit weniger ausgeprägten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Traditionen.¹¹⁷⁵ Vor der Reichstagswahl 1920 war es daher auch zu Gerüchten um Umsturzversuche von Seiten der Linken im Regierungsbezirk Halle-Merseburg gekommen, da zahlreiche Parteianhänger seit Herbst 1919 wegen der aktuellen Teuerungen unzufrieden waren und man sie wegen ihrer Ausrüstung durchaus nicht unterschätzte.¹¹⁷⁶

¹¹⁷² SZ, 9.7.2020.

¹¹⁷³ Schumann, Politische Gewalt, S. 105f. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/9, Bl. 1 (Zur Sitzung des Bezirksausschusses Halle-Merseburg am 13.11.1921); Klein, Hans-Dieter, Zwischen Burgfrieden und Komintern. Die Unabhängige Sozialdemokratie in Halle-Merseburg 1917-1920, in: Grebing, Helga/Mommsen, Hans/Rudolph, Karsten (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale, Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 193. Im Oktober 1920 gab es im Regierungsbezirk ca. 82.000 USPD-Mitglieder, von denen nominell 67.000 zur VKPD wechselten und 15.000 in der USPD verblieben.

¹¹⁷⁴ Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923 – ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 225f. Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 502ff.

¹¹⁷⁵ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 96f.

¹¹⁷⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4777 (Der RP an den OP am 16.5.1920: „[...]“, daß im diesseitigen Industriebezirk (insbesondere Halle-Merseburg-Mansfeld) von linksradikaler Seite die sorgfältigsten

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Ausdruck der politischen Polarisierung nach 1920 waren die gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kämpfe der sogenannten „Märzaktion“ von 1921, als Aufstand der Kommunisten gegen die Besetzung durch Polizeieinheiten die jedoch in Halle keine weiteren Schäden verursachten. Sie hatten ihren Schwerpunkt im mitteldeutschen Raum, wurden aber im Nachhinein legendenbildend für die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR.¹¹⁷⁷ Die historischen Untersuchungen über die Märzkämpfe haben inzwischen herausgestellt, dass die These vom „kommunistischen Putsch“ nicht zu halten sei.¹¹⁷⁸

Wegen unruhiger Zustände, die vorwiegend aus den schlechten Lebensumständen in der Region resultierten, hatte Oberpräsident Hörsing am 17. März 1921 dazu aufgerufen, Polizeikräfte zu entsenden, um die Lage zu kontrollieren. Er vermied es darin, die Schuld den Kommunisten zu geben, sprach aber in dem Zusammenhang über „Spitzel und Provokateure“.¹¹⁷⁹ Der Aufruf des Oberpräsidenten, dass er „zum Schutz der Bevölkerung ohne Unterschied des Standes und der Parteistellung, zur Sicherung der Ordnung und Unterdrückung von Diebstählen, Gewalttätigkeiten und sonstigen Verbrechen starke Polizeiaufgebote in die mitteldeutschen Industriegebiete schicken werde, hat von den Kommunisten die Antwort gefunden, die man nach der Geistesverfassung dieser Herrschaften erwarten konnte“, kommentierte die „Saale-Zeitung“ den Aufruf der Bezirksleitung der KPD zum Streik.¹¹⁸⁰ Es ist jedoch auch davon auszugehen, dass Hörsing mit der Begründung des Einsatzes zur Übertreibung neigte. Trotzdem bemerkte auch Christian Knatz, dass die Gründe für ein Vorgehen nicht unmittelbar aus der Luft gegriffen waren. Die Aktion Hörsings sollte eigentlich als Prävention dienen, um weitere Unruhen, Diebstähle etc. in der Region zu unterbinden, was sich auch an der Auswahl der ausgesandten Polizisten, der Sendung eines Zivilkommissars und der Verhandlungsbereitschaft festmachen ließe. Die kommunistische Propaganda und der spätere Generalstreik bewirkten zwar eine

Vorbereitungen für eine neue Aktion getroffen sind oder getroffen werden. [...] Der Ernst der Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß es sich bei den linksradikalen Organisationen um viele tausende, mit modernen Waffen wohl ausgerüstete Arbeiter handelt, deren Kampfkraft – es sind größtenteils ehemalige Soldaten – nicht unterschätzt werden darf“). Vgl. ebd. (Der RP an den OP am 11.10.1919 und am 2.11.1919 zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung).

¹¹⁷⁷ Vgl. dazu Schmidt, Andreas, Weder Provokation noch Aufstand. 90 Jahre Märzkämpfe, in: Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2011 (Hg. im Auftrag des Vereins für hallische Stadtgeschichte e.V., Halle 2011, S. 198-205.

¹¹⁷⁸ Vgl. Weber, Stefan, Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991; zu den neuesten Ergebnissen vgl. Knatz, Christian, „Heer im grünen Rock“? Der mitteldeutsche Aufstand von 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000.

¹¹⁷⁹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4797, Bl. 10f.; Schmidt, 90 Jahre Märzkämpfe, S. 201.

¹¹⁸⁰ SZ, 20.3.1921.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

aufgeheizte Stimmung, jedoch lieferten die ausgesandten Polizeikräfte keinen weiteren Anlass für größere Aktivitäten auf kommunistischer Seite.¹¹⁸¹

Auf der anderen Seite gab es auch bei der KPD bereits im Vorfeld Pläne, den Offensivkurs verstärkt im Raum Halle-Merseburg zu erproben. So hatte der Zentralkomitee der KPD zur selben Zeit beschlossen, einen offensiveren Kurs zu starten, der mit dem Eingreifen Hörsings in der Region einen unmittelbaren Anlass bot. Von Seiten der militärischen Oberleitung der KPD wurde berichtet, dass einem Streik nachfolgende Zusammenstöße eine Solidaritätsaktion im ganzen Bezirk auslösen würden, die wiederum Kämpfe im ganzen Bezirk bewirke und schließlich Solidaritätsaktionen im ganzen Reich nach sich ziehe. Die militärischen Voraussetzungen der Stadt Halle umfassten laut eigenen KPD-Angaben 300 Stoßtruppen und 1.000 Mann in der Parteiereserve, denen in Halle aber auch 1.500 Mann der Sipo gegenüberstanden. Im Nachhinein betrachtete die militärische Aktion von Anfang an daran, dass die politische Aktion langsam gesteigert werden sollte. Ursprünglich sollten die Kämpfe im Mansfelder Land beginnen und nach einem Sieg gegen Sipo in Mansfeld sollte von Bittelfeld, Delitzsch, Geiseltal und Mansfeld auf Halle vorgerückt werden. Im Verlauf der Aktion wurde die politische Einstellung von den Unterbezirken jedoch wohl falsch übernommen: „Tatsache ist, dass die Mitgliedschaft der Unterbezirke ihre Einstellung teils aus dem ‚Klassenkampf‘, teils aus der Roten Fahne nahmen, d.h. entweder schliefen oder unvermittelt zu den Waffen griffen.“ Nachdem wohl aufgrund einer mündlichen Aufforderung in einer Versammlung Alfred Lemcks mehrere hundert Arbeiter aus Halle bewaffnet nach Mansfeld gezogen waren, war durch diesen Abzug in Halle die Organisation zerstört worden, weshalb man wegen Waffennot beschloss, in Halle einen Kleinkrieg zur Beunruhigung der Truppe und Eroberung von Waffen zu organisieren. Da im Leunawerk die politische Führung in Händen der ultralinken KAPD lag, konnte die VKPD keine Auskunft über die dortige Stärke der Truppen geben. Dass man am Ende einen militärischen Sieg aufgrund der „politischen Umstände“ ausschloss, wurde vor allem darauf geschoben, dass der Sitz der Führung in Halle war, anstatt an den Orten mit den meisten Truppen. Zudem mangelte es wie so oft in der Weimarer Zeit an geeigneter Propaganda und geschultem Personal. Dazu kamen Waffenmangel und ungenügende militärische Kenntnisse. Trotzdem war die VKPD davon überzeugt, einen politischen Erfolg errungen zu haben, da sie „zum ersten Male politisch-militärisch von der Defensive zur Offensive übergegangen“ war.¹¹⁸² Der Kurswechsel in der KPD war eingetreten, da Paul Levi 1921 wegen Kritik am Kominternkurs als VKPD-Vorsitzender gestürzt worden war und er sich nach der Märzaktion scharf gegen die

¹¹⁸¹ Knatz, „Heer im grünen Rock“?, S. 241ff.

¹¹⁸² SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 1ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

KPD geäußert hatte.¹¹⁸³ Von der Berliner Zentrale zum Eingreifen gedrängt, war man in Halle zunächst zurückhaltend eingestellt. Der von Berlin gesandte KPD-Genosse Hugo Eberlein sollte die Hallenser Genossen zu mehr Aktionismus bewegen und brachte entsprechende Pläne, unter anderem zur Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen, mit, die jedoch scheiterten, so dass der Druck auf die BL in Halle stärker wurde.¹¹⁸⁴ Schließlich erschien am 24.3.1921 im „Klassenkampf“ der Aufruf der VKPD zum Generalstreik, dem unmittelbar darauf die Verhängung des Ausnahmezustandes über die Provinz Sachsen durch Reichspräsident Ebert sowie das Verbot des „Klassenkampfes“ bis zum 3. September folgten. Die von der KPD erwartete Reaktion der Arbeiter auf den Generalstreik erreichte jedoch nicht das Ausmaß, das man ursprünglich angenommen hatte bzw. welches einen „Gegenschlag“ gerechtfertigt hätte. Zuvor hatte der „Klassenkampf“ bereits am 19.3. an die „Arbeiterschaft Mitteldeutschlands“ appelliert, sich der „unerhörten Provokation“ zu widersetzen. Obwohl es noch kein offizieller Aufruf zum Generalstreik war, wurden die Arbeiter zur Niederlegung ihrer Tätigkeiten aufgefordert, wo es durch „Militär oder Sipo“ bereits zu Besetzungen infolge der Anordnungen durch Hörsing gekommen war.¹¹⁸⁵ Am selben Tag war KAPD-Mitglied Karl Plättner von Leipzig nach Halle gekommen, um dort in einer Versammlung den „bewaffneten Aufstand“ einzufordern. Auch er wurde mit der anfänglichen Zurückhaltung der VKPD konfrontiert, mit der ein gemeinsames Vorgehen nicht umsetzbar erschien.¹¹⁸⁶ Während bereits am 21. März von einem Teil der mitteldeutschen Arbeiter die Arbeit niedergelegt wurde, richtete sich die Entsendung der Sipo nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern wollte nur die „Sicherheit von Leben und Eigentum verbürgen“, was die Kommunisten als einen Akt des „weißen Terrors“ bezeichneten.¹¹⁸⁷ In der Sitzung des Provinziallandtages am selben Tag erklärte die Fraktion der VKPD, dass Hörsing in seinem Aufruf vom 16. März die KPD für die Gesetzesverletzungen verantwortlich gemacht hätte, weshalb sich die Werkstätigen zur Niederlegung der Arbeit entschlossen hätten.¹¹⁸⁸ Vor allem auch im Nachhinein beharrten die Kommunisten auf der Version, dass die preußische Polizei unter Anweisung von Hörsing einen „Kampf der revolutionären Arbeiter“ provoziert hätte und sich ihr

¹¹⁸³ Angress, Werner, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973, S. 163-171.

¹¹⁸⁴ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4797/X, Bl. 192f. der Bericht von Bowitzki und Bl. 194f. der Bericht von Lemck; SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 4-7.

¹¹⁸⁵ KK, 19.3.1920.

¹¹⁸⁶ Ullrich, Volker, Der ruhelose Rebell, Karl Plättner 1893-1945, Eine Biographie, München 2000, S. 89. Zu Karl Plättner: geb. 3.1.1893 in Opperde/Ballenstedt, gelernter Former, Mitglied des DMV und der SPD, Teilnehmer im 1. Weltkrieg, Vorsitzender der KPD-Nordwest, ab 1920 Führungsmitglied der KAPD, Teilnehmer der Märzkämpfe 1921, nach zahlreichen Raubüberfällen 1922 verhaftet und 1923 zu zehn Jahren Zuchthaus verhaftet und 1928 amnestiert, Kontakte zur KPD, Arbeit für Rote Hilfe/Leipzig, nach 1933 Verhaftungen, ab 1939 KZ Buchenwald, über verschiedene KZs 1945 nach Österreich, gest. 4.6.1945 in Freising auf dem Weg nach Leipzig.

¹¹⁸⁷ SZ, 21.3.1921.

¹¹⁸⁸ Vgl. SZ, 22.3.1921.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

eine Gelegenheit bot, die aufrührerische Arbeiterschaft Mitteldeutschlands niederzuschlagen.¹¹⁸⁹ Die Vorbereitung eines Aufstandes wäre von Beginn an durch die Gegner der Kommunisten angeregt worden und nicht, wie es von der anderen Seite betont wurde, ein „Moskauer Diktat“ gewesen. Die Schuldfrage war für die Kommunisten eindeutig geklärt, denn vor allem SPD und UPSD hätten das „verbrecherische Unternehmen“ unterstützt.¹¹⁹⁰ Abgesehen vom Streik und von den Auseinandersetzungen im Leunawerk hatte der Aufruf zum Generalstreik keinen weiteren Erfolg erzielen können, da er wohl keinen weiteren Einfluss auf das tägliche Leben gehabt hatte.¹¹⁹¹ Zuvor hatte ein Aufruf von USPD, SPD und Gewerkschaftskartell die Arbeiter dazu bewegen wollen, nicht den Aufrufen der Kommunisten zu folgen. Selbst kommunistische Führer rückten wohl teilweise vom Streik ab, z.B. hat wohl der kommunistische Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Hans Hennig erklärt, dass der Streik ein Werk der Kommunisten Kempin und Fritz Kroh wäre.¹¹⁹² KAPD-Gründungsmitglied Kempin hatte in Leuna den Betriebsrat abgesetzt und einen eigenen Aktionsausschuss unter seiner Führung gegründet und das Werk bis zum 29. März besetzt, als Gruppen der Polizei es schließlich stürmten, wobei um die 50 der dort stationierten Arbeiter starben. Kempin selbst war zuvor aus dem Werk geflohen, während es einem Teil der eingessessenen Belegschaft gelungen war, mit der Hauptkasse aus der Direktion durch den bereits bestehenden Polizeiring zu entfliehen. Die Leunawerke hatten den letzten „Hoffnungsanker“ bei den andauernden Auseinandersetzungen gebildet, da sie bereits von vornherein unter kommunistischer Führung gestanden hatte. Unter der Belegschaft des Werkes hatte sich aufgrund der fehlenden organisatorischen Tradition eine größere Anhängerschaft für Aktionen gefunden, deren Ziel es gewesen war, gegen „das

¹¹⁸⁹ Der Weiße Schrecken in Mitteldeutschland: Die Wahrheit über d. Märzkämpfe; Stenogr. Bericht über d. Verhandlungen d. Untersuchungs-Ausschusses d. Preuß. Landtages am 27. u. 28. Okt. 1921 (Mit e. Vorw. von O. Kilian. Hg. von d. Kommunist. Partei Deutschlands, Bez. Halle-Merseburg), Halle 1922, S. 2.

¹¹⁹⁰ Der Weiße Schrecken, S. 3ff. Vgl. auch SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 17 (Bericht des Genossen Schneider – Mansfeld): zur amtlichen Mitteilung Hörsings: „Mit weinerlichen Worten machte der weinselige Grobschmied seinem gequälten Herzen Luft. Ihm als altem Arbeiterführer blutete das Herz über die wilden Streiks, die ohne die Sanktion der Gewerkschaften in Szene gesetzt werden und welche das ganze Wirtschaftsleben (d.h. den Geldsack der Grossindustriellen) bedrohten.“

¹¹⁹¹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4797/X, Bl. 198 (Mitglied der BL Schmidt zum Generalstreik in Halle)

¹¹⁹² SZ, 24.3.1921. Vgl. Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2008, S. 961-962: Kempin als Pseudonym für Peter Utzelmann, geb. am 1.5.1896 in Berlin (gest. 8.5.1972 in West-Berlin), Tischler, seit 1913 in der SPD, im November 1918 aktive Teilnahme am Matrosenaufstand, Mitglied des Spartakusbundes und der KPD, an den Januarkämpfen 1919 beteiligt, gehörte zum linken Parteiflügel, 1920 Mitbegründer der KAPD, Redakteur in Halle, in Mitteldeutschland beim Aufbau der KAPD und der AAU tätig, war unter Pseudonym Kempin KAPD-Leiter bei der März-Aktion in den Leuna-Werken, am 21.6.1921 vom Sondergericht Halle wegen „Hochverrates und Rädelsführerschaft“ zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, durch Amnestie 1922 freigelassen, Anschluss an KPD. Ebd., S. 499 zu Fritz Kroh: geb. am 11.3.1892 in Görlitz (gest. 19.10.1983 in Ost-Berlin), Schriftsetzer, seit 1912 in der SPD, seit 1917 in der USPD, ab 1920 Verlagsleiter des „Volksblattes“ in Halle, seit Ende 1920 in der KPD und beim Klassenkampf/Produktivgenossenschaft tätig, 1931 zur „roten Fahne“ nach Berlin.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

herrschende System“ vorzugehen.¹¹⁹³ Von Seiten der Sozialdemokraten wurde im Nachhinein scharfe Kritik an der gewaltsamen Vorgehensweise der Kommunisten im „Bürgerkrieg in Mitteldeutschland“ geübt, deren zerstörerisches Auftreten großes Leid über zahlreiche Proletarierfamilien gebracht habe.¹¹⁹⁴ Sie verurteilten die Aktionen der Kommunisten unter der Führung von Kempin, welcher die Arbeiter in Leuna festgesetzt und sie schließlich während des Angriffs durch die Polizei nach seiner Flucht allein gelassen hätte als „militärische Diktatur“.¹¹⁹⁵ In Halle war es „dank der klugen Zurückhaltung und des taktvollen Auftretens der hallischen Polizeior-gane“ zu keinen Zusammenstößen gekommen, allerdings starben bei abschließenden Kämpfen im naheliegenden Gröbers vier SPD-Mitglieder, die sich als Schutzpolizisten „gegen ein ver-brecherisches Unternehmen unverantwortlicher Elemente eingesetzt“ hatten.¹¹⁹⁶ Die Kommu-nisten schienen dem Einfluss von Moskau ausgesetzt gewesen zu sein und auf baldige Aktionen im mitteldeutschen Raum vorbereitet zu werden. Gleichzeitig nahmen die Plünderungen jedoch zu, so dass der Aufruf von Hörsing über die zusätzlichen Polizeieinheiten in sozialdemokrati-schen Kreisen als notwendige Maßnahme bewertet wurde, um „die Bewohner Mitteldeutsch-lands in genügender Form zu schützen“.¹¹⁹⁷ Nach der Reaktion der VKPD sah sich dann auch die SPD verpflichtet, einen Aufruf „An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands“ zu veröffentli-chen, der Klarheit über das kommunistische Vorgehen bringen sollte. Darin wurde der Beset-zung von Betrieben durch Hörsings Polizeieinheiten widersprochen, der versichert hatte, dass seine Einheiten „nicht die wirtschaftliche und politische Bewegung der Arbeiterschaft stören“. Unterschrieben vom Gewerkschaftskartell, SPD und USPD sollte dieser Aufruf einem Putsch von kommunistischer Seite entgegenwirken, ohne jedoch „die Gefahr eines Vorstoßes der Re-aktion“ zu verleugnen. Die Kommunisten reagierten dagegen mit der „Lügenparole“ von der „Besetzung der Betriebe“ und führten ihre bereits begonnenen Kampfhandlungen fort. Den „Rattenfängern“ waren zuerst die Mansfelder Bergleute gefolgt, deren Auseinandersetzungen mit der Schutzpolizei nach einem anfangs friedlichen Verlauf gewaltsam endeten.¹¹⁹⁸ Bedeut-sam für die dortige Auseinandersetzung wurde der Aktivist Max Hoelz, der nach der Besetzung der Schutzpolizei im Mansfelder Land von Berlin in die Region gekommen war, um die

¹¹⁹³ Knatz, Christian, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 28f. Vgl. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Links-kommunismus von 1918 bis 1923 – ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Repub-lik, Darmstadt 1993, S. 302f.

¹¹⁹⁴ Die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921 (hg. von SPD-Bezirksleitung Halle), Halle, 1921, S. 2.

¹¹⁹⁵ Ebd., S. 14f.

¹¹⁹⁶ Ebd., S. 17f.

¹¹⁹⁷ Ebd., S. 3-6.

¹¹⁹⁸ Die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921, S. 6-9. Vgl. Knatz, „Heer im grü-nen Rock“?, S. 390.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Arbeiter vor Ort für einen gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Mit den von ihm vor Ort rekrutierten Männern zog er mehrere Tage durch das Umland und war für zahlreiche Bankraube und Attentate auf öffentliche Gebäude verantwortlich, wurde jedoch den stationierten Polizeieinheiten nicht weiter gefährlich.¹¹⁹⁹ Begleitet wurde Hoelz, „der rücksichtslose Revolutionär, dem alle Mittel zur Erreichung seines Zieles heilig sind“, seit seines Eislebener Auftritts vom KPD-Funktionär und Redakteur Josef Schneider, der Hoelz eine gewisse Faszinationskraft zuschrieb, „ohne dass die Rede einen besonderen inneren Wert hat.“¹²⁰⁰ Umstritten bleiben aber Schneiders Rolle und seine skeptische Beurteilung von Hoelz, da er wohl selber zum großen Teil durch den Revolutionär beeinflusst war.¹²⁰¹ Von Vorteil war daneben vor allem auch die Situation innerhalb der mitteldeutschen KPD-Parteioorganisation, deren Uneinigkeit auch zur Folge hatte, dass Hoelz in der Form agieren konnte. Trotz ihrer Distanzierung von dessen eigenmächtigem Vorgehen stilisierten die Kommunisten ihn später als Revolutionär und ließen seine Vereinnahmung im Rahmen des Aufstandes gewähren.

In der „Roten Fahne“ resümierten die Kommunisten abschließend über ihre Niederlage: „Und doch ist diese Niederlage fruchtbar, sie ist ein revolutionärer Fortschritt. Aus diesen Niederlagen schöpft die Kommunistische Partei ihre Erfahrung, aus ihnen lernte sie ihre Grundsätze, die später ihre Taktik bestimmten, aus ihnen lernte sie, wie man an die Massen herankommt“ und werden dafür von den Sozialdemokraten scharf kritisiert.¹²⁰² Noch am 29. März erfolgte eine Proklamation des „Oberbefehlshaber[s] der im Mansfelder Revier kämpfenden revolutionären Arbeiterschaft, Alfred Lemck“ an die „Hallische Arbeiterschaft“ mit Aufruf zum Kampf: „Nieder mit den Feinden des Proletariats!“¹²⁰³ Oberpräsident Hörsing kommentierte die öffentliche Kritik an ihm und den Vorgängen mit den Worten „Von links wird der Regierung vorgeworfen, daß sie zu scharf, von rechts, daß sie nicht scharf genug vorgegangen wäre“ und dankte zugleich der Schutzpolizei „für ihre besonnene Haltung“. In einem öffentlichen Schreiben hatte er schon zuvor allen Polizeibeamten seine Anerkennung ausgesprochen, vor allem da „der Gegner numerisch stärker war“.¹²⁰⁴

¹¹⁹⁹ Vgl. Knatz, „Heer im grünen Rock“?, S. 12ff.; Schmidt, 90 Jahre Märzkämpfe, S. 201-205. Zu Max Hoelz vgl. Weber, Hermann, in: NDB 9 (1979), S. 338f.: geb. 1889 in Moritz bei Riesa, Tagelöhner bei Bauern, dann Tätigkeit bei Ingenieur in England, während des Krieges in Husarenregiment, Vorsitzender eines Arbeiterrates, USPD/KPD-Mitglied, 1928 vorzeitig aus der Haft entlassen und 1930 Weggang nach Russland, 1933 verstorben. Vgl. SZ, 16.4.1921: Hoelz wurde im April in Berlin verhaftet und zwei Monate später zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

¹²⁰⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 19 (Bericht des Genossen Schneider).

¹²⁰¹ Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 232f.

¹²⁰² Die kommunistische Aufrührbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921, S. 19.

¹²⁰³ SZ, 29.3.1921.

¹²⁰⁴ SZ, 7.4.1921; Der Weiße Schrecken in Mitteldeutschland: Die Wahrheit über d. Märzkämpfe; Stenogr. Bericht über d. Verhandlungen d. Untersuchungs-Ausschusses d. Preuß. Landtages am 27. u. 28. Okt. 1921 (Mit

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Während des im Juni/Juli 1921 in Moskau tagenden III. Weltkongresses der Komintern hob Lenin vor allem die Heldenhaftigkeit der kämpfenden Arbeiter hervor und sah die Märzaktion „ungeachtet der fehlerhaften Führung“ als Schritt nach vorn an und begründet damit auch ein langjähriges Gedenken an die Märztage. Der gemeinsame Kampf sollte in Zukunft besser organisiert und die proletarische Einheitsfront wiederhergestellt werden.¹²⁰⁵ Der im Februar 1921 zurückgetretene ehemalige KPD-Vorsitzende Paul Levi wurde nach seiner Kritik am Vorgehen der Partei aus derselben ausgeschlossen. Auslöser war auch eine von ihm herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Unser Weg“, welche die Aktionen der Zentrale stark kritisierte, weshalb ihm ein Verstoß gegen die Parteidisziplin vorgeworfen wurde.¹²⁰⁶

Die Ereignisse der sogenannten „Märzaktion“ in Mitteldeutschland 1921 führten in der KPD zu erheblichen Mitgliederverlusten, geschätzt zwei Drittel auch im Bezirk Halle-Merseburg. In den Hochburgen kam es zu zahlreichen Verlusten, die wohl aus der Distanz zu den Methoden des Max Hoelz bei den Aufständen und der mangelnden Positionierung der Parteiführung erwuchsen.¹²⁰⁷ Im Bezirk Halle-Merseburg waren schließlich im Juni 1921 nach Parteitagsangaben nur noch 23.252 zahlende KPD-Mitglieder vorhanden, anstatt der vom Bezirk nominell angegebenen 66.000.¹²⁰⁸ Schließlich gelangen der KPD einige Fortschritte beim Wiederaufbau ihrer Organisation. Im September 1921 waren im Bezirk Halle-Merseburg 178 Ortsgruppen mit fast 26.000 Mitgliedern und im Oktober 1921 252 Ortsgruppen mit nahezu 27.000 Mitgliedern aktiv, während im August 1921 noch 171 Ortsgruppen und 25.261 Mitglieder existierten.¹²⁰⁹

Aus der Sicht der Behörden war eine Schwächung der KPD eingetreten und die hallische Polizei vermutete mittlerweile rund 1.000 bis 2.000 zahlende KPD-Mitglieder in der Stadt.¹²¹⁰ Als Reaktion verteidigte die Partei die Aufstände z.B. in einer KPD-Mitgliederversammlung mit MdR Hermann Remmele am 29.4.1921, der angab, dass die Partei durch die Aktion vom März gestärkt wurde und die Zentrale nur die Richtlinien befolgt hatte, die ihr durch das kommunistische Manifest des Vereinigungsparteitages gegeben war, während die Offensivtaktik von der

e. Vorw. von O. Kilian. Hg. von d. Kommunist. Partei Deutschlands, Bez. Halle-Merseburg), Halle 1922, S. 32.

¹²⁰⁵ Vgl. 50. Jahrestag der Märzkämpfe 1921-171 (hg. von der Bezirksleitung Halle der SED), Halle 1971, III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921. Lenin spricht zu den Delegierten. Die Ehrung und Erinnerungspflege der Märzkämpfe waren Bestandteil der sozialistischen Gesellschaft der DDR. In Gedenkfeiern und Publikationen wurde den „Märzkämpfern“ gedacht, deren „Ideale, Träume, Ziele [...] in unserem Arbeiter- und Bauernstaat, der DDR verwirklicht [wurden]“. Vgl. Angress, Die Kampfzeit der KPD, S. 228f.

¹²⁰⁶ Vgl. Angress, Die Kampfzeit der KPD, S. 205-211.

¹²⁰⁷ Schumann, Politische Gewalt, S. 144f.

¹²⁰⁸ Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 530.

¹²⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/31 Bl. 1 (Organisationsbericht des Bezirks Halle-Merseburg vom 15.-31.10.1921).

¹²¹⁰ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 5212/I, Bl. 155.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Zentrale eingeschlagen wurde.¹²¹¹ Laut der BL der KPD sei wohl der Mangel an Disziplin während der Aktion der größte Fehler gewesen.¹²¹² In einer KPD-Versammlung wurde Ende Dezember eine Entschließung angenommen, worin die gemachten Fehler während der „Märzkämpfe“ anerkannt wurden: Der „Hauptfehler war aber letzten Endes in Mängeln der organisatorischen Arbeit zu suchen, für die bis kurz vor der Märzaktion die Leute verantwortlich waren, die fahnenflüchtig wurden und heute gegen die Zentrale und insbesondere gegen den Genossen Eberlein hetzen, um die Partei zu zersplittern.“¹²¹³ Trotz aller scheinbaren Bemühungen bemerkte der Regierungspräsident in Merseburg, dass die KPD „einen starken Stoß erlitten habe“, und auch in KPD-Kreisen konnte zu jener Zeit von keinem regen politischen Leben im Bezirk gesprochen werden.¹²¹⁴ Tatsache war, dass von einem Rückgang des Einflusses der KPD innerhalb der Arbeiterschaft des Bezirkes ausgegangen werden kann, der einmal mit dem Zeitungsverbot, dem Verbot der Verbreitung von Flugblättern und anderen Schriften der KPD sowie den organisatorischen Schwächen der Partei nach der Vereinigung und fehlenden aktiven Funktionären in den Ortsgruppen zusammenhing.¹²¹⁵ Der „Klassenkampf“ als Organ der hallischen Kommunisten erschien erst Anfang September 1921 wieder nach einem seit dem 24. März andauernden Verbot, jedoch befand er sich in einer schlechten finanziellen Lage, da es ihm an Abonnenten fehlte. Ein Ende Oktober erneut von Oberpräsident Hörsing verhängtes 14-tägiges Verbot wurde jedoch nach einem Tag wieder aufgehoben. Der Anlass des Verbotes war ein Artikel der Zeitung vom 17. Oktober unter der Überschrift „Der freieste der Welt“, in dem eine Verächtlichmachung des Staates und die Bezeichnung der republikanisch-demokratischen Verfassung als „Orgesch-Republik“ kritisiert wurde.¹²¹⁶ Was den zukünftigen Vertrieb der kommunistischen Tageszeitung anging, sollte vor allem der Süden der Stadt besonders bedacht werden, da sich in den Gebieten die Metall- und chemische Industrie konzentrierte und man dort genügend potentielle Abnehmer für die Zeitung vermutete.¹²¹⁷ Nach der Märzaktion von 1921 fiel als einer der wenigen Ortsausschüsse des ADGB der hallische Ausschuss in die Hände der Kommunisten, welche den Plan verfolgten, die Gewerkschaften von innen heraus zu erobern, ebenso wie die Kontrolle örtlicher Verwaltungen der freigewerkschaftlichen Fachverbände. Dem Bundesvorstand des ADBG gelang es hingegen, dass mit Druck von oben die

¹²¹¹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib Nr. 5218/I, Bl. 17-20.

¹²¹² Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/8, Bl. 1 (Bezirkskonferenz der KPD für Halle-Merseburg vom 3.7.1921).

¹²¹³ KK, 20.12.1921.

¹²¹⁴ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4614, Bl. 76-77. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/9, Bl. 1 (Sitzung des Bezirksausschusses Halle-Merseburg am 13.11.1921).

¹²¹⁵ SAPMO-BArch, Sg Y 30/ 1400/8, Bl. 126.

¹²¹⁶ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4627, Bl. 207 (OP-Meldestelle am 3.12.1921); SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/48, Bl. 31; KK, 28.10.1921.

¹²¹⁷ SAPMO-BArch, Sg Y 30/ 0090, Bl. 16 (Erinnerungen Gustav Bormann).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Führung durch die KPD wieder rückgängig gemacht wurde.¹²¹⁸ Anfang April 1922 meldete der Regierungspräsident in einem Lagebericht erneute Unzufriedenheit über die Teuerungen in Arbeiterkreisen, Mittelstand sowie Bürger- und Beamtenkreisen, war jedoch überzeugt, dass keine Putschpläne vorliegen.¹²¹⁹ Auch von Seiten des Polizeipräsidenten wurde die aktuelle Lage der KPD im Februar 1922 wegen der in den eigenen Reihen „bestehenden inneren Zerrissenheit und der Kampfmüdigkeit der Mitglieder“ als wenig gefährdend eingestuft. Mehr als ein halbes Jahr später hatte sich an dieser Meinung nichts geändert, nur war ein Zuwachs an Mitgliedern bemerkt worden.

1.4 Aufmarsch der Wehrverbände und linke Proteste – der „Deutsche Tag“ von Halle von 1924

Als in der Nacht vom 31. Dezember 1922 auf den 1. Januar 1923 beim Anschlag auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal die Figur des Generalfeldmarschalls Moltke stark beschädigt wurde, gab die konservative Presse die Schuld am Anschlag den Kommunisten und die bürgerlichen Parteien setzten eine Belohnung von 1 Mio. RM aus. Zudem hatte es laut Polizei zuvor einen Sprengungsversuch in der Villa Lehmann in der Burgstraße gegeben, bei dem Fensterscheiben und die Estrade des Hauses beschädigt wurden; ein dritter Sprengungsversuch am Denkmal gegenüber dem Stadtschützenhaus war durch den Sicherheitsdienst verhindert worden.¹²²⁰ Die Kommunisten nahmen die gegen sie gerichtete Hetze als gegnerische Stimmungsmache wahr, zumal die kommunistischen Stadtverordneten nach dem Mord an Rathenau die Entfernung der monarchistischen Wahrzeichen beschlossen hatten, deren Ausführung vom Magistrat jedoch abgelehnt wurde, und die Kommunisten durch die soeben erfolgte Gründung einer Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei den Anlass für einen engeren Zusammenschluss der eigenen Anhängerschaft gegeben sahen.¹²²¹

Eine für den 7. Januar 1923 geplante Kundgebung der bürgerlichen Parteien am Kaiserdenkmal wurde von Polizeipräsident Paul Runge verboten, da „bei der gegenwärtigen politischen Erregung [...] eine unmittelbare Gefährdung für die öffentliche Sicherheit begründet“ sei. Das galt gleichermaßen für die von der KPD organisierte Gegendemonstration der linken Parteien mit dem Gewerkschaftskartell.¹²²² In einer gemeinsamen Kundgebung im Walhalla-Theater betonten die bürgerlich-nationalen Parteien (DNVP, DVP, Zentrum) ihre Einigung und nahmen eine

¹²¹⁸ Vgl. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 442f.

¹²¹⁹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 5217/II, Bl. 89.

¹²²⁰ Vgl. SZ, 2.1.1923.

¹²²¹ Vgl. KK, 2.1.1923; LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 4686, Bl. 74 (PP an RP am 2.1.1923).

¹²²² SZ, 6.1.1923. Vgl. KK, 5. und 6.1.1923.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Resolution an, wonach sie gegen das Verbot der Kundgebung Einspruch erhoben: „Wir erwarten von der preußischen Regierung, daß sie unverzüglich dieses unhaltbare Verbot wieder aufhebt und uns ebenso wie den sozialistischen und kommunistischen Parteien gestattet, öffentlich für unsere vaterländischen Belange einzutreten.“¹²²³ Ohne Teilnahme der Demokraten hatte gemäß der „Halleschen Zeitung“ „das Bürgertum ohne Unterschied der Partei zusammengestanden“. „Und die anderen Teilnehmer dieser Kundgebung?“, fragte der „Klassenkampf“. „Verblödete Studentenfratzen, gemeingefährliches Orgeschgesindel, uniformierte Frontkämpfer, zumeist ganz wichtige Burschen und 14-16jährige Lümmels. Das war das gesamte hallische Bürgertum ohne Unterschied der Partei.“ Von bürgerlicher Seite war durch das Attentat ein Punkt erreicht, an dem man sich nunmehr gegen die „terroristische Willkür“ wehren wollte, nachdem man über Jahre hinweg den hallischen Linken und ihren Methoden ausgesetzt war.¹²²⁴ In der ersten Stadtverordnetenversammlung des neuen Jahres machte Vorsteher Friedrich Keil (DDP) die „Erziehungsarbeit der großen Republik im Osten“ für die Vorgänge in der Neujahrnacht verantwortlich, was zur Verschärfung der Front zwischen den Lagern auch im Stadtparlament beitrug.¹²²⁵

Festgenommen wurde – wie von der nationalen Presse vorausgesagt – der 20-jährige Arbeiter Emil Werner, der nach der Märzaktion 1921 nach Russland geflohen war und dort in der Roten Armee diente, bevor er nach seiner Rückkehr in Halle Kontakte mit der kommunistischen Jugend aufnahm. Die Attentate plante er, „weil die kommunistischen Führer zwar den Kampf predigten, aber keine entschlossenen Taten vollbrächten“. Obwohl er weder KPD- noch KJ-Mitglied war, hatte sich Werner der hallischen KPD angeschlossen, war jedoch seit „längerer Zeit wegen unproletarischen Verhaltens und Verdacht der Spitzelei ausgeschlossen“.¹²²⁶ Entsprechend einem Erlass des Innenministers war den Vaterländischen Verbänden eine Feier zur Wiedereinweihung des Moltke-Denkmal am 11. Mai 1924 mit einer zuvor vom Polizeipräsidenten festgelegten Teilnehmerzahl erlaubt, außerdem „eine Feier zum Gedächtnis Moltke’s und zur Ehrung der Gefallenen“, die so viele Teilnehmer haben könnte, dass eine Anreise in Sonderzügen entfalle. Der ursprüngliche von den Organisatoren geplante Umzug wurde verboten und Beschränkungen hinsichtlich des Mitführens und der Aufstellung von Fahnen festgelegt.¹²²⁷ Die Pläne für diesen Tag waren in der nationalen Presse bereits Wochen vorher zu

¹²²³ SZ, 8.1.1923.

¹²²⁴ KK, 10.1.1923.

¹²²⁵ Ebd., 9.1.1923.

¹²²⁶ KK, 8.1.1923.

¹²²⁷ Vgl. ausführlich zu den Vorgängen des Tages LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1859 Bd. 3, Bl. 324ff. (Bericht des PP vom 18.5.1924).

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

lesen, ergänzend veröffentlichten „Saale-Zeitung“ und „Hallesche Zeitung“ ausführliche Berichte zur Geschichte des Moltke-Denkmal, über Moltke als Feldherrn und zu den Vorbereitungen des „Deutschen Tages“, was den Stellenwert des geplanten Aufmarsches für die Vaterländischen Verbände deutlich werden ließ. Die Zusammenkunft am Denkmal verlief ohne Zwischenfälle, nur war die Personen- und Fahnenzahl überschritten, so dass einige Fahnen geprüft wurden. Obwohl die Polizei in diesem Zusammenhang fünf Hakenkreuzfahnen beschlagnahmte, wurden bei der darauffolgenden Veranstaltung auf der Pferderennbahn wieder Hakenkreuzfahnen gesichtet. Die „Saale-Zeitung“ hatte am Tag der Denkmalsweihe berichtet, dass ein Trupp süddeutscher Nationalsozialisten in großer Anzahl aus Süddeutschland kommend nach Halle ziehen würde. Allerdings wurde deren eventuelle Teilnahme eher als eine Störung begriffen, da sie „nur als Teil einer nationalen Bewegung“ die von diesem Tag ausgehende Einheit und Tradition stören würde.¹²²⁸

Die Neueinweihung des Denkmals am 11. Mai 1924 war nicht nur ein Großaufmarsch der Wehrverbände, sondern auch die größte Demonstration dieser Art in Halle während der Weimarer Republik. Neben den Parteivertretern von DNVP und DVP traten die Wehrverbände als Hauptakteure auf, was die Anwesenheit verschiedener ehemaliger Generäle wie Georg Maercker, Erich Ludendorff und des mit Halle familiär verbundenen Felix Graf Luckner zeigte. Ludendorff war bereits am 10. Mai Gast der Kantfeier der Universität gewesen. Die Ansprache am Denkmal hielt Stahlhelmführer Duesterberg, der die Zerstörung des Moltke-Standbildes als Auslöser für „den Kampf um die Gleichberechtigung auf der Straße“ ansah, in dem man den „roten Terror“ erfolgreich bekämpft habe. Vor allem betonte er die Notwendigkeit, sich einer hoffnungslosen deutschen Zukunft im Geist Moltkes als Deutsche geeint entgegenzustellen.¹²²⁹ Nach Angaben der „Saale-Zeitung“ waren an diesem Tag 110.000 Mann auf der Rennbahn an Generaloberst Josias von Heeringen und General Ludendorff vorbeigezogen, die den erkrankten Generalfeldmarschall August von Mackensen vertraten, während die kommunistische Zeitung „Klassenkampf“ ca. 20.000 teilnehmende Personen vermeldete.¹²³⁰ Der starke militärische Charakter der Veranstaltung wurde nicht zuletzt auch durch die Anwesenheit der Reichswehr offensichtlich. Problematisch gestaltete sich der Abzug der Teilnehmer, welche entgegen der Anordnung geschlossene Züge bildeten, weshalb wohl auch aus Mangel an Personal an den entscheidenden Punkten Verzögerungen eintraten.¹²³¹

¹²²⁸ SZ, 11.5.1924.

¹²²⁹ HZ, 13.12.1924.

¹²³⁰ Vgl. SZ, 14.5.1924; KK, 12.5.1924.

¹²³¹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1859 Bd. 3, Bl. 328f.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Die nationale Presse der Stadt war jedoch voll des Lobes über die „Organisation“ dieses Tages und kritisierte zugleich die überregionale Presse, die ein negatives Bild über den Aufmarsch veröffentlichte. Für die hallischen Beteiligten und Organisatoren war der „Deutsche Tag“ von Halle ein großer Erfolg, der alles Vorgegangene in den Schatten stellte und eine nationale Einheit propagierte, welche die „Wehrhaftigkeit“ des deutschen Volkes ins Zentrum setzte.¹²³² Im Vorfeld hatte es von Seiten der Kommunisten Aufrufe zu Gegendemonstrationen gegeben, weshalb von der Polizei ernsthafte Zusammenstöße befürchtet wurden.¹²³³ Noch unmittelbar vor dem 11. Mai war es das erklärte Ziel der örtlichen Kommunisten, dass der Tag „in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit ehernen Griffeln eingetragen sein“ wird, und sie planten den „Vorstoß in das rote Herz Mitteldeutschlands“ zu verhindern.¹²³⁴ Bereits nach Ankündigung der Veranstaltung der Vaterländischen Verbände begann die KPD ihre Anhänger für diesen Tag entsprechend zu mobilisieren und plante einen „Allgemeinen deutschen Arbeitertag“. In offensiver Rhetorik polemisierte die kommunistische Presse gegen die Veranstalter, denen sie eine Provokation der Arbeiterschaft vorwarf, gegen die man sich ebenso offensiv wehren müsste. Die Kommunisten waren aufgerufen „der schwarz-weiß-roten Mörderliga das noch immer blutig rote Herz Mitteldeutschlands zu zeigen“ und überstürzten sie sich dementsprechend mit Aufrufen.¹²³⁵ Zwar weniger scharf, aber gleichermaßen kritisch kommentierte das sozialdemokratische „Volksblatt“ die Machtdemonstration des nationalen Lagers, dem man vorwarf, die Wiederaufstellung der Denkmalsfigur nur als Anlass zur öffentlichen Präsentation der Wehrverbände anzusehen.¹²³⁶ Kurz zuvor hatte die „Hallesche Zeitung“ das geplante Programm für den 11. Mai veröffentlicht, was der „Klassenkampf“ in seiner Ausgabe am 15. April 1924 kommentierte, wonach der Tag „zu einer großen monarchistischen Heerschau mit allen aus dem Reiche zusammengetrommelten Kriegsverbrechern und Hochverrätern“ werden sollte, denn „die ganzen konterrevolutionären Generale werden aufmarschieren: Hindenburg, Ludendorff-Lindström, Mackensen, von der Goltz, Maercker, von Lettow-Vorbeck, von Dickhut-Harrach, von Below, von Wrisberg, Graf Luckner und noch viele andere“. Die „Hallesche Zeitung“ schlussfolgerte zudem, dass es statt „deutsche Arbeiter [...] verhetztes verkommenes

¹²³² Der Wehrwolf, 21.5.1924.

¹²³³ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1859 Bd. 3, Bl. 366 (Der PP Halle an den OP Magdeburg).

¹²³⁴ KK, 10.5.1924.

¹²³⁵ Ebd., 15.4.1924; Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2003/1, Bl. 130ff (Organisatorisches Rundschreiben Nr. 1 am 29.4.1924): „Der Aufmarsch der Faschisten aus ganz Deutschland gerade in Halle hat einen besonderen Charakter. Halle und Mitteldeutschland waren immer die Hochburg der revolutionären Kämpfe in den Jahren, die hinter uns liegen. Gelingt es der Reaktion in Halle am 11. Mai zu triumphieren, so hat die gesamte Arbeiterschaft in Deutschland eine Niederlage erlitten.“

¹²³⁶ Vgl. VB, 14.5.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Gesindel [sei], das die Arbeit scheut und allein Stockhiebe nötig hat“.¹²³⁷ Ein KPD-Flugblatt hatte sich auch direkt an die Arbeiter der SPD gerichtet, damit auch sie sich gegen den Aufmarsch mobilisieren.¹²³⁸ Der Regierungspräsident ließ das „Meeting der Arbeiter auf dem ‚Minerva‘-Sportplatz“ sowie eine Ehrung der Märzgefallenen auf den Friedhöfen verbieten und die Polizei riegelte am entscheidenden Tag die Zugänge zur Stadt ab, „damit die Faschisten und der national-völkische Spießermob im Roten Halle sich allein als die Beherrscher der zur Monarchie reifen Republik fühlen konnten“.¹²³⁹ Nach der Bekanntgabe, dass „eine Zusammenziehung sehr starker faschistischer Kräfte anlässlich der Einweihung des am 1. Januar gesprengten Moltkedenkmals“ geplant war, hatte man sich auf kommunistischer Seite zur parallelen Ausrichtung eines „Allgemeinen Deutschen Arbeitertages“ am 11. Mai 1924 entschlossen und entwickelte in diesem Zusammenhang ein umfangreiches Propagandapaket, inklusive Rundschreiben, Flugblätter, Extraausgaben der Zeitungen, Abzeichen etc.¹²⁴⁰ Wegen der sich verschärfenden Situation hatte es am 7. Mai ein Treffen zwischen dem Polizeipräsidenten und Vertretern der KPD gegeben, bei welchem diese angaben, am 11. Mai eine Veranstaltung im Volkspark sowie im Stadion zu planen. Obwohl im von der KPD eingeleiteten Genehmigungsverfahren für die Veranstaltung auf dem Sportplatz vom Regierungspräsidenten negativ entschieden wurde, forderte die KPD weiterhin zu Aufmärschen auf.¹²⁴¹ Obgleich den Kommunisten Feiern unter freiem Himmel nicht genehmigt worden waren, existierten Aufmarschpläne, welche im „Klassenkampf“ veröffentlicht und durch Rundschreiben bekannt gegeben wurden. Während ein Teil der Gegendemonstranten am 11. Mai im Volkspark festgehalten wurde, gab es bei den vor der Stadt stattfindenden Kämpfen zwischen Polizei und linken Demonstranten auch Tote und Verletzte. Zur blutigen Auseinandersetzung kam es, als in Böllberg zahlreiche Arbeiter versuchten, in Richtung Stadt zu ziehen, obwohl die Polizei in den Vororten von Halle und an Zufahrtsstraßen Absperrungen errichtet hatte. Zudem waren am Sonntag alle wichtigen innerstädtischen Punkte wie Bahnhof, Hauptplätze und Straßenkreuzungen besetzt. Die Beteiligung einheimischer Kommunisten war hingegen eher gering und den auswärtigen Teilnehmern war die

¹²³⁷ SAPMO-BArch, Sg Y 30/ 0377, Bl. 61 (Erinnerungen Herbert Otto).

¹²³⁸ KK, 15.4.1924. Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2003/1, Bl. 150, Bl. 158: „Nicht Hakenkreuz, nicht Ludendorf, der Ausreißer nach Schweden, nicht die Hurenhengste von Hohenzollernprinzen, nicht die verkrachten Generale und nicht die Jüngelchen mit den nassen Hosen aus dem Bierkeller werden Halle beherrschen, sondern die Arbeiter im roten Herzen Mitteldeutschlands. [...] Sozialdemokratische Arbeiter! Begreift ihr immer noch nicht, was Eure Führer sind? [...] Mobilisiert alles gegen die Regierung und gegen ihre Methoden von Halle. Das nächste Mal die Faschisten-Parade auseinandergeschlagen! Duldet diese Hakenkreuzhunde nicht! Es ist Zeit, Deutschland von dieser Pest zu reinigen!“

¹²³⁹ KK, 12.5.1924.

¹²⁴⁰ SAPMO-BArch, RY I/I 3/11/13, Bl. 186 (Bericht über den Arbeitertag). Vgl. Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 202. Die Autoren geben an, dass der 11. 5. als „Blutsonntag“ von Halle in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist.

¹²⁴¹ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1859 Bd. 3, Bl. 337ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

örtliche Situation nicht vertraut genug, so dass es schließlich zu unvermeidbaren Zusammenstößen kam.¹²⁴² Nach Bekanntwerden der Auseinandersetzungen in Böllberg war der Volkspark durch die Polizei abgeriegelt worden, so dass die dort Verbliebenen erst am Abend wieder in einzelnen Gruppen abziehen durften. Auch war es schon am frühen Vormittag zu Schusswechseln zwischen Kommunisten und Angehörigen der Vaterländischen Verbände und der Polizei gekommen.¹²⁴³ Die hallische Polizei zog letztlich den Schluss, dass die Kommunisten von vornherein mit einem größeren Zusammenstoß gerechnet und sich dementsprechend organisiert hatten. Ein Berichterstatter der KPD resümierte nach den Ereignissen, dass die Parteipresse zu wenig hervorgehoben hatte, dass dieser Tag ein ausgesprochener Triumph der Völkischen geworden war, an dem die Polizei über die Arbeiterschaft gesiegt hatte. Zwar war ein positiver Zustrom an Arbeitern aus dem ganzen Reich zu vermerken gewesen, doch war die Durchführung der Gegendemonstration mangelhaft, da man zu spät reagiert hatte und von der hohen gegnerischen Teilnehmerzahl überrascht wurde, weil man anscheinend zu ungenügend über den Gegner informiert war. Hätte es bereits im Vorfeld eine „fähigere vorbereitete Leitung“ und eine „noch bessere politische Vorbereitung“ gegeben, so wäre es weder zu einer mangelnden Beflagung noch zu einer schnellen Kapitulation der Arbeiter auf dem Bahnhof gekommen.¹²⁴⁴ Auffällig war im Zusammenhang mit der Ausrichtung des Tages, dass von Seiten der hallischen Parteiorganisation eher wenige Personen vertreten waren, während – zwar der Sache nach als durchaus positiv zu bewerten – zahlreiche Auswärtige nach Halle gekommen waren. Nach dem Eindruck eines „neutralen“ Zuschauers am „Deutschen Tag“ in Halle lagen die Ursachen der Niederlage in der Unterschätzung des Gegners, dessen Aktionen „glänzend durchgeführt“ waren, weshalb die kommunistische Gegenaktion als „Fehlschlag“ angesehen werden muss, zumal die Kommunisten in der Stadt nicht präsent waren.¹²⁴⁵ Die Kritik der Bezirksleitung an diesem Zustand war entsprechend scharf, da man das organisatorische Versagen an diesem Tag der hallischen Parteiorganisation anlastete, deren „Zustand“ der Zentrale schon länger bekannt war. Beklagenswert war vor allem die „krasse Passivität der Genossen“, die sich nach dem „kampflosen“ und nahezu fast vollständigen Übergang von USPD zur KPD wenig politisch betätigt hatten. Zudem hätte Ängstlichkeit in den Reihen der Arbeiterschaft einer besseren Kommunikation im Wege gestanden, obwohl es das Ziel hätte sein müssen, „dass es für sie [die Arbeiterschaft, D.S.] keinen Ausweg mehr geben kann, dass die proletarische Faust dort dreinschlagen muss, wo die Reaktion glaubt dem Proletariat Faustschläge ins Gesicht

¹²⁴² Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1859 Bd. 3, Bl. 354-363; KK, 12.5.1924.

¹²⁴³ Ebd., Bl. 361ff.

¹²⁴⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/15, Bl. 8-15.

¹²⁴⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 218.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

geben zu können.“¹²⁴⁶ Erklärtes Ziel der BL und der Zentrale war es daher, die hallische Organisation zu festigen und die Aktivitäten „linker Genossen“ zu unterbinden.¹²⁴⁷

Dass die Kommunisten nicht in der Lage gewesen waren, die gegnerischen Demonstrationen zu verhindern, lag vor allem daran, dass sie die Bedeutung des 11. Mai 1924 trotz aller Mobilisierungsversuche „vollkommen verkannt“ hatten. Nicht nur war dieser Tag ein Erfolg für die nationalistische Rechte, er war zudem der Beginn „für ein ungeheures Wachsen der vaterländischen Verbände“.¹²⁴⁸ Der Dominanz des nationalen Lagers konnte die Partei zu diesem Zeitpunkt nichts entgegensetzen. Auch wenn zuvor im Gründungsaufwurf des Rotfrontkämpferbundes (RFB) kein direkter Bezug zum Deutschen Tag genommen worden war, gab der Jahresbericht die unmittelbaren Nachwirkungen als Anstoß zur RFB-Gründung an.

„Dabei sind im Laufe des letzten Jahres Stahlhelm und Wehrwolf fast von der politischen Bildfläche verschwunden, dagegen nehmen die Vorstöße der NSDAP durch große Versammlungen in den letzten Monaten in steigendem Masse zu. Das gilt besonders für die Stadt Halle, wo, wie schon gesagt, die Gegenorganisation unserer Parteiorganisation erheblich schwächer ist, als sonst durchweg in den Provinzorten. Trotz verschiedener Bemühungen gelang es nicht, in der hallischen Organisation die nötigen Voraussetzungen für eine wirkliche antifaschistische Organisationsarbeit durch Organisation des Selbstschutzes oder Bildung entsprechender Gruppen innerhalb der Partei und der sympathisierenden Organisationen zu schaffen. Diese Aufgabe muss jetzt aber angesichts der immer stärkeren faschistischen Gefahr für Halle unbedingt in kürzester Zeit gelöst werden.“¹²⁴⁹

1.5 Zwischen Volkspark und Stadtschützenhaus: Versammlungen, Saalschlachten und Straßenkämpfe politischer Gegner

In einem Brief an den hallischen nationalsozialistischen Arbeiter Hermann Ohmer erinnerten sich 1937 Parteifreunde aus Ingolstadt an die schwierige Ausgangssituation der Nationalsozialisten „in dem roten Halle“, in welches sie „anlässlich der Enthüllung des damals von roten Banditen zerstörten Moltkedenkmals im Jahre 1924“ kamen, um ihre öffentliche Präsenz eindrücklich zu verdeutlichen. Andeutungen zufolge war es in den Arbeitervierteln der Stadt zu

¹²⁴⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/13, Bl. 198; ebd., RY 1/I 3/11/19, Bl. 14 (17.5.1924: An die Zentrale der KPD von Genosse Erde Augenzeugenbericht)

¹²⁴⁷ Ebd., RY 1/I 3/11/13, Bl. 199.

¹²⁴⁸ Ebd., RY 1/I 3/11/1, Bl. 30.

¹²⁴⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/6, Bl. 55.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

handgreiflichen Konflikten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, die mit „Stahlruten und Fäusten“ geführt wurden.¹²⁵⁰

Hatte bereits am 13. März 1925 im Volkspark anlässlich des Auftritts von Ernst Thälmann im Reichspräsidentenwahlkampf die „finale“ Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und der Polizei stattgefunden, so standen sich in der Folgezeit hauptsächlich der RFB bzw. Kommunisten auf der einen und Stahlhelm und Wehrwolf auf der anderen Seite gegenüber. Mit dem Anstieg der nationalsozialistischen Bewegung und ihren örtlichen Erfolgen ab 1929/1930 standen sich bis zur Machtergreifung Kommunisten und Nationalsozialisten frontal gegenüber, während auf der linken Seite weder das Reichsbanner noch auf der rechten Seite Stahlhelm und Wehrwolf größeren über die ersten Jahre hinausreichenden Einfluss verzeichnen konnten. Im Vorfeld der Reichstagswahl im Dezember 1924 war es bereits zu einem konfrontativen Wahlkampf im hallischen Stadtbezirk gekommen, bei dem insgesamt 18 Fälle von „größeren Ansammlungen bzw. Anrempelungen und Schlägereien zwischen politisch Andersgerichteten“ sowie ein ernster Zusammenstoß zwischen Stahlhelm und Reichsbanner im Polizeibericht festgehalten wurden. Außerdem ereignete sich im Gewerkschaftshaus ein Streit zwischen Angehörigen der Vaterländischen Verbände und des Reichsbanners.¹²⁵¹ Im Mai 1925 berichtete der hallische Polizeipräsident von täglichen Konfrontationen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Verbände, deren Aktionismus sich scheinbar auch nach der Wahl des Reichspräsidenten nicht gelegt hatte. Daher fanden vom Polizeipräsidenten initiierte Treffen mit den Führern von Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo, Reichsbanner und RFB statt, um sie über gegebenenfalls scharfe Maßnahmen zu informieren.¹²⁵² Mittels eines Erlasses „betr. radikaler Elemente“ verkündete der preußische Innenminister Severing am 26.5.1925 ein sogenanntes „Stockverbot“, um sowohl auf rechter als auch auf linker Seite das Mitführen von Knüppeln und Stöcken als „Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ zu unterbinden.¹²⁵³ Vor allem der Stahlhelm protestierte ausdrucksstark gegen das Verbot und Stahlhelmführer Dennhardt bezeichnete es gar als „Torheit, anzunehmen, dass Spazierstöcke die öffentliche Ordnung in Gefahr bringen könnten. Die Stahlhelmer tragen die Stöcke nicht als Angriffe und

¹²⁵⁰ BArch, PK, I 0414 Nr. 979 (Brief vom 20.1.1937 von Ingolstädtern an Hermann Ohmer). Zu Ohmer: geb. 25.9.1885, Arbeiter, verheiratet mit Anna Ohmer (geb. 25.2.1889), Kohlschütterstraße 1, 1921 in Bewegung eingetreten (bis 1923), 1925 Neugründung der Ortsgruppe, gleichzeitig SA-Führer, Eintritt Hermann Ohmer am 16.2.1925 Nr. 2342, Eintritt Anna Ohmer am 13.4.1925 Nr. 2369, H. Ohmer wegen Unterschlagungssache von Amt als Ortsgruppenleiter enthoben (Viktoriaplatz), 1925-1927 Ortsgruppenleiter der SA in Halle, 1927-1929 nur SA-Führer, 1929 wegen Schwerkriegsbeschädigung auf Anordnung aus SA ausgeschieden, 1.7.1933 als Ortsgruppenleiter von Viktoriaplatz bestätigt (bis 4.5.1935).

¹²⁵¹ KK, 9.10.1924.

¹²⁵² Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 948, Bl. 235 (Der PP Halle an den RP Merseburg am 14.5.1925).

¹²⁵³ Runderlass vom 26.5.1925, Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, S. 636f.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Verteidigungswaffe, sondern lediglich als Stütze besonders nach langen Märschen.“ Er bemerkt aber gleichzeitig, dass sie sich von linker Seite weiterhin bedroht fühlen und daher auch jederzeit zur Selbsthilfe bereit seien.¹²⁵⁴ Weiterhin wurde auch zugegeben, dass der Spazierstock „das einzige Abwehrmittel“ gegen „messer- und schlagringbewaffnete Kommunisten“ war, so dass das Stockverbot für sie eine große Einschränkung war, zumal sie sich beim Reichsinnenminister Schiele über eine Zunahme der Gewalt des Gegners in Gestalt des Roten Frontkämpferbundes beklagten.¹²⁵⁵ In der „Halleschen „Zeitung“ bemerkte die DNVP, dass es nach dem Stockverbot noch mehr Verletzte geben würde, da man von den Kommunisten nicht erwarten könnte, dass sie sich durch das Verbot beeindruckt ließen, und es zu Vorfällen wie jenem kommen würde, bei dem sich deutschnationale Jugendliche wegen polizeilich abgenommener Stöcke nicht gegen Angriffe politischer Gegner wehren konnten.¹²⁵⁶ Wegen des Protestes von Stahlhelmführer Duesterberg kam es zum Konflikt mit Regierungspräsident Grützner, der bereits ein Jahr zuvor das Stahlhelm-Sportfest verboten hatte. Der Polizeipräsident sah sich in seiner Arbeitsweise bestätigt, da es seiner Meinung nach für die Objektivität seiner Beamten spräche, wenn es sowohl von linker als auch von rechter Seite Beschwerden über ein zu einseitiges Vorgehen gebe, und gestand dem RFB ein relativ diszipliniertes Verhalten zu, weil sie größere Zusammenstöße mit der Polizei eher vermeiden würden.¹²⁵⁷ Eine Methode des „Aufrüstens“ der politischen Verbände beider Lager bestand auch in der Gründung von Kleinkaliberschießvereinen als Form des organisierten Selbstschutzes. Der Ortsgruppe des hallischen Stahlhelms war eine 100 Mann starke Abteilung angegliedert, zur gleichen Zeit waren 50 Personen des Kleinkaliberschießvereins „Vorwärts“ der Ortsgruppe des Reichsbanners zugeordnet. Letzterer entwickelte eine verhältnismäßig große Aktivität, wenn um die Gründung entsprechender Schießvereine ging, die wiederum auf der Seite des Gegners Interesse hervorriefen.¹²⁵⁸ Während einer Jungfrontwerbewoche beklagte sich der RFB über die noch zu ungenügende Zahl an Jungarbeitern in der Region, die sie als Mitglieder gewinnen konnten, während einige potentielle Mitglieder sich im Reichsbanner organisiert hätten, der zusammen mit den nationalen Wehrverbänden sich im „Kleinkaliber-Schießsport und Wehrsport“ trainiere.¹²⁵⁹

Am 3. Mai 1929 hatte der preußische Innenminister ein Verbot des RFB angeordnet. Die Ursache darin lag nicht zuletzt in den Vorfällen während des 1. Mai 1929 in Berlin, es hatte aber,

¹²⁵⁴ LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 948, Bl. 570 (PP Halle an den RP Merseburg am 14.5.1925).

¹²⁵⁵ SZ, 9.10.1925.

¹²⁵⁶ HZ, 9.10.1925.

¹²⁵⁷ Vgl. LHASA, MER, Rep. C 48 Ie, Nr. 1222, Bl. 15-20 (PP Halle an der RP am 10.10.1925).

¹²⁵⁸ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2002 Bd. I, Bl. 132f.

¹²⁵⁹ KK, 26.11.1926.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

wie sich herausgestellt hatte, bereits im Vorfeld Pläne zum Verbot der Organisation gegeben, die man bis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht verwirklicht hatte. Nach dem Erlass des RFB-Verbotes durch den sozialdemokratischen Innenminister Albert Grzesinski erfolgte im Volkspark eine Protestkundgebung und auch in der Stadtverordnetenversammlung erklärte die KPD, es sei eine Lüge, dass die Schuld an den Berliner Vorfällen bei KPD und RFB läge.¹²⁶⁰ Der RFB war nun gezwungen seine Tätigkeit in der Illegalität fortzusetzen, was ihm jedoch nicht in dem eigens erwünschten Maße gelang. Nach einer Phase der Umorientierung agierten Nachfolgeorganisationen wie zunächst die „Antifaschistische Arbeiterwehr“ und schließlich der „Kampfbund gegen den Faschismus“, der vom früheren Führer der RFB-Ortsgruppe Halle Gustav Borrmann geleitet wurde.¹²⁶¹

Ganz offensichtlich hatte die politische Gewalt in Form des Straßenkampfes zwischen den beiden politischen Lagern von 1929 an stetig zugenommen. Kurz vor Weihnachten 1929, unmittelbar vor Ende der Eintragungsfrist des Volksentscheides gegen den Young-Plan, starb der Jungstahlhelmer Otto Kufner an den Verletzungen, die er sich im Kampf mit kommunistischen Jugendlichen zugezogen hatte. Seine Beerdigung wurde zum Großereignis des Stahlhelms, zu dem auch das Verbandsmitglied Prinz August Wilhelm von Preußen angereist war.¹²⁶² Otto Kufner galt noch nach 1933 als „Kämpfer“ des Gaues Halle-Merseburg im Kampf gegen die KPD, so dass man ausgerechnet die Glauchaer Straße in Otto-Kufner-Straße umbenannte.¹²⁶³

Nach den Erfolgen bei der Reichstagswahl von 1930 und dem Erstarren der NSDAP hatten sich in den nationalsozialistischen Versammlungen zunehmend auch der Ton und die Angriffe auf das System verschärft. Ansatzpunkt war vielfach die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste ökonomische Situation. Veranstaltungen, auf denen Redner unter anderem über die „Diktatur im Reichstag“ und den Kampf gegen die NSDAP sprachen sowie Zentrum und Sozialdemokraten diskreditierten, liefen daher ständig Gefahr, von der Polizei aufgelöst zu werden.¹²⁶⁴ Die Präsenz der Nationalsozialisten auf den Straßen erhöhte sich ebenso wie Berichte über Zusammenstöße mit linken Anhängern. Da sie ihre zahlreichen Kundgebungen vermehrt auf

¹²⁶⁰ Vgl. ebd., 7. und 14.5.1929.

¹²⁶¹ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1960 Bd. III, Bl. 253, 267. Zu Gustav Borrmann vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 114f.: geb. 25.9.1895 in Halle, Steindrucker, 1911 Mitglied der SAJ, Kriegseinsatz, Mitbegründer der KPD in Halle, 1924 Geschäftsführer der KPD-Bezirksbuchhandlung Halle-Merseburg, 1924-1933 RFB-Vorsitzender in Halle, gest. 7.6.1975.

¹²⁶² Vgl. SZ, 27.12.1929, 30.12.1929 und 31.12.1929.

¹²⁶³ Zu weiteren Umbenennungen vgl. StAH, A 2.44 Nr. 1 Bd. 4. Verwaltungsbericht 1933/1934: Pfälzerbrücke in Robert-von Klüberbrücke; Glauchaer Straße in Otto-Kufner-Straße (am 22.12.1929 ermordet); Ebertstraße in Paul-Berck-Straße; Preußenring in Hitlering, Magdeburger Straße in Hindenburgstraße.

¹²⁶⁴ Vgl. HN, 24. 1. und 16.2.1931; SZ, 17.4.1931: Veranstaltungen mit den Reichstagsabgeordneten Börger, Rust und Stöhr; SZ, 11.4.1931: Joachim von Ribbentrop wurde am 10.4.1931 in der „Saalschloßbrauerei“ wegen kritischer Äußerungen zur „politischen Polizei“ durch die Polizei das Wort entzogen.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

öffentlichen Plätzen in der Stadt abhielten, lösten Provokationen dieser Art oftmals Straßenschlachten aus. 1930 waren im Merseburger Regierungsbezirk einzelne Fälle zu verzeichnen, bei denen es zu schweren Angriffen durch nationalsozialistische Täter unter anderem gegen ein Mitglied der Antifaschistischen Jungen Garde gekommen war, und auch in späterer Zeit ließen die Zusammenstöße nicht nach. Bei Konfrontationen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden im März 1931 waren sowohl einzelne Gegner wie ein Antifa-Mitglied oder auch eine Gruppe von SPD-Angehörigen durch Nationalsozialisten überfallen worden. Die Täter waren unter 30 Jahre alt, teilweise noch nicht einmal volljährig.¹²⁶⁵ Gerade die Überfälle auf Sozialdemokraten stärken die These, dass es sich bei den Angriffen der Nationalsozialisten nicht ausschließlich um eine Gegenwehr der NSDAP gegen Provokationen und Gewalttaten der Kommunisten gehandelt hat, da sie ebenso vor Ort zu einem Ziel durch die SA wurden.

Im Juni 1930 hatte der preußische Innenminister Heinrich Waentig, Nachfolger Grzesinskis, ein Uniformverbot für die Nationalsozialisten einschließlich ihrer Untergruppen erlassen, um der fortschreitenden Präsenz der Nationalsozialisten auf der Straße ein Stück entgegenzuwirken. Die Durchsetzung des Verbotes funktionierte nicht immer reibungslos, so musste die NSDAP durch ein Schreiben des Polizeipräsidiums darauf hingewiesen werden, dass sich bei einem Umzug ein Teil der Nationalsozialisten nicht an das geltende Uniformverbot gehalten hatte. Trotz des allgemeinen Einhaltens des Verbotes wurden immer wieder Überschreitungen laut, bei denen die Polizei Festnahmen vornahm, wie im November 1930 in der Saalschloßbrauerei, als bei Übungen im Garten 57 SA-Angehörige in Uniform festgenommen wurden.¹²⁶⁶

In einer preußischen Referentenschrift von 1930 findet sich unter einer Auswahl der wichtigsten Waffenfunde der Nationalsozialisten auch das Ergebnis einer Durchsuchung eines Trupps der Nationalsozialisten in Halle, bei dem man vor deren Abfahrt zu einer NS-Versammlung nach Böhlau etliches an Waffen und Munition gefunden hatte, was verdeutlicht, dass die hallische Organisation zu diesem Zeitpunkt bereits gut positioniert war.¹²⁶⁷ Als im selben Jahr das hallische SA-Mitglied Willi Pries wegen eines von Nationalsozialisten verursachten Zusammenstoßes mit Kommunisten angeklagt wurde, bekannte er ganz im Sinne der NS-Ideologie,

¹²⁶⁵ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2054, Bl. 5ff., Bl. 25f. Vorfälle vom 1. und 13.-15.3.1931 mit Überfällen durch Nationalsozialisten; BArch, R 1501/ 126085, Bl. 79. „Völkischer Beobachter“ vom 26.3.1931: „Auch die Straßen von Halle gehören uns“. Über 1.000 Arbeiter zogen am Sonntag durch Halle bis zum Paradeplatz, wo unter anderem Pg. Tesche und Pg. von Alvensleben und Gauleiter Jordan sprachen.

¹²⁶⁶ Vgl. SZ, 13. und 21.6.1930; KK und SZ, 3.11.1930.

¹²⁶⁷ Staat und NSDAP 1930-1932, Quellen zur Ära Brüning (Bearb. Ilsa Maurer, Udo Wengst), Düsseldorf 1977, S. 81: 1 Pistole mit scharfer Munition, 3 Schreckschusspistolen, 1 Schlagring, 1 Schlagriemen, 3 feststehende Messer.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

dass man als SA-Mann den Weg seines Führers gehen müsste.¹²⁶⁸ Obwohl sich die Straßenkämpfe ab 1930 größtenteils auf direkte Konfrontationen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten beschränkten, kam es durchaus auch vereinzelt zu gewaltsamen Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegenüber dem Reichsbanner, wie als der hallische Reichsbannerführer Gustav Gebhard am 22. Juli 1930 von Nationalsozialisten überfallen und leicht verletzt wurde. Die Kommunisten registrierten Vorfälle dieser Art als Zunahme der „terroristischen Umtriebe nationalfaschistischer Verbände“ und unterstellten den betroffenen Sozialdemokraten, dass ihnen nicht ernsthaft am Kampf gegen die Nationalsozialisten gelegen sei.¹²⁶⁹ Bereits im Vormonat war eine Versammlung der dem Reichsbanner und der SPD nahestehenden Deutschen Friedensgesellschaft durch NS-Anhänger gestört worden, die daraufhin von der Polizei entfernt wurden, aber auf der Straße Mitglieder des Reichsbanner und der SAJ gewaltsam und mit Knüppeln angriffen. Während einer polizeilichen Untersuchung im Rahmen einer öffentlichen NS-Versammlung waren im Mai 1930 unter den rund 600 fast ausschließlich nationalsozialistischen Teilnehmern verschiedene Schuss- und Schlagwaffen festgestellt worden.¹²⁷⁰ Insgesamt kam es von Mitte Januar bis Ende Februar 1932 in Halle zu weit über 20 Überfällen politischer Natur, in 17 Fällen waren Nationalsozialisten die Angreifer, in 6 Fällen wurde das Reichsbanner angegriffen.¹²⁷¹ Dem Reichsbanner hatten die Nationalsozialisten vorgeworfen, beim Gautreffen am 4. Juni 1930 in Halle Schlagringe untereinander verteilt zu haben und gegen die Gaugegeschäftsstelle der NSDAP vorgegangen zu sein, was jedoch von polizeilicher Seite nicht bestätigt werden konnte, den „Kampf“ aber nicht davon abhielt, den Reichsbanner als „Sauhaufen“ zu verunglimpfen.¹²⁷² Beim Überfall auf den Reichsbannerführer Gebhard war das SA- und NSDAP-Mitglied Willy Jähnert als einer der Täter ermittelt worden. Selbiger Jähnert wurde bereits ein Jahr zuvor vom jüdischen Wochenblatt erwähnt, da er als „ein bekannter Rowdy“ wohl bereits mehrere Vorstrafen hatte und nach einer Auseinandersetzung mit dem jüdischen Kaufmann Heinrich Rosenberg zur Reichstagswahl 1930 zu einer Haft- und Geldstrafe verurteilt wurde.¹²⁷³

¹²⁶⁸ Vgl. ebd., S. 145 (Denkschrift des PrMdI über die NSDAP als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung, Ende August 1930).

¹²⁶⁹ Vgl. GstAPK I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 174, Bl. 7 (RP an RmdI am 25.7.1930); KK, 25.7.1930.

¹²⁷⁰ Vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 I, Bl. 36 (RP an OP im April 1930), Bl. 47 (RP an OP am 21.5.1930).

¹²⁷¹ Vgl. GstAPK I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 177, Bl. 61 und Bl. 81 (RP an RmdI am 18.7.1932 wegen politischer Schlägereien zwischen SPD und NSDAP bzw. KPD und NSDAP am 15.7.1932).

¹²⁷² LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 1916, Bl. 26. Vgl. VB, 13.5.1931.

¹²⁷³ Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle, 28.11.1930, vgl. LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 I, Bl. 67.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Eine weitere Form des Zusammenstoßes politischer Gegner bildeten die Saalschlachten, bei denen gerade auch während des Reichstagswahlkampfes von 1930 die gegensätzlichen Lager in Versammlungen aufeinandertrafen. „Wahlkampf mit Biergläsern und Stuhlbeinen“ nannte es die „Saale-Zeitung“, als während einer öffentlichen Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei im Stadtschützenhaus anwesende Nationalsozialisten mit „Heil Hitler“-Rufen die Redner unterbrachen. Nachdem die Versammlung wegen Überfüllung geschlossen worden war, kam es zu Handgreiflichkeiten und 500 bis 600 Anhänger der NSDAP zogen geschlossen durch die Viertel der Kommunisten zum Riebeckplatz, wo Gauleiter Paul Hinkler eine Rede halten wollte. Wegen Widerstandes gegen die einschreitende Polizei wurde er verhaftet, aber in der folgenden Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die kommunistischen Gegner nahmen dieses Urteil als eine eindeutige Aufforderung wahr, ihre eigene Abwehr weiter aufzubauen, um dem nationalsozialistischen Auftreten „wirksam begegnen zu können“. ¹²⁷⁴ Daneben sah sich die örtliche Polizei veranlasst, Versammlungen der NSDAP und der Kommunisten aufzulösen. ¹²⁷⁵

Das letzte Jahr vor der Machtergreifung war für die Bürger von Halle von einem andauernden Wahlkampf geprägt. In Halle hatten sich Ende Februar 1932 Stahlhelm und DNVP zum Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot zusammengeschlossen und Oberstleutnant Duesterberg zum Präsidentschaftskandidaten ausgerufen, für den sie bis zur Abstimmung zahlreiche Wahlkundgebungen veranstalteten. ¹²⁷⁶ Die Nationalsozialisten hatten dagegen Adolf Hitler als eigenen Kandidaten aufgestellt, für dessen Erfolg sie in den Wahlkampf zogen und ihn überall als künftigen Reichspräsidenten proklamierten. Anlässlich dieser Zielsetzung vervielfachte sich auch in Halle die Anzahl der durchgeführten NSDAP-Versammlungen. Ihre 18 Versammlungen vom 13. Februar 1932 stellten die Nationalsozialisten unter das Hauptthema „Kommunismus oder Reaktion“. Unter anderem wies Gaupropagandaleiter Hermann Demann in der Saalschloßbrauerei darauf hin, dass die besondere Stärke der NS-Bewegung im Gemeinschaftsgefühl läge, was alle Kreise des Volkes umfassen würde. Die „Eiserne Front“ sei hingegen eine Tarnung der Sozialdemokratie und des Kommunismus und ein Gegner für Staat und Volk. Den Stahlhelm forderte er abschließend auf, sich bei der Wahl hinter Hitler zu stellen. ¹²⁷⁷ Gemäß der Propaganda gegen die vor Ort stark vertretenen Kommunisten veröffentlichte „Der Kampf“ in der

¹²⁷⁴ KK, 1.9.1930, vgl. SZ und KK, 26.8.1930.

¹²⁷⁵ GstAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 177, Bl. 19f. (RP an RmdI am 11.2.1931 wegen Auflösung einer Versammlung der NSDAP in Halle am 6.2.1930: Versammlungsleiter leistete der polizeilichen Aufforderung keine Folge).

¹²⁷⁶ Vgl. SZ, 29.2.1932.

¹²⁷⁷ Vgl. HN, 13.2.1932. Laut amtlichen Feststellungen versammelten sich bei diesen Veranstaltungen 2.600 Personen, wobei fünf Versammlungen in Räumen mit einem Fassungsvermögen von 80 bis 150 Personen wegen Überfüllung geschlossen werden mussten.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

vierten Januar-Ausgabe von 1932 einen offenen Brief des Gauleiters Jordan an den Regierungspräsidenten von Harnack, in dem er über angebliche Putschabsichten der KPD berichtete, die eine „Gefahr in Mitteldeutschland“ darstellten, sowie über gemeinsame Alarmübungen mit der SPD, wofür die Nationalsozialisten letztendlich aber keine Beweise erbringen konnten.¹²⁷⁸ Schwierigkeiten für den Wahlkampf des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl ergaben sich angesichts des von Hindenburg verhängten „Osterfriedens“, der Versammlungen, Flugblätter und Plakate verbot und dadurch die effektive Wahlkampfzeit auf wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang verkürzte. Auf Anordnung des preußischen Innenministers fanden Mitte März in den Geschäftsstellen und Gauleitungen der NSDAP Durchsuchungen nach verbotenem Material statt, die am 16. März 1932 in das „Braune Haus“, die hallische NSDAP-Gaugeschäftsstelle, führten.¹²⁷⁹ Während des Wahlkampfes zum preußischen Landtag besuchte am 16. April 1932 Hitlers politischer Beauftragter Fliegerhauptmann Göring eine Veranstaltung der NSDAP in der Saalschloßbrauerei. Göring setzte sich eingehend mit den Vorwürfen gegen seine Partei auseinander, die er dadurch zu zerstreuen versuchte, indem er den Gegnern vorwarf, damit wenig Phantasie bewiesen zu haben, da alles Schlechte seinen Ursprung in der Politik der letzten vierzehn Jahre hätte.¹²⁸⁰ Der Höhepunkt der NS-Wahlkampfpropaganda war ohne Zweifel der Besuch Adolf Hitlers zu seinem 43. Geburtstag am 20. April 1932, für den die Pferderennbahn auf den Passendorfer Wiesen schon Tage zuvor entsprechend präpariert wurde. Für eine möglichst effektive Mobilisierung der Bevölkerung in einer denkbar kurzen Zeit hatten die Nationalsozialisten schon zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl mit der Durchführung von Wahlkampfflügen begonnen, da die Parteiführung darin eines der wirksamsten Propagandamittel sah. Die parteieigene Presse verbreitete folgerichtig das Bild einer fortschrittlichen Partei, deren Organisation es erst möglich gemacht hatte, einen solchen Wahlkampf durchzuführen.¹²⁸¹

Die Reportagen über den Besuch des Führers der Nationalsozialisten unterschieden sich klar hinsichtlich der politischen Ausrichtung der Organe, die darüber berichteten.¹²⁸² Während die „Saale-Zeitung“ von der „Kundgebung der Hunderttausend“ berichtete, schrieb man im SPD-Organ „Volksblatt“ davon, dass „Hitler sprach – leere Bänke lauschten“.¹²⁸³ Auch hinsichtlich

¹²⁷⁸ LHASA, MD, Rep. C 20 I, Ib, Nr. 2051 II, Bl. 269 (Der Regierungspräsident am 26.1.1932). Vgl. VB, 19.2.1932.

¹²⁷⁹ Vgl. Paul, NS-Propaganda, S. 97-100; VB, 18.3.1932.

¹²⁸⁰ Vgl. SZ und HN, 18.4.1932. In der SZ ist der Fliegerhauptmann „Göhring“ angegeben.

¹²⁸¹ Vgl. Paul, NS-Propaganda, S. 204-209.

¹²⁸² Vgl. HN, 21.4.1932: „Adolf Hitler spricht in Halle“; KK, 21.4.1932: „Das Paradeferd Adolf auf der Rennbahn“; VB, 21.4.1932: „Kommt ein Adolf geflogen“.

¹²⁸³ SZ, 21.4.1932; VB, 21.4.1932.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der zu erwartenden Menge an Anhängern hätten sich die hallischen Nationalsozialisten verschätzt und waren daher genötigt gewesen, Karten an Personen auf den Straßen zu verteilen, um Hitler „nicht gar zu viele leere Plätze zu zeigen“¹²⁸⁴. Nach polizeilicher Schätzung waren es wohl 60.000 bis 70.000 Personen, die sich innerhalb der Rennbahn versammelt hatten, wo Hitler zwischen 17.10 Uhr und 17.40 Uhr sprach. Eröffnet wurde die Versammlung von Gauleiter Jordan. Vor Hitler trat MdL Paul Schulz auf. Die Berichterstattung über den Besuch Hitlers in der „Saale-Zeitung“ leistete der Propaganda der Nationalsozialisten gleichzeitig einen Vorschub, indem sie z.B. die „nationale Leidenschaft“ betonte, welche die Worte Hitlers bei den Anhängern auf der Rennbahn hervorgerufen hatte. In seiner Ansprache konzentrierte er sich auf die 13 Jahre des Kampfes seiner Bewegung gegen Unterdrückung und Verfolgung und die daraus erstarkte Anhängerschaft von nunmehr 13 Millionen, die in einer „Volksgemeinschaft“ dem Ziel „Deutschland“ entgegenstreben würden, ohne es aus den Augen zu verlieren.¹²⁸⁵ Das „Volksblatt“ war indessen versucht, der Veranstaltung auf der Rennbahn möglichst wenig Beachtung zu schenken und die eventuell größere Bedeutung Hitlers herunterzuspielen, nicht ohne aber einen Seitenhieb an die Kommunisten zu richten, deren radikales Auftreten der NS-Bewegung erst eine solche Tragweite beschert hätte.¹²⁸⁶ Wie schon von Seiten des „Volksblattes“ vermutet wurde, versuchte „Der Kampf“ seinen Lesern den Stimmenrückgang zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 positiv darzulegen.¹²⁸⁷ Die Agitation gegen das von den Nationalsozialisten nicht akzeptierte Kabinett Papen erfasste auch die hallischen NSDAP-Versammlungen, in denen obendrein der Reichspräsident angegriffen wurde, der Hitler am 13. August 1932 nicht die Macht übergeben hatte.¹²⁸⁸ Problematisch für alle Parteien erwiesen sich die infolge der zahlreichen Wahlen des laufenden Jahres einsetzende Wahlmüdigkeit und die dadurch resultierende Schwierigkeit einer erneuten Mobilisierung der Bevölkerung. Das galt in

¹²⁸⁴ VB, 21.4.1932.

¹²⁸⁵ SZ, 21.4.1932. Vgl. Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 1: April 1932 – September 1932, (hrsg. u. komment. v. Klaus A. Lankleit), München 1996, S. 79-82.

¹²⁸⁶ Vgl. VB, 21.4.1932. Jedoch „falsch wäre es abzuleugnen, daß dennoch eine ganz stattliche Anzahl Menschen sich eingefunden hatten, um den nichts sagenden Worten eines politischen Hochstaplers zu lauschen. Daß dies in Halle möglich war, ist nur der tüchtigen Vorarbeit zu danken, die die Kommunisten mit ihrem Radikalismus bei uns leisteten.“

¹²⁸⁷ Vgl. ebd., 2.8.1932. „Der Kampf“ zum Ergebnis der Wahl: „Rechnerisch allerdings ein Rückgang gegen die Preußenwahl von etwas über 3.000 Stimmen. In der SPD-Presse wird man versuchen, hieraus einen Rückgang unserer Stimmen zu konstruieren. Das stimmt aber nicht! Für diese Wahl wurden 10.539 Stimm Scheine ausgegeben, während auf Stimm Scheine in Halle nur 4.676 Personen wählten. Durch den Semesterschluss sind allein über 2.000 Studenten als Wähler Halles verloren gegangen, die restlos – selbst nach den Behauptungen des ‚Volksblatt‘ – unserer Partei zugute gekommen wären. Von den restlichen 4.000 auswärts abgegebenen Stimmen muss man, da unsere Stimmenzahl fast 50 v.H. erreicht, ebenfalls 50% uns zurechnen, so daß, wäre der Wahltermin auf einen anderen Zeitpunkt gefallen, wir mit einem weiteren Zuwachs von etwa 800 Stimmen rechnen konnten.“

¹²⁸⁸ Vgl. SZ, 2.9.1932.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

besonderem Maße für die NDSAP, deren Wähler sich von der Partei den versprochenen Umschwung erhofft hatten. Zur Ankurbelung des erneuten Reichstagswahlkampfes kam Adolf Hitler am 22. Oktober 1932 während seines vierten Deutschlandfluges zu einem weiteren Wahauftritt nach Halle. Während seiner Ankunft empfingen ihn die auf der anderen Seite des Platzes aufgestellten Kommunisten mit „Nieder“-Rufen und „Nieder mit den Faschisten“-Sprechchören. Die Eröffnungsrede hielt SA-Obergruppenführer Manfred von Killinger, ihm folgte die ca. halbstündige Ansprache Hitlers, die zeitweise unterbrochen werden musste, da, wie die „Hallischen Nachrichten“ schrieben, „die Lautsprecheranlage plötzlich versagte“.¹²⁸⁹ Das „Volksblatt“ berichtete „irgendjemand – man sagt Kommunisten – hatte die Stromzuführung zur Lautsprecheranlage unterbrochen.“¹²⁹⁰ Das Übertragungskabel im Keller der anliegenden Schlosserstraße 9 war wohl von einem Kommunisten namens Franz Heyl gekappt worden.¹²⁹¹ In seiner Rede ging Hitler zunächst auf die Frage ein, warum er sich am 13. August nicht an der Regierung beteiligt hatte. Er begründete seine Ablehnung damit, dass er bei einer Anhängerschaft von 14 Millionen „nicht in die Kartoffeln hineingehen und morgen wieder hinaus“ könne. Die Verantwortung bei dieser Wählerschaft sei groß und daher müsste beim Eintritt in die Regierung die „große Stunde Deutschlands“ gekommen sein, weshalb eine Beteiligung nicht möglich sei, wenn die Haltbarkeit der Regierung nur ein paar Monate andauern würde. Hinsichtlich des Wirtschaftsprogramms des Reichskanzlers führte er das hohe Ansteigen der Arbeitslosigkeit und das nicht gehaltene Versprechen eines Rückgangs der Zahlen an, weshalb die Bewegung nach einem 13 Jahre langen legalen Kampf jetzt nach der geltenden Verfassung die Führungsposition forderte. „Was heißt denn Macht? Die hat der Herr Reichspräsident. Aber die Führung will ich. Und wir werden sie auch bekommen, weil die Herren drüben in absehbarer Zeit abgetakelt sind. Ich kann die Stunde ruhig abwarten. Und brauche die Protektion nicht. Unter sein kaudinisches Joch beuge ich mich nicht. Alles ist möglich, aber ganz unmöglich ist, daß ich kapituliere. Und wenn die Herren mir sagen, dann würde ich nicht in ihre Gesellschaft aufgenommen, so antworte ich ihnen: Meine Gesellschaft ist sehr umfangreich und sie genügt mir vollständig. Denn sie ist das Volk, dem ich entstamme und dem ich angehöre.“¹²⁹² Während zum letzten Besuch Hitlers im April 100.000 Menschen anwesend waren, hatten sich im Oktober laut „Klassenkampf“ nur noch 10.000 bis 12.000 Personen zur Kundgebung eingefunden.

¹²⁸⁹ HN, 24.10.1932.

¹²⁹⁰ VB, 24.10.1932.

¹²⁹¹ Vgl. Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 14-15; Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 434. Zu Heyl vgl. Ternies, Hans-Dieter, Franz Heyl (Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, 9), Halle 1973.

¹²⁹² HN und SZ, 24.10.1932. Vgl. Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933, (hrsg. u. komment. v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankleit), München 1998, S. 91-95.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Auch von sozialdemokratischer Seite wurde ein bemerkenswerter Rückgang der Anhänger-schaft sowie der „unfreundliche Empfang und unfrohe Abschied“ Hitlers betont, dessen Anzie-hungskraft ihrem Eindruck nach um ein Erhebliches nachgelassen hatte.¹²⁹³

Ende Oktober berichteten die Sozialdemokraten dazu von einer „Meuterei bei den Nazis“¹²⁹⁴, da die Zahl der im Frühjahr bestehenden 500 bis 600 SA- und SS-Leute wohl auf die Hälfte zusammengesmolzen sei, außerdem seien Ortsgruppe bzw. Gauleitung in Schulden, worin das „Volksblatt“ Beweise für den Niedergang der NSDAP in der einstigen hallischen Hochburg sah.¹²⁹⁵ Hinzu kamen Auseinandersetzungen mit dem Stahlhelm, die daher rührten, dass dieser den zweiten Bundesführer Duesterberg im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl aufge-stellt hatte, anstatt die Kandidatur Hitlers zu unterstützen. Später folgte darauf die Kritik an der Unterstützung des Stahlhelms gegenüber der Regierung Papen. Angesichts der angeblich jüdi-schen Abstammung Duesterbergs sprach die NSDAP dem Stahlhelm im Herbst 1932 sogar die Führerrolle ab und forderte die Frontsoldaten auf, sich von der Vereinigung und Duesterberg zu trennen, um sich der Hitler-Bewegung anzuschließen.¹²⁹⁶

Eine Amtsverwaltertagung der NSDAP des Gaués Halle-Merseburg mit Adolf Hitler am 18. Dezember 1932 im Stadtschützenhaus führte laut des Berichtes des Regierungspräsidenten zu der Annahme, dass die Anwesenheit des NSDAP-Führers darauf zurückzuführen sei, dass er durch sein persönliches Erscheinen in den fünf schlechtesten Gauén die alte Schlagkraft wie-derherstellen wollte. Unter der Frage „Was sagte Hitler in Halle?“ kursierten nach Hitlers Be-such unterschiedliche Pressemeldungen über dessen interne Erklärungen während der Tagung. Verschiedene Blätter hatten nämlich berichtet, dass Hitler erklärt habe, Gregor Strasser sei von ihm „bestraft“ worden. Als die Amtsverwalter Hitler den Gehorsam schworen, sei es zu einer Prügelei gekommen, wobei sich die Opposition gewaltsam Eintritt in den Saal verschafft habe. Das hauseigene NS-Blatt „Der Kampf“ schrieb daraufhin über „eine beispiellose Lügenhetze“, da die Meldungen frei erfunden seien und der Fall Strasser von ihm gar nicht berührt worden wäre. Da keine Gegner in den Saal eingedrungen waren, hatte auch keine Prügelei

¹²⁹³ VB, 24.10.1932: „Adolf Hitler in Halle ausgepiffen“, vgl. KK, 24.10.1932. „Das hallesche Proletariat berei-tete dem Führer der Schildknappenpartei der Notverordnungsdiktatur einen Empfang, der ihm wohl auf lange Zeit die Wiederkehr nach Halle versalzen wird.“, „Jämmerliche Hitlerpleite im roten Halle“.

¹²⁹⁴ VB, 28.10.1932.

¹²⁹⁵ Vgl. ebd.

¹²⁹⁶ Vgl. HN, 12. und 20.9.1932; VB, 30.9.1932. Der Landesverband des Stahlhelms erstattete Anzeige wegen „ungeheuerlicher Beleidigung und Beschimpfung des Bundes der Frontsoldaten und aller seiner Führer“, denn „Der Kampf“ hatte gegen den Stahlhelm geschrieben: „Nun denn auf um so bessere Zusammenarbeit mit den Herren Stahlhelmführern, diesem verräterischen Pack, das sich jedes Mal national genannt hat. Wagt es nur weiter, euch national zu nennen, und stellt euch zugleich mit dem Landesfeind auf eine Stufe [...]“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

stattgefunden, jedoch hatte die Polizei die Straße von randalierenden Kommunisten geräumt.¹²⁹⁷ Den Ausführungen des Regierungspräsidenten zufolge hatten sich schon vor der Tagung SA-Angehörige am Versammlungsort getroffen, um Hitler ihre Beschwerden über Gauleiter Jordan zu überbringen, was ihnen jedoch nicht gelang. Trotzdem verschaffte sich der SA-Führer der Gruppe Mitte Hans von Tschammer-Osten Zutritt ins Stadtschützenhaus, wo es zu der beschriebenen Auseinandersetzung kam, die aber nicht während des Treffens mit Hitler stattfand. Daraufhin hatte die Gauleitung wohl geplant, die Ortsgruppe Halle aufzulösen.¹²⁹⁸ Ende Januar 1933 wurde der bisherige Kreisleiter Bruno Czarnowski wohl auf eigenen Wunsch von seinem Posten als Kreisleiter abberufen und der bisherige Sturmführer der SA-Reserve Carl Julius Dohmgoergen zu seinem Nachfolger bestimmt.¹²⁹⁹ Außerdem wurde Karl Hengst als Führer der Hitlerjugend entlassen, der erst im Dezember 1932 den zuvor entlassenen Willi Sickingel ersetzt hatte.¹³⁰⁰

Dass „Adolf Hitlers Sterne sinken“, bemerkte das sozialdemokratische „Volksblatt“, da die „Massenversammlungen“ der NSDAP wohl so schlecht besucht waren, dass es zu Versammlungsausfällen kam. Die Tatsache, dass bei den Treffen nur Parteianhänger anwesend waren, wäre „ein Zeichen, wie außerordentlich das Ansehen bei der hallischen Bevölkerung herabgesunken ist.“¹³⁰¹ Der Propagandamarsch der Nationalsozialisten und sämtlicher Kampforganisationen vom 7. Januar 1933 zog wieder einmal provozierend durch die städtischen Arbeiterviertel und wurde von einer öffentlichen Kundgebung auf dem Hallmarkt beschlossen, in der Gaugeschäftsführer Thießler die geschlossene Kampfbereitschaft der Nationalsozialisten hervorhob.¹³⁰²

Das Jahr 1932 bildete nicht nur den Höhepunkt an Wahlen, sondern ging dementsprechend mit der Verschärfung der politischen Gewalt zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Kampf um Stimmen und die Vorherrschaft auf der Straße einher. Während bei den

¹²⁹⁷ SZ, 20.12.1932. Vgl. VB, 23.12.1932

¹²⁹⁸ Vgl. Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933, (hrsg. u. komment. v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankleit), München 1998, S. 283f.

¹²⁹⁹ Vgl. VB, 19.1.1933. Zu Carl Julius Dohmgoergen vgl. Rupieper/Sperk, Lageberichte: geb. 1895 in Köln/Deutz, Kriegsdienst, 1920-1922 Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie an der Universität Halle, seit 1.10.1931 NSDAP-Mitglied, seit 31.3.1931 SA, SA-Sturmbannführer, bis 1933 bei Barmer Ersatzkasse, ab 1933 Kreisleiter der NSDAP und Geschäftsführer der Barmer Ersatzkasse, Kaufmännischer Direktor und Vorsitzender des Vorstandes der Werke der Stadt Halle AG (Wehag), Mitte April 1945 Selbstmord.

¹³⁰⁰ Vgl. SZ, 27.3.1933. VB, 27.12.1932.

¹³⁰¹ VB, 4.1.1933. Vgl. auch SZ, 4.1.1933. Am 3.1.1933 fanden sieben NSDAP-Veranstaltungen statt, bei denen die Abgeordneten Wolkersdörfer und Simon sowie die Betriebszellenobmänner Bachmann, Fischer, Schillick und Fritsch sprachen.

¹³⁰² Vgl. HN, 9.1.1933.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Kommunisten vor allem Störungen von Versammlungen im Vordergrund standen, lag der Schwerpunkt gerade beim Gegner SA auf dem Straßenkampf. Wie es schon bei Stahlhelm und Wehrwolf ab Beginn der 20er Jahre darum ging, dem nationalen Bürgertum die Straße als Demonstrationsraum zu erschließen, so wollte auch die SA die Straßen als Ort des Auftretens zurückgewinnen. Sie agierte jedoch durchaus gewaltbereiter, als dies noch bei den traditionellen Wehrverbänden der Fall gewesen war. Dabei ist es auch von Bedeutung, dass es sich bei der SA im Gegensatz zum Stahlhelm nicht um ehemalige Frontkämpfer handelte, sondern vielmehr eine Kampftruppe geschaffen wurde, deren Auftreten keinesfalls nur symbolisch sein sollte, sondern die auch unter Anwendung von Gewalt ihre Ausdauer und Zielstrebigkeit für die nationalsozialistische Sache aufzeigte.¹³⁰³ Ihre Mitgliederzahl war gerade in den Gegenden hoch, wo eher wenig Kommunisten zu finden waren, und auch im Raum Halle-Merseburg war die SA wegen der starken Präsenz der Kommunisten eher unterentwickelt, zumindest noch bis ins Jahr 1931.¹³⁰⁴ Ab diesem Zeitpunkt und mit verstärkter Präsenz der NSDAP durch die erfolgreichen Wahlen wurde auch die SA vor Ort immer mehr zu einer bestimmenden Größe bei Veranstaltungen, Aufmärschen und schließlich bei Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Gemeinsam mit dem Stahlhelm zeigte sich die SA auf einer Veranstaltung der NSDAP mit dem „Fememörder“ Paul Schulz im Stadtschützenhaus und reagierte auf die Vorwürfe der linken Presse mit der Aussage, dass Männer wie Schulz, die zum Tode verurteilt wurden (1930 begnadigt), ihr Leben für das Vaterland eingesetzt hätten. Auch offensichtliche Republikfeinde, wie Manfred von Killinger, verwickelt in den Mord an Matthias Erzberger, sprachen im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen, wie anlässlich eines Konzertabends, an dem die SA-Standarte 36 die Tradition des ehemaligen hallischen Infanterieregiments 36 fortführte.¹³⁰⁵ Doch es blieb nicht bei verhältnismäßig friedlich ablaufenden Veranstaltungen unter Beteiligung der SA. Die bereits angesprochenen Wahlhöhepunkte von 1932 lieferten zahlreiche Anlässe, welche in tätlichen Ausschreitungen mit den Kommunisten gipfelten. Am 13. April 1932 war vom Reichsinnenminister ein Verbot der SA und SS erlassen worden, was am selben Tag zur Durchsuchung des „Braunen Hauses“ in Halle durch Schutzpolizei und Kriminalpolizei und zur Versiegelung von vier SA-Räumen führte. Mit dem Wechsel der Reichsregierung von Brüning zu Papen wurde das Verbot bereits im Juni wieder zurückgenommen, was auch durch die Zusage der NSDAP zur Tolerierung der Regierung Papen erreicht wurde. Dass die Nationalsozialisten der Reichsregierung wegen der Aufhebung zu Dank verpflichtet seien, wurde von ihnen

¹³⁰³ Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 698f.

¹³⁰⁴ Vgl. ebd., S. 99, S. 69, S. 316f.

¹³⁰⁵ SZ, 21.3.1931 und 6.2.1932.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

während einer öffentlichen Versammlung entsprechend verneint, vielmehr wurde dieser Schritt als „Pflicht und Schuldigkeit“ von Seiten der Regierung angesehen.¹³⁰⁶ Wenige Wochen nach dem Verbot überfielen ca. 100 uniformierte SA-Mitglieder das Gewerkschaftshaus der hallischen Arbeiterschaft und lieferten sich einen schweren Straßenkampf mit der Arbeiterschaft.¹³⁰⁷ Als der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe am 6. Juli 1932 auf einer Versammlung der Eisernen Front im Volkspark auftrat, setzte er sich in seiner Rede auch mit der Politik der NSDAP auseinander, deren Versprechungen er für unerreichbar hielt. Am Rande der Veranstaltung, an der auch Teile der SA sowie Gaugeschäftsführer Thießler teilgenommen hatten, war es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Nationalsozialisten gekommen. „Der Kampf“ behauptete daraufhin, dass Parteigenossen misshandelt wurden, und kritisierte das Vorgehen der Polizei scharf.¹³⁰⁸ Infolge dieser Angriffe wurde die NS-Zeitung laut Anordnung des Oberpräsidenten für mehrere Tage verboten.¹³⁰⁹ Nach internen Berichten des Magdeburger Oberpräsidenten an den preußischen Innenminister war es 1932 mit der Gründung der „Antifaschistischen Aktion“ zum Aufbau eines „Massenselbstschutzes“ innerhalb der kommunistischen Organisation gekommen, die sich im Regierungsbezirk Halle-Merseburg gegen „faschistische Überfälle auf revolutionäre Arbeiter und Werktätige unter Führung der KPD“ richtete. In Halle waren bereits verschiedene Häuserschutzstaffeln entstanden, die sich vorwiegend auf Arbeiterviertel verteilten und von Kommunisten unmittelbar und wohl ohne direkte Mitwirkung der Bezirks- und Ortsgruppenleitung ins Leben gerufen wurden, weshalb bisher keine straffe Organisation unter einheitlicher Leitung sichtbar wurde.¹³¹⁰ Bereits Anfang des Jahres 1931 berichtete der „Klassenkampf“ von der Durchführung des „antifaschistischen Aufgebotes“, mit dem man sich das äußerst ehrgeizige Ziel gesteckt hatte, sowohl die Zahl der Parteimitglieder als auch die Leserschaft der „revolutionären Presse“ um 100% zu erhöhen, und zugleich betonte, wie man sich gegenüber parteiinternen Zweiflern an dieser Aktion durchgesetzt habe, da es einer hallischen Straßenzelle gelungen war 100%, d.h. 34 neue Parteimitglieder, sowie neue Leser für den Klassenkampf und neue Mitglieder für die RGO und den Kampfbund gegen den Faschismus anzuwerben.¹³¹¹ Anlässlich des Beginns einer von der KPD geplanten „Antifaschistischen Kampfwoche der Antifaschistischen Aktion“ und unmittelbar vor

¹³⁰⁶ Ebd., 14.4.1932 und 2.7.1932.

¹³⁰⁷ Vgl. ebd. und KK, 16.7.1932: „Gestern abend leisteten sich die Sturmbanden Hitlers eine ungeheuerliche Provokation der Hallischen Arbeiterschaft.“

¹³⁰⁸ Vgl. HN, 7. und 8.7.1932.

¹³⁰⁹ Vgl. BArch, NS 26/1037 (Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Magdeburg, den 9.7.1932, Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Magdeburg, den 12.7.1932).

¹³¹⁰ GstAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 225, Bl. 231-233 (Der OP an den PrMdI am 29.10.1932). Zur Antifaschistischen Aktion vgl. auch Voigt, Kampfbünde, S. 541ff.

¹³¹¹ KK, 14.1.1931.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Reichstagswahl sprach der kommunistische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Pieck vor vom „Klassenkampf“ gezählten 12.000 Menschen auf der Radrennbahn. Die KPD-Propaganda erklärte diese Demonstration zur überlegenen „Volks- und Massenbewegung“, welche die „Einheit in der Antifaschistischen Aktion“ widerspiegeln sollte. Die im Zuge der Kampfwoche erfolgte Aufforderung zum „antifaschistischen Massenkampf“ bewirkte schließlich ein mehrtägiges Verbot des „Klassenkampfes“.¹³¹² Veranstaltungen dieser Art sollten den verstärkt von den Nationalsozialisten organisierten „Massenversammlungen“ entgegentreten, in denen sie ihre Idee der baldigen Machtergreifung propagierten. Zwar bemerkte die „Saale-Zeitung“ nach einer nächtlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten im Giebichensteinviertel „Kommunisten und Reichsbanner in einer Front!“, es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass es vor Ort zu geplanten gemeinsamen Aktionen der Angehörigen beider Parteien gekommen war. Eine „Einheitsfront“ beider Parteien war vor allem für die KPD-Propaganda nützlich, da sie sich darin einmal eine stärkere Mobilisierung versprach und andererseits im gegnerischen Lager den Eindruck einer starken Truppe erwecken wollte.¹³¹³

Zum Jahresbeginn 1933 setzten sich die gewaltsamen Konfrontationen fort, als es an der neuen SA-Kaserne in der Merseburger Straße zur Straßenschlacht zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten kam und am 13. Januar 1933 im Rahmen einer IAH-Veranstaltung zum Thema „Protest gegen den Nazi-Terror“ Auseinandersetzungen im Saal stattfanden, in welchen sich unter ca. 650 Anwesenden auch rund 200 Nationalsozialisten versammelt hatten. Nachdem die Versammlung nach Störungen durch die Nationalsozialisten wegen einer Schlägerei durch die Polizei aufgelöst worden war, kam es noch im Nachhinein zu Angriffen von Kommunisten gegenüber NS-Gauleiter Jordan.¹³¹⁴ Nicht zuletzt führten Aufmärsche der SA provozierend durch die Arbeiterviertel der Stadt, wie noch am 8. Januar 1933 geschehen, als sich die Kampfverbände der NSDAP sowie HJ und NSDBo in Uniformen marschierend präsentierten. Über Größe und Bedeutung des Aufmarsches gingen die Angaben wie gehabt auseinander, da der „Klassenkampf“ die Angabe von angeblich 2.000 Teilnehmern durch die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ als Schwindel bezeichnete und die Demonstration der Nationalsozialisten zudem nicht als das „größte Ereignis“ der letzten Jahre ansah.¹³¹⁵

¹³¹² KK, 11.7.1932 und 19.7.1932.

¹³¹³ Ebd., 22.6.1932.

¹³¹⁴ Ebd., 9.1.1933. Vgl. GStAPK I. HA Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 177, Bl. 164f. (RP an RmdI am 23.1.1933); KK, 16.1.1933.

¹³¹⁵ KK, 10.1.1933: „Was in diesem Bericht alles an Übertreibungen und Prahlereien vorkommt, nimmt uns wahrlich nicht Wunder. Wer diesen Karnevalszug gesehen hat, weiß von selbst, was von den Phrasen über das ‚herrliche Bild‘, bei dem die Leute nur so ‚angerannt‘ kamen, zu halten ist.“ Vgl. HN, 9.1.1933.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

„Man braucht nur über den Marktplatz zu gehen, um zu wissen, welche Dinge Hauptgegenstand der Verhandlungen im Stadtparlament sind. Die Kommunisten hatten Trupps von Anhängern am Markt und in den umliegenden Städten gesammelt.“¹³¹⁶

2. Kommunalpolitische Konfrontation

Am Montag, den 19. Mai 1919, traf sich die im Vorfeld gewählte Stadtverordnetenversammlung in endgültiger Gestalt, nachdem die erste Wahl vom 2. März 1919 wegen der Wahlproteste für ungültig erklärt worden war und am 17. April 1919 schließlich 66 Abgeordneten neu gewählt worden waren. Nach der obligatorischen Einführungsrede des Oberbürgermeisters Rive erfolgte die Wahl des Vorstandes einer aus 33 Bürgerlichen und 33 Sozialdemokraten (Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige) bestehenden Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitzenden Paul Hennig (USPD).¹³¹⁷ Die Konstellation aus derselben Anzahl von Abgeordneten beider Lager bedeutete von außen her gesehen eine klare Abgrenzung zwischen nationalem und sozialistischem Lager, die jedoch in den alltäglichen Situationen im Stadtparlament nicht immer so offensichtlich wurde. Konfrontationen mit den bürgerlichen Abgeordneten betrafen aber meist die Unabhängigen, wie als der Stadtverordnete Friedrich Keil (DDP) im Juni 1919 nach der Empörung der Unabhängigen über die Verschärfung der Gassperre die „Arbeitsunlust der Bergarbeiter“ dafür verantwortlich machte, „da war es, als hätte er in ein Wespennest gegriffen“.¹³¹⁸ Einen Monat später wollte die USPD unter Hildebrand Oberbürgermeister Rive und seinem Stellvertreter Seydel die Gehaltszahlungen verweigern, da er ihnen vorwarf, sich nicht „in dem Geiste der neuen Zeit“ zu bewegen.¹³¹⁹

Vor allem Diskussionen über den städtischen Haushalt waren von gegenseitigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Forderungen des Magistrats nach Mittelbewilligung für die Einwohnerwehr wurden „vom üblichen Lärm der Unabhängigen erfüllt, wie immer, wenn ihnen Dinge gesagt werden, die nicht in ihren Kram passen“, aber schließlich mit 33 Stimmen der Bürgerlichen angenommen.¹³²⁰ Die obligatorische Neuwahl des Vorstandes am 5. Januar 1920 brachte die Wiederwahl der ehemaligen Mitglieder Paul Hennig (USPD), Friedrich Keil (DDP), William Ziegler (DNVP) und Friedrich Kleeis (MSPD).¹³²¹

¹³¹⁶ SZ, 9.6.1931.

¹³¹⁷ Vgl. ebd., 20.5.1919.

¹³¹⁸ Ebd., 12.6.1919.

¹³¹⁹ Ebd., 22.7.1919.

¹³²⁰ Ebd., 30.9.1919.

¹³²¹ Vgl. ebd., 6.1.1920.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Die Folgen des Kapp-Putsches beeinflussten zwangsläufig auch die städtische Politik, zumal sich Oberbürgermeister Rive wegen des Vorwurfes der politischen Verstrickung in die Verschwörung um Kapp aus dem Rathaus zurückgezogen hatte. Am 12. April 1920 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses – bestehend aus 14 Mitgliedern aus allen Parteien – zur Überprüfung der Frage, ob gegen Rive und einige Polizeibeamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden sollte.¹³²² Nachdem es schließlich zu keinem Verfahren gegen Rive gekommen war und dieser Ende Juni seine Arbeit wiederaufgenommen hatte, verlangte die MSPD zusammen mit der DDP die Zurücknahme der Behauptung von Rive auf dem Provinziallandtag, dass es sich beim Untersuchungsausschuss um ein „Denunziationskomitee“ handeln würde. Schließlich erkannte die Stadtverordnetenversammlung die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Rive durch den Bezirksausschuss an, erwartete jedoch vor Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte eine Rücknahme der erhobenen Beleidigung.¹³²³ Rive erklärte darauf seinen Rücktritt, so dass die Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juli über sein Rücktrittsgesuch abstimmen musste. Die bürgerlichen Parteien wollten die Oberbürgermeister erhalten und hofften auch auf die Stimmen der Mehrheitssozialisten, welche jedoch zusammen mit der USPD dem Gesuch Rives zustimmten, so dass am Ende 33 Stimmen dafür und nur 30 dagegen stimmten, da die Abgeordneten des Bürgerblocks nicht vollzählig erschienen waren.¹³²⁴ Wegen hoher Pensionsansprüche von Seiten Rives erfolgte im August jedoch die Wiedereinsetzung Rives, die mit gleichzeitiger Erhöhung seiner Bezüge einherging. Trotz der in dieser vorangegangenen Abstimmung vorherrschenden Einigkeit zwischen USPD und MSPD konnte eine von vornherein bestimmte Einheit zwischen beiden Parteien nicht ausgemacht werden. Anfang 1921 erfolgte schließlich der Übertritt von 10 USPD-Mitgliedern zur KPD, so dass noch 17 USPD-Abgeordnete und 6 MSPD-Abgeordnete übrigblieben. Ein Jahr später kam es erneut zu Veränderungen im linken Lager, als nunmehr die KPD durch 2 ehemalige USPD-Abgeordnete auf 12 Sitze kam, die MSPD durch die Vereinigung mit der USPD wieder auf 19 Sitze anstieg und 2 Sitze der Unabhängigen übrig blieben.¹³²⁵

Die sich verstärkende Frontstellung und Konfrontation zwischen Kommunisten und Bürgerlichen äußerte sich immer wieder während einzelner Stadtverordnetenversammlungen in den Kommentaren beider Seiten, wie im Oktober 1921 bei der Aussage vom Abgeordneten Wilhelm Minner (DDP) zur Ablehnung des Antrages der Kommunisten zur Unterstützung hilfsbedürftiger Russen: „Nicht die Naturkatastrophe ist schuld an dem Hunger in Rußland, sondern

¹³²² Vgl. SZ, 13.4.1920.

¹³²³ Ebd., 29.6.1920.

¹³²⁴ Vgl. ebd., 6.7.1920.

¹³²⁵ Vgl. Sammelbericht der Verwaltungsjahre der Stadt Halle 1921-1923.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

die Herrschaft der Arbeiter.“¹³²⁶ Nach Meinung der „Saale-Zeitung“ wären die bürgerlichen Erfolge zudem größer, wenn es keine solche „Eigenbrötelei“ der kleinen wirtschaftlichen Gruppen geben würde, was jedoch in späterer Zeit weit mehr Bedeutung erlangen sollte.¹³²⁷ Während die bürgerlichen Abgeordneten die „kommunistische Mißwirtschaft“ kritisierten, versuchten die Kommunisten ihrerseits deren „Komödienspiel“ zu durchschauen und „als freche Lügen und verleumderische Verdächtigungen“ zu entlarven. Am Ende einer turbulenten Versammlung unterlagen trotzdem in der Regel bei Abstimmungen die Kommunisten, so wie am 5. Dezember 1921, als die Vorlagen für die Erhöhung der Straßenbahntarife und Preise für Wasser, Gas und Elektrizität gegen die Stimmen der KPD und USPD angenommen wurden: Die „Einheitsfront“, welche die KPD an diesem Tag ausmachte, bestand in dem Fall aus KPD und USPD, da die Sozialdemokraten für die Vorlage gestimmt hatten.¹³²⁸ Es konnte dennoch ebenso passieren, dass die DNVP zusammen mit KPD und USPD den Gesamtetat der Stadt Halle gegen die Stimmen von SPD und DDP ablehnte, sich dabei aber aus dem Grund mit den beiden Linksparteien solidarisierte, weil sie die Ablehnung der Versammlung gegen Einsparungen von 10 Mio. Mark bei verschiedenen Kulturaufgaben nicht unterstützte.¹³²⁹ Dieser Fall stellte jedoch eine Ausnahme dar, denn gerade von Seiten der Kommunisten war die Sicht auf die bürgerlichen Konkurrenten ziemlich klar, da sie doch „bedauernswerte Leute“ und „vom Hass gegen die neue Zeit bis obenhin angefüllt“ waren.¹³³⁰

Anlässlich des Mordes an Walter Rathenau richtete die KPD im Stadtparlament verbale Angriffe gegen die anwesenden Deutschnationalen, welchen sie die Urheberschaft am Mord des Außenministers anlasteten. Gleichzeitig brachten die Kommunisten einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Entfernung aller Hohenzollerndenkmäler auf den Straßen und Plätzen und die Entfernung der Bilder in den Schulen forderte. Mit den Stimmen aller drei Linksparteien konnte der Antrag gegen DNVP und Demokraten angenommen werden.¹³³¹ Dieselbe Intention hatte ein späterer Antrag von KPD, USPD und SPD zur Ausmerzung „dynastischer Straßennamen“, der an den Verkehrsausschuss überwiesen wurde, um anstelle von Straßennamen wie Kaiserstraße, Königsstraße, Kurfürstenstraße, Bismarckstraße, Augustastraße, Wilhelmstraße, Königsplatz, Königsberg und Viktoriastraße „republikanische Namen“ auszuwählen.¹³³²

¹³²⁶ KK, 18.10.1921.

¹³²⁷ SZ, 22.10.1921.

¹³²⁸ KK, 6.12.1921.

¹³²⁹ Vgl. ebd., 30. 5.1922.

¹³³⁰ Ebd., 9.5.1922.

¹³³¹ Vgl. KK, 27.6.1922 und SZ, 28.6.1922.

¹³³² SZ, 11.7.1922.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Kommunistische Anträge zielten vielfach auf die Situation der notleidenden Bevölkerung und die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Bei der Bewilligung eines Antrages der Kommunisten für einen Kredit zur Beschaffung von Kartoffeln, Kohlen etc. in den harten Wintermonaten wartete eine Volksmenge auf dem Marktplatz und entsandte eine Deputation zum Sitzungssaal, deren Anhörung vom Vorsteher jedoch abgelehnt wurde, so dass es zum Protest der Kommunisten auf der Galerie kam und „Verräter, Schuft, auch Sozialist, Lump und andere Kosenamen schallten in den Saal“.¹³³³ Dagegen standen die als Provokationen empfundenen bürgerlichen Anträge zu Tarifierhöhungen z.B. bei der Straßenbahn und andere Vorlagen, die „eine noch schärfere Ausplünderung der hungernden Massen“ vorsahen.¹³³⁴ So könnte es als Erfolg der Kommunisten angesehen werden, dass ihr Antrag auf gleichbleibenden Preis bei Arbeiterwochenkarten angenommen wurde und auch bei den Schülerkarten keine Erhöhung durchgesetzt wurde.¹³³⁵ Um Ausschreitungen von Unterstützern der KPD-Fraktion entgegenzutreten, ließ Polizeipräsident Paul Runge auch das Stadthaus durch bewaffnete Sicherheitspolizei gegen den „Kommunistenspuk im Stadtparlament“ besetzen. Ein Antrag der Kommunisten zum Schutz des Magistrats gegen die Polizei wurde nur durch sie selbst angenommen, so dass nach diesem Possenspiel [...] man endlich an die Erledigung der Tagesordnung herangehen [konnte].“¹³³⁶

Bereits im Mai 1923 begannen die bürgerlichen Gruppierungen mit den Vorbereitungen für die ein Jahr später stattfindende Wahl zur neuen Stadtverordnetenversammlung. An einer Versammlung des Hallischen Bürgervereins nahmen Vertreter der „konterrevolutionären Organisationen [statt, um] über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber den Linksparteien bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen“ zu diskutieren, dazu zählten neben dem Stahlhelm und dem Verband hallischer Frauenvereine unter anderem auch der Deutsche Offiziersbund und der Haus- und Grundbesitzerverein.¹³³⁷ Der Vorsitzende des Hallischen Bürgervereins Franz Hüllemann warnte vor einer Zersplitterung, wenn es nicht zu einer Einheitsliste im Stadtparlament komme, da „die Politisierung unseres Stadtparlaments nicht zum Vorteil der Allgemeinheit ausgeschlagen ist“.¹³³⁸ Die Gründe des geforderten Zusammenschlusses

¹³³³ Ebd., 3.10.1922. Zur KPD-Kommunalpolitik vgl. auch Hermann, Rita, Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik: Programmatische Positionen und Aktionen, dargestellt am Kampf der Partei im Landtag der Provinz Sachsen und in Kommunalparlamenten des Regierungsbezirkes Merseburg (1924-1933), Diss. Univ. Halle, 1986. Vgl. allgemein zur KPD-Politik auf der Kommunalebene Herlemann, Beatrix: Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977.

¹³³⁴ KK, 12.11.1922.

¹³³⁵ Ebd., 19.12.1922.

¹³³⁶ Ebd., 17.4.1923 und SZ, 17. 4.1923: „Schade, daß nicht ein Photograph zur Stelle war: die Kommunisten als Schützer des Magistrats – es war ein Bild für die Götter. Bravo erschall es aus den Reihen der bürgerlichen Stadtväter. Und ein Gelächter hub an, daß die Wände dröhnten.“

¹³³⁷ KK, 4.5.1923.

¹³³⁸ HN, 3.5.1923.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der nichtsozialistischen Parteien wurden in der letzten geplanten Stadtverordnetenversammlung vor den Ferien deutlich, als bei der Abstimmung über den städtischen Etat die Bürgerlichen mit 27 gegen 29 Stimmen von KPD und SPD unterlagen. Nach der Ablehnung des Etats sollte eine weitere Sitzung mit einer erneuten Abstimmung stattfinden, woraufhin die Linken protestierten.¹³³⁹ Die noch in derselben Woche neu angesetzte Abstimmung erbrachte jedoch mit 4 zusätzlichen bürgerlichen Stimmen die Genehmigung des Etats mit 31 zu 29 Stimmen und „Halle bleibt damit vor dem blamablen Schauspiel bewahrt, daß eine staatliche Instanz von sich aus unter Ausschaltung der Selbstverwaltung den Etat festsetzt.“¹³⁴⁰

Die endgültig letzte Sitzung vor der Sommerpause 1923 war erneut von „Radau im Stadtparlament“ gekennzeichnet, als bei der Abstimmung einer Vorlage auf der linken Seite 26 statt 27 Stimmen gezählt wurden und der Vorsitzende keine neue Zählung zuließ. Beim Stand von 26 zu 26 Stimmen gab die Stimme des seit Anfang 1921 gewählten Vorstehers Friedrich Keil (DDP) den Ausschlag und die Vorlage wurde genehmigt, weshalb Sozialdemokraten und Kommunisten aus Protest den Sitzungssaal verließen.¹³⁴¹ Was die kommenden Stadtverordnetenwahlen anging, betonte die DVP zunächst ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien. Eine entscheidende Versammlung der DVP am 11. Juni 1923 entschied sich für eine eigene Liste, da „die Fraktionen im Stadtparlament rein politisch werden müssten, wenn sie nicht Belastungsproben ausgesetzt sein sollten, denen sie nicht widerstehen könnten.“ Nach Meinung der DVP würde man mit einer Einheitsliste auch den letzten Arbeiter gegen die Einheitsliste treiben.¹³⁴² Wegen der auf der linken Seite parteipolitisch zusammengesetzten Stadtverordnetenversammlung schien es der DVP daher anfangs nicht möglich, sich kommunalpolitisch zu engagieren, wenn die Bürger sich anstelle für die Profile einzelner Parteien für eine Einheitsliste entscheiden würden, in der tiefere politische Gesichtspunkte untergeordnet wären.¹³⁴³ Die ursprüngliche Vorstellung einer unpolitischen Stadtverwaltung sollte aber in der Idee einer Einheitsliste fortgeführt werden, bei der weniger die parteipolitischen Gegensätze als das gemeinschaftliche Engagement für die städtischen Belange im Vordergrund stehen sollten. Die bürgerlichen Vorstellungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sollten daneben gegenüber sozialistischen Auffassungen verteidigt werden. Aus der Richtung der Vaterländischen Verbände wurde für die kommenden Wahlen, d.h. zur Reichstags- und Kommunalwahl am 4. Mai 1924, keine eigene Liste aufgestellt, da sie einmal die Zerrissenheit

¹³³⁹ Vgl. KK, 3.7.1923; SZ, 3.7.1923.

¹³⁴⁰ SZ, 6.7.1923.

¹³⁴¹ Vgl. SZ, 11.7.1923; KK, 11.7.1923

¹³⁴² SZ, 14.7.1923.

¹³⁴³ Ebd., 5.5.1923.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Deutschlands nicht vermehren und andererseits einen Kampf zwischen nationalen Parteien und Verbänden verhindern wollten, weil es doch in erster Linie gegen links gehen muss. Ein gemeinsames Vorgehen sollte zudem das Ziel haben, mit dieser Einigung zugleich auch den Parlamentarismus zu überwinden.¹³⁴⁴ Letztlich entschied sich die DVP dazu, der Einheitsliste, dem Vaterländischen Ordnungsblock mit Zentrum, DDP und DNVP, beizutreten. Es schien für die Partei das kleine Übel zu bedeuten, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, gegenüber der Einheitsliste Stimmeneinbußen zu erleiden. Insgesamt traten zur Kommunalwahl am 4. Mai 1924 schließlich sechs Listen an, außerdem die Liste der Haus- und Grundbesitzer, der Deutschvölkischen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Unabhängige.¹³⁴⁵

In der neuen Stadtverordnetenversammlung hatten sich die Verhältnisse verglichen mit der letzten Wahlperiode leicht verändert. Die 25 Mandate des Ordnungsblocks waren mehr, als KPD und SPD mit 16 bzw. 7 Mandaten zusammen hatten, wobei Karl Kürbs von der USPD als Hospitant zu den Kommunisten gekommen war. Hinzu kamen die 5 Mandate der Haus- und Grundbesitzer sowie die 4 Personen des Völkisch-Sozialen Blocks. Zur ersten Sitzung dieser neugewählten Versammlung am 2. Juni erfolgte zunächst die Wahl des neuen Vorstandes. Die kommunistische Fraktion beharrte auf parlamentarische Grundsätze, wonach sie selbst als stärkste Fraktion den Vorsteher stellen müsste. Für den Ordnungsblock wurde Kreisschulrat Friedrich Busse für dieses Amt aufgestellt und erfolgreich mit 32 zu 23 Stimmen gegen den Kommunisten Paul Költz zum Vorsteher gewählt. Mit demselben Stimmenverhältnis erfolgte die Wahl des stellvertretenden Vorstehers Franz Hüllemann. Zuvor war vom Ordnungsblock noch der Sozialdemokrat Paul Dürrfeld als Stellvertreter vorgeschlagen worden, was dieser jedoch mit dem Hinweis auf die Nichtbeachtung der Tatsache, dass die KPD die stärkste Fraktion sei, ablehnte. Bei der Wahl zum ersten und zweiten Schriftführer gewannen Fritz Hoffmann als Vertreter des Ordnungsblocks und Hermann Pfeiffer von den Haus- und Grundbesitzern mit 23 gegen 16 Stimmen, da die Sozialdemokraten bei beiden Wahlgängen nur weiße Zettel abgegeben hatten. Lediglich bei der Wahl der zwölf unbesoldeten Stadträte gingen drei Posten an die KPD und einer an die SPD.¹³⁴⁶ Noch im November desselben Jahres stellte die KPD-Fraktion einen erfolglosen Dringlichkeitsantrag zwecks Neuwahl des Präsidiums und eines Misstrauensvotums gegenüber Stadtverordnetenvorsteher Busse, da sie den Ordnungsblock nicht als

¹³⁴⁴ Vgl. SZ, 14.2.1924.

¹³⁴⁵ Vgl. KK, 25.4.1924.

¹³⁴⁶ Vgl. KK, 3.6.1924 und SZ, 3.6.1924; KK, 16.9.1925: Nach dem Tod Hüllemanns sollte das Amt des Stellvertreters erneut einem Bürgerlichen übertragen werden.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Fraktion, sondern ein „Sammelsurium von Gruppen und Grüppchen“ begreifen würde, während sie selber die größte Fraktion stellte.¹³⁴⁷

Mit dem Mehrheitserfolg der Linken unter Ruth Fischer auf dem Frankfurter Parteitag der KPD vom April 1924 veränderten sich auch im hallischen Bezirk die Strömungen, zumal es bereits an der Basis verschiedener Ortsgruppen mehrheitliche Zugehörigkeiten zur linken bzw. ultralinken Position gegeben hatte. Neue Resolutionen der Bezirksleitung zielten besonders gegen die Sozialdemokraten und unterstützten die zentralen Richtlinien für die im Mai 1924 neugewählten preußischen Gemeindevertreter, welche keinen Zweifel am Konfrontationskurs gegen SPD und Bürgerliche ließen und auf Agitationspolitik in den jeweiligen Parlamenten zählte.¹³⁴⁸

Nach der Übernahme der Führung durch die Linken in der Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg hatte Kilian als Führer der hallischen Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung einen konfrontativen Kurs eingeschlagen, der zur ersten scharfen Auseinandersetzung in dieser neuen Legislaturperiode führte. Die Erklärung der kommunistischen Stadtverordneten, dass für sie „keine anderen Bestimmungen maßgebend sein dürfen, als die Gesetze, die die internationale Arbeiterschaft sich selbst gibt“ und dass sie geheimes Schieberunwesen in Kommissions-, Deputations- und Magistratskonventikeln vor die Kritik der Öffentlichkeit bringen würde, brachte die KPD in die Situation, eventuell nicht durch den zuständigen Minister als Mitglied des Magistrats bestätigt zu werden. Auch in anderen Städten war es zu ähnlichen Vorfällen gekommen, die nach einem Erlass Severings größtenteils zum Ausschluss der betroffenen Abgeordneten führten, so dass von kommunistischer Seite ein Umdenken erfolgen musste, wenn man der drohenden Isolierung entgehen wollte.¹³⁴⁹ In einer der darauffolgenden Sitzungen verlangte Stadtverordnetenvorsteher Busse von der KPD, ihre Erklärung aus der ersten Sitzung zu widerrufen, was diese jedoch nicht tat, weshalb Busse sie bis auf weiteres von den Sitzungen ausschloss.¹³⁵⁰ Als die Kommunisten vor der Sitzung am 1. Juli den Saal besetzten und ihn nach Busses Aufforderung nicht verließen, ließ er die Polizei zur Räumung herbeirufen. Ähnlich wie in der Situation der Vorstandswahl erklärte die SPD auch in diesem Fall, dass sie

¹³⁴⁷ KK, 18.11.1924.

¹³⁴⁸ Vgl. Wunderlich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, Wuppertal 1980, S. 156f.; Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter“, S. 54f.

¹³⁴⁹ KK, 25.6.1924. Vgl. SZ, 19.6.1924; zur Erklärung der KPD StAH, A 2.44 Nr. 3 Bd. 7: „[...] wird die Fraktion der KPD in der Stadtverordnetenversammlung Klassenpolitik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung der Stadt Halle betreiben. Sie wird den schärfsten Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen nach den grundsätzlichen Auffassungen und taktischen Methoden der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands [...] bekämpft sie auch das bürgerliche Parlament, um der Arbeiterschaft zu zeigen, dass es selbst unter der Maske der sogenannten Demokratie nichts weiter ist, als eine raffinierte Methode, die Arbeiter zu entrechten, sie niederzuhalten und in ihnen Hoffnungen zu erwecken, die niemals erfüllt werden können.“ Vgl. Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, S. 159ff.

¹³⁵⁰ Vgl. SZ, 22.6.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

nicht mit dem Ausschluss der KPD einverstanden sei, befürwortete aber nicht deren Verhalten. Die Tatsache, dass die KPD trotzdem die stärkste Fraktion sei, wurde von Seiten des Ordnungsblocks dementiert, welcher sich selbst als eigene und damit stärkste Fraktion ansah. Die SPD würde dementsprechend in die Irre gehen, wenn sie das ablehne.¹³⁵¹ Für die Sozialdemokraten hatte ihre Haltung seit Beginn der neuen Legislaturperiode keine Erfolge bringen können, vielmehr wurden sie daher von allen Seiten kritisiert. Ihre Solidarisierung mit der ausgeschlossenen KPD konnte ihnen keinerlei Sympathiepunkte der Kommunisten einbringen und wurde von den bürgerlichen Parteien kritisiert und ließ die Partei zwischen beiden Lagern stehen. Die Abgeordneten des Völkischen Blocks traten zum selben Zeitpunkt wenig in den Vordergrund und stimmten bei den meisten Entscheidungen auf der Seite des Ordnungsblocks ab. Aufmerksamkeit erregten sie, als sie sich gegen das Fallenlassen eines Antrages der Kommunisten zur Wiedereinführung des Achtstundentages erhoben. Obwohl der Antrag unter den Tisch fiel, „wollten sie Volksführer spielen und zeigen, daß sie aus dem Programm des Trommlers Hitler gelernt haben, liebliche soziale Weisen erklingen zu lassen.“¹³⁵²

„Die Kommunisten sind wieder da!“ – Im Oktober 1924 nahm die KPD nach dem Widerruf ihrer Erklärung vom Juni wieder an den Sitzungen des Stadtparlamentes teil.¹³⁵³ Es konnte nicht ihr Ziel sein, sich kommunalpolitisch zu isolieren, weshalb die Partei unabhängig von kommunalpolitischen Konzepten dem direkten Kontakt bzw. einer direkten Auseinandersetzung mit dem gegnerischen Lager nicht aus dem Weg gehen konnte, auch wenn Kilian noch im Jahr 1927 weiterhin die Position einnahm, wonach die Gemeinde zum „Kampforgan gegen die bürgerlich-kapitalistische für die proletarisch-sozialistische Herrschaft“ werden müsse.¹³⁵⁴ Unruhe kehrte erneut ein, als die Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Oktober 1924 einen Dringlichkeitsantrag zu den Vorgängen im Rahmen des „Deutschen Tages“ am 11. Mai stellten. Bei der Anklagerede von Kilian „verlassen die Bürgerlichen und Sozialdemokraten in Einheitsfront den Saal“ und Gotthold Mundt vom Völkischen Block behauptete, „daß die Völkischen zunächst nicht an den Vorbereitungen zum 11. Mai teilgenommen hätten. Erst als sie gehört hätten, daß Seine Exzellenz Ludendorff (Die Kommunisten rufen dem Völkischen zu: „Heil! Heil! Heil! [...]) kommen würde, hätten auch sie gerüstet.“¹³⁵⁵

¹³⁵¹ Vgl. ebd., 2.7.1924.

¹³⁵² KK, 10.7.1924.

¹³⁵³ Vgl. ebd., 14.10.1924.

¹³⁵⁴ Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, S. 168 zum Artikel Kilians im Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften von 1927.

¹³⁵⁵ KK, 28.10.1924. Vgl. SZ 29.10.1924.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Auch die bürgerliche Seite entwickelte Methoden, um die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung zu beeinflussen. Dazu zählte die Boykottierung der Sitzung am 31. Oktober 1924, bei der neben Sozialdemokraten und Kommunisten nur vier bürgerliche Abgeordnete anwesend waren. Da Vorsteher Busse deshalb die Beschlussfähigkeit nicht feststellen konnte, wurde die Sitzung geschlossen und die von Kilian (KPD) angeleiteten Arbeiter von der Tribüne drängten in den Sitzungssaal, den die Polizei schließlich räumen musste.¹³⁵⁶ Die Beschwerden der Kommunisten zogen sich bis hin zur nächsten Sitzung am 10. November, in welcher der Abgeordnete Mundt mitteilte, „daß seine Partei die Arbeiter für den ‚Geist unseres Hitlers‘ gewinnen wolle“ – und „die Arbeiter aus dem Dreck herausholen“ wollte, was abermals mit „Heil! Heil!“-Rufen der Kommunisten beantwortet wurde.¹³⁵⁷ In den Augen der Kommunisten sollten verhandelte Anträge des Bürgerblocks als „entschiedenen Sozialreformers“ wohl nur Versuche sein, die Arbeiter, Angestellten und Beamten für sich einzunehmen.¹³⁵⁸ Bei anderer Gelegenheit verließen die bürgerlichen Abgeordneten den Saal, nachdem die KPD ihrer Meinung nach nicht „zur Sache“ gesprochen und nach Mahnung mit Protesten reagiert hatte.¹³⁵⁹ Ähnliche Aktionen der Kommunisten zielten auf die fehlende Beschlussfähigkeit. Bei der Abstimmung über einen kommunistischen Antrag über Lohnzulage und Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche bei den Straßenbahnern verließen KPD und SPD nach verlorener Abstimmung gegen die Bürgerlichen den Saal und verhinderten somit die weitere Beschlussfähigkeit. Der Vorgang ging einher mit dem Angriff der Kommunisten gegen den Stahlhelm, dem sie als „unparteiliche Organisation“ während des Straßenbahnerstreiks Streikbrecherei vorgeworfen hatten, da er sich wohl Listen des Fahrpersonals besorgt hatte, um den Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit zu befehlen.¹³⁶⁰ Andererseits konnte es regelrecht vorkommen, dass ein „gemäßigtes“ Verhalten der Kommunisten von bürgerlicher Seite öffentlich begrüßt wurde.¹³⁶¹ Es lässt sich aber genauso wenig von einer durchgehenden Einigkeit des bürgerlichen Ordnungsblocks ausgehen, so fand der Magistratsantrag über Austausch von Bauland mit der Ulrichsgemeinde unter dem Abgeordneten Minner (DDP) keine Zustimmung, dessen „Herz [...] auffällig weit nach links herüber [zuckte], wo die KPD erfolgreich den Antrag verhinderte.“¹³⁶²

¹³⁵⁶ SZ, 1. und 2.11.1924.

¹³⁵⁷ KK, 11.1.1924.

¹³⁵⁸ Ebd., 10.11.1925.

¹³⁵⁹ Ebd., 30.3.1926; SZ, 31.3.1926.

¹³⁶⁰ KK, 16.6.1924; SZ, 17.6.1924.

¹³⁶¹ SZ, 19.9.1925: „Ach wenn doch jede Stadtverordnetensitzung so kurz und schmerzlos verlief! Selbst die Kommunisten sprachen kein Wort und sparten ihre Lungenkraft für bessere Tage auf.“

¹³⁶² KK, 30.6.1925, Ebd., 20.10.1925.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

An einem Punkt war man sich hingegen über die Fraktionsgrenzen hinaus einig. Dieser betraf die fehlende Kontrolle des Magistrates bei der leichtfertigen Kreditvergabe durch die Stadtbank unter ihrem Direktor Eberhard Berger und seinen Mitarbeitern, welche im Februar 1926 an die Öffentlichkeit gelangte. Berger war 1923 Direktor der neu eröffneten Bankabteilung der Sparkasse geworden und hatte bereits vor Bekanntwerden des Skandals Probleme mit dem hiesigen Sparkassendirektor Franz Thier gehabt, da Berger eigenmächtig Personaleinstellungen vorgenommen hatte.¹³⁶³ Der städtische Finanzdezernent Hans Seydel informierte am 8.2.1926 die Stadtverordnetenversammlung über die Vorfälle, bemerkte aber auch, dass dadurch keine bedeutenden Verluste eingetreten seien.¹³⁶⁴ Anfang Mai 1926 schied Berger aus dem Dienst aus, wurde jedoch im Zuge der Bekanntgabe der hohen Verluste von ca. 4 Mio. RM durch die Stadtbank verhaftet. Eine Wirtschaftsberatung aus Hannover stellte in einem ausführlichen Bericht über die Stadtbank und Berger heraus, dass dieser sich selten Auskünfte über Kreditnehmer einholte.¹³⁶⁵ In einer erst am 13. September stattgefundenen außerordentlichen Stadtversammlung stellten KPD und SPD Misstrauensanträge gegen Seydel und Rive, die jedoch erst in einer Sitzung am 20.12. verhandelt und mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Demokraten abgelehnt wurden.¹³⁶⁶ Da die Schadenssumme inzwischen bei 4 bis 6 Mio. RM lag, wurden eine Anleihe von 5 Mio. RM und 1 Mio. RM aus Substanzvermögen zur Deckung des Verlustes in Betracht gezogen, was wiederum starke Auswirkungen auf die städtischen Finanzen hatte.¹³⁶⁷ Besonders die KPD befürchtete, dass die Stadtbankuntersuchung begraben werden würde, und sah darin einen „Gewaltstreich des Vertuschungsblocks“.¹³⁶⁸ Als Berger Anfang Februar 1927 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, da weder Flucht- noch Verdunklungsgefahr bestand, protestierten die Kommunisten und stellten einen Dringlichkeitsantrag, der die Wiederhaftung Bergers forderte, von der Stadtverordnetenversammlung aber mehrheitlich abgelehnt wurde, da sie nicht die Autorität besäße, in ein laufendes Verfahren einzugreifen.¹³⁶⁹ Nachdem die Wiederwahl Seydels durch die Stadtverordneten keine Bestätigung gefunden hatte, schied dieser schließlich im Oktober 1927 aus dem städtischen Dienst aus.¹³⁷⁰ Bei dem im Januar 1928 begonnenen Stadtbankprozess wurde Berger unter Anrechnung der fünfmonatigen Untersuchungshaft zu zwei Jahren Haft verurteilt, während gegen Seydel keine

¹³⁶³ Vgl. von Nessen, Christiane, Der hallische Stadtbankskandal, in: Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2004, S. 99-135, S. 106.

¹³⁶⁴ Vgl. ebd., S. 111.

¹³⁶⁵ Vgl. ebd., S. 116.

¹³⁶⁶ Vgl. KK, 8.9.1926, 14.9.1926 und 21.12.1926; SZ, 22.12.1926.

¹³⁶⁷ Vgl. von Nessen, Stadtbankskandal, S. 115f.

¹³⁶⁸ KK, 7.12.1926.

¹³⁶⁹ Vgl. ebd., 14.2.1927; SZ, 16.2.1927.

¹³⁷⁰ Vgl. KK, 21.6.1927; SZ, 22.6. und 10.9.1927.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wurde.¹³⁷¹ Vor allem zu den folgenden Kommunalwahlen im November 1929 bildete der Stadtbankskandal ein lohnendes Thema, welches KPD und SPD über die Beendigung des Skandals hinaus als Wahlpropaganda gegen den Bürgerblock beschäftigte.

Immer wieder wiederholte sich das Spiel von der durch Anhänger der Kommunisten besetzten Tribüne durch Erwerbslose, deren lautstarke Proteste wiederholt zur Räumung der Tribüne führten. Dabei wurden in der Regel von der Stadtverordnetenversammlung Anträge verhandelt, die unmittelbar mit der Situation der Erwerbslosen zu tun hatten, wie zu Erwerbslosensätzen, Erwerbslosenfürsorge oder Erhöhung von Speisungen für Kinder der Arbeitslosen und Kurzarbeiter.¹³⁷² Einen anderen Anlass bot die Debatte über einen KPD-Antrag zum geplanten Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung, der so starke Tumulte auf der Tribüne ausgelöst hatte, dass diese erneut von Busse geräumt werden musste.¹³⁷³ Die KPD hatte versucht Mittel zur Durchführung des Volksentscheides bewilligt zu bekommen, da „den ausgerissenen Fürsten Milliarden in den Rachen geworfen werden“. Trotz der Unterstützung des Volksentscheides auch durch die SPD hatten die Sozialdemokraten zugleich einen solchen Antrag abgelehnt, da in Halle kein „Einheitskomitee“ bestehen würde und sie sich von anderen kein Geld geben lassen wollten.¹³⁷⁴ Einen Antrag der KPD, dass der Magistrat die Bevölkerung zur Abstimmung beim Volksentscheid auffordern soll, lehnte Busse im Stadtparlament ab, woraufhin Kommunisten und Sozialdemokraten ihm gegenübertraten und als Zeichen für das „erarbeitete Besitztum all der kleinen Sparer und Rentner“ Inflationsmilliarden auf den Tisch warfen, die zugleich noch von der Tribüne fielen.¹³⁷⁵ Gemeinsam verließen Kommunisten und Sozialdemokraten den Saal, als ein KPD-Antrag auf kostenlose Bereitstellung des Thalia-Saales an frühen Nachmittagsstunden für die Aufführung von „Panzerkreuzer Potemkin“ für Erwerbslose und zur Aufhebung der Lustbarkeitssteuer für diese Vorstellungen von den Bürgerlichen nicht anerkannt wurde.¹³⁷⁶ Die politische Agitation der Kommunisten ergänzten immer wieder parallele Proteste auf dem Marktplatz vor dem Stadthaus unter Sprechchören wie „Wir haben Hunger, Hunger, Hunger, gebt uns Brot, gebt uns Arbeit, Hunger, Hunger, Hunger“ und mit Ansprachen kommunistischer Stadtverordneter an die Demonstranten, die nicht selten auch in Konflikt mit

¹³⁷¹ Vgl. von Nessen, S. 120-126 und S. 128f. Auch das gegen Seydel eingeleitete Disziplinarverfahren wurde im Januar 1930 eingestellt.

¹³⁷² Vgl. SZ, 8.12.1925; KK, 19.1.1926.

¹³⁷³ Vgl. KK, 16.3.1926.

¹³⁷⁴ HZ, 3.3.1926; SZ, 24.2. und 3.3.1926.

¹³⁷⁵ KK, 15.6.1926; SZ, 16.6.1926.

¹³⁷⁶ Vgl. KK, 29.6.1926.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Schutzpolizei gerieten.¹³⁷⁷ Ferner wurden kommunistische Abgeordnete oftmals nach Störungen aus Sitzungen ausgeschlossen und polizeilich nach draußen eskortiert, wie im Fall der Genossen Höcker und Kutzschbauch nach „Rüpel Szenen im Stadtverordnetensaal“. Infolge eines von der KPD eingebrachten Protesteintrages gegen die Unterstützung des Stahlhelmtages durch die Stadt kam es zu Zwischenrufen von Höcker, die er nach Ordnungsrufen und Ermahnungen durch Busse nicht unterließ. Nach dem Vorwurf der parteiischen Geschäftsführung nahm die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag Busses zum Ausschluss von Höcker an.¹³⁷⁸ Eine nahezu ähnliche Situation ereignete sich Anfang 1929 während der „Etatberatungen im Zeichen des Gummiknüttels“, als wieder der Genosse Höcker nach dem dritten Ordnungsruf von der Sitzung ausgeschlossen wurde. In der vorangegangenen Sitzung hatte Busse bereits die von KPD-Anhängern besetzte Tribüne räumen lassen.¹³⁷⁹ Was den Kommunisten an inhaltlicher Durchsetzungskraft und an Möglichkeiten fehlte, trugen sie in dieser Form an die Öffentlichkeit, was das Bild einer randalierenden Partei von Störenfrieden für den Bürgerblock und die national gesinnte Öffentlichkeit festigte.

Eine andere von der KPD praktizierte Form der Störung in der Stadtverordnetenversammlung bezog sich auf ihre Ausführung der langen Rede, welche sie zeitweise besonders ausdauernd anwandten. Als bei der Frage der Verpachtung der städtischen Güter Gimritz und Reideburg der SPD-Abgeordnete Konrad Schaumburg zunächst in eineinhalb Stunden gegen die „Verschacherung städtischen Besitzes“ plädierte, folgte ihm in drei Stunden und zehn Minuten der Abgeordnete Otto Kilian (KPD) nach. Da von kommunistischer Seite zudem noch Stinkbomben ausgelegt waren, verließen die Bürgerlichen den Saal, was wieder einmal die Beschlussunfähigkeit des Hauses zur Folge hatte.¹³⁸⁰ Als die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkischen angenommen wurde, ließ Busse wegen Protesten die Tribüne räumen.¹³⁸¹ Nachdem der Abgeordnete Kilian im Mai 1927 im Zuge der städtischen Etatverhandlungen erneut eine dreistündige Rede gehalten hatte, reagierte der Ordnungsblock mit einem Antrag zur Beschränkung der Redezeit während der Etatdiskussion auf fünf Minuten. Die Proteste der Kommunisten endeten mit dem Ausschluss des Abgeordneten Otto Härtel und führten schließlich zur Vertagung der Sitzung, da dieses Mal die gesamte Linke den Saal verlassen hatte. Zusammen mit den Bürgerlichen einigte sich die jedoch SPD gegen die KPD auf eine Redezeitbeschränkung von zehn Minuten. Gleichzeitig

¹³⁷⁷ SZ, 22.1.1929.

¹³⁷⁸ Ebd., 17.10.1928. Vgl. KK, 16.10.1928.

¹³⁷⁹ KK, 26.2. und 19.2.1929.

¹³⁸⁰ SZ, 20.10.1926.

¹³⁸¹ Vgl. KK, 9.11.1926.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

lehnte die Versammlung den Antrag der KPD ab, der eine gesonderte Abstimmung aller 317 Einzelanträge zu den Etatkapiteln gefordert hatte, was für jeden einzelnen Antrag eine namentliche Abstimmung verlangt hätte. Diese En-bloc-Abstimmung stieß zwar auf Protest bei den Kommunisten, konnte jedoch nicht die Annahme des Etats mit den Stimmen von Ordnungsblock und Sozialdemokraten verhindern.¹³⁸² Selten konnten die Kommunisten ihre zahlreich eingebrachten Dringlichkeitsanträge durchsetzen. Das galt auch für die auf Initiative der KPD 1928 einberufene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung wegen des Metallarbeiterstreiks, in welcher der Vorsteher die Fälschung einiger Unterschriften des Antrages feststellte und einen kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Streikenden ablehnte.¹³⁸³ Der Appell der Kommunisten gegen ein Siegesdenkmal auf dem Marktplatz zugunsten einer erhöhten Unterstützung der Arbeitslosen wurde von bürgerlicher Seite dahingehend kommentiert, dass bei der „großen Not des russischen Volkes“ man in Leningrad „prunkhafte Denkmäler für Lenin“ bauen würde.¹³⁸⁴ Das Auftreten der Kommunisten veranlasste auch die bürgerliche Presse immer wieder zu belustigenden bzw. auch schärferen Kommentaren, wonach das Stadtparlament „aus Kommunisten, Eiertänzern und Eunuchen“ bestehen würde, was sich auf verschiedene von Otto Kilian zuvor benutzte Zuschreibungen der einzelnen Gruppen der Versammlung bezog.¹³⁸⁵

Als zu einer Protestversammlung von den Kommunisten gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni 1927 im Volkspark und zu einem Aufmarsch des RFB durch die Stadt angeblich nicht mehr als 500 Personen kamen, erweckte auch dies nach Meinung der Saale-Zeitung nicht den „Eindruck“, „daß ihre Vertreter im Stadtverordnetenkollegium tüchtige Kerle sind und nicht spaßhafte Figuren“.¹³⁸⁶

Der innerhalb der KPD vorherrschende Richtungsstreit behinderte zeitweilig die ohnehin schwerfällige Arbeit der Fraktion und führte dazu, dass interne Auseinandersetzungen im Stadtparlament bis hin zu Handgreiflichkeiten geführt wurden, woraufhin Fritz Riebenstahl von der KPD nach seiner Ohrfeige am Fraktionskollegen Kilian für drei Sitzungen aus der

¹³⁸² Vgl. KK, 3.5.1927, 10.5.1927, 25.5.1927 und 31.5.1927; SZ 4.5.1927, 11.5.1927 und 1.6.1927.

¹³⁸³ Vgl. KK, 25.1.1928.

¹³⁸⁴ Der Deutschnationale, 1. Ausgabe, Oktober 1926.

¹³⁸⁵ SZ, 4.5.1927: „Den Sozialisten ließ Herr Kilian noch zum Schluß den Text. Eine arbeiterverräterische Politik treiben sie. Beim Reichsfinanzausgleich führen sie wahre Eiertänze auf. Sie sind überhaupt die geborenen Eiertänzer. Da Herr Kilian schon unlängst die Bürgerlichen als Eunuchen rubriziert hatte, besteht also das hallische Stadtverordnetenkollegium nach seiner Auffassung aus Kommunisten, Eiertänzern und Eunuchen, also eine interessante Kulturgemeinschaft aus abendländischen, indischen und türkischen Elementen. Reizvoll ist das auf jeden Fall.“

¹³⁸⁶ SZ, 3.6.1927. Vgl. KK, 31.5.1927.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Versammlung ausgeschlossen wurde.¹³⁸⁷ Bereits im Vorfeld war auch den Bürgerlichen nicht entgangen, dass die kommunistische Fraktion nicht in früherer Geschlossenheit agierte, da Kilian schon 1927 im oppositionellen „Sportclub Merkur“ engagiert war, während ein größerer Teil der Kommunisten im Stadtparlament nicht auf seiner Seite stand.¹³⁸⁸ Seinen Austritt aus der KPD begründet er in der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar 1928 damit, dass die Kommunisten eine falsche Linie vorgeben würden, da der Stalinkurs verwerflich sei, denn die Grundgedanken Lenins und die Idee der Revolution wären damit preisgegeben, „die revolutionären Arbeiter aber, die mich gewählt haben, werden meinen Schritt begrüßen und damit einverstanden sein, daß ich mein Mandat behalte.“¹³⁸⁹ Im August 1929 verkündete Kilian allerdings im Stadtparlament, dass er und sein Leninbund sich wieder mit der KPD zu einer Einheitsfront zusammenschließen würden, da man sich in dieser Zeit als Kommunisten nicht zersplittern dürfe, was nicht zuletzt auch auf den aktuellen ultralinken Kurs der KPD zurückzuführen war.¹³⁹⁰

Ein weiteres von der KPD initiiertes Volksbegehren fand vom 3. bis 16. Oktober 1928 statt und richtete sich gegen den Bau des Panzerkreuzers A. Die bürgerliche Mehrheit im Reichstag hatte im August 1928 beschlossen, Mittel dafür freizugeben, um das Ansehen der Marine zu heben, und obwohl sich die SPD im Wahlkampf mit der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ gegen den Bau ausgesprochen hatte, votierten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder für den Panzerkreuzer. Bei der Abstimmung im Reichstag stimmte die Fraktion der SPD zwar zusammen mit den Kommunisten gegen den Bau des Panzerkreuzers, trotzdem scheiterte der Versuch der kommunistischen Stadtverordneten in Halle, die Panzerkreuzerfrage auf die Tagesordnung zu setzen, ebenso wie das Volksbegehren, für das sich in Halle „nur“ 13.130 Personen eingetragen hatten.¹³⁹¹

Nachdem am 13. Juni 1929 die Umwandlung der städtischen Werke in eine AG mit 33 zu 20 Stimmen (17 Kommunisten und 3 bürgerliche Abgeordnete) beschlossen worden war,

¹³⁸⁷ Vgl. SZ, 13.3.1929: „Ohrfeigen im Stadtparlament“.

¹³⁸⁸ Vgl. ebd., 14.9.1927: „Man merkte ihrer Fraktion an, daß ihr lieber Oberbonze Kilian nicht mehr so ganz mit dem Herzen bei ihnen ist. Hat er doch jetzt mit seinem Sportklub Merkur so viel zu tun, daß es sich um die Geschäfte der Kommunisten im Stadtparlament gar nicht so bekümmern kann. Außerdem merkte man gestern, daß er einen großen Teil seiner Anhängerschaft scheinbar bei den lieben ehemaligen Genossen verloren hat.“

¹³⁸⁹ Ebd., 1.2.1928.

¹³⁹⁰ Vgl. ebd., 13.8.1929.

¹³⁹¹ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 269; HZ 7.9.1928. „Kommunistische Komödie im Stadtparlament“; VB, 17.10.1928; zum Antrag der KPD im Stadtparlament und zur Reaktion Busses vgl. Der Deutschnationale, 22. Ausgabe, September 1928: „Wir könnten über den Panzerkreuzerbau sprechen, wenn der Magistrat beabsichtigte, auf der Saale für die Stadt Halle einen kleinen Panzerkreuzer zu bauen und schwimmen zu lassen. Da das aber nicht der Fall ist, geht die Stadtverordnetenversammlung zur Tagesordnung über.“

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung Ende Juni 1929 mit der Wiederwahl von Richard Rive als Oberbürgermeister.¹³⁹² Von KPD-Seite wurde eine Wiederwahl Rives nur als möglich angesehen, wenn die SPD bei der Wahl für ihn stimmen würde und sie damit gleichzeitig den Stadtverordneten Schaumburg als drittes Vorstandsmitglied der städtischen Werke durchsetzen könnte.¹³⁹³ Schaumburg saß bereits seit Februar 1929 im Aufsichtsrat der Hafen AG, was er nach Kritik der KPD nur der Zusammenarbeit zwischen SPD und Bürgertum zu verdanken habe, so dass Erstere nur durch „reaktionäre Zuhälterdienste wieder einmal einen Posten als Lohn bewilligt erhielt“.¹³⁹⁴ In der Umwandlung der städtischen Werke in eine AG sah die KPD die Auslieferung der Mitarbeiter unter die „privatkapitalistischen Machthaber“ und eine rücksichtslose Tarifpolitik in Form einer Erhöhung der Gas-, Strom- und Fahrpreise etc.¹³⁹⁵ Trotz kommunistischer Proteste, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit eigentlich bei 39 liegen würde, wurde Rive am 28. Juni 1929 von der Versammlung mit 38 zu 17 Stimmen der Kommunisten für ihren eigenen Kandidaten Koenen wiedergewählt. Im Verlauf der Versammlung kritisierte Johannes Hoecker (KPD) Rive als „Platzhalter der Reaktion“, der ein Feind der Arbeiterschaft sei, sich nicht für den Wohnungsbau engagieren würde und zudem für den Stadtbankskandal verantwortlich sei. In derselben Versammlung wurde über die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Wehag entschieden, die sich aus Mitgliedern des Bürgerblocks und der SPD zusammensetzte, weshalb sich die KPD in ihrer anfänglichen Vermutung eines Zusammenhangs zwischen OB-Wahl und Besetzung des Wehag-Aufsichtsrates bestätigt sah.¹³⁹⁶ In der Auswertung der Wahl Rives war es innerhalb der Ortsgruppe der Demokraten zu einer Auseinandersetzung der Vorstandsmitglieder Minner, Hoe und Plönning mit den anderen Mitgliedern gekommen, da jene für eine Wiederwahl Rives gestimmt hatten, infolge derer Minner und Plönning ihre Ämter niederlegten.¹³⁹⁷ Bereits über eineinhalb Jahre vor der nächsten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung hatten die Demokraten im Februar 1928 eine Erklärung abgegeben, wonach sie die anfänglichen Bemühungen einer erneuten gemeinsamen Liste begrüßt hatten. Als aber durch die Vaterländischen Verbände eine Erklärung über die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Demokraten abgegeben wurde, entschloss sich nun auch die DDP zur Ablehnung der Einheitsliste. Was eine abwartende Haltung der DDP auch gegenüber DNVP und DVP anging, dürfte auch das Thema Antisemitismus immer wieder eine Rolle gespielt haben. In der Entschließung der Vaterländischen Verbände vom 10. Januar 1928 über

¹³⁹² Vgl. SZ und VB, 14.6.1929.

¹³⁹³ Vgl. KK, 26.6.1929.

¹³⁹⁴ Ebd., 5.2.1929.

¹³⁹⁵ Ebd., 17.6.1929.

¹³⁹⁶ Ebd., 29.6.1929; SZ, 28.6.1929

¹³⁹⁷ Vgl. KK, 14.8.1929; PW, 15.7.1929.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Zusammenarbeit der nationalen Parteien war die DDP nicht einbezogen worden, dagegen wurde der Versuch gestartet, die deutschvölkische Freiheitsbewegung und die NSDAP in den Block zu integrieren.¹³⁹⁸ Im folgenden Jahr schien es auch innerhalb der Ortsgruppe der Demokraten zu einer weiteren Auseinandersetzung, dieses Mal über die Frage der Einheitsliste, gekommen zu sein, in der die Stadtverordneten Minner und Hoe wohl für die Liste plädierten.¹³⁹⁹ Dass die Demokraten sich schließlich für eine Fortsetzung der Einheitsliste unter dem Namen Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft entschieden haben, begründen sie ihren Anhängern selbst mit dem bisherigen Verhalten von Sozialdemokraten und Kommunisten im Stadtparlament, in dem Wirtschaftspolitik weder nach dem sozialistischen Parteiprogramm gestaltet werden dürfte, noch sei es angebracht, dass sich die Sozialdemokraten „möglichst viele und fette Posten“ beschaffen würden.¹⁴⁰⁰ Gerade von Seiten der DDP wurden vor allem die Sozialdemokraten immer wieder scharf kritisiert. Der KPD hatten die Demokraten dagegen vorgeworfen, sich lediglich im Sinne der Parteipropaganda zu verhalten, weshalb es sie bei den Etatverhandlungen des Stadtparlaments scheinbar „einen Dreck kümmern“, ob der Haushaltsplan stimme, was die DDP zumindest als ehrliche Aussage bewertete. Was man allerdings der SPD vorwarf, war, sich nach der Ablehnung verschiedener Anträge für ein neues Krankenhaus oder Schwimmbad über die Ablehnenden zu beschweren und sich selbst als die „tüchtigen Kerle“ zu empfehlen. Sie diskreditierten sich vollkommen, als sie zudem noch einen Antrag der KPD auf Reduzierung der Arbeitszeit auf sieben Stunden forderten und der DDP damit ihre „Unfähigkeit zur praktischen Kommunalarbeit“ bewiesen.¹⁴⁰¹

Das „geeinte Bürgertum“ bestand neben den politischen Parteien auch aus dem Haus- und Grundbesitzerverein, der jedoch inzwischen gespalten war und daher noch als Neuvereinigung der Hausbesitzer mit einer eigenen Liste antrat. Unterstützung fanden die Parteien der Liste durch zahlreiche hallische Vereinigungen, wie unter anderem den Hallischen Bürgerverein, den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Frauen- und Beamtenverbände sowie den Hallischen Ausschuss für Leibesübungen.¹⁴⁰² Trotz Einheitsliste führte die allgemeine Parteienzersplitterung dazu, dass das Interesse der Bevölkerung an den politischen Vorgängen der Stadt nachließ, zudem hatte das zeitgleiche Volksbegehren der nationalen Verbände gegen den Young-Plan im Vorfeld viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Zugleich warnten die Vertreter

¹³⁹⁸ Vgl. SZ, 15.2.1928.

¹³⁹⁹ Vgl. ebd., 4.7.1929.

¹⁴⁰⁰ PW, 10.11.1929 zur Unterstützung der SPD bei der Wiederwahl von Rive und gleichzeitigen Besetzung der Ämter in der Wehag.

¹⁴⁰¹ Ebd., 30.4.1930.

¹⁴⁰² Vgl. SZ, 19.10.1929.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Einheitsliste vor den Nationalsozialisten, deren Abgeordneter Schunke zuvor immer mit den Kommunisten gestimmt hätte, betonten aber die Entstehung der Einheitsliste, die nur durch den Verzicht der politischen Parteien auf Sonderwünsche zustande gekommen war.¹⁴⁰³ In einer weiteren öffentlichen Versammlung der Einheitsliste widersprachen störende Nationalsozialisten dem Punkt, dass der Abgeordnete Schunke immer mit den Kommunisten gestimmt hatte, und forderten entsprechende Beweise. Ferner bestritten sie die von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft betonte Stoßkraft der Einheitsliste gegen die Linken und verteidigten die Aufstellung einer eigenen Sonderliste.¹⁴⁰⁴

In der Öffentlichkeit hob die Einheitsliste jedoch immer wieder eindrücklich hervor, wie sehr sie doch opferbereit gewesen wäre, damit die Stadt Halle zu einer „der wenigen preußischen Großstädte“ geworden ist, in denen eine solche einheitliche Liste möglich wurde, bei der man „freudig [die] eigenen Interessen hinter denen der Allgemeinheit zurückstellt.“¹⁴⁰⁵ „Bürgerliche Mehrheit in Halle gesichert“¹⁴⁰⁶ – Sieger der Stadtverordnetenwahl von 1929 wurde die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, die mit 29 Mandaten ins Stadtparlament einzog, gefolgt von der KPD mit 16, der SPD mit 9, der NSDAP mit 3 und der Volksrechtspartei mit einem Sitz. Gegenüber der letzten Wahl hatten die Bürgerlichen ebenso wie die Sozialdemokraten an Stimmen hinzugewonnen, während die NSDAP bei der letzten Wahl zum Stadtparlament 1924 nicht angetreten war. Verluste musste hingegen die KPD hinnehmen, auch wenn sie weiterhin zweitstärkste Partei blieb. Von ihrem Rückgang konnten die Sozialdemokraten profitieren, die sich dahingehend rühmten, in dieser „Proletarierstadt“ als einzige Partei Stimmen hinzugewonnen zu haben. Nach Ausgang der Wahl sahen sie sich auf dem „Vormarsch“ gegenüber einem dominanten Bürgerblock, da sie ihre Anzahl an Mandaten um zwei erhöhen konnten und ihnen erstmals in der Weimarer Zeit wieder ein größerer Zugewinn gelungen war. Sie gingen davon aus, dass sie mit den Stimmenzuwachsen das „Erbe der zusammenbrechenden Kommunisten“ antreten würden.¹⁴⁰⁷ Laut KPD ergab sich die Stimmenzunahme der SPD aber nicht aus Arbeiterstimmen, sondern aus Kreisen der Angestellten und Beamten, „die infolge der Entwicklung der Stadt Halle zum Wirtschaftszentrum Mitteldeutschlands in den letzten fünf Jahren in immer

¹⁴⁰³ Vgl. SZ, 1.11.1929.

¹⁴⁰⁴ Vgl. ebd., 8.11.1929.

¹⁴⁰⁵ Ebd., 13.11.1929.

¹⁴⁰⁶ Vgl. HZ, 18.11.1929.

¹⁴⁰⁷ VB, 18.11.1929. Sprecher der SPD-Fraktion von 1929-1933 war Franz Peters: geb. 18.12.1888 in Halle-Giebichenstein, gest. 11.8.1933 in Halle, 1907 SPD, dann USPD, Rückkehr zur SPD, 1924-1933 MdR. Vgl. dazu: Schmidt, Andreas: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“. In: Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt, Heft 4), Magdeburg 2008, S. 38-40.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

größerer Zahl ansässig geworden sind.“¹⁴⁰⁸ Bei den hallischen Ergebnissen lagen sie hinter DNVP und KPD auf dem dritten Platz, so dass zwischen bürgerlichen und linken Parteien eine gewisse Ausgeglichenheit bestand, während die bürgerliche Seite betonte, dass die Stadt „nicht zum Versuchsobjekt für unverantwortliche Experimente der Linken“ werden sollte. Die Einheitsliste sah sich in ihrer Politik der gemeinsamen Sache bestätigt und betonte, dass es selbst der Neuvereinigung der Hausbesitzer nicht gelungen war, den Bürgerblock zu entzweien.¹⁴⁰⁹ Das „Triumphgeschrei“ sowohl von Seiten der Sozialdemokraten wie auch vom Bürgerblock wollten die Kommunisten nicht zulassen und nahmen sich vor, Lehren aus dem Wahlausgang zu ziehen. Ob allerdings das zu große „Vertrauen in die Tradition“ als Schuld für das kommunistische Wahlergebnis herhalten kann, wäre zu bezweifeln.¹⁴¹⁰ Vielmehr litt die Partei neben ihren vielfach beschworenen Organisationsmängeln an steigender Arbeitslosigkeit unter ihren Mitgliedern und Anhängern. Zukünftig sollte die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten die bereits angespannte Situation verschärfen, denn zu der Zeit, als die reichsweite wirtschaftliche und soziale Situation großen Einfluss auf die Kommunalparlamente genommen hatte, wetteiferten jetzt sowohl KPD und NSDAP im Engagement für die Kommune.

Zur Eröffnung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung am 13. Januar 1930 demonstrierten vor dem Stadthaus erwerbslose Kommunisten, während im Inneren der kommunistische Abgeordnete Franz Günther die Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher gegen den deutschnationalen Kreisschulrat Busse mit 16 zu 32 Stimmen verlor und von der SPD 10 unbeschriebene Wahlzettel abgegeben wurden. Von den zu wählenden unbesoldeten Stadtratsstellen erlangten die Kommunisten drei, hinter der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit sieben und vor den Sozialdemokraten mit zwei Posten. Einen vom Sozialdemokraten Wilke abgegebenen ungültigen Stimmzettel erklärte Busse für gültig, darin „zeigte sich die Blutsbrüderschaft von den Nazis bis zur sozialdemokratischen Fraktion“.¹⁴¹¹ Zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung war die NSDAP am 17. November 1929 das erste Mal auf kommunaler Ebene als eigenständige Partei angetreten. Im letzten Stadtparlament war innerhalb des Völkisch-Sozialen Blocks der Abgeordnete Dr. Schunke als Mitglied der NSDAP vertreten gewesen, der jedoch 1927 aus dieser Fraktion ausgetreten war.¹⁴¹² Die drei Mandate der Nationalsozialisten übernahmen die

¹⁴⁰⁸ KK, 19.11.1929.

¹⁴⁰⁹ SZ (Sonderausgabe), 18.11.1929.

¹⁴¹⁰ KK, 18.11.1929.

¹⁴¹¹ Ebd., 14.1.1930; SZ, 14.1.1930; HZ, 14.1.1930. Der deutschnationale Kreisschulrat Friedrich Busse wurde erstmals 1924 zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt und verblieb in dieser Position bis zur Auflösung des Stadtparlamentes 1933.

¹⁴¹² Vgl. SZ, 1. und 16.11.1927.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Abgeordneten Walter Thießler, Franz Humpert und Bruno Czarnowski, denen man zukünftig die Funktion als „Zünglein an der Waage“ zuschrieb.¹⁴¹³

Die Ausführung der NS-Kommunalpolitik lag auf lokaler und regionaler Ebene bei den jeweiligen Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitern, denen Hitler zum großen Teil die Entscheidungen überließ. Die Verhältnisse vor Ort wurden von den Parteifunktionären bestimmt und waren abhängig von den Entwicklungsmöglichkeiten in der entsprechenden Gemeinde, dem organisatorischen Stand der Partei und verschiedenen anderen lokalen Gegebenheiten, so dass örtliche Kommunalpolitik immer ein Teil der allgemeinen Parteiarbeit auf der Ortsebene blieb. In Halle hatte Ortsgruppenleiter Bruno Czarnowski das Amt des Fraktionsvorsitzenden übernommen.¹⁴¹⁴ Seit 1927 sollten bei den Gauleitungen Fachberater für Kommunalpolitik eingesetzt sein, um die kommunalpolitische Arbeit in den Gemeindevertretungen zu aktivieren. Für den Gau Halle-Merseburg war selbst im Januar 1932 bei der Auflistung ihrer Mitglieder kein solcher kommunalpolitischer Berater aufgeführt, so dass davon auszugehen ist, dass derartige Tätigkeiten bei den entsprechenden Fraktionsführern in den kommunalen Vertretungen, d.h. in Halle bei Czarnowski, bzw. in den Händen der Gauleitung lagen.¹⁴¹⁵ Ihre Stärke sahen die Nationalsozialisten auf kommunaler Ebene in der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse und dem nahezu unerbittlichen Eintreten gegen die bestehenden Missstände. In Anbetracht der aktuellen Finanzlage richteten sie zahlreiche Anträge an die Gemeindevertretungen, die jedoch zumeist abgelehnt wurden. Die Gründe waren dabei entweder inhaltliche oder lagen an der politischen Zusammensetzung der Gemeindeversammlung, konnten aber von den Nationalsozialisten für propagandistische Zwecke weiterbenutzt werden, indem sie sich vielfach rühmten, durch ihr Engagement die Not der Bevölkerung lindern zu wollen. Durch Hetzkampagnen, Drohungen und Korruptionsbeschuldigungen sollten die politischen Gegner diskreditiert werden. Bei zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage infolge der Weltwirtschaftskrise verschärften die Nationalsozialisten dadurch ihren Posten als „Anwalt der Gemeinden“.¹⁴¹⁶ Ihr erster Antrag in der Sitzung vom 13. Januar 1930 zielte auf eine einmalige Beihilfe für einen Teil fürsorgeberechtigter Personen in Form von Gutscheinen, für deren

¹⁴¹³ HZ, 18.11.1929 (Sonderausgabe); BArch, NS 18/5, Bl. 72. Zu Vater Walter Tiessler (Thießler): „Oberhaupt der Familie Tiessler, in der Vater, Mutter und drei Söhne das Goldene Ehrenzeichen der Partei haben. Familie Tiessler ist die älteste nationalsozialistische Familie in Mitteldeutschland.“

¹⁴¹⁴ Vgl. Matzerath, Kommunale Selbstverwaltung, S. 40f. Zu Schwierigkeiten wäre es gekommen, wenn der Fraktionsvorsitzende nicht gleichzeitig Ortsgruppenleiter gewesen wäre, da ab 1932 Fraktionsleiter zu Kreisleitern geworden sind und von da an über dem Ortsgruppenleiter standen.

¹⁴¹⁵ Vgl. Mutius, Albert von, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Jeserich, Kurt G. A. u.a. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 1060-1062; SAPMO-BArch, NS 22/1051, Die Führung, Januar 1932, S. 3.

¹⁴¹⁶ Vgl. Matzerath, Kommunale Selbstverwaltung, S. 43 und S. 54-58; von Mutius, Kommunalverwaltung, S. 1060ff.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

Gewährleistung sich beispielsweise der Stadtrat bei repräsentativen Veranstaltungen finanziell einschränken sollte.¹⁴¹⁷ Während der Beratung über das Gut Seeben trat der NS-Stadtverordnete Czarnowski als „Mittelstandsvertreter“ für eine Ausschreibung des Gutes ein, wodurch man Bauern eine Existenz ermöglichen könnte. Der daraufhin folgende Streit mit der KPD brachte Czarnowski Ordnungsrufe und schließlich einen Versammlungsausschluss ein.¹⁴¹⁸ In einer Debatte über die Tariferhöhungen vertrat die NS-Fraktion einen Antrag zur Aufhebung einer zuvor beschlossenen Erhöhung der Tarife und forderte ebenso die Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeiten, z.B. die Diäten der Stadtverordneten, zu streichen sowie die Einsparung der Stelle eines besoldeten Stadtrates. Dem städtischen Etat stimmte sie nicht zu, solange die „Erfüllungspolitik“ den Gemeinden und dem Staat „unerschwingliche Lasten“ auferlege.¹⁴¹⁹ Czarnowski lehnte es gar ab, sich vor leeren Bänken mit dem Etat zu beschäftigen, denn die Nationalsozialisten würden ihre Standpunkte „draußen in überfüllten Versammlungen“ vertreten.¹⁴²⁰ Eine derartige Agitation gab ihnen somit die Möglichkeit, die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde gegen den Staat auszuspielen. In einem Kommunalprogramm von 1931 propagierten sie die auch später häufig zitierte „Selbstverwaltung der Gemeinden“ und forderten die „Einschränkung der Verwaltung“ und die „Überführung gemeindlicher Betriebe und Unternehmungen in die Privatwirtschaft, die für die Bevölkerung nicht lebenswichtig sind.“¹⁴²¹ Trotz des nationalsozialistischen Engagements zugunsten der notleidenden Bevölkerung, mit dem sie zumindest in bestimmten Punkten mit der KPD übereinstimmte, versuchte die NSDAP aber auch eine Annäherung an den Bürgerblock in Gegnerschaft zu den Kommunisten zu erreichen. Ein nationalsozialistischer Antrag zur Vertagung aller die Erwerbslosen betreffenden Anträge, bis entsprechende Vorschläge zu deren Finanzierung vorlägen, wurde beispielsweise vom Bürgerblock zusammen mit den Nationalsozialisten angenommen. Auch gab die Versammlung einem Antrag der NSDAP statt, wonach am Volkstrauertag an öffentlichen Gebäuden „im Interesse des Hurratriotismus“ alle Flaggen auf Halbmast stehen sollen, was der Magistrat jedoch ablehnte.¹⁴²²

Bereits in einer der ersten Sitzungen des Jahres 1930 beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit den geplanten Tariferhöhungen der städtischen Werke. Nachdem der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten der letzten Sitzung nicht beachtet worden war, beschwerte sich

¹⁴¹⁷ Vgl. HZ und SZ, 14.1.1930.

¹⁴¹⁸ KK, 8.4.1930. Vgl. SZ, 8.4.1930.

¹⁴¹⁹ Vgl. SZ 4.2. und 1.4.1930; VB, 4.3.1930.

¹⁴²⁰ SZ, 11.3.1930. Vgl. VB, 11.3.1930.

¹⁴²¹ Vgl. StAH, Stadtverordnetenversammlung, Kap. VII, Abt. IV, Nr. 1, Bd. I, 25.1.1932 (Erklärung der Fraktion der NSDAP).

¹⁴²² Vgl. KK, 28. und 29.10.1930 und 4.3.1930.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

der Genosse Kurt Wabbel über die Behandlung der KPD und wurde nach drei Ordnungsrufen von Busse aus dem Saal entfernt, ebenso wie kurz darauf der Genosse Karl Lüttich.¹⁴²³ Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung vom 12. August 1929 zeigt beispielhaft, an wen und wofür die zahlreichen Ordnungsrufe innerhalb der KPD ergangen sind, welche durchaus bezeichnend für zahlreiche Sitzungen waren. Der Genosse Härtel erhielt darin einen Ordnungsruf, weil er die Löhne als „Frechheit“ bezeichnete, Lüttich, weil er die Sitzung als „Quasselbude“ bezeichnet, Spies, weil er keine Ruhe hielt, Frau Lehmann wegen ruhestörender Zwischenrufe, schließlich Lüttich zum zweiten Mal, weil er in Ausführungen zur Sowjetrepublik dem Vorsteher erklärte: „Für Sie wäre es gut, wenn Sie dort einmal hingingen“, und auch Härtel zum zweiten Mal, weil er trotz Erinnerung nicht zur Sache sprach.¹⁴²⁴ Später wurde von kommunistischer Seite Kritik gegenüber Vorsteher Busse laut, welcher nicht gegen Ausschreitungen der NSDAP in der Stadtverordnetenversammlung vorgehen würde und stattdessen Ordnungsrufe an die KPD verteilte und sie der Versammlung verwies.¹⁴²⁵

Nach der für die NSDAP erfolgreichen Reichstagswahl von 1930 forderten sowohl Kommunisten als auch Nationalsozialisten die Auflösung des Stadtparlaments, dessen Zusammensetzung unter Führung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft jetzt nicht mehr mit dem Willen des Wählers übereinstimmen würde. Entsprechende Anträge wurden von der Versammlung abgelehnt, jedoch sollte die sich daraus ergebende Konstellation bei den künftigen Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung eine wichtige Rolle spielen.¹⁴²⁶ Bei der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 1932 lehnte die NS-Fraktion aus den gleichen Gründen ihre Beteiligung an der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers und der Mitglieder des Büros ab. Ihr Antrag auf Auflösung der Versammlung wurde erneut abgelehnt, da die Auflösung eines preußischen Stadtparlamentes nur durch die Regierung erfolgen konnte, es sei denn, die Mitglieder würden ihre Mandate niederlegen, was nach Ansicht der Nationalsozialisten nur durch die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und nicht durch KPD und SPD erfolgen könnte. Daher beteiligten sich die Nationalsozialisten nicht an der alljährlichen Wahl des Vorstandes des Stadtparlamentes, in der Busse erneut als Vorsteher mit den Stimmen der SPD und gegen den KPD-Kandidaten Behnke wiedergewählt wurde.¹⁴²⁷ Einen weiteren erfolglosen Vorstoß in diese Richtung unternahm die NSDAP im Juni 1932 anlässlich der bevorstehenden Wahl

¹⁴²³ Vgl. KK, 4.2.1930.

¹⁴²⁴ StAH, A 2.44 Nr. 3 Bd. 12.

¹⁴²⁵ Vgl. KK, 10. und 17.3.1931; HN, 17.3.1931; KK und SZ, 9.6.1931.

¹⁴²⁶ Vgl. SZ, 23. und 30.9.1930; StAH, Stadtverordnetenversammlung, Kap. VII, Abt. IV, Nr. 1, Bd. I (Dringlichkeitsantrag der NSDAP vom 22.9.1930).

¹⁴²⁷ StAH, Stadtverordnetenversammlung, Kap. VII Abt. IV Nr. 4 Bd. 4, Erklärung der NSDAP am 25.1.1932. Vgl. KK, SZ, VB, 26.1.1932.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

eines neuen Oberbürgermeisters durch eine Versammlung, deren Besetzung nicht dem Volkswillen entsprechen und daher Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Bürgerschaft provozieren würde.¹⁴²⁸ Trotz aller Anstrengungen lag der Schwerpunkt der nationalsozialistischen Arbeit jedoch außerhalb des Stadtparlamentes, war es doch nur eines von mehreren Mitteln zum Erringen der endgültigen Macht, weshalb es meist ausreichte, ohne besonders ausgefeilte oder gar vorhandene kommunalpolitische Konzepte zu agieren und dafür die realen Missstände anzuprangern, denn selbst zum Zeitpunkt der Machtergreifung besaßen die Nationalsozialisten keine weitergehenden kommunalpolitischen Konzepte.

Ursprünglich hatten auch die Kommunisten die kommunalpolitische Arbeit nicht geplant, dagegen war es innerhalb des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik notwendig, sich in diesem Bereich zu engagieren, um sich örtliche Vorteile zu verschaffen, denn ihr lokales Ansehen verdankten die Kommunisten scheinbar auch zu einem ansehnlichen Teil ihrer Arbeit in den Gemeindevertretungen. Die neuen Umstände der Kommunalpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, die neuen Erfordernisse in Fragen der Fürsorge etc., die vor allem auch Belange der Angehörigen der Arbeiterklasse waren, sollten Schwerpunkte der kommunistischen Agitation werden.¹⁴²⁹ Vor Ort sollte die Parteiarbeit der Kommunisten auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung abzielen. Von der KPD initiierte Konfrontationen im Stadtparlament fokussierten auch in den Endjahren der Weimarer Republik häufig die Frage der Situation der Erwerbslosen, indem sie durch Anträge versuchte, mehr Unterstützung für die Betroffenen durchzusetzen. Zur Bekräftigung ihrer Anträge führte die KPD-Fraktion immer wieder Erwerbslose auf den Marktplatz, die vor dem Rathaus für ihre Forderungen demonstrierten.¹⁴³⁰ Trotzdem war evident, was die BL der KPD bereits im Jahresbericht von 1924/1925 feststellte, wonach die kommunalpolitische Arbeit das „größte Schmerzenskind im Bezirk Halle-Merseburg“ sei, was durch „mangelndes Interesse der Genossen“ an der Arbeit in den Parlamenten entstanden war. Auch die vom ZK noch 1930 erfolgte Anregung zur Gründung von aktiven kommunalpolitischen „Kampfausschüssen“ vor Ort fand in Halle keine Resonanz.¹⁴³¹

Die Folgen von Auseinandersetzungen im Stadtparlament waren nach dem Einzug der NSDAP wie schon in früheren Jahren Ausschlüsse von Fraktionsmitgliedern, denen von der bürgerlichen Presse vorgeworfen wurde, ebenso wie NSDAP und SPD, die Lage der Arbeitslosen nur

¹⁴²⁸ Vgl. StAH, Stadtverordnetenversammlung Kap. VII Abt. IV Nr. 4 Bd. II (Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP am 27. Juni 1932).

¹⁴²⁹ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 327ff.

¹⁴³⁰ Vgl. HN, 16.12.1930.

¹⁴³¹ SAPMO-BArch, RY 1/13/1, Bl. 32 (Jahresbericht der KPD Bezirk Halle-Merseburg 1924/1925). Vgl. Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, S. 197.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

zu Agitationszwecken auszunutzen.¹⁴³² Selbst die Vertreter der KPD im hallischen Stadtparlament waren zum großen Teil Arbeiter und konnten die Bedürfnisse ihrer eigenen Anhänger gut nachvollziehen. So verfasste die Fraktion der KPD am 17. März 1930 eine Protestresolution wegen der „Terrorisierung grosser Teile der hallischen Bevölkerung in der ersten Märzwoche“ im Hinblick auf das gewalttätige Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen von Arbeitern gegen den Young-Plan und gegen die Arbeitslosigkeit.¹⁴³³ Am 11. März hatte das Sekretariat der KPD den Parteiausschluss von Kurt Taatz, Stadtverordneter und Betriebsratsvorsitzender im Gaswerk, beschlossen. Er hätte im Zuge der Angelegenheiten der Wehag nicht die Forderungen der Opposition vertreten und war dafür als „Belohnung“ mit den Stimmen der SPD in den Aufsichtsrat der Wehag gewählt worden. Taatz selbst gab an, dass er schon lange überlegt hätte, aus der KPD auszutreten.¹⁴³⁴ Während der Verhandlungen um den städtischen Etat feierte Oberbürgermeister Rive 1931 sein 25-jähriges Jubiläum als Oberhaupt der Stadt. Anlässlich der Situation der hallischen Bevölkerung und im Gegensatz zu den „salbungsvollen“ Artikeln aus den Reihen des Bürgertums, schlugen die Kommunisten ganz im Sinne ihres im Stadtparlament gewohnten Auftretens vor, Rive ein Konzert von „knurrenden Mägen vorspielen zu lassen“, dazu „das Geschrei der Kinder, die, in kleine Wohnräume zusammengepfercht, leben“. Der aktuelle Etat war von SPD, KPD und den drei bürgerlichen Abgeordneten Freyberg, Herold und Schmidt mit 27 zu 25 Stimmen abgelehnt worden. Kritisiert wurde dabei besonders die Vergabe der Zuschüsse für die städtischen Vereine, da ein Großteil der bedachten Vereine wohl wenig mit der Arbeit der Werkstätigen zu tun hatte.¹⁴³⁵ Nach Bekanntgabe des Entwurfs zum städtischen Etat von 1931 hatte das Berliner Tageblatt einst von „Halle ohne Sorgen“ geschrieben. Dass diese Zeiten endgültig vorbei waren, war daher nicht erst Ende 1932 allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung klar. Zur Verhandlung des Etats am 28. November 1932 drängte die KPD-Fraktion auf unentgeltliche Abgaben an notleidende Bürger und kritisierte den Etat, dessen Auswirkungen zu Lasten der Bürger gehen würden. Die „Vertreter des morschen, verfaulenden kapitalistischen Systems, die allen Forderungen der Kommunisten [...]

¹⁴³² Vgl. SZ, 27.9.1930.

¹⁴³³ StAH, Stadtverordnetenversammlung, Kap. VII, Abt. IV, Nr. 4, Bd. 4. „Das Republikschutzgesetz Severings ist ein weiterer Schritt zur Knebelung der Massen und zur faschistischen Diktatur“. Zur beruflichen Zusammensetzung der kommunistischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in den letzten Jahren der Weimarer Republik vgl. Leidigkeit/Hermann, Auf leninistischem Kurs, S. 325.

¹⁴³⁴ KK, 13.3.1930 und 18.3.1930.

¹⁴³⁵ Ebd., 2.4.1931: „Rive war stets der Mann der Reaktion und wird es bleiben. Seine Kenntnisse in sachlichen kommunalen Verwaltungsfragen, die ihn über den Troß einer verkalkten kommunalen Bürokratie erheben, wußte er vortrefflich mit jener Politik zu verbinden, die er in Halle brutal zur Ausführung brachte. Es war die Politik der nacktesten Interessenvertretung der herrschenden Klasse, der schonungslosesten Anwendung der Polizeigewalt gegen die damals auch in Halle mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung, die Politik der rigorosesten Durchführung des die werktätigen Schichten niederdrückenden reaktionären Bürokratismus“; Mitteldeutsches Echo, 3.4.1931.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

nichts anderes entgegenzusetzen hatten, „Es ist kein Geld dafür vorhanden!“ gingen aber nicht auf die Forderungen der KPD-Fraktion ein. Zur Abstimmung über den Jahresetat forderten sie die Anwesenheit der in der Strafanstalt am Kirchtor inhaftierten Abgeordneten Wabbel und Krasemann, zu deren Unterstützung sich auf dem Marktplatz zahlreiche KPD-Anhänger eingefunden hatten. Obwohl die Stadtverordnetenversammlung der Beurlaubung der beiden Abgeordneten zugestimmt hatte, sprach sich die Staatsanwaltschaft dagegen aus, so dass die Abstimmung ohne Wabbel und Krasemann stattfand, bei der die Stadtverordnetenversammlung den Etat annahm.¹⁴³⁶

Am 12. September 1932 wählte die Stadtverordnetenversammlung Bürgermeister Bernhard Velthuysen zum Nachfolger von Richard Robert Rive als Oberbürgermeister, dessen Amtszeit am 31.3.1933 zu Ende gehen sollte, und bestimmte Stadtkämmerer Dr. May zu seinem Stellvertreter.¹⁴³⁷ Zwei Jahre zuvor war Velthuysen vom Stadtparlament, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, als Bürgermeister gewählt worden, dem wiederum Dr. Friedrich Dryander als Stadtrat nachfolgte.¹⁴³⁸ KPD und SPD hatten 1932 mit Behnke und Klemm jeweils eigene Kandidaten aufgestellt. Mit 27 Stimmen bestimmten die Abgeordneten den zweiten Bürgermeister Bernhard Velthuysen zu dessen Nachfolger, während der kommunistische Kandidat Erich Behnke 15 Stimmen auf sich vereinte.¹⁴³⁹ Zur Jahreswende 1932/1933 stellte die „Saale-Zeitung“ in einem Artikel resümierend fest, dass durch die starke Arbeitslosigkeit die Ausgaben für die Fürsorge den Etat stark belastet hätten und daher eine erhoffte Tarifsenkung wegen der Aufrechterhaltung der Fürsorgeleistungen nicht erfolgen konnte.¹⁴⁴⁰

In der mehrfach in der hallischen Stadtversammlung thematisierten Frage der städtischen Fürsorge warf das nationale Lager den Kommunisten vor, durch andauernde Hetze Vorkommnisse wie den Streik im Obdachlosenasyll entfacht zu haben. Durch Aktionen dieser Art würde die Arbeiterschaft beständig aufgeputscht werden und dadurch eine zusätzliche „Kampfstimmung und Verbitterung“ geschaffen werden.¹⁴⁴¹ Entsprechend finanziell belastet ging die Kommune

¹⁴³⁶ KK, 10.3.1931. Vgl. ebd., 29.11.1931; SZ, 29.11.1932.

¹⁴³⁷ Zu Paul May vgl. Hansen, Eckhard, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches, Augsburg 1991: geb. 27.12.1887 in Balgstädt/ Unstrut, Jurastudium, ab 1911 wiss. Assistent der Industrie- und Handelskammer in Magdeburg, dann Keil, Zerbst, ab 4.4.1921 besoldeter Stadtrat in Halle, 1930 Stadtkämmerei, gest. 20.1.1974 in Hagen.

¹⁴³⁸ KK, 4.3. und 18.3.1930. Vgl. SZ, 4.3.1930 und zu Bernhard Velthuysen 5.3.1930: nach Krieg Ende 1918 in Magistrat der Stadt Halle als Stadtrat vom alten Stadtparlament gewählt, ab 1919 Stadtsyndikus, 1930 2. Bürgermeister, unterzog Verwaltung einer systematischen Vereinfachung, Tätigkeit im Aufbau und Ausbau des Fürsorgewesens.

¹⁴³⁹ Vgl. KK, 13.9.1930 und SZ, 13.9.1930. Zum 2. Bürgermeister wurde mit 29 Stimmen der Stadtkämmerer Dr. Paul May gewählt.

¹⁴⁴⁰ Vgl. SZ, 31.12.1932.

¹⁴⁴¹ SZ, 17.12.1929.

III. Radikalisierung der politischen Lager und Kampf um die Einnahme des öffentlichen Raums

ins Jahr 1933. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde Anfang 1933 ein rein bürgerlicher Stadtverordnetenvorstand gewählt, da die SPD bei der Abstimmung weiße Zettel abgab, da sie nach eigenen Angaben nicht für einen Koalitionspartner Hitlers stimmen wolle. Währenddessen kam es auch zur Belustigung der Bürgerlichen zur Auseinandersetzung beider Linksparteien über die Frage, wer denn dem Faschismus den Weg bereitet hätte. Die Nationalsozialisten verteilten am Morgen der großen Demonstration mit Fackelzug, die am Abend stattfand, Handzettel, um Adolf Hitler als neuen Reichskanzler zu ehren.¹⁴⁴²

¹⁴⁴² KK, VB und SZ, 31.1.1933.

IV. Schluss

„Das Bild ist schmerzlich, aber lebensgetreu; wir befinden uns in einer immer weiter fortschreitenden Zersetzung der politischen Willensbildung und in einer Periode des auf Katastrophenpolitik abgestellten Rechtsradikalismus. Der Radikalismus auf der Linken hat seinen Höhepunkt überschritten – die großen Erfolge der Kommunisten in Berlin sind eine örtlich bedingte Einzelercheinung –, der Radikalismus auf der Rechten hat seinen konjunkturellen Höhepunkt erreicht.“¹⁴⁴³

IV. Schluss

Ziel der Arbeit war, die politische Situation in Halle von Anfang an als Gegenüber zweier politischer Lager zu beschreiben, und deren Aufbau und Auftreten im Kontext der lokalen Parteienstrukturen anhand thematischer Schwerpunktbereiche zu analysieren. Ein detaillierter Zugang zu beiden politischen Lagern sollte sowohl die Beziehungen innerhalb der Lager als auch zwischen den Lagern aufzeigen.

Anhand des von Karl Rohe verwendeten Konzeptes des politischen Lagers sollte ein theoretischer Rahmen geschaffen werden, um sowohl die Traditionsbestände der Zeit vor 1918 als auch die tiefgreifende Veränderungsdynamik der Jahre nach 1918 analytisch aufeinander zu beziehen und in den gemeinsamen Kategorien des linken und nationalen Lagers zu fassen. Wenn, wie im vorliegenden Falle gerade die Konfrontation zwischen rechts und links als bestimmender Faktor für die Weimarer Zeit ausgemacht wird, ist Rohes Lagertheorie für eine Analyse der gegenseitigen Frontstellung besonders geeignet. Nicht zuletzt entsprach das Denken in politischen Lagern auch der Betrachtungsweise der Zeitgenossen und spiegelte deren Vorstellungen wider. So waren die nach dem 1. Weltkrieg weitergeführten Sammlungsbewegungen der Bürgerlichen in der zeitgenössischen Wahrnehmung immer zugleich anti-sozialistisch.

Wie die bisherigen Betrachtungen gezeigt haben, lässt sich für die Situation in Halle von einer konfrontativen Stellung zweier Lager ausgehen: dem sozialistischen, linken Lager mit KPD, SPD und USPD und dem bürgerlich-nationalen Lager mit DNVP, DVP und DDP, eingenommen durch die NSDAP. Die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1920 läuteten die hohen Verluste der DDP als Partei der sogenannten „Weimarer Koalition“ ein, die von der Wahl zur Nationalversammlung 1919 mit 28,3% auf 11,9% absank und bis zur Reichstagswahl 1928 weiter auf 5,6% zurückfiel. Auch die SPD als Partner in der „Weimarer Koalition“ erlitt vor Ort Verluste an Wählerstimmen von 15,9% auf 9,5% im selben Zeitraum und konnte sich erst zum

¹⁴⁴³ PW, 25.11.1929.

IV. Schluss

Ende der Weimarer Republik wieder an die Ausgangswerte annähern. Die politische Mitte, von deren Existenz bis 1920 durchaus noch zu sprechen war, hatte sich mit der Juniwahl von 1920 in Halle aufgelöst. Die USPD links von den Mehrheitssozialisten war mit 41,8% die mit Abstand stärkste örtliche Partei, während rechts von den Liberalen die DVP und die Deutschnationalen ihre Stimmenanteile entscheidend vermehren konnten und eine rechtsgerichtete politische Strömung begründeten, welche die scharfe Polarisierung nach rechts einleitete.

Spätestens nach den herben Wahlverlusten der DDP 1920 lässt sich kein mögliches drittes „liberales oder demokratisches Lager“ aus SPD, DDP und Zentrum konstatieren, denn in einer derart polarisierten politischen Landschaft konnte sie nicht die Funktion eines Brückenbauers erfüllen. Ein gemeinsames Lager oder ein Zusammenschluss der die Weimarer Republik stützenden Parteien ist nicht nachhaltig nachweisbar. Das zeigt sich nicht nur im Eintreten der DDP in einer bürgerlichen Einheitsliste gegen links im Stadtparlament, was gerade von Seiten der SPD mit großer Kritik begleitet wurde. Die Demokraten fühlten sich von den Sozialdemokraten scharf attackiert und riefen ihre Anhängerschaft zur gemeinsamen Abwehr auf. Vor allem im Stadtparlament sahen die Demokraten die Gelegenheit, in einem „Bürgerblock“ Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam gegenüberzutreten, deren Arbeitsweise und Auftreten sie nicht als am Gemeinwohl orientiert ansahen. Die Kritik auch aus den eigenen Reihen an einem Zusammengehen in einer gemeinsamen Liste konterten sie vor allem mit dem als schädlich empfundenen Verhalten beider sozialistischen Parteien. Die Unterstützung der SPD durch Stimmenabgabe zugunsten der Wiederwahl von Oberbürgermeister Rive 1929 und die Übernahme eines Postens durch den Sozialdemokraten Schaumburg im Aufsichtsrat der Wehag wurden gleichermaßen von Demokraten und Kommunisten scharf kritisiert.¹⁴⁴⁴ Zudem kam es in Halle in dem von beiden Parteien unterstützten Reichsbanner zu Auseinandersetzungen wegen des Parteieinflusses der SPD, weshalb sich die Demokraten 1930 beim Bundesvorstand des Reichsbanners beschwerten. Auf lokaler Ebene war daher trotz verhältnismäßig konstanter Wahlergebnisse der SPD, aber sinkender Wahlergebnisse der DDP keine weitere Möglichkeit gegeben, zu einer effektiveren Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien zu kommen, zumal die Verhaftung im Lagerdenken die demokratischen Gemeinsamkeiten überwog.

Ein politischer Neubeginn der Liberalen scheiterte letztlich an der Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft in den frühen Jahren der Weimarer Republik. Gescheitert war der Versuch an die liberalen Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen eine neue Verbindung zwischen der zur Weimarer Demokratie herzustellen. Die gewalttätigen Konflikte bis hin zum Kapp-Putsch

¹⁴⁴⁴ Vgl. PW, 10.11.1929; KK, 26. und 28.6.1929.

IV. Schluss

trugen ihren Anteil am Zerfall der DDP, deren Stellung als demokratische, nicht sozialistische Partei nur noch wenige Unterstützer aufweisen konnte. Vielmehr konnte sich die DVP mit einem klaren antisozialistischen Auftreten unter der bürgerlichen Wählerschaft von 1920 profilieren. Die starke Frontstellung zwischen nationalem und sozialistischem Lager der Vorkriegszeit hatte sich fortgesetzt und die republikanischen Bestrebungen der Demokraten wurden von einer starken antisozialistischen Bewegung abgelöst. Radikalisierte Arbeiter und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der frühen Jahre stärkten nationale Sammlungsbewegungen, welche sich mobilisierten und schließlich radikalisierten. Das Jahr 1920 ist daher als wichtige Zäsur im Kontext der Lagerkonstitution zu begreifen, da ausgehend von der örtlichen Situation das Scheitern der DDP zur weiteren Verfestigung der Lagerstrukturen führt. Je mehr sich die DDP in die Position zwischen die rechten bürgerlichen Parteien und die Arbeiterparteien begab, desto mehr verhärteten sich die Fronten. Bürgerliche Anhänger bevorzugten eine klare antisozialistische Haltung nachdem Unruhen und Konflikte bestehende Ressentiments und Haltungen erneut geschärft hatten.

Die liberale Teilhabe im städtischen Bürgerblock erschwerte weiterhin eine Ausgleichsfunktion zumal die DDP parallel fest im bürgerlichen Vereinsmilieu verankert war und man dementsprechend eher von einer Entliberalisierung zugunsten des örtlichen Lagerdenkens im Kontext einer nachweislich geringeren politischen Bindewirkung sprechen kann.

Das bereits in der Arbeit ausführlicher besprochene „Dilemma“ der Sozialdemokraten zur Weimarer Zeit wird daher auch im konkreten lokalen Fall deutlich. Die SPD stand sozusagen zwischen Verteidigung der republikanischen Idee auf der einen Seite und auf der anderen Seite für die proletarischen Idee, was es besonders vor Ort so schwierig machte, überparteiliche Verbindungen einzugehen.¹⁴⁴⁵

Keinesfalls überraschend ist, dass die offizielle Parteilinie der KPD gegenüber der SPD in offener Ablehnung bestand, wie es auch für Halle deutlich wurde. Inwiefern rechtfertigt sich demnach angesichts der feindseligen Neigung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten jedoch eine gemeinsame Betrachtung von SPD und KPD in einem gemeinsamen sozialistischen Lager? Tatsache ist natürlich, dass das sozialistische Lager in Halle keinesfalls monolithisch war, jedoch bietet sich ein KPD und SPD umfassendes sozialistisches Lager für den Halle-spezifischen Konflikt an, denn einerseits ermöglicht es der Begriff des Lagers gerade, politische Heterogenitäten zusammenzufassen und andererseits war das sozialistische Lager zwar in vielen Hinsichten gespalten, aber die gemeinsame Frontstellung gegen das nationale

¹⁴⁴⁵ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 261-283.

IV. Schluss

Lager/die NSDAP lässt es dennoch zu, hier von einem sozialistischen Lager zu sprechen, der Problematik des Begriffes bewusst. Auch wenn die SPD vor Ort im Gegensatz zu den Liberalen keine verschwindend geringen Wahlergebnisse erreichte, war ihre Position verglichen mit der KPD die unterlegene.

Es war die Form der Abgrenzung gegen rechts von SPD und KPD, welche für Halle außerordentlich evident hervortrat und die Anwendbarkeit des Terminus des politischen Lagers durchaus rechtfertigt. Abgesehen von der offiziellen Parteilinie war der KPD die SPD im Denken und Handeln weiterhin am nächsten und das angestrebte Ziel war es, Sozialdemokraten für sich zu gewinnen, da man prinzipiell um dasselbe Wählerklientel konkurrierte. Das bedeutete auch, dass sogenanntes blockinternes Wählen in der Weimarer Republik häufiger als eine blockübergreifende Stimmabgabe stattfand, beim sozialistischen (und katholischen) Lager war die blockinterne Stimmabgabe ca. dreimal höher als blockübergreifendes Wahlverhalten, wobei sich die Wählerschaft beider Parteien in Halle als relativ stabil ansehen lässt, es aber natürlich trotzdem immer wieder Wechselwähler geben konnte.¹⁴⁴⁶

Bis zur Vereinigung der USDP mit der KPD im Dezember 1920 war es zu entscheidenden Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im linken Spektrum gekommen. Vor allem in ehemaligen Hochburgen der USPD von 1920 gelang es der KPD, stärker als der SPD überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse zu erzielen.¹⁴⁴⁷ Die USPD galt als Partei der Großstädte und protestantischer Zentren und war 1920 dort überdurchschnittlich stark, wo sie bereits 1912 hohe Stimmenanteile erreicht hatte. Eine Hinwendung zum Kommunismus vollzog sich vorwiegend im „links-sozialdemokratischen“ Spektrum und ging mit einer „Verschiebung der Pole und Präferenzen“ einher. Besonders in der Region Halle-Merseburg, aber auch in Sachsen oder Berlin ließ sich ein solch dominanter Radikalisierungsprozess beobachten.¹⁴⁴⁸

Auf der einen Seite war die SPD durch die KPD während der Weimarer Zeit erheblichen Anfeindungen ausgesetzt, auf der anderen Seite entsprach dem Gegenüber zweier Lager nicht zuletzt auch die Wahrnehmung der Zeitgenossen, da beide von außen immer wieder als ein gemeinsames Lager wahrgenommen und zusammen angegriffen wurden. Weitere Gemeinsamkeiten liegen auf der Hand wie die Herkunft und Verankerung im Arbeitermilieu, der Vertretungsanspruch für die Arbeiterinteressen, gemeinsame ideologische Wurzeln, eine sozialstrukturell große Schnittmenge im Wählerklientel, Berührungspunkte in Gewerkschaften und Vereinen sowie gemeinsame öffentliche Auftritte und gemeinsame Anträge im Stadtparlament. In

¹⁴⁴⁶ Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 116.

¹⁴⁴⁷ Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen und Abstimmungen, S. 140.

¹⁴⁴⁸ Vgl. Mallmann, Kommunisten, S. 26.

IV. Schluss

hallischen Betrieben und Wohngebieten gab es Zusammenschlüsse ebenso wie Koalitionen bei Betriebsratswahlen. Fest steht, dass es zwischen KPD und SPD zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen ist, jedoch lässt sich ein Unterschied zwischen einem Konkurrenzkampf im selben Lager und einem durch gegensätzliche Ideologien fundiertem Beseitigungskampf ausmachen, wie er für die Gegenüberstellung von nationalem und sozialistischem Lager charakteristisch war. Dem entspricht, dass es vor Ort auch keine gewaltsamen Angriffe untereinander gab. Neben der gemeinsamen Wählerbasis bestand auch eine gemeinsame gesellschaftliche und kulturelle Basis auf Vereins- und Verbandsebene. SPD und KPD-Mitglieder traten in örtlichen Arbeiterfachverbänden sowie Gewerkschaften und im gemeinsamen Arbeitersportkartell auf. In ersteren agierten beide durchaus gemeinsam, während beim von Kommunisten dominierten Arbeitersport wegen der offensiven KPD-Propaganda 1928 die Spaltung erfolgte.

Dass die Untersuchung der Vereinigungen mit einem im Verhältnis zum sozialistischen Lager ausführlichen Teil zu Vereinigungen des nationalen Lagers so asymmetrisch ausfällt, resultiert schlicht aus der schlechten Quellenlage der KPD und SPD hinsichtlich Mitgliederlisten und Angaben zur Parteizugehörigkeit. Auch fehlende Mitgliederlisten der Parteien ermöglichen erst einmal nur schwache Aussagen, die sich mit der Menge an Vereinsvorständen der Stichjahre 1920, 1924 und 1932 in Beziehung setzen lassen.

Die Konfliktlinien verliefen nicht nur zwischen KPD eine und SPD, sondern auch jeweils parteiintern. Das Dilemma der halleschen SPD war: sie war sozusagen „heimatlose“ SPD, große Teile des sozialistischen Lagers waren durch die Kommunisten besetzt. Ein SPD-interner Flügelkampf wurde im so genannten „Hallenser Parteikonflikt“ 1923 öffentlich, als durch die zentrale Einflussnahme des Berliner Parteivorstandes ein kurzes „linkes Interregnum“ in Halle wieder rückgängig gemacht wurde, obwohl der Bezirksvorstand der SPD dem linken Flügel angehörte und von einem Drittel der Mitglieder gestützt wurde. Als zugleich Stahlhelmaufmärsche zu Unruhe in der Arbeiterschaft führten, wurde auch in hallischen SPD-Kreisen ein Bündnis mit den Kommunisten begrüßt. Trotz einer sehr begrenzten Quellenlage lassen einzelne Punkte die Vermutung zu, dass Teile der hallischen SPD eine Zusammenarbeit mit der KPD andachten, wie sie auch bei den Jugendverbänden beider Parteien bestand.

In dem Dilemma interner Flügelkämpfe befand sich auch die KPD. Nach der Oktoberniederlage 1923 vertraten der Ortsverband und die Bezirksleitung unter Otto Kilian einen Linkskurs, der auch das Stadtparlament temporär blockierte. Eine neue Parteilinie richtete sich ab 1925 gegen „Linke“ und andere Abweichler und führte zu Parteiausschlüssen. Zwei für das „Mitteldeutsche Echo“ schreibende KPD-Redakteure traten nach Konflikten 1926 zur SPD über. Weitere

IV. Schluss

Austritte sich lassen als Ablehnung des Kurses deuten. Kilian blieb Kopf der hallischen linken Opposition, ab 1928 im Leninbund. Offiziell propagierte die KPD die „Einheitsfront von unten“, um SPD-Anhänger zu gewinnen, ging aber ab 1928 auf scharfen Konkurrenzkurs. Deutlich wurde der lagerinterne Konflikt auch anlässlich des von DNVP und NSDAP initiierten Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtages, an dem sich nach Kominternanweisung unvermittelt auch die KPD beteiligte.

Es bestanden zwar auch Differenzen zwischen Komintern und deutscher KPD bezüglich der zu Ende der 20er Jahre verstärkt propagierten Sozialfaschismusthese, die sich jedoch nicht zu einem größeren Konflikt entwickelten. Trotz Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung und der gewalttätigen Auseinandersetzung mit ihr wurde von deutscher kommunistischer Seite die Gefahr durch die Nationalsozialisten abschnittsweise unterschätzt.¹⁴⁴⁹ Maßnahmen wie die „Antifaschistische Aktion“ von 1932 waren von Moskau vorgegeben und zielten auch weiterhin gegen die SPD. Die Idee der „Einheitsfront“ bedeutete aus kommunistischer Sicht immer auch eine Unterordnung der SPD unter die Kommunisten. Bei gemeinsamen Aktionen von SPD/USPD und KPD nach der Ermordung Erzbergers sowie Rathenaus oder beim Volkentscheid gegen die Fürstenenteignung war gerade auch die SPD immer auch darauf bedacht war, keine allzu große Nähe zu den Kommunisten aufkommen zu lassen.

Die Berichte der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg lassen auch spätestens ab 1928 erkennen, dass von Seiten der SPD offensichtlich organisatorisch große Anstrengungen zur Stärkung der eigenen Partei unternommen wurden und die KPD gab zu, die SPD seit einiger Zeit unterschätzt zu haben. Von der Berliner KPD gab es beispielsweise 1928 auch Kritik am hallischen „Klassenkampf“ wegen zu ungenügender Berichterstattung gegen den Bürgerblock und vor allem gegen die SPD.¹⁴⁵⁰ Zum Ende der Weimarer Republik erfolgte gar ein leichter Anstieg der Mitgliederzahlen der SPD auf ca. 16.000 Mitglieder im Bezirk und einem stärkeren Einfluss in den Gewerkschaften, während die KPD im Bezirk mit 12.500 bis 13.000 Mitgliedern aufwarten konnte. Ausschlaggebend dafür war sicherlich auch die finanzielle Situation der Anhängerschaft, zumal kein Zusammenhang mit einem Stimmenrückgang der Wählerschaft festgestellt werden konnte. Der örtlichen KPD – auch durch die jahrelangen Flügelkämpfe innerhalb der Partei getroffen – fehlte es wohl an Vertrauen gegenüber ihrer Bezirksführung, während diese

¹⁴⁴⁹ Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 363f.: Ebenso wie Mallmanns Studie zum Innenleben der Kommunisten geht es auch bei Hoppe um die Frage, wie monolithisch und von Moskau aus gesteuert die KPD war. Vgl. ebd., S. 365: „Die Spitzenfunktionäre der KPD waren zwar keine ‚Marionetten Moskaus‘, doch hatten sie sich durch vielfältige Bindungen an die Komintern und vor allem an Stalin persönlich freiwillig in eine starke Abhängigkeit begeben.“

¹⁴⁵⁰ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/11/55, Bl. 236.

IV. Schluss

der hallischen Ortsgruppe Passivität vorwarf. Im Unterbezirk Halle sah sich 1932 die KPD in einem Zweifrontenkampf gegenüber dem politischen Feind und eigenen Abweichlern ausgesetzt. Die Berichte der KPD-Bezirksleitung zeichnen einen vorwiegend desolaten Zustand der Stadtbezirksorganisation bis 1933. Anhaltende Kritik wurde vorwiegend an der schlechten Organisation geübt, der erfolglosen kommunalpolitischen Arbeit, ungenügender Agitation in den Betrieben sowie mangelnder Aktivitäten zu rückläufigen Mitgliederzahlen gerade in Halle. Das zeigte, wie wenig die örtliche Parteiwirklichkeit den Maximen von oben entsprach und die durchaus erfolgreiche Mobilisierung von KPD-Wählern keine Entsprechung in einer effektiven Parteiarbeit fand.

Um die Sozialstruktur der beiden gegensätzlichen politischen Lager zu analysieren, wurde in der Arbeit zunächst das Wahlverhalten in zwei Wahlbezirken erfasst, die jeweils Hochburgen der beiden Lager darstellten und untersucht, welche sozialen Gruppen die jeweiligen politischen Lager mobilisieren konnten. Die Analyse des „kommunistischen“ bzw. des „bürgerlichen“ Wahlbezirkes, d.h. zweier Wahlkreise, die zur Reichstagswahl am 31. 7. 1932 einen hohen KPD- bzw. NSDAP-Anteil aufwiesen, konnte aufzeigen, dass es jeweils zu keinen entscheidenden Veränderungen der Sozialstruktur der Wählerschaft gekommen war, so dass bei Veränderungen der Wahlergebnisse zugunsten der NSDAP kein gleichzeitiger Wechsel der Wählerschaft auszumachen war. Diese für den Untersuchungszeitraum relativ unveränderte Sozialstruktur der beiden Wahlbezirke ließ Einflüsse auf die potentielle Wählerschaft vermuten, die zum Einen zwar bestimmten örtlichen Traditionen unterlegen, zum anderen aber den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umwälzungen der Weimarer Jahre geschuldet waren.

Erstmalig wurde in der vorliegenden Arbeit auf lokaler Ebene für Halle Datenmaterial ausgewertet, welches in einer Datenbank gesammelt und anhand von Stichjahren als auch mittels umfangreich ausgewerteter Presseerzeugnisse und Akten ein großes Sample an Daten zu Personen erhält, die sowohl politisch aktiv als auch Mitglieder in Vereinen der Stadt waren. Zusammen mit Stichproben zweier ausgewählter Wahlkreise konnte empirisch auf kleinster lokaler Ebene eine Auswertung stattfinden.

Die starre Frontstellung beider Lager in Halle zeigt an, dass es gerade im „bürgerlich-nationalen Lager“ zu parteiübergreifenden Verbindungen innerhalb der Lager gekommen war, welche die lagerinternen Auseinandersetzungen auf Parteiebene überwogen haben. Soweit es das Quellenmaterial erlaubte, ließ sich beispielsweise für den Hallischen Bürgerverein oder die Johannisloge ein gemeinsames Auftreten der Mitglieder der bürgerlichen Parteien DNVP, DVP und DDP nachweisen. Außerdem traten vielfach Überschneidungen zwischen politischen

IV. Schluss

Führungssämtern in Parteien bzw. im Stadtparlament mit Vorstandsposten in städtischen Vereinen auf, die sich bei einzelnen Personen so stark häuften, dass ein entsprechender Einfluss der jeweiligen politischen Ausrichtung nicht von der Hand zu weisen ist. Signifikant ist die im Prinzip fast vollständige Trennung zwischen Vereinen der Bürgerlichen und Vereinen des sozialistischen Lagers im Spektrum der hallischen Vereinslandschaft, bei Letzterem kommt noch die Trennung in verschiedene Arbeitervereine von Sozialdemokraten und Kommunisten hinzu. Das allein macht schon deutlich, dass sich die Frontstellung beider Lager nicht nur auf der Parteiebene, sondern eben auch auf der Ebene der Organisationsstrukturen von Vereinen und Verbänden ausdrücken kann. Vereine waren gut vernetzte Orte der Kommunikation, an denen man sich begegnete, dasselbe Wohnviertel oder die gleiche Arbeitsstelle konnten das Netzwerk darüber hinaus verstärken. Durch Mitgliedschaften in den bürgerlichen Vereinen der Stadt, in Wehrverbänden, einer so großen Bewegung wie der bürgerlichen Sportbewegung und auf kommunalpolitischer Ebene konnte eine politisch motivierte Mobilisierung stattfinden, deren Hauptanliegen es war, der starken hallischen Arbeiterbewegung entgegenzutreten. Eine Mobilisierung der Personen durch ein verstärktes, gemeinsames Auftreten und ein gemeinsames Engagement verstärkte die Konfrontation zur Gegenseite und war durch lokal vernetzte Vereinsstrukturen möglich geworden, in der auch einzelne Personen in ihren Funktionen mehrere Vereinstypen verbinden konnten.

Voraussetzung dieser parteiübergreifenden Mobilisierung war das Teilen gemeinsamer Einstellungen, Weltbilder, Ideologien und Deutungsmuster in diesem miteinander vernetzten lokalen Vereins- und Verbandssystem. Anknüpfungspunkte dazu bot eine sich ins Militante steigende Form des Nationalismus im nationalen Lager, welcher der NSDAP eine erfolgreiche Integration ermöglichte. Rechte Verbände, in Halle vor allem vom Wehrwolf und Stahlhelm repräsentiert, hatten sich bereits gegenüber der traditionellen Rechten radikalisiert. Die schon angesprochene „Militarisierung“ bedeutete neben der Weiterführung der Kriegerverbände und Vereine das Entstehen neuer Formen von Organisationen.¹⁴⁵¹ Der Erste Weltkrieg markierte hinsichtlich des öffentlichen Auftretens dieser Verbände eine Zäsur, deren neuer Stil in Form von Massenaufmärschen zum „Deutschen Tage“ 1924 in Halle einen ersten Höhepunkt erreichte, an dem auch Nationalsozialisten präsent waren. Die NSDAP profitierte schließlich vom Unvermögen der verschiedenen Parteien, eine gemeinsame Handlungsalternative zu entwickeln, zumal Parteiidentitäten im nationalen Lager viel geringer als im linken Lager ausgeprägt waren. Den alten Eliten wurden durch die Nationalsozialisten ihre Massenbasis entzogen. Die Dominanz der

¹⁴⁵¹ Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 174-180.

IV. Schluss

bürgerlichen Parteien auf lokaler Ebene im Bürgerblock ging zwar mit zunehmender parteipolitischer Desintegration einher, jedoch keinem Verfall oder Unterwanderung des Vereinswesens, in welchem die bürgerlichen Parteien gut vernetzt und verwurzelt waren. Andererseits hielten Ideen und Ideologien das nationale Lager zusammen, wenn auch in der Alltagswelt der Kreise Unterschiede bestanden. Die Ablehnung des Versailler Vertrages, die sog. „Kriegsschuldfrage“ und der Revisionsgedanke, das gemeinsame Feindbild der sozialistischen Arbeiterbewegung führten in weiten Kreisen zur fundamentalen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie sowie der Sehnsucht nach einer autoritären politischen Ordnung, verstärkt durch das jüdische Feindbild der extremen Rechten.

Im Rahmen des Volksbegehrens gegen den Young-Plan war die NSDAP als Partner an der Seite von DNVP und Stahlhelm aufgetreten und konnte dank der dort entfalteten Propaganda einen beachtlichen Bedeutungszuwachs erlangen, der sich in einem Stimmenzuwachs bei der örtlichen Stadtverordnetenwahl am 17.11.1929 niederschlug. Damit war ihnen die entscheidende Wende hin zu einer ernstzunehmenden Partei im Kontext des bürgerlich-nationalen Spektrum gelungen.

Bis 1932 war den Nationalsozialisten zunächst kein konstantes publizistisches Auftreten zur Massenmobilisierung gegeben, weshalb seit Mitte der 20er Jahre mehr Gewicht auf eine öffentliche Präsenz mittels Veranstaltungen und Aufmärsche gelegt wurde. Die „Saale-Zeitung“ als Hauptorgan der bürgerlichen Presse stand der NSDAP ab 1930 prinzipiell positiv gegenüber. Gleichzeitig existierten bereits Unterorganisationen und eine sehr aktive Hochschulgruppe. Starken Einfluss besaß ab Ende der 20er Jahre die SA, da sie kein Wehr- bzw. Veteranenverband war, sondern als aktionistische Kampftruppe unter stärkerer Gewaltanwendung agierte. Ihre Aktionen gegenüber dem traditionellen politischen Gegner vor Ort waren weitaus aggressiver und ihre Integrationsangebote ließen eine Hinwendung der Wähler im nationalen Lager zur NSDAP nicht unbedingt als Bruch erscheinen. Das Gewohnte wurde letztlich nur schärfer ausgedrückt.

Dass die NSDAP in Halle und im Gau Halle-Merseburg nachweisbar ebenso Organisationschwierigkeiten besaß wie die KPD, fiel bei den Wahlerfolgen und Massenversammlungen vor Ort nicht weiter ins Gewicht, so dass eine umfangreiche propagandistische Mobilisierung trotz interner Schwierigkeiten zumindest nach außen hin Erfolge zeigte. Uneinigkeiten bzw. Machtkämpfe innerhalb der Parteiorganisation wurden mittels provokativer Aufmärsche wie gegen die Kommunisten überspielt bzw. gingen später in den Feierlichkeiten zur nationalsozialistischen Machtübernahme unter.

IV. Schluss

Bedeutendes Novum der Nationalsozialisten war das Einsetzen von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, welche gerade im Faschismus als positiv stilisiert wurde.¹⁴⁵² Dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die gewalttätigen Handlungen der Rechten in direktem Zusammenhang mit vorausgegangener Gewalt der Kommunisten stehen, zeigen auch die Angriffe der Nationalsozialisten gegenüber der SPD und dem Reichsbanner. Auch unabhängig von der Agitation der nationalen Parteien inklusive der NSDAP gegen die Kommunisten wurde vor allem in Wahlkämpfen und alltäglichen Auseinandersetzungen immer wieder die SPD angegriffen, was sich vor allem gegen das parlamentarische Wirken der SPD richtete, deren „Rote Bonzenherrschaft“ es zu vernichten galt.

Auf unterschiedlichen Ebenen wurden in der Arbeit verschiedene Provokationsformen der Lager ersichtlich: Das sabotierende Auftreten der KPD im Stadtparlament verstärkte das Bedrohungsgefühl und den engen Zusammenhalt im Bürgerblock. Die bestehenden Konflikte in der Versammlung verstärkten sich durch Störungen der KPD mit zahlreichen Dringlichkeitsanträgen, langen Reden, Provokationen und Verhindern der Beschlussfähigkeit. Auch die SPD wurde gerade von den Demokraten kritisiert, Propagandaanträge, auch mit der KPD, zu stellen, was die DDP als Beweis der Unfähigkeit der SPD zur praktischen Kommunalarbeit ansah.

Noch viel augenfälliger waren die Provokationsformen beider Lager hinsichtlich politisch motivierter Gewalt „auf der Straße“. Das im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands während der Weimarer Republik durchgängig hohe Niveau politischer Gewalt im Süden des heutigen Sachsen-Anhalts war einerseits Folge und andererseits Triebkraft der regionalen Polarisierung, eine Zirkelfahr besteht hier nicht zumal im Verlauf der frühen Jahre zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren unterschieden werden muss. Regelmäßig mobilisierten Versuche eines Lagers, sich gewaltsam des öffentlichen Raums zu bemächtigen, Gegenreaktionen des anderen Lagers, wodurch sich eine Spirale aus Gewalt und Integration der Lager durch Gewalterfahrungen ergab.

Auf der linken Seite erfolgte die Radikalisierung nach dem 1. WK zunächst gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, genährt durch die Überzeugung, dass die Republik nichts für Interessen der Arbeiterschaft tut und dass sie durch Polizei und Staatsorgane nicht geschützt waren und daher durch Streiks etc. „die Dinge in die eigene Hand nehmen müssen“, andererseits

¹⁴⁵² Vgl. ebd., S. 696ff. Zur Bedeutung der radikalisierten Jugend, d.h. der Generation geb. nach 1900, für die NSDAP, wie auch Reinhard Heydrich, ohne Kriegserfahrung, vor allem beeinflusst durch Nachkriegserfahrungen, wie wirtschaftliche Krisen, Armut, gewalttätige Anfangsjahre, vgl. z.B. die Studie von Wildt, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

IV. Schluss

mobilisierte das Bürgertum 1919 bis hin zum Generalstreik, der sich innovativ an eine ursprüngliche Aktionsform der Arbeiter anlehnte. Die Heftigkeit der Kämpfe unter General Maerker gegen die aufständischen Arbeiter ließ die Ereignisse in Halle jedoch eskalieren, es bildeten sich Einwohnerwehren und die erste örtliche Stahlhelmgruppe. Das nationale Bürgertum wurde in seiner traditionell antisozialistischen Haltung bestärkt und sah sich einer ständigen Bedrohung durch die Arbeiterschaft ausgesetzt und polemisierte mit wiederkehrenden Schlagwörtern wie „roter Terror“ oder „Revolution“ gegenüber „Plünderern und Mördern“, wodurch die Mobilisierung an Kontur gewann. Die Kämpfe zwischen Arbeitern und Militär während des Kapp-Putsches 1920 und die gescheiterte Rolle der DDP als Vermittler führten zu deren Wahlverlusten, verschoben das politische Gewicht nach rechts und stärkten jene Kräfte, die im Gegensatz zu den Demokraten eine eindeutige Konfrontation mit der Arbeiterschaft verfolgten. Das bürgerliche Feindbild war einmal mehr der verbrecherische Kommunist. Führten die Morde an Erzberger und Rathenau das sozialistische Lager geschlossen auf die Straße, provozierte das Sprengstoffattentat auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal 1923 den Protest aller bürgerlichen Parteien. Nach den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen bis 1921 präsentierte die radikale Rechte ihre Stärke 1924 im „Deutschen Tag“ und leitete eine neue Form der körperlichen Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Wehrverbänden ein. Die Einnahme des öffentlichen Raums durch rechte Verbände und offensive Mobilisierung gegen den politischen Gegner, aus der sich die extreme Rechte als zukünftig treibende Kraft herauskristallisierte, induzierte im sozialistischen Lager eine verstärkte Organisation und Mobilisierung. Dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Gewalt der Nationalsozialisten eine primäre Reaktion auf vorausgegangene Gewalt der Kommunisten war, zeigen auch deren offene Angriffe gegenüber SPD und Reichsbanner, wie im Juli 1930 in Halle. 1924 entstand der Rotfrontkämpferbund als KPD-Kampfverband, zugleich der Reichsbanner von SPD und DDP, allerdings von der SPD dominiert, beide herausgefordert durch die Präsenz der Rechten. Mit Verweis auf staatliche Restriktionen wie dem Stockverbot 1925 begründeten die Rechten Angriffe auf Kommunisten. Dominierten vor 1930 mehr Kundgebungen und Aufmärsche, sind folgend auch wegen Demonstrationsverboten in beiden Lagern eine hohe Versammlungsintensität sowie direkte Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten (SA) und KPD festzustellen, letztere ab 1929 allerdings ohne Wehrverband, daher oftmals weniger schlagkräftig. Standen bei den Kommunisten vor allem auch Versammlungssprengungen im Vordergrund, lag der Schwerpunkt beim Gegner SA gezielt auf dem Straßenkampf. Stahlhelm und Wehrwolf erschlossen dem nationalen Bürgertum die Straße als Aktionsraum, die SA radikalisierte dieses Konzept. Provozierende öffentliche Auftritte der Nationalsozialisten wurden nicht selten zum Auslöser offener

IV. Schluss

Auseinandersetzungen und demonstrierten dem nationalen Lager Stärke und Entschlossenheit und drohten den Linken. Die KPD beschwor durchgängig das Bild des „roten“ Mitteldeutschlands, wobei die eigene Stärke umso mehr betont wurde, desto mehr die Gegenseite mobilisierte.

Hauptagitationsorgane waren, wie gezeigt werden konnte, vor allem die örtlichen Tageszeitungen, d.h. hauptsächlich die nationale „Saale-Zeitung“ und der „Klassenkampf“ der KPD, welche versuchten, alle publizistischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die eigene Anhängerschaft auf das Feindbild des Gegners einzuschwören. Die Zeitung „Der Kampf“ der NSDAP erschien erst ab 1.4.1932 täglich und zuvor nur als Wochen- oder Halbwochenzeitung, so dass von vornherein kein dauerhaftes publizistisches Auftreten wie beim bürgerlich-nationalem Lager bzw. der KPD als Mittel der Massenmobilisierung gegeben war und daher automatisch mehr Gewicht auf öffentliche Präsenz mittels Veranstaltungen und Aufmärsche gelegt wurde. Zeitungsmeldungen stellten Propaganda sowohl für die eigene Anhängerschaft als auch nach außen hin dar und sollten die eigene Organisation stärken. Im Kontext von Auseinandersetzungen wurde Gewalt als gerechtfertigt angesehen und der Gegner entsprechend beschuldigt und degradiert sowie im Sinne eines befürchteten Bürgerkrieges mobilisiert und Ängste geschürt bis hin zur Akzeptanz politischer Gewalt als notwendiges Mittel in bürgerlichen Kreisen.

Gewalttätige Konflikte lösten zudem eine Kritik an staatlichen Organen aus, repräsentiert von Polizei und Justiz, welche entsprechend ihrer Reaktionen und angeordneten Maßnahmen kritisiert und verurteilt wurden und sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen mussten, den Gegner zu begünstigen.

Des Weiteren lässt sich festhalten, dass die polare Frontstellung der Lager die Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der „bürgerlichen Gesellschaft“ überwog, denn mit Kommunisten und Nationalsozialisten trafen zwei radikale Gegenentwürfe zur klassischen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander, die sich jeweils scharf vom bürgerlichen Individualismus abgrenzten. Die antibürgerliche Charakterisierung der Nationalsozialisten ist durchaus differenziert zu betrachten. Zwar sollten bürgerliche Werte wie Individualismus einem Führerstaat weichen, andererseits wurden bürgerliche Traditionen auch zum Zweck der Annäherung übernommen und es galt ebenso, die vorherrschende, auch bürgerliche, Kultur gegenüber den linken Strömungen zu verteidigen.

Die Stadt Halle war in mehrfacher Hinsicht als Untersuchungsobjekt geeignet, denn die Konfrontationsstellung von nationalem und sozialistischem Lager in dieser Ausprägung und mit diesem Radikalisierungsgrad ist als Besonderheit anzusehen und lässt sich für Forschung zur

IV. Schluss

Weimarer Republik fruchtbar machen, da eine solche Gegenüberstellung noch nicht ausgeführt wurde. Die Voraussetzung war die Existenz zweier gegensätzlicher politischer Lager (nationales und sozialistisches) mit starren, unüberwindlichen Lagergrenzen, deren Ausbildung in der Stadt bis ins Kaiserreich zurückreicht.

Vom Endpunkt der skizzierten Entwicklung in Halle, der lokalen Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933, zurückblickend, lässt sich resümieren, dass die entscheidenden Konflikte in der Weimarer Zeit nicht unvermittelt aufgebrochen waren, sondern bereits in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg „gegärt“ hatten. Halle und der umliegende Bezirk waren früh zu Hochburgen der Arbeiterbewegung geworden. Die große Bevölkerungsdichte und die frühzeitige Industrialisierung, mit der die verkehrsmäßige Erschließung einherging, waren ideale Bedingungen für eine frühzeitig starke SPD, weshalb sich die politische Lage in der Region durch einen scharfen Lagergegensatz zwischen Bürgertum und (linken) Sozialdemokraten auszeichnete. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es innerhalb des neuen politischen Systems unter anderen Umständen zur Fortführung der bereits vor 1914 geführten Auseinandersetzungen zwischen beiden politischen Lagern. Zudem fehlte in der protestantisch geprägten Großstadt das katholische Zentrum als ausgleichender politischer Faktor. Durch die Revolution von 1918 war es zu einem Wandel hin zu einer demokratischen Rechtsordnung gekommen. Die durch den revolutionären Umsturz von 1918 eingetretenen Veränderungen und Konsequenzen wurden nicht von allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen akzeptiert, zumal einzelne „Traditionslinien“ der Vorkriegszeit das Denken und Handeln der Akteure ungebrochen beeinflussten, so in Halle die bereits vor 1914 etablierte Polarisierung der politischen Lager. Zur Verschärfung der andauernden Spannungen führten die Bestimmungen des Versailler Vertrages, hinzu traten der Zustand eines „latenten Bürgerkrieges“ und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, weshalb die Weimarer Republik seit ihrer Entstehung von antidemokratischen Strömungen begleitet war und die zentralen Auseinandersetzungen und Konfliktherde der Weimarer Republik in dieser lokalen Frontstellung zwischen rechts und links sichtbar werden.¹⁴⁵³ Seit den frühen 20er Jahren vollzog sich eine Polarisierung, die zur Erosion der politischen Mitte und zu einer parallelen Radikalisierung von Rechts und Links führte. In beiden Lagern dominierten die radikalen Pole (KPD, NSDAP) in außergewöhnlichem Maße, was die konfrontative Gegenüberstellung extrem verschärfte. Die Radikalisierung der politischen Kultur von Weimar konnte damit in einer am lokalen Beispiel zugespitzten Konstellation exemplarisch analysiert werden. Die Gründungen politischer Verbände und Kampfbünde wie Stahlhelm und Wehrwolf in den frühen

¹⁴⁵³ Reichardt, Faschistische Kampfbünde, S. 53.

IV. Schluss

Nachkriegsjahren vor Ort zeugten in hohem Maße von den politischen Auseinandersetzungen der Anfangsjahre und dem angespannten Verhältnis zwischen Bürgertum und Arbeitern. In Halle war nach dem Gründungsort Magdeburg eine Hochburg des Stahlhelms entstanden, der vor Ort jedoch frühzeitig wesentlich radikaler agierte, da er sich von vornherein auf eine starke Arbeiterbewegung „eingeschossen“ hatte. Mit den Kriegervereinen waren die Wehrverbände fest im öffentlichen Leben der Stadt verankert. Als parteiähnliche Massenorganisation war gerade der Stahlhelm als Unterstützung für die zunächst in Halle führende DNVP entscheidend. Der radikalnationalistische Einfluss erreichte zu den Aufmärschen am „Deutschen Tage“ 1924 in Halle einen ersten Höhepunkt, an dem schon Nationalsozialisten auftraten. Begünstigt wurde der Aufstieg der NSDAP durch die Auflösung bestehender Parteibindungen im nationalen Lager sowie der „Übernahme“ des Stahlhelms, der seinen Mitgliedern ab 1930 freistellte, DNVP oder NSDAP zu wählen. Die Nationalsozialisten entstanden daher vor Ort nicht plötzlich, sondern erstarkten bereits seit den frühen 20er Jahren, wenn auch noch in geringem Ausmaß. Der von den Nationalsozialisten radikalisierte Antisemitismus war keine Neuschöpfung, sondern wurde in Halle schon von weiten Kreisen der DNVP, des DHV oder im Wehrwolf mitgetragen und beruhte bereits auf Strömungen aus der Vorkriegszeit. Der NSDAP gelang die Anknüpfung an vorhandene Tendenzen und konnte sie innovativer für ihre eigene Bewegung umsetzen, sie ideologisch aufladen und radikalisieren.

Das im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands über den gesamten Zeitraum anhaltende hohe Niveau politischer Gewalt resultierte aus der früheren Polarisierung vor Ort und schöpfte aus dieser Konstellation heraus neue Kraft. Regelmäßig provozierten Versuche eines Lagers, sich gewaltsam des öffentlichen Raums zu bemächtigen, Gegenreaktionen des anderen Lagers, wodurch sich eine Spirale aus Gewalt und Integration der Lager durch Gewalterfahrungen etablierte.¹⁴⁵⁴

Die Frontstellung des nationalen Lagers gegen links bildete für Halle und die Region daher eine entscheidende Bedingung für den Aufstieg der Nationalsozialisten.

Aufgrund unterschiedlichster örtlicher Strukturen im deutschen Reich leisten Lokalstudien einen Beitrag zur Weimarer Geschichte im Kontext der vor Ort spezifischen Konstellationen. Auf dieser Mikroebene kann das Innenleben einzelner Lager, Parteien, Verbände und Gruppen dargestellt und analysiert werden und eine differenzierte Grundlage als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen geschaffen werden. Die für Halle und seine Region charakteristische Frontstellung des nationalen Lagers gegen links bildete eine entscheidende Bedingung für den

¹⁴⁵⁴ Vgl. Schumann, Politische Gewalt, S. 359ff.

IV. Schluss

erfolgreichen Aufstieg der Nationalsozialisten vor Ort, was die vor allem von kommunistischer Seite der Weimarer Zeit und durch die Geschichtsschreibung der ehemaligen DDR weitergeführte Legende vom „roten Herz Mitteldeutschlands“ in Frage stellt. Zweifellos blieben Halle und die Region ein Zentrum der Arbeiterbewegung und die Ergebnisse der KPD waren vor Ort zur Weimarer Zeit stets höher als in der Provinz Sachsen, jedoch war die Stadt mit der Reichstagswahl 1930 ebenso zur Hochburg der Nationalsozialisten geworden, so dass das Wort vom „roten Herz Mitteldeutschlands“ nicht isoliert betrachtet werden kann.¹⁴⁵⁵ Die Vergegenwärtigung dieser Tatsachen spiegelte sich im Protokoll zum Bezirksparteitag der KPD Halle-Merseburg am 26./27. April 1930 im Volkspark zu Halle wider: „Die Klassenscheidung ist parteigemäß im Bezirk Halle-Merseburg besonders scharf ausgeprägt [...]. Die republikanische Mitte ist einschließlich SPD hier ganz erheblich schwächer als in fast allen anderen Bezirken Deutschlands. Der kommunistischen Bewegung, die in den entscheidenden Gebieten [...] wenigstens bei Wahlen innerhalb der Arbeiterschaft die Mehrheit hat, steht auf dem anderen Flügel der politischen Gruppierungen eine außerordentlich starke rechtsradikale Bewegung gegenüber. Deutschnationale und Nationalsozialisten haben so große Bevölkerungskreise hinter sich, dass der Bezirk von allen industriellen Bezirken beim Volksentscheid an Stimmzahl an die Spitze marschiert. [...] unter den faschistischen Gruppen [treten] immer mehr die der Nationalsozialisten in den Vordergrund [...]“¹⁴⁵⁶

Wie verortet sich nun die Untersuchung zu Halle zu den bereits zahlreich existierenden Lokal- und Regionalstudien zur Weimarer Zeit? Und was kann eine Studie, wie die vorliegende zu den „großen“ Fragen zu Weimar beitragen?

Auch zahlreiche andere von der Arbeiterbewegung geprägte Städte und Regionen wurden in Weimarer Zeit bzw. auch schon früher mit dem Zusatz „rot“ versehen, der sich ähnlich wie in Halle, gerade in der ehemaligen DDR, bis in die Nachkriegszeit fortsetzte.¹⁴⁵⁷ Betonten die sozialistischen Parteien damit eine Tradition und vermeintliche Stärke vor Ort, hoben die Nationalsozialisten demgegenüber die Notwendigkeit ihres dortigen Engagements hervor. Die politischen Ausgangslagen waren vielfach ähnlich, die örtlichen Unterschiede bestanden in den differenzierten Ausgangslagen. In der „roten“ Städten und Regionen wurde das sozialistische Lager entweder von der KPD oder der SPD angeführt und die Nationalsozialisten verdankten ihren

¹⁴⁵⁵ Vgl. Schmuhl, Halle, S. 118.

¹⁴⁵⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I3/11/6, Bl. 46.

¹⁴⁵⁷ Vgl. z.B. „rotes Gotha“, „rotes Berlin“, „rotes Thüringen“, „rote Stadt“ (Magdeburg), „rotes Hamburg“, „rotes Penzberg“, „rotes Sachsen“. Das Schlagwort vom „roten Thüringen“ wurde 2014 wieder im Zusammenhang der Wahl der rot-roten Landesregierung im Freistaat Thüringen mit Hinweisen auf eine Anknüpfung an die SED gebraucht.

IV. Schluss

Aufstieg u.a. der jeweiligen völkisch-nationalistischen Gruppierungen vor Ort. Gemeinsam mit vielen Städten und Regionen hatte Halle die Resistenz des sozialistischen Lagers gegenüber der NSDAP und andererseits den rasanten nationalsozialistischen Stimmengewinn aus dem zersetzten bürgerlich-nationalen Lager. Dazu gehörte die „Übernahme“ der rechtsgerichteten Parteien und Verbände, wie im hallischen Fall des Stahlhelms, anderorts dominierten andere rechtsgerichtete Parteien, Verbände und Organisationen.

Unbestritten weisen Parolen wie die vom „roten Herz Mitteldeutschlands“ oder bspw. vom „roten Gotha“ die jeweiligen Städte und Regionen als Hochburgen der sozialistischen Arbeiterparteien aus und wurden von diesen auch über 1918 hinaus betont, zumal sie auch weiterhin hohe Wahlergebnisse erlangten, wenn auch diese nicht an eine frühere Stärke anknüpfen konnten. Für die in diesem Zusammenhang genannten Beispiele lassen sich aber ebenso wenig wie für Halle ausschließlich „rote“ Gebiete ausmachen, denn die Nationalsozialisten hatten dort spätestens 1930 an prägendem Einfluss gewonnen und aus einem „roten Herz Mitteldeutschlands“ wurde ein für die Propaganda beider Seiten benutztes Schlagwort. Auf deren anderen Seite gab es jedoch, wie Klaus Tenfelde für das „rote Penzberg“ in Oberbayern schlüssig dargestellt hat, Orte, in denen die NSDAP gegenüber zwei dominanten Linksparteien bis zur Machtergreifung keine signifikante Bedeutung hatte.¹⁴⁵⁸

Die hallische Grundkonstellation, die bereits in der Kaiserzeit vorherrschte, d.h. eine Abgrenzung der Arbeiterschaft und Sozialdemokraten gegenüber dem bürgerlichem Lager und die Weiterführung dieses Gegensatzes und auch dessen Verschärfung unter den neuen Verhältnissen nach 1918 war keine singuläre und fand sich auch in anderen protestantisch geprägten deutschen Großstädten wieder.¹⁴⁵⁹

Im mitteldeutschen Raum sind hier als Vertreter z.B. Erfurt und Gotha zu nennen. Im Kern geht es den Autoren Raßloff und Matthiesen in ihren Arbeiten zu beiden Städten um die Frage nach den Gründen für den Verlust der traditionellen Bindungen im Bürgertum. Steffen Raßloff hat in seiner bereits zitierten Studie das Bürgertum der Stadt Erfurt zwischen Kaiserreich und NS-Zeit als Verbindung der politischen Entwicklung der Stadt mit der lokalen Sozial- bzw. Milieustruktur untersucht. Erfurt war ebenso wie Halle vor dem 1. Weltkrieg eine ehemalige Hochburg der SPD, in der bis 1924 USPD/KPD dominierten, sich bis 1930 allerdings die Sozialdemokraten gegenüber der KPD durchsetzen konnten und 1930 die KPD wieder zur führenden Partei im sozialistischen Lager wurde.¹⁴⁶⁰ Dank einer bereits in den frühen 20er Jahren starken

¹⁴⁵⁸ Vgl. Tenfeld, Proletarische Provinz, S. 193-203.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Raßloff, Erfurter Bürgertum, S. 412ff.

¹⁴⁶⁰ Vgl. Ebd., S.139f.

IV. Schluss

rechten Bewegung und der Zuwendung des Mittelstandes zur NSDAP konnte die Partei einhergehend mit dem Zerfall des bürgerlichen Milieus ihren Aufstieg vollziehen. Helge Matthiesen widmet sich in seiner Arbeit zum Gothaer Bürgertum von 1918 bis 1930 der Frage, wie und aus welchen Gründen sich das politische Verhalten des Bürgertums während der 20er Jahre veränderte und warum den bürgerlichen Parteien und ihren führenden Politikern das Vertrauen entzogen wurde. Im zu 95% protestantischen Gotha waren die Nationalsozialisten schon 1928 in der Stadtverordnetenversammlung vertreten und seit Mitte der 20er Jahr aktiv im täglichen Leben der Stadt präsent. Während in Halle einer starker rechter Flügel des Stahlhelms vorherrschte, der von den Nationalsozialisten eingenommen werden konnte, diente in Gotha der Jungdo als Träger der nationalistischen Mobilisierung und Radikalisierung.¹⁴⁶¹ Auch hier findet sich wie in Halle das Gegenüber einer starken Linken und einer starken Rechten wieder, mit den schwachen Überresten der sogenannten „Weimarer Koalition“. Wie in Halle gingen in Gotha und Erfurt die Kämpfe während des Kapp-Putsches und der einhergehende Verlust der Stimmen für die DDP und der Unterstützung der parlamentarischen Demokratie von Weimar mit einer Zunahme der Mobilisierung und Radikalisierung im bürgerlich-nationalen Lager einher und repräsentierten einen auch deutschlandweite Verlust der Mitte.

Interessante Vergleichsobjekte zu Halle und zum Bezirk Halle-Merseburg können auch die von der Arbeiterschaft dominierten Städte des Ruhrgebiets und deren Randgebiete darstellen. Ein für den Vergleich mit Halle interessantes Beispiel bietet die Stadt Wuppertal, am Rand zwischen Ruhrgebiet und Rheinland in einer protestantischen Region, deren Arbeiterschaft allerdings im Unterschied zu Halle traditionell verwurzelt war. Bereits früh war dort ein dichtes Spektrum an rechtsradikalen Organisationen, wie dem Schutz- und Trutzbund, der Organisation Consul u.a. entstanden, so dass diese reiche Ansammlung rechtsgerichteter Organisationen eine günstige Ausgangslage für den Aufstieg der Nationalsozialisten bot. Andererseits gab es vor Ort eine starke Arbeiterbewegung, so dass sowohl rechte als auch linke Strömungen radikal aufeinandertrafen. Bei der Reichstagswahl 1930 wurde die NSDAP mit 23% Wahlsieger vor der KPD mit 22,6%, somit lagen die Nationalsozialisten auch in Wuppertal über dem Reichsdurchschnitt.¹⁴⁶² Eine Besonderheit war zudem, dass Joseph Goebbels vor seinem Wechsel 1926 nach Berlin Gaugeschäftsführer im Gau Rheinland-Nord mit Sitz in Elberfeld (Teil von

¹⁴⁶¹ Vgl. Matthiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 213.

¹⁴⁶² Klein, Ulrich, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Goebel, Klaus (Hg.), Über allem die Partei. Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987, S. 106-110, S. 116f, S. 134f; Vgl. Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus, S. 92f.

IV. Schluss

Wuppertal) war. Bisher fehlt es, abgesehen von einer Publikation zum NSDAP-Aufstieg, an einer Studie zur politischen Lage Wuppertals während der Weimarer Zeit, die bei ähnlicher Konstellation wie in Halle, mit einer bereits 1930 relativ starken NSDAP, aber auch einer dominierenden KPD, das Gegenüber zwischen nationalem Lager und sozialistischem Lager analysieren würde. Als spezieller Faktor spielte vor Ort sowie in den anderen betroffenen Städten die Ruhrbesetzung durch die Franzosen von 1923-1925 eine bedeutsame Rolle, welche die Polarisierung nach extrem rechts und extrem links beförderte. Frühere vergleichbare Erfahrungen waren auch dort die Aufstände von 1920 durch die Arbeiter des Ruhrgebietes in Folge des Kapp-Putsches.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus ist nach wie vor ein, wenn nicht der Forschungsschwerpunkt zur Weimarer Republik. Betrachtet eine Arbeit nun die die Frontstellung zwischen sozialistischem und nationalem Lager und der Entwicklung der NSDAP vor der Machtergreifung auf regionaler Ebene, kann sie einen Baustein für die Untersuchung der Weimarer Republik vor 1933 auf der Ebene des Deutschen Reiches bilden. Aufgrund der vor Ort unterschiedlichsten Ausgangslagen von unterschiedlichen Parteien, Konfessionen und Wirtschaftsstrukturen kann durch eine Lokalstudie eine Idee über die Art der Erfolge der Nationalsozialisten im Kontext des Lagergegensatzes gewonnen werden. Auf dieser Mikroebene kann das Innenleben einzelner Lager, Parteien, Verbände und Gruppen dargelegt und analysiert werden und eine differenzierte Grundlage als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen geschaffen werden. Örtliche Details zu den Beziehungen zwischen einzelnen politischen Gruppierungen bzw. deren Interna können Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zu anderen Orten und Regionen ausmachen helfen. Eine zunehmende politische Gewalt und scharfe Auseinandersetzungen zwischen rechts und links überwogen in Orten, in denen es traditionell Auseinandersetzungen mit den Linken gab und waren nicht unmittelbar ausgelöst durch Ereignisse der Nachkriegsjahre, wenn aber natürlich davon beeinflusst. Das langjährig gepflegte Feindbild des sozialistischen Lagers trug entscheidend zur rechtsgerichteten Mobilisierung bei. Trotz allem war die politische Rechte gespalten wie das linke Lager und die Nationalsozialisten profitierten schließlich auch vom Unvermögen der verschiedenen gegnerischen rechten Gruppen, sich gemeinsam zu positionieren und gemeinsame Beschlüsse zu fassen.¹⁴⁶³ Ein komplexes Feld an Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik ist durch die Forschung der letzten Jahrzehnte bereits abgesteckt wurden. Einzelne Forschungsschwerpunkte ermöglichen es weiterhin neue Schwerpunkte herauszuarbeiten, und die verschiedenen Aspekte innerhalb des Spannungsfeldes vom Scheitern Weimars

¹⁴⁶³ Siehe zuletzt dazu: Jones, *The German Right in the Weimar Republic*, S. 16. Vgl. Vgl. Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, S. 270.

Ausblick

neu zu akzentuieren. Eine mögliche Herangehensweise ist der hier gewählte Zugang (durch die schon eingangs erwähnte) einer Analyse des Aufbaus und der Funktionsweise des Gegenübers von nationalem und sozialistischem Lager im Kontext der inneren Beschaffenheit und Grundlagen der örtlichen Parteistrukturen, dominiert von den beiden radikalen Polen NSDAP und KPD, welche in dieser Form zuvor noch keine wissenschaftliche Bearbeitung erfahren hat. Bei den existierenden Studien zum Aufstieg der NSDAP in einzelnen Städten oder Regionen, zu einzelnen Lagern oder Milieus des deutschen Reiches fehlt oftmals der direkte Bezug zum jeweiligen Gegenüber, d.h. zu den sozialistischen Parteien oder - in bestimmten Gebieten des deutschen Reiches - zum Zentrum. Dieses Manko sollte die vorliegende Studie zu Halle in der Weimarer Republik versuchen zu beheben.

Die für Halle und seine Region charakteristische Frontstellung des nationalen Lagers gegen links bildete eine entscheidende Bedingung für den erfolgreichen Aufstieg der Nationalsozialisten vor Ort, was die vor allem von kommunistischer Seite getragene Legende vom „roten Herz Mitteldeutschlands“ infrage stellt. Die geradezu idealtypische Ausbildung zweier konträrer politischer Lager und ihre Polarisierung in Halle bietet günstige Bedingungen zur Untersuchung einzelner Teilbereiche ebenso wie für anschließende vergleichende Untersuchungen.

„Die braunen Horden rasen in den Straßen: Der Bürgerkrieg beginnt.“¹⁴⁶⁴

Ausblick

Noch am Abend des 30. Januar 1933 fand auf dem hallischen Marktplatz eine Protestkundgebung der KPD gegen den neuen Reichskanzler Adolf Hitler statt, dessen Anhänger gleichzeitig einen Fackelzug durch die Stadt veranstalteten, wobei es an verschiedenen Orten zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam.¹⁴⁶⁵ Der eigentliche Fackelzug zu Ehren der neuen Regierung erfolgte am 31. Januar, als die Kampfverbände der NSDAP, des Stahlhelms und die Studentenschaft vom Hallmarkt durch die Altstadt und den Norden der Stadt zur zentralen Kundgebung auf dem Roßplatz zogen, wo Gaugeschäftsführer Thießler, Betriebszellenobmann Bachmann sowie die Kreisleiter Dohmgoergen und von Alvensleben unter Anwesenheit von Gauleiter Jordan und dem zweiten Stadtgauführer des Stahlhelms Scheurich

¹⁴⁶⁴ VB, 31.1.1933.

¹⁴⁶⁵ Vgl. ebd.; Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 31-32.

kurze Ansprachen hielten.¹⁴⁶⁶ Unter dem Motto „Das rote Halle marschiert gegen Hitler“ demonstrierten parallel die Kommunisten von der Moritzkirche zum Weingärtenplatz, wobei sie mit „Die Straßen gehören auch in Halle den Arbeitern trotz Hitler und Papen und Halle wird rot bleiben, wie auch Berlin rot bleiben wird!“ der neuen Regierung den Kampf ansagten, während zur gleichen Zeit die SA gewaltsam das Gebäude der RGO in der Gutenbergstraße überfiel.¹⁴⁶⁷

In einer nichtöffentlichen Sitzung der Sozialdemokraten und Kommunisten am 2. Februar 1933 im Volkspark berieten beide über die eventuelle Gründung einer Einheitsfront, was jedoch trotz antinationalsozialistischer Einstellung beider wegen zu unterschiedlicher grundlegender Ansichten und der schon zu lange herrschenden Kontroversen zwischen beiden Parteien scheiterte. Von Seiten der SPD bestand wohl auch die Befürchtung, zu sehr mit der Ideologie der Kommunisten in Verbindung gebracht zu werden. Zudem sahen sie noch in dieser Phase ihre Legalität gefährdet. Außerdem beanspruchten die Kommunisten in dieser geplanten Einheitsfront die Führungsposition, welche die Sozialdemokraten verneinte, da sie von kommunistischer Seite im Vorfeld immer wieder als „Sozialfaschisten“ diskreditiert worden waren.¹⁴⁶⁸ An einer Demonstration der Eisernen Front im Volkspark unter Anwesenheit von Paul Löbe mit anschließender Straßendemonstration nahmen am 19. Februar 1933 auch Kommunisten teil, wegen deren Gegenwart die Demonstration durch die Polizei aufgelöst wurde, da für Kommunisten ein Demonstrationsverbot bestand. Von den Sozialdemokraten wurde dies als positives Zeichen gewertet, wonach „das Proletariat einzusehen beginnt, daß der Bruderzwist in den eigenen Reihen dem Faschismus die Wege bereitet.“¹⁴⁶⁹ Bereits am 1. Februar hatte Hitler den Reichstag aufgelöst und für den 5. März Neuwahlen angeordnet. In Preußen wurde zusätzlich die Neuwahl des Landtages angesetzt. Am Tag darauf eröffnete die NSDAP ihren Wahlkampf im Stadtschützenhaus mit einer Rede des Landtagsabgeordneten Alfred Pape, der ankündigte, dass der kommende Wahlkampf alles schon Dagewesene in den Schatten stellen würde, zudem dürfte die Arbeit der Partei keine Unterbrechung erleiden, deren Sinn es sei, eine Mehrheit für Hitler zu erreichen.¹⁴⁷⁰ Wie schon in den früheren Wahlversammlungen der NSDAP trat MdR Gottfried Feder zu Beginn des Wahlkampfes in Halle auf und versprach der neuen „Staats- und Aufbaupartei“ einen großen Erfolg sowie das Ziel, zur Reichstagswahl auch den letzten Mann

¹⁴⁶⁶ Vgl. HN und SZ, 1.2.1933. Zu Heinrich Bachmann vgl. Rupieper/Sperk, Lageberichte, S. 118-119: geb. 1903 in Halle, Banklehre, Angestellter, seit 1.4.1930 NSDAP-Mitglied, vor 1933 Gaubetriebszellenleiter der NSBO, nach 1933 Gauobmann der DAF im Gau Halle-Merseburg.

¹⁴⁶⁷ KK, 1.2.1933; Sperk, Alexander, Wie das Unheil begann, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 25.1.2003.

¹⁴⁶⁸ Vgl. SZ, 4.2.1933; Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 35-38.

¹⁴⁶⁹ VB, 20.2.1933.

¹⁴⁷⁰ Vgl. HN, 3 2.1933.

zum Nationalsozialisten zu machen, indem jetzt bedächtigt und mit aller Vorsicht aufgeräumt werden müsste. Die Abrechnung mit der vierzehn Jahre andauernden Politik der Sozialdemokraten rechtfertigte daher auch einen von Jordan in einer Parteiversammlung angekündigten Wahlterror.¹⁴⁷¹ Dementsprechend setzte ein allgemeiner Wahlkampf ein, der ausdrücklich gegen Kommunisten und Sozialdemokraten gerichtet war, um durch deren Zerstörung den noch übrig gebliebenen Teil der Weimarer Republik vernichten zu können. Unmittelbar am 2. Februar hatten im Gebäude des „Klassenkampfes“ und bei zahlreichen KPD-Funktionären Hausdurchsuchungen stattgefunden, einen Tag darauf drang die Polizei in die Räume der MARSCH ein. Mit Aufrufen wie „Schlagt die Bluthunde des Bolschewismus“ hetzten die Nationalsozialisten zum Verbot der KPD und der anderen staatsfeindlichen Organisationen.¹⁴⁷² Wegen einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verfügte der Regierungspräsident zunächst das Demonstrationsverbot für die KPD und ihre Nebenorganisationen. Eine Notverordnung vom 4. Februar schränkte die Presse- und Versammlungsfreiheit weiter ein, so dass die Nationalsozialisten alle Möglichkeiten der Propaganda für sich ausnutzen konnten.¹⁴⁷³ Folglich schloss sich am 16. Februar das vierwöchige Verbot des „Klassenkampfes“ an, was eines der bedeutendsten Kommunikationsmittel der Kommunisten ausschaltete, „weil durch offensichtlich unrichtige Nachrichten in zwei Nummern dieser Zeitung lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet wurden“.¹⁴⁷⁴ Zu einem weiteren Erscheinen der Zeitung sollte es danach nicht mehr kommen. Bereits am 24. Februar traf das Zeitungsverbot auch das sozialdemokratische „Volksblatt“.¹⁴⁷⁵ Die KPD führte am 23. Februar 1933 am gleichen Ort ihre einzige hallische Wahlveranstaltung durch. In zwei Sälen sprachen der Sekretär der Bezirksleitung Paul Suhr und der letzte Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Erich Behnke, denen es jedoch untersagt war, sich gegen die Regierung zu äußern. Trotzdem musste die Hauptversammlung unter Paul Suhr von der Polizei aufgelöst werden, da er bezüglich des Verhaltens der SPD-Führung auf den Nationalsozialismus zu sprechen kam.¹⁴⁷⁶ Der nationalsozialistische Terror infolge der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ richtete sich dabei in erster Linie gegen die Kommunisten, welche die Nationalsozialisten für den Brand des

¹⁴⁷¹ Vgl. SZ, 15.2.1933; HN, 16.2.1933; VB, 9.2.1933.

¹⁴⁷² KK, 6.2.1933.

¹⁴⁷³ Vgl. ebd., 3. und 4.2.1933; VB, 3.2.1933.

¹⁴⁷⁴ KK, 16.2.1933. In der Nummer 37 des „Klassenkampfes“ wegen des Artikels „Die Bluttat Nazi-Jordans“ geht auf! Faschisten morden!“ und in der Nummer 38 wegen des Artikels „Große Erregung in den Mansfeld-Betrieben“ und „Auch SPD-Arbeiter niedergeschlagen“. Im Artikel „Betriebsarbeiter, -arbeiterinnen, was bringt uns Hitler?“ auf der ersten Seite der Beilage Nummer 38 wird von neuem Lohnraub, einer Zertrümmerung der Sozialpolitik, einer völligen Entrechtung im Betriebe und einem Streikverbot – „Wer streikt, wird erschossen“ – gesprochen.

¹⁴⁷⁵ Vgl. VB, 24.2.1933; Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 102f.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 106f.

Reichstages verantwortlich machten. Bereits am 1. März führte die hallische Polizei eine große Anzahl von Durchsuchungen durch und beschlagnahmte Druckschriftenmaterial, darunter im Klassenkampf-Gebäude, im „Volksblatt“-Haus, im Volkspark und im Gewerkschaftshaus sowie im Orts- und Bezirksbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der größten gewerkschaftlichen Organisation der Stadt. Offiziellen Angaben zufolge führten die Maßnahmen der neuen Regierung im Polizeibezirk Halle vom 15. Februar bis 30. April 1933 zur Durchsuchung von 650 Wohnungen und anderen Räumen verdächtiger Linker. Im gesamten Regierungsbezirk befanden sich Ende März wohl ca. 400 Personen in Schutzhaft, obwohl Meldungen über die Schutzhaft hallischer Funktionäre von offizieller Seite nicht bestätigt wurden. Häftlinge aus dem hallischen Polizeibezirk kamen zum Teil in das Konzentrationslager Lichterburg.¹⁴⁷⁷ Durch eine seiner ersten Maßnahmen nahm auch der neue NS-Oberbürgermeister Johannes Weidemann den linken Gruppen der Stadt einmal mehr die wichtigen Bezugspunkte ihrer Freizeitgestaltung und damit auch Möglichkeiten zur internen Kommunikation, indem sportliche Einrichtungen, Jugendheime und -herbergen sowie sonstige sich im Eigentum der Stadtgemeinde befindende bzw. vermietete oder verpachtete Einrichtungen nicht mehr KPD- und SPD-Vereinen und Organisationen zur Verfügung gestellt werden durften.¹⁴⁷⁸ Als Ende Mai 1933 das Gesetz zur Einziehung kommunistischen Vermögens in Kraft trat, hatten die Behörden einmal mehr die Möglichkeit, auf die KPD und ihre Nebenorganisationen zuzugreifen. Bald darauf waren neben den kommunistischen Vereinigungen auch alle anderen staatsfeindlichen Gruppierungen inklusive der SPD betroffen. Dementsprechend wurden dem preußischen Staat der hallische Volkspark und das „Klassenkampf“-Gebäude übereignet, ohne dass jedoch die Hypothekengeber entschädigt wurden.¹⁴⁷⁹ Der Volkspark als jahrelanger Versammlungsort der politischen Linken wurde am 1. Oktober 1933 unter dem Namen „Reichshof“ zu einem neuen Treffpunkt der Nationalsozialisten und nahm damit den ursprünglichen Nutzern eine ihrer wichtigsten Anlaufstellen.¹⁴⁸⁰ An diesem traditionellen Ort der hallischen Sozialisten sollten in Zukunft Gautagungen von NS-Vereinigungen, Lehrgänge, Festakte und Vortragsabende prominenter Redner stattfinden. Zugleich wollte man aus dem ehemaligen „Klassenkampf“-Gebäude ein Kameradschaftshaus der Universität machen.¹⁴⁸¹ Von Seiten der linken Parteien war nach den Maßnahmen der Nationalsozialisten keine effektive Wahlpropaganda zur

¹⁴⁷⁷ Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 127-135. Die KPD-Bezirksleitung schätzte im März bereits die Zahl der Verhafteten im Regierungsbezirk auf 1.400; HN, 1.3.1933.

¹⁴⁷⁸ Vgl. HN, 4.4.1933.

¹⁴⁷⁹ Vgl. Classe, Der antifaschistische Widerstandskampf, S. 146f.

¹⁴⁸⁰ Vgl. SZ, 15.9.1933.

¹⁴⁸¹ Vgl. ebd., 4.10.1933.

Reichstagswahl am 5. März 1933 mehr möglich, so dass die NSDAP reichsweit das öffentliche Bild bestimmen konnte. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei Görings Aufstellung einer 50.000 Mann starken Hilfspolizei am 22. Februar 1933, durch die Mitglieder aus SS, SA und des Stahlhelms zu Ausführenden mit polizeilichen Befugnissen wurden, deren Gewalttaten gegen politische Gegner von nun an eine offizielle Rechtfertigung besaßen. Die ca. 2.500 Hilfspolizisten des Regierungsbezirkes Halle-Merseburg sollten zu 50% aus Stahlhelm-Mitgliedern und 50% aus SA und SS bestehen, für Halle waren allein 1.000 Mann vorgesehen.¹⁴⁸² Durch Görings Initiative kam es zu Umbesetzungen des preußischen Polizeiapparates, bei dem in Halle am 12. Februar der „den Demokraten nahestehende“ Polizeipräsident Oexle und dessen Stellvertreter Oberregierungsrat Friedberg auf unbestimmte Zeit beurlaubt, jedoch wie alle in diesen Tagen zwangsbeurlaubten höheren Verwaltungsbeamte später ohne Ausnahme in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden.¹⁴⁸³ Nachfolger Oexles wurde Polizeioberst a.D. Berend Roosen, der nach Informationen des „Volksblattes“ wohl politisch bei den Deutschnationalen stand, da er im „Völkischen Beobachter“ nicht in der Liste der NS-Polizeipräsidenten geführt wurde.¹⁴⁸⁴ Die Stapo-Stellen der Regierungsbezirke entstanden gleichzeitig mit dem „Gesetz zur Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamts“ vom 26. April 1933. Neben der Zentrale – der größten in der Provinz Sachsen – in der hallischen Dreyhauptstraße 2 befanden sich in Weißenfels, Merseburg und Bitterfeld Außenstellen der Behörde, da von nationalsozialistischer Seite die Veranlassung bestand, wegen des starken linken Lagers in den angrenzenden Industriegebieten mehrere Posten zu besetzen, um ausführlicher über die politische Lage zu berichten.¹⁴⁸⁵ Am Vorabend der Reichs- und Landtagswahl hatte sich ein Fackelzug der NSDAP vom Roßplatz aus in weite Teile Halles erstreckt und auf verschiedenen Plätzen der Stadt wurde die Königsberger Rede Adolf Hitlers durch Lautsprecher übertragen, die zum ersten Höhepunkt nationalsozialistischer Rundfunkübertragungen wurde. Neben den Nationalsozialisten präsentierte sich in den Tagen auch die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot aus DNVP und Stahlhelm mit Platzkonzerten und Wahlkundgebungen der hallischen Bevölkerung. Im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der Kampffront und eines Stahlhelm-Aufmarsches trat

¹⁴⁸² Vgl. ebd., 1.3.1933; Jacob, Rive, S. 228.

¹⁴⁸³ VB, 14.2.1933; SZ, 13.2.1933. „Die Nazis sind immer frecher geworden, und ihr Terror wagt sich jetzt selbst an die Beamten der Polizei heran, deren Beseitigung sie täglich verlangen.“ Darin außerdem ein Zitat der MNZ zur Absetzung des Polizeipräsidenten: „Oexle endlich kaltgestellt“.

¹⁴⁸⁴ Vgl. VB, 17.2.1933. Zu Umbesetzungen vgl. Rebenitsch, Innere Verwaltung, S. 745-746. Im Februar/März 1933 wurden in 11 preußischen Provinzen Umbesetzungen bei 16 Polizeipräsidenten, 5 Oberpräsidenten, 4 Vizepräsidenten, 11 Regierungspräsidenten, 17 Regierungsvizepräsidenten und 24 Landräten vorgenommen. Vgl. SZ, 16.2.1933. Neuer Oberpräsident der Provinz Sachsen wurde der ehemalige Berliner Polizeipräsident Kurt Melcher.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Rupieper/Sperk, Lageberichte, S. 17-24. Am 26.5.1933 hatte die Stapo Halle 18 und am 4.1.1934 25 Mitarbeiter.

in Halle auch der neue Reichsarbeitsminister Seldte in seiner Funktion als Stahlhelmführer auf.¹⁴⁸⁶ Trotz der für die Nationalsozialisten günstigen Ausgangsposition konnten sie am 5. März keine absolute Mehrheit auf sich vereinen und erhielten zusammen mit ihrem Koalitionspartner reichsweit 51,9% der Stimmen. In Halle erreichte die NSDAP 59.717 Stimmen und konnte sich verglichen mit der Reichstagswahl vom 6. November des Vorjahres um ca. 20.000 Stimmen verbessern. An zweiter Stelle folgte mit minimalen Zugewinnen die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit 21.587 Stimmen. Nahezu unverändert war auch das Ergebnis der SPD mit 16.529 Wählerstimmen. Einzig die KPD wies hohe Verluste auf, erreichte jedoch 31.593 Stimmen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen war, dass ein großer Teil der Kommunisten wegen der Unterdrückung ihrer Partei nicht zur Wahl gegangen war. Die starke Zunahme von Wählerstimmen auf Seiten der NSDAP setzte sich daher wohl vornehmlich aus Nichtwählern und Wählern aus dem bürgerlichen Lager zusammen. Jedoch galt auch für Halle, dass die Nationalsozialisten mit 43,69% allein keine absolute Mehrheit erreichten.¹⁴⁸⁷ Selbst nach der Machtergreifung schien es demnach, als hätte die NSDAP ihr Potential ausgeschöpft, so dass die Methoden zur absoluten Machtübernahme folglich andere sein mussten als das Mittel einer formal demokratischen Wahl. Am Tag der Konstituierung des neugewählten Reichstages am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonskirche erlebte Halle den wohl vorerst „gewaltigsten Aufmarsch nationaler Verbände seit dem Deutschen Tag 1924“.¹⁴⁸⁸ Zwei Tage zuvor veranstaltete die hallische NSDAP zur Siegesfeier der „nationalen Revolution“ mit ungefähr 1.500 Parteiangehörigen einen Dankgottesdienst in den Franckeschen Stiftungen, bevor nach einem Marsch durch die Stadt zum Paradeplatz und einer Ansprache Dohmgoergens die abendliche Siegesfeier der Partei in der Saalschloßbrauerei stattfand. Am alten hallischen Rathaus sowie mehreren anderen Punkten der Stadt waren Lautsprecher angebracht, welche die Feier aus Potsdam übertrugen. Zudem hatten zahlreiche Geschäfte für mehrere Stunden geschlossen, um das Verfolgen der Ereignisse möglich zu machen. Zu Beginn des Tages feierte die Schutzpolizei einen Gottesdienst in der Marktkirche, bevor sie danach zum großen Vorbeimarsch durch die Stadt auf den Roßplatz zog, wo Polizeipräsident Roosen eine Ansprache hielt, in der er eine Abkehr vom „Geist von Weimar“ proklamierte und eine „Einigung im nationalen Deutschen Reich“ hervorhob. Höhepunkt der hallischen Feierlichkeiten war zweifellos der abendliche

¹⁴⁸⁶ Vgl. SZ, 28.2. und 4.3.1933.

¹⁴⁸⁷ Vgl. HN, 6.3.1933. 14 Abgeordnete des Wahlkreises, 11 zogen in den Reichstag, davon 6 Nationalsozialisten, 8 Nationalsozialisten gingen in den Landtag, darunter Gauleiter Jordan, der Führer der Untergruppe Merseburg Weinreich, der landwirtschaftliche Gaufachberater Dr. Hallermann, der Gauwirtschaftsfachberater Karl Simon, der Osterfelder Bürgermeister Pape, der Kreisleiter des Mansfelder Seekreises Ludolf von Alvensleben, der Techniker Georg Altner (Standartenführer der SS-Standarte 23) und der Gaubetriebszellenobmann Heinrich Bachmann.

¹⁴⁸⁸ SZ, 20.3.1933.

Fackelzug, dessen Teilnehmerzahl von der bürgerlichen Presse mit 25.000 bis 26.000 Personen angegeben wurde. Weitere Zehntausende standen in den Straßen, als Stahlhelm, SA, Kriegerverbände, Deutschnationale und weitere andere Organisationen an ihnen vorbeizogen. Die große Abschlusskundgebung mit allen Anhängern vollzog sich im Anschluss daran auf dem Hallmarkt, wo Gaugeschäftsführer Thießler den 5. März als die erste Etappe der „nationalsozialistischen Revolution“ hervorhob. Gleichzeitig pries er „Treue und Ehrlichkeit, Kameradschaft und Disziplin“ in der Zusammenarbeit zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten, die auch zukünftig von Seiten der NSDAP gepflegt werden sollte. Zudem kündigte Thießler an, nach vierzehn Jahren der Verfolgung durch den „nationalen Sozialismus das deutsche Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft, zu einem wirklich einigen deutschen Volk zusammenzuschmieden“.¹⁴⁸⁹ Zur Abschlussfeier am Kaiser-Wilhelm-Denkmal in der Poststraße trafen nach der Kundgebung auf dem Hallmarkt, auf welcher der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Busse zur Unterstützung der „nationalen Erhebung“ aufrief, die Deutschnationalen mit ihren Anhängern zusammen.¹⁴⁹⁰

¹⁴⁸⁹ HN, 22.3.1933.

¹⁴⁹⁰ Vgl. ebd. und SZ, 22.3.1933.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle.....	358
Tabelle 2: Der Zuzug in die Städte (1899).....	358
Tabelle 3: Gewerbliche Niederlassungen im Gesamtgewerbe (Stand 1925 und 1933).....	359
Tabelle 4: Berufliche Gliederung (1925 und 1933).....	359
Tabelle 5: Erwerbspersonen (1925 und 1933).....	359
Tabelle 6: Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung 19. Januar 1919.....	360
Tabelle 7: Ergebnisse der Wahl zur Preußischen Landesversammlung vom 26. Januar 1919.....	360
Tabelle 8: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 27. April 1919.....	361
Tabelle 9: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 6. Juni 1920.....	361
Tabelle 10: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 20.2.1921.....	362
Tabelle 11: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 20. Februar 1921.....	362
Tabelle 12: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 4. Mai 1924.....	362
Tabelle 13: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 1924.....	363
Tabelle 14: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember 1924.....	364
Tabelle 15: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 7.12.1924.....	365
Tabelle 16: Ergebnisse der Wahl des Reichspräsidenten am 29. März 1925 (1. Wahlgang) und am 26. April 1925 (2. Wahlgang).....	365
Tabelle 17: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 29. November 1925.....	366
Tabelle 18: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 20. Mai 1928.....	367
Tabelle 19: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928.....	368
Tabelle 20: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929.....	369
Tabelle 21: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 17. November 1929.....	370
Tabelle 22: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 14. September 1930.....	371
Tabelle 23: Ergebnisse der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 (1. Wahlgang) und am 10. April 1932 (2. Wahlgang).....	372
Tabelle 24: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 24. April 1932.....	373
Tabelle 25: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 31. Juli 1932 und 6. November 1932.....	374
Tabelle 26: Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahlen der Provinz Sachsen 1919-1932..	375
Tabelle 27: Volksbegehren und Volksentscheide.....	376
Tabelle 28: Reichs- und Landtagswahlen der Parteien des sozialistischen und des bürgerlich-nationalen Lagers in Halle.....	377
Tabelle 29: Reichs- und Landtagswahlen der politischen Lager.....	378
Tabelle 30: Wahlkreis 12 (6. Juni 1920).....	379
Tabelle 31: Wahlkreis 55 und Wahlkreis 56 (6. Juni 1920).....	379

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 32: Wahlkreis 12 (7. Dezember 1924)	380
Tabelle 33: Wahlkreis 55 und Wahlkreis 56 (7. Dezember 1924).....	381
Tabelle 34: Wahl zum Reichspräsidenten am 29. März und 26. April 1925 (1. und 2. Wahlgang)	381
Tabelle 35: Wahlkreis 73	382
Tabelle 36: Wahlkreis 73 (Reichstagswahl 20. Mai 1928).....	382
Tabelle 37: Wahlkreis 17 (14. September 1930).....	383
Tabelle 38: Ergebnisse Wahlkreis 73 (14. September 1930).....	384
Tabelle 39: Ergebnisse Wahlkreis 17 (31. Juli 1932)	385
Tabelle 40: Ergebnisse Wahlkreis 73 (31. Juli 1932)	386
Tabelle 41: Wahlen im Wahlkreis 17.....	387
Tabelle 42: Wahlen im Wahlkreis 73.....	388
Tabelle 43: Sozialstruktur im Wahlkreis 17.....	388
Tabelle 44: Sozialstruktur im Wahlkreis 73.....	390
Tabelle 45: Verteilung der Vereinstypen	392
Tabelle 46: Parteimitglieder in Vereinen	394
Tabelle 47: DDP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	395
Tabelle 48: DNVP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	396
Tabelle 49: DVP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	397
Tabelle 50: NSDAP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	397
Tabelle 51: Zentrum-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	398
Tabelle 52: USPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände.....	398
Tabelle 53: SPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände.....	398
Tabelle 54: KPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände	399
Tabelle 55: Reichspartei des deutschen Mittelstandes.....	399
Tabelle 56: Christlich-Sozialer Volksdienst	399
Tabelle 57: Aufwertungs- und Aufbaupartei	399
Tabelle 58: Haus- und Grundbesitzer.....	400
Tabelle 59: Parteimitglieder im Hallischen Bürgerverein.....	400
Tabelle 60: Parteimitglieder im Stahlhelm.....	400
Tabelle 61: Parteimitglieder im Wehrwolf.....	400
Tabelle 62: Parteimitglieder im RFB	401
Tabelle 63: Parteimitglieder im Reichsbanner	401
Tabelle 64: Parteimitglieder in den Logen.....	401
Tabelle 65: Aufbau der KPD-Organisation.....	402
Tabelle 66: Aufbau der NSDAP-Organisation.....	403
Tabelle 67: Kreise der Gauleitung Halle-Merseburg (Stand Januar 1932).....	404

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle

Jahr	Bevölkerung
1933	209.169
1928	202.102
1925	194.575
1919	187.703
1917	170.768
1910	180.843

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 5.

Tabelle 2: Der Zuzug in die Städte (1899)

Berufe	Männlich	Weiblich
Fabrikarbeiter	1.438	
Arbeiter ohne Angabe	1.891	350
Handwerker	2.701	348
Kaufleute, Agenten etc.	1.044	346
In Berufsvorbereitung	2.049	304
Ohne Beruf	1.529	4.268
Militärs, Gelehrte, Beamte	1.397	62
Gastwirtsgewerbe	571	188
Herumziehendes Gewerbe	428	296
Landwirte und Gärtner	354	
Dienstboten oder persönliche Dienste leistend		3.731
aus Deutschland	13.458	9.656
aus dem Ausland	408	237
Von Deutschland insgesamt aus den Städten	15.922	
Von Deutschland vom Lande	9.264	

Quelle: Allendorf, Hans, Der Zuzug in die Städte, Halle 1901, S. 48f. und S. 52f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 3: Gewerbliche Niederlassungen im Gesamtgewerbe (Stand 1925 und 1933)

Betriebe mit Beschäftigten	Gewerbliche Niederlassungen		Zahl der Beschäftigten	
	1925	1933	1925	1933
1-5	8.996 (83,33%)	9.151 (87,43%)	16.053 (20,26%)	16.336 (28,97%)
6-10	848 (7,85%)	700 (6,69%)	6.372 (8,04%)	5.162 (9,15%)
11-50	725 (6,73%)	472 (4,51%)	15.772 (19,91%)	9.817 (17,42%)
51-200	170 (1,57%)	109 (1,04%)	14.933 (18,85%)	10.121 (17,95%)
201-1.000	51 (0,47%)	33 (0,31%)	19.781 (24,97%)	12.936 (22,94%)
1.001-5.000	5 (0,05%)	2 (0,02%)	6.315 (7,97%)	2.013 (3,57%)
Zusammen	10.796 (100,00%)	10.467 (100,00%)	79.226 (100,00%)	56.385 (100,00%)

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 147.

Tabelle 4: Berufliche Gliederung (1925 und 1933)

Jahr	Gesamtbevölkerung	Erwerbspersonen insgesamt	davon männlich	davon weiblich	erwerbslos	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen	Häusliche Dienste	Land- und Forstwirtschaft
16.6. 1925	194.575	88.446	63.091	25.355	407	43.417	27.318	10.208	6.197	1.306
16.6. 1933	209.169	92.944	65.146	27.798	24.199	40.852	31.944	13.694	5.124	1.330

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 23.

Tabelle 5: Erwerbspersonen (1925 und 1933)

Stellung im Beruf	Erwerbspersonen insgesamt			
	1925		1933	
Selbständige	11.877	13,43%	11.076	11,9%
Mithelfende Familienangehörige	1.524	1,72%	2.247	2,4%
Beamte und Angestellte	28.358	32,06%	30.890	33,3%
Arbeiter	41.636	47,08%	43.781	47,1%
Hausangestellte	5.051	5,71%	4.950	5,3%
Zusammen	88.446	100%	92.944	100%

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 22f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 6: Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung 19. Januar 1919

Partei	Ergebnis Halle		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	28.352	28,3	24,2
DVP	1.543	1,5	2,7
DNVP	11.732	11,7	11,5
SPD	15.904	15,9	16,3
USPD	41.163	41,0	44,1
Zentrum	1.612	1,6	1,0
Sonstige	5	0,0	0,2
Wähler/Gültige Stimmen	100.311	100,00	100,00
Wahlberechtigte	126.000		
Wahlbeteiligung		79,6	85,9

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen in der Weimarer Republik, Materialien zum Wahlverhalten 1918-1933, München 1986, S. 67.

Tabelle 7: Ergebnisse der Wahl zur Preußischen Landesversammlung vom 26. Januar 1919

Partei	Ergebnis Halle		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	29.746	33,6	25,6
DVP	132	0,1	2,0
DNVP	11.458	12,9	12,9
SPD	9.606	10,8	14,5
USPD	35.860	40,5	43,9
Zentrum	1.808	2,04	1,1
Wähler/Gültige Stimmen	88.610	99,9	100,0
Wahlberechtigte	126.000		
Wahlbeteiligung		70,3	74,6

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Klöcker, Alois, Der Preußische Landtag: Ein Handbuch über die preußischen Landtagswahlen und den Landtag mit einem Anhang über den Staatsrat, die Provinziallandtage, Gemeindevertretungen, den Reichstag, das Staats- und Reichsministerium, die Parteiorganisationen., Berlin 1921, S. 48-49.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 8: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 27. April 1919

Partei	Ergebnis		
	Stimmen	%	Sitze
DDP	20.815	27,1	20
DVP	1.622	2,1	1
DNVP	8.402	10,9	8
MSPD	7.553	9,8	6
USPD	31.245	40,7	27
Zentrum	1.384	1,8	1
Hausbesitzervereinigung	1.765	2,3	
Kriegsbeschädigte- und Hinterbliebene	1.066	1,4	
Ring der Beamten und Angestellten	2.940	3,8	2
			1
Gültige Stimmen	76.792	99,9	
Ungültige Stimmen	84		
Wähler	76.876		
Wahlberechtigte	126.000		
Wahlbeteiligung		61,0	

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

Tabelle 9: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 6. Juni 1920

Partei	Ergebnis		Ergebnis Regie- rungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	12.717	11,9	10,0
DVP	19.905	18,7	14,3
DNVP	17.328	16,3	19,2
KPD	559	0,5	1,6
SPD	10.133	9,5	8,8
USPD	44.503	41,8	45,2
Zentrum	1.434	1,3	0,9
Sonstige			
Wähler	106.839		
Gültige Stimmen	106.579	100,0	100,0
Wahlberechtigte	138.129		
Wahlbeteiligung		77,3	83,6

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 68.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 10: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 20.2.1921

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	12.441	12,0	9,9
DVP	19.973	19,3	14,4
DNVP	19.237	18,6	22,9
KPD	31.868	30,8	29,8
SPD	10.644	10,3	10,6
USPD	7.566	7,3	11,3
Zentrum	1.891	1,8	1,2
Ungültige Stimmen	347		
Gültige Stimmen	103.620	100,00	100,1
Wähler	103.967		
Wahlberechtigte	119.567	100,00	
Wahlbeteiligung		87,0	81,2

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Preußische Statistik, Band 251, S. 30ff.

Tabelle 11: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 20. Februar 1921

	Ergebnis	
	Stimmen	%
DDP	12.428	12,1
Nationaler Ordnungsblock	38.805	37,6
KPD	31.728	30,8
SPD	10.635	10,3
USPD	7.616	7,4
Zentrum	1.899	1,8
Ungültige Stimmen	388	
Gültige Stimmen	103.111	100,00
Wähler	103.499	
Wahlberechtigte	118.856	
Wahlbeteiligung		87,1

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

Tabelle 12: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 4. Mai 1924

	Ergebnis		Ergebnis Regie- rungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	6.214	5,7	5,2
DVP	18.923	17,5	10,6
DNVP	26.311	24,3	27,5
KPD	29.875	27,6	25,7
SPD	11.221	10,4	15,5
USPD	1.404	1,3	1,7
Zentrum	1.808	1,7	1,2
Völkisch-Sozialer Block	8.206	7,6	8,7
Wirtschaftspartei	2.422	2,2	3,9
Sonstige	1.767	1,6	
Ungültige Stimmen	1.684		
Gültige Stimmen	108.151	99,90	100,0
Wähler	109.835	100,0	
Wahlberechtigte	123.903	100,00	
Wahlbeteiligung		88,6	84,1

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 69.

Tabelle 13: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 1924

	Ergebnis		
	Stimmen	%	Sitze
Ordnungsblock	44.227	41,7	25
KPD	28.974	27,3	16
SPD	13.867	13,1	7
USPD	2.020	1,9	1
Völkisch-Sozialer Block	7.344	6,9	4
Haus- und Grundbe- sitzerverein	9.569	9,0	5
Ungültige Stimmen	1.580		
Gültige Stimmen	106.001	99,9	
Wähler	107.581		
Wahlberechtigte	122.547		
Wahlbeteiligung		87,8	

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

Tabelle 14: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember 1924

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	9.927	9,2	6,9
DVP	17.812	16,5	12,1
DNVP	29.419	27,3	29,7
KPD	27.186	25,2	22,6
SPD	13.043	12,1	18,7
USPD	312	0,3	0,5
Zentrum	1.933	1,8	1,4
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung	3.680	3,4	4,3
Wirtschaftspartei	3.130	2,9	2,9
Sonstige	1.475	1,4	0,9
Ungültige Stimmen	932		
Gültige Stimmen	107.917	100,1	100,0
Wähler	108.849	100,0	
Wahlberechtigte	133.451	100,00	
Wahlbeteiligung		81,6	83,2

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 70.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 15: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 7.12.1924

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	9.881	9,2	6,9
DVP	17.718	16,5	12,1
DNVP	29.323	27,2	29,6
KPD	27.416	25,5	22,9
SPD	13.072	12,1	18,7
USPD	339	0,3	0,6
Zentrum	1.956	1,8	1,4
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung	3.700	3,4	4,4
Wirtschaftspartei	3.284	3,1	3,0
Sonstige	973	0,9	0,5
Ungültige Stimmen	1.025		
Gültige Stimmen	107.662	100,0	100,1
Wähler	108.687		
Wahlberechtigte	133.411		
Wahlbeteiligung		81,5	83,1

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, Band 21, Berlin 1925, S. 240ff.

Tabelle 16: Ergebnisse der Wahl des Reichspräsidenten am 29. März 1925 (1. Wahlgang) und am 26. April 1925 (2. Wahlgang)

	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Karl Jarres	47.389	48,4		
Ernst Thälmann	25.654	26,2	25.591	23,6
Otto Braun	12.959	13,2		
Willy Hellpach	8.622	8,8		
Wilhelm Marx	1.655	1,7	19.540	18,1
Erich Ludendorff	1.514	1,5		
Heinrich Held	138	0,1		
Paul von Hindenburg			63.118	58,3
Wähler	98.361		108.165	
Gültige Stimmen	97.931	99,9	108.249	
Wahlberechtigte	136.559		139.165	
Wahlbeteiligung		72,0		77,7

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 17: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 29. November 1925

	Ergebnis	
	Stimmen	%
DDP	4.264	6,2
Nationaler Ordnungsblock	30.386	44,1
KPD	21.413	31,0
SPD	9.119	13,2
Sparer und Rentner	1.655	2,4
Zentrum	1.404	2,0
Sonstige	734	1,1
Wähler	69.539	
Gültige Stimmen	68.975	100,00
Wahlberechtigte	118.856	
Wahlbeteiligung		53,2

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 18: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 20. Mai 1928

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
DDP	6.206	5,6	4,6
DVP	19.702	17,7	10,3
DNVP	23.454	21,0	21,4
KPD	31.598	28,3	24,4
SPD	16.943	15,2	23,8
Zentrum	2.195	2,0	1,4
NSDAP	2.814	2,5	2,7
Wirtschaftspartei	4.071	3,7	6,0
Volksrechtspartei	1.649	1,5	5,4
Völkisch-Nationaler Block	961	0,9	
Kommunisten (linke)	376	0,3	
Sonstige	1.538	1,4	
Ungültige Stimmen	1.092		
Gültige Stimmen	111.507	100,0	100,00
Wähler	112.599	100,1	
Wahlberechtigte	146.875		
Wahlbeteiligung		76,7	78,3

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72.

Tabelle 19: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928

	Ergebnis		Ergebnis Regierungs-
	Stimmen	%	bezirk
			%
DDP	6.243	5,6	4,6
DVP	19.592	17,7	10,2
DNVP	23.283	21,0	21,4
KPD	31.424	28,4	24,6
SPD	16.820	15,2	23,8
USPD	144	0,1	0,2
Zentrum	2.180	2,0	1,4
NSDAP	2.716	2,5	2,7
Wirtschaftspartei	4.131	3,7	6,0
Volksrechtspartei	1.625	1,5	1,3
Völkisch-Nationaler Block	976	0,9	1,6
Kommunisten (linke)	373	0,3	
Sonstige	1.334	1,2	2,2
Ungültige Stimmen	1.304		
Gültige Stimmen	110.841	100,1	100,0
Wähler	112.145		
Wahlberechtigte	146.875		
Wahlbeteiligung		76,4	78,2

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 71.; Preußische Statistik Band 293, Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928, Berlin 1929, S. 34f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 20: Ergebnisse der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929

	Ergebnis		
	Stimmen	%	Sitze
1. SPD	16.098	16,2	9
3. KPD	25.948	26,2	16
10. Linke Kommunisten (Lenin-Bund)	451	0,5	
15. Haus- und Grundbesitzer	781	0,8	
18. NSDAP	6.263	6,3	3
21. Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft	47.829	48,3	29
22. Vereinigte Liste (Volksrechtspartei, Deutschvölkische, Aufwertungs- und Aufbaupartei)	1.739	1,8	1
Ungültige Stimmen	922		
Gültige Stimmen	99.109	100,1	
Wähler	100.031		
Wahlberechtigte	145.812		
Wahlbeteiligung		68,6	

Quelle: StAH, Wahlbüro, Kap. XII Abt., Nr. 10, Bd. 2, 1929, Bl. 170.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 21: Ergebnisse der Wahl zum Provinziallandtag am 17. November 1929

	Ergebnis	
	Stimmen	%
DDP	3.939	3,9
DNVP	22.182	22,1
DVP	13.188	13,1
KPD	26.124	26,0
SPD	15.796	15,7
Vereinigte Liste (Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung/Volksrechtspartei)	1.259	1,3
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	5.970	6,0
Zentrum	2.076	2,1
NSDAP	7.231	7,2
Haus- und Grundbesitzer	761	0,8
Sonstige	1.798	1,8
Ungültige Stimmen	1.155	
Gültige Stimmen	100.324	100,1
Wähler	101.479	
Wahlberechtigte	150.378	
Wahlbeteiligung		67,5

Quelle: StAH, Wahlbüro, Kap. XII, Nr. 12, Bd. 1.; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 128f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 22: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 14. September 1930

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
SPD	15.647	12,5	19,5
DNVP	14.636	11,7	7,9
Zentrum	2.281	1,8	1,3
KPD	32.424	25,9	25,0
DVP	10.250	8,2	6,1
Deutsche Staatspartei	4.785	3,8	3,1
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	7.092	5,7	5,5
NSDAP	31.737	25,4	21,1
Volksrechtspartei	799	0,6	
Haus- und Grundbesitzer	169	0,1	
Konservative Volkspartei	2.565	2,1	
Christlich-Sozialer Volksdienst	1.776	1,4	
Sonstige	790	0,6	16
Ungültige Stimmen	761		
Gültige Stimmen	124.951	99,8	100,0
Wähler	125.712		
Wahlberechtigte	149.108	100	
Wahlbeteiligung		84,3	85,5

Quelle: StAH, Wahlbüro, Kap. XII, Nr. 12, Bd. 1.; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 128f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 72.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 23: Ergebnisse der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 (1. Wahlgang) und am 10. April 1932 (2. Wahlgang)

	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Duesterberg	17.362	13,2		
Hindenburg	45.194	34,3	44.431	36,3
Hitler	38.852	29,5	51.658	42,2
Thälmann	30.104	22,8	26.219	21,4
Winter	380	0,3		
Zahl der Stimmberechtigten (abzüglich Stimmscheine)	157.731		152.461	
Gültige Stimmen	131.892	100,1	122.308	99,9
Wahlbeteiligung		83,6		80,2

Quelle: StAH, Wahlbüro Kap. XII, Nr. 3, Band 1.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 24: Ergebnisse der Wahl zum preußischen Landtag am 24. April 1932

	Ergebnis		Ergebnis Regierungsbezirk
	Stimmen	%	%
SPD	16.067	12,9	18,9
DNVP	13.094	10,5	7,9
Zentrum	2.301	1,8	1,4
KPD	28.217	22,6	21,9
DVP	3.662	2,9	2,0
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	1.419	1,1	1,0
Deutsche Staatspartei	2.680	2,1	1,6
NSDAP	54.883	44,0	41,8
Landwirte, Haus- und Grundbesit- zer	649	0,5	0,8
Christlich-Sozialer Volksdienst	645	0,5	
Sonstige	1.042	0,8	2,7
Ungültige Stimmen	605		
Gültige Stimmen	124.659	99,7	100,0
Wähler	125.264		
Wahlberechtigte	152.660		
Wahlbeteiligung		82,1	83,6

Quelle: StAH, Wahlbüro, Kap. 12, Nr. 3, Bd. 3; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischen Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 130f.; Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, Band 29, Berlin 1933, S. 218ff.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 25: Ergebnisse der Wahl zum Reichstag am 31. Juli 1932 und 6. November 1932

	Ergebnis Juli 1932		Ergebnis Regierungs-be- zirk	Ergebnis November 1932		Ergebnis Regierungs- bezirk
	Stimmen	%	%	Stimmen	%	%
SPD	18.502	14,9	19,8	16.586	13,4	19,3
NSDAP	51.493	41,4	42,6	39.632	32,1	34,5
KPD	31.800	25,6	24,3	35.001	28,4	27,1
Zentrum	2.947	2,4	1,6	2.684	2,2	1,5
DNVP	13.942	11,2	8,1	21.123	17,1	12,4
DVP	2.225	1,8	1,3	3.916	3,2	2,1
Deutsche Staatspartei	1.450	1,2	1,0	1.391	1,1	0,8
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	574	0,5	1,3	972	0,8	2,2
Christlich-Sozialer Volks- dienst	576	0,5		798	0,6	
Sonstige	892	0,7		1.351	1,1	
Ungültige Stimmen	789			857		
Zahl der Stimmberechtigten	146.840			153.355		
Gültige Stimmen	124.401	100,2	100,0	123.454	100,0	10,0
Abgegebene Stimmen	125.190			124.311		
Wahlbeteiligung		85,3	85,3		81,1	82,0

Quelle: StAH, Wahlbüro, Kap. 12, Nr. 3, Bd. 3; Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 39, 1929–1935, Halle 1937, S. 128f.; Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen, S. 73f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 26: Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahlen in der Provinz Sachsen 1919-1932

	NV 1919	LT 1919	RT 1920	LT 1921	RT 1924I	RT 1924II	LT 1924	RT 1928	LT 1928	RT 1930	LT 1932	RT 1932I	RT 1932II
DDP/ DStP	22,95	23,59	11,11	9,94	5,97	9,2	6,69	4,81	4,81	3,46	1,71	1,03	0,80
DVP	2,69	2,16	13,70	14,79	11,29	16,5	12,68	11,51	11,47	6,25	1,94	1,25	2,17
DNVP	10,92	12,06	16,75	21,31	25,68	27,2	26,59	18,66	18,67	8,14	7,89	7,96	11,70
KPD	34,51		1,39	16,15	17,41	13,92	14,06	15,11	15,18	17,21	15,59	17,85	20,23
SPD	24,82	33,50	18,54	23,11	21,87	27,10	27,28	32,41	32,40	26,8	24,64	24,01	23,32
USPD	4,02	24,54	32,65	10,72	0,94	0,3	0,26		0,09				
Z	0,09	4,15	3,62	3,81	3,86	1,8	3,93	3,51	3,55	3,59	3,77	3,99	3,82
NSDAP					7,13 ^a	3,93 ^b	3,95 ^c	2,32	2,27	19,64	40,61	42,65	36,13
WP				0,16	2,97	3,1	3,71	5,87	5,92	5,25	0,95	0,34	0,24
Sonst.			0,03		1,37	0,9	1,05	5,82	5,65	9,59	2,87	8,8	1,62
WB			83,28	80,69	83,32	83,02	83,08	79,42	79,32	85,5	84,62	86,23	82,72

^a DVFP (Deutschvölkische Freiheitspartei)

^b NSFB (Nationalsozialistische Freiheitsbewegung))

^c NSFP (Nationalsozialistische Freiheitspartei)

Quelle: Falter/Lindenberger/Schumann, Ergebnisse der Wahl und Abstimmungen.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 27: Volksbegehren und Volksentscheide

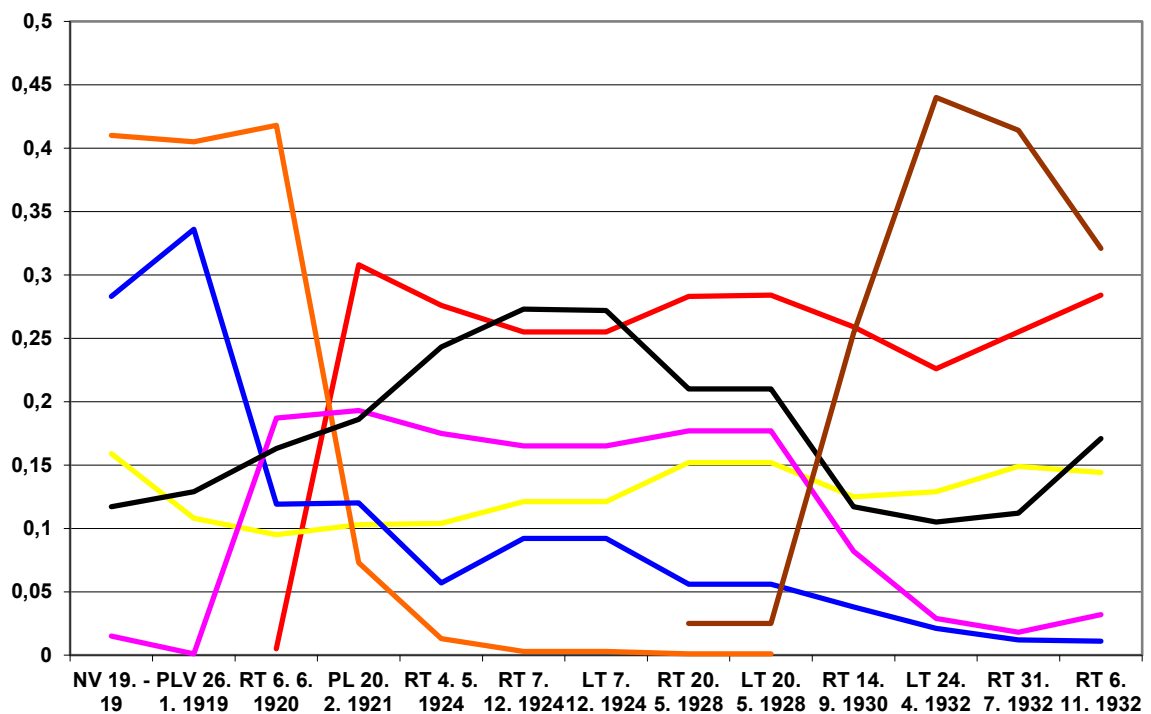
	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
Volksbegehren zur Fürstenenteignung 4.-17.3.1926 134.474 Wahlberechtigte	49.362 36,7%	X
Volksentscheid zur Fürstenenteignung 20.6.1926	53.326% 36,9	1.238 0,9%
Volksentscheid „Panzerkreuzerverbot“ 3.-16.10.1928 144.507 Wahlberechtigte	13.110 9,15	X
Volksbegehren gegen den Young-Plan 16.-29.10.1929	18.855 12,4%	X
Volksentscheid gegen den Young-Plan 22.12.1929 151.783 Wahlberechtigte	30.217 19,9%	1.315 0,9%
Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages 8.-21.4.1931	54.456 36,3%	X
Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages 9.8.1931 149.963 Wahlberechtigte	81.854 54,6%	1.711 1,1%

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. v. Statistischem Amt der Stadt Halle) Heft 38, 1913–1928, Halle 1929, S. 200f.; KK, 18. März 1926; HZ, 23.12.1929; SZ, 22.4. und 10.8.1931; HZ, 23.12.1929.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 28: Reichs- und Landtagswahlen der Parteien des sozialistischen und des bürgerlich-nationalen Lagers in Halle

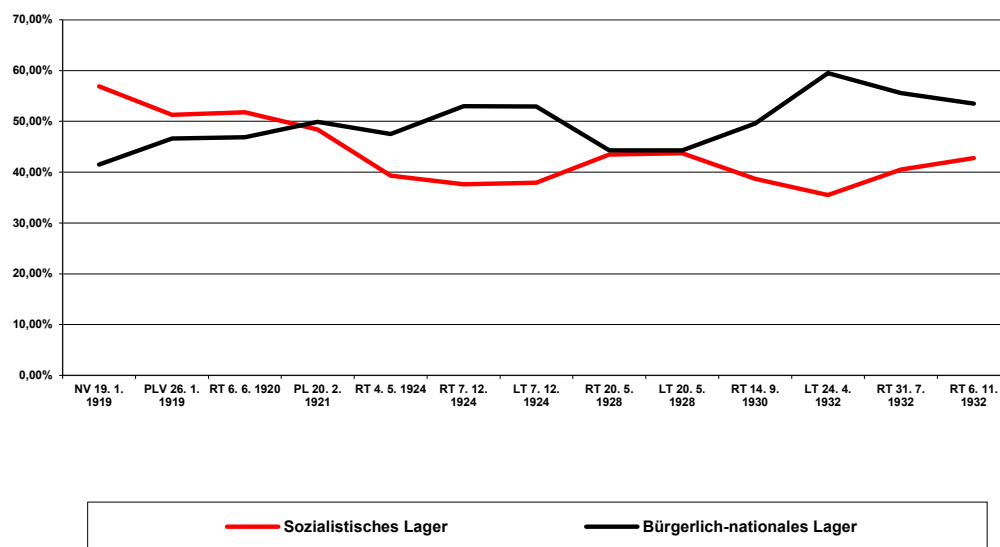
	NV 19.1. 1919	PLV 26.1. 1919	RT 6.6. 1920	PL 20.2. 1921	RT 4.5. 1924	RT 7.12. 1924	LT 7.12. 1924	RT 20.5. 1928	LT 20.5. 1928	RT 14.9. 1930	LT 24.4. 1932	RT 31.7. 1932	RT 6.11. 1932
KPD			0,5	30,8	27,6	25,2	25,5	28,3	28,4	25,9	22,6	25,6	28,4
SPD	15,9	10,8	9,5	10,3	10,4	12,1	12,1	15,2	15,2	12,5	12,9	14,9	14,4
USPD	41,0	40,5	41,8	7,3	1,3	0,3	0,3	0,1	0,1				
DDP/ DStP	28,3	33,6	11,9	12,0	5,7	9,2	9,2	5,6	5,6	3,8	2,1	1,2	1,1
DVP	1,5	0,1	18,7	19,3	17,5	16,5	16,5	17,7	17,7	8,2	2,9	1,8	3,2
DNVP	11,7	12,9	16,3	18,6	24,3	27,3	27,2	21,0	21,0	11,7	10,5	11,2	17,1
NSDAP								2,5	2,5	25,4	44,0	41,4	32,1



Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 29: Reichs- und Landtagswahlen der politischen Lager

	NV 19. 1. 1919	PLV 26. 1. 1919	RT 6. 6. 1920	PL 20. 2. 1921	RT 4. 5. 1924	RT 7. 12. 1924	LT 7. 12. 1924	RT 20. 5. 1928	LT 20. 5. 1928	RT 14. 9. 1930	LT 24. 4. 1932	RT 31. 7. 1932	RT 6. 11. 1932
S.L.	56,9	51,3	51,8	48,4	39,3	37,6	37,9	43,5	43,7	38,4	35,5	40,5	41,8
B.L.	41,5	46,6	46,9	49,9	47,5	53,0	52,9	44,3	44,3	49,1	59,5	55,6	53,5



- NV Nationalversammlung
- PLV Preußische Landesversammlung
- RT Reichstag
- LT Landtag

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 30: Wahlkreis 12 (6. Juni 1920) im Hotel „Kaiserhof“, Reilstraße 132

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
DDP	208	12,4
DVP	396	23,6
SPD	178	10,6
DNVP	446	26,6
Zentrum	8	0,5
USPD	439	26,2
KPD	1	0,1
Ungültige Stimmen	2	
Gültige Stimmen	1676	100,00
Wähler	1678	

Quelle: SZ, 7. Juni 1920 (Abendausgabe).

Tabelle 31: Wahlkreis 55 und Wahlkreis 56 (6. Juni 1920) im Bäckerinnungsheim (Glauchauer Str. 17) und in der Gastwirtschaft zur Blume (Torstr. 29)

Partei	Ergebnis Wahlkreis 55	Ergebnis Wahlkreis 56	Ergebnis in % (zusammen)
DDP	148	37	7,0
DVP	192	77	10,2
SPD	116	72	7,2
DNVP	174	69	9,2
Zentrum	20	3	0,9
USPD	925	779	64,8
KPD	5	12	0,6
Ungültige Stimmen	2	2	
Gültige Stimmen	2.629		100,0
Wähler	2.633		

Quelle: SZ, 7.6.1920.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 32: Wahlkreis 12 (7. Dezember 1924) im Restaurant „Stadt Brandenburg“, Blumenthalstr. 21

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	230	12,5
DNVP	685	37,1
Zentrum	23	1,2
KPD	178	9,6
DVP	380	20,6
Nationale Freiheitspartei	112	6,1
DDP	161	8,7
Wirtschaftspartei	40	2,2
USPD	8	0,4
Aufwertungs- und Aufbaupartei	24	1,3
Freier Wirtschaftsbund	5	0,3
Deutsch-Christliche Partei	1	0,1
Ungültige Stimmen		
Gültige Stimmen	1847	100,1
Wähler		

Quelle: HZ und VB, 8. Dezember 1924.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 33: Wahlkreis 55 und Wahlkreis 56 (7. Dezember 1924) im Bäckerinnungsheim (Glauchauer Str. 17) und in der Gastwirtschaft zur Blume (Torstr. 29)

Partei	Ergebnis Wahlkreis 55	Ergebnis Wahlkreis 56	Ergebnis in %
SPD	163	138	12,2
DNVP	244	142	15,6
Zentrum	20	6	1,1
KPD	614	557	47,3
DVP	268	74	13,8
Nationale Freiheitspartei	14	12	1,1
DDP	101	48	6,0
Wirtschaftspartei	22	28	2,0
Deutsch-Christliche Partei	0	2	0,1
USPD	0	3	0,1
Aufwertungs- und Aufbaupartei	4	5	0,4
Freier Wirtschafts- bund	2	4	0,2
Deutsch-Soziale Partei	4	0	0,2
Ungültige Stimmen			
Gültige Stimmen	2475		100,1
Wähler			

Quelle: HZ, 8. Dezember 1924.

Tabelle 34: Wahl zum Reichspräsidenten am 29. März und 26. April 1925 (1. und 2. Wahlgang)

Kandidat	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Ernst Thälmann	165	10,1	150	8,3
Wilhelm Marx	14	0,9	328	18,2
Paul von Hindenburg			1.324	73,5
Braun	210	12,9		
Jarres	1.028	63,0		
Hellpach	177	10,8		
Ludendorff	38	2,3		
Zusammen	1.632	100,0	1.802	100,0

Quelle: SZ, 30.3.1925 und 27.4.1925.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 35: Wahlkreis 73

Wahl zum Reichspräsidenten am 29. März und 26. April 1925 (1. und 2. Wahlgang)

Kandidat	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Ernst Thälmann	1.108	49,2	1.092	44,8
Wilhelm Marx	23	1,0%	359	14,7
Paul von Hindenburg			986	40,5
Braun	267	11,9		
Jarres	714	31,7		
Hellpach	126	5,6		
Ludendorff	15	0,7		
Zusammen	2.253	100,1	2.437	100,0

Quelle: SZ, 27.4.1925.

Tabelle 36: Wahlkreis 73 (Reichstagswahl 20. Mai 1928) in der Weingärtenschule, Böllberger Weg 125/126, Eingang für Knaben, Erdgeschoss, Zimmer 3

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	149	15,9
DNVP	84	8,9
Zentrum	8	0,9
KPD	566	60,3
DVP	61	6,5
Deutsche Staatspartei	15	1,6
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	33	3,5
NSDAP	4	0,4
Völkisch-Nationaler Block	3	0,3
Volksrechtspartei	6	0,6
Linke Kommunisten	4	0,4
Deutsch-Soziale Partei	3	0,3
Aufwertungs- und Aufbaupartei	1	0,1
Haus- und Grundbesitzerverein	2	0,2
Gültige Stimmen	939	99,9

Quelle: SZ, 21. Mai 1928.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 37: Wahlkreis 17 (14. September 1930) in der Oberrealschule, Staudestr. 1, Seiteneingang Turnhalle

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	155	12,2
DNVP	212	16,6
Zentrum	8	0,6
KPD	134	10,5
DVP	143	11,2
Staatspartei	53	4,2
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	67	5,3
NSDAP	415	32,5
Großdeutsche Liste Schmalix	4	0,3
Deutsches Landvolk	12	0,9
Volksrechtspartei	14	1,1
Konservative Volkspartei	36	2,8
Christlich-Sozialer Volksdienst	19	1,5
Haus- und Grundbesitzer	3	0,2
Ungültige Stimmen	6	
Gültige Stimmen	1.275	99,9
Wahlberechtigte	1.922	
Wahlbeteiligung		66,6

Quelle: SZ, 15. September 1930.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 38: Ergebnisse Wahlkreis 73 (14. September 1930) in der Weingärtenschule, Böllberger Weg 125/126, Eingang für Knaben Erdgeschoß, Zimmer 3

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	109	10,4
DNVP	59	5,6
Zentrum	9	0,9
KPD	632	60,1
DVP	30	2,9
Staatspartei	26	2,5
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	34	3,2
NSDAP	133	12,6
Großdeutsche Liste Schmalix	1	0,1
Volksrechtspartei	3	0,3
Konservative Volkspartei	7	0,7
Christlich-Sozialer Volksdienst	5	0,5
Deutsche Einheitspartei	1	0,1
USPD	1	0,1
Haus- und Grundbesitzerverein	2	0,2
Ungültige Stimmen	18	
Gültig Stimmen	1.052	100,2
Wähler	1.070	
Wahlberechtigte	1.685	
Wahlbeteiligung		63,5

Quelle: SZ, 15. September 1930.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 39: Ergebnisse Wahlkreis 17 (31. Juli 1932) in der Oberrealschule, Staudestr. 1, Seiteneingang Turnhalle

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	170	13,6
NSDAP	630	50,4
KPD	136	10,9
Zentrum	15	1,2
DNVP	222	17,8
DVP	29	2,3
Staatspartei	26	2,1
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	6	0,5
Christlich-Sozialer Volksdienst	9	0,7
Deutsches Landvolk	1	0,1
Sozialistische Arbeiterpartei	1	0,1
Landwirte, Haus- und Grundbesitzer	1	0,1
Freiwirtschaftliche Partei	1	0,1
Nationale Kampfliste für Handwerk	2	0,2
Ungültige Stimmen	0	0
Gültige Stimmen	1.249	100,1
Wahlberechtigte	1.972	
Wahlbeteiligung		63,3

Quelle: HN, 1.8.1932.

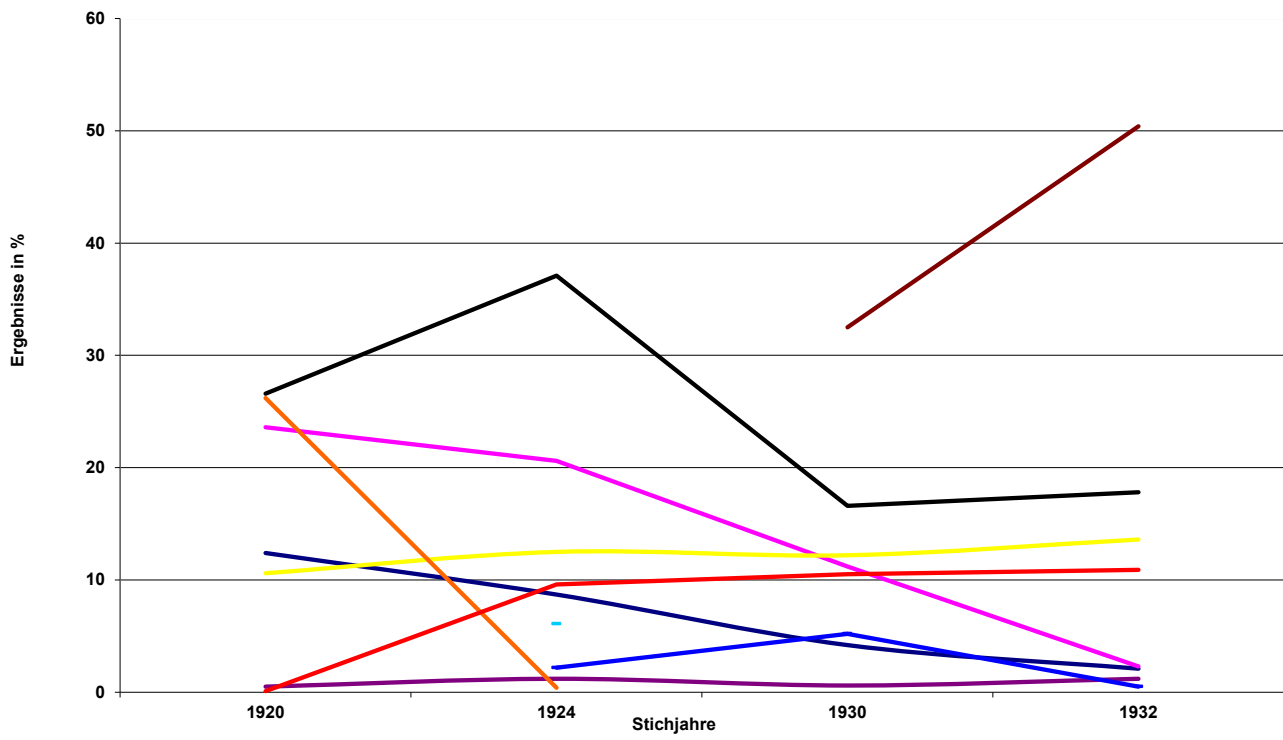
Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 40: Ergebnisse Wahlkreis 73 (31. Juli 1932) in der Weingärtenschule, Böllberger Weg 125/126, Eingang für Knaben Erdgeschoß Zimmer 3

Partei	Ergebnis	Ergebnis in %
SPD	118	11,1
NSDAP	187	17,6
KPD	677	63,6
Zentrum	9	0,8
DNVP	54	5,1
DVP	7	0,7
Staatspartei	6	0,6
Reichspartei des deutschen Mittelstandes	2	0,2
Christlich-Sozialer Volksdienst	2	0,2
Volksrechtspartei	1	0,1
Deutsche Einheitspartei	2	0,2
Ungültige Stimmen	0	0
Gültige Stimmen	1.065	100,2
Wahlberechtigte	1.638	
Wahlbeteiligung		65,0

Quelle: HN, 1.8.1932

Tabelle 41: Wahlen im Wahlkreis 17



Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 42: Wahlen im Wahlkreis 73

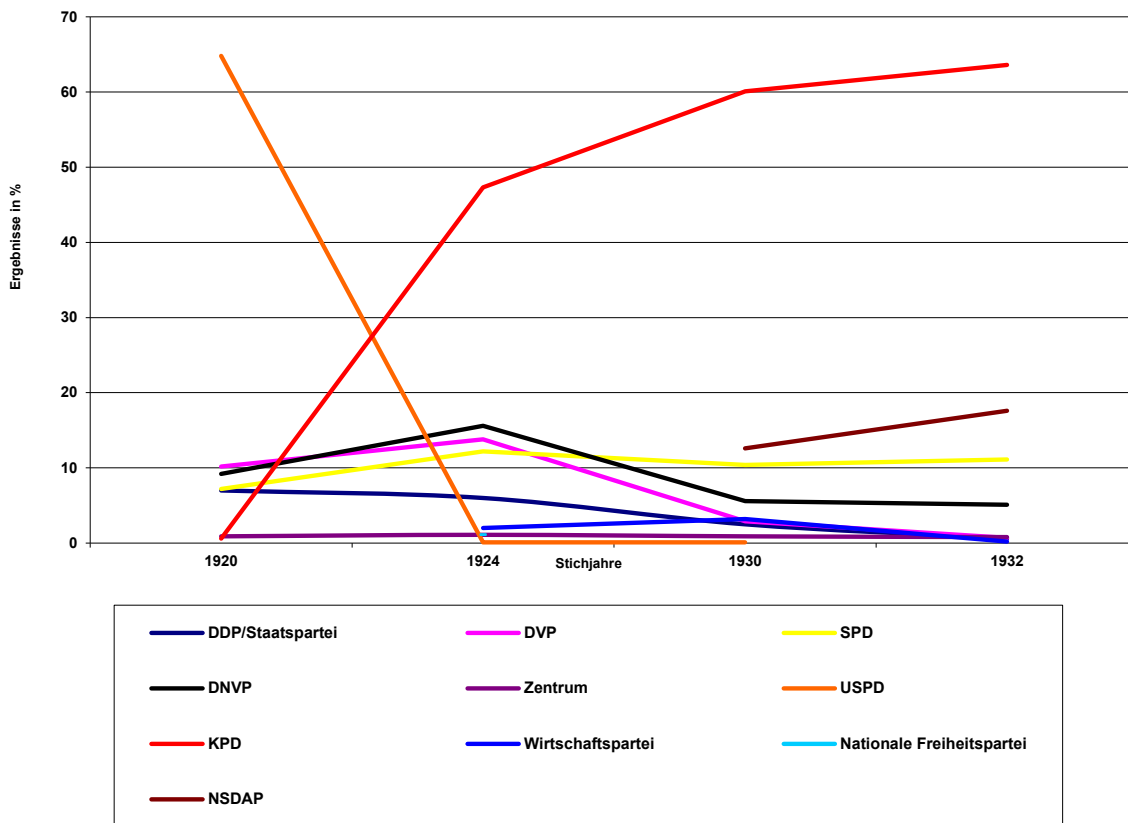
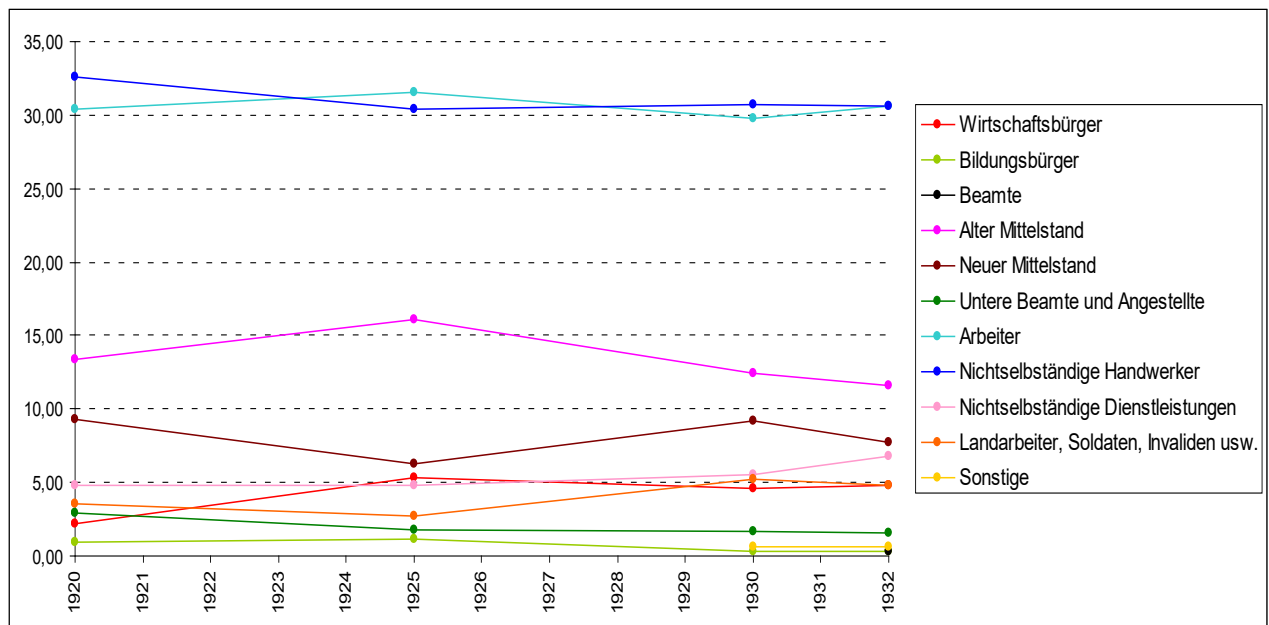
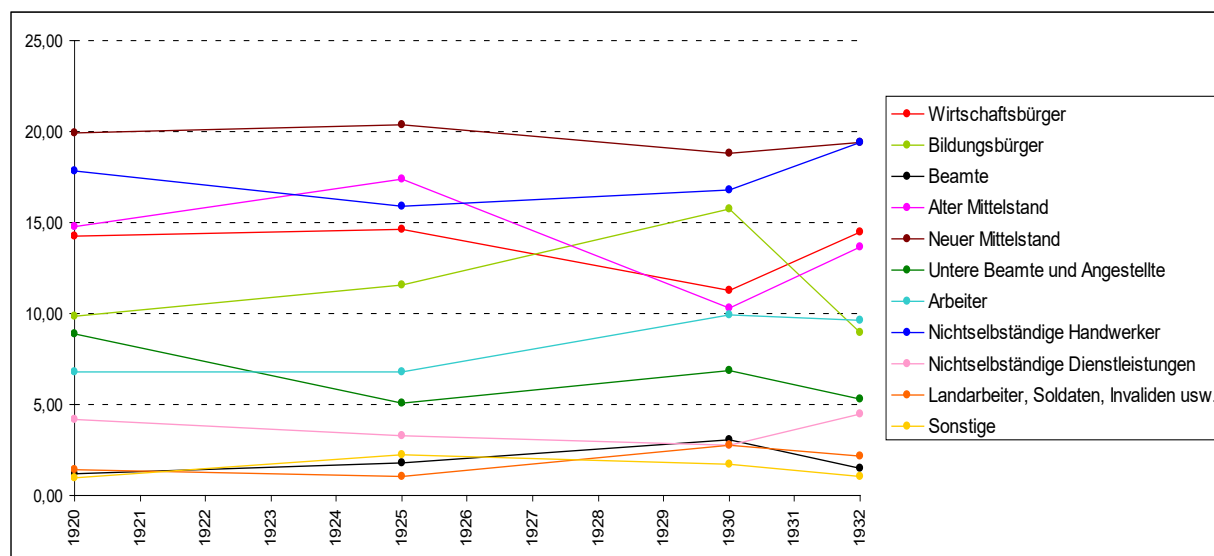


Tabelle 43: Sozialstruktur im Wahlkreis 17



Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

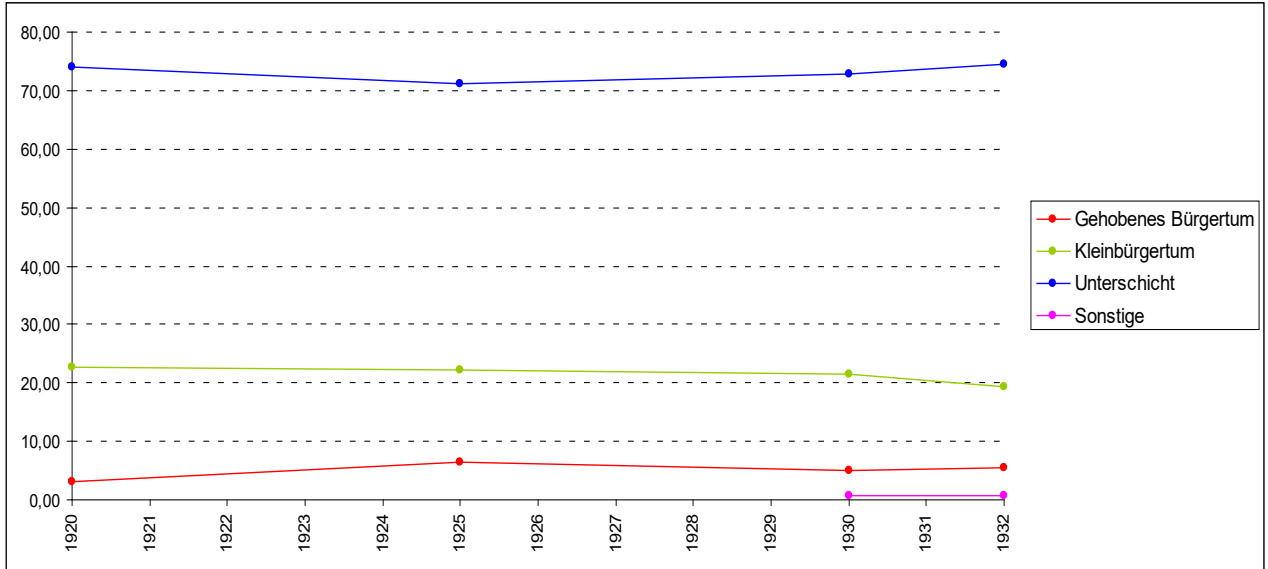
Schichten	1920	1925	1930	1932
Gehobenes Bürgertum	25,29	27,96	30,14	24,95
Kleinbürgertum	34,66	37,78	29,11	33,05
Unterschicht	39,11	31,99	39,04	40,94
Sonstige	0,94	2,27	1,71	1,07



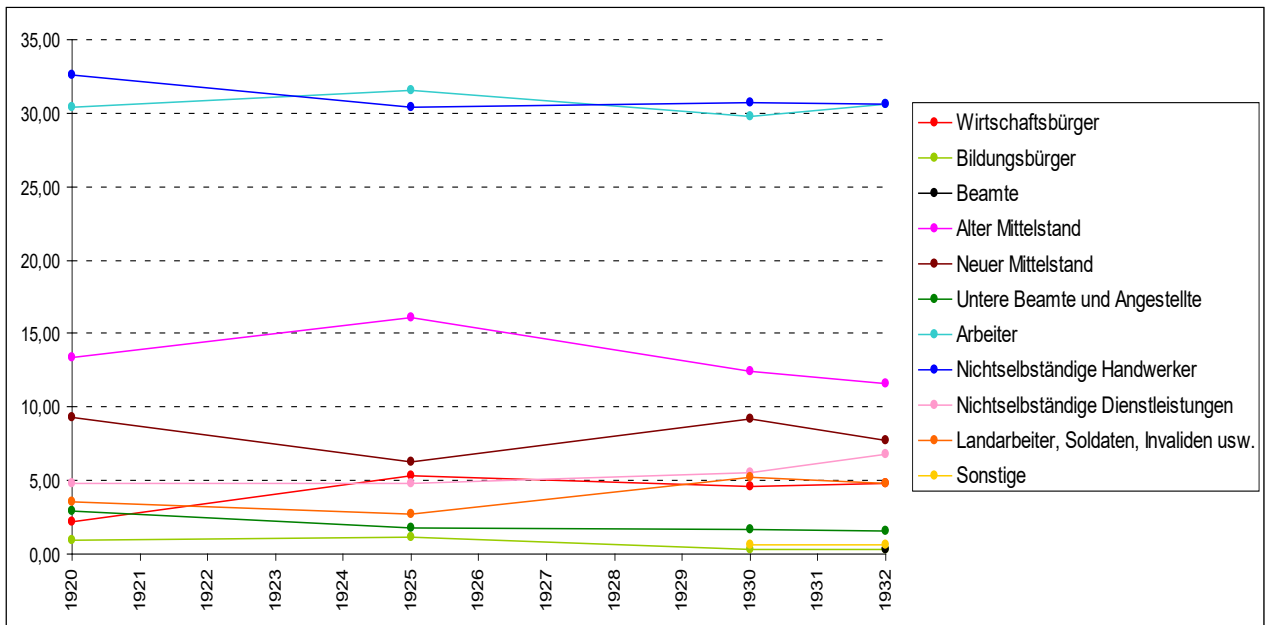
Schichten (Teilgruppen)	1920	1925	1930	1932
Wirtschaftsbürger	14,29	14,61	11,30	14,50
Bildungsbürger	9,84	11,59	15,75	8,96
Beamte	1,17	1,76	3,08	1,49
Alter Mittelstand	14,75	17,38	10,27	13,65
Neuer Mittelstand	19,91	20,40	18,84	19,40
Untere Beamte und Angestellte	8,90	5,04	6,85	5,33
Arbeiter	6,79	6,80	9,93	9,59
Nichtselbständige Handwerker	17,80	15,87	16,78	19,40
Nichtselbständige Dienstleistungen	4,22	3,27	2,74	4,48
Landarbeiter, Soldaten, Invaliden usw.	1,41	1,01	2,74	2,13
Sonstige	0,94	2,27	1,71	1,07

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 44: Sozialstruktur im Wahlkreis 73



Schichten	1920	1925	1930	1932
Gehobenes Bürgertum	3,19	6,55	4,90	5,48
Kleinbürgertum	22,68	22,32	21,57	19,35
Unterschicht	74,12	71,13	72,88	74,52
Sonstige			0,65	0,65



Schichten (Teilgruppen)	1920	1925	1930	1932
Wirtschaftsbürger	3,19	6,55	4,90	5,48
Bildungsbürger	22,68	22,32	21,57	19,35
Beamte	74,12	71,13	72,88	74,52
Alter Mittelstand	13,5	16,5	12,5	11,5
Neuer Mittelstand	9,5	6,5	9,5	8,0
Untere Beamte und Angestellte	3,0	2,0	2,0	2,0
Arbeiter	30,5	31,5	30,0	30,5
Nichtselbständige Handwerker	74,12	71,13	72,88	74,52
Nichtselbständige Dienstleistungen	5,0	5,0	5,5	7,0
Landarbeiter, Soldaten, Invaliden usw.	3,5	3,0	4,5	5,0
Sonstige	1,0	1,0	1,0	1,0

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Wirtschaftsbürger	2,24	5,36	4,58	4,84
Bildungsbürger	0,96	1,19	0,33	0,32
Beamte				0,32
Alter Mittelstand	13,42	16,07	12,42	11,61
Neuer Mittelstand	9,27	6,25	9,15	7,74
Untere Beamte und Angestellte	2,88	1,79	1,63	1,61
Arbeiter	30,35	31,55	29,74	30,65
Nichtselbständige Handwerker	32,59	30,36	30,72	30,65
Nichtselbständige Dienstleistungen	4,79	4,76	5,56	6,77
Landarbeiter, Soldaten, Invaliden usw.	3,51	2,68	5,23	4,84
Sonstige			0,65	0,65

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 45: Verteilung der Vereinstypen

Vereinstyp	1920		1924		1932	
	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %
Armen-Hilfs- u. Unterstützungsvereine	1	0,1	2	0,4	1	0,1
Ärztevereine	3	0,4	2	0,4	7	0,9
Beamtenvereine	33	4,6	9	1,7	16	2,0
Feuerbestattungsvereine					5	0,6
Frauenvereine	19	2,7	15	2,8	33	4,1
Vereine für gemeinnützige Zwecke	44	6,2	37	7,0	66	8,2
Gesang- und Musikvereine	59	8,3	35	6,6	56	7,0
Gesellige Vereine	15	2,1	7	1,3	6	0,7
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	181	25,4	112	21,3	141	17,6
Haus- und Grundbesitzervereine	4	0,6	2	0,4	6	0,7
Vereine für Jugendwohl und Erziehung	1	0,1	1	0,2	5	0,6
Kredit-, Darlehens-, Rabatt-, Spar- und Vorschußkassenvereine	3	0,4	1	0,2		
Kriegervereine	36	5,0	29	5,5	73	9,1
Kriegsbeschädigten-, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge					5	0,6
Kunst- und Künstlervereine	6	0,8	2	0,4	3	0,4
Landsmannschaftliche Vereine	5	0,7	8	1,5	22	2,7
Landwirtschafts- und Gartenbauvereine	13	1,8	7	1,3	20	2,5
Lehrer- und Lehrerinnenvereine	3	0,4	2	0,4	3	0,4
Logen	9	1,3	10	1,9	16	2,0
Lotterievereine	4	0,6				
Mietervereine					2	0,2
Politische Vereine	15	2,1	11	2,1	21	2,7
Radio- und Rundfunkvereine					4	0,5
Rauchklubs	1	0,1				
Religiöse Vereine	67	9,4	52	9,9	52	6,5

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Verein ehemaliger Schüler	2	0,3	1	0,2	2	0,2
Schützengilden und -vereine	5	0,7	8	1,5	7	0,9
Sport- und Sammelvereine	70	9,8	47	8,9	76	9,5
Sprachvereine	3	0,4	4	0,8	7	0,9
Stenographenvereine	21	3,0	16	3,0	24	3,0
Studentische und andere Vereinigungen	30	4,2	47	8,9	44	5,5
Theatervereine	3	0,4	4	0,8	5	0,6
Turnvereine	12	1,7	10	1,9	17	2,1
Wissenschaftliche Vereine	12	1,7	17	3,2	26	3,3
Zuchtvereine	12	1,7	11	2,1	11	1,4
Verschiedene Vereine	21	3,0	18	3,4	20	2,5
Gesamt	713	100,0	527	100,0	802	100,0

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 46: Parteimitglieder in Vereinen

Parteien	Personen 1920	%	Personen 1924	%	Personen 1932	%
DDP	21	38,9	19	38,0	7	16,6
DNVP	13	24,1	12	24,0	10	23,8
DVP	2	3,7	3	6,0	6	14,3
NSDAP	2	3,7			7	16,6
Zentrum	1	1,8	1	2,0		0,0
USPD	5	9,3	1	2,0		0,0
SPD	5	9,3	8	16,0	5	11,9
KPD	2	3,7	3	6,0	2	4,7
Reichspartei des deutschen Mit- telstandes	1	1,8	1	2,0		0,0
Christlich-Sozia- ler Volksdienst			1	2,0	2	4,7
Volksrechtspar- tei						0,0
Aufwertungs- und Aufbaupar- tei	1	1,8				0,0
Haus- und Grundbesitzer	1	1,8			2	4,7
Ordnungsblock			1 (Hüllemann)	2,0	1 (Schüler)	2,3
Deutschsoziale Partei					1	2,3
Gesamt	54	100,0	50	100,0	42	101,9

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 47: DDP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	DDP 1920		DDP 1924		DDP 1932	
	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %
Beamtenvereine	2	8,0				
Frauenvereine					1	14,3
Gesang- und Musikvereine	1	4,0	1	4,3		
Gesellige Vereine	1	4,0	2	8,7		
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	10	40,0	8	34,8	2	28,6
Kredit-, Darlehens-, Rabatt-, Spar- und Vorschuttkassen-Vereine	1	4,0				
Kriegervereine			1	4,3		
Haus- und Grundbesitzervereine	1	4,0	2	8,7		
Landwirtschafts- und Gartenbauvereine	1	4,0				
Lehrer- und Lehrerinnenvereine	1	4,0	1	4,3	1	14,3
Logen	1	4,0	2	8,7		
Politische Vereine	5	20,0	3	13,0	2	28,6
Religiöse Vereine			2	8,7	1	14,3
Schützengilden und -vereine			1	4,3		
Verschiedene Vereine	1	4,0				
Gesamt	25	100,0	23	99,8	7	100,1

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 48: DNVP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	DNVP 1920		DNVP 1924		DNVP 1932	
	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %	Abs. %
Frauenvereine	1	6,25	1	7,7	1	8,3
Vereine für gemeinnützige Zwecke	1	6,25	1	7,7		
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	4	25,0	1	7,7	2	16,7
Kriegervereine					1	8,3
Kunst- und Künstlervereine			1	7,7	1	8,3
Gesang- und Musikvereine	1	6,25				
Logen	1	6,25	1	7,7		
Politische Vereine	1	6,25	1	7,7		
Religiöse Vereine	2	12,5	1	7,7	1	8,3
Verein ehemaliger Schüler	1	6,25				
Sport- und Sammelvereine	1	6,25	1	7,7		
Sprachvereine			1	7,7		
Turnvereine	1	6,25	1	7,7		
Wissenschaftliche Vereine	1	6,25	1	7,7	5	41,7
Verschiedene Vereine	1	6,25	2	15,4	1	8,3
Gesamt	16	100,0 *	13	100,1	12	99,9

* Zur besseren Berechnung wurde hier auf 2 Stellen nach dem Komma gerundet.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 49: DVP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	DVP 1920		DVP 1924		DVP 1932	
	Abs. %		Abs. %		Abs. %	
Frauenvereine					1	12,5
Vereine für gemeinnützige Zwecke			1	25,0		
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	1	25,0			1	12,5
Politische Vereine						
Religiöse Vereine	2	50,0	2	50,0	2	25,0
Kriegervereine					1	12,5
Landsmannschaftliche Vereine					2	25,0
Loge					1	12,5
Wissenschaftliche Vereine			1	25,0		
Gesamt	4	100,0	4	100,0	8	100,0

Tabelle 50: NSDAP-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	NSDAP 1920		NSDAP 1924		NSDAP 1932	
	Abs. %		Abs. %		Abs. %	
Vereine für gemeinnützige Zwecke	1	33,3			1	16,7
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie					2	33,3
Frauenvereine					1	16,7
Kriegervereine					2	33,3
Wissenschaftliche Vereine						
Zuchtvereine	2	66,7			1	
Gesamt	3	100,0			7	100,1

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 51: Zentrum-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	Zentrum 1920		Zentrum 1924	
	Abs. %		Abs. %	
Politische Vereine	1	100,0	1	100,0
Gesamt	1	100,0	1	100,0

Tabelle 52: USPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	USPD 1920		USPD 1924	
	Abs. %		Abs. %	
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	5	100,0	1	100,0
Gesamt	5	100,0	1	100,0

Tabelle 53: SPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	SPD 1920		SPD 1924		SPD 1932	
	Abs. %		Abs. %		Abs. %	
Beamtenvereine			1	12,5		
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	3	60,0	5	62,5	3	60,0
Politische Vereine			1	12,5		
Sport- und Sammelvereine	2	40,0	1	12,5	1	20,0
Kriegsbeschädigten-, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge					1	20,0
Gesamt	5	100,0	8	100,0	5	100,0

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 54: KPD-Parteimitglieder als Vereinsvorstände

Vereinstyp	KPD 1920		KPD 1924		KPD 1932	
	Abs. %		Abs. %		Abs. %	
Vereine für gemeinnützige Zwecke	2	100,0				
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie			1	50,0		
Gesang- und Musikvereine					1	50,0
Sprachvereine			1			
Sportvereine				50,0	1	50,0
Gesamt	2	100,0	2	100,0	2	100,0

Tabelle 55: Reichspartei des deutschen Mittelstandes

Vereinstyp	RdM 1920		RdM 1924	
	Abs. %		Abs. %	
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	1	50,0	1	50,0
Schützengilden und -vereine	1	50,0	1	50,0
Gesamt	2	100,0	2	100,0

Tabelle 56: Christlich-Sozialer Volksdienst

Vereinstyp	CSV 1924		CSV 1932	
	Abs. %		Abs. %	
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	1	100	1	100,0
Politische Vereine				
Gesamt	1	100,0	2	100,0

Tabelle 57: Aufwertungs- und Aufbaupartei

Vereinstyp	AuA 1920	
	Abs. %	
Sport- und Sammelvereine	1	100,0
Gesamt	1	100,0

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 58: Haus- und Grundbesitzer

Vereinstyp	HuG 1920		HuG 1932	
	Abs. %		Abs. %	
Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie	2	50,0	1	50,0
Haus- und Grundbesitzervereine			1	50,0
Gesamt	1	100,0	1	100,0

Tabelle 59: Parteimitglieder im Hallischen Bürgerverein

	DNVP	DVP	DDP	RdM	Ordnungsblock
Mitglieder	5	2	13	1	3

Tabelle 60: Parteimitglieder im Stahlhelm

	DNVP	DVP	NSDAP	HuG	RdM	Konservative Volkpartei
Mitglieder	23	4	8	1	1	1

Tabelle 61: Parteimitglieder im Wehrwolf

	DNVP	NSDAP
Mitglieder	1	5

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 62: Parteimitglieder im RFB

	KPD	Linke Kom- munisten
Mitglieder	15	1

Tabelle 63: Parteimitglieder im Reichsbanner

	SPD	DPD
Mitglieder	6	2

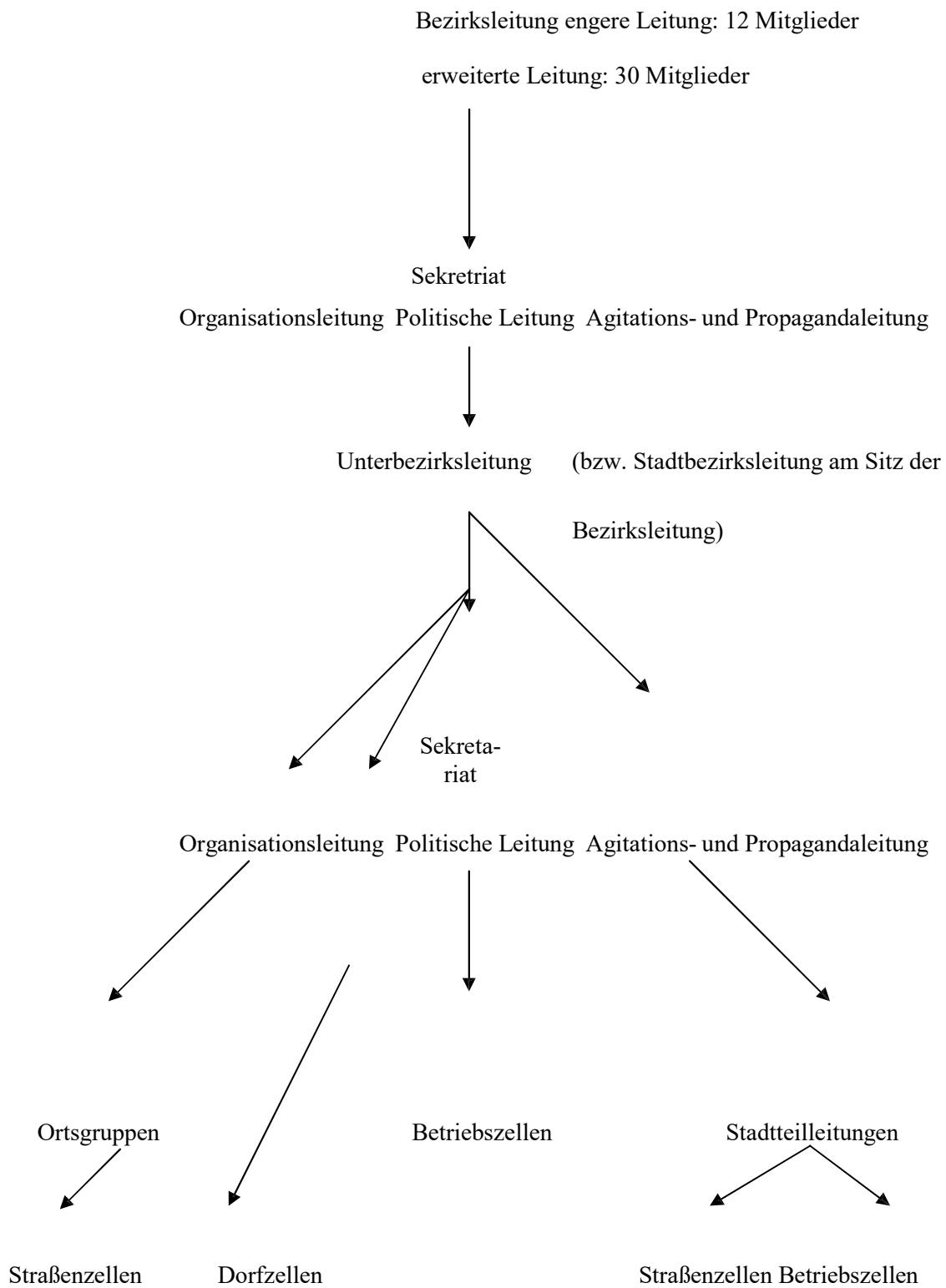
Tabelle 64: Parteimitglieder in den Logen

	DNVP	DVP	DDP	NSDAP	HuG	Ordnungs- block
Mitglieder	11	7	18	1	1	1

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 65: Aufbau der KPD-Organisation

KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg (Stand nach Neuordnung des Parteaufbaus, Juli 1932)



Quelle: Classe, Karl-Heinz, Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum Vorabend der Brüsseler Konferenz 1935, Diss., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1970, S. 152.

Tabelle 66: Aufbau der NSDAP-Organisation

1. Mitglieder der Gauleitung Halle-Merseburg (Stand Januar 1932)

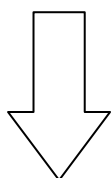
1.	Gauleiter	Pg. Rudolf Jordan
2.	Gaugeschäftsführer	Pg. Walter Thiessler
3.	Gauschatzmeister	Pg. Karl Richter
4.	Gaupropagandaleiter	Pg. Hermann Demann
5.	Gausturmführer	Pg. Hans Weinreich
6.	Gau-Uschla-Vorsitzender	Pg. Fritz Tiebel
7.	Wirtschaftspolitische Abteilung	Pg. Karl Simon
8.	Abteilung für Arbeitsdienstpflicht	Pg. Karl Simon
9.	Landwirtschaftliche Abteilung	Pg. Dr. August Hallermann
10.	Betriebszellen-Abteilung	Pg. Heinrich Bachmann
11.	Kulturabteilung	Pg. Georg Radegast
12.	Presseabteilung	Pg. Walter Tiessler
13.	Abteilung für Arbeitsrechtsfragen	Pg. Fritz Schillick
14.	Beamtenfragen	Pg. Fritz Tiebel
15.	Juristische Abteilung	Pg. Dr. Hans Tiessler
16.	Ingenieurtechnische Abteilung	Pg. Steinle
17.	Kriegsbeschädigten-Abteilung	Pg. Schulze
18.	Fachberater für Ärztefragen	Pg. Dr. Ehrhard Hamann
19.	Gauforstberater	Pg. Dr. Jäger
20.	Führer der Hochschulgruppe	Pg. Hans Börner (Stand August 1931)
21.	Schulabteilung	Pg. von Naversberg

Quelle: BArch, NS 22/1051, Die Führung, Januar 1932, S. 3; ebd., August 1931, S. 2; Rademacher, Michael, Handbuch der NSDAP-Gaue 1928-1945, Vechta 2000, S. 68f.

Verzeichnis der Tabellen, Graphiken und Übersichten

Tabelle 67: Kreise der Gauleitung Halle-Merseburg (Stand Januar 1932)

- | | |
|---------------------------|------------------------|
| 1. Kreis Bitterfeld | 9. Kreis Querfurt |
| 2. Kreis Delitzsch | 10. Kreis Sangerhausen |
| 3. Kreis Eckartsberga | 11. Kreis Saalkreis |
| 4. Kreis Liebenwerda | 12. Kreis Schweinitz |
| 5. Kreis Mansfeld Gebirge | 13. Kreis Torgau |
| 6. Kreis Mansfeld See | 14. Kreis Weissenfels |
| 7. Kreis Merseburg | 15. Kreis Wittenberg |
| 8. Kreis Naumburg | 16. Kreis Zeitz |
| 17. Kreis Halle-Stadt | |



Kreisleiter

(bis 1933 Bruno Czarnowski,
ab 1933 Carl Julius Dohmgoergen)

30 Ortsgruppen (Stand 1.7.1933):

Hallmarkt, Universität, Ratshof, Kaiserplatz,
Viktoriaplatz, Roßplatz, Paulusring, Glaucha,
Hofjäger, Rannischer Platz, Steintor, Friedrichsplatz,
Leipziger Turm, Moritzburg, Neumarkt, Freiimfelde,
Wasserturm, Berliner Straße, Pfännerhöhe,
Johannisplatz, Thielenplatz, Cröllwitz, Trotha,
Giebichenstein, Wittekind, Lutherlinde, Bergmannstrost
Paul Berck, Gesundbrunnen, Wasserturm-Süd

Kreisgeschäftsführer,
Kreisverwalter der
NS-Organisationen
(DAF, NSV etc.)

Quelle: BArch, NS 22/1051, Die Führung, Januar 1932, S. 4; SZ, 4.7.1933 zu hallischen Ortsgruppen.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
ApuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AStA	Allgemeinen Studentenausschuss
BArch	Bundesarchiv Berlins
BDC	Berlin Document Center
BL	Bezirksleitung
Bl.	Blatt
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVSTB	Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund
GG	Geschichte und Gesellschaft
GStPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HBV	Hallischer Bürgerverein
HJ	Hitler-Jugend
HN	Hallische Nachrichten
HZ	Hallesche Zeitung
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
KK	Klassenkampf
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

Abkürzungsverzeichnis

Komintern	Kommunistische Internationale
LHASA Magdeburg	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg
LHASA, MER	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Merseburg
LLL	Liebknecht-Luxemburg-Lenin
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDStB	Nationalsozialistischer deutscher Studentenbund
MARSCH	Marxistische Arbeiterschule
MdL	Mitglied des Landtages
MdPL	Mitglied des preußischen Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
OP	Oberpräsident
Pg.	Parteigenosse/Mitglied der NSDAP
PO	Politische Organisation der NSDAP
PP	Polizeipräsident
PW	Politischer Wegweiser
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation
ROL	Reichsorganisationsleiter
RmdI	Reichsminister des Inneren, Reichsministerium des Inneren
RP	Regierungspräsident
RPL	Reichspropagandaleitung, Reichspropagandaleiter
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StAH	Stadtarchiv Halle

Abkürzungsverzeichnis

SZ	Saale-Zeitung
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Volksblatt
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Wehag	Werke der Stadt Halle AG
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin (BArch)

R 45 II	Deutsche Volkspartei
R 72	Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten
R 1501	Reichsministerium des Inneren
R 8005	Deutschnationale Volkspartei
NS 18	Reichspropagandaleitung der NSDAP
NS 22	Reichsorganisationsleiter der NSDAP
NS 26	Hauptarchiv der NSDAP
PK	Akten aus der Partei
SA	Personenbezogene Unterlagen von SA-Mitgliedern
SSO	SS-Offiziersakten

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)

Ry 1/I 3/11	Bestand KPD-Bezirk Halle-Merseburg
Sg Y 30	Bestand Erinnerungen

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Archiv

Carl Severing 235

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GstA PK)

I. HA Rep. 77	Bestand Ministerium des Innern, Titel 4043
I. HA Rep. 84 a	Bestand Justizministerium
I. HA Rep. 90	Bestand Staatsministerium Annex P Lageberichte Bd. 10,2

Landeshauptarchiv Magdeburg (LHASA MD)

Rep. C 20 I b	Bestand Der Oberpräsident
---------------	---------------------------

Quellen- und Literaturverzeichnis

Landeshauptarchiv Merseburg (LHASA, MER)

Rep. C 48 I a Bestand Präsidialregistratur
Rep. C 48 I e Bestand Polizeiregistratur
Rep. C 48 I h Bestand Kommunalregister
Rep. C 48 II Bestand Neuere Polizei-Sachen
Rep. C 128 Bestand Landgericht Halle
Rep. C 129 Bestand Amtsgericht Halle

Stadtarchiv Halle (StAH)

Centralbüro

Generalia Nr. 37 Bd. 1-4

Ortsausschuss für Jugendpflege

Personalamt

Stadtverordnetenbüro

Stadtverordnetenversammlung

Wahlbüro

Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel

Signatur SP-10 Lina Mayer-Kuhlenkampff

2. Adressbücher und Statistiken

Adreßbuch für Halle a.d.S. und Umgebung: unter Benutzung amtlicher Quellen, 1920 – 1932.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 21, Die Sportvereine in Halle und die Sportanlagen in Halle 1910-1912, Halle 1913.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 30, Statistische Jahresübersichten für Halle a. S. 1913, Halle 1914.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 36, Die binnenwirtschaftliche Verflechtung von Halle und Umgebung, Halle 1928.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 37, Die Wohnungen in Halle und Umgebung, Halle 1929.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wohnung, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 38, 1913-1928, Halle 1929.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wohnung, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), Heft 39, 1929-1935, Halle 1937.

Die Statistik des deutschen Reiches, Neue Folge, Bd. 250 (Wahl 1912), 291 (Wahl 1920), 315 (Wahl 1924), 372 (Wahl 1928), 382 (Wahl 1930), 401 (Volkszählung 1925), 427 (RP 1932), 434 (Wahlen 1932/33)

Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd. 8 Provinz Sachsen, Berlin 1931.

NSDAP-Parteistatistik 1925, Band I, Band III.

Preußische Statistik, Band 251.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909, Halle 1909.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, München

Statistische Monatsberichte der Stadt Halle (hg. vom Amt für Wohnung, Verkehr und Statistik der Stadt Halle), 27. Jahrgang, Heft 4-6, Halle 1933.

Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Jena 1934.

Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich (hg. vom Statistischen Reichsamt), 52. Jahrgang, Berlin 1933.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (hg. vom Preußischen Statistischen Landesamt), Bd. 21, Berlin 1925.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (hg. vom Preußischen Statistischen Landesamt), Bd. 29, Berlin 1933.

Verwaltungsbericht der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1926/27-1944, bearb. im Statistischen Amt Halle/Saale.

3. Zeitungen

Hallische Nachrichten, Generalanzeiger für Halle und die Provinz Sachsen.

Hallesche Zeitung, Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen.

Klassenkampf, Organ der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Saale-Zeitung, Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland, Hallesche Neueste Nachrichten.

Volksblatt, Sozialdemokratische Zeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg.

Der Kampf, Amtliches Organ der NSDAP für den Gau Halle-Merseburg (ab 1.10.1932 als

Quellen- und Literaturverzeichnis

Mitteldeutsche Nationalzeitung)

Das Banner, nationale Wochenschrift der deutschen Volkspartei im Wahlkreis Halle-Merseburg, 1919-1920, Halle.

Der Deutschnationale, Nachrichtenblatt der Deutschnationalen Volkspartei, Volksverein Halle-Saalkreis, 1.1926-25.1928, Halle.

Der Wehrwolf, 1924-1933 (1.1924, 3.1926), Halle

Der Wehrwolf, 1924, 1925, 1930, 1931 (2), Halle.

Jahresbericht Vaterländischer Frauen – Zweigverein vom Roten Kreuz, Halle 1919-1933.

Mitteldeutsche Rundschau, Organ des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Gau Mitteldeutschland, Halle 1921-1932.

Volkskalender der Kommunistischen Partei Deutschlands, Merseburg 1923, Jena.

Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei (hg. vom Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei), 1928/1929, Halle.

Wochenblatt für den Synagogenbezirk Halle a. S.

4. Gedruckte Quellen und Literatur

4.1. Gedruckte Quellen

Adressbuch für Halle an der Saale und Umgebung, unter Benutzung amtlicher Quellen, Halle 1918-1926.

Bund Königin Luise: 10 Jahre im Freiheitskampf, 1923-1933, Halle a.d.S. 1933.

Deutsche Biographische Enzyklopädie (hg. von Walter Killy und Rudolf Vierhaus), München 1998.

Die geeinte Arbeiterklasse – die Kraft, die die Militaristen bändigt (hg. von der Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der halleschen Arbeiterbewegung), Halle 1960.

Die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921 (hg. von SPD-Bezirksleitung Halle), Halle 1921

Dokumente und Materialien zur Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg bis 1933, Halle 1982.

Durch Kampf zum Sieg, Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis 1889-1914.

Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum des Vaterländischen Frauen-Zweig-Vereins, Halle 1866-1916, Halle 1916.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Führer durch das NS-Museum des Gaues Halle-Merseburg der NSDAP (hg. von der Kreisleitung der NSDAP), Halle 1934.

Gaststätte St. Nikolaus (Text H. Freydanck), Halle 1937 (2. Auflage).

Halle als Kultur und Wirtschaftsraum (hg. von den Hallischen Nachrichten), Halle 1928.

Halle im Ausblick auf das Jahr 1929, Halle 1929.

Hallescher Turn- und Sportalmanach (hg. von Franz Joest), Halle 1925.

Hallesches Adressbuch, unter Benutzung amtlicher Quellen, Halle 1927-1932, Halle.

Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, 1946.

Handbuch für den Preußischen Landtag 1932 (4. Wahlperiode), Berlin 1932.

Hundertundein Stolperstein in Halle an der Saale, hg. vom Verein Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2007, S. 23.

Jahrbuch Hallescher Turn- und Sportverein e.V., 1926-1934, Halle.

Mitteilungen aus dem Halleschen Turn- und Sportverein, Halle 1925-1930.

Neue Deutsche Biographie 4 (1959).

Neue Deutsche Biographie 3 (1957).

Neue Deutsche Biographie 9 (1972).

Neue Deutsche Biographie 23 (2007).

Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg (hg. von Fritz Kroh), Halle 1922.

Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland (hg. vom Stahlhelm, Landesverband Halle-Merseburg), Halle 1925/1926.

Stahlhelm-Handbuch, Berlin 1931.

Stahlhelm-Jahrbuch, Magdeburg 1925-1927.

Zur Eröffnung des Volksparkes Halle a./S. am 13. Juli 1907, Schkeuditz 1907.

4.2. Literatur

Adloff, Frank, Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis, Frankfurt am Main 2005.

Allen, William S., Das haben wir nicht gewollt. Die NS-Machtergreifung in einer Kleinstadt. 1930 – 35, Gütersloh 1966.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Allendorf, Hans, Der Zuzug in die Städte, Halle 1901.

Amlung, Ullrich, Adolf Reichwein: 1898 - 1944. Ein Lebensbild des politischen Pädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers, Bd. 1.2, Frankfurt 1991.

Anders, Freia/Gilcher-Holtey, Ingrid, Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols: Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 2006.

Angress, Werner T., Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923, Düsseldorf 1973.

Barsickow, Heinz-Joachim, Politische Lager und Reichstagswahlen im Raum Herne vor dem 1. Weltkrieg, Bochum 2004.

Benz, Wolfgang/Bergmann, Werner, Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg im Breisgau 1997.

Berg, Dietroff, Der Wehrwolf 1923-1933, Vom Wehrverband zur nationalpolitischen Bewegung, Toppenstedt 2008.

Berghahn, Volker Rolf, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Berman, Sheri, Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: World Politics, Vol. 49, No. 3 (April 1997), S. 401-429.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918 – 1920, Hamburg 1992.

Birk, Gerhard, Versuch einer Typologisierung des bürgerlichen Vereinswesens der Stadt Magdeburg im Jahre 1925, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 46/1984, S. 4-42.

Blasius, Dirk, Weimars Ende, Bürgerkrieg und Politik, Göttingen 2005.

Blessing, Werner K., Diskussionsbeitrag: Nationalsozialismus unter „regionalem Blick“, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region, München 1996, S. 47-61.

Böhles, Marcel, Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden und Württemberg, 1924 bis 1933 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen; Bd. 62), Essen 2016.

Böhnke, Wilfried, NSDAP im Ruhrgebiet 1920 bis 1933, Bonn 1974.

Böl, Hansjoachim, Zur Entwicklung der kommunalpolitischen Konzeption der KPD von 1929-1932, Univ. Halle, Diss., 1975.

Bölling, H. G., Das Gutachten des Reichskommissars über die Verwaltung der Stadt Halle, sein allgemeiner, verwaltungs- und finanzpolitischer Ideengehalt, in: Reichsverwaltungsblatt 55 (1934), S. 930-935.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Bösch, Frank, Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Politische Kultur der Zwischenkriegszeit 1918-1939 (Sonderheft Geschichte und Gesellschaft 21), Göttingen 2005, S. 151-182.

Bösch, Frank, Das konservative Milieu – Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.

Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014.

Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, Düsseldorf 1987.

Bracher, Karl Dietrich, Ende des bürgerlichen Zeitalters? Betrachtungen zur antibürgerlichen Welle der Zwischenkriegszeit, in: Pöls, Werner (Hg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (Walter Bußmann zum 65. Geburtstag), Stuttgart 1979, S. 156-174.

Breuer, Stefan, Nationalismus und Faschismus – Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005.

Bulst, Neithard/Gilcher-Holtey, Gisela/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), Gewalt im politischen Raum. Analysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2008.

Classe, Karl-Heinz, Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum Vorabend der Brüsseler Konferenz 1935, Diss., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1970.

Dann, Otto, Vereinsbildung in Deutschland in historischer Perspektive, in: Heinrich Best (Hg.), Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation, Bonn 1993, S. 119-142.

Dierker, Herbert, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre: Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, Essen 1990.

Dolgner, Dieter, Gasthäuser in Halle an der Saale, in: Dolgner, Dieter (Hg.), Historische Gasthäuser der Stadt Halle/Saale, Halle 1999, S. 6-30.

Düding, Dieter, Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft, in: Dülffer, Jost/Holl, Karl (Hg.), Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen 1986, S. 99-121.

Eberle, Henrik, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit der Nationalsozialismus 1933-1945, Halle 2002.

Elliot, C. J., The Kriegervereine and the Weimar Republic, in: Journal of contemporary history 10 (1975), S. 109-129.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Emcke, Carolin, Wiedergutmachung „Da hakt es im Gesetz“, in: Der Spiegel 30/2000, Seite 50-51.
- Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/1920, Düsseldorf 1967.
- Fackenheim, Emil, An Epitaph for German Judaism, From Halle to Jerusalem. Madison: University of Wisconsin Press, 2007.
- Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.
- Falter, Jürgen W./Hänisch, Dirk, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-33, in: Archiv für Sozialgeschichte 25 (1986), S. 179-216.
- Falter, Jürgen W./Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, Materialien zum Wahlverhalten 1918-1933, München 1986.
- Fattmann, Rainer, Bildungsbürger in der Defensive: die akademische Beamtenschaft und der „Reichsbund der höheren Beamten“ in der Weimarer Republik, Göttingen 2001.
- Finker, Kurt, Die militaristischen Wehrverbände der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges (1924-1929); Habil. Potsdam 1964.
- Förster, Birte, Der Königin Luise-Mythos. Mediengeschichte des „Idealbilds deutscher Weiblichkeit“ 1860 – 1960, Göttingen 2011.
- Frei, Norbert (Hg.), Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus? (= Vorträge und Kolloquien; Bd. 22), Göttingen 2018.
- Frei, Norbert, Der Führerstaat, Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945, München 1987.
Ders., „Machtergreifung“, Anmerkung zu einem historischen Begriff, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1983 (21), S. 136-145.
- Freitag, Werner/Minner, Katrin/Ranft, Andreas, Geschichte der Stadt Halle, Band 2, Halle im 19. und 20. Jh., Halle 2006.
- Freitag, Werner/Minner, Katrin, Vergnügen und Inszenierung, Stationen städtischer Festkultur in Halle, Halle 2004.
- Frevort, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung, Göttingen 2005.
- Fuge, Janina, „Ohne Tod und Sterben kein Sieg“: Die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges in der Hamburger Erinnerungskultur der Weimarer Republik, Historical Social Research 34 (2009), S. 356-373.
- Gerber, Jan, Die Reichsgründungsfeiern der Universität Halle-Wittenberg in der Zeit der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502-2002, Halle, 2002, S. 407-431.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Gieseke, Jens, Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit (MfS-Handbuch), Hg. BStU. Berlin 2012.

Gorski, Günter, Das „rote Halle“ an der Seite der Sowjetunion. Zur Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Werktätigen Halles und der UdSSR. Teil I 1917-1932, Halle 1968.

Häberlen, Joachim, Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38, Göttingen 2013.

Hänisch, Dirk, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik, Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924 bis 1933, Duisburg 1983.

Hänisch, Ria, Das Museum der nationalsozialistischen Erhebung, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 2003 (13), Sonderheft, Studentische Beiträge zur Universitäts- und Stadtgeschichte, Halle 2003, S. 122-142.

Harnack, Axel von, Ernst von Harnack, Ein Kämpfer für Deutschlands Zukunft, Schweningen 1951.

Hattenhorst, Maik, Magdeburg 1933: Eine rote Stadt wird braun, Halle 2010.

Hauser, Andrea, Halle wird Großstadt. Stadtplanung, Großstadtleben und Raumerfahrung in Halle an der Saale 1870-1914, Halle 2006.

Hecht, Cornelia, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003.

Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.), Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002.
Hellfaier, Karl-A., Die sozialdemokratische Bewegung in Halle/Saale (1865-1890), Bielefeld 1961.

Hennig, Eike, (Hg.), Hessen unterm Hakenkreuz – Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt/Main 1983.

Ders., Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort. Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.), Politik und Milieu – Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119-154.

Herbert, Ulrich, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Herbst, Detlev, Früherer Rabbiner erhält Doktorwürde zurück, in: Mitteldeutsche Zeitung, Halle 16. Februar 2015.

Herlemann, Beatrix, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977.

Hermann, Jürgen, Mythos Hallescher FC Wacker 1900, Von der Ulrichskirche zum Mitteldeutschen Meister 1900-1944, Hildesheim 2019.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Hermann, Jürgen, Die Entwicklung der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg zur marxistisch-leninistischen Massenpartei (1924-1929), Diss. Univ. Halle, 1974.

Hermann, Rita, Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik: Programmatische Positionen und Aktionen, dargestellt am Kampf der Partei im Landtag der Provinz Sachsen und in Kommunalparlamenten des Regierungsbezirkes Merseburg (1924-1933), Diss. Univ. Halle, 1986.

Herrmann, Ingrid, „Der Staat ist, was seine Frauen sind“: Hallenser Parlamentarierinnen in der Zeit der Weimarer Republik (1918-1933), Halle/Saale 2003.

Herzig, Arno, Jüdische Geschichte in Deutschland, München 2002.

Hettling, Manfred, Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und in der Schweiz von 1860 bis 1918, Göttingen 1999.

Ders., "Bürgerlichkeit" und Zivilgesellschaft. Die Aktualität einer Tradition, in: Reichardt, Sven/Jessen, Ralph/Klein, Ansgar (Hg.), Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. u. 20. Jh., Wiesbaden 2004, S. 45-63.

Ders., Der Begriff des „Bürgers“ – historisch, analytisch, politisch, in: Hettling, Manfred/Johst, David/Kubrova, Monika (Hg.), „Formenwandel der Bürgergesellschaft“ – Arbeitspapiere des Internationalen Graduiertenkollegs Halle Tôkyô (13), Halle 2014.

Heydemann, Günther/Schulte, Jan Erik/Weil, Francesca (Hg.), Sachsen und der Nationalsozialismus (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 53), Göttingen 2014.

Hirschinger, Frank, „Zur Ausmerzung freigegeben“, Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933-1945, Köln/Weimar/Wien 2001.

Ders., „Gestapoagenten, Troztkisten, Verräter“: kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918-1953, Göttingen 2005.

Hitler, Adolf, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Reichstag bis zur Reichstagswahl Juli 1926 – Mai 1928, Teil 1: Juli 1926 – Juli 1927, (hrsg. u. komment. v. Bärbel Dusik), München 1992.

Ders., Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 1: April 1932 – September 1932, (hrsg. u. komment. v. Klaus A. Lankleit), München 1996.

Ders., Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 2: Oktober 1932 – Januar 1933, (hrsg. u. komment. v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankleit), München 1998.

Höffkes, Karl, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches, Tübingen 1997.

Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in Heidelberg und Mannheim 1930-1935, Frankfurt/Main 1985.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Hoffmann, Stefan-Ludwig, *Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914*, Göttingen 2003.

Hoppe, Bert, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933*, München 2007.

Horn, Wolfgang, *Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus*, in: *Neue Politische Literatur* 21 (1976), S. 366-376.

Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hg.), *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Köln/Weimar/Wien* 2007.

Huber, Ernst Rudolf, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, 2. Aufl. 1939.

Hüttenberger, Peter, *Die Gauleiter, Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969.

Jacob, Ralf (Hg.), *Richard Robert Rive, Beiträge zum Wirken des halleschen Oberbürgermeisters 1906-1933*, Halle 2000.

Jesse, Eckhard, *Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus*, in: *Bundesministerium des Inneren (Hg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse, Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*, Bonn 2005, S. 5-22.

Jones, Larry Eugen (Hrsg.), *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*. New York 2014.

Jordan, Rudolf, *Erlebt und erlitten – Weg eines Gauleiters von München bis Moskau*, Leoni 1971.

Kaase, Max, *Sinn oder Unsinn des Konzepts Politische Kultur für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*, in: *Kaase, Max/ Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen 1983, S.144-172.

Kachel, Steffen, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln, Weimar, Wien 2011.

Kaufmann, Doris, *Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume*, Düsseldorf 1984.

Kilchenmann, André/Schwarz-von Raumer, Hans-Georg, *GIS in der Stadtentwicklung*, Berlin 1999.

Klee, Ernst (Hg.) *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt 2003.

Klein, Hans-Dieter, *Zwischen Burgfrieden und Komintern. Die Unabhängige Sozialdemokratie in Halle-Merseburg 1917-1920*, in: *Grebing, Helga/Mommsen, Hans/Rudolph, Karsten (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale, Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993, S. 181-195.

Klein, Thomas (Bearb.), *Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945 Reihe A: Preußen, Bd. 6: Provinz Sachsen*, hg. von Walter Hubatsch, Marburg 1975.

Klein, Ulrich, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Goebel, Klaus (Hg.), Über allem die Partei. Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987, S. 105-149.

Klenke, Dietmar, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen und organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, Münster 1989.

Klenke, Dietmar/ Lilje, Peter/Walter, Franz, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992.

Kling, Gertrud, Die Rolle des Arbeiter- und Soldatenrats von Halle in der Novemberrevolution (November 1918 bis März 1919), Halle 1960.

Kloppe, Fritz, Wesensfragen für die Zukunft des deutschen Volkes, Halle 1926.

Klotzbücher, Alois, Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik, Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“, Erlangen-Nürnberg Diss. 1964.

Knatz, Christian, „Ein Heer im grünen Rock“? Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000.

Kocka, Jürgen, Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft. Überlegungen zum deutschen Fall, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1994), S. 487-496.

Ders., Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel, in: APuZ 9-10 (2008), S. 3-8.

Kolb, Eberhard/Schumann, Dirk, Die Weimarer Republik, München 2013.

Koshar, Rudy, Social Life, Local Politics and Nazism, Marburg 1880-1935, Chapel Hill, University of North Carolina Press 1986.

Kowalski, Sandra, Bürgerliche Segregation und Stadtplanung – die Entstehung des Paulusviertels, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin/Ranft, Andreas, Geschichte der Stadt Halle, Band 2, Halle im 19. und 20. Jh., Halle 2006, S. 200-213.

Krause, Thomas, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921 bis 1933, Hamburg 1987.

Krimmer, Ronald, Otto Schlag, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, Bd. 8, Halle 1977.

Kügler, Tobias, Bürger und das Pathos der Nation: Städtische Denkmalsfeiern von der Reichsgründung bis 1907, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Vergnügen und Inszenieren, Stationen städtischer Festkultur in Halle, Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte, Band 4, Halle 2004, S. 140-164.

Ders., Der Volkspark – Kultur, Geselligkeit, Politik, in: Werner Freitag (Hg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 224-236.

Ders., Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 61-77.

Ders., Der „organisierte Druck der Massen“ und die Verteidigung der Ordnung. Die Wahlrechtsdemonstrationen der hallischen Sozialdemokratie 1906/10, in: Werner Freitag (Hg.), Aufruhr, Zweitracht und Gewalt. Konfliktlagen in der hallischen Stadtgesellschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Halle 2006, S. 93-113.

Kühne, Thomas, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur: Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AfS (Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 517-522.

Ders., Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918, Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.

Kuhne, Roland/Jacob, Ralf, Der Volkspark – kommunikatives Zentrum zwischen Kaiserreich und demokratischer Wende, in: 100 Jahre Volkspark Halle, Utopien – Legenden – Visionen (Hg. Volkspark Halle e.V.), Halle 2007, S. 121-136.

Kupfer, Torsten, Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt 1918-1933, Weimar/Köln/Wien 1996.

Ders., Umfeldbedingungen des Aufstieges der anhaltischen NSDAP, in: Freitag, Werner/Pollmann, Klaus Erich/Puhle, Matthias (Hg.): Politische, soziale und kulturelle Konflikte in der Geschichte von Sachsen-Anhalt (Studien zur Landesgeschichte Bd. 1), Halle 1999, S. 176-194.

Lächele, Rainer/Uwe Schmidt, Lebensqualität für die Stadt. Die Geschichte der Stadtwerke Halle an der Saale, Weimar/Jena 2005.

Langewiesche, Dieter, Politik – Gesellschaft – Kultur: Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 22 (1982), S. 359-402.

Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus, Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989.

Lehnert, Detlef, Propaganda des Bürgerkriegs? Politische Feindbilder in der Novemberrevolution als mentale Destabilisierung der Weimarer Demokratie, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus, Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung, Opladen 1990, S. 61-101.

Leidigkeit, Kurt Heinz/Hermann, Jürgen, Auf leninistischem Kurs. Geschichte des KPD-Bezirk Halle-Merseburg bis 1933, Halle 1979.

Lepsius, Rainer M., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993.

Lilla, Joachim, Die stellvertretenden Gauleiter und die Vertretung der Gauleiter der NSDAP im „Dritten Reich“, Bremerhaven 2003.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ders., (Bearb.), Statisten in Uniform: Die Mitglieder des Reichstages 1933-1945, ein biographisches Handbuch, unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004 (unter Mitarbeit von Martin Döring und Andreas Schulz).

Loeffelmeier, Rüdiger, Die Franckeschen Stiftungen in Halle an der Saale von 1918 bis 1946. Bildungsarbeit und Erziehung im Spannungsfeld der politischen Umbrüche, Tübingen 2004.

Lösche, Peter/Walter, Franz, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15 (1989), S. 511-536.

Lösche, Peter/Walter, Franz, Die SPD, Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992.

Lösche, Peter/Walter, Franz, Katholiken, Konservative und Liberale, Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: GG 26 Heft 1 (2000), S. 471- 492.

Ludewig, Hans-Ulrich, Unruhen, Aufstand und Bürgerkrieg 1918-1923 im mitteldeutschen Raum, in: Freitag, Werner/Pollmann, Klaus-Erich/Puhle, Matthias (Hg.), Politische, soziale und kulturelle Konflikte in der Geschichte von Sachsen-Anhalt, Studien zur Landesgeschichte Bd. 1, Halle 1999, S. 165-174.

Mallmann, Klaus-Michael, Milieu, Radikalismus und soziale Gesellschaft, in: GG 21 (1995), S. 5-31.

Ders., Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996.

Manstein, Peter, Die Mitglieder der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtenmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a.M. 1988.

Matthiesen, Helge, Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen: Das bürgerliche Gotha von 1918 – 1930, Jena 1994.

Ders., Greifswald in Vorpommern: konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur, 1900-1990, Düsseldorf 2000.

Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

Maurer, Ilsa/Wengst, Udo (Bearb.), Staat und NSDAP 1930-1932, Quellen zur Ära Brüning Düsseldorf 1977.

Meinel, Sabine, Karl Völker. Leben und Werk. Dissertation, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2008.

Mende, Roswitha, Geschichte der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Merseburg von der Jahrhundertwende bis 1917, Diss. Halle 1984.

Dies., Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Halle im Ersten Weltkrieg, in: Grebing, Helga/Mommsen, Hans/Rudolph, Karsten (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe

Quellen- und Literaturverzeichnis

und Saale, Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 171-180.

Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region München 1996.

Mommsen, Hans, Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Kocka, Jürgen, Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 288-315.

Montenbruck, Jens, Zwischen Demokratie und Diktatur: der Aufstieg der Hagener NSDAP 1930-1934, Essen 1991.

Mosse, George L., Der 1. Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg: in Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmuth/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa (FS Karl Dietrich Bracher), Studien zur Geschichte und Politik, 250, Bonn 1987, S. 127-139.

Müller, Ines, Zur Entwicklung der Stadt Halle (Saale) unter der faschistischen Diktatur 1933-1939, Dipl. Univ. Halle, Halle 1989.

Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), Wer war wer in der DDR? – ein biographisches Lexikon, Berlin 2001.

Nedelmann, Brigitta, Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzung in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewaltsoziologie, in: Trotha, Trutz von (Hg.), Soziologie der Gewalt, Opladen 1997, S. 59-85.

Nessen, Christiane von, Der hallische Stadtbankskandal. Eine Fallstudie zur Wirtschaftsgeschichte in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2004, S. 99-135.

Neuholz, Hans-Dieter, Die bürgerliche Turn- und Sportbewegung der Stadt Halle in der Weimarer Republik 1919-1932, Halle 1972.

Neuß, Erich, Die Entwicklung des halleschen Wirtschaftslebens vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Weltkrieg, Halberstadt 1924.

Ders., Die hallische Stadtverwaltung 1906-1931, Halle 1931.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus, München 1995.

Nolte, Paul, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft – Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.

Otto, Bertram, „Wußten wir auch nicht, wohin es geht ...“, Erinnerungen 1927-1947, München 2000.

Pabst, Martin, Ernst von Harnack als Regierungspräsident in Merseburg 1929-1932, Cuxhaven 1994.

Paul, Gerhard, NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Petri, Rolf, Der Maschinenbau in Halle an der Saale (1856-1914). Ein Marshallscher Distrikt?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2002), S. 159-190.

Peukert, Detlev J. K., Die Weimarer Republik – Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987.

Pfau, Dieter, Christenkreuz und Hakenkreuz – Siegen und das Siegerland am Vorabend des „Dritten Reiches“, Bielefeld 2001.

Putnam, Robert, Demokratie in Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Graf, Friedrich Wilhelm/Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan (Hg.), Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft, Stuttgart, Berlin und Köln, 1991, S. 21-70.

Pyta, Wolfram, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.

Raßloff, Steffen, Flucht in die nationale Volksgemeinschaft – das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, Köln 2002.

Rauh-Kühne, Cornelia, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft, Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991.

Dies., Anpassung und Widerstand – Kritische Bemerkungen zur Erforschung des katholischen Milieus, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich, Berlin 1997.

Rebentisch, Dieter, Innere Verwaltung, in: Jeserich, Kurt G. A./Pohl, Hans/von Unruh, Georg Christoph (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 732-774.

Reichardt, Sven, Feindbild und Fremdheit. Anmerkungen zu ihrer Wirkung, Bedeutung und Handlungsmacht, in: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung. Essen 2002, S. 250-271 (= Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1).

Ders., Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln/Weimar/Wien 2002.

Ders., „Märtyrer“ der Nation, Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Echternkamp, Jörg/Müller, Sven Oliver (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760 – 1960, München 2002, S. 173-203.

Ders., Selbstorganisation und Zivilgesellschaft. Soziale Assoziationen und politische Mobilisierung in der deutschen und italienischen Zwischenkriegszeit, in: Jessen, Ralph/Reichardt, Sven/Klein, Ansgar (Hrsg.), Zivilgesellschaft als Geschichte, Opladen 2003, S. 219-238.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ders., Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Sicht, in: van den Daele, Wolfgang/Gosewinkel, Dieter/Kocka, Jürgen/Rucht, Dieter (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational*, Berlin 2004, S. 61-81.

Reibel, Carl-Wilhelm, *Das Fundament der Diktatur, Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945*, Paderborn 2002.

Ders., *Handbuch der Reichstagswahlen 1890 – 1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten*, Bd. 1, Düsseldorf 2007.

Reichelt, Silvio/Kranich, Sebastian, Martin Luther als evangelischer Schutzheiliger. Die Reformationsfeiern an der Universität Halle-Wittenberg 1927-1941, Teil 1: Die Feiern (Reichelt), S. 145-170. Teil 2: Reden und Redner (Kranich), S. 171-194, in: Tanner, Klaus/Ulrich, Jörg (Hg.), *Spurenlese. Reformationsvergegenwärtigung als Standortbestimmung 1717-1983*(Leucorea-Studien, Band 17), Leipzig 2012.

Reschke, Oliver, *Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933*, Berlin 2014.

Riedel, Manfred, *Die deutschen Parteien 1830-1914*, Göttingen 1985.

Riedel, Manfred, *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München 1990.

Riedel, Manfred, Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe – historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* Band 1, Stuttgart 2004, S. 672-725.

Rohe, Karl, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Opladen 1987, S. 39-49.

Ders., Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: *Historische Zeitschrift* 250 (1990), S. 321-346.

Ders., *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1992.

Ders., *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996.

Rohkrämer, Thomas, *Der Militarismus der „kleinen Leute“, die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1971-1914*, Oldenburg 1990.

Rossol, Nadine, *Performing the Nation in Interwar Germany. Sports, Spectacle and Political Symbolism, 1926-1936*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010.

Roth, Roland: „Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie“, in: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden 2004, S. 41-64.

Rothe, Klaus, Feindbilder und demokratische politische Kultur, in: Voit, Hartmut (Hg.), Geschichte ohne Feindbild?, Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989, Erlangen 1992, S. 33-49.

Ruck, Michael, Bibliographie zum Nationalsozialismus, Bd. 1 und 2, Darmstadt 2000.

Ruckaberle, Axel (Hg.), Kurt Tucholsky – Das große Lesebuch, Frankfurt am Main 2011.

Rupieper, Hermann-Josef/Sperk, Alexander (Hg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936 (Regierungsbezirk Merseburg), Halle 2004.

Sabrow, Martin, Der Rathenaumord, Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Weimarer Republik, München 1994.

Sauer, Bernhard, Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: ZfG 56 (2008), S. 5-29.

Schäfer, Michael, Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung, Köln 2009.

Schäfer, Michael, Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890-1930, Göttingen 2003.

Schellack, Fritz, Nationalfeiertag in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt am Main 1990.

Scherrmann, Michael, Feindbilder in der württembergischen Publizistik 1918-1933. Russland, Bolschewismus und KPD im rechtsliberalen „Schwäbischen Merkur“, in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Langewiesche, Dieter/Ullmann, Hans-Peter (Hg.), Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F. 5), Essen 1997, S. 388-402.

Schmidt, Andreas, Weder Provokation noch Aufstand. 90 Jahre Märzkämpfe, in: Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2011 (Hg. im Auftrag des Vereins für hallische Stadtgeschichte e.V., Halle 2011, S. 198-205.

Schmidt, Andreas: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“. In: Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Hg.): SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt, Heft 4), Magdeburg 2008, S. 38–40.

Schmidt, Hans, Das Bodenrecht im Verfassungsentwurf des Esra – sein Sinn, seine Entstehung, seine Geschichte, Rede anlässlich der Verfassungsfeier am 22.7.1932 (Hallische Universitätsreden), Halle 1932.

Schmidt, Jürgen, Begrenzte Spielräume – eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurt 1870 bis 1914, Göttingen 2005.

Schmiechen-Ackermann, Detlef/Kaltenborn, Steffi (Hg.), Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven, Münster 2005.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), *Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich*, Berlin 1997.

Schmitt, Dorothea, *Bücherverbrennung am 12. Mai 1933 in Halle*, in: *Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933*, hg. vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam, 2008.

Schmuhl, Hans-Walter, *Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, in: *Geschichte der Stadt Halle Bd. 2* (Hg. Werner Freitag, Katrin Minner, Andreas Ranft), Halle 2006.

Ders., *Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Halle 2007.

Schönhoven, Klaus, *Reformismus und Radikalismus: Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989.

Schröder, Wilhelm Heinz, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933*, Düsseldorf 1995.

Schubert, Helga, *Der Generalstreik in Mitteldeutschland: 1919*, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle (Saale), bei der Abteilung Agitation, Propaganda der Bezirksleitung der SED Halle (Saale), Halle 1958.

Schüren, Ulrich, *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926*, Düsseldorf 1978.

Schultz, Eberhard, (Hg.), *Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle*, H. 1: 1917 – 1923, Halle 1965.

Schultz, Eberhard, *Rolle und Anteil des linken Flügels der USPD im ehemaligen Regierungsbezirk Halle-Merseburg bei der Herausbildung und Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei (1917-1921)*, Phil. Diss. Halle 1969.

Ders., *Ernst Thälmann im Bezirk Halle*, Halle 1982.

Schulz, Andreas, *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert*, Oldenburg 2005.

Schumann, Dirk, *Der aufgeschobene Bürgerkrieg. Sozialer Protest und Politische Gewalt in Deutschland 1923*, in: *ZfG* 44 (1996), S. 626-544.

Ders., *Gewalt als Grenzüberschreitung*, in: *AfS* 37 (1997), S. 366-386.

Ders., *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933*, Essen 2001.

Siegrist, Hannes, *Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 549-583.

Ders., *Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive*, in: Meuter, Günther/Otten, Henrique Ricardo (Hg.), *Der Aufstand gegen den Bürger. Antibürgerliches Denken im 20. Jahrhundert*, Würzburg, Königshausen und Neumann 1999, S. 35-50.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Sommer, Gert, Zur Psychologie von Feindbildern, in: Voit, Hartmut (Hg.), Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989. Erlangen 1992, S. 13-31.

Sperk, Alexander, Wie das Unheil begann, in: Mitteldeutsche Zeitung, Halle 25. Januar 2003.

Stein, Eberhard, Die Entstehung der Leunawerke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leunawerken während des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution, Halle, Diss. 1961.

Stengel, Friedemann, Wer vertrieb Günther Dehn (1882-1970) aus Halle?, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 114 (2003), S. 384-403.

Ders., (Hg.), Ausgeschlossen. Zum Gedenken an die 1933-1945 entlassenen Hochschullehrer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2013.

Stockhorst, Fünftausend Köpfe, Wer war was im Dritten Reich?, Bruchsal 1967.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. und Berlin 1993.

Tenfelde, Klaus, Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2012.

Ders., Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/ Wehler, Hans-Ulrich (Hg.), Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 1994, S. 317-353.

Tenfelde, Klaus, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873), in: Otto Dann (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55-114.

Ders., Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, München 1982.

Tocqueville, Alexis de, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985, S. 253.

Tonn, Willi, Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Bezirk Merseburg in den Jahren 1921-1923, Phil. Diss. Halle 1973.

Tucholsky, Kurt, Das Mitglied, in: Keel, Daniel/Stephan, Winfried, Das Tucholsky-Lesebuch, Zürich 2007, S.139f.

Tullner, Matthias, Halle 1806 bis 2006, Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt, Halle 2007.

Tyrell, Albrecht: Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: VfZ 23 (1975) 4, S. 341-374.

Ueberhorst, Horst, Bildungsgedanke und Solidaritätsbewusstsein in der deutschen Arbeiter-sportbewegung zur Zeit der Weimarer Republik, in: AfS 275 (1984), S. 275-292.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ullrich, Volker, Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie, München 2000.

Verhey, Jeffrey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

Voigt, Carsten, Kampfbünde der Arbeiterbewegung – das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933, Köln 2009.

Voit, Hartmut (Hg.), Geschichte ohne Feindbild?, Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989 (Walter Fürnrohr zum 31. Dezember 1990), Erlangen 1992.

Vollnhals, Clemens (Hg.), Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Juni 1933, Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925 – Juni 1926, München 1992.

Wagner, Andreas, „Machtergreifung“ in Sachsen, NSDAP und staatliche Verwaltung 1930-1935, Köln 2004.

Walter, Franz/Matthiesen, Helge, Milieus in der modernen Gesellschaftsgeschichte: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand, soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im regionalen Vergleich, Berlin 1997.

Wandruska, Adam, Österreichs politische Struktur – Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954, S. 289-486.

Watermann, Daniel, Politische Lagerbildung in Halle im deutschen Kaiserreich, Magisterarbeit Universität Halle-Wittenberg, Halle 2009.

Ders., Bürgerliche Netzwerke. Städtisches Vereinswesen als soziale Struktur – Halle im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 2017.

Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004.

Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2008.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1969.

Ders., Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: APuZ B40 (1991), S. 25-39.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie, Köln 1964.

Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1988.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ders., Rede auf dem ersten Soziologentag in Frankfurt 1910, in: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1988, S. 431-449.

Weber, Stefan, Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991.

Wehler, Hans-Ulrich, Radikalnationalismus und Nationalsozialismus, in: Echternkamp, Jörg/Müller, Sven Oliver (Hg.), Die Politik der Nation. deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760 – 1960, München 2002, S. 203-217.

Weichel, Thomas, Die Berufsstruktur der Städte – erste Ergebnisse und Vergleiche, in: Gall, Lothar (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, Frankfurt 1993, S. 52-73.

Weichlein, Siegfried, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik: Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996.

Weisbrod, Bernd, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: GWU 43 (1992), 391-404.

Weiß, Hermann (Hg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt 2002.

Weißborn, Bernhard, Die Geschichte des Schützenwesens in Halle und im Besonderen der Halleschen Stadtschützen-Gesellschaft, Halle 1929.

Werner, Robert, „Dem Sozialismus zum Schutz, dem Kapitalismus zum Trutz“: Der „Volks-park“ als Ort proletarischer Festkultur, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hg.), Vergnügen und Inszenieren, Stationen städtischer Festkultur in Halle, Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte, Band 4, Halle 2004, S. 165-175.

Wildt, Michael, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Wildt, Michael/Reschke, Oliver, Aufstieg der NSDAP in Berlin, in: Wild, Michael/Kreuzmüller, Christoph (Hg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 19-32)

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

Ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1984.

Ders., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1984.

Ders., Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Martin, Bernd/Schulin, Ernst (Hg.), Die Juden als Minderheit der Geschichte, München 1985, S. 281-289.

Ders., Der Weg in die Katastrophe – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 – 1933, Berlin 1987.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ders., Weimar 1918–1933 – die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

Ders. (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933 – Handlungsspielräume und Alternativen (= Schriften des Historischen Kollegs; Kolloquien 26), München 1992.

Winkler, Jürgen R., Sozialstruktur, Politische Traditionen und Liberalismus, Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995.

Wirsching, Andreas, Nationalsozialismus in der Region – Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hg.), Nationalsozialismus in der Region, München 1996, S. 25-46.

Ders., „Stalinisierung“ oder Entideologisierte „Nischengesellschaft“?, Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449-466.

Ders., Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918 - 1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Ders., Die Weimarer Republik, Politik und Gesellschaft, München 2000.

Wulff, Reimer, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928, Marburg 1968.

Wunderich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, Wuppertal 1980.

Wunderer, Hartmann, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933), Frankfurt a.M./New York 1980.

Ziehe, Irene, Hans Hahne (1875-1935), sein Leben und Wirken. Biographie eines völkischen Wissenschaftlers, Dissertation, Humboldt-Universität Berlin 1993.

Ziemann, Benjamin, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift 267 (1998), S. 357-398.

Ders., Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924-1933, Bonn 2011.

Zimmermann, Ekkart, Politische Gewalt: Rebellion, Revolution, Krieg, in: Albrecht, Günter (Hg.), Handbuch sozialer Probleme, Opladen 1999, S. 556-574.

Zwahr, Hartmut, Das deutsche Stadtadressbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3 (1968), S. 204-229.

5. Internetquellen

Catalogus Professorum Halensis, <http://www.catalogus-professorum-halensis.de>

Neue landesgeschichtliche Ansätze zur Erforschung der Weimarer Republik. Personen – Institutionen – Infrastruktur, 06.03.2014 – 07.03.2014 München, in: H-Soz-Kult, 30.05.2014, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5397>>.

<http://www.gedenkbuch.halle.de/gbdatensatz.php?num=39>, Stand: 02.06.2015.

<http://www.gedenkbuch.halle.de/gbdatensatz.php?num=167>, Stand 02.06.2015.

<http://www.gedenkbuch.halle.de/gbdatensatz.php?num=199>, Stand 02.06.2015.